





Vorwort des Präsidenten

Gemessen an Jahren, die mit epochalen Vorgängen, Zeitenwenden und Katastrophen von globaler Tragweite aufwarten, ist das Berichtsjahr verhältnismässig ruhig. Was uns im Berichtsjahr beschäftigt, sind eher die lange nachklingenden Folgen solcher Ereignisse aus vergangenen Jahren. Der Arabische Frühling macht seinen Einfluss unvermindert geltend, wobei es immer schwerer fällt, den Begriff des Frühlings noch als passend zu empfinden. In Tunesien oder auch in Libyen mag es angehen, einen Aufbruch hin zu Recht und Freiheit festzustellen, in Ägypten dagegen erweist sich deren Aufblühen eher als kurze Episode, und in Syrien ist es gar nicht erst zum Tauwetter gekommen. Der Bürgerkrieg dort dauert an, zäh, verzweifelt und ergebnislos, wobei gerade dieser Mangel an entscheidenden Wendungen und historischen Wegmarken ausreichenden Grund dafür geben sollte, von der Feststellung eines «ruhigen Jahres» Abstand zu nehmen. Das gilt auch in anderer Hinsicht. Die Eurokrise und die Neuorientierung in der Energiepolitik prägen das Berichtsjahr nachhaltig, obwohl man auch bei diesen Erbschaften vergangener Jahre zur berüchtigten Formel «im Westen nichts Neues» greifen könnte. Denn was leider auch nicht ins Berichtsjahr fällt, ist die Bewältigung dieser Erbschaften. Der «Fall Griechenland» (und anderer Länder), der Höhenflug des Fränkens, der Atomausstieg – nichts davon lässt sich im Berichtsjahr ad acta legen oder einer dauerhaft tragfähigen Lösung zuführen. Immerhin gelingt es aber, eine ganze Reihe prognostizierter Abstürze abzuwenden oder als unsinnige Prophezeiungen zu entlarven. Der ausbleibende Weltuntergang am 21. Dezember dient da nur noch als Pointe. Als Fazit lässt sich am Ende des Berichtsjahres konstatieren, dass es der Schweiz und dem Kanton Zürich trotz allem erstaunlich gut geht, wobei die besorgte Frage stehen bleibt, ob das auch in Zukunft so sein wird. Die Bedenken wegen einer möglichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit schwingen im Berichtsjahr stets mit. Auch die viel beachtete Lebensqualität wird vermehrt als etwas empfunden, das nicht mehr selbstverständlich gegeben ist, sondern verteidigt werden muss. Dies zeigt sich beispielsweise in der Annahme zweier Initiativen im Bereich der Raumplanung, der «Zweitwohnungsinitiative» auf Bundesebene und der «Kulturlandinitiative» im Kanton Zürich. In beiden Fällen geht es um Erhaltung, um die Verhinderung eines Verlusts. Das bedrohte Gut ist die grüne Landschaft mit ihren wirtschaftlichen, ökologischen und emotionalen Werten, wobei die Bedrohungslage viel mit der Bevölkerungsentwicklung zu tun hat – ein Thema, das gerade im Kanton Zürich auf fruchtbaren Boden stösst. Dass wir immer mehr Menschen werden, mit allen ökonomischen, ökologischen, räumlichen, sozialen und kulturellen Folgen, ist für die allgemeine Befindlichkeit im Berichtsjahr ein bestimmender Faktor.

So viel zur Lage der Dinge im Berichtsjahr! Ich kann in diesen groben Zügen zwar nicht den gesamten Rahmen ausführen, in dem Regierung und Verwaltung agieren, doch immerhin deuten sich die eindrücklichen Dimensionen dieses Rahmens an. Auf den folgenden mehr als 500 Seiten wird kein Platz mehr sein für Gedanken dieser Art. Es wird sich nun alles ins Einzelne auflösen, geordnet nach Direktionen, Ämtern und Behörden, durchsetzt von Zahlen und

Tabellen, und hinter diesem Raster könnte die Tatsache aus dem Blickfeld geraten, dass sich viele Probleme unserer Zeit nicht an strukturelle Grenzen halten oder gar in Zahlen wiedergeben lassen. Einem Vorwort wie diesem mag es an Detailschärfe und Verbindlichkeit erman- geln, aber seine Form ist dennoch ganz gut geeignet, um darzustellen, worum es beim Regie- ren eben auch geht: um die Frage, in welcher Welt wir uns überhaupt befinden, wo wir stehen und wo die Reise insgesamt hingehen soll. Sobald ein Thema wie z. B. unsere Energiezukunft angesprochen wird, bewegen wir uns unweigerlich in den ganz grossen Zusammenhängen, und damit ist keineswegs nur das gemeint, was aus Bern kommt und wie wir darauf reagieren. Nicht ganz so global, aber unvermindert komplex und strukturübergreifend geht es bei anderen The- men zu, dem Universitätsspital zum Beispiel, das einerseits in der Strategischen Entwicklungs- planung Universitäre Medizin (SEP), andererseits in der Gebietsplanung Hochschulgebiet eine Rolle spielt. Wie die Zukunft des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Kanton Zürich und seiner Spitzenmedizin aussieht, überlagert sich mit Fragen nach der Zusammenarbeit zweier Hochschulen, nach dem Verhältnis von Forschung, Lehre und medizinischer Versorgung, gefolgt von Fragen der Finanzierung bis hin zu Fragen im Bereich Städtebau und Denkmalschutz. Anhand solcher Zusammenhänge lässt sich sehr gut aufzeigen, worin der Unterschied zwischen Regieren und Verwalten besteht und warum es die Politik braucht – als Sphäre der freien Wil- lenskundgabe und der Entscheidung unter demokratischen Bedingungen. Es zeigt sich aber auch, was sich alles unter einem «Geschäft» verstehen lässt. Ein Geschäftsbericht, und enthalte er noch so viele Tabellen, gibt letztendlich nicht bloss Rechenschaft über eine schier unüber- schaubare Menge einzelner Tätigkeiten, sondern dient auch als Spiegel einer Lebenswelt, wie sie sich innerhalb der kalendarischen Grenzen eines Geschäftsjahres darstellt. Einen Geschäfts- bericht in diesem Sinne zu lesen, mag zwar ungewöhnlich anmuten und eine Herausforderung darstellen, aber möglich ist es trotzdem, und zwar bereits heute und nicht erst in 50 oder 100 Jahren, wenn sich hinter all den Fakten und Zahlen ganz automatisch die Welt erschliesst, in der er einst verfasst wurde. Es steckt somit viel «Welt» in diesem Bericht, und sie herauszulesen, dazu sollen diese einleitenden Worte als eine Art Wegleitung dienen. Wer sich darauf einlässt, dem kann ich sogar viel Vergnügen wünschen bei der Lektüre unseres Geschäftsberichts 2012!

Im März 2013

Markus Kägi
Regierungspräsident





Der Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Berichtsjahr stellt die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit des Kantons Zürich umfassend dar und gibt Rechenschaft über die wesentlichen Tätigkeiten des Regierungsrates und der Verwaltung. Er enthält zudem die detaillierte Finanzberichterstattung.

Geschäftsbericht 2012

Der vorliegende Geschäftsbericht erscheint in seiner Form und Struktur weitgehend unverändert gegenüber dem Vorjahr. Ergänzend zum umfassenden Geschäftsbericht des Regierungsrates, erscheint wiederum eine Kurzfassung, die sich primär an die interessierte Bevölkerung und die Medien richtet. Diese ist auf der Internetseite des Regierungsrates (www.regierungsrat.zh.ch -> «Geschäftsbericht und Rechnung») abrufbar oder kann in Papierform bei der Staatskanzlei bestellt werden.

Zu guter Letzt eine Lesehilfe: Der vorliegende Geschäftsbericht ist ebenfalls auf der Internetseite des Regierungsrates abrufbar. Die PDF-Datei enthält ein interaktives Inhaltsverzeichnis. Wenn Sie nach einem bestimmten Thema suchen, so öffnen Sie am besten das entsprechende Dokument und geben im Suchfenster Ihr Schlagwort ein. So können Sie sich auf einfache Art und Weise durch das umfangreiche Dokument arbeiten.

Legislaturziele des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat für die aktuelle Legislatur 2011–2015 seine politischen Schwerpunkte im Rahmen der «Richtlinien der Regierungspolitik» bestimmt. Diese umfassen neben den langfristigen Zielen 18 Legislaturziele sowie 86 Massnahmen. Nachfolgend wird über den aktuellen Umsetzungsstand dieser Massnahmen berichtet.

Legislaturziel	1 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert.
Massnahme	1a Organisatorische und strukturelle Voraussetzungen schaffen, um die Anforderungen aus der Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds abzudecken (24-Stunden-Gesellschaft, Zunahme der Wohnbevölkerung)
Stand	Planmässig
Kommentar	Strukturen und Abläufe in der Kantonspolizei wurden den steigenden Anforderungen angepasst. Mit einer Verstärkung der Nacht- und Wochenendschichten wird der 24-Stunden-Gesellschaft gezielt Rechnung getragen.
Massnahme	1b Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der Implementierung der Krawallgruppe auf Stadtzürcher Gebiet konnte die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften und der Polizei intensiviert werden und die in der Lagebeurteilung formulierte Schwäche Inkonsequenzen bei Hooliganismus und 1.-Mai-Demonstration entkräftet werden.
Massnahme	1c Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen der Schwerpunktbildung werden laufend Verbesserungen hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Polizeikörpern und Strafverfolgung Erwachsene erzielt. Im Bereich der Jugendkriminalität ist festzustellen, dass nach dem stetigen Anstieg ab 2010 von einer Trendwende gesprochen werden kann, da die Falleingänge schon im dritten Jahr rückläufig sind. Die bisherigen erfolgreichen Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendgewalt sind konsequent weiterzuführen.
Massnahme	1d Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Cyber Crime) unter Einbezug von kantonalen und nationalen Partnerorganisationen
Stand	Planmässig
Kommentar	Auf der Grundlage des erarbeiteten Konzepts hat der Regierungsrat die Umsetzungsarbeiten zum Aufbau des Kompetenzzentrums bewilligt. Diese sind in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres unter Einbezug der Staatsanwaltschaft und der Stadtpolizei Zürich gestartet worden und verlaufen planmässig.

Massnahme	1e Neue Haftplätze im Rahmen des geplanten Polizei- und Justizzentrums (PJZ) oder an Alternativstandorten schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	In den Gefängnissen des Kantons Zürich wurde im Berichtsjahr eine vergleichsweise tiefe Belegung verzeichnet, was darauf hindeutet, dass die Straftaten, die eine geschlossene Unterbringung in einem Untersuchungsgefängnis verlangen, momentan auf moderatem Niveau verbleiben. Für verurteilte Straftäter besteht dagegen weiterhin ein grosser Bedarf für spezialisierte, vorwiegend geschlossene Unterbringungs- und Behandlungsangebote. Aus heutiger Sicht und aufgrund der aktuellen Belegungssituation kann die Verzögerung beim Bau des PJZ mit den bestehenden Kapazitäten abgedeckt werden.
Legislaturziel	2 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt.
Massnahme	2 a Die Stellung der Universität Zürich national wie international weiter verbessern und die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft festigen und ausbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ausbau der spezialisierten Masterstudiengänge und Doktoratsprogramme, Angebote in Zusammenarbeit mit der ETH. Umsetzung der Bologna-Modularisierung der ZFH-Studiengänge bei Bachelor- und Masterstudiengängen ist abgeschlossen.
Massnahme	2 b Entwicklung einer strategischen Steuerung der universitären Medizin
Stand	Verzögert
Kommentar	Das Projekt «Universitäre Medizin Zürich – Governance und Strategie» hat zum Ziel, ein Modell für die verbesserte Steuerung der universitären Medizin (Versorgung, Forschung und Lehre) zu entwickeln. Auf der Grundlage einer Ist-Analyse werden derzeit verschiedene Modellvarianten ausgearbeitet. Sie werden als Grundlage für den Entscheid über eine Änderung der Steuerungsabläufe und -instrumente und gegebenenfalls auch für die anschliessende Detailausgestaltung und Umsetzung der verbesserten Steuerung dienen.
Massnahme	2 c Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Projekte der ersten Umsetzungsphase sind finanziell gesichert und etabliert. Bei der Planung der weiteren Umsetzung der Gesamtstrategie HSM muss der strategischen Koordination im Bereich der universitären Medizin in Zürich sowie dem Einbezug der ETH besondere Beachtung geschenkt werden.

Legislativziel	3 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht.
Massnahme	3 a Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Konzept zur Verbesserung der Weiterbildung für Lehrpersonen der Volksschule im Bereich Naturwissenschaften und Technik wurde erarbeitet und abgenommen. Die Umsetzung der Weiterbildungsangebote ist in Vorbereitung. Die Lehrmittel im Fachbereich Naturwissenschaften und Technik wurden begutachtet. Das weitere Vorgehen wird überprüft.
Massnahme	3 b Die duale Berufsbildung stärken und den Weg über die Berufs- und Fachmaturitäten sowie über die Handelsmittelschulen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Reform der Berufsmaturität: planmässig (Revision Berufsmaturitätsreglement, Schullehrplan in Arbeit). Reform der Handelsmittelschulen aufgrund der Reform der kaufmännischen Lehre und der Reform der Berufsmaturität: planmässig (Aufnahmereglement, Promotionsreglement und Lehrplan angepasst, Abschlussreglement in Arbeit). Revision Informatikmittelschule planmässig (in Arbeit); Einführung einer Fachmaturität in Pädagogik in Arbeit. Fachmaturität Gesundheit und Naturwissenschaften wurde im Berichtsjahr eingeführt.
Massnahme	3 c Das Angebot an beruflichen Ausbildungen für schulisch schwächere Jugendliche erweitern
Stand	Planmässig
Kommentar	Änderung der Verordnung über Berufsvorbereitungsjahre mit Geltung bis Ende Schuljahr 2012/2013
Massnahme	3 d Die Zahl der Abschlüsse Tertiär A und B in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), im Ingenieurwesen, im Gesundheitsbereich sowie im Bereich des Lehrpersonals ausbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zahl der Abschlüsse Tertiär A in den erwähnten Disziplinen ist stabil, deren Entwicklung kann erst in einem mittelfristigen Zeitraum beurteilt werden. Spezifische Massnahmen wie z. B. die neuen Quereinstieg-Studiengänge in den Lehrberuf an der PHZH greifen bereits.
Massnahme	3 e Das Stipendienwesen weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Bearbeitung der parlamentarischen Anfrage und Vorüberlegungen zu einem Normkonzept zur Revision der gesetzlichen Grundlagen in der KBIK und im Regierungsrat.

Massnahme	3 f Massnahmen zur Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) enthält eine Ausbildungsverpflichtung für die Listenspitäler. Zur Umsetzung dieser Verpflichtung wurde das Konzept «Ausbildungsverpflichtung in nicht-universitären Gesundheitsberufen für Listenspitäler» erarbeitet und im Oktober des Berichtsjahres vom Regierungsrat (Beschluss Nr. 1040/2012) verabschiedet. Die Ausbildungsverpflichtung wird am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Daneben wurde das Konzept «Finanzielles Fördermodell zur Gewinnung von älteren Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern Pflege HF durch die OdA G ZH» im Berichtsjahr im Vorstand der OdA G ZH diskutiert und seine konkrete Umsetzung an die Hand genommen.
Massnahme	3 g Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären
Stand	Planmässig
Kommentar	Während die Kosten für die Aus- und Weiterbildung der nicht-universitären Gesundheitsberufe Bestandteil der Fallpauschalen sind, ist die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung der universitären Gesundheitsberufe noch in Erarbeitung. Im Berichtsjahr hat eine von der Gesundheitsdirektorenkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe verschiedene Modelle zur Abgeltung der Weiterbildungsleistungen der Spitäler im Zusammenhang mit der Weiterbildung der Assistenzärztinnen und -ärzte zu Fachärztinnen und -ärzten geprüft. An der Direktorenkonferenz im November des Berichtsjahres konnte beruhend auf den Vorschlägen der Arbeitsgruppe ein Modell verabschiedet werden, nach dem je nach Spitaltyp unterschiedliche Pauschalen pro Assistenzärztin und Assistenzarzt in einen interkantonalen Ausgleich ausgerichtet werden sollen. Dieses Modell würde den in der Facharztausbildung überproportional engagierten Standortkantonen von Universitätsspitalern einen namhaften Beitrag an ihren Aufwendungen sichern. Die Umsetzung des Modells im Rahmen eines interkantonalen Konkordats ist für das Jahr 2014 vorgesehen.
Legislaturziel	4 Die Leistungen des Gesundheitswesens sind kundenfreundlich, effektiv, effizient und transparent.
Massnahme	4 a Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt QualiCCare, das beim Bundesamt für Gesundheit angegliedert ist, hat zum Ziel, die Behandlung von chronisch kranken Patienten zu verbessern. Der Kanton Zürich wirkt in den Steuerungsgremien des Projekts mit und unterstützt die Begleitforschung des Instituts für Hausarztmedizin der Universität Zürich. Auf der Grundlage von Behandlungsrichtlinien, die im Rahmen von QualiCCare bis Ende des Berichtsjahres erarbeitet wurden, wird im Kanton Zürich zudem ein Pilotprojekt zur integrierten Versorgung von COPD-Patienten (Chronische Lungenerkrankung) durchgeführt.

Massnahme	4 b Eine E-Health-Strategie entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ziel der nationalen eHealth-Strategie ist die schweizweite Einführung eines elektronischen Patientendossiers. Während technische Standards und gewisse rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene geregelt werden sollen, ist die Umsetzung an die Kantone delegiert. Die Gesundheitsdirektion hat im Berichtsjahr eine Kontaktstelle für eHealth-Fragen geschaffen und in einer Kerngruppe «eHealth» gemeinsam mit Vertretern aller Leistungsbereiche die Erstellung einer kantonalen Strategie initiiert. Dabei soll in einem ersten Schritt der Fokus auf die Schaffung einer Plattform für den Austausch von Patientendaten gelegt werden.
Massnahme	4 c Ein Instrument der Qualitätstransparenz für Patientinnen und Patienten entwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Beitritt des Kantons zum Nationalen Qualitätsvertrag des ANQ 2010 wurden die Grundlagen für schweizweite Qualitätsvergleiche zwischen den Spitälern in allen drei Bereichen der Akutversorgung – Akutsomatik, Psychiatrie (Messungen ab 2012) und Rehabilitation (Messungen ab 2013) – geschaffen. Vorerst erübrigen sich daher weitergehende Aktivitäten auf kantonaler Ebene. Im Berichtsjahr hat der ANQ die Ergebnisse der Rehospitalisationsmessungen 2009 und 2010 sowie der Patientenzufriedenheitsmessung 2011 veröffentlicht; die vorgesehene Publikation der Wundinfektionsraten 2010 und 2011 musste aus technischen Gründen auf das Frühjahr 2013 verschoben werden.
Massnahme	4 d Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung
Stand	Planmässig
Kommentar	Um die Mittel für die Prämienverbilligung gezielt einsetzen zu können, müssen die Bemessungsgrundlagen auf den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen beruhen. Gleichzeitig ist der administrative Aufwand bei der Abwicklung gering zu halten. Das Verfahren zur Ausrichtung der Prämienverbilligungen wird unter Einbezug externer Fachpersonen überprüft.
Legislaturziel	5 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist unter den sich ändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt.
Massnahme	5 a Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Einführung und Umsetzung der neuen Spitalplanung (mit den Spitallisten Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation) erfolgte planmässig. Für die Zürcher Spitallisten 2012 und die Spitalplanung gilt das Prinzip der «rollenden Planung». Dementsprechend wird die Gesundheitsdirektion die Spitalplanung in periodischen Abständen aktualisieren und die Spitallisten bzw. die individuellen Leistungsaufträge überprüfen. Die notwendigen Aktualisierungen der Leistungsgruppen-Definitionen, auf welchen die Spitallisten basieren, konnten im Verlauf des Berichtsjahres zeitgerecht vorgenommen werden.

Massnahme	5 b Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Auf den 1. Januar des Berichtsjahres ist die neue Spitalfinanzierung in Kraft getreten. Dies führte in den Spitälern teilweise zu verzögerten Rechnungsstellungen; Liquiditätsengpässe konnten jedoch vermieden werden. Vonseiten der Gesundheitsdirektion wurden im Berichtsjahr die leistungsbezogene Subventionierung initialisiert und die Umwandlung bisheriger staatlicher Investitionsbeiträge in zins- und amortisierungspflichtige Darlehen an die Hand genommen. Zudem wurden die Grundsätze für die Tarifgenehmigungs- und Tariffestsetzungsverfahren im neuen Spitalfinanzierungssystem festgelegt.
Massnahme	5 c Neue Pflegefinanzierung einführen und etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen der Umsetzung des Pflegegesetzes und der Verordnung über die Pflegeversorgung haben die Gemeinden im Berichtsjahr den gesamten Finanzierungsteil der öffentlichen Hand an der kommunalen ambulanten und stationären Pflegeversorgung übernommen. Die Umsetzung erfolgte ohne grössere Probleme. Die Gesundheitsdirektion beobachtet weiterhin die Entwicklungen in der Langzeitpflege (z.B. zunehmende Überalterung), insbesondere mit Blick auf die Gewährleistung der Versorgung.
Massnahme	5 d Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Gesundheitsdirektion erarbeitet und prüft, wie auch von einer Motion (KR-Nr. 201/2010) gefordert, in der derzeit laufenden Analysephase mögliche Verselbstständigungsszenarien für die kantonalen psychiatrischen Kliniken. Ab Anfang 2013 werden die nötigen Grundlagen vorbereitet, sodass der Regierungsrat die Eckwerte der Verselbstständigung festlegen können.
Massnahme	5 e Positionierung Kantonsspital Winterthur und Universitätsspital Zürich prüfen
Stand	Planmässig
Kommentar	Infolge der ab dem Berichtsjahr geltenden neuen Spitalfinanzierung besteht sowohl beim KSW als auch beim USZ Handlungsbedarf hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen. Da sich die beiden Betriebe in Grösse und Struktur, vor allem aber in ihren Aufgaben, stark unterscheiden, werden die Positionierungsfragen beim KSW und beim USZ getrennt bearbeitet. Gestützt auf eine Situationsanalyse hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 416/2012 der Gesundheitsdirektion den Auftrag erteilt, für das KSW ein Konzept mit Lösungsvarianten zu erarbeiten, das sowohl die Leistungsfähigkeit des Spitals in der Spitalversorgung des Kantons Zürich langfristig sichert als auch auf lange Sicht die vollständige Trennung des Spitals vom Kanton ermöglicht. Zur Erarbeitung dieses Konzeptes werden fachspezifisch weitere Direktionen beigezogen. Beim USZ wurde zur Analyse des Handlungsbedarfs eine Vorstudie gestartet.

Massnahme	5f Planung des Neubaus Kinderspital
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt für den Neubau des Kinderspitals wird von der Kinderspital-Eleonorenstiftung durchgeführt und von der Gesundheitsdirektion begleitet. Im Berichtsjahr konnte das Planerauswahlverfahren abgeschlossen werden: Sieger war das Basler Architekturbüro Herzog & de Meuron. Parallel dazu wurden die Grundlagen (Betriebskonzepte, Raumprogramme u. a.) zur Ausarbeitung von Vorprojekt und Bauprojekt für den Neubau erstellt. Zudem wurde der Businessplan vorbereitet, der Grundlage des Kreditantrags für die Planungsarbeiten bilden wird. Der Start der nächsten Planungsphase ist für das Jahr 2013 geplant.
Massnahme	5g Strategische Entwicklungsplanung Universitätsspital Zürich/Universität Zürich und Planung Erneuerung Universitätsspital Zürich durchführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt für die strategische Entwicklungsplanung für die Universität und das Universitätsspital (SEP) gemäss Beschluss Nr. 1545/2009 wurde im Berichtsjahr auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben: So konnten insbesondere die Vertiefungsplanungen für die Areale des USZ, der Universität und der ETH Zürich im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gebietsplanung Hochschulquartier Zentrum, welche die planerisch-baulichen Rahmenbedingungen für die Gesamterneuerung des Universitätsspitals schafft. Die Gebietsplanung bildet überdies die Grundlage für die Anpassung des kantonalen Richtplans und für die Ausarbeitung von Areal-Gestaltungsplänen. Sodann wurden im Berichtsjahr verwaltungsrechtliche Aspekte und Fragen der Projektfinanzierung bearbeitet. Schliesslich konnte auch die Projektorganisation konsolidiert werden, indem sowohl die Position des Projektdelegierten (strategische Projektsteuerung) als auch jene des Gesamtprojektleiters (operative Führung des Projektes) besetzt werden konnten. Damit kann die bestehende «Matrixorganisation» aus Vertretern der beteiligten Direktionen auf Mitte 2013 durch eine spezifische SEP-Projektorganisation abgelöst werden.
Massnahme	5h Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von SwissDRG
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen des Projekts «TARPSY» sind H+, Die Spitäler der Schweiz, und die Gesundheitsdirektion 2011 vom Verwaltungsrat der SwissDRG AG mit der Entwicklung eines einheitlichen nationalen Tarifsystems für die stationäre Psychiatrie mandatiert worden. Um für die Entwicklung dieses Tarifsystems über genügend Datenmaterial zu verfügen, erfassten im Berichtsjahr 13 Referenzkliniken aus mehreren Kantonen neben den bisherigen medizinischen Daten zusätzlich auch die Entwicklung der Fallschwere über den Behandlungsverlauf hinweg. Die von den Referenzkliniken erhobenen Daten werden nun von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur (ZHAW) ausgewertet, um die weitere Datenerhebung optimieren und den Projektplan aktualisieren zu können.

Legislaturziel	6 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert.
Massnahme	6a Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem und Evaluation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «BUSI»
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Beschluss vom 21. November hat der Regierungsrat vom Schlussbericht zum Stand der Umsetzung betreffend Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem Kenntnis genommen. Die Direktion der Justiz und des Innern, die Finanzdirektion, die Gesundheitsdirektion, die Bildungsdirektion sowie die Sicherheitsdirektion werden beauftragt, weiterhin Massnahmen zur Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem zu prüfen und für den Fall ihrer Eignung umzusetzen. Die Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «BUSI» werden vor dem Hintergrund der Totalrevision des Sozialhilfegesetzes weiterhin evaluiert.
Massnahme	6b Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit den neu für den Bereich Frühförderung gesprochenen Bundesmitteln konnten mehrere Weiterbildungsinitiativen unterstützt werden. Das Amt für Jugend und Berufsberatung ist Praxispartner der HFH im Projekt Zeppelin (Zürcher Equity Präventionsprojekt Elternbeteiligung und Integration) und partizipiert im Projekt Frühförderung Winterthur.
Massnahme	6c Sprachförderung in allen Bildungsbereichen
Stand	Planmässig
Kommentar	Daueraufgabe. Ausweitung der zweisprachigen Ausbildungsgänge auf der Sekundarstufe II. Unterstützung von «Spielgruppen plus» durch Mitfinanzierung der Ausbildung und der Sprachfördermaterialien. Zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bibliotheken und Schulen wurde ein Online-Handbuch herausgegeben. Eine Strategie einer Sprachförderung, die über alle Stufen hinweg koordiniert ist, ist in Vorbereitung.
Massnahme	6d Das Integrationspotenzial des Sports nutzen, dabei Angebote im ungebundenen Sport fördern und die Sportvereine in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Ist-Zustand ist analysiert und eine Strategie einschliesslich eines Massnahmenkatalogs mit primären und sekundären Umsetzungspaketen definiert sowie eine Grobplanung für die Legislatur zur Umsetzung der Massnahmen entworfen.
Massnahme	6e Die Weiter- und Nachholbildung unterstützen und stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Finanzierung der Weiterbildung mittels Revision der Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung auf den 1. Januar 2013 angepasst.

Massnahme	6f Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitender Massnahmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Analyseteil wurde abgeschlossen und gestützt darauf ein Strategieentwurf erarbeitet, den der Regierungsrat Ende Berichtsjahr als Grundlage für die Erstellung des kantonalen Integrationsprogramms zur Kenntnis nahm.
Massnahme	6g Die Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen von Insassen im Strafvollzug mit schulischen Lücken stärken im Rahmen des Projekts «Bildung im Strafvollzug»
Stand	Planmässig
Kommentar	Neben dem bereits bestehenden Basisbildungsangebot im Gefängnis Affoltern am Albis konnten in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies und im Vollzugszentrum Bachtel zusätzliche Lerngruppen gebildet werden.
Legislaturziel	7 Die Verkehrsinfrastruktur kann das Verkehrsaufkommen mit mindestens gleichbleibender Qualität und Zuverlässigkeit bewältigen.
Massnahme	7a Das Konzept Regionale Verkehrssteuerung (RVS) umsetzen, um in Gebieten mit stark belastetem Strassennetz verlässliche Reisezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden und eine optimale Einhaltung der Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs zu erreichen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Projektierungsaufträge für die prioritären Massnahmen wurden gemäss Projektplan in die nächste Projektierungsstufe übergeführt, erste stehen vor der Umsetzung, weitere sind in Bearbeitung und werden laufend den gegenwärtigen Gegebenheiten angepasst. Die Umsetzung der Massnahmen ist auf das Sanierungsprogramm des Tiefbauamtes abgestimmt. Die Wirkungsanalyse für die Einzelmassnahmen und das Gesamtsystem ist vorbereitet.
Massnahme	7b Zur Beobachtung, Steuerung und Kontrolle der Verkehrsentwicklung und deren Wirkungen ein Gesamtverkehrscontrolling einführen und betreiben
Stand	Sistiert
Kommentar	Wird neu als Teil des Gesamtverkehrskonzeptes (Massnahme LZ RR 9a) umgesetzt. Nach Abschluss dieser Arbeiten Ende 2013 wird das weitere Vorgehen bezüglich des Gesamtverkehrscontrollings festgelegt.
Massnahme	7c Ein Konzept zur siedlungsverträglichen Gestaltung von Staatsstrassen in Ortszentren erarbeiten und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Vorgehen für die Erarbeitung von Betriebs- und Gestaltungsstudien ist definiert. Erste Studien stehen bereits kurz vor dem Abschluss. Die Ermittlung der Verträglichkeit von sämtlichen Ortsdurchfahrten des Kantons läuft und wird voraussichtlich in der 1. Hälfte 2013 abgeschlossen werden.

Massnahme	7 d Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 25% bis 2016 (Grundlage 2008) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr abdecken sowie das öV-Angebot dort anpassen, wo Kapazitätsengpässe auftreten, wo Handlungsspielraum besteht und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist
Stand	Planmässig
Kommentar	Die durchschnittliche jährliche Nachfragesteigerung 2008–2012 fiel mit 2,3% leicht weniger stark aus als erwartet. Sie konnte mit dem zur Verfügung gestellten Angebot abgedeckt werden. Das Angebot im öffentlichen Verkehr wird pro Fahrplanperiode durch den Verkehrsrat festgesetzt. Die letzten Angebotsverbesserungen im Sinne dieser Massnahme wurden auf den 9. Dezember des Berichtsjahres umgesetzt.
Legislaturziel	8 Die raumwirksamen Tätigkeiten sind überkommunal abgestimmt.
Massnahme	8 a Aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eine Richtplanvorlage an den Kantonsrat erstellen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Richtplanvorlage 4882 wurde am 28. März des Berichtsjahres an den Kantonsrat überwiesen. Die Kommissionsberatungen konnten im Mai des Berichtsjahres aufgenommen werden.
Massnahme	8 b Die überarbeiteten regionalen Richtpläne festlegen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die regionalen Raumordnungskonzepte liegen vor. Die zur Erarbeitung nötigen Grundlagen der kantonalen Fachstellen konnten bereitgestellt werden. Die Unsicherheit in den Regionen über die künftige Ausrichtung der regionalen Richtpläne in Anbetracht der von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommenen Kulturlandinitiative ist gross.
Massnahme	8 c Eine Raumentwicklungsstrategie zur langfristigen Abstimmung der raumwirksamen Tätigkeiten erarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Projektauftrag wurde mit Beschluss Nr. 70/2012 erteilt. Die Projektorganisation konnte etabliert werden. Die Trends bis 2050 und ihre Auswirkungen auf die Handlungsräume gemäss Raumordnungskonzept sind bekannt. Darauf aufbauend wurden erste Teilprojekte ausgelöst.
Massnahme	8 d Die Teilrevision «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» des Planungs- und Baurechts verabschieden
Stand	Verzögert
Kommentar	Die nach durchgeführter Vernehmlassung notwendig gewordene Überarbeitung der Vorlage wurde weitgehend abgeschlossen. Letzte technische und politische Bereinigungen in Zusammenarbeit mit Behörden, Experten und Interessenvertretern stehen kurz vor dem Abschluss. Eine überarbeitete Vorlage wird voraussichtlich im 1. Quartal 2013 dem Regierungsrat unterbreitet werden können.
Massnahme	8 e Massnahmenpaket zur langfristigen Sicherung von 44 400 ha Fruchtfolgeflächen umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung der im Merkblatt «Ressource Boden und Sachplan Fruchtfolgeflächen» verankerten Praxis erfolgt routinemässig und bewährt sich.

Massnahme	8 f Die Methode zur Sicherung des Gewässerraums festlegen und die Umsetzung starten sowie drei kantonale Grundwasserschutzareale festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Pilotprojekt mit vier Gemeinden bezüglich Festlegung des Gewässerraums ist in Arbeit und verläuft programmgemäss. Die Festsetzungsverfahren für die beiden Grundwasserschutzareale Weiach und Schlieren sind im Gange.
Legislaturziel	9 Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot schafft die Voraussetzung für eine dichte Nutzung in der Agglomeration.
Massnahme	9 a Zur langfristigen Weiterentwicklung, Vernetzung und Finanzierung aller Verkehrssysteme das Gesamtverkehrskonzept des Kantons überarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Nach Abschluss der Initialisierungsphase erfolgt die inhaltliche Aktualisierung und Überarbeitung 2013.
Massnahme	9 b Agglomerationsprogramme umsetzen (1. Generation) bzw. erarbeiten und beim Bund einreichen (2. Generation)
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Agglomerationsprogramm der 1. Generation wird seit 2011 umgesetzt. Das Agglomerationsprogramm der 2. Generation wurde bis Frühjahr des Berichtsjahres erarbeitet und Ende Juni des Berichtsjahres beim Bund eingereicht.
Massnahme	9 c Die rechtlichen Grundlagen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung rund um den Flughafen mit dem Bund klären
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Abklärungen von rechtlichen Lösungsmöglichkeiten auf Stufe Lärmschutzverordnung sind weit fortgeschritten. Weitere Grundlagenarbeiten werden noch bis Anfang 2013 vorgenommen, bevor formelle Schritte für eine Verordnungsrevision eingeleitet werden können. Die Chancen für eine Lösung, die dem Anliegen von Kanton und Gemeinden entspricht, sind gut.
Massnahme	9 d Förderprogramm Wohnqualität und weitere Teile des Massnahmenpakets zum Zürcher Flughafen-Index (ZFI) umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Neuerlass der Verordnung zum ZFI ist am 1. März des Berichtsjahres in Kraft getreten. Das Förderprogramm «Wohnqualität Flughafenregion» ist nach einer Vorbereitungsphase Mitte September des Berichtsjahres mit einer Informationsveranstaltung gestartet.
Massnahme	9 e Themenführerschaft in ausgewählten, grenzüberschreitenden Verkehrsthemen und -projekten wahrnehmen (z. B. Regionale Leitzentrale als Leuchtturmprojekt in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern)
Stand	Planmässig
Kommentar	Verschiedene Aktivitäten laufen (Regionale Leitzentrale ist etabliert) oder wurden gestartet (u. a. Übernahme der Bearbeitung des nationalen its-ch-Schwerpunktthemas «Förderung der Vernetzung verschiedener Verkehrsarten»)

Legislaturziel	10 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt.
Massnahme	10 a Die Revitalisierung der Fliessgewässer planen und vorantreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Planung kann gemäss den Vorgaben des Bundes bis Ende 2013 eingereicht werden.
Massnahme	10 b Zur Vermeidung von Mikroverunreinigungen der Gewässer die nachzurüstenden kommunalen Abwasserreinigungsanlagen bestimmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Strategie für den Kanton Zürich ist erarbeitet. Allenfalls sind Anpassungen an das endgültige Bundesrecht notwendig.
Massnahme	10 c Zur Verminderung der Konzentration an Luftschadstoffen den Massnahmenplan Luftreinhaltung 2014 festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Erfolgskontrolle zum Massnahmenplan Luft 2008 und eine Standortbestimmung liegen vor. Die Evaluation von geeigneten Massnahmen für zusätzliche Verminderung der Luftschadstoffe ist in Arbeit.
Massnahme	10 d Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (Verkehrsabgabe) aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen: Anpassung der entsprechenden Verordnung und Bereitstellung der Informatiklösung ab 2012/13
Stand	Planmässig
Kommentar	Gegen die am 28. November 2011 vom Kantonsrat verabschiedete Gesetzesvorlage wurde das Behördenreferendum ergriffen. Bedingt durch die Volksabstimmung, die Revision der Verkehrsabgaben-Verordnung und die Informatikanpassungen wird die produktive Einführung per 1. Januar 2014 erfolgen.
Massnahme	10 e Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich zur Senkung der den Boden versauernden Stickstoffeinträge in die Luft wurde im Januar des Berichtsjahres vom Kantonsrat genehmigt und im März gestartet.
Massnahme	10 f Eine Auslegeordnung zum Umgang mit Strahlungsrisiken erstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Übersicht über die Strahlungsarten ist erstellt, ihre Risikobeurteilung ist in Arbeit.
Legislaturziel	11 Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist unter den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen gewährleistet.
Massnahme	11 a Grundsätze der Zürcher Energiepolitik überarbeiten: Strategie Energieversorgung 2025 und Energieplanungsbericht 2012 erstellen
Stand	Planmässig, in Teilen leicht verzögert
Kommentar	Die Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 des Bundes wurde Ende September des Berichtsjahres eröffnet. Die Vorlage des Bundesrates wird Mitte 2013 erwartet. Die Strategie Energieversorgung 2025 und der Energieplanungsbericht 2012 werden zusammengelegt (Fertigstellung 1. Quartal 2013).

Massnahme	11 b Zürcher Stromversorgung im liberalisierten Markt klären und Netzgebiete innerhalb des Kantons zuteilen
Stand	Planmässig, in Teilen leicht verzögert
Kommentar	Die Netzgebietszuteilung ist vorbereitet und mit den betroffenen Energieversorgungsunternehmen besprochen. Der Zuteilungsbeschluss ist noch ausstehend. Infolge der Energiestrategie 2050 des Bundes hat dieser Verzögerungen bei der Revision des Stromversorgungsgesetzes angemeldet. Die Grundlagen für die Beurteilung des liberalisierten Strommarktes sind damit noch nicht vorliegend.
Massnahme	11 c Umfassenden Rahmenkredit zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beantragen und Leistungsaufträge an Stromversorger im Kanton zur Verbesserung der Energieeffizienz erteilen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Leistungsaufträge können nach erfolgter Netzgebietszuteilung (siehe LZ RR 11b) vorgenommen werden. Ein Rahmenkredit für Pilotprojekte wurde erarbeitet, der Rahmenkredit 2014–2017 für die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz wird 2013 erarbeitet.
Legislaturziel	12 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet.
Massnahme	12 a Die Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen vorantreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Dritter clusterübergreifender Dialog mit Schwerpunktthema «Personalisierte Gesundheit» hat stattgefunden
Massnahme	12 b Die Führung der Marke Zürich beanspruchen und Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Gemeinsam koordinierter Auftritt der ISDM-Partner unter der Marke «World Class, Swiss Made» an den Olympischen Spielen 2012 in London.
Massnahme	12 c Grundlagen für eine gezielte Innovationspolitik des Kantons Zürich erarbeiten und Anreize für Innovationen an den Zürcher Hochschulen schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Beschluss Nr. 604/2012 hat der Regierungsrat sich zum Ziel gesetzt, einen Innovationspark im Kanton Zürich zu errichten. Die Verantwortung trägt die VD (Leitung) zusammen mit BI und BD, eine entsprechende Projektorganisation wurde errichtet. In der Beantwortung des dringlichen Postulats KR-Nr. 205/2011 hat sich der Regierungsrat zum Innovationsstandort Zürich und insbesondere zum Innovationsbeitrag der Hochschulen geäußert.
Massnahme	12 d Autonomie und Handlungsfähigkeit des Finanzplatzes zur Wahrung der Position im internationalen Wettbewerb durch aktive Interessenvertretung stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Veröffentlichung der Studie «Finanzplatz Zürich 2011» (Januar 2012, BAK Basel) sowie Organisation Bankenregulierungsanlass im November des Berichtsjahres (Studie zur Bankenregulierung im internationalen Vergleich, mit metrobasel)

Legislativziel	13 Die Position im internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb ist gestärkt.
Massnahme	13 a Strategie und begleitende Massnahmen zur Erhaltung der Steuerhoheit und der guten Wettbewerbsposition sowie zur Optimierung des Steuersubstrats erarbeiten und umsetzen
Stand	Verzögert
Kommentar	<p>Die Strategie des Kantons Zürich kann erst festgelegt werden, wenn aus der Projektorganisation USR III die harmonisierungsrechtlichen Rahmenbedingungen und Herkunft und Umfang der Gegenfinanzierung der Mindereinnahmen feststehen.</p> <p>Aufgrund der Gespräche zwischen der Schweiz und der EU sind die gesamtschweizerischen Diskussionen über die kantonalen Steuerstatus für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften zu erwähnen. Wegen des anhaltenden Drucks vonseiten der EU dürften diese Steuerstatus über kurz oder lang fallen. Damit stellt sich die Frage nach geeigneten Ersatzmassnahmen.</p> <p>Das Eidgenössische Finanzdepartement hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ein Projekt zur «Reform des Unternehmenssteuersystems im Spannungsfeld von Wettbewerbsfähigkeit, Finanzierung der Staatsausgaben und internationaler Akzeptanz» (Projektorganisation USR III) lanciert. Dabei sind auch Vorschläge zu entwickeln, die einen akzeptablen Ausgleich zwischen Bund und Kantonen bzw. zwischen den Kantonen gewährleisten und die sich daraus ergebenden Mehrbelastungen des Bundes kompensieren. In den Gremien dieses Projekts ist auch der Kanton Zürich vertreten. Die Beratungen im Rahmen dieses Projekts sind abzuwarten.</p> <p>Nachdem in der Volksabstimmung vom 15. Mai 2011 die Steuergesetzrevision zur Entlastung der natürlichen Personen («Steuerpaket») und in jener vom 17. Juni des Berichtsjahres die Steuergesetzrevision zum Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes mit Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer abgelehnt wurden, sind derzeit keine weiteren Tarifsenkungen geplant. Im Übrigen erstellt BAK Basel weiterhin im Auftrag der Finanzdirektion den jährlichen «Zürcher Steuerbelastungsmonitor».</p>

Legislativziel	14 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonalen und Bundesebene ausgebaut.
Massnahme	14 a Aufbau von Allianzen mit anderen Kantonen und Gebietskörperschaften und aktive Vertretung der Zürcher Interessen in Bundesgremien
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Allgemein: Neben der bestehenden Allianz (Konferenz der Geberkantone) konnte auch eine neue Allianz geschlossen werden («Allianz Bahnausbau» der Zentral- und Ostschweizer Kantone).</p> <p>Im Gesundheitswesen: Im Berichtsjahr haben weitere Kantone die Systematik der Zürcher Spitalplanung 2012 übernommen. Dies spricht für die Qualität des Zürcher Modells und erleichtert zudem die Koordination der Leistungsaufträge. Insbesondere mit den Kantonen, die vergleichsweise einen hohen Patientenanteil an Zürcher Spitälern aufweisen, wurden die Beziehungen intensiviert und die Zusammenarbeit beruhend auf einheitlichen Grundsätzen ausgebaut. Auf interkantonalen Ebene wurde in verschiedenen ständigen wie auch in auf bestimmte Projekte beschränkten Arbeitsgruppen Einsitz genommen und auf die Zürcher Interessen berücksichtigende Lösungen hingearbeitet (z. B. interkantonaler Ausgleich der Kosten für die ärztliche Weiterbildung).</p>
Massnahme	14 b Übernahme der Themenführerschaft in interkantonalen Konferenzen sowie Arbeitsgruppen und Begleitorganisationen auf verschiedenen Ebenen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Vertretung in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), der Metropolitankonferenz sowie in den Fachdirektoren- und fachtechnischen Konferenzen und deren Arbeitsgruppen ist gewährleistet, in den meisten Fällen sogar mit einer Mitgliedschaft im jeweiligen Vorstand. Dies gilt auch für wichtige Arbeitsgruppen von Bund und Kantonen (z. B. Projektorganisation «Unternehmenssteuerreform III» oder die Arbeitsgruppe «Umsetzung von Bundesrecht»). Bereiche, bei welchen sich der Kanton die Themenführerschaft sichern konnte, sind namentlich der Finanz- und Verkehrsbereich, der Asylbereich, der Bildungsbereich (Hochschulkoordination/-finanzierung und Harmonisierung der Volksschule) sowie der Gesundheitsbereich (als Spitalplatz).
Massnahme	14 c Interessenwahrung beim Bund durch die innere Reform der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verbessern
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Umsetzung des Projekts «innere Reformen» der KdK ist aufgrund der Zurückhaltung beim Bund noch nicht weiter fortgeschritten.
Massnahme	14 d Politische Abstützung und Governance der Metropolitankonferenz aus Sicht des Kantons Zürich verbessern
Stand	Sistiert
Kommentar	In der laufenden Konsolidierungsphase erscheint es derzeit nicht opportun, strukturelle Veränderungen an der Metropolitankonferenz vorzunehmen.

Massnahme	14 e Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung zur Ausgestaltung des internationalen Informationsaustauschs in Steuersachen und zu den Auswirkungen auf den innerschweizerischen Informationsaustausch durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine wichtige Einflussnahme erfolgt über die FDK (Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren) sowie die SSK (Schweizerische Steuerkonferenz), wo der Kanton Zürich in den Leitungsgremien und verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten ist. Der Kanton Zürich hat sodann Einsitz genommen in der Arbeitsgruppe des Bundes zur Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Steuerstrafrechts, wo auch der innerschweizerische Informationsaustausch thematisiert wird. Im Berichtsjahr wurden weiter eine Vernehmlassung zur Ausdehnung der Rechtshilfe bei Fiskaldelikten verabschiedet und Stellungnahmen zu zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen abgegeben.
Legislaturziel	15 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt.
Massnahme	15 a Neues Gemeindegesetz mit Unterstützung von Gemeindevereinigungen und Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden
Stand	Planmässig
Kommentar	Ende Berichtsjahr begann der Regierungsrat mit der Beratung des Entwurfs für ein totalrevidiertes Gemeindegesetz. Nach dem Abschluss der Finanzausgleichsreform nahm der Kanton die Unterstützung von Gemeinden auf, die sich zusammenschliessen wollten. In der Folge beschlossen die Stimmberechtigten von Bertschikon und Wiesendangen die Vereinigung ihrer Gemeinden.
Massnahme	15 b Überprüfung der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden im Bereich der Steuern und einer Neukonzeption der Prozesse und Informatikmittel
Stand	Planmässig
Kommentar	Bis Anfang November des Berichtsjahres erstellte das Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht (IFF) der Universität St. Gallen ein «Gutachten zur Aufgabenteilung zwischen Kanton Zürich und den Gemeinden im Steuerbereich» sowie eine Kurzfassung des Gutachtens. Das kantonale Steueramt leistete dabei einen substanziellen Beitrag mit Informationen zum Ist-Zustand. Der Regierungsrat wird sich im Verlaufe des Jahres 2013 mit dem Gutachten beschäftigen.

Massnahme	15 c Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Grundlagen für eine Regelung wurden in einem direktionsübergreifenden Projekt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und unter dem Vorsitz des Vorstehers der Direktion der Justiz und des Innern erarbeitet. Nachdem der Vereinbarungsentwurf in der Vernehmlassung bei den Gemeinden mehrheitlich positive Rückmeldungen brachte, hat der Regierungsrat die Vereinbarung genehmigt und die Gemeinden zur Unterzeichnung eingeladen (Beschluss Nr. 1092/2012). Die Mehrzahl der politischen Gemeinden hat bis Ende des Berichtsjahres die Vereinbarung unterzeichnet. Der Steuerungsausschuss der Zusammenarbeitsorganisation soll sich im ersten Quartal 2013 konstituieren.
Massnahme	15 d Überprüfung der Vollzugszuständigkeit im Lebensmittelrecht zwischen Kanton und Gemeinden
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Vollzugsbereich des Lebensmittelrechts müssen die Zuständigkeiten des Kantons und der Gemeinden im Sinne von § 2 der Einführungsverordnung zum eidgenössischen Lebensmittelgesetz neu geregelt werden. Dabei soll klarer und detaillierter umschrieben werden, wer welche Bereiche der Lebensmittelgesetzgebung vollzieht. Ein Verordnungsentwurf mit entsprechenden Erwägungen wurde im Berichtsjahr erarbeitet. Er soll Anfang 2013 in Vernehmlassung gehen.
Massnahme	15 e Die direktionsübergreifenden Verwaltungsprozesse in der Zuständigkeit der Staatskanzlei durchgängig elektronisch abwickeln
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Arbeiten konnten aus Ressourcengründen nicht fortgesetzt werden.
Massnahme	15 f Umsetzung der kantonalen Informatikstrategie (weitere Umsetzungseinheiten ab UE2 bis UEx)
Stand	Verzögert
Kommentar	Umsetzungseinheiten 1 und 2 leicht verzögert, weitere Umsetzungseinheiten noch nicht begonnen.
Massnahme	15 g Neue LEUnet-Strategie, Ablösung/Modernisierung des kantonalen Netzwerks
Stand	Planmässig
Massnahme	15 h Überprüfung des Immobilienmanagements des Kantons und Einführung eines Immobilienmanagementsystems
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Regierungsrat hat die Projektauficht beauftragt, das Projekt neu zu strukturieren. Es besteht nun aus vier Teilprojekten. Erste Ergebnisse werden Ende Januar 2013 erwartet. Das Immobilienmanagementsystem kann erst nach Abschluss des Teilprojekts 2 «Optimierung der finanziellen Steuerung» weiterbearbeitet werden.

Legislaturziel	16 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet.
Massnahme	16 a Erarbeitung und Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Personalstrategie 2012–2015 wurde im Berichtsjahr vom Regierungsrat beschlossen. Die Umsetzung der im Rahmen der Personalstrategie 2012–2015 beschlossenen Massnahmen erfolgt bis zum Ende der Legislatur.
Massnahme	16 b Substanzerhalt der kantonalen Immobilien
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Zustandswert des Liegenschaftenbestandes liegt auf Ende des Berichtsjahres bei rund 0,77 (Zeitwert im Verhältnis zum Neuwert, Neuwert = 1). Ein guter Zustandswert liegt bei 0,85. Unter der Voraussetzung, dass der Investitionsanteil für werterhaltende Massnahmen 50% der Gesamtinvestitionen beträgt, wie dies in der Immobilienverordnung festgelegt ist, so kann der Zielwert von 0,85 erst innert etwa acht Jahren erreicht werden. Weitere Angaben sind dem Funktionsbereich Immobilien zu entnehmen.
Massnahme	16 c Umsetzung des Projekts familienergänzende Kinderbetreuung
Stand	Planmässig
Kommentar	Nach einer Sistierung des Projekts aufgrund der Situation des Finanzhaushalts im 2009 und 2010 konnten die Projektarbeiten im Oktober 2011 fortgesetzt werden. Die rechtlichen Grundlagen liegen im Entwurf vor.
Massnahme	16 d Durch neue Ausbildungsgänge für den Quereinstieg, Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule und geplante Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen und Schulleitende an der Volksschule genügend geeignete Personen – darunter mehr Männer – für den Lehrberuf gewinnen
Stand	Planmässig
Kommentar	Quereinsteigerausbildungen erfolgreich eingeführt und generalisiert. Einführung einer Fachmatura in Pädagogik in Arbeit.
Massnahme	16 e Aufgabenbezogene Organisation der Kantonspolizei, damit Polizistinnen und Polizisten für die eigentlichen Polizeiaufgaben eingesetzt werden können.
Stand	Planmässig
Kommentar	Für die Grenzkontrollen am Flughafen wurde 2011 durch den Regierungsrat die gestaffelte Anstellung von 100 zivilen Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten bewilligt. Davon konnten 2011 bereits 30 rekrutiert und angestellt werden. Weitere 30 Personen wurden im Berichtsjahr rekrutiert und ausgebildet. Weitere 40 Personen werden 2013 operativ.
Massnahme	16 f Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Sollbestands u. a. mit gezielter Rekrutierung von Aspirantinnen und Aspiranten für den Polizeidienst
Stand	Planmässig
Kommentar	Dank intensiver Personalwerbung konnten im Berichtsjahr wiederum rund 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Polizeikorps wurde noch nicht erreicht. Die Abweichung konnte aber weiter verringert werden.

Legislaturziel	17 Die Finanzierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) ist sichergestellt.
Massnahme	17 a Umsetzung der Statutenrevision zur nachhaltigen Finanzierung mit dem Ziel der vollen Deckung innerhalb von sieben Jahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die BVK gewährte dem Kanton zur Abwicklung der durch den Kantonsrat beschlossenen Einmaleinlage von 2 Mrd. Franken ein kurzfristiges Darlehen bis zum 31. Dezember 2013, welches mit regelmässigen Zahlungen amortisiert wird.
Legislaturziel	18 Die Kommunikation des Kantons gewährleistet die freie Meinungsbildung der Bevölkerung in einer veränderten Medienwelt.
Massnahme	18 a Social-Media-Angebote erproben, evaluieren und bei positivem Resultat erfolgreich einführen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Der Regierungsrat hat nach dem Versuchsjahr beschlossen, die Auftritte auf den Social-Media-Plattformen in einen definitiven Betrieb mit entsprechenden Rahmenbedingungen überzuführen und Social-Media-Guidelines zu erlassen
Massnahme	18 b Live-Streaming der Medienkonferenzen des Regierungsrates erproben, evaluieren und bei positivem Resultat einführen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Der Regierungsrat hat nach dem Versuchsjahr beschlossen, das Live-Streaming in einen definitiven Betrieb mit entsprechenden Rahmenbedingungen überzuführen.
Massnahme	18 c Eine Auswahl der Angebote der Internetinhalte von www.zh.ch in englischer und französischer Übersetzung zugänglich machen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das Übersetzungsprojekt mit dem Grundangebot auf der Website www.zh.ch ist abgeschlossen. Insgesamt wurden 361 Seiten übersetzt.

Finanzen im Überblick

Eckwerte	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz zu R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
	Mio. Fr.	Mio. Fr.	Mio. Fr.		
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	13 712	13 224	13 407	306	2,3
Betrieblicher Aufwand	-13 940	-13 574	-15 461	1 521	9,8
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-228	-350	-2 054	1 826	88,9
Finanzertrag	551	426	543	8	1,4
Finanzaufwand	-218	-157	-213	-5	-2,3
Finanzergebnis	333	269	331	3	0,9
Jahresergebnis	106	-82	-1 723	1 829	> 100,0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	340	97	306	34	11,2
Investitionsausgaben	-859	-1 044	-983	124	12,6
Nettoinvestitionen	-519	-947	-677	158	23,4
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	6 444		5 208	1 236	23,7
Finanzvermögen UV	6 444		5 208	1 236	23,7
Anlagevermögen (AV)	15 481		15 397	85	0,6
Finanzvermögen AV	1 259		1 034	225	21,7
Verwaltungsvermögen	14 222		14 362	-140	-1,0
Total Aktiven	21 926		20 604	1 321	6,4
Kurzfristiges Fremdkapital	-6 894		-3 808	-3 086	-81,1
Langfristiges Fremdkapital	-6 590		-8 488	1 898	22,4
Eigenkapital	-8 442		-8 309	-133	-1,6
Total Passiven	-21 926		-20 604	-1 321	-6,4
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit ¹	370		877	-507	-57,8
Geldfluss aus Investitionstätigkeit ¹	-645		-636	-10	-1,5
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	-275		241	-517	> 100,0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	936		-28	964	> 100,0
Zunahme Flüssige Mittel	661		213	448	> 100,0
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	137,3		-149,0		
Verschuldung	5 075		5 344		

¹ 2011 restated

Vergleich Rechnung 2012 mit Rechnung 2011

Die Erfolgsrechnung 2012 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 106 Mio. Franken und damit um 1829 Mio. Franken besser ab als die Erfolgsrechnung 2011.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 1826 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

- +2587 Personalaufwand
 - +2617 Wegfall Rückstellungen für die Sanierung der BVK im 2011
- +410 Transferertrag
 - +326 Mehrertrag für neuen kantonalen Finanzausgleich wegen neuer Ausgleichsgefässe
- 1017 Transferaufwand
 - 684 Mehraufwand für neuen kantonalen Finanzausgleich wegen neuer Ausgleichsgefässe
 - 386 Höhere Beiträge an Spitäler als Folge der KVG-Revision und der vollständigen Übernahme der Spitalfinanzierung (neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz)
- 191 Fiskalertrag
 - 126 Staatssteuern juristische Personen (davon +105 aus Nachträgen für die abzurechnende Steuerperiode)
 - 74 Staatssteuern natürliche Personen (davon -224 aus tiefer fakturiertem Ertrag für die laufende Steuerperiode und +129 aus Nachträgen für die abzurechnende Steuerperiode)

Das Finanzergebnis ist um 3 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

- +42 Verbesserungen aus Marktwertanpassungen von Liegenschaften in der Baudirektion
- +20 Erträge aus Darlehen an Spitäler, die im Rahmen der Einführung der neuen Spitalfinanzierungen aus altrechtlichen Investitionsbeiträgen umgewandelt wurden.
- 60 Verschlechterungen, weil im Vorjahr die periodische Marktwertanpassung von Liegenschaften im Strassenfonds erfolgte.

Die Nettoinvestitionen 2012 betragen 519 Mio. Franken. Sie sind damit 158 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Während die Investitionsausgaben 124 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr ausgefallen sind, haben die Investitionseinnahmen wegen Rückzahlungen von geleisteten Vorfinanzierungen bei Infrastrukturprojekten wie der Durchmesserlinie zugenommen.

Vergleich Rechnung 2012 mit Budget 2012

Die Erfolgsrechnung 2012 hat um 187 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossen. Davon entfallen 123 Mio. Franken oder rund zwei Drittel auf das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit.

Wichtigste Veränderungen im Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (in Mio. Franken):

+245	Fiskalertrag
+248	Staatssteuern natürliche Personen (davon +51 aus Nachträgen für die Steuerperiode und +82 aus Nachträgen für frühere Steuerperioden sowie +65 aus Quellensteuern)
+119	Regalien und Konzessionen
+117	Nicht budgetierte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
-226	Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand
-300	Zentral budgetierte pauschale Aufwandsverbesserung durch den Kantonsrat
-119	Personalaufwand
-90	Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Universität Zürich

Die Verbesserung um rund 64 Mio. Franken im Finanzergebnis ist in erster Linie Marktwertanpassungen von Liegenschaften im Finanzvermögen der Baudirektion zuzuschreiben.

Die Nettoinvestitionen 2012 liegen um 429 Mio. Franken unter dem Budget. Die Investitionseinnahmen sind um 244 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen. Hauptgrund dafür ist die Durchmesserlinie, für die der Bund die vom Kanton geleistete Vorfinanzierung früher als geplant zurückerstattet hat. Die Investitionsausgaben sind 185 Mio. Franken tiefer als geplant, v. a. weil die im Berichtsjahr geplante Vorfinanzierungstranche des Kantons an die Durchmesserlinie wegen der hohen Bundesbeiträge entfiel und weil der Landerwerb für das geplante Polizei- und Justizzentrum nicht wie vorgesehen schon im Berichtsjahr erfolgte.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr haben sich die flüssigen Mittel um 661 Mio. Franken erhöht. Aus betrieblicher Tätigkeit sind dem Staatshaushalt 370 Mio. Franken zugeflossen, aus Finanzierungstätigkeit 936 Mio. Franken. Dem stehen Abflüsse von 645 Mio. Franken aus der Investitionstätigkeit gegenüber.

Im Vorjahr erhöhten sich die flüssigen Mittel um 213 Mio. Franken.

Mittelfristiger Haushaltsausgleich 2005–2011

Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung für die letzten acht Jahre ist auch bei Einrechnung der Rückstellungen für die BVK-Sanierung erreicht. Über die Jahre 2004–2011 ist ein kumulierter Ertragsüberschuss von 1368 Mio. Franken zu verzeichnen. Dabei werden für die Jahre vor 2009 die vom Kantonsrat genehmigten Rechnungsergebnisse gemäss Finanzhaushaltsgesetz verwendet (§ 51 FCV). Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im Umfang von 2,6 Mrd. Franken im Jahr 2011 nicht in den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung 2005 bis 2012 eingerechnet. Er fällt deshalb deutlich besser aus als der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr beläuft sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 137%. Damit konnten nicht nur die Nettoinvestitionen vollständig aus der Erfolgsrechnung finanziert, sondern darüber hinaus auch die Verschuldung abgebaut werden. Diese verminderte sich um 268 Mio. Franken auf noch knapp 5,1 Mrd. Franken.

Finanzpolitische Beurteilung

Das Rechnungsergebnis knüpft an die Serie positiver Rechnungsabschlüsse seit 2005 an. Lediglich 2011 war wegen der Rückstellungen für die BVK-Sanierung ein Aufwandüberschuss zu verzeichnen. Damit konnte das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr leicht auf nunmehr über 8,4 Mrd. Franken aufgestockt werden. Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung über die letzten acht Jahre von 2005 bis 2012 wurde klar erreicht. Das wäre auch dann der Fall gewesen, wenn die BVK-Rückstellung von 2,6 Mrd. Franken 2011 in den mittelfristigen Ausgleich hätte eingerechnet werden müssen.

Die Nettoinvestitionen sind um über 400 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausgefallen. Davon sind rund 300 Mio. Franken oder drei Viertel auf Abweichungen bei den beiden Vorhaben Durchmesserlinie und PJZ zurückzuführen. Dank einem Selbstfinanzierungsgrad von deutlich über 100% ist die Verschuldung auf 5,1 Mrd. Franken zurückgegangen.

Der Kantonshaushalt ist also weiterhin in einer guten Verfassung. Dies kommt auch in den Beurteilungen der Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch zum Ausdruck. Beide haben Anfang 2013 den Kanton Zürich erneut mit «AAA stabil» benotet. Diese gute Ausgangslage ist wichtig, weil die stark wachsende Bevölkerung im Kanton Zürich zu grossen finanziellen Belastungen führt, insbesondere im Bildungsbereich und bei den Investitionen in die Infrastruktur. So sind hohe Investitionsausgaben für das PJZ, das Universitätsspital und die Hochschulen absehbar. Gleichzeitig sind finanzpolitisch grosse Brocken wie die neue Spitalfinanzierung, die BVK-Sanierung oder der neue innerkantonale Finanzausgleich zu verdauen.

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 18. April wählte der Regierungsrat Markus Kägi zu seinem Präsidenten und Dr. Thomas Heiniger zu seinem Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2012/2013.

Regierungsratssitzungen

	2012	2011
Sitzungen	47	48
Regierungsratsbeschlüsse	1384	1588
Rekurse	204	325

Geschäfte des Regierungsrates

	2012	2011
Geschäftseingänge	2397	2737

Parlamentarische Vorstösse

	2012	2011
Einreichungen		
Motionen	11	28
davon Leistungsmotionen	-	-
Postulate	48	54
davon dringlich erklärt	12	13
Interpellationen	18	7
Anfragen	179	161
davon dringliche	15	11
Überweisungen des Kantonsrates		
Motionen	14	10
davon Leistungsmotionen	-	-
davon als Postulat	5	5
Postulate	30	27
davon dringliche	11	10
Volksinitiativen	-	1
Einzelinitiativen (vorl. unterstützt)	4	1
Behördeninitiativen (vorl. unterstützt)	1	1
Stellungnahmen des Regierungsrates		
Motionen	13	21
davon Leistungsmotionen	-	-
Postulate	29	34
davon dringliche	14	15
Entgegennahmen (Motionen und Postulate)	18	n. a.

	2012	2011
Beantwortungen des Regierungsrates		
Interpellationen	17	6
Anfragen	173	168
davon dringliche	15	9
Berichte und Anträge des Regierungsrates		
Motionen	–	6
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	32	38
davon dringliche	8	6
Ergänzungsberichte	–	1
Volksinitiativen	4	6
Einzelinitiativen	4	2
Behördeninitiativen	1	1
Gegenvorschläge (konstruktives Referendum)	–	3
Rückzüge		
Motionen	4	7
Postulate	10	6
Interpellationen	3	1
Anfragen	2	–
Volksinitiativen	–	2
Einzelinitiativen	–	1
Behördeninitiativen	–	–

Rekursstatistik des Regierungsrates 2012

Der Sachbereich weist auf die Herkunft der angefochtenen Verfügung oder auf die antragstellende Direktion hin.

Sachbereich	Pendenzen	Eingänge						Erledigungen	Pendenzen
	1.1.2012	2012	Abweisung/ Nicht- eintreten	Gut- heissung teilweise	Gut- heissung ganz	Rückzug/ gegen- standslos	Wieder- erwägung	Total	31.12.2012
Direktion der Justiz und des Innern	37	8	3	1	0	4	2	10	35
Sicherheitsdirektion (einschliesslich Statthalterämter)									
Migrationsamt	308	8	54	6	33	44	5	142	174
Übrige	48	14	8	0	2	9	1	20	42
Total	356	22	62	6	35	53	6	162	216
Finanzdirektion	13	4	3	1	0	1	1	6	11
Volkswirtschaftsdirektion	66	61	26	3	2	10	1	42	85
Gesundheitsdirektion	9	2	1	0	0	1	0	2	9
Bildungsdirektion	92	10	9	0	1	66	1	77	25
Baudirektion	141	21	20	2	4	13	9	48	114
Total der Direktionen	714	128	124	13	42	148	20	347	495
Vorjahr	1038	142	181	27	58	154	46	466	714

Rechtsetzung

Verabschiedete Erlasse

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 19 Sitzungen insgesamt 40 Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt.

Der Regierungsrat hat über folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Gesetze

		Antrag Regierungsrat
Volksschulgesetz, Beiträge Sonderschulung, Versorgungsplanung	Ä	25. Januar 2012
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen, Unterstellung der Selbstständigerwerbenden	Ä	1. Februar 2012
Steuergesetz, Kinderdrittbetreuungskostenabzug	Ä	29. Februar 2012
Gesetz über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	Ä	14. März 2012
Zusatzleistungsgesetz, Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz, Direktüberweisung Pauschalbetrag für die obligatorische Krankenpflegeversicherung	Ä	21. März 2012
Landwirtschaftsgesetz, Anpassung von Subventionstatbeständen	Ä	21. März 2012
Polizeigesetz, polizeiliche Überwachungsmassnahmen, Datenschutz	Ä	28. März 2012
Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen	N	2. Mai 2012
Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen, Bewilligungspflicht und Massnahmen	Ä	2. Mai 2012
Gesundheitsgesetz, nichtärztliche Psychotherapie	Ä	9. Mai 2012
Volksschulgesetz, Prüfungsvorbereitungskurse	Ä	6. Juni 2012
Archivgesetz und Patientinnen- und Patientengesetz, Online-Datenbanken, Schutzfristen	Ä	19. September 2012
Steuergesetz, Nachvollzug des Bundesrechts betreffend Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes und der konzessionierten Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen	Ä	3. Oktober 2012
Zivilschutzgesetz, Schutzraumfonds	Ä	28. November 2012
Haftungsgesetz, Haftung im Bereich des Handelsregisterwesens	Ä	12. Dezember 2012

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Verordnungen (Auswahl)

		Beschluss Regierungsrat
Finanzcontrollingverordnung	Ä	11. Januar 2012
Kantonale Zivilschutzverordnung	Ä	18. Januar 2012
Verordnung über die Pflegekinderfürsorge	Ä	25. Januar 2012
Verordnung über die Vermittlung von Pflegeplätzen und die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten	N	25. Januar 2012
Verordnung über die zusätzliche Studiengebühr von ausländischen Studierenden an der Universität	N	1. Februar 2012
Reglemente für die Aufnahme an die Mittelschulen	Ä	8. Februar 2012
Reglement für die Aufnahme an die K+S Klasse am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium Rämibühl Zürich mit Anschluss an die 6. Klasse der Primarstufe	N	8. Februar 2012
Wohnbauförderungsverordnung	Ä	29. Februar 2012
Verordnung über die Studiengebühren an der Zürcher Fachhochschule	Ä	6. März 2012
Submissionsverordnung	Ä	14. März 2012
Volksschulverordnung	Ä	28. März 2012
Verordnung über die Kinderschutzkommission	N	28. März 2012
Besondere Bauverordnung I	Ä	4. April 2012
Energieverordnung	Ä	4. April 2012
Publikationsverordnung	Ä	18. April 2012
Verordnung zum Luftfahrtrecht des Bundes	N	2. Mai 2012
Verordnung über die Fachstelle Sport und die Sportkommission	Ä	2. Mai 2012
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassung von Verordnungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Bildungsdirektion:		
– Änderung von 16 Verordnungen	Ä	9. Mai 2012
Kantonale Geoinformationsverordnung	N	27. Juni 2012
Kantonale Verordnung über die amtliche Vermessung	N	27. Juni 2012
Kantonale Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen	N	27. Juni 2012
Leitungskatasterverordnung	N	27. Juni 2012
Bauverfahrensverordnung	Ä	27. Juni 2012
Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei	Ä	27. Juni 2012
Verordnung über die Wahl und die Aufgaben des ersten Stiftungsrats der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich»	N	4. Juli 2012
Reform des Verwaltungsverfahrensrechts, Anpassungen von Verordnungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Baudirektion:		
– Änderung von 5 Verordnungen	Ä	11. Juli 2012
Finanzcontrollingverordnung	Ä	19. September 2012
Verordnung über den Vollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes	Ä	26. September 2012
Verordnung über die Finanzierung der Sonderschulung	Ä	26. September 2012
Verordnung über die Vermittlung von Pflegeplätzen und die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten	Ä	26. September 2012
Verordnung über die Jugendheime	Ä	26. September 2012
Verordnung über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften	N	3. Oktober 2012

Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	24. Oktober 2012
Kantonale Filmverordnung	N	31. Oktober 2012
Anpassung des Ordnungsrechts an das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht: – Neuerlass der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Voraussetzungen und Verfahren bei Sterilisationen: – Änderung von 22 Verordnungen	N Ä	 7. November 2012
Verordnung über die Alimentenhilfe und die Kleinkinderbetreuungsbeiträge	N	21. November 2012
Verordnung zum EG FamZG	Ä	21. November 2012
Verordnung über das Polizei-Informationssystem POLIS	Ä	21. November 2012
Verordnung über die Beiträge an die Umstellung von Landwirtschaftsbetrieben auf biologische Bewirtschaftungsweise	Ä	4. Dezember 2012
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	4. Dezember 2012
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	12. Dezember 2012
Verordnung über den elektronischen Zugriff der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden auf die Einwohnerregister	N	19. Dezember 2012
Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung	Ä	19. Dezember 2012

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Erlasse in Bearbeitung und Planung

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Direktion
Statistikgesetz	2	2013	Jl
Abtretungsgesetz	1		Jl
Gesetz über den verstärkten Einbezug des Kantonsrates im Bereich der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit	5		Jl
Kantonales Bürgerrechtsgesetz	8		Jl
Totalrevision Gemeindegesetz	2	2013	Jl
Revision Gewaltschutzgesetz	8		Jl
Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	5		Jl
Änderung Zusatzleistungsgesetz/Einführungsgesetz zum Krankenver- sicherungsgesetz (Direktüberweisung Pauschalbetrag für obligatorische Krankenversicherung) (Vorlage 4876)	4	2013	DS
Änderung Polizeiorganisationsgesetz (Rechtsgrundlage für das Forensische Institut)	2	2013	DS
Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheits- dienstleistungen (Vorlage 4902)	3		DS
Änderung Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Vorlage 4903)	7		DS
Zivilschutzgesetz (Schutzraumfonds) (Vorlage 4948)	3	2013	DS
Totalrevision Sozialhilfegesetz	1	2015	DS

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Direktion
Notariatsgebührenverordnung (Änderung des Anhangs, Schaffung neuer Gebührenpositionen)	1	2013	FD
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (Änderung von § 61 CRG, gemäss Motion KR-Nr. 101/2011)	1	2014	FD
Staatsbeitragsgesetz (Überprüfung auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung)	1	2015	FD
Änderung Steuergesetz (Besteuerung von Lotteriegewinnen)	1	2013	FD
Änderung Steuergesetz (Nachvollzug des Unternehmenssteuerreform- gesetzes II des Bundes; zweiter Antrag)	1	2013	FD
Änderung Steuergesetz (Anpassung an das gemeinsame elterliche Sorgerecht)	1	2013	FD
Änderung Steuergesetz (Steuerbefreiung des Feuerwehresoldes / konzessionierte Verkehrsunternehmen)	3	2013	FD
Änderung Personalgesetz (Datenschutzrechtliche Absicherungen für das Case Management)	2	2013	FD
Änderung Personalgesetz (Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen zum Datenschutz)	2	2013	FD
Änderung Personalgesetz (Ferienregelung in Abhängigkeit des Ausgangs der Volksabstimmung)	8		FD
Änderung PVO zum Personalgesetz (Familienergänzende Kinderbetreuung)	1	2013	FD
Änderung VVO zum Personalgesetz (Lohnfortzahlung)	1	2014	FD
Änderung Personalgesetz und VVO zum Personalgesetz (Administrativmassnahmen/-untersuchung)	1	2014	FD
Änderung Personalgesetz (Verselbstständigung BVK)	2	2013	FD
Änderung PVO (individuelle Lohnerhöhung)	2	2013	FD
Revision Strassengesetz	1	4. Quartal 2013	VD
Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	1	4. Quartal 2013	VD
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	1	4. Quartal 2013	VD
Verordnung zum Luftfahrtrecht des Bundes	3		VD
Gesetz über Planung und Bau	1	2. Quartal 2014	VD
Verordnung über das Gesamtverkehrsmodell	1		VD
Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr	0	1. Quartal 2014	VD
Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)	5		VD
Verordnung zum EG AVIG	2		VD
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten	0		VD
Änderung Gesundheitsgesetz (nichtärztliche Psychotherapie)	4	1. Quartal 2013	GD
Krebsregistergesetz	2	2. Quartal 2013	GD
Änderung EG KVG (Verfahren der Prämienverbilligung)	4	1. Quartal 2013	GD

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Direktion
Änderung Gesundheitsgesetz (Berufe im Gesundheitswesen)	0	3. Quartal 2014	GD
Änderung Mittelschulgesetz (Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen ([San10]))	7		BI
Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen der Volksschule; Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt «Belastung – Entlastung im Schulfeld»	7		BI
Änderung Volksschulgesetz (Anpassungen, Regelung Synodalorganisation)	6		BI
Gesetz über die Administrativmassnahmen bei Lehrpersonen an der Volksschule und an den Mittel- und Berufsfachschulen	5		BI
Änderung Volksschulgesetz (Prüfungsvorbereitungskurse)	4		BI
Änderung Volksschulgesetz (Beiträge an die Sonderschulung, Versorgungsplanung)	4		BI
Änderung Lehrpersonalgesetz (Neuer Berufsauftrag Lehrpersonen)	3	2013	BI
Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (Disziplinarrecht)	3	2013	BI
Anpassung der Gesetzgebung im Bereich der BI an das Gesetz über Information und Datenschutz	2	2013	BI
Änderung Planungs- und Baugesetz (Verfahren und Rechtsschutz)	3	2013	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Beitritt zum IVHB-Konkordat)	2	2013	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Parkieranlagen)	2	2013	BD
Geoinformationsgesetz	5		BD
Wasserwirtschaftsgesetz	1	2013	BD
Energiegesetz (Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich)	5	2013	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Umsetzung zur Volksinitiative zum Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen / Kulturlandinitiative)	1	2013	BD
Landwirtschaftsgesetz	3	2013	BD

Legende betreffend Stand per 31. Dezember

0 = Arbeit noch nicht aufgenommen

1 = in Ausarbeitung

2 = in Vernehmlassung

3 = vom Regierungsrat verabschiedet

4 = von der Kommission des Kantonsrates behandelt

5 = vom Kantonsrat verabschiedet

6 = Referendumsfrist läuft

7 = vor Volksabstimmung

8 = zurückgezogen/abgeschrieben

* = entspricht Rechtsetzungsprogramm der Legislaturperiode

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2012

Die nachfolgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als Fr. 300 000 (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss § 37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kantonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung, LS 101).

Datum	RRB Nr.	Gegenstand	Betrag Fr.
11. Januar	6	IPW, Mietverträge mit IKA KZU, wiederkehrend	656 000
1. Februar	103	Strassen, Rümlang, Flughafenstrasse	3 170 000
1. Februar	106	Klosterkirche Rheinau, bauliche Massnahmen	4 875 000
8. Februar	127	SPFG, Subventionen für Spitäler und Kliniken 2012	56 540 000
29. Februar	166	USZ, Personalwohnhaus Vogelsangstrasse	19 007 000
29. Februar	175	Strassen, Meilen	3 459 000
6. März	217	Haus zum Rechberg	13 730 000
18. April	409	Strassen, Uitikon/Birmensdorf, Birmensdorferstrasse	4 300 000
23. Mai	517	Kantonales Labor, Sanierung	6 000 000
23. Mai	541	Universität, Lernzentrum Hauptbibliothek	3 650 000
13. Juni	653	NHS, Auswertung Grabung Opéra Parkhaus	5 800 000
4. Juli	729	Strassen, Horgen/Wädenswil, Seestrasse	7 930 000
11. Juli	776	Ostschweizer Spitalvereinbarung (Subv.)	6 391 000
15. August	801	ipw, Stao Hard, Mietverträge, wiederkehrend	381 560
15. August	822	Kompetenzzentrum Höhere Berufsbildung, Subv.	11 030 000
15. August	823	UZH, Telefonanlage	18 330 000
22. August	842	KSW, Umbau Personalhaus	3 165 000
22. August	860	Institut für Kunstwissenschaft, Subv., MFr. 1,15/a	4 600 000
29. August	876	N3, Autobahnraststätte Herrlisberg Nord	3 330 000
29. August	877	K52, Forchstrasse, SABA 3 und 4	3 070 000
5. September	911	Unterhaltsreinigung der kantonalen Verw.bauten, wiederkehrend	1 250 000
12. September	925	Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat	4 250 000
26. September	987	Strassen, Zürich und Winterthur, Bau- und Unterhaltspauschalen 2012	83 863 439
26. September	1001	IPV 2013	394 900 000
3. Oktober	1033	Werkhof Glattbrugg	7 000 000
31. Oktober	1108	POLIS-Wartungsvertrag	5 793 390
7. November	1123	USZ, Kältemaschinen	19 817 000

Aussenbeziehungen des Kantons

Konferenz der Kantonsregierungen

Die 1993 gegründete Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat zum Zweck, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und die erforderliche Koordination und Information der Kantone bei der Willensbildung im Bund in jenen Bereichen sicherzustellen, die den unmittelbaren Interessen- und Kompetenzbereich der Kantone berühren.

Der Kanton Zürich wurde im Leitenden Ausschuss der KdK bis zum Jahresende durch Regierungsrätin Regine Aepli vertreten. Der Leitende Ausschuss behandelte die laufenden Geschäfte und bereitete die vier ordentlichen Plenarversammlungen vor. Schwergewichtig widmete sich die KdK im Berichtsjahr im Rahmen ihrer Mitgestaltung an der schweizerischen Europapolitik den Fragen der Fortsetzung der sektoriellen Abkommen mit der EU. Als stellvertretende Vorsitzende der Europakommission der KdK nahm Regierungsrätin Regine Aepli auch regelmässig am neu eingerichteten Europadialog teil. Dieser beruht auf einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen und soll den laufenden politischen Austausch in Europafragen sicherstellen.

Internationale Bodenseekonferenz

Der Kanton Zürich ist seit November 1998 Mitglied der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Diese will die Zusammenarbeit im Bodenseeraum durch grenzübergreifend gemeinsame Politiken fördern und damit auch die regionale Zusammengehörigkeit stärken.

Die Konferenz der Regierungschefs, in welcher der Kanton durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten ist, trifft sich einmal im Jahr zu einer ordentlichen Plenumsitzung, in der die wichtigsten Beschlüsse gefasst sowie allfällige Empfehlungen verabschiedet werden. Im Ständigen Ausschuss, der in mehreren Sitzungen die laufenden Geschäfte der IBK besorgt, nimmt Staatsschreiber Beat Husi Einsitz. Der Ständige Ausschuss begleitet und koordiniert auch die Arbeit der sieben Fachkommissionen, welche die Sachprojekte erarbeiten. In diesen ist der Kanton durch ein Mitglied der jeweils betroffenen Direktion vertreten. Unter dem Vorsitz des Kantons Appenzell Auser rhoden wurde erstmals ein «Tag der Kommissionen» durchgeführt, der insbesondere der Vernetzung und der Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Kommissionsarbeit diene. Auch das UNESCO-Weltkulturerbe Pfahlbauten, das im Bodensee- und Zürichseeraum einen Schwerpunkt kennt, wurde erstmals thematisiert.

Metropolitankonferenz / Verein Metropolitanraum Zürich

Nach rund zweijährigen Vorarbeiten ist am 3. Juli der Verein Metropolitanraum Zürich gegründet worden, der eine gemeinsame politische Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich bilden soll. Ihm gehören acht Kantone (ZH, SH, TG, SG, SZ, ZG, LU, AG) als ordentliche, zwei als assoziierte (GL, GR) Mitglieder sowie rund 95 Städte und Gemeinden an. Er umfasst die Metropolitankonferenz als Mitgliederversammlung und oberstes Vereinsorgan sowie den Metropolitanrat als ausführendes Gremium. Dessen Geschäfte werden vorbereitet vom operativen Ausschuss, und zu den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft bestehen Arbeitsgruppen, die auf der Grundlage der Vision des Vereins bzw. des jeweiligen Handlungsfeldes inhaltliche Inputs und konkrete Projektvorschläge erarbeiten.

Der Kanton Zürich ist im Verein Metropolitanraum Zürich durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten. Im Auftrag des Regierungsrates nimmt Dr. Daniel Brühlmeier, Leiter der Fachstelle Aussenbeziehungen, Einsitz im operativen Ausschuss des Vereins. Gleichzeitig ist er Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich, der Kantonskammer des Vereins.

Im Berichtsjahr wurde in zwei Projekten die Verantwortung der Projektleitung dem Kanton Zürich übertragen: im Projekt Siedlungsnahes Freiraumnetz und im Projekt Immigration 2030. Letzteres will den Herausforderungen begegnen, die im Metropolitanraum Zürich durch die im letzten Jahrzehnt erfolgten und für 2030 vorauszusehenden starken Zuwanderung entstehen. Diese werden in den Bereichen Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung untersucht. Dazu wurden statistische Szenarien zum künftigen Bevölkerungswachstum des Metropolitanraums entwickelt und Workshops mit Expertinnen und Experten des Metropolitanraums zu den drei Bereichen durchgeführt. Der Schlussbericht zum Projekt soll 2013 vorgelegt werden.

Interkantonale Regierungskonferenzen

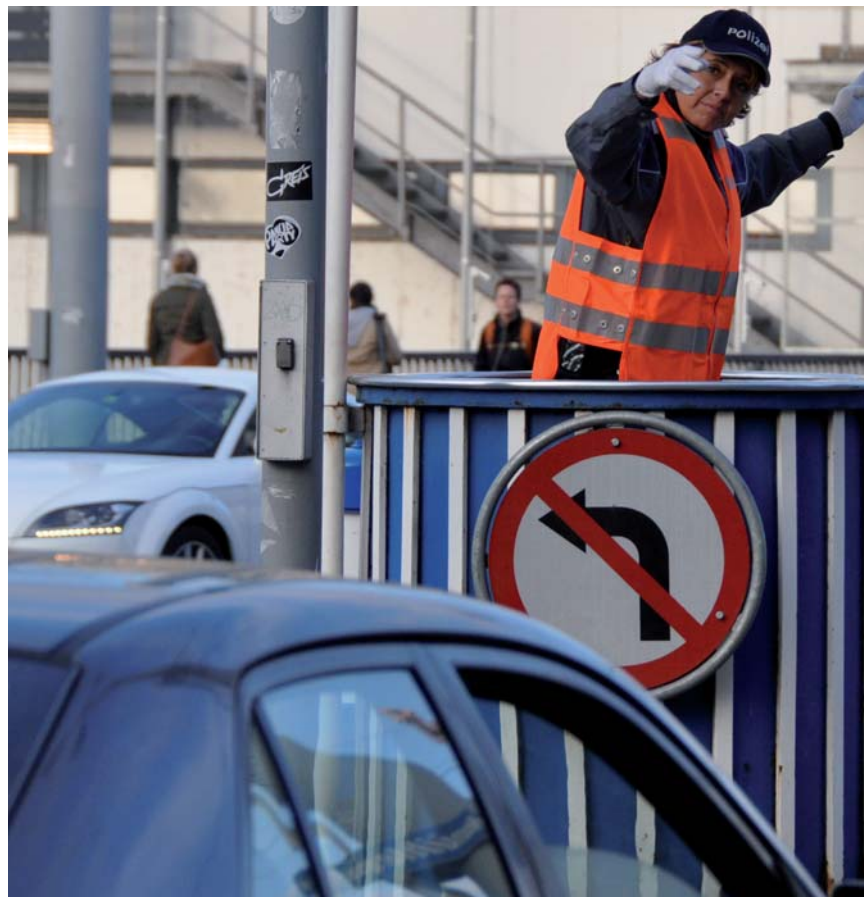
Nachdem die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK, Kantone: GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG) 1998 mit dem Wunsch an den Kanton Zürich gelangt war, über einen Beitritt zu verhandeln, ist der Regierungsrat 2001 der ORK, aber auch weiteren an den Kanton angrenzenden Regierungskonferenzen wie der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG) bzw. der Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz (NWRK: BE, SO, BS, BL, AG, JU) in Form einer «assozierten Mitgliedschaft» beigetreten.

Der Regierungsrat hat diese Zusammenarbeit in der bisherigen Form (Beobachterstatus in allen drei Konferenzen) weitergeführt. Dieser Status dient vornehmlich der Beziehungspflege auf Regierungsebene. Der Regierungsrat nimmt an den einmal jährlichen Plenarkonferenzen jeweils mit einer Delegation teil.

Interreg

Die Interreg-Programme sind ein Entwicklungsinstrument der EU im Rahmen der «Europäischen Territorialen Zusammenarbeit» (ETZ), an welchen sich auch Nicht-EU-Staaten beteiligen können. Sie bilden eine der drei Säulen der EU-Regionalpolitik. Interreg hat drei verschiedene Ausprägungen: Interreg A fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Regionen verschiedener Länder, Interreg B die territoriale Zusammenarbeit benachbarter und Interreg C die interregionale Zusammenarbeit nicht benachbarter Regionen. Der Kanton Zürich beteiligt sich am Programm «Alpenrhein–Bodensee–Hochrhein» (Ausrichtung A), den Programmen «Alpine Space» und «Nordwesteuropa» (Ausrichtung B) sowie am Interreg-C-Programm.

Der Kanton Zürich hat sich im Berichtsjahr stärker als bis anhin an den Aktivitäten der Interreg-Programme beteiligt. Im Programm «Alpenrhein–Bodensee–Hochrhein» stieg die Anzahl der mit Schweizer Mitteln geförderten Projekte auf 69, rund ein Drittel davon weisen einen oder mehrere Zürcher Partner auf. In Zusammenarbeit mit der Netzwerkstelle Ostschweiz und dem Regierungspräsidium Tübingen wurde im November eine gutbesuchte Informationsveranstaltung in Bülach durchgeführt, um über die aktuelle und die kommende Förderperiode zu informieren. Im Programm «Nordwesteuropa» unterstützt das neu vom Kanton Zürich mitgeförderte Projekt «TransNet-Aero» kleine und mittlere Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.





Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erbringt als Stabsstelle des Regierungsrates Leistungen, die zum reibungslosen Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde beitragen. Sie berät und unterstützt den Regierungsrat und wirkt für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend.

Zielgruppenspezifische Kommunikation verstärkt

Einer der Schwerpunkte der Kommunikationsabteilung des Regierungsrates lag auf der Optimierung der zielgruppenspezifischen Kommunikation. Zielgruppenspezifische Kommunikation umfasst auch den Austausch mit den Adressaten und die Pflege von Adresslisten, um gezielt und zeitlich abgestimmt die Inhalte zuzuweisen. Angesichts der Informationsflut können so die Bedürfnisse der Zielgruppen gezielter erfüllt werden. Alle Adressdateien wurden überarbeitet, optimiert und werden kontinuierlich nachgeführt.

Der Regierungsrat will dem neuen Informationsverhalten der Bevölkerung (80% nutzen das Internet regelmässig) Rechnung tragen und beauftragte die Staatskanzlei, in einem Pilotversuch den Auftritt in den sozialen Medien zu erproben. Die Aktivität der kantonalen Verwaltung auf den Plattformen der sozialen Medien wurde im Versuchsjahr stark beachtet: Im Vergleich mit anderen Kantonsangeboten bewegt sich der Kanton Zürich in einer aktiven Spitzengruppe. Der Regierungsrat hat nach dem Versuchsjahr entschieden, die Auftritte in einen definitiven Betrieb mit entsprechenden Rahmenbedingungen überzuführen und Social-Media-Guidelines zu erlassen. Das Übersetzungsprojekt mit dem Grundangebot auf der Website www.zh.ch ist abgeschlossen. Um die Wahrnehmung des Standortes Zürich auch für Nicht-Deutschsprachige zu verbessern, wurde ein Grundangebot der Internet-Inhalte aller Direktionen und der Staatskanzlei in Englisch und Französisch zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden 361 Seiten übersetzt.

Neue Publikationslösung für das Amtsblatt

Das Amtsblatt des Kantons Zürich ist seit dem 1. Juli mit einer neuen Publikationslösung auf www.amtsblatt.zh.ch online. Der Kanton Zürich arbeitet dabei als erster Kanton eng mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) zusammen und orientiert sich am Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB). Diese Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Zürich und dem Bund ermöglicht Kosteneinsparungen und erlaubt den Leserinnen und Lesern einen einfacheren und schnelleren Zugang zu den amtlichen Informationen.

Verankerung des Regierungscontrollings innerhalb der Verwaltung

Der Regierungsrat hat im Frühjahr Bilanz über die Produkte und Verfahren des Regierungscontrollings gezogen. Er hat dabei das in den vergangenen Jahren entwickelte Modell der gesamtpolitischen Steuerung sowie die sechs Hauptinstrumente (Lagebeurteilung, Richtlinien der Regierungspolitik, Legislaturbericht, Controllingbericht, Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan [KEF] und Geschäftsbericht) bestätigt. Bei einzelnen Produkten hat er einen Anpassungsbedarf festgelegt. So soll beispielsweise der interne Controllingbericht nur noch Mitte der Legislatur (und nicht wie bisher vorgesehen jährlich) erscheinen. Die Staatskanzlei wurde weiter beauftragt, Modell und Instrumente des Regierungscontrollings noch stärker in der Verwaltung zu verankern. Aus diesem Grund wurden im Berichtsjahr eine Serie von Veranstaltungen für Kadermitarbeitende der Direktionen durchgeführt sowie das Informationsangebot in Internet und Intranet ausgebaut. Um die Aufgabenbeschriebe und Indikatoren in den Leistungsgruppenblättern von KEF und Geschäftsbericht aussagekräftiger zu gestalten, hat die Staatskanzlei einen Leitfaden mit Qualitätskriterien sowie einem idealtypischen Vorgehen zur Weiterentwicklung festgelegt und Workshops mit einzelnen Leistungsgruppen durchgeführt. Diese Arbeiten werden 2013 fortgesetzt.

Projekt «Immigration und Bevölkerungswachstum 2030»

In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung im Metropolitanraum Zürich stark gewachsen und sie wird es auch weiterhin tun. Um dieser Herausforderung zu begegnen, hat die Metropolitankonferenz Zürich ein Projekt ins Leben gerufen, das den Einfluss der Zuwanderung auf die Bereiche Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung untersucht. Die Metropolitankonferenz will die Herausforderungen in den drei Bereichen aufzeigen und Massnahmen zum Umgang damit vorschlagen. Die Projektleitung wurde der Staatskanzlei übertragen. Der Projektauftrag wurde von der Metropolitankonferenz am 11. Mai beschlossen. Im Rahmen der Projektumsetzung wurden statistische Szenarien zum künftigen Bevölkerungswachstum des Metropolitanraums entwickelt und Workshops mit den Expertinnen und Experten des Metropolitanraums zu den drei Bereichen durchgeführt. Erste Zwischenergebnisse wurden der Metropolitankonferenz am 9. November unterbreitet. Der Schlussbericht zum Projekt soll 2013 vorgelegt werden.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Erneuerung der E-Government-Strategie

Die kantonale E-Government-Strategie ist Ende des Berichtsjahres ausgelaufen. Die Stabsstelle E-Government hat unter Einbezug der Direktionen Entwürfe zur erneuerten Strategie und zu einem Umsetzungsplan erarbeitet. Zudem wurde die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden vorangetrieben und eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich E-Government abgeschlossen (vgl. Legislaturziel 15 des Regierungsrates, Massnahme c).

Ein wesentlicher Pfeiler für die Umsetzung der Strategie ist die Transaktionsplattform ZHservices. Im Berichtsjahr konnten auf der Plattform die Online-Steuererklärung der Finanzdirektion versuchsweise eingeführt und weitere Angebote wie die elektronische Rechnungseingabe des Buchungszentrums sowie die elektronische Handelsregisteranmeldung umgesetzt werden. Auch die Nutzung des kantonalen Content-Management-Systems hat zugenommen. Weitere Amtsstellen haben ihre Auftritte neu als Teil des kantonalen Auftritts zh.ch umgesetzt, sodass dieser nun nahezu alle Stellen umfasst.

Legislaturziele

Die Staatskanzlei ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 14, 15 und 18 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen dargestellt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung umfasst die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Staatskanzlei.

Legislaturziel	1 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit FD und GD).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 14a–14d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Kommunikation des Kantons gewährleistet die freie Meinungsbildung der Bevölkerung in einer veränderten Medienwelt (LZ RR 18).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 18a–18c des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die Möglichkeiten des Regierungsrates zur Steuerung von Verwaltung und verselbstständigten Einheiten sowie zur Rechenschaftsablage sind verbessert.
Massnahme	3.1 Die Grundsätze für Rechtsform, Steuerung, Risikomanagement, Rechenschaftsablage und Bewertung der verselbstständigten Einheiten des Kantons klären und festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat sich im Berichtsjahr vertieft und in mehreren Sitzungen mit dem Thema «Public Corporate Governance» befasst. Zunächst hat ein vom Regierungsrat unter der Leitung des Staatsschreibers eingesetztes Projektteam einen Textentwurf zur Beantwortung der offenen Fragen erstellt, die der Regierungsrat in Beschluss Nr. 1352/2011 formuliert hatte. Ab Mitte Mai hat die Staatskanzlei bei den zuständigen Direktionen eine Bestandesaufnahme zur Corporate Governance der bestehenden verselbstständigten Einheiten des Kantons durchgeführt. Im September hat der Regierungsrat den Auftrag erteilt, den überarbeiteten Textentwurf einem externen Expertengremium sowie der Finanzkontrolle zur Erarbeitung von Zweitmeinungen vorzulegen. Ausgehend vom seit Dezember vorliegenden Expertenbericht ist vorgesehen, 2013 Richtlinien zur Corporate Governance auszuarbeiten.
Massnahme	3.2 Die Aufgaben des Kantons, die erbrachten Leistungen, erzielten Wirkungen und Kosten in Controlling und Rechenschaftsablage besser erfassen und darstellen
Stand	Planmässig

Legislaturziele

Kommentar	Mit sechs Direktionen wurden im Berichtsjahr Informationsveranstaltungen für Kadermitarbeitende der Direktionen durchgeführt. Dabei wurden Gesamtsystem, Modell und Instrumente des Regierungscontrollings geschult und der Austausch mit den Ansprechpersonen in den Direktionen gepflegt. Diese Veranstaltungen bildeten den Auftakt für eine ebenfalls im Berichtsjahr gestartete Serie von Workshops zur Weiterentwicklung der Darstellung von Aufgaben und Indikatoren in KEF und Geschäftsbericht.
Legislaturziel	4 Die Übereinstimmung von politisch-administrativen Strukturen mit den funktionalen Räumen wird verbessert (LZ RR 15; gemeinsam mit DS, FD, GD und BD).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 15c und 15e des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,9	0,9	1,1	0,3
Aufwand	–18,7	–19,6	–18,8	0,8
Saldo	–17,8	–18,7	–17,7	1,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,3		0,3
Saldo		–0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	62,7	58,9	57,5	–1,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,3 Mio. Franken oder 33% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,3 Ertrag durch die Neuorganisation der Amtsblatt-Herausgabe

Der Aufwand liegt 0,8 Mio. Franken oder 4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,5 Durch Verzögerung von E-Government-Projekten wurden Leistungen Dritter im Berichtsjahr nicht verwendet.

+0,2 In den Bereichen Regierungscontrolling und Aussenbeziehungen mussten Dienstleistungen Dritter nicht im budgetierten Umfang bezogen werden.

+0,1 Durch verzögerte Neubesetzungen vermindert sich der Personalaufwand.

Investitionsrechnung

Im Berichtsjahr wurden keine aktivierbaren E-Government-Projekte abgerechnet.

Personal

Durch die verzögerte Besetzung von Stellen wurde der geplante Beschäftigungsumfang um 1,4 Vollzeitstellen unterschritten.

Leistungsgruppen

1000 Staatskanzlei

Hauptereignisse

Eine Übersicht über die Schwerpunkte der Staatskanzlei im Berichtsjahr findet sich in der Rubrik «Überblick Staatskanzlei». Folgende weitere Themen können hier angeführt werden:

Neue Informatikstrategie

Im Berichtsjahr wurde eine neue Informatikstrategie erstellt und in Kraft gesetzt. Diese legt die Grundsätze und strategischen Stossrichtungen des Informatikeinsatzes der Staatskanzlei fest.

Rathaus öffnete seine Türen

Erstmals standen die Türen des Rathauses in der «Langen Nacht der Museen» am 1. September ab 18 Uhr für die Bevölkerung offen. Der Verein Zürcher Museen führte den offiziellen Eröffnungsakt im Ratssaal im 1. Stock durch. In den einzelnen Räumen des Rathauses informierten bis nach Mitternacht Mitarbeitende der Parlamentsdienste und der Staatskanzlei über das politische Leben, das wellenförmig an bestimmten Wochentagen im imposanten Gebäude wogt, und erinnerten an historisch bedeutsame Ereignisse, die sich im Innern abspielten, oder lenkten den Blick auf Ausstattungen, die etwa vom prachtvollen Barock zeugen. Knapp 3000 Besuchende nutzten die Gelegenheit.

Besondere Anlässe

Die Staatskanzlei war im Berichtsjahr wiederum mit der Organisation zahlreicher Anlässe beschäftigt. Herausragende Ereignisse waren der Besuch des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, am 6./7. September und die Feier für den Bundespräsidenten 2013, Ueli Maurer, am 13. Dezember in Zürich und Hinwil.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Organisation von Anlässen)
A2	Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen optimal unterstützen
A3	Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG) Mit Beschluss vom 18. April hat der Regierungsrat die Publikationsverordnung vom 2. Dezember 1998 geändert und damit die Rechtsgrundlage für die Neukonzeption des Amtsblattes ab 1. Juli 2012 geschaffen.
A4	Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst) Gemäss RRB Nr. 1092/2012 wird die Geschäftsstelle der E-Government-Zusammenarbeits-Organisation von Kanton und Gemeinden in der Stabsstelle E-Government angesiedelt werden. Siehe dazu den Kommentar bei den Legislaturzielen des Regierungsrates (Massnahme LZ RR 15c).
A5	Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates

Leistungsgruppen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet) (A3)	P	376 923	370 000	569 658	199 658
W2	Rang des Kantons Zürich im Kantonsvergleich der Studie «Zufriedenheit im E-Government» der Universität Basel (alle 2 Jahre; A3)	min.	19	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse (A1)	P	1 588	1 300	1 384	84
L2	Anzahl vorbereitete Rekurse (A1)	min.	449	300	328	28
L3	Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (A1)	max.	17	14	13	-1
L4	Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen (A1)	P	2 737	3 400	2 397	-1 003
L5	Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den eidgenössischen Räten (A2)	P	100	100	100	0
L6	Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe (A1)	P	233	272	231	-41
L7	Anzahl Medienkonferenzen (A3)	max.	62	80	66	-14
L8	Anzahl Medienmitteilungen (A3)	P	336	340	326	-14
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5 (A3)	P	25 016	25 000	20 084	-4 916
L10	Anzahl geleitete überdirektionale Koordinationsgremien (A4)	max.	7	7	7	0
L11	Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (A4)	max.	21	18	26	8
L12	Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern und extern) (A4)	P	7 739 978	8 000 000	8 193 243	193 243
Wirtschaftlichkeit						
B1	Ungedeckte Kosten pro erledigter Rekurs (A1)	max.	4 027	4 000	4 343	343
Abweichungsbegründungen						
W1	Dank dem Relaunch des kantonalen Internetauftritts hat sich die Anzahl Seitenzugriffe massiv erhöht.					
W2	Es wurde im Berichtsjahr keine Studie gemacht.					
L4	Der Eingang von Rekursen verlagerte sich von der Staatskanzlei zur Sicherheitsdirektion.					
L9	Im Berichtsjahr war der durchschnittliche Seitenumfang von Vorlagen und Anträgen an den Kantonsrat wesentlich geringer.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Aufbau von Allianzen mit anderen Kantonen und Gebietskörperschaften Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14a	2014
E2	Übernahme der Themenführerschaft in interkantonalen Konferenzen sowie Arbeitsgruppen und Begleitorganisationen auf verschiedenen Ebenen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14b	2014
E3	Interessenwahrung beim Bund durch die innere Reform der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verbessern Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14c	2013
E4	Politische Abstützung und Governance der Metropolitankonferenz aus Sicht des Kantons Zürich verbessern Sistiert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14d	2013
E5	Social-Media-Angebote erproben, evaluieren und bei positivem Resultat einführen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	18a	2012
E6	Live-Streaming der Medienkonferenzen des Regierungsrates erproben, evaluieren und bei positivem Resultat einführen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	18b	2012
E7	Eine Auswahl der Angebote der Internetinhalte von www.zh.ch in englischer und französischer Übersetzung zugänglich machen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	18c	2012
E8	Die Grundsätze für Rechtsform, Steuerung, Risikomanagement, Rechenschaftsablage und Bewertung der verselbstständigten Einheiten des Kantons klären und festlegen Planmässig Vgl. Legislaturziele der Staatskanzlei	-	2014
E9	Die Aufgaben des Kantons, die erbrachten Leistungen, erzielten Wirkungen und Kosten in Controlling und Rechenschaftsablage besser erfassen und darstellen Planmässig Vgl. Legislaturziele der Staatskanzlei	-	2014
E10	Die direktionsübergreifenden Verwaltungsprozesse in der Zuständigkeit der Staatskanzlei durchgängig elektronisch abwickeln Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15e	2014
E11	Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15c	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,9	0,9	1,1	0,3
Aufwand	-18,7	-19,6	-18,8	0,8
Saldo	-17,8	-18,7	-17,7	1,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,3		0,3
Saldo		-0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	62,7	58,9	57,5	-1,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,3 Mio. Franken oder 33% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,3 Ertrag durch die Neuorganisation der Amtsblatt-Herausgabe

Der Aufwand liegt 0,8 Mio. Franken oder 4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,5 Durch Verzögerung von E-Government-Projekten wurden Leistungen Dritter im Berichtsjahr nicht verwendet.

+0,2 In den Bereichen Regierungscontrolling und Aussenbeziehungen mussten Dienstleistungen Dritter nicht im budgetierten Umfang bezogen werden.

+0,1 Durch verzögerte Neubesetzungen vermindert sich der Personalaufwand.

Investitionsrechnung

Im Berichtsjahr wurden keine aktivierbaren E-Government-Projekte abgerechnet.

Personal

Durch die verzögerte Besetzung von Stellen wurde der geplante Beschäftigungsumfang um 1,4 Vollzeitstellen unterschritten.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	501 714	-14 853	0	486 861	-14 853





Direktion der Justiz und des Innern

Zur Direktion gehören 15 Ämter und Fachstellen sowie weitere angegliederte Bereiche. Um die Führbarkeit dieses heterogenen Gebildes sicherzustellen und die Dienstleistungsorientierung zu verstärken, gelten als Leitideen die Gewährleistung der selbstständigen Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie die Orientierung an den Bedürfnissen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit. Die Aufgabenschwerpunkte der Direktion der Justiz und des Innern liegen bei der Strafverfolgung von Erwachsenen und Jugendlichen, beim Justizvollzug und beim Gemeindewesen.

Polizei- und Justizzentrum

Die Gutheissung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) hat die Planungssicherheit hinsichtlich zusätzlicher Haftplätze sowie der Organisation von Schnittstellen bei der Strafverfolgung wesentlich verbessert und die entsprechenden Arbeiten konnten vorangetrieben werden.

Bedeutsame Gesetzes- und Organisationsvorhaben

Mit Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes zu Beginn des Berichtsjahrs wurden erste Erfahrungen mit den neuen Instrumenten bei der praktischen Umsetzung gemacht. Die Arbeiten am Gemeindegesetz konnten weitergeführt und dem Regierungsrat ein Gesetzesentwurf für ein totalrevidiertes Gemeindegesetz zur Beratung vorgelegt werden. Die Direktion beschäftigte weiter die mit Beginn des Berichtsjahrs erfolgte Überführung der Statthalter in die Direktion sowie die Begleitung der Vorbereitung der Strukturen für die auf 1. Januar 2013 anstehende Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.

Kulturleitbild, Finanzierung von Religionsgemeinschaften und Integrationsprogramm

Im Bereich Kultur wurde die Erarbeitung eines neuen Kulturleitbilds in Angriff genommen. In Zusammenarbeit mit den anerkannten Religionsgemeinschaften wurden zudem erstmals die Tätigkeitsprogramme als Grundlage für den vom Kantonsrat zu sprechenden Rahmenkredit für die Beitragsperiode 2014–2019 erarbeitet und dem Regierungsrat vorgelegt. Im Rahmen der Vorbereitung der Programmvereinbarung mit dem Bund im Bereich Integration wurden sodann mit der Analyse und dem Strategieentwurf zwei wesentliche Teile des zu erstellenden kantonalen Integrationsprogramms erarbeitet.

Legislaturziele

Die Direktion der Justiz und des Innern ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 1, 6 und 15 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie aus- gegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit DS und BI).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6b, 6f und 6e des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit SK, FD und GD).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15 a des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert (LZ RR 1; gemeinsam mit DS).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 1 b, 1 c und 1 e des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Objektive und subjektive Sicherheit durch Schwerpunktsetzung, die Verfolgung bereichsübergreifender Zielsetzungen und eine vernetzte Deliktprävention fördern
Massnahme	4.1 Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion
Stand	Verzögert
Kommentar	Neuartige Konzeption des Gesetzesentwurfs erforderte zusätzliche Arbeiten.
Massnahme	4.2 Evaluation Intervention gegen häusliche Gewalt
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Evaluation wurde abgeschlossen.
Massnahme	4.3 Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre)
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Bereich Altersstruktur der über 1-jährigen Pendenzen ist die Straf- verfolgung Erwachsene planmässig unterwegs. Bei den über 2-jährigen Fällen ist bei gleichzeitiger Zunahme der Eingänge und Erledigungen eine Verschlechterung der Altersstruktur zu verzeichnen. Massnahmen zur Gegensteuerung wurden im Sommer erarbeitet und befinden sich in der Umsetzung.
Massnahme	4.4 Konsolidierung Schweizerische Strafprozessordnung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung läuft zufriedenstellend, die aktuelle Rechtsprechung wird aufmerksam verfolgt.

Massnahme	4.5 Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität (Jugendgewalt)
Stand	Planmässig
Kommentar	Insbesondere bei jugendlichen Gewalttätern wurde weiterhin verstärkt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt.
Massnahme	4.6 Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die durchschnittliche Untersuchungsdauer konnte weiter verkürzt werden und bleibt ein vorrangiges Ziel.
Massnahme	4.7 Umbau und Erweiterung der Geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon fertigstellen
Stand	Verzögert
Kommentar	Nach Wiederaufnahme der Bauarbeiten konnten die Arbeiten weiter vorangetrieben werden.
Massnahme	4.8 Die rückfallpräventiven Wirkungen von strafrechtlichen Sanktionen im Rahmen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Abschluss des Modellversuches ist für April 2013 terminiert. Das Projekt wird jedoch weitergeführt bis nach Evaluationsschluss Ende 2015.
Massnahme	4.9 Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen
Stand	Verzögert
Kommentar	Eine amtsstellenübergreifende Arbeitsgruppe hat ein umfangreiches Grobkonzept erarbeitet, in dem die Komplexität des Vorhabens aufgezeigt wird. Es wurde beschlossen, zuerst ein Pilotprojekt durchzuführen. Abhängig von den Ergebnissen sollen dann die schrittweise Einführung und Etablierung von «Electronic Monitoring» weiter konkretisiert werden.
Massnahme	4.10 Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Bearbeitungsdauer konnte weiter gesenkt werden.
Massnahme	4.11 Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung
Stand	Planmässig
Kommentar	Das 2006 eingeführte leistungsorientierte Finanzierungssystem hat sich bewährt. Die leistungsorientierte Ausrichtung der Staatsbeiträge ermöglicht eine bessere Steuerung des Angebots durch den Kanton als Auftraggeber.

Massnahme	4.12 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Berichtsjahr konnten mehr als zwei Drittel der Verfahren innert 60 Tagen nach Erlangung der Spruchreife entschieden werden. Der leichte Rückgang der Anzahl erledigter Rechtsmittel ist auf die Priorisierung der Abarbeitung der erstinstanzlichen Verfahren im Vormundschaftsbereich sowie auf die sehr zeitaufwendigen Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Änderung der Zuständigkeiten im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes zurückzuführen.
Legislativziel	5 Förderung eines breiten und hochstehenden Kulturangebots
Massnahme	5.1 Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kreis der unterstützten Institutionen konnte erweitert werden.
Massnahme	5.2 Überarbeitung Leitbild Kulturförderung
Stand	Planmässig
Kommentar	Start Vorprojekt Konzept und Projektorganisation

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	523,8	1 036,5	1 042,5	6,0
Aufwand	-1 156,2	-1 902,0	-1 899,6	2,4
Kreditübertragungen aus 2011		-3,2		
Saldo	-632,3	-865,5	-857,1	8,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,3	2,6	2,9	0,3
Ausgaben	-15,1	-29,1	-18,2	10,8
Kreditübertragungen aus 2011		-3,1		
Saldo	-13,8	-26,5	-15,3	11,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 531,4	1 612,7	1 581,3	-31,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 6,0 Mio. Franken oder 0,6% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +7,3 Steuerkraftabschöpfung
- +5,2 Finanzausgleich: «Fondserträge»
- +1,8 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus dem Rahmenkredit für Integrationsprojekte (saldoneutral)
- +1,7 Einnahmen Investitionsfonds
- +0,7 Bussen und Geldstrafen
- 2,9 Verkäufe (v. a. Amt für Justizvollzug)
- 2,7 Beschlagnahmungen
- 2,2 V. a. Gebühren beim Handelregisteramt, Einbürgerungsgebühren
- 1,7 Diverses
- 1,2 Geringere Beteiligung von Sorgeberechtigten und Gemeinden an Schutzmassnahmen Jugendlicher

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 2,4 Mio. Franken oder 0,1% unter dem Budget (einschliesslich Kreditübertragungen).

Wichtigste Positionen:

- 16,3 Rückstellung für BVK-Sanierung bei Gemeinden
- 8,7 Strafvollzugs- und Massnahmekosten
- 4,4 Forderungsverluste und Wertberichtigungen auf Forderungen
- 1,8 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus dem Rahmenkredit für Integrationsprojekte (saldoneutral)
- 0,6 Ausfinanzierung der BVK-Unterdeckung des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen

- +12,8 Finanzausgleich: Rückerstattungen und Übergangsausgleich
- +7,5 Interne Verrechnung an Psychiatrische Universitätsklinik
- +4,4 Personalaufwand: Verzögerte Stellenbesetzungen, Ausbildung, Auflösung Zeitguthaben
- +3,1 Planungskosten (v. a. Alternative zu Polizei- und Justizzentrum)
- +2,8 tiefere Massnahmekosten für jugendstrafrechtliche Massnahmen
- +2,8 Diverses
- +0,8 Opferhilfebeiträge

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen wurden um 0,3 Mio. Franken oder 12,7% übertroffen.

Wichtigste Ursache:

- 0,3 Bundesbeiträge beim Amt für Justizvollzug

Die Investitionsausgaben (einschliesslich Kreditübertragungen) wurden um 10,8 Mio. Franken oder 37,2% unterschritten.

Wichtigste Ursachen:

- +3,5 keine Investitionen beim Opernhaus
- +2,7 Verzögerungen beim Amt für Justizvollzug
- +2,4 Rechenzentrum Bezirksgebäude
- +1,8 Kirchliche Liegenschaften (Deckensanierung Rheinau durch Immobilienamt bezahlt, Verzögerung bei Sanierung Türme Grossmünster)
- +0,3 Investitionsfonds

Personal

Der Beschäftigungsumfang unterschreitet das Budget 2012 um 31,4 Stellen oder 1,9%.

Wichtigste Ursache:

- 31,4 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen (v. a. Amt für Justizvollzug, Jugendstrafrechtspflege, Statistisches Amt und Staatsarchiv)

Beim Personal handelt es sich um Angestellte. Behörden, Lernende und Praktikanten werden bei den Leistungsgruppen nicht ausgewiesen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	9,2	38,3	19,8	19,2

Die Arbeiten im Massnahmenzentrum Uitikon zur Erneuerung und Sanierung sowie zum Umbau und Erweiterung der Geschlossenen Abteilung verlaufen seit der Wiederaufnahme der Bauarbeiten im Sommer 2011 planmässig. Die Ist-Werte umfassen auch die aufgelaufene Teuerung.

Leistungsgruppen

2201 Generalsekretariat JI

Hauptereignisse

Ein wesentlicher Bereich war die Integration der Statthalterämter in die Direktion (z. B. informatiktechnische Integration in die IT-Umgebung), in deren Kontext auch ein umfangreicher Statusbericht über Aufgaben und Aufsicht der Bezirksräte und Statthalter erstellt wurde. Weiter beschäftigte das Generalsekretariat die Vorbereitung der Organisation der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Zahlreiche Projekte wie das Gesetz über die Datenbearbeitung in der JI, das Statistikgesetz, die Teilrevision des Archivgesetzes oder das Vorprojekt für ein zentrales Personenregister wurden vorangetrieben bzw. in Angriff genommen. Eng begleitet wurden die Arbeiten an der Erstellung des kantonalen Integrationsprogramms sowie die erstmalige Erarbeitung der Tätigkeitsprogramme durch die anerkannten Religionsgemeinschaften. Der Gesetzgebungsdienst begleitete 43 (81) Rechtsetzungsprojekte.

Das Generalsekretariat war in 34 parlamentarischen Geschäften federführend. In etwas mehr Fällen erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 157 (180) Rekurse (einschliesslich Begnadigungen).

Der Personaldienst (PD) beschäftigte sich mit der Weiterentwicklung von PULS-ZH, insbesondere im Bereich Reporting und im direktionsinternen Personalmanagement-Tool (HR-Info SAP). Zudem war der PD an diversen direktionsübergreifenden Personalprojekten beteiligt, so etwa an der Personalmanagement-Strategie 2012–2015 sowie den Projekten Administrativverfahren, direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung, familienergänzende Kinderbetreuung und HR-IT-Strategie. Direktionsintern wurden die Verwaltungseinheiten bei der Nachbearbeitung der im 4. Quartal 2011 durchgeführten Personalumfrage in der JI unterstützt. Zudem wurde das Pilotprojekt Anwesenheitsmanagement initiiert. Im Berichtsjahr mussten alle Grossrechner, Server- Massenspeicheranlagen und der Roboter altersbedingt an beiden Rechenzentrum-Standorten der JI ersetzt werden. Gleichzeitig musste auch die Kälteanlage am Standort BGZ ersetzt werden. Diese beiden Grossprojekte wurden so aufeinander abgestimmt, dass jederzeit ein unterbruchfreier Betrieb der IT in der Direktion garantiert werden konnte.

Das IKS (Interne Kontrollsystem) wurde weiter ausgebaut. Für das Gemeindeamt wurde die Planung und Vorbereitung des Umzugs (April 2013) von der Feldstrasse 40 an die Wilhelmstrasse 10 vorangetrieben. Auf Wunsch der Verwaltungskommission wurde die JI mit der Betreuung der IT (Server, Applikationen, Arbeitsplätze) des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich beauftragt und die entsprechenden Migrationsarbeiten im November abgeschlossen.

Die seit mehr als fünf Jahren im Einsatz stehenden Drucker mussten ersetzt werden. Beim Ersatz wurde eine weitere Konsolidierung der Druckertypen angestrebt. Direktionsweit werden nun nur noch vier unterschiedliche Druckertypen eingesetzt.

Auf den zentralen Lotus Notes/Domino-Systemen werden über 5800 Nutzer und fast 1300 Lotus Notes/Domino-Applikationen gehostet. Das Ziel des Kantonalen Informatik-Teams (KIT) von jährlich wiederkehrenden Einsparungen von rund einer Million Franken für den Lotus-Notes-Mail- und Groupware-Betrieb der kantonalen Verwaltung konnte durch das dreiköpfige Service-Center-Team erneut erreicht werden. Der Push-Mail-Service mit über 1300 Smartphone-Nutzern wird laufend ausgebaut und läuft störungsfrei.

Das Produkt IncaMail (sichere Mailverteilplattform) wird in der kantonalen Verwaltung nun bei der Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege, dem Handelsregisteramt und beim kantonalen Labor sowie dem Verwaltungsgericht genutzt, um verschlüsselte Mails und Dokumente an externe Geschäftspartner zu versenden. Die digitale Signatur nach dem Schweizerischen Signaturgesetz (ZertEs) wird in der Strafverfolgung Erwachsene, der Jugendstrafrechtspflege sowie dem Handelsregisteramt des Kantons Zürich eingesetzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Support bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifende Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
A2	Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst.
A3	Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät den Direktionsvorsteher, das Kader sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig und vertritt die Anliegen der Direktion in direktionsübergreifenden Projekten.
A4	Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
A5	Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb ServiceCenter Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), ServiceCenter PKI (Public-Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und E-Voting Kanton Zürich.
A6	Es führt die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteher (A1)	min.	>gut	>gut	>gut	-
W2	Zufriedenheit Supportfunktion für Ämter (Rückmeldungen) (A1)	min.	>gut	>gut	>gut	-
W3	Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden (in %, A1)	P	< 10	< 10	< 10	-
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Ergebnisse der Personalumfrage alle drei Jahre)			-	gut	-
W5	- allgemein (ganze Direktion) (A1)	min.	-	gut	gut	-
W6	- Personaldienst (A3)	min.	-	gut	gut	-
W7	- ReWe/Controlling, Logistik (A4)	min.	-	gut	gut	-
W8	- IT (A4)	min.	-	gut	gut	-
W9	- Support Führung und Recht (A1)	min.	-	gut	gut	-
W10	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren (in %, A3)	P	< 10	< 10	< 10	-

Leistungen

L1	Rekuserledigungen (einschliesslich Begnadigungen) (A1)	min.	181	175	172	-3
L2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte (A1, A2)	min.	100	100	100	-
L3	Personalreporting durchführen Anzahl (A3)	min.	1	1	1	-
L4	Betreuung PC-Arbeitsplätze (A4)	P	1 608	1 600	1 800	200
L5	Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (ab 09) (A4)	P	30	30	30	-

Wirtschaftlichkeit

B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten) (A1)		1	1	<1	-
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz JI (A4)		1 376	1 450	1 430	-20
B3	Gesamtkosten PC-Arbeitsplatz JI (A4)		7 200	8 000	7 247	-753

Abweichungsbegründung

W4 Die Personalumfrage wird in der Direktion der Justiz und des Innern alle drei Jahre durchgeführt; die letzte im 4. Quartal 2011. Die Auswertung lag im 1. Quartal 2012 vor. 65% der Mitarbeitenden beantworteten die Fragen «Wie zufrieden sind sie mit ihrer derzeitigen Arbeitssituation insgesamt» mit gut oder sehr gut.

L4, B2, B3 Der IT-Aufwand blieb im Rahmen des Budgets, die Anzahl betreuter PC-Arbeitsplätze war höher.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Verzögert Wegen des Wechsels an der Spitze des Statistischen Amtes mussten die Arbeiten eine gewisse Zeit ausgesetzt werden.	-	2012
E2	Abtretung kirchliche Liegenschaften Verzögert Die Ergreifung eines Rechtsmittels im Zusammenhang mit der Abtretung einer Pfarrliegenschaft und die speziellen Verhältnisse in Grüningen erforderten zusätzliche Arbeiten.	-	2012
E3	Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit Abgeschlossen	-	2012
E4	Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion Verzögert Neuartige Konzeption des Gesetzesentwurfs erforderte zusätzliche Arbeiten.	-	2012
E5	Evaluation Intervention gegen häusliche Gewalt Abgeschlossen	-	2012
E6	Bestandes- und Bedarfsanalyse Übertretungsstrafrecht Planmässig Analyse erfolgt im Zusammenhang mit der Integration der Statthalter.	-	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15,6	15,5	16,8	1,3
Aufwand	-19,9	-22,1	-22,5	-0,3
Kreditübertragungen aus 2011		-0,2		
Saldo	-4,3	-6,6	-5,7	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,6	-5,0	-2,6	2,4
Saldo	-1,6	-5,0	-2,6	2,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	58,0	58,7	58,2	-0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,3 Mio. Franken oder 8,4% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+1,3 Verrechenbare IT-Dienstleistungen

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,3 Mio. Franken oder um 2,4% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

-0,6 Die BVK-Unterdeckung des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen (BVS),
welches auf den 1. Dezember verselbstständigt wurde, musste ausfinanziert werden.

+0,4 Das Projekt RIS2 (Rechtsinformationssystem) befindet sich im Entwicklungsstadium
(Anlagen im Bau), es fielen keine Abschreibungen an.

Investitionsrechnung

+2,4 Tiefere Investitionen für das Rechenzentrum

Personal

Infolge Personalfluktuationen waren während des Berichtsjahres zeitweise nicht alle Stellen besetzt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	374 072	-40 288	+49 000	382 784	+8 712

Bildung von Rücklagen 2012

Aufwandseitig konnten durch den massvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen (z.B. restriktive Inanspruchnahme von Beratungsdienstleistungen) Einsparungen erzielt werden.

Bei einem Aufwand im Rahmen des Budgets erbrachte die Abteilung Informatik eine höhere verrechenbare Leistung (z.B. grössere Anzahl betreute PC-Arbeitsplätze). Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 49 000 beantragt.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Hauptereignisse

Die anspruchsvolle und ressourcenbindende Einführung der neuen schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) auf den 1.1.2011 ist umgesetzt und konnte mit letzten Qualitätssicherungsmassnahmen im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Der auf die neue StPO zurückzuführende administrative Mehraufwand wird bei den Staatsanwaltschaften und der Polizei auf 10% bis 15% geschätzt.

Mit RRB Nr. 659/2012 erfolgte der Schlussbericht zu den Schwerpunkten 2009–2012 und die Festlegung der neuen Schwerpunkte 2012–2015. Gestützt auf diese Berichterstattung und die aktuelle Kriminalitätsentwicklung werden die bestehenden Schwerpunkte «Wirtschaftskriminalität neu mit Fokus Para-WK-Fälle» (mittelgrosse) und «Internetkriminalität» weitergeführt sowie neu das Thema «Gewalt-schutz und Gewaltbekämpfung» als Schwerpunkt verfolgt.

Im Bereich Personalentwicklung verfolgt das interne Kadernachwuchsprogramm die frühzeitige Identifizierung zukünftiger Kaderkräfte, auf die bei Kadervakanzen zurückgegriffen werden kann.

Im Berichtsjahr war ein deutlicher Anstieg der Falleingänge (plus 12,4% gegenüber plus 3,5% Zuwachs im Vorjahr) zu verzeichnen, der einerseits mit einer erfreulichen Zunahme der Erledigungszahlen einhergeht, jedoch andererseits auch die Altersstruktur der Pendenzen belastet.

Mit der Wiederaufnahme der Planungsarbeiten zum PJZ (Polizei- und Justizzentrum) und der weiteren Optimierung des RIS2 (Rechtsinformationssystem) wurden zwei wichtige Projekte vorangetrieben, mit denen die bestehenden Abläufe optimiert werden können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich obliegt den 5 Allgemeinen und den 4 Besonderen Staatsanwaltschaften. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Schweizerische Strafprozessordnung sowie das kantonale Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation. Strafverfahren werden durch Anklage, Einstellung oder Strafbefehl erledigt.
A2	Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen (in %)	P	33	≤ 35	33,6	-1,4
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle (in %)	P	79,1	≥ 75	78,7	3,7
W3	Zugelassene Anklagen (in %)	min.	98,8	95	97,4	2,4
Leistungen						
L1	Anklagen	P	1 459	1 500	1 459	-41
L2	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Sistierungen)	P	8 926	9 000	10 002	1 002
L3	Strafbefehle	P	13 727	12 500	15 320	2 820
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	P	24 112	23 000	26 781	3 781
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	P	61	25	26	1
L6	Pendenzen insgesamt	max.	8 635	9 000	9 175	175
L7	Pendenzen älter als ein Jahr (in %)	max.	13,6	11,5	11,7	0,2
L8	Pendenzen älter als zwei Jahre (in %)	max.	4,5	3,0	4,0	1,0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr.	P	2 439	2 618	2 367	-251
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr.	P	21 491	23 071	20 859	-2 212
Abweichungsbegründungen						
W1/W2/W3	Die Wirkungsindikatoren sind annähernd im Zielbereich. Der Anteil erstmaliger Strafbefehle und zugelassener Anklagen bewegt sich weiterhin auf sehr gutem Niveau.					
L4	Die Erledigungen liegen mit 26 781 Erledigungen um 3 781 deutlich über Budget (plus 11,1% Zuwachs gegenüber minus 0,4% Rückgang im Vorjahr), was direkt mit den hohen Falleingängen (plus 12,4% gegenüber plus 3,5% Zuwachs im Vorjahr) zusammenhängt und auf die zügige Abarbeitung via Strafbefehl hinweist. Die auf die Einführung der neuen Strafprozessordnung zurückzuführende Verschiebung von Erledigungsart Anklage zu Erledigungsart Strafbefehl manifestiert sich weiterhin.					
L6/L7/L8	Das Pendenzen-Total liegt mit 9175 sowohl über Budget als auch über Vorjahr und ist ebenfalls auf den starken Anstieg der Eingänge zurückzuführen. Die über einjährigen Pendenzen liegen mit 11,7% annähernd im Budget von 11,5% und deutlich unter dem Vorjahreswert von 13,6%. Die über zweijährigen Pendenzen liegen wohl unter dem Vorjahreswert von 4,5%, mit 4,0%-Anteil jedoch über den budgetierten 3%. Das relativ schlechte Jahresergebnis 2011 und die daraus abgeleitete Fokussierung auf die Altersstruktur zeigt im Berichtsjahr insbesondere im Vergleich zu den Vorjahreswerten Wirkung.					
B1/B2	Trotz starker Aufwandsüberschreitung konnte der Aufwand pro Erledigung gesenkt werden, da die Erledigungen stärker anstiegen als der Aufwand.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre) Verzögert Im Berichtsjahr ist – bei gleichzeitiger Zunahme der Eingangs- und Erledigungszahlen – eine Verbesserung der Altersstruktur der über 2-jährigen Fälle festzustellen. Im Bereich der über 1-jährigen Pendenzen konnte das Ziel fast erreicht werden.	–	2015
E2 Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren Planmässig Die Zusammenarbeit mit den Polizeikörpern wird durch gemeinsame Berichte der Leitungsorgane und im Rahmen von Arbeitsgruppen laufend optimiert. Das «Operative working agreement» mit der Bundesanwaltschaft wird laufend überprüft.	1b	2015
E3 Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen Planmässig Die Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung 2012–2015 stützt sich auf den RRB Nr. 659/2012 und trägt einerseits den Umsetzungsergebnissen der Schwerpunkte 2009–2012 als auch der gegenwärtigen Kriminalitätsentwicklung Rechnung.	1c gemeinsam mit DS	2015
E4 Konsolidierung Schweizerische Strafprozessordnung Abgeschlossen	–	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	24,8	27,0	26,5	–0,5
Aufwand	–86,4	–88,4	–93,1	–4,6
Saldo	–61,5	–61,4	–66,6	–5,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,1	–0,2		0,2
Saldo	–0,1	–0,2		0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	324,8	330,0	329,9	–0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,5 Mio. Franken oder 2,0% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,9 Gebühren, Bussen und Geldstrafen
- 2,5 Beschlagnahmungen

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 4,6 Mio. Franken oder 5,2% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 3,6 Forderungsverluste
- 0,8 Erhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen aufgrund höheren Debitorenbestandes
- 0,4 Dolmetscherkosten

Saldo:

Der Saldo liegt mit 5,2 Mio. Franken um 8,4% über Budget bzw. mit 5,1 Mio. Franken und 8,2% über Vorjahr und stellt im Wesentlichen Mehraufwand sowie eine leichte Ertragsunterschreitung dar. Hauptgrund sind die sehr hohen und in diesem Ausmass nicht im Budget berücksichtigten Eingangs- und Erledigungszahlen, die sich unmittelbar in der Erfolgsrechnung niederschlagen. Das Budget 2012 erwies sich vor diesem Hintergrund als zu ambitiös. Insbesondere die fallbezogenen Kostenpositionen sind von der Strafverfolgung Erwachsene wenig beeinflussbar, da diese als unmittelbare Kostenfolge der polizeilichen Zuführungen zu betrachten sind.

Investitionsrechnung

Vor dem Hintergrund des Projektes Polizei- und Justizzentrum wird nach wie vor eine restriktive Investitionspolitik praktiziert, was zu keinen Ausgaben im Berichtsjahr führte.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 465 007	-650 237	0	1 814 770	-650 237

Auflösung von Rücklagen 2012

- 625 000 Nicht budgetierte Projektkosten RIS2 (Rechtsinformationssystem), interne Verrechnung an Abteilung Informatik
- 25 237 Diverses

Bildung von Rücklagen 2012

Die Strafverfolgung Erwachsene beantragt keine Rücklagen im Rechnungsjahr.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Hauptereignisse

Das Jahr war geprägt durch die Einführung und Umsetzung des im Rahmen des internen Projektes «Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS) erarbeiteten Handlungsmodells. Das Modell orientiert sich im diagnostischen Verfahren und im Interventionsprozess an Schutz- und Risikofaktoren auf der Ebene der Jugendlichen und ihrer Umwelt in Bezug auf Entwicklung und Rückfallrisiko; es soll die Wirkung jugendstrafrechtlicher Interventionen weiter erhöhen. Die im Rahmen des Projektes erarbeiteten Vorgaben zur Strukturierung von Arbeitsschritten und Verfahren bei der Diagnostik, Planung, Gestaltung und Evaluation der Interventionen stossen auch in weiteren Kantonen auf grosses Interesse.

Auch dieses Jahr konnte ein erfreulicher weiterer Rückgang der zu bearbeitenden Straffälle verzeichnet werden. Die Geschäftseingänge bei den Jugendanwaltschaften verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,6% (8129; Vorjahr: 9094).

Die Jugendanwaltschaften erliessen 3381 (3790) Strafbefehle; in 36 (60) Fällen wurde Anklage bei den Jugendgerichten erhoben.

Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 190 (196) Schutzmassnahmen und 3390 (3839) Strafen ausgesprochen. Am 31. Dezember befanden sich 88 (106) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 395 (401) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme. Als Strafen wurden ausgesprochen: 1736 (1899) Verweise, 903 (1149) Persönliche Leistungen, 531 (540) Bussen, 201 (211) Freiheitsentzüge. In 16 (16) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 16 (22) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 19 (44) Erwachsenenstrafen an.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität führten auch dieses Jahr trotz des Rückgangs der Fallzahlen zu einer anhaltend hohen Zahl von Interventionen während der Strafuntersuchung sowie im Rahmen des Vollzugs von Strafen und Schutzmassnahmen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
A2	Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen); (in %, A2)	min.	76	60	72	12
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel einschliesslich Rechtsbehelfe); (in %, A1)	max.	3,7	5	3,1	-1,9
Leistungen						
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche); (A1)	P	3 790	5 500	3 381	-2 119
L2	Anklagen an das Jugendgericht (A1)	P	60	95	36	-59
L3	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen); (A1)	P	1 916	2 000	1 486	-514
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen); (A2)	P	167	140	138	-2
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanter Behandlungen); (A2)	P	661	600	589	-11
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	156	190	137	-53
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	111	135	97	-38
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche (A1)	P	1 149	1 500	903	-597
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen (A2)	P	3 190	6 000	3 181	-2 819
L10	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge); (A1/A2)	P	172	200	122	-78
L11	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen); (A1)	P	978	900	870	-30
L12	Pendenzen pro Jugendanwalt/-anwältin (A1)	max.	54	90	52	-38
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen (A1)	max.	105	120	125	5
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage (in %, A1)	max.	3,3	10	5,2	-4,8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer in Tagen (A1)	max.	96	120	83	-37
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen (in %, A1)	min.	81	75	86	11

Abweichungsbegründungen

L1–L3	Die geringeren Geschäftseingänge 2011 und im Berichtsjahr wirkten sich auf die Anzahl Verurteilungen, Anklagen und Einstellungen aus.
L4–L7	Der Rückgang der Geschäfte in den vergangenen drei Jahren ist nun auch beim Vollzug der durch die Gerichte und Jugendanwaltschaften angeordneten Schutzmassnahmen sowie bei den während des Untersuchungsverfahrens angeordneten Schutzmassnahmen spürbar.
L8–L10	Die geringeren Geschäftseingänge 2011 und im Berichtsjahr wirkten sich auch auf die Anzahl Sanktionen und Untersuchungshaften aus.
L13–L14	Aufgrund einiger umfangreicher noch ausstehender Strafuntersuchungen erhöhte sich das durchschnittliche Alter der Pendenzen und beeinflusste damit deren Anteil an der Gesamtzahl der noch offenen Strafuntersuchungen.
B1–B2	Die durchschnittliche Untersuchungsdauer konnte weiter gesenkt und der Anteil der innert sechs Monaten erledigten Strafuntersuchungen erhöht werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis
E1	Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität (Jugendgewalt) Planmässig Durch den weiteren Rückgang der neu eingegangenen Geschäfte konnten die personellen Ressourcen vermehrt auf wirkungsorientierte Interventionen im Rahmen der Strafuntersuchung und des Vollzugs von Strafen und Schutzmassnahmen konzentriert werden.	–	2015
E2	Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren Planmässig Die Vorgabe, alle Strafuntersuchungen innerhalb eines Jahres abzuschliessen, konnte weitgehend erreicht und die durchschnittliche Untersuchungsdauer weiter gesenkt werden.	–	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,0	2,7	1,4	–1,3
Aufwand	–47,0	–46,8	–43,8	3,0
Saldo	–44,9	–44,1	–42,3	1,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,2		–0,1	–0,1
Saldo	–0,2		–0,1	–0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	82,6	84,6	79,8	–4,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,3 Mio. Franken oder 47,0% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0,7 Leistungen von Sorgeberechtigten und Jugendlichen an Schutzmassnahmen, geringere Anzahl Schutzmassnahmen
- 0,6 Beiträge von Schulgemeinden an Schutzmassnahmen; geringere Anzahl beitragsberechtigter Schutzmassnahmen

Aufwand:

Der Aufwand liegt 3,0 Mio. Franken oder 6,4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,8 Personal: zurückhaltende Stellenbesetzungen
- +2,6 Geringere Kosten für Dienstleistungen Dritter, insbesondere für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen durch Dritte
- 0,4 Mehrkosten für den Straf- und Massnahmevollzug durch interne Dienstleistungserbringer

Saldo

Im Saldo weist die Rechnung der Jugendstrafrechtspflege eine Abweichung von +1,7 Mio. Franken (+3,9%) gegenüber dem Budget aus.

Investitionsrechnung

Die Ausgaben von 0,1 Mio. Franken erfolgten für die notwendige Erweiterung der Oberjugendanwaltschaft.

Personal

Der tiefere durchschnittliche Personalbestand in der Rechnung 2012 ist – aufgrund der geringeren Geschäftseingänge – auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	94 531	0	0	94 531	0

Bildung von Rücklagen 2012

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen im Rechnungsjahr.

2206 Amt für Justizvollzug

Hauptereignisse

Mit einem nur geringfügigen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von knapp zweitausend auf gesamthaft rund 480 000 Aufenthaltstage und einer Auslastung von knapp 95% präsentiert sich die Belegungssituation in den Institutionen des Zürcher Justizvollzugs im Berichtsjahr stabil. Wiederum wurden leicht weniger Aufenthaltstage in der Untersuchungs- und Sicherheitshaft gezählt, wohingegen für die in einem geschlossenen Regime vollzogenen Freiheitsstrafen weiterhin eine erhöhte Nachfrage verzeichnet wird.

In betrieblicher und organisatorischer Hinsicht wurde im Berichtsjahr neben der laufenden Umsetzung des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug», der Ausweitung des Basisbildungsangebots für Gefangene (Projekt «Bildung im Strafvollzug») und den amtsstellenübergreifenden Vorarbeiten zur geplanten Einführung von «Electronic Monitoring» zudem eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Konzept für die bedarfsgerechte Unterbringung und Betreuung älterer Gefangener im Straf- und Massnahmenvollzug erarbeiten wird.

Zwei langjährige und verdiente Führungspersönlichkeiten des Amts für Justizvollzug sind altershalber in den Ruhestand getreten. Mit Werner Burkhard, Leiter des Vollzugszentrums Bachtel (bis 2009 «Kolonie Ringwil»), und mit Ueli Graf, der das Amt des Direktors der grössten Justizvollzugsanstalt der Schweiz, der JVA Pöschwies, während der letzten 15 Jahre ausgeübt hatte, verliert der Justizvollzug Zürich zwei versierte Fachleute. Zum neuen Direktor der JVA Pöschwies wurde Andreas Naegeli ernannt, der bis anhin die offene Strafanstalt Wauwilermoos im luzernischen Egolzwil geleitet hatte. Vollzugszentrum Bachtel steht neu Tino Käser vor.

Im Dezember des Berichtsjahres konnte im Massnahmenzentrum Uitikon mit dem Abschluss der ersten Umbauetappe in der geschlossenen Abteilung ein bedeutender Meilenstein erreicht werden. Unter anderem wurden die Sicherheitsanlagen den heutigen Anforderungen angepasst sowie ein Erweiterungsbau mit einer Empfangsloge erstellt, der neu die offene und die geschlossene Abteilung verbindet. Hinsichtlich weiterer baulicher Entwicklungen konnten im Vollzugszentrum Bachtel das neue Verkaufshaus sowie die totalsanierte Produktionsküche, von wo aus auch weitere Gefängnisse versorgt werden, in Betrieb genommen werden. Mit dem zustimmenden Entscheid des Kantonsrates zum Kredit für das Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ) mit knapp 300 zusätzlichen Gefängnisplätzen konnte zudem ein bedeutender Schritt hin zur Verwirklichung dieses für die zukünftigen Justizvollzugskapazitäten ausgesprochen wichtigen Bauprojekts gemacht werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
A2	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
A3	Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
A4	Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen
A5	Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen sowie Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anzahl Urlaube aus geschlossenem Regime (A1)	P	280	370	267	-103
W2	- davon korrekt zurückgekehrt in % (A3)	min.	96,8	95	99,3	4,3
W3	Anzahl Ausbrüche aus gesicherten Anstalten und Gefängnissen (A3)	max.	0	0	0	0
W4	Erfolgreiche Abschlüsse gemeinnützige Arbeit in % (A1)	P	76,8	80	77,8	-2,2
W5	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug (A1)	P	470	380	501	121
W6	Anzahl Suizide (A4)	max.	4	2	5	3
W7	Anzahl Übergriffe auf Personal (A4)	max.	4	12	10	-2
Leistungen						
L1	Anzahl Aufenthaltstage (A1/A2)	P	476 781	485 000	478 643	-6 357
L2	- davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft (A2)	P	153 640	180 000	148 212	-31 788
L3	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen (A4)	P	12 890	13 000	13 629	629
L4	Anzahl Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) / (A1/5):					
L5	- Freiheitsstrafen (A1)	P	2 540	2 500	2 569	69
L6	- Stationäre Massnahmen (A3)	P	428	440	430	-10
L7	- Ambulante Massnahmen (A3)	P	525	530	455	-75
L8	- Gemeinnützige Arbeit (A1)	P	425	580	547	-33
Wirtschaftlichkeit						
B1	Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in % (A5):	P	94,2	95	94,3	-0,7
B2	Kosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken (A5):					
B3	- Justizvollzugsanstalt Pöschwies (A5)	P	262	270	266	-4
B4	- Gefängnisse Kanton Zürich (A5)	P	186	165	186	21
B5	- Massnahmenzentrum Uitikon (A5)	P	811	745	795	50
B6	Geleistete Stunden gemeinnützige Arbeit (A5)	P	76 311	80 000	75 777	-4 223

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Urlaubsgewährung aus geschlossenen Justizvollzugsanstalten und Gefängnissen wird weiterhin restriktiv gehandhabt. Sowohl gegenüber Vorjahr als auch Budget wurden im Berichtsjahr weniger Urlaube verzeichnet. Nur bei 0,7% der Urlaube mussten Unregelmässigkeiten festgestellt werden, womit der Budgetwert um 4,3 Prozentpunkte übertroffen wird.
W3	Im Berichtsjahr wurden erneut keine Ausbrüche aus gesicherten Anstalten und Gefängnissen verzeichnet.
W4	Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse in der gemeinnützigen Arbeit konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert und der budgetierte Planwert knapp erreicht werden.
W5	Bei den bedingten Entlassungen aus dem Strafvollzug hat sich der ansteigende Trend der letzten drei Jahre im Gleichschritt mit der Zunahme der Anzahl Freiheitsstrafen (L5) weiter fortgesetzt. Es wurden erneut leicht mehr bedingte Entlassungen als im Vorjahr verzeichnet und damit der vergleichsweise tiefe Budgetwert um 121 Fälle übertroffen.
W6	Im Berichtsjahr haben sich gesamthaft fünf Suizide, einer davon in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies und vier in je verschiedenen Gefängnissen des Kantons Zürich ereignet. Die Zunahme gegenüber Vorjahr und Budget verbleibt damit im langjährigen Schnitt, für die letzten zwei Jahre leicht erhöht.
W7	Die Zahl der Übergriffe auf das Personal liegt im Berichts- wie schon im Vorjahr unter Budgetwert, hat sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr um sechs Fälle erhöht. In den meisten Fällen resultierten aus den Vorkommnissen keine oder nur geringe Verletzungen bei den Mitarbeitenden. Bei einem Vorfall wurde ein Mitarbeiter schwer verletzt.
L1/L2	Über alle Zürcher Institutionen des Justizvollzugs hinweg wurden leicht mehr Aufenthaltstage als im Vorjahr gezählt, womit der prognostizierte Wert knapp nicht erreicht wird. Während erneut ein hoher Bedarf nach Plätzen im Bereich des geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzugs bestand, hat sich die Zahl der Aufenthaltstage in der Untersuchungs- und Sicherheitshaft (L2) wiederum leicht rückläufig entwickelt und den Budgetwert unterschritten.
L3	Psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen wurden leicht häufiger als im Vorjahr und als budgetiert in Anspruch genommen.
L5-L8	Bei den Vollzugsfällen präsentiert sich der Bestand der Freiheitsstrafen (L5) sowie der stationären Massnahmen (L6) weitgehend unverändert und im Rahmen der jeweiligen Budgetwerte. Sowohl gegenüber Vorjahr als auch Budget rückläufig hat sich hingegen der Bestand bei den ambulanten Massnahmen (L7) im Berichtsjahr entwickelt, wobei insbesondere die Fälle mit Strafaufschub zurückgegangen sind. Bei der gemeinnützigen Arbeit (L8) wird umgekehrt eine zwar ansteigende, aber dennoch unter Budget liegende Fallzahl ausgewiesen.
B1	Aufgrund des gleichbleibenden Platzangebots und nur geringer Zunahme der Aufenthaltstage zeigt sich bei der Belegung aller Anstalten und Gefängnisse im Berichtsjahr ein beinahe unveränderter Wert, welcher mit knapp 95 Prozentpunkten dem budgetierten Auslastungsgrad entspricht.
B3	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag leicht gestiegen, sie liegen jedoch immer noch unter dem Budget.
B4	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten gleich geblieben.
B5	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag gesunken. Dies ist vor allem auf eine bessere Auslastung zurückzuführen.
B6	Die geleisteten Stunden im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit sind gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurückgegangen und leicht unter Budget.

Entwicklungsschwerpunkte			
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	<p>Neue Haftplätze im Rahmen des geplanten Polizei- und Justizzentrums (PJZ) oder an Alternativstandorten schaffen</p> <p>Verzögert</p> <p>Der Kantonsrat hat im März dem PJZ-Kredit zugestimmt und im Oktober wurde auch die letzte Beschwerde gegen die Baubewilligung vom Bundesgericht abgewiesen. Die notwendigen zusätzlichen Haftplätze sollen also vorrangig an diesem Standort geschaffen werden. Die entsprechenden Planungsarbeiten konnten wieder aufgenommen und wesentlich vorangetrieben werden.</p>	1e	2015
E2	<p>Die Integration des Polizeigefängnisses von der Kantonspolizei in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sicherstellen</p> <p>Verzögert</p> <p>Im Rahmen der PJZ-Planungen wurden die bestehenden Grundlagen für die zukünftigen betrieblichen und organisatorischen Abläufe im Gefängnisteil des PJZ verfeinert.</p>	–	2015
E3	<p>Umbau und Erweiterung der geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon fertigstellen</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Dezember wurden die erste Umbauetappe abgeschlossen und der neue Verbindungstrakt zwischen der offenen und der geschlossenen Abteilung in Betrieb genommen.</p>	–	2015
E4	<p>Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Planungsarbeiten für eine neue geschlossene Strafanstalt am Standort Realta im Kanton Graubünden, in der wesentlich auch Zürcher Vollzugsfälle aufgenommen werden sollen, sowie für einen Ausbau der Massnahmenplätze im Zentrum für Forensische Psychiatrie in Rheinau konnten im Rahmen der konkordatlichen und kantonalen Gremien unterstützt werden.</p>	–	2015
E5	<p>Die rückfallpräventiven Wirkungen von strafrechtlichen Sanktionen im Rahmen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» optimieren</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Juli konnte die zweite von drei Etappen des Projekts ROS abgeschlossen werden. Insbesondere wurden die ROS-Arbeitsprozesse angepasst sowie die Instrumente ROS-Abklärung und ROS-Verlaufslisten entwickelt.</p>	–	2015
E6	<p>Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen</p> <p>Verzögert</p> <p>Eine amtsstellenübergreifende Arbeitsgruppe hat ein umfangreiches Grobkonzept erarbeitet, in dem die Komplexität des Vorhabens aufgezeigt wird. Es wurde beschlossen, zuerst ein Pilotprojekt durchzuführen. Abhängig von den Ergebnissen sollen dann die schrittweise Einführung und Etablierung von «Electronic Monitoring» weiter konkretisiert werden.</p>	–	2013
E7	<p>Die Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen von Insassen mit schulischen Lücken stärken im Rahmen des Projekts «Bildung im Strafvollzug»</p> <p>Planmässig</p> <p>Zusätzlich zum im Gefängnis Affoltern am Albis bereits bestehenden Angebot wurde das Grundgebildungsangebot in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies und im Vollzugszentrum Bachtel weiter ausgebaut und zusätzliche Lerngruppen gebildet sowie eine neue Lehrperson verpflichtet.</p>	6g	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	47,5	51,1	46,8	-4,3
Aufwand	-207,1	-221,9	-217,3	4,6
Saldo	-159,7	-170,9	-170,5	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,3	2,6	2,9	0,3
Ausgaben	-7,7	-16,3	-13,6	2,7
Kreditübertragungen aus 2011		-2,5		
Saldo	-6,4	-13,7	-10,7	3,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	795,6	811,9	802,6	-9,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 4,3 Mio. Franken oder 8,4% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 3,1 Bussen und Verkäufe: Bussenadministration (-1,0 Mio. Franken), Verkaufserlöse (-2,1 Mio. Franken)
- 1,6 Interne Verrechnungen (Einbussen bei Ausschaffungshaft, Lebensmittellieferungen usw.)
- +0,4 Diverses

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 4,6 Mio. Franken oder 2,1% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,0 Personalaufwand: verzögerte Wiederbesetzung von Stellen
- 5,3 Mehrausgaben beim Sachaufwand (externer Straf- und Massnahmenvollzug -8,9 Mio. Franken), Einsparungen beim Planungskredit, bei Heizung, Materialaufwänden, Anschaffungen und übrige (+3,6 Mio. Franken)
- +8,6 Interne Verrechnungen (Psychiatrische Universitätsklinik, Lebensmittelbezug usw.)
- +0,3 Diverse

Der Rechnungssaldo unterschreitet das Budget minimal um Fr. 315825. Die im Zwischenbericht II/2012 prognostizierte Budgeteinhaltung konnte sogar leicht übertroffen werden. Im Vergleich zur Rechnung 2011 erhöhten sich die Anzahl Aufenthaltstage leicht um rund 2000 Tage. Der Planwert für das Berichtsjahr von 485000 Aufenthaltstagen wurde knapp um rund 6000 Tage verfehlt.

Die hohen Kosten beim externen Straf- und Massnahmenvollzug mit einer Budgetüberschreitung von 8,9 Mio. Franken fallen auch im Berichtsjahr besonders ins Gewicht. Nach wie vor sind die Anzahl der Einweisungen und die Tariferhöhungen die wesentlichen Kostentreiber in diesem Bereich.

In jenen Segmenten des Vollzugs, wo Einflussnahmen möglich waren, konnten Einsparungen erzielt werden. Dies gilt insbesondere in den JuV-eigenen Justizvollzugsinstitutionen. Der Personalaufwand, der Betriebsaufwand, die Arbeitsentgelte und die Anschaffungen konnten deutlich unter den geplanten Budgetwerten abschliessen.

Beim Ertrag wurde der Budgetwert – wie in den Vorjahren – deutlich verfehlt. Bei den Verkäufen und beim Kostgeld konnten die ehrgeizigen Budgetwerte nicht realisiert werden. Es resultierte eine Ertragsunterschreitung von insgesamt –4,3 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen fielen um 3,0 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Verschiedene Projekte erfuhr Verzögerungen:

- Justizvollzugsanstalt Pöschwies (Ersatz Brandmeldeanlage, Ersatz betriebliche und technische Sicherheitsmassnahmen)
- Gefängnisse des Kantons Zürich (Ersatz Sicherheitssystem Gefängnis Winterthur: Brandschutz in Zellen)
- Massnahmenzentrum Uitikon (MZU): Umbau und bauliche Sanierung GA)

Eine Kreditübertragung für das Projekt MZU wurde mit Fr. 950000 beantragt.

Personal

Insgesamt wurde der geplante Personalbestand um 9,3 Stellen unterschritten. Die Gründe liegen vorwiegend bei den Rekrutierungsschwierigkeiten. Fehlende Stellenbesetzungen wurden teilweise mit Aushilfepersonal kompensiert, sodass der Personalaufwand nicht wesentlich tiefer als bugetiert ausfällt (+Fr. 954000).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 893 091	0	+315 000	3 208 091	+315 000

Bildung von Rücklagen 2012

Der Saldo des Berichtjahres schliesst mit einer Budgetunterschreitung von 315 825 Franken ab.

Die verzögerte Stellenbesetzung senkte den Personalaufwand, der sparsame Einsatz des Betriebsmaterials und der Betriebsmittel sowie der zurückhaltende Umgang mit Beiträgen führten ebenfalls zu einer Aufwandsenkung. Ein Beitrag zur Kostenminderung leistete auch die intensivere psychiatrisch-psychologische Pflege und Betreuung der Insassen in den JuV-Institutionen, was zu kürzeren Klinikaufenthalten führte.

Ferner wirkten exogene, nicht beeinflussbare Faktoren auf das Ergebnis der Jahresrechnung. Weniger ausserkantonale Insassen und die schlechte Auslastung der Ausschaffungshaft verringerten die Erträge. Wegen des Umbaus der Küche im Vollzugszentrum Bachtel musste ferner eine Umsatzeinbusse bei der Lieferung von Mahlzeiten in Kauf genommen werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 315 000 beantragt.

2207 Gemeindeamt

Hauptereignisse

Der Regierungsrat genehmigte vier Neufassungen und elf Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, sechs Neufassungen und fünf Änderungen von Zweckverbandsstatuten. Ausserdem nahm er von der Vereinigung von einer Primarschulgemeinde mit ihrer politischen Gemeinde Kenntnis. Weiter erfolgten Vorprüfungen von 38 Entwürfen für Gemeindeordnungen und zehn Entwürfen für interkommunale Verträge.

Zur Fortbildung von Behördenmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden im Bereich der Haushalts- und Rechnungsführung organisierte das Gemeindeamt 15 Kurse mit rund 320 Teilnehmenden. Schwerpunkte waren die Grundlagen der Haushaltsführung in der Gemeinde und im Schulbereich sowie die Information zum Neuen Rechnungsmodell HRM2. Mehrfach hielten Mitarbeitende der Abteilung Schulungen bei Gemeinden ab oder traten als Referenten bei verschiedenen Veranstaltungen anderer Organisationen auf. Bei der Aufsichtstätigkeit ist in Koordination mit dem Bezirksrat ein spezielles Augenmerk auf die Vornahme von Rückstellungen in den Jahresrechnungen gelegt sowie erstmals ein Finanzaufsichtsbericht erstellt und veröffentlicht worden. Der Finanzausgleich konnte im Jahr der Inkraftsetzung ohne grössere administrative Probleme abgewickelt werden.

Das neue Namens- und Bürgerrecht, das am 1. Januar 2013 in Kraft tritt, beschäftigte die Abteilung Zivilstandswesen ab Mitte Jahr. Die Grundzüge des neuen Rechts wurden den Zivilstandsämtern im September vermittelt. Details konnten an Schulungen im November nachgeliefert werden, als auch der Wortlaut der eidgenössischen Zivilstandsverordnung bekannt war. Die Rückerfassung aller lebenden Personen in das elektronische Zivilstandsregister wurde auf Ende des Berichtsjahres fristgerecht abgeschlossen. An sieben Weiterbildungskursen nahmen insgesamt 225 Urkundspersonen teil. Es wurden 15 der 24 Zivilstandsämter inspiziert und 8 Amtsübergaben vorgenommen, 1017 Namensänderungsgesuche behandelt und rund 10 500 aufsichtsrechtliche Entscheide gefällt (wie z.B. die Anerkennung von ausländischen Urkunden, Berichtigungen und Löschungen, Aktenprüfungen, Bewilligungen zur Ahnenforschung usw.).

Die Zahl neu eingehender Gesuche um ordentliche Einbürgerung hat sich mit 4267 (-7,5%) gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgebildet. Unter Abbau von Pendenzen aus dem Vorjahr konnten dennoch insgesamt 4620 (+0,5%) Verfahren abgeschlossen werden, wovon 4000 (+4,0%) mit Erteilung des Kantonsbürgerrechts. Entsprechend erhöhte sich die Zahl der eingebürgerten Personen leicht auf 6428 (+2,4%). Im Bereich der erleichterten Einbürgerungen bzw. Wiedereinbürgerungen wurden vom Bundesamt für Migration (BFM) 2230 (+9,2%) Gesuche zur Bearbeitung überwiesen. Da diese Eingänge vor allem in der 2. Jahreshälfte erfolgten, konnten bis zum Jahresende erst 1960 (-14,8%) Gesuche erledigt ans BFM retourniert werden.

Als beauftragtes Prüfungsorgan kontrollierte die Abteilung Revisionsdienste die Haushaltführung von 113 Politischen Gemeinden, 52 Schulgemeinden und 87 Zweckverbänden. Ebenfalls revidierte sie die Rechnungen von diversen Organisationen wie öffentlich-rechtlichen Anstalten, Stiftungen sowie reformierten und katholischen Kirchgemeinden. Neben den Prüfgegenständen gemäss der Verordnung über den Gemeindehaushalt führte sie Spezialrevisionen im Bereich des Krankenversicherungsgesetzes und der Familienzulagenabrechnung durch. Dazu kamen auch Prüfungen anlässlich von Amtsübergaben in der Finanzverwaltung oder im Steueramt.

Das Gemeindeamt schloss die Arbeiten an der Revision des Gemeindegesetzes ab. Zudem behandelte das Amt erstmals Gesuche von Gemeinden zur Unterstützung eines Zusammenschlusses. Im Übrigen bereitete es gemeinsam mit Amtsstellen anderer Direktionen den Gemeindebericht des Regierungsrats (§14a Gemeindegesetz) vor. An diesen Projekten waren die Abteilungen Gemeinderecht, Gemeindefinanzen und Revisionsdienste sowie die Amtsleitung beteiligt.

Aus Kostengründen wurde auf die Durchführung des Gemeindeforums verzichtet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Gemeindeamt trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht und Gemeindefinanzen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei.
A2	Das Gemeindeamt vollzieht den kantonalen Finanzausgleich.
A3	Das Gemeindeamt erbringt im Auftragsverhältnis Revisionsdienstleistungen für Gemeinden und gemeinderechtliche Organisationen.
A4	Das Gemeindeamt erfüllt die kantonalen Zivilstandsaufgaben. Es trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung durch die regionalen Zivilstandsämter bei.
A5	Das Gemeindeamt nimmt die kantonalen Einbürgerungen vor. Es sorgt durch Beratung und Rechtsentwicklung für ein rechtskonformes und zeitgemässes Einbürgerungsverfahren.
A6	Das Gemeindeamt erfüllt die Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde 2. Instanz im Vormundschaftswesen.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens gut (in %, A1, A6)	min.	98	85	90	5
W2	Durchschn. Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen; Anzahl Monate (A5)	max.	17,9	15	17,1	2,1
W3	Durchschn. Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen; Anzahl Monate (A5)	max.	4,4	4,5	4,3	-0,2
W4	Durchschn. Verfahrensdauer bei Namensänderungen; Anzahl Monate (A4)	max.	1,5	1,5	1,5	
Leistungen						
L1	Anzahl Behördenschulungstage (A1, A6)	min.	22	14	28,5	14,5
L2	Anzahl Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister (A4)	P	2 706	3 000	2 280	-720
L3	Anzahl erledigte Namensänderungen (A4)	P	1 005	1 100	1 023	-67
L4	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden (in %, A1)	min.	94	85	95	10
L5	Anzahl erledigte ordentliche Einbürgerungen (A5)	P	4 598	4 800	4 620	-180
L6	Anzahl erledigte erleichterte Einbürgerungen (A5)	P	2 301	2 500	1 960	-540
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschn. Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung (A5)	max.	2,9	2,5	2,6	0,1
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste (in %, A3)	min.	97	100	104	4

Abweichungsbegründungen

- W1 Sowohl die Abteilung Gemeinderecht als auch die Gemeindefinanzen erreichten die Zielvorgabe bei den Kursbeurteilungen.
- W2 Die Bearbeitungsdauer konnte wegen tieferer Geschäftsbelastung zwar geringfügig reduziert werden (-4,5%). Sie liegt jedoch deutlich über dem Budgetwert, der als zu optimistisch angesetzt zu beurteilen ist. Nachdem im Berichtsjahr ein deutlicher Rückgang neu eingehender Gesuche zu verzeichnen war, erwarten wir für die kommenden Jahre eine Stabilisierung und damit eine insgesamt gleichbleibende Belastungssituation. Potenzial für weitere Kürzungen der Verfahrensdauer dürfte deshalb kaum vorhanden sein und der erreichte Wert auf absehbare Zeit stabil bleiben. Die Planwerte im KEF 2013–2016 spiegeln diese Erwartung und gehen durchgehend von einer Bearbeitungsdauer von 18 Monaten aus.
- W3 Trotz der Überweisung von mehr Geschäften durch das Bundesamt für Migration (+9,2%) konnte die Budgetvorgabe leicht unterschritten werden. Die aufgearbeitete Situation dürfte es erlauben, die Verfahrensdauer auch bei weiterhin zunehmenden Überweisungen mittelfristig im erreichten Bereich zu halten.
- L1 Die hohe Nachfrage bei Kursen zum neuen Erwachsenenschutzrecht bedingte 10,5 Kurstage. Die Gemeindefinanzen erreichten 18 Schulungstage zu diversen Themen der Haushaltsführung.
- L2 Mit dem Fortschreiten der Rückerfassungen der Personendaten aus den Familienregistern nehmen auch die Berichtigungsge-
suche ab. Die verbleibenden Fälle werden komplexer und zeitaufwändiger, da sie sich meist über mehrere Beurkundungsstände erstrecken.
- L4 Der Effizienzgrad konnte auf hohen 95% behalten werden, obwohl die Zahl der telefonischen Anfragen stark anstieg.
- L5 Die Zahl neu eingehender Gesuche hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgebildet (-7,5%). Nur durch Abbau von Pendenzen aus dem Vorjahr konnte deshalb die erreichte Anzahl von Geschäften erledigt werden. Für die kommenden Jahre erwarten wir eine Stabilisierung der Gesuchseingänge und damit einhergehend der Erledigungszahlen leicht unter dem derzeit erreichten Niveau.
- L6 Gesuche um erleichterte Einbürgerung werden vom Bundesamt für Migration zur Bearbeitung überwiesen. Da die Geschäftsüberweisungen mehrheitlich in der zweiten Jahreshälfte erfolgten, konnten bis zum Jahresende weniger Gesuche erledigt an das Bundesamt retourniert werden (-14,8%).
- B1 Das Budgetziel wurde beinahe punktgenau erreicht. Da für die kommenden Jahre eine Stabilisierung der Erledigungszahlen erwartet wird, dürfte dies hinsichtlich der aufzuwendenden Arbeitsstunden kaum Veränderungen bewirken.
- B2 Das Auftragsvolumen, das sich in den Vorjahren markant steigerte, konnte annähernd gehalten werden. Die Erlöse für Revisionsdienstleistungen lagen im Jahr 2012 gegenüber dem Budget und dem Vorjahreswert rund 5% unter den Erwartungen. Demgegenüber resultierten insbesondere beim Personalaufwand um rund Fr. 278 000 oder 9% tiefere Kosten als budgetiert. Dank den eingeleiteten Spar- und Effizienzmassnahmen konnte das Ziel, den Ausbau der Abteilung Revisionsdienste und die dadurch notwendigen Investitionen (Einführung neue Mitarbeitende, Entwicklung Qualitätsmanagement und Installation einer neuen Audit-Software) mit einem Kostendeckungsgrad von mindestens 100% zu erreichen, um 4% übertroffen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	<p>Neues Gemeindegesetz ausarbeiten Abgeschlossen</p> <p>Im Berichtsjahr wurde der Vernehmlassungsentwurf überarbeitet, im November wurde der Antrag an den Regierungsrat gestellt, die Gesetzesvorlage zuhanden des Kantonsrates zu verabschieden. Die Gesetzesvorlage liegt zur Beratung beim Regierungsrat.</p>	15a	2012
E2	<p>Reorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes Planmässig</p> <p>Das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) trat Anfang 2013 in Kraft. Der Regierungsrat hatte bis dahin die Kindes- und Erwachsenenschutzkreise gebildet und die Gemeinden hatten die Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden gewählt. Im Dezember wurde mit deren Weiterbildung begonnen. Diese dauern an.</p>	–	2013
E3	<p>Erlass einer Verordnung zum neuen Finanzausgleichsgesetz und praktische Umsetzung der Neuregelung Planmässig</p> <p>Die Verordnung zum Finanzausgleichsgesetz trat planmässig am 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft. Im Berichtsjahr wurde der neue Finanzausgleich erstmals und problemlos vollzogen. Die Rechtsmittel der Gemeinden wurden vom Bundesgericht in letzter Instanz abgewiesen. 22 Gemeinden beanspruchten Übergangsausgleich. Die Vorbereitungen zur Einsetzung des Fachbeirats sind im Gang.</p>	–	2015
E4	<p>Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen Planmässig</p> <p>Es liegt eine detaillierte Lösung zur Unterstützung von Gemeindefusionen vor. Sie wurde bei der Bearbeitung zweier Beitragsgesuche angewendet, bewährte sich und fand Eingang in die Vorlage zum neuen Gemeindegesetz.</p>	15a	2015
E5	<p>Verbessern der Datenlagen über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkung in den Gemeinden (Gemeindeporträt) Planmässig</p> <p>Gemeinsam mit einer privaten IT-Firma wurde eine Lösung erprobt, die in andern Kantonen bereits angewendet wird. Derzeit wird gemeinsam mit dem statistischen Amt das weitere Vorgehen geprüft.</p>	–	2015
E6	<p>Haushaltführungs- und Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und implementieren Planmässig</p> <p>Implementierung erst nach Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes, frühestens ab 2015 Das Haushaltführungs- und Rechnungslegungshandbuch liegt so weit vor, als es der Stand des Gesetzgebungsprozesses erlaubt. Alle darin enthaltenen Vorgaben und Empfehlungen sind mit Pilotgemeinden auf ihre Praxistauglichkeit erprobt worden. Die noch fehlenden Inhalte können erst nach dem Beschluss des Kantonsrats über das Gemeindegesetz ergänzt werden.</p>	–	2014
E7	<p>Entwicklung eines Verfahrens zur Beurteilung der Sprachkompetenz für die Gemeinden (neu) Planmässig</p> <p>Das Testverfahren zur Beurteilung der Sprachkompetenz ist fertiggestellt. Derzeit laufen die letzten Vorbereitungen zur Anwendung des Tests durch Drittorganisationen.</p>	–	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6,7	7,6	6,6	-1,0
Aufwand	-12,3	-11,9	-11,0	0,9
Saldo	-5,6	-4,3	-4,3	-0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	60,1	62,7	60,2	-2,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,0 Mio. Franken oder 13,1% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0,8 Einbürgerungsgebühren
- 0,2 Weiterverrechnungen für das Informatisierte Ständeregister an den Bund (saldoneutral)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,9 Mio. Franken oder 7,7% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,7 Personal: Abbau von Zeitguthaben, Rotationsgewinne und Vakanzen
- +0,2 Weiterverrechnungen für das Informatisierte Ständeregister an die Gemeinden (saldoneutral)

Saldo:

Die Erwartung bzw. Vorgabe eines Ertrags aus Einbürgerungsgebühren von 3,6 Mio. Franken war deutlich zu optimistisch (Rechnungsergebnis 2011: 2,6 Mio. Franken). Die Geschäftsentwicklung zeigt sowohl bei den ordentlichen Einbürgerungen (Details vgl. Indikator W2) als auch bei den erleichterten Einbürgerungen (Details vgl. Indikator W3) zwar weiterhin eine effiziente Gesucherledigung. Die gegenüber der Planung geringere Nachfrage nach dem Schweizer Bürgerrecht verursacht einen deutlichen Minderertrag gegenüber dem Budget. Die fehlenden Einnahmen aber auch die Kürzungen beim budgetierten Sachaufwand von 0,3 Mio. Franken zwangen das Gemeindeamt, einerseits einschneidende Sparmassnahmen zu ergreifen, andererseits die Gebührenerträge zulasten von Gemeinden und Privatpersonen zu optimieren. Die wichtigsten Massnahmen sind ein markanter Abbau von Gleitzeit- und Ferienguthaben. Ausserdem wurde auf Inanspruchnahme von Beraterleistungen verzichtet und das Kursangebot für Gemeindevertreter im Rahmen der Behördenschulung wurde erweitert. Die konsequente und mit internen Plafonds überwachte Umsetzung erlaubte ein Rechnungsergebnis, das knapp über dem Budget liegt. Zu betonen bleibt, dass ein Grossteil der realisierten und erwarteten Einsparungen auf Einmaleffekte (insbesondere der Zeitabbau bzw. die Wertberichtigung bei den Rückstellungen) zurückzuführen ist.

Personal

Vakanzen führten zu einem Ist-Wert unter Budget. Mit 60,2 ist der Personalbestand gegenüber der Rechnung 2011 nahezu unverändert.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	32 250	-32 250	0	0	-32 250

Auflösung von Rücklagen 2012

Der Rücklagenbestand von Fr. 32 250 wurde saldiert und wie folgt verwendet: Personalanlässe Fr. 18 840, Mobiliaranschaffungen Fr. 13 410.

Bildung von Rücklagen 2012

Das Gemeindeamt beantragt keine Rücklagen im Rechnungsjahr.

2215 Finanz- und Lastenausgleich

Hauptereignisse

Mit Beginn im Berichtsjahr erfolgt die Rapportierung des Kantonalen Finanzausgleiches in der Leistungsgruppe 2216.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-189,6			
Steuerfussausgleichsbeiträge	-74,7			
Lastenabgeltung an Stadt Zürich	-106,1			
Saldo	-189,6			
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	0,0	0,0	0,0	

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Hauptereignisse

Bei 18 Gemeinden reichte die Festlegung des Maximalsteuerfusses im Sinne des Übergangsausgleichs nicht aus, um ein ausgeglichenes Budget erstellen zu können. Gesamthaft wurden deshalb nach Prüfung der Budgets Beiträge im Umfang von etwa 31 Mio. Franken für das Jahr 2013 zugesichert. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge für 2011 aufgrund der Jahresrechnungen wurden 25,7 Mio. Franken zurückgefordert. Die Abgeltung der Zentrumslasten für Zürich und Winterthur beliefen sich auf 412,2 bzw. 86 Mio. Franken.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleiches mit den folgenden fünf Instrumenten:
- Der Ressourcenausgleich vermindert die grossen Steuerkraftunterschiede, welche die Hauptursache für die unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden sind. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt.
 - Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren.
 - Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und schwieriger Topografie aus.
 - Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen.
 - Der Zentrumslastenausgleich gilt den Städten Zürich und Winterthur die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten ab.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1	Ressourcendisparität vor FAG, in Fr.	P	10 557	13 090	2 533
W2	Ressourcendisparität nach FAG, in Fr.	P	3 523	3 716	193
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	P	65	50	-15
W4	Ausgleichsvolumen in Mio. Fr.	P	1 174,6	1 188,9	14,3

Abweichungsbegründungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt sich in der Differenz der Steuerkraft pro Einwohner zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Ausserordentlich hohe Steuereinnahmen in einer Gemeinde führten im historischen Vergleich zu einer überdurchschnittlich hohen Steuerkraft und in der Folge zu einer höher als erwarteten Disparität.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde verringert werden. Die Verringerung der Disparität von Fr. 13 090 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 3 716 (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs auf. Die Disparität konnte infolge der hohen Steuerkraft einer Gemeinde nicht ganz auf den Budgetwert verringert werden.
- W3 Der Wert zeigt die Differenz der notwendigen Steuerfüsse zur Deckung eines Normaufwandes (Fr. 3000) zwischen der steuergünstigsten und am stärksten steuerbelasteten Gemeinde nach Angleichung der Ressourcen im Finanzausgleich. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten eine Mindestangleichung der Ressourcen und somit einen garantierten ressourcenbedingten Steuerfuss. Die Differenz zwischen der ressourcenschwächsten und ressourcenstärksten Gemeinde liegt tiefer als erwartet.
- W4 Das Volumen zeigt die Nettoauszahlungen des Finanzausgleichs. Die gegenüber dem Budgetwert prozentual geringe Abweichung resultiert aus dem Übergangsausgleich welcher den finanzschwachen Gemeinden zugesichert und im Folgejahr abgerechnet wird.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Einführung des neuen innerkantonalen Finanzausgleiches Erledigt Das neue Finanzausgleichsgesetz ist Anfang des Berichtsjahres in Kraft getreten.	-	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag		758,9	768,1	9,2
Aufwand		-1 185,5	-1 189,0	-3,5
Saldo		-426,6	-420,8	5,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	0,0	0,0	0,0	

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 9,2 Mio. Franken oder 1,2% über dem Budget.

- +1,9 Der Beitrag des Strassenfonds fiel höher als erwartet aus.
- +7,3 Die Stundung zur Leistung der Steuerkraftabschöpfung aus dem Jahr 2011 wurde im Jahr 2012 aufgehoben und führte zu einem entsprechenden Ertrag.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 3,5 Mio. Franken oder 0,3% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 16,3 Die im Jahr 2012 entstandene Verpflichtung zur Sanierung der BVK führt bei den Übergangsausgleichsgemeinden zu einer nachträglichen Erhöhung ihrer Zusicherungsbeiträge.
- +8,9 Aufgrund guter Jahresergebnisse der Gemeinden konnten mehr Rückerstattungen als erwartet eingefordert werden.
- +3,9 Die finanzschwachen Gemeinden benötigten etwas weniger Zusicherungen für den Übergangsausgleich als angenommen.

Saldo:

Der höher als erwartete Ertrag ist auf höhere Beiträge aus dem Strassenfonds und auf eine Steuerkraftabschöpfungsforderung aus dem Jahr 2011 zurückzuführen. Der Aufwand fiel im erwarteten Rahmen aus. Grössere Abweichungen innerhalb des Aufwandes sind durch die BVK-Sanierung und höhere Rückerstattungen aus dem Finanzausgleich (Aufwandsminderungen) begründet.

2221 Handelsregisteramt

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war vor allem geprägt von Konzeptions- und Umsetzungstätigkeiten im Hinblick auf einen digitalen Zugang zum Handelsregisteramt (E-Government) und einen digitalen Workflow im Amt. Der digitale Transaktionszugang über die Zustellplattform www.services.zh.ch wurde auf Ende des Berichtsjahres verwirklicht und in Betrieb genommen. Für den Kernprozess «Eintragung ins Handelsregister» wurde ein voll digitalisierter Geschäftsablauf mit digitaler Bearbeitung der Geschäftsfälle konzipiert. Die Programmierungsarbeiten sind fortgeschritten, Tests und Inbetriebnahme sind für 2013 vorgesehen. Die Neugestaltung der Prozesse führte schliesslich zu einer Überprüfung der amtsinternen Struktur und zu deren Neugestaltung auf Anfang 2013.

Ferner wurden die gemäss Art. 930 OR öffentlichen Belegakten, die bislang lediglich am Schalter eingesehen oder bestellt werden konnten, auch auf Internet zugänglich gemacht. Schliesslich konnte die Umsetzung der Bestimmungen über das geänderte GmbH- und Revisionsrecht im Berichtsjahr bezüglich der noch offenen Rechtsformen weitgehend abgeschlossen werden (Genossenschaften/Stiftungen).

Im Handelsregisteramt Kanton Zürich eingetragene Unternehmen 2012

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2011	Bestand per 31.12.2012
Einzelunternehmen	26 319	26 164
Kollektivgesellschaften	2 306	2 206
Kommanditgesellschaften	576	537
Aktiengesellschaften	31 225	31 530
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	24 895	26 154
Genossenschaften	1 214	1 177
Vereine	1 540	1 596
Stiftungen	3 327	3 271
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz Schweiz	1 268	1 333
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz im Ausland	705	729
Andere Rechtsformen	40	42
Total	93 415	94 739

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.
----	--

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen (in %)	min.	100	80	100	20
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	min.	sehr gut	-	-	-
W3	Revisionsbericht EHRA	min.		gut	sehr gut	positiv
W4	Kundenbefragung: Juristische Korrektheit, Beratungsqualität	min.	sehr gut	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	296 211	299 000	303 795	4 795
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	23 419	26 000	24 130	-1 870
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	46 429	45 500	44 305	-1 195
L4	Anzahl Registerauskünfte	P	67 807	68 000	63 942	-4 058
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt (in %)	P	121	128	117	-11
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Überprüfung des Registers konnte vollumfänglich durchgeführt werden.					
L1	Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.					
L2	Die prognostizierte Anzahl Rechtsauskünfte konnte nicht erreicht werden, liegt jedoch insbesondere durch die Inanspruchnahme kostenloser Rechtsauskünfte über dem Vorjahr.					
L3	Die konjunkturelle Wirtschaftslage führte zu einer tieferen Anzahl TR-Eintragungen (z. B. Neugründungen).					
L4	Aufgrund der konjunkturellen Wirtschaftslage wurden weniger Registerauskünfte verkauft.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Aktuell nachgeführtes und wahres Register Planmässig Es wurden insbesondere Differenzen zwischen dem Handelsregister und dem Unternehmensidentifikationsnummer-Register des Bundesamtes für Statistik bereinigt.				-	2015
E2	Einführung einer elektronischen Handelsregisteranmeldung (Art. 175 Handelsregisterverordnung) Abgeschlossen				-	2012
E3	Neu: Umstellung von Firmennummer auf Unternehmensidentifikationsnummer (Art. 24 Verordnung über die Unternehmens-Identifikationsnummer) Planmässig Die Umstellung der Firmennummer auf die Unternehmensidentifikationsnummer (UID) ist gemäss dem Eidgenössischen Amt für das Handelsregister für das Jahr 2013 vorgesehen. Vorbereitungsarbeiten wie beispielsweise Software-Anpassungen werden laufend planmässig umgesetzt.				-	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	13,3	13,8	12,5	-1,3
Aufwand	-11,0	-10,8	-10,6	0,2
Saldo	2,3	3,0	1,8	-1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,4			
Saldo	-0,4			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	57,3	57,2	55,8	-1,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,3 Mio. Franken oder 9,8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 1,3 Die sich aus Gesetzesänderungen (neues GmbH-Recht) ergebenden, vorübergehenden Mehrerträge (vgl. Vorjahre) sind im Berichtsjahr weitgehend weggefallen. Zudem waren aufgrund der konjunkturellen Wirtschaftslage tiefere Erträge zu verzeichnen (z. B. weniger Neugründungen, weniger Registerauskünfte).

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,2 Mio. Franken oder 1,6% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +0,2 Die tieferen Erträge führten zu geringeren Abgaben an den Bund.

Saldo:

Die Saldoverschlechterung ist auf die tieferen Erträge zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	323 737	0	0	323 737	0

Bildung von Rücklagen 2012

Das Handelsregisteramt beantragt keine Rücklagen im Rechnungsjahr.

2223 Statistisches Amt

Hauptereignisse

An vier Wochenenden wurden Volksabstimmungen über insgesamt zwölf eidgenössische und zwölf kantonale Vorlagen durchgeführt. Erste Zwischenergebnisse und Hochrechnungen konnten wie gewohnt kurze Zeit nach Urnenschliessung publiziert werden. Die Präsentation der Resultate auf dem Internet wurde weiter optimiert.

Zudem prüfte das Amt für fünf kantonale Volksinitiativen und ein kantonales Volksreferendum, ob die erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften eingereicht wurde.

Um Analysen von älteren Abstimmungsergebnissen kantonal zu ermöglichen, ist ein Projekt zur Digitalisierung historischer Abstimmungsergebnisse initiiert worden.

Das Statistische Amt sammelt und verbreitet seine Daten und Informationen dank moderner Informatikmittel heute fast ausschliesslich auf elektronischem Wege. Traditionelle Formen wie etwa das gedruckte Jahrbuch verlieren deshalb tendenziell an Bedeutung. Wichtiger werden hingegen die Optimierung der Vermittlung statistischer Grundinformationen auf der Homepage sowie die Verdichtung von Daten zu aussagekräftigen Analysen, sei es in Publikationen zuhanden der Öffentlichkeit oder in Auftragsarbeiten für andere Verwaltungsstellen.

Die Umsetzung des neuen Finanzausgleichs hat die Ressourcen des Data Managements stark in Anspruch genommen. Der Data Shop hat das kostenlose Datenangebot auf dem Internet weiter ausgebaut. Beruhend auf der Handänderungsstatistik entstand weiter eine Applikation, die gemeindebezogen Auskunft über die aktuellen Preise von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen gibt.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Kundschafts- und Personalbefragungen sowie Benchmarkingprojekte. Auf grosses Interesse stiessen insbesondere Angebote für Gemeinden wie die Zu- und Wegzugerbefragung oder der Statistikreport für Sozialabteilungen.

Neben der Sammelpublikation «Kanton Zürich in Zahlen» wurden zahlreiche vertiefte statistische Analysen zu verschiedenen Themen (Politik, Demografie, Gemeindefinanzen, Immobilienmarkt usw.) publiziert.

Wegen eines krankheitsbedingten Ausfalls des Amtschefs Mitte Jahr wurde das Amt ad interim von Peter Moser und Verena Gerber geführt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessener guter Qualität
A2	Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
A3	Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen (A1)	min.	103	60	128	68
W2	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Website (A1)	min.	673 163	800 000	548 277	-251 773
W3	Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden) (in %, A1)	min.	96,6	75	-	-
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter sieben vergleichbaren Ämtern (A1)	max.	1	3	-	-
W5	Zufriedenheitsgrad bei Wahlen und Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %) (A3)	min.	93,9	80	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl geführte Statistiken (A1)	P	27	27	27	0
L2	Anzahl Statistikanfragen an Data Shop (A1)	min.	2 466	2 000	1 662	-338
L3	Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (A1)	min.	21	18	18	0
L4	Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	min.	362	380	316	-64
L5	Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500.– je Fall (A2)	min.	129	80	167	87
L6	Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende (A3)	P	9	4	4	0
L7	Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses) (A3)	max.	5	10	5	-5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) (in %, A2)	P	129	100	134	34
Abweichungsbegründungen						
W2	Aufgrund des Umstiegs auf das kantonale Content-Management-System können die «Anzahl Anwendungen auf Website» nicht mehr mit den bisherigen Werten verglichen werden. Die Zählweise wurde von der Anzahl Anwendungen auf die Anzahl Besuche auf Website angepasst.					
L2	Die Vermittlung statistischer Grundinformationen auf der Website wird kontinuierlich optimiert. Zudem wurde im Berichtsjahr die Hotline für die Befragungen nicht mehr durch den Data Shop bedient.					
L4	Aufgrund des fundierten Angebots von statistischen Informationen auf der Website verliert das gedruckte Jahrbuch tendenziell an Bedeutung.					
W3–W5	Diese Indikatoren werden im Berichtsjahr nicht erhoben.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u. a. für die Volkszählung Planmässig Nach Abschluss der Registerharmonisierung werden die Ergebnisse der neuen Volkszählung für den Kanton Zürich genutzt.	-	2014
E2	Ausbau des Statistikangebots auf Internet Planmässig Die Datenbestände werden laufend aktualisiert und mit einem kontinuierlichen Ausbau werden zusätzliche Bedürfnisse soweit möglich abgedeckt.	-	2014
E3	Evaluation von PKI-Lösungen für E-Voting Abgeschlossen E3 wurde mit dem Schlussbericht E-Voting und der Beendigung der Testphase bereits auf Ende 2011 abgeschlossen.	-	2013
E4	Steigerung der Dienstleistungen für Dritte Abgeschlossen	-	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0,8	0,7	0,8	0,1
Aufwand		-8,0	-7,0	-5,5	1,4
Saldo		-7,1	-6,2	-4,7	1,5
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben		-0,2			
Saldo		-0,2			
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		27,3	31,0	24,8	-6,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um rund 0,1 Mio. Franken oder 13,4% über dem Budget.

Wichtigste Position:

+0,1 Mehrverkäufe dank erhöhter Anzahl kundenspezifischer Dienstleistungen

Aufwand:

Der Aufwand liegt um rund 1,4 Mio. Franken oder 20,4% unter dem Budget.

Wichtigste Positionen:

+0,8 Personal: Der Stellenplan war nicht voll ausgelastet und die beiden befristeten Stellen wurden nicht besetzt.

+0,6 Sachaufwand: Die grössten Einsparungen konnten in erster Linie durch den Wegfall der Evaluation der PKI-Lösungen für E-Voting in den Bereichen Infomatik-Nutzungsaufwand und externe Druckkosten erzielt werden.

Saldo:

Der Abschluss der Rechnung liegt um rund 1,5 Mio. Franken oder 24,5% unter dem Budget.

Personal

Die Einsparungen beim Personalaufwand von rund 0,8 Mio. Franken sind vor allem auf eine zurückhaltende Einstellungspolitik zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	157 914	-35 823	26 000	148 091	-9 823

Bildung von Rücklagen 2012

Dank höherer Anzahl kundenspezifischer Dienstleistungen liegt der Ertrag um 0,1 Mio. Franken über dem Budget. Die Einsparung beim Personalaufwand von rund 0,8 Mio. Franken ist auf eine zurückhaltende Einstellungspolitik zurückzuführen. Dank guten Verhandlungsergebnissen konnten Kosten teilweise tiefer als erwartet gehalten werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 26 000 beantragt.

2224 Staatsarchiv

Hauptereignisse

Das Staatsarchiv hat diverse Stellenanpassungen hinter sich. Seit dem Berichtsjahr verfügt es über genügende personelle und infrastrukturelle Mittel, um seine gesetzlichen Aufträge zu erfüllen. Im Berichtsjahr konnte es zudem sein 175-Jahr-Jubiläum feiern.

Als Schwerpunkte sind zu nennen:

- Gesetzgebung: Revision Archivgesetz sowie Patientinnen- und Patientengesetz Beratung und Verabschiedung der Vorlage durch die Regierung, Beratung durch die kantonsrätlichen Kommissionen
- Infrastrukturplanung: Bau 3: Machbarkeitsstudie und Vorbereitung Wettbewerb 2013; Eröffnung 2019
- Lehrstellen: Vorarbeiten zur Schaffung von je zwei Lehrstellen in den Bereichen Handbuchbinderei sowie Information + Dokumentation; erste Anstellung auf 2013
- Überlieferungsbildung: Durchführung verschiedener Records-Management- und eArchiving-Projekte, Austausch betreffend Informationsverwaltung auf Stufe Generalsekretariate, Vornahme von umfassenden Nachbewertungen, Akquisition bedeutender Privatarchive, Publikation eines Leitfadens zur Führung von Gemeinearchiven, Vorbereitung Pilotprojekt Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden
- Aktenererschliessung: Aufbereitung bestehender Findmittel für die Online-Publikation (verzögerter Abschluss 2014), Erarbeitung Erschliessungshandbuch, Fortsetzung des Abbaus Restanzen Zwischenarchiv
- Individuelle Kundendienste: Einführung der elektronischen Benutzerführung, diverse Projekte zur Verbesserung der (Kunden-)Infrastruktur, Fortsetzung der Arbeiten an einer nachhaltigen Benutzungsportal-Landschaft
- Beständeerhaltung: Fortsetzung des Projekts Aufbereitung Sammlung PLAN und der konservatorischen Aufbereitung der Bestände A und EI, Spezifikation der nächsten Mikrofilmprojekte, Weiterführung Aufbau Kompetenzzentrum Audiovisuelle Medien
- Editionsprojekte: Projekt «Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803»: Abschluss der Digitalisierung von gesetzten Beschlüssen und KRPs (Ende 19. Jh. bis Ende 20. Jh.), Fortsetzung der Publikation transkribierter Beschlüsse; Projekt «Elektronische Rechtsquellen-Edition Zürich»: Editionsarbeit und Entwicklung eines Webportals (interne Pilotversion); Projekt «Kunstdenkmäler-Inventarisierung»: Publikation Band V und Fortsetzung der Arbeiten an Band VI; Projekt «Elektronische Edition der Zürcher Stillstandsprotokolle des 17. Jh.»: weitere Publikationstranchen; Projekt «Elektronische Edition der Zürcher Schulumfrage 1771/1772»: Abschluss; Projekt «Elektronische Edition der Offiziellen Gesetzessammlung»: Abschluss Pilot.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Überlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2	Aktenererschliessung: Erschliessung der unbearbeiteten Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3	Individuelle Kundendienste, Editionsprojekte: Gewährleistung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
A4	Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anzahl erreichte potenzielle Leser: 1 000 000	min.	3, 6 Mio.	1 Mio.	3,3 Mio.	2,3 Mio.
W2	Überlieferungsbildung: Gesamtzufriedenheit der anbietepflichtigen Stellen (Umfrage alle drei Jahre) in %	min.		-		
W3	Aktenschliessung: Gesamtzufriedenheit der internen und externen Kunden mit den Findmitteln (Umfrage alle zwei Jahre) in %	min.		-		
W4	Individuelle Kundendienste: Gesamtzufriedenheit der externen Kunden mit den allgemeinen Dienstleistungen in %	min.		-		
W5	Individuelle Kundendienste: Gesamtzufriedenheit der externen Kunden mit dem Online-Angebot in %	min.		-		
W6	Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank: 50 000	min.	103 012	50 000	209 934	159 934
W7	Bestandserhaltung: Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen in %	P	erfüllt	100	98	-2
Leistungen						
L1	Anzahl Rahmenvereinbarungen (A1)	min.	4	6	1	-5
L2	Anzahl Ablieferungen (A1)	min.	125	60	105	45
L3	Abgelieferte Akten in Laufmetern (A1)	min.	558	800	734	-66
L4	Im Vorjahr abgelieferte Unterlagen + 400 Lfm. Restanzen in % (A2)	P	94	100	102	2
L5	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen (A3)	min.	1 687	2 000	1 980	-20
L6	Schriftliche Anfragen sind innert einer Woche beantwortet in % (A3)	min.	90	90	99	9
L7	Neuzugänge Bibliothek sind innert dreier Monate katalogisiert in % (A3)	min.	90	90	63	-27
L8	Konservierte Bestände in Laufmetern (A4)	min.	150	150	155	5
L9	Konservierte audiovisuelle Bestände in Laufmetern (A4)	min.	2	30	3	-27
L10	Anzahl online publizierte Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse	min.	12 091	40 000	14 797	-25 203
L11	Online edierte Rechtsquellen	min.	0	200	0	-200
L12	Anzahl Visitationen von kommunalen Archiven	min.	19	20	1	-19
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Indikator «Anzahl erreichte potenzielle Leser» war mit 3,3 Mio. deutlich höher als geplant.					
W6	Die Tendenz, dass die Kundschaft immer mehr direkt die Online-Recherche benutzt, setzt sich fort. Anstelle der 50 000 budgetierten Recherchen erfolgten 209 934 Recherchen.					
W7	Der Zielwert von 100% beim Indikator «Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen» wurde mit 98% knapp verfehlt, entsprechende Massnahmen zur Zielerreichung sind in Planung.					
L1	Anstelle der 6 geplanten Rahmenvereinbarungen wurde nur 1 Vereinbarung abgeschlossen, die Kriterien für die Auswahl der infrage kommenden Amtsstellen wurden verschärft.					
L2	Die Anzahl Ablieferungen war aufgrund von Kleinstablieferungen um 45 höher als geplant, die Gesamtzahl hat sich gegenüber den Vorjahren jedoch deutlich reduziert. Staatsnahe und private Ablieferungen können praktisch nicht beeinflusst werden; bei den kantonalen Ablieferungen muss noch vermehrt auf längere Ablieferungsrhythmen und entsprechend grössere Ablieferungen gepocht werden.					

- L3 Der Zielwert von 800 Laufmetern abgelieferte Akten wurde knapp erreicht; die geringe Abweichung bewegt sich jedoch im Rahmen der üblichen Schwankungen.
- L4 Sehr erfreulich ist die Zielerreichung im Bereich der Aktenerschliessung, erstmals wurde der Zielwert von 100% erreicht.
- L5 Mit 1980 Besucher/innen und schriftlichen Anfragen ist die Zielgrösse praktisch erreicht; gegenüber 2011 ist die Erhöhung markant.
- L6 Die schriftlichen Anfragen sind zu 99% anstelle der geplanten 90% innerhalb einer Woche beantwortet.
- L7 Die Neuzugänge in der Bibliothek konnten mit 63% nicht wie gewünscht zu 90% innert 3 Monaten katalogisiert werden; dies u. a. infolge Personalwechsel.
- L8 Im Bereich der Beständeerhaltung wurde der Zielwert von 150 konservierten Laufmetern mit 155 Laufmetern leicht übertrffen.
- L9 Die geplante Konservierung von 30 Laufmetern audiovisuellen Beständen konnte mit erfolgten 3 Laufmetern infolge Projektverschiebungen nicht erreicht werden.
- L10 Im Bereich der Editionsprojekte wurde der Zielwert von 40 000 online publizierter Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse mit 14 797 aufgrund interner Projektverschiebungen und Optimierungen von Qualitätssicherungsmaßnahmen noch nicht erreicht.
- L11 Durch komplexe Vorbereitungsaufgaben beim Projekt eRQZH konnten noch keine Rechtsquellen online aufgeschaltet werden.
- L12 Anstelle der geplanten 20 Visitationen von kommunalen Archiven wurde nur 1 Visitation vorgenommen, der gesetzliche Auftrag wurde hauptsächlich in Form von Beratungen und allgemeinen Hilfsmitteln (Leitfaden, Musterregistraturpläne) wahrgenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Überlieferungsbildung: 1 Aktenführung in der Verwaltung (Records Management) / 2 Langzeitarchivierung elektronischer Akten, Rahmenvereinbarungen Planmässig Systematische Kontakte mit anbietepflichtigen Stellen werden sukzessive flächendeckend ausgerollt.	-	2015
E2 Aktenerschliessung: 1 Aktenerschliessung Akten 20./21. Jh. / 2 Abbau Restanzen Zwischenarchiv Planmässig Plansoll 2012 aufgrund genügender Ressourcen erreicht, Prognosen gut.	-	2015
E3 Individuelle Kundendienste: 1 Leistungsfähiger Betrieb vor Ort und für die korrespondierende Kundschaft / 2 Aufbau und Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) Planmässig Elektronischer Bestellschalter wurde in Betrieb genommen, Aufbau online Plattformen (verschiedene Projekte) auf Kurs	-	2015
E4 Beständeerhaltung: 1 Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen / 2 Aufbau Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien Planmässig Mikrofilm Projekte neu geplant, Gerätepark Konsultation AV-Medien komplettiert	-	2015
E5 Editionsprojekte: Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellserien Planmässig Erstes Editionsprojekt abgeschlossen (Schulumfrage), weitere Projekte auf Kurs und in Planung	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,2	1,3	1,3	0,0
Aufwand	-8,7	-8,9	-8,8	0,1
Kreditübertragungen aus 2011		-0,2		
Saldo	-7,5	-7,7	-7,6	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3			
Saldo	-0,3			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	43,7	50,0	46,6	-3,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Keine Abweichung

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,1 Mio. Franken oder 1,1% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,1 Nicht besetzte Projektstellen TKR (Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803) und eRQZH (Elektronische Rechtsquellen-Edition Zürich)

Saldo:

Die Rechnung 2012 schliesst im Vergleich zum Budget 2012 unter Anrechnung der nicht benötigten Kreditübertragung von 0,2 Mio. Franken und der Auflösung von Rücklagen in der Höhe von 0,1 Mio. Franken mit einer positiven Abweichung von 0,1 Mio. Franken oder 1,3% ab.

Personal

Die Abweichung von 3,4 Stellen ist hauptsächlich auf den nicht ausgelasteten Stellenplan bezüglich Projekt TKR (Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803) zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	243 973	-86 991	0	156 982	-86 991

Auflösung von Rücklagen 2012

Das Staatsarchiv löst im Berichtsjahr Rücklagen im Umfang von 86991 Franken auf (v.a. Jubiläum «175 Jahre Staatsarchiv»).

Bildung von Rücklagen 2012

Das Staatsarchiv beantragt keine Rücklagen im Rechnungsjahr.

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Hauptereignisse

Das Amt wurde am 1. Januar des Berichtsjahres verselbstständigt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,8	0,0	0,0	0,0
Aufwand	–4,0	0,0	–0,0	–0,0
Saldo	–0,3	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,0	0,0
Ausgaben				
Saldo			0,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	20,4	0,0		0,0

2232 Fachstelle Opferhilfe

Hauptereignisse

Die langjährige Leiterin verliess die Kantonale Opferhilfestelle im Mai. In der ersten Jahreshälfte stand deshalb die Einführung der neuen Leiterin im Vordergrund. In der zweiten Jahreshälfte bestand die Hauptaufgabe der Leitung darin, weitere neue Mitarbeiterinnen einzuarbeiten und das Team zu konsolidieren. Daneben hat die Kantonale Opferhilfestelle wiederum in diversen inner- und interkantonalen Gremien und Arbeitsgruppen mitgewirkt.

Leistungen an Opfer

An Opfer und Angehörige wurden insgesamt finanzielle Leistungen in der Höhe von Fr. 3 695 636 erbracht. Mittels Regress auf Täter konnten Rückforderungen in der Höhe von Fr. 179 862 erhältlich gemacht werden.

Finanzierung und Beaufsichtigung der anerkannten Opferberatungsstellen

Das im Mai 2011 gestartete Projekt «KonQua NFO» (Konkretisierung der Qualitätsvorgaben, Neues Finanzierungskonzept der Opferberatungsstellen) konnte im März des Berichtsjahres nach zwei weiteren Workshops abgeschlossen werden. Die bereits im Zusammenhang mit der leistungsorientierten Finanzierung der Opferberatungsstellen «NFO» erarbeiteten Qualitätsvorgaben wurden in Zusammenarbeit mit Vertretern aller Beratungsstellen konkretisiert. Die Verantwortungen und Kompetenzen im Zusammenhang mit der Qualitätsüberprüfung wurden definiert.

In der Folge wurde das Manual zur leistungsorientierten Finanzierung der Opferberatungsstellen entsprechend angepasst und ein Konzept zur praktischen Überprüfung der Qualitätsvorgaben erstellt.

In einem nächsten Schritt werden 2013 die wesentlichen Bereiche der Struktur- und der Prozessqualität der Leistungen der anerkannten Beratungsstellen unter Beizug einer externen Beraterin überprüft.

Die neun anerkannten Opferberatungsstellen erhielten als Abgeltung für ihre Leistungen Staatsbeiträge in der Höhe von Fr. 5 005 150. Darüber hinaus wurde ein einmaliger ausserordentlicher Staatsbeitrag in der Höhe von gesamthaft Fr. 175 000 für die Beschaffung einer spezifischen Software für Opferhilfe-Beratungsstellen ausgerichtet.

Der Kanton Zürich hat für die Beratung von Opfern mit Wohnsitz in anderen Kantonen im Berichtsjahr netto, d. h. nach Abzug der von ihm geleisteten Abgeltungen für die Beratung von Zürcher Opfern in anderen Kantonen, Einnahmen in der Höhe von Fr. 255 750 erzielt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe
A2	Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung) (A1) in Monaten, ab 2011 als Wirkungsindikator	max.	2,4	2,5	2,2	0,3
W2	Durchschnittliche Anzahl Beratungsfälle pro Berater/in à 100 Stellenprozent (A2), ab 2011	P	230	250	229	-21
Leistungen						
L1	Anzahl neu eröffnete Opferhilfverfahren (A1), ab 2012	P	-	600	548	-52
L2	Anzahl beurteilte Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (A1)	min.	774	550	556	6
L3	Anzahl neu eröffnete Beschwerdeverfahren (A1), ab 2011	P	4	20	10	-10
L4	Anzahl neu eröffnete Regressverfahren (A1), ab 2011	P	47	80	50	-30
L5	Anzahl abgeschlossene Leistungsverträge mit Beratungsstellen (alle zwei Jahre) (A2), ab 2011	P	9	9	9	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle in % (A1)	min.	100	100	100	-
B2	Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (einschliesslich Leistungen an Opfer) (A1)	P	7 020	7 000	5 048	-1 952
Abweichungsbegründungen						
B2	Aufgrund tieferer direkter Leistungen an Opfer nahmen die durchschnittlichen Kosten pro Opferhilfverfahren ab.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis
E1	Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren Planmässig Die Bearbeitungsdauer konnte weiter gesenkt werden (vgl. Wirkungsindikator W1).	-	2015
E2	Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung Abgeschlossen Das 2006 eingeführte leistungsorientierte Finanzierungssystem hat sich bewährt. Die leistungsorientierte Ausrichtung der Staatsbeiträge ermöglicht eine bessere Steuerung des Angebots durch den Kanton als Auftraggeber.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,6	0,4	0,8	0,5
Aufwand	-13,7	-11,0	-10,3	0,8
Saldo	-10,1	-10,7	-9,4	1,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6,6	6,6	6,1	-0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,5 Mio. Franken oder 137,3% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,3 Leistungsabgeltungen anderer Kantone

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,8 Mio. Franken oder 7,2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,1 Personalkosten: Mutations-/Rotationsgewinne

+0,8 tiefere, nicht beeinflussbare direkte Leistungen an Opfer

Personal

Infolge personeller Veränderungen (u. a. Leiterinnenwechsel) erfolgten Mutationen beim Beschäftigungsumfang, zudem fiel eine Befristung weg.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	25 177	-5 314	+13 000	32 863	+7 686

Bildung von Rücklagen 2012

Die Rechnung 2012 schliesst gegenüber dem Budget mit einer Saldoverbesserung ab. Einerseits musste der Wegfall einer befristeten Stelle auf Ende 2011 durch die übrigen Mitarbeitenden kompensiert werden. Andererseits führte eine sparsame Ausgabenpolitik zu diesem Ergebnis. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 13 000 beantragt.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Hauptereignisse

«Chancen=Stellung»

Unter dem Motto «Chancen=Stellung» hat die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann in Zusammenarbeit mit dem Kaufmännischen Verband Zürich eine dreiteilige Veranstaltungsserie durchgeführt. Ziel der Anlässe war es, mit Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit zu erörtern, wie Männer und Frauen gemeinsam ihren persönlichen Beitrag zur Umsetzung der Gleichstellung leisten, sei es im Beruf oder bei der Familie, bei der Berufswahl oder bei der Altenpflege.

«ChancenVielfalt»

Mit dem neu erarbeiteten Modul «ChancenVielfalt» wurde in Kooperation mit der pädagogischen Hochschule verstärkt auf die Möglichkeiten junger Menschen in der modernen Arbeits- und Berufswelt aufmerksam gemacht. Junge Menschen an der Schwelle zur Arbeitswelt werden dabei unterstützt, ihre Optionen in der Berufswelt frühzeitig zu erkunden.

Vernetzung

Die Fachstelle setzt stark auf die nachhaltige Vernetzung und Zusammenarbeit mit externen Fachstellen, Verbänden, Direktionen und Unternehmen.

In einigen Direktionen und KMU wurde stärker Gewicht auf die Kadernachwuchsförderung gelegt, vermehrt wurde auf die Möglichkeit einer Kaderlaufbahn für Frauen aufmerksam gemacht.

Kinderbetreuungsindex

Die Gleichstellungskommission hat zum 9. Mal den Kinderbetreuungsindex veröffentlicht. Die Zahl der Betreuungsplätze in Krippen, Horten, Tagesfamilien und an Mittagstischen hat erneut zugenommen. Neu werden im Kanton Zürich auf 25 600 Plätzen 35 300 Kinder familien- und schulergänzend betreut, womit die Anzahl betreuter Kinder um über 5% gestiegen ist. Es wurden 1800 Plätze mehr gezählt als im Vorjahr, was eine Steigerung von 8% bedeutet. Zwei Drittel aller Zürcher Gemeinden haben heute auch ein Angebot im Vorschulbereich.

Zukunftstag (bisher Tochtertag)

Erstmals hat die Fachstelle auch einen internen, direktionsübergreifenden Zukunftstag organisiert. Die Resonanz war äusserst positiv und die Anzahl Kinder (44) äusserst erfreulich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
A2	Verbesserung der Information und des Erkenntnisstands über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
A3	Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
A4	Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen
A5	Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen und -förderlichen Personalpolitik bei strategisch wichtigen Fragestellungen

Indikatoren						
	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei Sachgeschäften der Direktionen, Ämtern und Abteilungen (ab 10) (A3)	P	5	1	9	8
W2	Verbesserung des Wissens zu Gleichstellungsfragen; Umfrage alle zwei Jahre (ab 10) (A4)	min.	-	gut	-	-
W3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Website (Durchschnitt/Monat) (A4)	min.	50 142	8 000	91 832	83 832
Leistungen						
L1	Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (A1)	min.	13	10	12	2
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (A3)	min.	12	25	18	-7
L3	Auskünfte und Beratungen, Anzahl Auskunfts- und Beratungsstunden (Durchschnitt/Monat) (A2/A5)	min.	82	30	30	-
Abweichungsbegründungen						
W1	Die neue Leiterin wurde nach ihren Antrittsbesuchen stärker in Fragen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Home-Office einbezogen.					
W2	Im Berichtsjahr wurde keine Umfrage durchgeführt					
W3	Durch die ausserordentlich starke Publicity und Medienpräsenz im Zusammenhang mit dem «Männerbeauftragten» wurden vermehrt Bürgerinnen und Bürger auf die Dienstleistungen der FFG aufmerksam und nützten das Beratungsangebot.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender Mainstreaming in der Verwaltung verankern (Gender Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechtsspezifischen Auswirkungen zu prüfen) Planmässig Die FFG hat geschlechterrelevante Aspekte eingebracht in: Benchmarkstudie «Erwerbsarbeit soll sich lohnen» / «direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung» / Schulungsunterlagen / Werbungsunterlagen / Arbeitsgruppe Salär / Arbeitsgruppe Gender & Wissenschaft	-	2014
E2	Unterstützung Koordinationsgremium Gleichstellung (vgl. Funktionsbereich Gleichstellung) Abgeschlossen Das Koordinationsgremium wurde nach Abschluss des Legislaturzieles «Vereinbarkeit von Beruf & Privat» aufgelöst. Ein Projekt daraus war eine Home-Office-Präsentation für alle Direktionen mit Übergabe ans Personalamt als Home-Office-Projektleitung	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,1	0,1	0,1	-0,0
Aufwand	-1,0	-1,0	-0,9	0,1
Saldo	-1,0	-0,9	-0,8	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,1	3,3	3,0	-0,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Keine Abweichung

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,05 Mio. Franken oder 5,3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,06 Tiefere Personalkosten (Kündigung Männerbeauftragter)

Personal

Kündigung Männerbeauftragter

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	23 347	-2 427		20 920	-2 427

2234 Fachstelle Kultur

Hauptereignisse

Der Regierungsrat verlieh auf Antrag der Kulturförderungskommission den Kulturpreis in Höhe von Fr. 50 000 an die Kunsthistorikerin und Kuratorin Bice Curiger sowie den Förderpreis im Bereich Musik, Tanz und Theater in Höhe von Fr. 40 000 an die Sängerin und Musikerin Sophie Hunger. Mit der goldenen Ehrenmedaille des Regierungsrates wurde das Lebenswerk von Ernst Scheidegger als Fotograf, Bildredaktor, Verleger und Galerist gewürdigt. Im Bereich Literatur wurden vier Auszeichnungen in der Höhe von jeweils Fr. 10 000 verliehen.

Für 60 Kulturinstitutionen, einschliesslich der Opernhaus Zürich AG, der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich und der Zürcher Filmstiftung, wurden Subventionen in der Höhe von Fr. 91 549 700 ausgerichtet.

Mit subsidiären Beiträgen an kulturelle Jahres- oder Saisonprogramme in den Gemeinden sowie mit Einzelbeiträgen wurden über 1300 Veranstaltungen aus den verschiedensten Kunstbereichen mit insgesamt Fr. 1 765 900 unterstützt. Damit wurde ein reichhaltiges Kulturleben im ganzen Kantonsgebiet gefördert.

Anfang des Berichtjahres konnte der Kanton ein neues Künstleratelier in Berlin-Wedding beziehen, sodass nun für Zürcher Kunstschaaffende Arbeits- und Wohnmöglichkeiten in den beiden Kulturmetropolen Paris und Berlin zur Verfügung stehen. Die Ateliers wurden im Berichtsjahr an insgesamt acht Künstlerinnen und Künstler vergeben.

Die kantonale Kulturförderungskommission prüfte 483 Gesuche und entschied in 244 Fällen positiv: Im Bereich Bildende Kunst wurden 24 Veranstaltungen und Publikationen mit Projektbeiträgen von gesamthaft Fr. 117 000 unterstützt. An 14 im Kanton wohnhafte Kunstschaaffende bzw. Teams wurden Werkbeiträge von jeweils Fr. 18 000 (insgesamt Fr. 252 000) vergeben. Zudem wurden für die kantonale Kunstsammlung 107 Werke von 44 Künstlerinnen und Künstlern im Wert von Fr. 680 181 angekauft. Aus den Musik-, Theater-, Literatur- und Tanzkrediten wurden Fr. 764 300 an 138 Musikproduktionen, Fr. 594 000 an 46 Theaterproduktionen, 7 Literatur-Werkbeiträge mit einer Gesamtsumme von Fr. 242 000 sowie Fr. 195 000 an 15 Tanzproduktionen vergeben. Der Kanton Zürich ist im Tanzbereich zudem an einem kooperativen Fördermodell beteiligt: Zusammen mit der Stadt Zürich und der Kulturstiftung Pro Helvetia bestehen mit zwei Zürcher Tanzkompanien kooperative Fördervereinbarungen. Der Anteil des Kantons betrug im Berichtsjahr Fr. 150 000.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität
A2	Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten
A3	Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näherzubringen
A4	Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten
A5	Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung (in %, A1, A2, A4)	min.	77,8	76	76,7	0,7
W2	Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (A2, A3, A4)	P	131	120	134	14
W3	Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mindestens «gut»	min.	–	gut	gut	–
W4	Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (A2)	P	19	30	26	–4
Leistungen						
L1	Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen (A1)	P	56	60	60	–
L2	Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur (A5)	P	1 700	2 100	1 850	–250
L3	Anzahl mit Betriebsbeiträgen unterstützte Jahres- und Saisonprogramme in den Zürcher Gemeinden (A5)	P	1 100	40	41	1
L4	Anzahl Wiedererwägungsgesuche (A5)	max.	0	30	0	–30
Wirtschaftlichkeit						
B1	Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	min.	41,8	40	40,5	0,5
B2	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kantons Zürich am Saldo Kulturförderung	P	60,42	62,55	61,29	–1,26
B3	Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1,28	1,60	1,39	–0,21
Abweichungsbegründungen						
W3	Umfrage 2012 durchgeführt mit Ergebnis «gut»					
L3	Es ist kein Vergleich zu R 2011 möglich, da ab 2012 nicht die Anzahl Einzelveranstaltungen, sondern die Anzahl unterstützter kultureller Saison- und Jahresprogramme in den Gemeinden gezählt werden. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Anzahl subventionierter Kulturprogramme von 26 auf 41.					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR				bis
E1	Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen Planmässig (vgl. Indikatoren L1 und L3)	–				2015
E2	Überarbeitung Leitbild Kulturförderung Planmässig	–				2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	45,0	17,2	17,2	0,0
Aufwand	-127,8	-102,9	-102,4	0,5
Betriebsbeitrag Opernhaus Zürich	-78,0	-80,8	-80,8	0,0
Kostenanteil Liegenschaftenunterhalt Opernhaus Zürich	-3,0	-3,4	-3,6	-0,2
Saldo	-82,8	-85,8	-85,2	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-3,0	-3,5		3,5
Saldo	-3,0	-3,5		3,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6,0	7,4	6,6	-0,9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag von 17,2 Mio. Franken entspricht exakt dem budgetierten Wert.

Aufwand

Der Aufwand liegt um 0,5 Mio. Franken oder 0,5% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,4 Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten (einschliesslich interne Verrechnungen)
- +0,1 Minderaufwendungen bei den Staatsbeiträgen

Saldo:

Die Rechnung der Fachstelle Kultur schliesst mit einem Saldo von Fr. 85 211 366 und unterschreitet den budgetierten Aufwandüberschuss um Fr. 551 034.

Investitionsrechnung

Mit Inkrafttreten des neuen Opernhausgesetzes auf 2012 werden Beiträge für Bauvorhaben an das Opernhaus Zürich nicht mehr zulasten der Investitionsrechnung getätigt, sondern zulasten der Erfolgsrechnung (Kostenbeitrag Bau; Wegfall Verzinsungs- und Abschreibungskosten).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	19 773	0	+19 000	38 773	+19 000

Bildung von Rücklagen 2012

Die Rechnung 2012 der Fachstelle Kultur schliesst mit einem Saldo von Fr. 85 211 366 und unterschreitet den budgetierten Aufwandüberschuss um Fr. 551 034. Dank grossem Arbeitseinsatz konnten Vakanzen kompensiert und die Personalkosten tief gehalten werden (rund Fr. 190 900). Zurückhaltung bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte und ein hohes Kostenbewusstsein bei der Beschaffung und beim Einsatz von Sachmitteln führten zu Minderaufwendungen bei den Sachkosten und den internen Verrechnungen (rund Fr. 38 500 unter Budget).

2241 Fachstelle für Integrationsfragen

Hauptereignisse

In Kooperation mit Expat-Vereinen wurde das bestehende Angebot an Plattformen ausgebaut. Hochqualifizierte Neuzugezogene, deren Zahl immer stärker ansteigt, wurden so an themenspezifischen Anlässen informiert. Parallel dazu wurden die Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für deutsch- und englischsprachige Neuzugezogene weitergeführt.

Das Pilotprojekt Integrationsmodule wurde in den Dienstleistungskatalog der FI aufgenommen und wird jetzt regulär angeboten. Die Gemeinden können im Rahmen der Dienstleistung «KOMPAKT» bei der Weiterentwicklung ihrer kommunalen Integrationsförderung unterstützt und beraten werden. Es haben sich weitere Gemeinden für dieses Angebot entschieden.

Mit den Migrantenvereinen wurde der Austausch intensiv weitergeführt und neu wurden spezifische Anlässe durchgeführt, namentlich für die Eritreer, für die afrikanische Diaspora sowie für Pensionierte aus Spanien und Kroatien. Für die muslimischen Organisationen und speziell für Imame wurden Plattformen weitergeführt, die es erleichtern sollen, an die teilweise schwer erreichbare muslimische Bevölkerung zu gelangen.

Zum ersten Mal wurde der Innovationspreis für besonders innovative Integrationsprojekte verliehen. Der Preis ging an ein gastronomisches Projekt in Winterthur.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern – verbindlich ab dem ersten Tag – zur Herstellung von Chancengleichheit
A2	Aktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration mit Gemeinden und privaten Organisationen
A3	Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration
A4	Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
A5	Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben (vgl. Funktionsbereich Integration)
A6	Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle zwei Jahre) (A1/A2)	min.	–	gut	gut	–
Leistungen						
L1	Prüfung von Beitragsgesuchen/Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (A1/A6)	P	90	90	91	1
L2	Information- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung, Plakatkampagne u. a.) (A3)	min.	2	2	3	1
L3	Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/ Neuzuziehende (A1)	min.	4	5	8	3
L4	Abschlüsse von Integrationsvereinbarungen (Pilot befristet bis 2011) Betreuung der Fälle bis Abschluss (A1)	P	9	–	–	–
L5	Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten (A1)	P	17	15	19	4
L6	Mitarbeit in interkantonalen Gremien und in Gremien des Bundes (A4)	P	8	5	5	–
L7	Kooperationen in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen (A2, A5, A6)	min.	49	40	59	19
Wirtschaftlichkeit						
B1	Unterstützung von Integrationsprojekten in den Gemeinden (Mio. Franken) (ab 2010) (A1/A6)	P	3,1	3,2	4,9	1,7
B2	Anteil Leistungen der Fachstelle / Kompetenzzentrum Integration am Gesamtaufwand (ohne Projektunterstützung) (ab 2010) (in %)	P	76	80	76	–4
Abweichungsbegründungen						
L2	Zu der Plakatkampagne konnte im Berichtsjahr auch ein Werbespot produziert werden, der in Kinos und im TV gezeigt wurde. Die Öffentlichkeitsarbeit an Anlässen wurde weitergeführt.					
L3	Die im Berichtsjahr neu eingeführten Expat-Plattform-Veranstaltungen konnten bereits viermal durchgeführt werden. Dazu wie bereits im Vorjahr vier BIV für Deutsche/Anglophone.					
L5	Dank zusätzlicher Bundesmittel für die Frühförderung ab dem Berichtsjahr konnten mehr Projekte unterstützt und umgesetzt werden.					
L7	Mit der Einführung des kantonalen Integrationsprogramms (KIP; RRB Nr. 1105/2011) und im Rahmen von «Projets Urbains» konnten bereits jetzt neue Kooperationen auf interkantonomer Ebene, mit dem Bund, und insbesondere mit Gemeinden eingegangen werden.					
B1	Im Berichtsjahr konnten zusätzliche Projekte für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge initiiert und gestartet sowie bestehende Projekte erweitert werden (Beschlüsse 940/2011, 249/2012, 788/2012). Dafür konnte aus den Flüchtlingspauschalen 1,77 Mio. Franken mehr eingesetzt werden als geplant.					
B2	Der Anteil der leistungsabhängigen Kosten lag mit 76% etwas tiefer, was auf die intensivierte interne Entwicklungsarbeit für das Kantonale Integrationsprogramm zurückzuführen ist.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderangebote in den Regionen Planmässig Als Vorbereitung für das kantonale Integrationsprogramm wurden in Kooperation mit den Gemeinden Angebote ausgebaut und ergänzt.	6f	2015
E2 Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern Planmässig Mit den neu für den Bereich Frühförderung gesprochenen Bundesmitteln konnten mehrere Weiterbildungsinitiativen unterstützt werden.	6b gemeinsam mit BI	2013
E3 Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen Planmässig Neben einer Plakatkampagne, die im Berichtsjahr weitergeführt wurde, konnte ein Werbespot produziert werden, der in Kinos und im Regionalfernsehen lief.	6f	2015
E4 Weiterführung Unterstützung interdirektionaler «Runder Tisch» zur Verwendung der Integrationspauschale Planmässig (vgl. Funktionsbereich Integration)	-	2015
E5 Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitende Massnahmen (vgl. Funktionsbereich Integration) Planmässig Die Strategie wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen.	6f	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,0	2,9	4,7	1,8
Aufwand	-4,9	-4,9	-6,6	-1,7
Kreditübertragungen aus 2011		-0,1		
Saldo	-1,8	-1,9	-1,9	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6,1	6,8	6,9	0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,8 Mio. Franken oder 60% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +1,8 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus dem Rahmenkredit für Integrationsprojekte aus dem einmaligen Beitrag des Bundes für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen (vgl. Querschnittbereich Integration und RRB Nr. 1714/2008, saldoneutral)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 1,7 Mio. Franken oder 40% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 1,8 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus dem Rahmenkredit für Integrationsprojekte (saldo-neutral)
- +0,1 Verwendung des Kreditübertrags aus dem Vorjahr für die Entwicklung des kantonalen Integrationsprogramms und begleitender Massnahmen (EKIM)

Personal

Wegen Überschneidung Stellenantritt neue Mitarbeitende und Austritt alte Mitarbeitende sowie kurzfristig anfallender Zusatzaufgaben im Rahmen der Entwicklung eines Kantonalen Integrationsprogramms stieg der Beschäftigungsumfang über den budgetierten Wert.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	23 932	-3 489	+10 000	30 444	+6 511

Auflösung von Rücklagen 2012

Die Fachstelle für Integrationsfragen löste Rücklagen im Betrag von Fr. 3489 auf.

Bildung von Rücklagen 2012

Die Fachstelle führte ein strenges Regime bei der Vergabe von Projektkrediten, bei Dienstleistungen Dritter und beim Sachaufwand. Statt mit Aufträgen an Externe wurde das kantonale Integrationsprogramm kostensparend zum grössten Teil in-house entwickelt. Dank Public Private Partnership konnten auch im Berichtsjahr wieder zusätzliche Erträge generiert werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 10 000 beantragt.

2251 Bezirksräte

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr stand für die Bezirksräte im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten für den Übergang der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht auf den 1. Januar 2013 von den kommunalen Vormundschaftsbehörden an die neu geschaffenen regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Im zweiten Halbjahr stand zudem die Abarbeitung möglichst sämtlicher bei den Bezirksräten hängigen erstinstanzlichen Verfahren in vormundschaftlichen Angelegenheiten im Vordergrund, da diese Zuständigkeit auf den 1. Januar 2013 ebenfalls an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde übergeht.

Mit Kreisschreiben vom März beauftragte die Direktion der Justiz und des Innern die Bezirksräte mit der Organisation und Überwachung der Übergaben der vormundschaftlichen Dossiers von den kommunalen Vormundschaftsbehörden an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Die Gewährleistung einer einheitlichen Übergabe war wegen der bestehenden Unterschiede in der Organisation der Vormundschaftssekretariate sehr zeitaufwendig.

Wegen der genannten Arbeiten zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht mussten andere Arbeiten zurückgestellt werden. Insbesondere wurden weniger Rechtsmittelfälle erledigt.

Erledigt wurden im Berichtsjahr 1362 Beschwerden und Rekurse, wovon mit 68,17% mehr als zwei Drittel der Verfahren innert 60 Tagen nach Erlangung der Spruchreife. Wie bereits in den Vorjahren war wiederum eine hohe Komplexität der Rechtsmittelverfahren und damit auch ein entsprechend grosser zeitlicher Bearbeitungsaufwand der einzelnen Verfahren festzustellen. Mit 358 pendenten Geschäften (Rechtsmittel und erstinstanzliche Verfahren) ist die Anzahl der pendenten spruchreifen Geschäfte am Ende der Berichtsperiode im Vergleich zum Vorjahr (303) deutlich angestiegen (+16,0%).

Im Bereich Aufsicht und Genehmigungen hat sich die Zahl der behandelten Geschäfte mit 15910 (1879 Jahresrechnungen, Visitationen und Kontrollberichte, 862 visitierte Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen und Spitex-Organisationen sowie 13 169 geprüfte Vormundschaftsberichte und Inventare) gegenüber dem Vorjahr (14 726) deutlich gesteigert (+7,5%). Die Anzahl der erledigten Entscheide und Bewilligungen ist mit 1043 in etwa gleich geblieben (1057 im Geschäftsjahr des Berichtsjahres). Die Aufsicht über die Spitex-Organisationen, welche die Bezirksräte seit dem 1. Januar 2011 wahrnehmen, gestaltete sich problemlos. Die Bezirksräte reichten der Gesundheitsdirektion erstmals im Frühjahr des Berichtsjahres ihre Berichterstattung über diese Visitationen ein.

Die hohe Anzahl der erteilten Rechtsauskünfte an Gemeinden und Private (10 450) entsprach dem Niveau des Vorjahres.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Rechtspflegefunktion
A2	Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden
A3	Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren
A4	Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %) (A1)	P	10,81	14,67	11,05	3,62
Leistungen						
L1	Erledigte Rechtsmittel (A1)	P	1 444	1 580	1 362	-218
L2	Rechtsauskünfte (A4)	P	10 656	10 770	10 450	-320
L3	Entscheide und Bewilligungen (A3)	P	1 057	1 210	1 043	-167
L4	Jahresrechnungen, Visitationen und Revisionsbericht (A2)	P	2 304	1 937	1 879	-58
L5	Heime, Stiftungen, Spitex und Sozialbehörden (A2)	P	796	876	862	-14
L6	Berichte und Inventare Vormundschaftswesen (A2)	P	11 626	10 150	13 169	3 019
L7	Pendente Geschäfte spruchreif (A1)	P	303	330	358	28
L8	Pendente Geschäfte total (A1, A3)	P	1 686	810	931	121
Wirtschaftlichkeit						
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %) (A1)	P	68,50	69,17	68,17	-1,00
Abweichungsbegründungen						
W1	Ist von Anzahl erledigter Entscheide und Bewilligungen sowie deren Akzeptanz abhängig (zu Rechnung 2011 0,24, zu Budget 2012 3,62)					
L1	Priorität lag auf Übergang der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zu Rechnung 2011 -82, zu Budget 2012 -218)					
L2	Exogen, keinen Einfluss durch BRK (zu Rechnung 2011 -206, zu Budget 2012 -320)					
L3	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2011 -14, zu Budget 2012 -167)					
L4	Priorität lag auf Übergang der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zu Rechnung 2011 -425, zu Budget 2012 -58)					
L5	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2011 +66, zu Budget 2012 -14)					
L6	Übergang der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zu Rechnung 2011 +1543, zu Budget 2012 +3019)					
L7	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2011 +55, zu Budget 2012 +28)					
L8	Keinen Einfluss - Fälle von November bis Dezember sind durch Fristen (drei Monate für Stellungnahme) blockiert (zu Rechnung 2011 -755, zu Budget 2012 +121)					
B1	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2011 -0,33, zu Budget 2012 -1,0)					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
	LZ RR	bis
E1 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c Abs. 1 VRG) Planmässig Arbeiten gemäss Verwaltungs- und Rechtspflegegesetz	-	2015
E2 Anpassung der Aufsichtstätigkeit im Kirchenwesen Abgeschlossen 2013 nicht mehr als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt	-	2015
E3 Aufbau und Konsolidierung der Aufsicht über die Spitex Abgeschlossen 2013 nicht mehr als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt	-	2015
E4 Aufbau und Konsolidierung der Aufsicht über den Finanzhaushalt der Gemeinden unter Einbezug neues Recht Abgeschlossen 2013 nicht mehr als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,2	2,2	2,2	-0,0
Aufwand	-9,1	-9,4	-9,1	0,3
Saldo	-6,8	-7,2	-7,0	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	38,8	38,4	38,4	-0,0

Erfolgsrechnung

Der Ertrag ist budgetkonform.

Der Aufwand liegt um 0,3 Mio. Franken oder 2,8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,2 Personal: Rotationsgewinne

+0,1 Interne Verrechnungen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	295 785	-54 301	53 000	294 484	-1 301

Die Aufwandunterschreitung konnte dank zurückhaltendem und kostenbewusstem Umgang mit Sach- und Betriebsmitteln erreicht werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 53 000 beantragt.

2261 Statthalterämter

Hauptereignisse

Mit Inkrafttreten des GOG (Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess) steht grundsätzlich die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen den Statthalterämtern zu. Der Regierungsrat kann jedoch die Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht den Gemeinden übertragen, wenn diese sicherstellen, dass sie dazu fachlich und organisatorisch in der Lage sind. Einige Gemeinden haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und ein Richteramt aufgebaut, das mit einer Bussenkompetenz bis Fr. 500 ausgestattet ist. Bei allen anderen Gemeinden ist die Verfolgung und Beurteilung ihrer Übertretungstatbestände weggefallen und an die Statthalterämter übergegangen, was zu einer entsprechenden Mehrbelastung geführt hat.

Im Berichtsjahr ist die Gesamtgeschäftslast leicht gestiegen. Dabei stieg die Zahl der Neueingänge um 1,6%. Im Gesamten wurden 2,7% mehr Straffälle erledigt. Gleichzeitig wurden 13,5% mehr Einsprachen gegen Strafbefehle durch das Fachpersonal bearbeitet. Die Fälle mit Übertretungen gegen Tatbestände des Strafgesetzbuches sind wiederum um 11,5% angestiegen. Eine Zunahme von 20,0% erfolgte auch im Bereich der Betäubungsmitteldelikte.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
A2	Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrwesen und bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden in diesen Bereichen. Aufsicht über die Feuerpolizei, Inspektionen der Feuerwehren
A3	Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4	Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenergebnisse
A5	Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (A1)	P	2 360	2 250	2 724	474
W2	– in % der erledigten Fälle (A1)	P	4,47	4,50	5,02	0,52
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (A1)	P	5 541	4 500	5 887	1 387
W4	– in % aller Fälle (A1)	P	9,51	9,00	9,80	0,80
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate (A1)	P	1 751	1 350	1 730	380
W6	– in % der erledigten Fälle (A1)	P	3,32	2,70	3,19	0,49
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Straffälle (A1)	P	52 762	50 000	54 212	4 212
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren (A1)	P	47	70	85	15
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise (A3, A5)	P	1 730	4 000	5 322	1 322
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen (A2, A4)	P	3 286	3 000	3 346	346
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen (A1)	P	70 254	70 000	84 031	14 031

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %; A1)	P	109,60	70	112,8	42,8
----	--	---	--------	----	-------	------

Abweichungsbegründungen

W1	Zunahme von Rechtsmittelbeanspruchung (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +364, zu Budget +474)
W3	Zunahme der Fälle mit grossem Bearbeitungs- und Zeitbedarf (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +346, zu Budget 2012 +1387)
W5	Im Rahmen des Vorjahres bzw. zu tief budgetiert (Abweichungen: zu Rechnung 2011 -21, zu Budget 2012 +380)
L1	Mehr Falleingänge durch Übernahme des Übertretungsstrafrechts von den Gemeinden (GOG) (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +1450, zu Budget 2012 +4212)
L2	Im Rahmen des Vorjahres (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +38, zu Budget 2012 +15)
L3	Steigerung wegen Ausgaberrhythmus von vier Jahren bei der Invalidenkarte (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +3592, zu Budget 2012 +1322)
L4	Im Rahmen des Vorjahres (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +60, zu Budget 2012 +346)
L5	Schlechtere Zahlungsmoral bei Kundschaft (Abweichungen: zu Rechnung 2011 +13 777, zu Budget 2012 +14 031)
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %): 112,80

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis
E1	Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter Abgeschlossen 2013 nicht mehr als Entwicklungsschwerpunkt aufgeführt	-	2015
E2	Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) im Dienst der Verkehrssicherheit Planmässig	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25,0	25,6	25,7	0,1
Aufwand	-16,2	-18,3	-17,6	0,7
Saldo	8,8	7,3	8,1	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	61,2	64,1	62,6	-1,5

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,1 Mio. Franken oder 0,2% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,3 Bussen und Gebühren
- 0,2 Beschlagnahmungen

Der Aufwand liegt um 0,7 Mio. Franken oder 3,9% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,2 Personal: Stellenplan nicht voll ausgeschöpft
- +0,3 Wertberichtigungen
- +0,2 Diverses

Personal

Der Beschäftigungsumfang liegt um 1,5 Personalstellen unter dem Budget. Nicht alle Personalstellen konnten besetzt werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	159 168	-42 325	+100 000	216 843	+57 675

Die Aufwandunterschreitung ergab sich aufgrund des kostenbewussten Umgangs mit Sach- und Betriebsmitteln (z. B. Verzicht auf Mobiliarbeschaffungen). Die Verschiebung der Strafkompetenz von den Gemeinden auf die Statthalterämter wurde durch Mehrleistung des Personals bewältigt. Der budgetierte Ertrag konnte dank konsequenter Anwendung der neuen Gebührenrichtlinien und durch Mehrleistung des Personals aufgrund der Verschiebung der Strafkompetenz von den Gemeinden auf die Statthalterämter leicht übertroffen werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 100 000 beantragt.

2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden zum dritten Mal die nach §§ 19 ff. KiG mit Globalbudget festgesetzten Kostenbeiträge (für die erste Beitragsperiode nach § 29 Abs. 1 KiG Fr. 50 Mio.) im entsprechenden Umfang an die anerkannten Religionsgemeinschaften ausgerichtet. Gleichzeitig wurde die dritte Tranche des Betrags festgelegt, der nach § 30 KiG innert einer Übergangsfrist von 4 Jahren von der Evangelisch-reformierten Landeskirche auf die Römisch-katholische Körperschaft umzuverteilen ist. Erstmals wurden von der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft auch die Tätigkeitsprogramme erstellt, auf deren Basis der Kantonsrat für die Beitragsperiode 2014–2019 einen Rahmenkredit von 300 Mio. Franken an die kirchlichen Tätigkeiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sprach.

Bei den kirchlichen Liegenschaften wurden diverse Sanierungsarbeiten durchgeführt; Kirche Kappele am Albis (Aussensanierung des Kirchturms), Kirche Kloster Rheinau (Innensanierung von 2012–2015), Kirche Embrach (Innen- und Aussensanierung im Zusammenhang mit der Abtretung), Kirche Grüningen (Aussensanierung im Zusammenhang mit der Abtretung).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Begleitung Erstellung Tätigkeitsprogramme und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. Kirchengesetz
A2	Unterhalt der drei nach § 26 Kirchengesetz im Kantonseigentum verbleibenden kirchlichen Liegenschaften

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-51,1	-54,8	-54,7	0,1
Kreditübertragungen aus 2011		-2,7		
Saldo	-51,1	-54,8	-54,7	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,6	-2,5	-0,7	1,8
Kreditübertragungen aus 2011		-0,6		
Saldo	-0,6	-2,5	-0,7	1,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

Der Aufwand liegt um knapp 0,1 Mio. Franken oder 0,14% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,5 Tiefere Abschreibungen aus Investitionen in die Deckensanierung der Klosterkirche Rheinau
- +0,4 Keine Abschreibungen für Sanierungsarbeiten am Grossmünster (Verschiebung des Vorhabens auf 2013)
- 0,7 Abschreibungen für Investitionen in verschiedene kirchliche Liegenschaften (Kappel, Embrach, Grüningen, Rheinau)

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen liegen um Fr. 1,8 Mio. unter Budget (einschliesslich Kreditübertragungen).

Wichtigste Ursachen:

- +1,5 Kosten der Deckensanierung Klosterkirche Rheinau durch Immobilienamt bezahlt
- +0,3 Verschiebung der Sanierungsarbeiten am Grossmünster

2291 Investitionsfonds

Hauptereignisse

Mit Einführung des neuen Finanzausgleichsgesetzes auf den 1. Januar des Berichtsjahres werden keine neuen Investitionsbeiträge mehr gesprochen. Die Investitionsbeiträge betreffen somit ausschliesslich Gesuche, die bis 31. 12. 2011 bewilligt wurden. Es wurden Investitionsbeiträge aufgrund früher zugesicherter Beiträge im Umfang von 1,3 Mio. Franken geleistet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich, Nr. 2215.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1	Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator L1	P		0	
Leistungen					
L1	Bearbeitung der Gesuche	P		0	
Abweichungsbegründungen					
W1	Für das Rechnungsjahr 2012 sind keine Gesuche eingegangen bzw. Zusicherungen erfolgt. In der Berichtsperiode wurden Zahlungen im Umfang von 1,3 Mio. Franken geleistet.				
L1	In der Berichtsperiode wurden keine Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Die Gesuche werden (entsprechend den Investitionsfortschritten in den Gemeinden) ausbezahlt.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	10,0	22,4	23,7	1,2
Übertrag aus Erfolgsrechnung	8,8	20,9	22,5	1,6
Aufwand	-10,3	-9,3	-9,0	0,3
Abschreibungen	-8,7	-7,8	-7,7	0,1
Saldo	-0,3	13,1	14,6	1,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,9	-1,6	-1,3	0,3
Saldo	-0,9	-1,6	-1,3	0,3
Fondsbestand				
Fondsbestand	38,8	51,9	53,4	1,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1,2 Mio. Franken oder 5,5% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,6 Für die Fondssanierung wurden aus dem Kantonalen Finanzausgleich 22,5 Mio. Franken übertragen.
- 0,4 Die Zinsen richteten sich nach der Fondshöhe.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,3 Mio. Franken oder 3,0% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,2 Die Zinsen richteten sich nach den bilanzierten Investitionen. Das Verwaltungsvermögen erreichte durch geringere Auszahlungen in der Vergangenheit einen tiefer als erwarteten Bestand, was in der Folge zu einer geringeren Verzinsung führte.
- +0,1 Die Abschreibungen richteten sich nach den bilanzierten Investitionen. Sie fielen etwas tiefer als angenommen aus, da die Auszahlungen an die Gemeinden später als geplant erfolgten.

Saldo:

Der Aufwand liegt leicht unter dem Budgetwert, da die Auszahlungen von einzelnen Beiträgen nicht im erwarteten Umfang stattfanden. Das verbesserte Jahresergebnis resultiert aus einer höheren Einlage in den Fonds.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

Die Ausgaben liegen um 0,3 Mio. Franken oder 16,8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +0,3 Die Investitionsbeiträge richteten sich nach den Projektfortschritten in den Gemeinden.

2292 Ausgleichsfonds

Hauptereignisse

Der Ausgleichsfonds wurde im Zusammenhang mit der Reform des Finanzausgleichsgesetzes im Berichtsjahr aufgehoben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1	Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)				P
W2	Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)				P
Leistungen					
L1	Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70% und 90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)				P
L2	Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)				P
L3	Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)				P
L4	Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)				P

In der Berichtsperiode erfolgten keine wirkungs- und leistungsrelevanten Prozesse (Erklärungen vgl. Kommentar zur Rechnung).

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	344,3	87,1	87,3	0,2
Beiträge finanzstarker Gemeinden / Steuerkraftausgleich	342,0			
Entnahme aus Bestandeskonto		87,1	87,3	0,2
Aufwand	-344,3	-87,1	-87,3	-0,2
Beiträge an finanzschwache Gemeinden / Steuerkraftausgleich	-301,8			
Einlagen in Bestandeskonto	-12,5			
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	87,3		0,0	0,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0,2 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0,2 Höhere Bestandesauflösung des Fonds

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0,2 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

-0,2 Höherer Übertrag in den Kantonalen Finanzausgleich

Saldo:

Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) (LS-Nr. 132.1) trat auf den 1. Januar in Kraft. § 40 FAG bestimmt: Die Mittel des Ausgleichsfonds nach § 9 des Finanzausgleichsgesetzes vom 11. September 1966 werden zur Finanzierung des Übergangsausgleichs eingesetzt. Der Fondsbestand wurde in die Leistungsgruppe Nr. 2216 übertragen.





Sicherheitsdirektion

Zu den Aufgaben der Sicherheitsdirektion zählen:

- Öffentliche Sicherheit
- Soziale Sicherheit
- Verkehrssicherheit
- Bewältigung von ausserordentlichen Lagen
- Ausländerrecht
- Ausserschulischer Sport
- Vollzug von Bundesrecht und kantonalem Recht

Mit der Erfüllung dieser Aufgaben trägt die Sicherheitsdirektion wesentlich dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Besondere Gesetzgebungsvorhaben

- In der Abstimmung vom 17. Juni fand das neue Verkehrsabgabengesetz die Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Ziel des Gesetzes ist eine verursachergerechtere Abgabe mit Anreizen zu ökologischem Verhalten. Die Umsetzung bedingt eine Revision der zugehörigen Verordnung und Anpassungen der für die Rechnungstellung betriebenen Informatik. Beides wird so vorangetrieben, dass das Gesetz auf den 1. Januar 2014 in Kraft treten kann.
- Am 3. September hat der Kantonsrat eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen beschlossen. Sie setzt die vom Bund vorgegebene Ausdehnung der Familienzulagen auf Selbstständigerwerbende um und tritt auf den 1. Januar 2013 in Kraft.
- Am 5. November hat der Kantonsrat eine Änderung des Polizeigesetzes beschlossen. Die Gesetzesänderung ergänzt die bestehenden Rechtsgrundlagen für das polizeiliche Vorgehen zur Verhinderung und Erkennung von Straftaten und verbessert damit die polizeilichen Handlungsmöglichkeiten, insbesondere für die Kriminalprävention. Nachdem die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen ist, wird die Änderung auf den 1. März 2013 in Kraft treten.
- Ebenfalls am 5. November stimmte der Kantonsrat der Änderung des Gesetzes über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zu. Das verschärfte Konkordat schafft eine bessere Grundlage für die sichere und gewaltfreie Durchführung von Spielen der oberen Ligen in Fussball und Eishockey. Nachdem das Referendum ergriffen wurde, findet am 9. Juni 2013 eine Volksabstimmung statt.

Bedeutsame Entwicklungsschritte innerhalb der Direktion

Genügende Ressourcen und eine zeitgemässe Organisation sind und bleiben unerlässliche Voraussetzungen, damit die Sicherheitsdirektion ihre vielfältigen Leistungen erbringen kann. Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang folgende Entwicklungsschritte:

- In der Kantonspolizei wurde die Rekrutierung der vom Regierungsrat 2011 bewilligten Anstellung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten für den Einsatz am Flughafen weitergeführt. Die Anstellung der bewilligten 100 Personen wird 2013 abgeschlossen. Mit intensiven Rekrutierungsanstrengungen wurde es möglich, den Korpsbestand weiter an den Sollbestand anzunähern. Entsprechend einer Forderung des Kantonsrates und der Zielsetzung des Regierungsrates soll der Sollbestand in dieser Legislaturperiode erreicht werden.
- Im Migrationsamt konnte das Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» abgeschlossen werden. Mit den darin enthaltenen Teilprojekten werden die Voraussetzungen geschaffen, dass das Amt die zunehmende Geschäftslast noch rascher und effizienter bewältigen kann.
- Am 2. Mai entschied der Regierungsrat, dass die bisherige Fachstelle Sport in ein Amt umgewandelt wird. Damit hat er die Bedeutung des Politikbereichs Sport anerkannt und die Voraussetzung geschaffen, damit der Kanton Zürich im Sportbereich besser positioniert auftreten und seine im sportpolitischen Konzept festgelegten Ziele erreichen kann. Das kantonale Sportamt nimmt seine Tätigkeit am 1. Januar 2013 auf.

Erfolgreiche Beispiele direktionsinterner und direktionsübergreifender Zusammenarbeit

Immer zahlreicher sind die Aufgaben und neuen Herausforderungen, die nicht von einem einzelnen Amt allein bewältigt werden können. Besonders hinzuweisen ist auf folgende Beispiele erfolgreicher direktionsinterner oder direktionsübergreifender Zusammenarbeit:

- Eine Schwerpunktbildung von Kantonspolizei, Migrationsamt und Sozialamt gegen kriminelle Personen aus dem Asylbereich zeigte Wirkung und führte in der zweiten Jahreshälfte zu einem Rückgang der Straftaten um 6%. Zu den ergriffenen Massnahmen zählten hoher Fahndungs- und Kontrolldruck der Polizei, vermehrte Rayonverbote (Ein- und Ausgrenzungen) sowie ein forcierter Wegweisungsvollzug des Migrationsamtes.
- Zu den vom Regierungsrat für 2012–2015 festgelegten Schwerpunkten in der Strafverfolgung zählt die Bekämpfung der Internetkriminalität. Im Hinblick darauf soll ein behördenübergreifendes Kompetenzzentrum Cybercrime geschaffen werden. Am 20. Juni hat der Regierungsrat der Direktion der Justiz und des Innern und der Sicherheitsdirektion die Anstellung des nötigen Personals für die Verwirklichung einer ersten Umsetzungsphase bewilligt und die Stadt Zürich zur Mitarbeit am Projekt eingeladen.
- Beruhend auf dem Bildungspolitischen Gesamtkonzept der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) erfolgt die polizeiliche Grundausbildung heute in regionalen Polizeischulen. Am 2. April konnte die Zürcher Polizeischule (ZHPS) als derartige regionale Polizeischule planmässig ihren Betrieb aufnehmen. Sie ist durch die Zusammenführung der beiden Polizeischulen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich entstanden und wird von den beiden Korps gemeinsam betrieben.

Legislaturziele

Die Sicherheitsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 1, 6, 10 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert (LZ RR 1; gemeinsam mit JI).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 1a, 1c und 1d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit FD, BI und BD).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 16e und 16f des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt (LZ RR 10; gemeinsam mit BD).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 10d des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Optimierung der Verkehrssicherheit
Massnahme	4.1 Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen ab 2014
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Bestimmungen zu «Via Sicura» werden ab 1. Januar 2013 bis 2015 paketweise in Kraft gesetzt. Die Gesetzesänderungen werden höhere Ressourcen des Strassenverkehrsamts erfordern (grösserer Abklärungs- und Kontrollaufwand sowie mehr Geschäftsfälle).
Legislaturziel	5 Aufbau eines kundenorientierten Dienstleistungszentrums zum Vollzug des Ausländerrechts des Bundes
Massnahme	5.1 Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» wurde mit der Einführung zahlreicher Verbesserungen abgeschlossen.
Massnahme	5.2 Aktive Beteiligung an den Fachkonferenzen der Kantone sowie in den Fachgremien und Arbeitsgruppen des Bundes
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Chef Migrationsamt vertritt den Kanton Zürich als Vorstandsmitglied in der VKM (Vereinigung kantonaler Migrationsämter). Mehrere Mitarbeitende sind in gemeinsamen Projekt- oder Arbeitsgruppen tätig.

Legislaturziel	6 Optimierung von Ausrüstung und Ausbildung des Zivilschutzes
Massnahme	6.1 Neues Übungsdorf im Ausbildungszentrum Andelfingen (Ersatz der bestehenden Anlage)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Baulose 2–4 wurden im Berichtsjahr gestartet.
Massnahme	6.2 Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Studiengruppen (bestehend aus Vertretern des Bundes und der Kantone) sollen 2013 ihre Arbeit aufnehmen.
Massnahme	6.3 Beschaffung neues Zivilschutz-Einsatz-Material
Stand	Planmässig
Kommentar	Erste Tranchen wurden beschafft.
Legislaturziel	7 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit JI und BI).
	7.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6a und 6d des Regierungsrates
Massnahme	7.2 Umsetzung der Revision des Sozialhilfegesetzes (Vorlage 4610)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes trat am 1. Januar in Kraft. Vorläufig Aufgenommene wurden mit einer Übergangsfrist bis 30. April den ordentlichen Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes unterstellt. Mit der Unterstellung der vorläufig Aufgenommenen unter das Sozialhilfegesetz können Auflagen verfügt und bei fehlendem Engagement zur beruflichen Integration Sanktionen angeordnet werden.
Legislaturziel	8 Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig bewegen.
Massnahme	8.1 Regelmässige Sport- und Bewegungsangebote im schulischen Umfeld fördern (freiwilliger Schulsport) und Anzahl Angebote J+S Kids steigern
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Hinblick auf die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung auf den 1. Oktober wurde der J+S Kindersport (vormals J+S Kids) neu positioniert. Das Konzept «Sport im schulischen Umfeld» ist erarbeitet. Mit der Umsetzung der Massnahmen wird unter Einbezug der Partner, insbesondere der Bildungsdirektion, begonnen.
Massnahme	8.2 Aus- und Weiterbildungsangebot im Erwachsenensport ergänzend zu den bestehenden Verbandsangeboten aufbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Partnerschaftsvereinbarung mit dem Bundesamt für Sport (BASPO) als Grundlage für die Organisation von Aus- und Weiterbildungskursen im Erwachsenensport ist vorhanden.

Legislaturziel	9 Wirtschaftliche und zeitgerechte Ausstellung des biometrischen Schweizer Passes
Massnahme	9.1 Nachfragebedingte Prüfung/Einrichtung einer Zweigstelle für das Passbüro
Stand	Planmässig
Kommentar	Ab 2013–2016 ist mit einer Erhöhung der Zahl der Ausweisgeschäfte zu rechnen (Ablauf der Gültigkeitsdauer). Nach gegenwärtigem Stand lässt sich diese Nachfragesteigerung ohne zusätzliche Zweigstelle mit entsprechenden Anpassungen am Standort in Zürich bewältigen. Abzuwarten bleibt die weitere Entwicklung auf Bundesebene im Ausweiswesen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 000,0	986,4	1 030,6	44,2
Aufwand	-1 929,3	-1 947,8	-1 979,5	-31,7
Saldo	-929,3	-961,4	-948,9	12,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,6	1,1	6,0	4,9
Ausgaben	-39,8	-62,7	-46,4	16,4
Kreditübertragungen aus 2011		-2,8		
Saldo	-37,1	-61,6	-40,3	21,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 205,0	4 325,2	4 189,7	-135,5

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt im Vergleich zum Budget 2012 um 44,2 Mio. Franken oder 4,5%.

Wichtigste Ursachen:

- +36,4 Mehrertrag beim Sozialamt aus Rückerstattungen an die wirtschaftliche Hilfe (+34,9 Mio. Franken) und höhere Rückerstattungen für Asylaufgaben (+5,8 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch tiefere Rückerstattungen für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-2,5 Mio. Franken)
- +5,8 Mehrertrag beim Strassenverkehrsamt aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands
- +4,6 Mehrertrag beim Amt für Militär und Zivilschutz v.a. aus Zivilschutzmaterialverkäufen an andere Kantone (2,7 Mio. Franken, saldoneutral), Zivilschutzkursen im Ausbildungszentrum Andelfingen (1,2 Mio. Franken) und Waffenplatz-Finanzvertrag mit dem Bund (0,7 Mio. Franken)

Der Aufwand steigt im Vergleich zum Budget 2012 um 31,7 Mio. Franken oder 1,6%.

Wichtigste Ursachen:

- 28,1 Mehraufwand beim Sozialamt für wirtschaftliche Hilfe (-22,1 Mio. Franken), Beiträge an soziale Einrichtungen (-5,1 Mio. Franken), Beiträge an Zusatzleistungen zur AHV/IV (-1,5 Mio. Franken) und Familienzulagen (-0,8 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch tiefere Ausgaben im Asylbereich
- 5,0 Mehraufwand beim Strassenverkehrsamt infolge höherer Einlage in den Strassenfonds (höherer Fahrzeugbestand), teilweise kompensiert durch tieferen Personal- und Sachaufwand
- 2,5 Saldoneutraler Mehraufwand beim Amt für Militär und Zivilschutz für Zivilschutzmaterialeinkäufe für andere Kantone
- +1,9 Minderaufwand beim Sportfonds v.a. infolge weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen
- +1,6 Minderaufwand beim Migrationsamt infolge geringerer Strafvollzugskosten und tieferem Personalaufwand

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen steigen im Vergleich zum Budget 2012 um 4,9 Mio. Franken bzw. 445,5%.

Wichtigste Ursache:

- +4,9 Mehreinnahmen beim Amt für Militär und Zivilschutz im Zusammenhang mit dem Neu-/Umbau des Übungsdorfs Andelfingen (Akontozahlungen der GVZ)

Die Investitionsausgaben fallen im Vergleich zum Budget 2012 um 16,4 Mio. Franken bzw. 26,2% besser aus.

Wichtigste Ursachen:

- +6,4 Weniger Investitionsbeiträge beim Sozialamt aufgrund verzögerter Baufortschritte bei Invalideneinrichtungen und Minderausgaben für Bauvorhaben im Asylbereich
- +3,9 Minderausgaben beim Amt für Militär und Zivilschutz infolge Projektverzögerungen v. a. beim Neu-/Umbau des Übungsdorfs Andelfingen
- +2,7 Minderausgaben bei der Kantonspolizei infolge Projektverzögerungen und Projektverschiebungen
- +2,5 Minderausgaben beim Strassenverkehrsamt infolge Projektverzögerungen und Projektverschiebungen v. a. im Zusammenhang mit der neuen Prüfstelle in Bülach

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2012 um 135,5 Stellen bzw. 3,1% tiefer aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

- 130,8 Bei der Kantonspolizei konnte die geplante Erhöhung des Beschäftigungsumfangs nicht im vorgesehenen Umfang erreicht werden.
- 4,7 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen (v. a. beim Strassenverkehrsamt infolge verzögerter Inbetriebnahme der neuen Prüfstelle Bülach)

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum Andelfingen	-0,4*	-8,8*	-1,9*	-6,9*
Übrige Investitionen	-46,0			
Investition	-46,4			

* ohne GVZ-Anteil

Leistungsgruppen

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, in die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, der Fachstelle Sport, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und dem Eichamt zusammensetzen, sowie in die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Im Vordergrund stand dabei die Gesetzgebung im Polizei- und Sozialwesen. Das Generalsekretariat vertrat zudem die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Am 1. März hat der kantonale Beauftragte für Nachwuchsförderung seine Arbeit bei der Fachstelle Sport aufgenommen. Damit ist die Fachstelle Sport die Anlauf- und Koordinationsstelle für die Anliegen der Nachwuchsförderung. Gestützt auf das Konzept Nachwuchsförderung Sport Kanton Zürich wurden erstmals nationale und regionale Leistungszentren mit Beiträgen aus dem Sportfonds gefördert. Am 1. Oktober trat das neue nationale Sportförderungsgesetz in Kraft. Es brachte insbesondere im Bereich Jugend+Sport einige Änderungen mit sich. Unter anderem wurde das bisherige Beitragssystem vereinfacht. Beim zweiten «Forum Sportkanton Zürich» vom 4. Dezember für Städte und Gemeinden, Sportverbände und -vereine sowie lokale Sportnetze stand der Nutzen von kommunalen Netzwerken für Gesellschaft und Sport im Zentrum. Am 2. Mai hat der Regierungsrat beschlossen, die Fachstelle Sport auf den 1. Januar 2013 in ein Sportamt umzuwandeln. Damit will er der hohen Bedeutung des Sports in der Gesellschaft Rechnung tragen und die Stellung des Kantons in der Sportpolitik und in der Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen stärken.

Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländer- und Asylrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Nach ihrem schrittweisen Aufbau konnte die Rekursabteilung in diesem Geschäftsjahr erstmals mit vollem Bestand arbeiten.

Am 5. Oktober hat die Sicherheitsdirektion auf den 1. Januar 2013 eine Organisationsverordnung erlassen, die in der kantonalen Gesetzessammlung (LS 172.110.2) publiziert ist. Sie regelt die Grundsätze der Organisation und der Geschäftsordnung der Direktion und ersetzt die bisherige interne Dienst-anweisung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
A2	Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
A3	Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
A4	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
A5	Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
A6	Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports
A7	Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug					
W2	Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)					
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %; A1-3)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB (A1-3)	P	117	150	101	-49
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien (A4)	P	925	1 200	915	-285
L3	Anzahl Beglaubigungen (A4)	P	30 883	29 000	33 440	4 440
L4	Anzahl Ausweisgeschäfte (A5)	P	216 952	230 000	223 584	-6 416
L5	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung; A6)	P	2 520	2 300	2 874	574
L6	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse (A6)	P	7 897	7 200	7 841	641
L7	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel (A4)	P	15 218	15 000	15 338	338
L8	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose (A4)	min.	1 767	1 800	1 877	77
L9	Anzahl erledigte Rekurse (A7)	P	688	900	839	-61
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion (Beschäftigungsumfang; in %)	P	0,5	0,5	0,5	0
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)	P	0,3	0,3	0,4	0,1
Abweichungsbegründungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu hoch)					
L2	Es wurden nachfragebedingt weniger Reisendengewerbewilligungen im Bereich Telekommunikation ausgestellt (Budgetwert zu hoch).					
L3	Aufgrund zunehmender internationaler Beziehungen mehr Beglaubigungen als erwartet					
L4	Rückgang bei den Identitätskarten (-12 833), den provisorischen Pässen (-2973) und den biometrischen Pässen (-742) konnte nur teilweise kompensiert werden mit Kombigeschäften (biometrische Pässe und Identitätskarten; +10 149)					
L5	Grössere Nachfrage nach zusätzlichen Jugend + Sport-Kaderbildungskursen (v.a. zusätzliche Coach- und Kindersport-Kurse)					
L6	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu tief)					
L9	Zu hohe Schätzung der erledigten Rekurse bei der Aufgabenübertragung von der Staatskanzlei zur Sicherheitsdirektion					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR bis
E1	<p>Optimierung Führungsunterstützung sowie Umsetzung der neuen Zuständigkeiten für das Feuerwehrewesen und die Statthalterämter</p> <p>Planmässig</p> <p>Seit 1. August 2011 ist die Sicherheitsdirektion für den Bereich Feuerwehrewesen, Feuerpolizei und Gebäudeversicherung zuständig. Die Statthalterämter sind seit 1. Januar des Berichtsjahres bei der Direktion der Justiz und des Innern administrativ angegliedert.</p>	- 2012
E2	<p>Nachfragebedingte Prüfung / Einrichtung einer Zweigstelle für das Passbüro</p> <p>Planmässig</p> <p>Ab 2013–2016 ist mit einer Erhöhung der Zahl der Ausweisgeschäfte zu rechnen (Ablauf der Gültigkeitsdauer). Nach gegenwärtigem Stand lässt sich diese Nachfragesteigerung ohne zusätzliche Zweigstelle mit entsprechenden Anpassungen am Standort in Zürich bewältigen. Abzuwarten bleibt die weitere Entwicklung auf Bundesebene im Ausweiswesen.</p>	- 2013
E3	<p>Das Integrationspotenzial des Sports nutzen, dabei Angebote im ungebundenen Sport fördern und die Sportvereine in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen</p> <p>Planmässig</p> <p>Der Ist-Zustand ist analysiert und eine Strategie einschliesslich eines Massnahmenkatalogs mit primären und sekundären Umsetzungspaketen definiert sowie eine Grobplanung für die Legislatur zur Umsetzung der Massnahmen entworfen.</p>	6d 2015
E4	<p>Regelmässige Sport- und Bewegungsangebote im schulischen Umfeld fördern (freiwilliger Schulsport) und Anzahl Angebote J+S Kids steigern</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Hinblick auf die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung auf den 1. Oktober wurde der J+S Kindersport (vormals J+S Kids) neu positioniert. Das Konzept «Sport im schulischen Umfeld» ist erarbeitet. Mit der Umsetzung der Massnahmen wird unter Einbezug der Partner, insbesondere der Bildungsdirektion, begonnen.</p>	- 2015
E5	<p>Aus- und Weiterbildungsangebot im Erwachsenensport ergänzend zu den bestehenden Verbandsangeboten aufbauen</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Partnerschaftvereinbarung mit dem Bundesamt für Sport (BASPO) als Grundlage für die Organisation von Aus- und Weiterbildungskursen im Erwachsenensport ist vorhanden.</p>	- 2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	9,4	10,7	10,3	-0,5
Aufwand	-15,7	-18,5	-17,4	1,1
Saldo	-6,3	-7,7	-7,1	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,6	-1,9	-1,0	0,9
Saldo	-0,6	-1,9	-1,0	0,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	78,1	87,4	84,3	-3,1

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

+0,6 Geringerer Personal- und Sachaufwand u. a. im Passbüro

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

+0,9 Verzicht auf die Passbüro-Kapazitätserweiterung aufgrund der Entwicklung der Ausweis-
geschäfte**Personal**

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

-3,1 Verzögerte Besetzung von vakanten Stellen u. a. im Passbüro

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	20 000.00	17 798.20	20 000.00	22 201.80	+2 201.80

Das exogene Ertragswachstum im Passbüro ist geringer als geplant. Dank Mehrleistungen des Personals und zurückhaltender Besetzungen von Vakanzen fiel der Personalaufwand geringer aus.

3100 Kantonspolizei

Hauptereignisse

Mit den Änderungen im kantonalen Polizeigesetz sind Gesetzeslücken bezüglich Verhinderung und Erkennung von Straftaten, insbesondere im Internet, geschlossen worden. Regierungs- und Kantonsrat stärken so das polizeiliche Handeln und damit die Sicherheit der Bevölkerung. Mit weiteren Änderungen wurde insbesondere Anliegen des Datenschutzes Rechnung getragen.

Im Rahmen eines Vorhabens, in das alle Zürcher Polizeikorps einbezogen sind, wird die Frontrapportierung gezielt vereinfacht und korpsübergreifend standardisiert. Im Rahmen von Feldtests und in einem Pilotversuch wurde der Einsatz von mobilen Geräten zur Erfassung der Frontrapporte getestet. Die gestaffelte Einführung der Frontrapportierung ist für 2013 vorgesehen.

Die Bewältigung der Auswirkungen eines länger andauernden Stromunterbruchs wurde im Rahmen von Stabs- und Stabsrahmenübungen durch polizeiliche Einsatzstäbe unter Einbezug der Partnerorganisationen aus der Kantonalen Führungsorganisation (KFO) geübt. Die Erkenntnisse sind im Rahmen einer gemeinsamen Übung mit dem Gesamtregierungsrat aufgearbeitet worden.

Die Zürcher Polizeischule (ZHPS) konnte ihren Betrieb mit dem ersten gemeinsamen Ausbildungslehrgang planmässig am 2. April aufnehmen. Die Zusammenführung der beiden Polizeischulen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich hat sich bewährt.

In der Vernehmlassung zu den rechtlichen Grundlagen zur Überführung des Forensischen Instituts Zürich in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt sind verschiedene Vorbehalte eingebracht worden, sodass weitere vertiefte Abklärungen vor einer endgültigen Entscheidung bezüglich Rechtsform notwendig sind. Der Grundsatz zur Zusammenführung von kriminaltechnischer Abteilung der Kantonspolizei und wissenschaftlichem Dienst der Stadtpolizei Zürich im Rahmen einer gemeinsamen Organisation ist aber nicht bestritten und hat sich in der Praxis sehr bewährt.

Nach der positiven Volksabstimmung zum Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) und der Bewilligung des Objektkredits im Kantonsrat konnte die Projektorganisation reaktiviert werden. Die Planungsarbeiten zur Aktualisierung der Projektgrundlagen konnten planmässig gestartet werden.

Damit Polizistinnen und Polizisten verstärkt für die eigentlichen Polizeiaufgaben eingesetzt werden können, hat der Regierungsrat 2011 die gestaffelte Anstellung von 100 Sicherheitsassistentinnen und -assistenten für die Grenzkontrollen am Flughafen Zürich bewilligt. 2011 konnten bereits 30 Personen rekrutiert und ausgebildet werden. Die Anstellung der restlichen 70 erfolgte im Berichtsjahr, sodass im ersten Quartal 2013 die bewilligten 100 Personen operativ sein werden.

Die politische Entwicklung in den Maghrebstaaten hat zu einer verstärkten Migration aus diesen Staaten geführt. Dies ist mit einem starken Anstieg der Kriminalität (Vermögensdelikte) verbunden. Mit gezielten Massnahmen im Rahmen der Aktion SAHARA hat die Kantonspolizei im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten reagiert. Mit verstärkten Kontrollen und vermehrten Verhaftungen konnte dem Phänomen wirkungsvoll begegnet werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Durchsetzen der Rechtsordnung
A2	Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
A3	Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
A4	Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
A5	Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
A6	Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG; in %)	P	-10	0		
W2	Positive Zufriedenheit Bürger/innen mit Kontakt, Befragung (in %)	min.	87	85	96	11
W3	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen (in Min.; A1)	max.	20	20	18	-2
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %; A1)	max.	15	15	12	-3
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG; in %; A4)	min.	39	40	37	-3
W6	Aufklärungsquote (Verbrechen gg. Leib u. Leben; in %; A4)	min.	79	81	80	-1
Leistungen						
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z. B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktcontr.; A1)	P	127	70	157	87
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen; A2)	P	7 711	7 600	7 775	175
L3	Anzahl Notrufe (A5)	P	171 978	190 000	184 187	-5 813
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen (A1)	P	80 682	78 000	89 601	11 601
L5	Anzahl Interventionen pro Korpsangehörige/r (A1)	P	54	46	58	12
L6	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur; A3)	P	8 213	8 600	8 409	-191
L7	Anzahl Ordnungsdienststunden (A3)	P	28 186	35 000	32 594	-2 406
L8	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen (A1)	P	2 511	2 500	2 197	-303
L9	Anzahl erfasste Straftaten StGB/BetmG (A4)	P	127 589	130 000	138 365	8 365
L10	Anzahl erfasste Straftatverdächtige StGB/BetmG (A4)	P	23 229	25 500	25 401	-99
L11	Anzahl Ordnungsbussen (A1)	P	62 218	80 000	52 582	-27 418
L12	Anzahl Arrestanteneingänge (A4)	P	11 312	11 500	13 173	1 673
L13	Anzahl Arrestantentransporte (A4)	P	40 129	41 000	44 888	3 888
L14	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei (A2)	P	219 671	226 000	233 043	7 043
L15	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere (in Mio.; A3)	P	12,1	11,0	12,4	1,4
L16	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck (A3)	P	48 460	68 000	54 372	-13 628
L17	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg (A1)	P	6 232	6 000	7 623	1 623

Wirtschaftlichkeit

B1	Budgetüberschreitung (VJ Unterschreitung) Erfolgsrechnung (in %)	P	+0,9	0	-0,2	-0,2
----	--	---	------	---	------	------

Abweichungsbegründungen

W1	Die Werte der relativen Entwicklung der Anzahl Verstösse der Vergleichskantone waren zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts im Berichtsjahr noch nicht bekannt.
W2	Bezüglich positiver Zufriedenheit der Bürger/innen mit Kapo-Kontakt wurden Opfer von Einbruchdiebstählen befragt.
W4	Verbesserung des Anteils Interventionszeit über 30 Min. aufgrund Optimierungen der Einsatzzentralenprozesse und Verstärkung der Patrouillentätigkeiten
W5	Leichter Rückgang der Aufklärungsquote aller Delikte gegenüber dem Vorjahr u. a. bei den Vermögensdelikten
L1	Intensivierung der Spezialkontrolltätigkeiten (gezielte Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit)
L3	Die Anzahl Notrufe ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,1% angestiegen, jedoch tiefer als geplant, da weniger Mehrfachanrufe via Mobiltelefone erfolgten.
L4	Bevölkerungswachstum und Entwicklung zur «24-Stunden-Gesellschaft» bewirken eine Zunahme der Anzahl Interventionen gegenüber Budget sowie im Vergleich zum Vorjahr um rund 11%.
L5	Aufgrund der angestiegenen Anzahl Interventionen und des Unterbestandes im Korps ist eine weitere Zunahme bei der Anzahl Interventionen pro Korpsangehörige/r zu verzeichnen.
L8	Aufgrund technischer Erneuerung der Geschwindigkeitsmessgeräte standen vorübergehend weniger Geräte für Geschwindigkeitskontrollen zur Verfügung.
L9	Die weitere Zunahme bei den erfassten Straftaten StGB/BetmG ist u. a. auf mehr Vermögensdelikte (v. a. Diebstähle) zurückzuführen.
L11	Der sinkende Trend der Vorjahre bei den Ordnungsbussen bestätigt sich. Die intensivere Tätigkeit der Kommunalpolizeien im Bereich Ordnungsbussen zeigt ihre Wirkung.
L12	Die Intensivierung der Kontroll- und Fahndungstätigkeiten führten zu mehr Arrestanteneingängen.
L13	Mehr Arrestanten bedingen mehr Arrestantentransporte.
L15	Die Zahl der sicherheitskontrollierten Passagiere im Flughafen Zürich weist weiterhin steigende Tendenz auf.
L16	Rückgang der sichergestellten gefährlichen Gegenstände im registrierten Gepäck aufgrund Anpassung des Zählverfahrens (u. a. werden Feuerwerke nicht mehr einzeln, sondern paketweise gezählt)
L17	Zunahme der Ausschaffungen auf dem Luftweg um 22,3% im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Leistungsindikator kann von der Kantonspolizei nur geringfügig beeinflusst werden. Für die Ausschaffungsverfügungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig.

Entwicklungsschwerpunkte		Massnahme	bis
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	LZ RR	
E1	Einführung strategische Kriminalanalyse Planmässig Die Umsetzung der strategischen Kriminalanalyse erfolgt in Abstimmung mit dem Aufbau des Lagezentrums.	-	2012
E2	Schaffung einer Organisationseinheit «Polizeiwissenschaften» (Projekt Nr. 3100.004) Verzögert Die Zusammenführung der kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei Zürich mit dem wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich im Forensischen Institut Zürich hat sich sehr bewährt. Die Festlegung der endgültigen Rechtsform für das Forensische Institut ist in Abklärung.	-	2012
E3	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen Planmässig Die Oberstaatsanwaltschaft und die Kantonspolizei haben zur effizienten Bearbeitung der sogenannten Para-Wirtschaftskriminalität ein Konzept erarbeitet. Der Pilotversuch wurde verlängert. Der Schwerpunkt Vermögensabschöpfung konnte umgesetzt werden und ist gemeinsam als Projekt abgeschlossen.	1c mit JI	2013
E4	Schaffung einer regionalen «Polizeischule Zürich» (Projekt Nr. 3100.003) Abgeschlossen Die Zürcher Polizeischule (ZHPS) hat im April planmässig Ihren Betrieb aufgenommen.	-	2014
E5	Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Cybercrime) unter Einbezug von kantonalen und nationalen Partnerorganisationen Planmässig Auf der Grundlage des erarbeiteten Konzepts hat der Regierungsrat die Umsetzungsarbeiten zum Aufbau des Kompetenzzentrums bewilligt. Diese sind in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres unter Einbezug der Staatsanwaltschaft und der Stadtpolizei Zürich gestartet worden.	1d Projekt Nr. 3100.006	2015
E6	Organisatorische und strukturelle Voraussetzungen schaffen, um die Anforderungen aus der Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds abzudecken (24-Stunden-Gesellschaft, Zunahme der Wohnbevölkerung) Planmässig Strukturen und Abläufe wurden den steigenden Anforderungen angepasst. Mit einer Verstärkung der Nacht- und Wochenendschichten wird der 24-Stunden-Gesellschaft gezielt Rechnung getragen.	1a	2015
E7	Aufgabenbezogene Organisation der Kantonspolizei, damit Polizistinnen und Polizisten für die eigentlichen Polizeiaufgaben eingesetzt werden können. Planmässig Für die Grenzkontrollen am Flughafen wurde 2011 durch den Regierungsrat die gestaffelte Anstellung von 100 zivilen Sicherheitsassistentinnen und -assistenten bewilligt. Davon konnten 2011 bereits 30 rekrutiert und angestellt werden. Weitere 30 zivile Sicherheitsassistentinnen und -assistenten wurden im Berichtsjahr rekrutiert und ausgebildet. Weitere 40 zivile Sicherheitsassistentinnen und -assistenten werden 2013 operativ.	16e	2015
E8	Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Sollbestandes u. a. mit gezielter Rekrutierung von Aspirantinnen und Aspiranten für den Polizeidienst Planmässig Dank intensiver Personalwerbung konnten im Berichtsjahr wiederum rund 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Polizeikorps wurde noch nicht erreicht. Die Abweichung konnte aber weiter reduziert werden.	16f	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	170,6	171,9	171,4	-0,5
Aufwand	-518,4	-531,3	-531,6	-0,4
Saldo	-347,8	-359,4	-360,2	-0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,2	0,1	0,1	-0,0
Ausgaben	-16,3	-19,3	-16,6	2,7
Kreditübertragungen aus 2011		-0,4		
Saldo	-16,1	-19,2	-16,5	2,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 254,4	3 416,0	3 285,2	-130,8

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2012 / Rechnung 2012:

- 0,4 Minderertrag aus Dienstleistungen
- 0,4 Höherer Rückstellungs- und Abschreibungsaufwand

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- +2,7 Minderausgaben: Projektverzögerungen und Projektverschiebungen
(u.a. Bauvorhaben und Informatikvorhaben)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- 130,8 Der geplante Beschäftigungsumfang konnte nicht erreicht werden
(namentlich: -86 von der Flughafen Zürich AG finanzierte Sicherheitsbeauftragte [saldoneutral], -24 Zivilangestellte und -19 Aspiranten/-innen [Einmaleffekt aufgrund des Starts der Zürcher Polizeischule ZHPS]).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 047 000			2 047 000	

3200 Strassenverkehrsamt

Hauptereignisse

Das Strassenverkehrsamt blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Gemäss seinem Leitbild konnte es seine Kundschaft in gewohnt rascher und kompetenter Weise bedienen. Wesentlich dazu beigetragen haben das relativ stabile Umfeld und eine straffe, kostenbewusste Prozessführung mit gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unentbehrlich ist zudem eine zuverlässige Informatiklösung, die nach aufwendigen Testarbeiten auf einen neuen Betreiber übergeführt worden ist. Das Qualitätszertifikat nach der ISO-Norm 9001:2008 wurde im Rahmen eines ausführlichen Rezertifizierungsaudits durch die SQS für weitere drei Jahre ohne Auflagen erneuert. Bei den wichtigsten Kennzahlen traten kleinere Verschiebungen nach oben und unten ein, sodass insgesamt ein ähnliches Ergebnis erzielt worden ist wie im Vorjahr.

Im Bereich der technischen Verkehrssicherheit konnte das letztjährige Mengenergebnis in den Bereichen Führer- und Fahrzeugprüfungen nicht erreicht werden. Die Anzahl Führerprüfungen nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht ab. Wegen längerfristiger personeller Ausfälle konnten auch die hohen Werte bei den Fahrzeugprüfungen des letzten Jahres nicht beibehalten werden.

Die Fahrzeuglenkerinnen und -lenker unterliegen immer mehr bundesrechtlichen Vorschriften betreffend Aus- und Weiterbildung (Führerausweis auf Probe für Neulenkerinnen und -lenker, Fähigkeitsausweis für Berufschauffeusen und -chauffeure, Verlängerung der Fahrlehrerbewilligung). Im Rahmen der Qualitätssicherung müssen die damit verbundenen obligatorischen Kurse regelmässigen Audits unterzogen werden. Besonders dafür ausgebildete Verkehrsexpertinnen und -experten nehmen, neben ihrer klassischen Prüftätigkeit, diese zeitaufwendigen Überwachungsaufgaben wahr.

Im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit widerspiegelt sich die gute inländische Konjunkturlage in einem starken Anstieg des Fahrzeugbestandes um 2,1% von 899 932 auf 919 137 Einheiten. Entsprechend nahm die Anzahl der Fahrzeugzulassungen und damit einhergehend die Abgabe von Kontrollschildern gegenüber dem Vorjahr weiter zu. Die Erstinverkehrsetzungen erreichten einen Spitzenwert. Im Führerbereich lag die Erteilung von Lernfahrausweisen knapp über dem Vorjahresergebnis. Bei der Ausstellung von Führerausweisen konnte die letztjährige, auf Sonderfaktoren beruhende Menge erwartungsgemäss nicht erreicht werden.

Im Bereich der Administrativmassnahmen gingen gegenüber dem Vorjahr wiederum weniger Polizeirapporte ein. Gleichwohl nahmen die Anzahl Führerausweisenzüge und Verwarnungen zu. Die Aufgebote zur verkehrsmedizinischen Kontrolle und deren Verarbeitung verzeichneten einen leichten Rückgang. Auch wenn das Total der Geschäftsfälle annähernd dem Vorjahreswert entspricht, nahm die Arbeitslast dennoch zu, weil die angedrohten Massnahmen vermehrt angefochten werden, was zu zusätzlichen Abklärungen mit Briefwechsel und Aktenübermittlung führt. Dieser bereits in den letzten Jahren festgestellte Trend wird sich in den kommenden Jahren aufgrund der laufend zunehmenden Regelungsdichte noch verstärken.

Das Berichtsjahr war geprägt von verschiedenen Vorbereitungsmaßnahmen, die erst im laufenden Jahr zur Umsetzung gelangen. Die neue Prüfstelle in Bülach steht vor der Vollendung, sodass ab Frühling 2013 die benötigten zusätzlichen Prüfkapazitäten zur Verfügung stehen. Die erste Phase der Verschärfung des Massnahmenrechts, das der Bund unter dem Stichwort «Via sicura» beschlossen hat, muss gründlich vorbereitet werden. Das Projekt «e-billing», das den elektronischen Zahlungsverkehr fördert, wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2013 für die Kundschaft zur Verfügung stehen.

Als Standortbestimmung wurde durch eine externe Firma im Berichtsjahr eine Mitarbeitendenumfrage durchgeführt. In den Bereichen «Arbeitsumfeld, Tätigkeitsgebiet und Vorgesetzte» wurden sehr gute Ergebnisse erzielt. Dagegen wurden die Entwicklungsmöglichkeiten, das Lohnniveau und die Ferienansprüche nur als genügend bewertet. Die Geschäftsleitung wird deshalb weiterhin gefordert sein, das gut ausgebildete Personal mit geeigneten Massnahmen motivieren und halten zu können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkerninnen und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
A2	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
A3	Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
A4	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
A5	Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3–5 Jahre)	min.	gut	–	–	
Leistungen						
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.; A1)	P	29 287	28 900	29 022	122
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.; A1)	P	32 333	30 100	30 289	189
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.; A2)	P	284 492	310 000	263 081	–46 919
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen, Fahrlehrer/in; A2)	P	315	500	384	–116
L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle; A3)	P	782 165	750 000	783 132	33 132
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung; A3)	P	512 026	500 000	512 982	12 982
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte (A4)	P	52 596	52 000	50 348	–1 652
L8	Administrativrechtliche Anordnungen einschliesslich Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle; A4)	P	101 662	92 000	99 112	7 112
L9	Erstellte Rechnungen (in Mio.; A5)	P	1,698	1,600	1,699	0,099
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge; A5)	P	229 387	256 000	233 644	–22 356
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen; A5)	P	74 158	70 000	77 248	7 248
L12	Chauffeurfahrten	P	1 518	1 700	1 663	–37
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen	P	6 405	6 400	6 334	–66

Wirtschaftlichkeit

B1	Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperte/-in (Strassen- und Wasser-Fz.; A1)	P	506	460	483	23
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte/-in (Strassen- und Wasser-Fz.; A2)	P	2 336	2 300	2 144	-156
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle; A3)	P	7 814	7 400	7 581	181
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung; A3)	P	5 115	5 000	4 966	-34
B5	Administrativrechtliche Anordnungen einschliesslich Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in (A4)	P	2 062	1 900	1 891	-9
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen; A5)	P	8 332	7 000	8 047	1 047

Abweichungsbegründungen

L3	Weniger Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.) durch verzögerte Inbetriebnahme der neuen Prüfstelle Bülach sowie Langzeitabsenzen bei den Verkehrsexperten/-innen
L4	Aufgrund vermehrter zeitaufwendigerer Qualitätskontrollen (Audits) bei den Kursanbietenden im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Fahrzeuglenkenden (Führerausweis auf Probe für Neulenkler/innen, Fähigkeitsausweise für Berufsschauffeusen/-chauffeure, Verlängerung der Fahrlehrerbewilligung) konnte die Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer/innen) nicht im erwarteten Umfang gesteigert werden.
L5	Mehr Zulassungsgeschäfte u. a. bedingt durch den Anstieg des Fahrzeugbestandes um rund 20 000 Fahrzeuge
L6	Mehr beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung) von Kundinnen/Kunden (Telefonanrufe und E-Mails)
L7	Die Menge der eingegangenen/verarbeiteten Polizeirapporte ist u. a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.
L8	Mehr verkehrsmedizinische Geschäftsfälle infolge demografischer Entwicklung (mehr Senioren/-innen, die länger als Fahrzeugführende aktiv sind) sowie mehr Führerausweisentzüge und Verwarnungen
L10	Weniger erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge) infolge optimierter Termine bei den Mahnläufen
L11	Mehr beantwortete Anfragen (Rechnungswesen) von Kunden/-innen aufgrund von Telefonanrufen und E-Mails
B2	Weniger geprüfte Fahrzeuge pro Verkehrsexperte/-in (Strassen- und Wasser-Fz.) aufgrund Langzeitabsenzen bei den Verkehrsexperten/-innen sowie erhöhtem Ausbildungsaufwand im Zusammenhang mit der neuen Prüfstelle in Bülach
B6	Mehr beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Telefonanrufe und E-Mails) von Kunden bei gleichem Personalbestand (vergleiche L11)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
	LZ RR	bis
E1 Erweiterung Prüfkapazität, welche die Einhaltung der periodischen Fahrzeugprüfungen und die Verkehrssicherheit gewährleistet. Verzögert Die neue Prüfstation kann erst im April 2013 eröffnet werden.	–	2012
E2 Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (Verkehrsabgabe) aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen: Anpassung der entsprechenden Verordnung und Bereitstellung der Informatiklösung ab 2012/2013 Planmässig Gegen die am 28. November 2011 vom Kantonsrat verabschiedete Gesetzesvorlage wurde das Behördenreferendum ergriffen. Bedingt durch die Volksabstimmung, die Revision der Verkehrsabgaben-Verordnung und Informatikanpassungen wird die produktive Einführung auf den 1. Januar 2014 erfolgen.	10d	2013
E3 Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen Planmässig Die Bestimmungen zu «Via sicura» werden ab 1. Januar 2013 bis 2015 paketweise in Kraft gesetzt. Die Gesetzesänderungen werden höhere Ressourcen des Strassenverkehrsamts erfordern (grösserer Abklärungs- und Kontrollaufwand sowie mehr Geschäftsfälle).	–	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	383,6	380,6	386,3	5,8
Verkehrsabgaben	300,2	297,0	302,8	5,8
Aufwand	–363,1	–362,2	–367,1	–5,0
Übertrag an Strassenfonds	–299,3	–295,9	–301,8	–5,8
Saldo	20,5	18,4	19,2	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,5	–3,4	–0,8	2,5
Saldo	–0,5	–3,4	–0,8	2,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	344,9	351,0	346,8	–4,2

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- +0,8 Tieferer Personal- und Sachaufwand infolge verzögerter Inbetriebnahme der neuen Prüfstelle Bülach

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

Ausgaben:

- +2,5 Minderausgaben infolge Projektverzögerungen und Projektverschiebungen (v.a. Ausrüstung neue Prüfstelle und Informatikprojekte)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- 4,2 Nichtbesetzung von vakanten Stellen infolge verzögerter Inbetriebnahme der neuen Prüfstelle Bülach

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	625 392	429 990	250 000	445 401	-179 991

Auflösung Rücklagen 2012: Total Fr. 429 990

- davon Fr. 89 300 für die Förderung des Fahrsicherheitsverhaltens

Bildung von Rücklagen 2012

Dank Mehrleistungen des Personals konnte der Ertrag im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit weiter gesteigert werden. Zusätzlich zum Tagesgeschäft wurden wichtige Projekte wie die Überführung der VIACAR-Geschäftsapplikation in die neue Betreiberfirma, die Ausarbeitung einer neuen Verkehrsabgabenverordnung einschliesslich der Informatikanpassung sowie die Erstellung einer neuen Prüfstelle in Bülach vorangetrieben.

Zudem wurde durch massgeblichen Einsatz aller Mitarbeitenden die Rezertifizierung der ISO-Norm 9001:2008 ohne Auflagen erreicht.

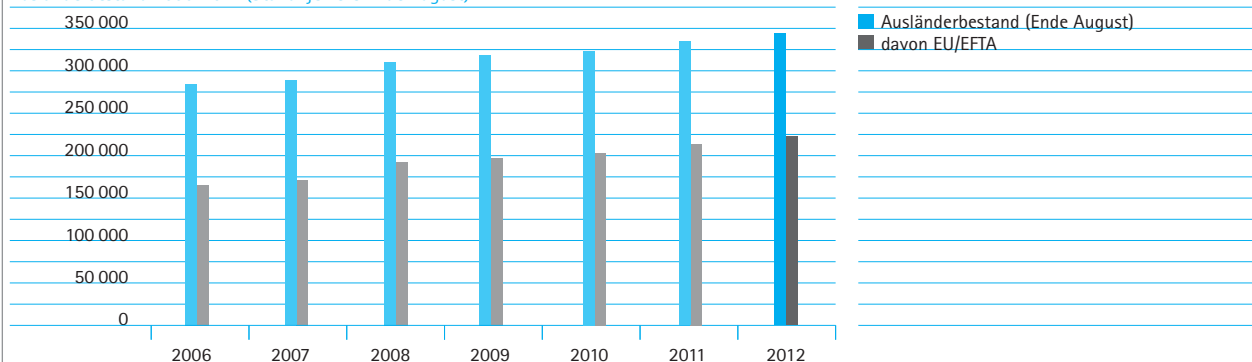
3300 Migrationsamt

Hauptereignisse

Zunahme des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung

Der im Berichtsjahr andauernde Anstieg der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich führte dazu, dass die Zahl zu bearbeitender Bewilligungsgeschäfte erneut anstieg. Diese Entwicklung betraf neben den im Bewilligungsbereich tätigen Abteilungen insbesondere auch die Abteilung Dienste und die dort integrierten Aufgabenbereiche Publikumsverkehr (Schalter und telefonische Auskunftsstelle) und rückwärtiger Dienst. Trotz der mit der Bestandeszunahme verbundenen, erneut starken Zunahme der Geschäftsfälle konnten die Pendenzen auf einem tiefen Stand gehalten und kurze Verfahrensdauern sichergestellt werden.

Ausländerbestand 2006–2012 (Stand: jeweils Ende August)



Zunahme der Asylgesuche

Im Berichtsjahr stieg die Zahl der Asylgesuche und damit der dem Kanton Zürich zugewiesenen Asylbewerbenden mit 28 631 (CH) bzw. 4705 (ZH) Gesuchen erneut stark an (Vorjahr: 22 551 (CH) bzw. 3516 (ZH)). Dies belastete neben der in der Zuständigkeit des Kantonalen Sozialamts stehenden Unterbringung auch die dem Migrationsamt obliegende Administration und den Vollzug der Asylentscheide des Bundes.

Wegweisungsvollzug

Dubliner Abkommen

Das Dubliner Abkommen hatte auch im Berichtsjahr insoweit positive Folgen, als zahlreiche Personen aus Gründen der Zuständigkeit anderen Staaten übergeben werden konnten. Im Berichtsjahr waren dies für den Kanton Zürich 956 (Vorjahr 605) Personen. Die Zahl der vollzogenen Ausschaffungen erhöhte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr. Es zeigte sich aber, dass die Rückführungen wesentlich von den Transportkapazitäten und -modalitäten sowie der Aufnahmebereitschaft und -kapazität des zuständigen Staats abhängen.

Rayonverbote

Die Umwälzungen in Nordafrika führten auch im Berichtsjahr zu einem Zustrom vorwiegend tunesischer Asylsuchender, die über Italien in die Schweiz gelangten. Obwohl auf ihre Gesuche von den Bundesbehörden grossmehrheitlich nicht eingetreten wurde, konnte ihre Rückführung in vielen Fällen nicht unmittelbar sichergestellt werden. Namentlich diese Personen fielen vorab in den Städten Zürich und

Winterthur durch stark störendes Verhalten auf. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und den Polizeikörpern dieser Städte verfügte das Migrationsamt ab Mitte des Berichtsjahrs vermehrt die ausländerrechtlichen Rayonverbote (Ein-/Ausgrenzungen). Dies zeitigte insofern Erfolg, als viele dieser Personen in der Folge nicht mehr in Erscheinung traten.

Organisation

Das 2011 lancierte Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» wurde auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen. Im Teilprojekt Führung wurden die Amtsstrukturen überprüft und, wo angezeigt, angepasst. Im Teilprojekt e-Dossier erfolgte die vollständige Umstellung auf elektronische Ablage der Personendossiers. Papierdossiers bestehen nur noch für wenig oder nicht aktive Fälle; diese werden aus Kostengründen nicht sofort, sondern erst nach und nach umgewandelt bzw. ad acta gelegt. Das Migrationsamt hat zudem die Möglichkeit der elektronischen Akteneinsicht geschaffen und beteiligt sich zudem als Pilotkanton am Projekt elektronische Einreiseverbote des Bundes. Im Rahmen des Teilprojekts Dokumentenmanagement wurde eine elektronische Geschäftskontrolle und ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt. Im Teilprojekt Controlling wurden die Grundlagen für ein Prozessunterstützungs- und Monitoringsystem gelegt und dieses als eigenständiges Projekt lanciert. Im Teilprojekt Personalmanagement wurden der Rekrutierungsprozess überarbeitet, elektronische Stellenbewerbungen eingeführt und die Grundlagen für ein Gesundheitsmanagement erarbeitet. Im Rahmen des Teilprojekts Kommunikation wurden mittels einer Schreibwerkstatt die Fähigkeiten der Mitarbeitenden im zielgruppengerechten Verfassen von Briefformen gestärkt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug des Ausländerrechtes des Bundes unter bestmöglicher Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u. a.)
A2	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
A3	Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, dauerhaftem Sozialhilfebezug, Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und bei Missbräuchen sowie von illegaler Anwesenheit

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	14	5	12	+7
Leistungen					
L1 Anzahl bewilligte Einreisegesuche (A1)	P	15 414	13 000	14 196	1 196
L2 Anzahl Visageschäfte/Schaltegespräche (A1)	P	46 291	50 000	50 031	31
L3 Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung (A2)	P	108 269	155 000	123 678	-31 322
L4 Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit (A2)	P	16 498	10 000	13 397	3 397
L5 Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen (A3)	P	5 990	6 000	4 983	-17
L6 Anzahl Hafttage von abgewiesenen Asylsuchenden (A2)	P	25 610	28 000	23 825	-4 175
L7 Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen; A1)	max.	4	5	5	0
L8 Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag; A1)	P	585	600	612	12
L9 Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige (A1)	P	51 089	59 000	53 622	-5 378
Wirtschaftlichkeit					
B1 Saldo pro Bewilligung (in Fr.; A1)	P	-12	-10	-19	-9
Abweichungsbegründungen					
W1 Leichte Verbesserung des Anteils der gutgeheissenen Rekurse gegenüber dem Vorjahreswert (zu tief budgetiert)					
L1 Mehr bewilligte Einreisegesuche aus dem EU-/EFTA-Raum als budgetiert					
L3 Der erwartete Anstieg bei den Geschäften zur Anwesenheitsregelung ist nicht im geschätzten Umfang eingetreten.					
L4 Mehr Stellenwechsel und viele Studierende mit Nebenerwerb führten zu mehr Gesuchen betreffend Erwerbstätigkeit.					
L6 Mehr kurzfristige Hafttage zur Sicherstellung des Vollzugs einer Wegweisung eines Asylsuchenden in den zuständigen Dublin-Staat («Dublin-Haft»). Dies bringt grössere Rotation im Gefängnis, wodurch die Auslastung schlechter planbar ist.					
L9 Die ausgestellten Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige wurden zu hoch budgetiert.					
B1 Verursachergerechtere Zuteilung der Basisdienstleistungen (u. a. Archiv, Scanning).					

Entwicklungsschwerpunkte			
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Umsetzung Biometrie in Ausländerausweisen Drittstaatsangehöriger gemäss Bundesvorgaben Abgeschlossen Die Biometrieerfassung und deren Prozesse wurden erfolgreich eingeführt.	-	2012
E2	Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung Abgeschlossen Das Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» wurde mit der Einführung zahlreicher Verbesserungen abgeschlossen.	-	2012
E3	Einführung/Umsetzung neues amtsinternes Controlling Verzögert Ein Prozessüberwachungs- und Monitoring-System wird 2013 beschafft und eingeführt.	-	2012
E4	Umsetzung Änderungen aufgrund Schengen-Acquis und Revision Bundesrecht Planmässig Die Weiterentwicklungen werden umgesetzt.	-	2015
E5	Aktive Beteiligung an Fachkonferenzen (Vereinigung Kantonalen Migrationsämter, Vereinigung Ostschweizer Fremdenpolizeien) der Kantone sowie in den Fachgremien und Arbeitsgruppen des Bundes (u. a. Fachausschuss Asylverfahren und Unterbringung bzw. Rückkehr und Wegweisungsvollzug, Arbeitsgruppe Neustrukturierung Asylverfahren) Planmässig Rege Mitwirkung in den genannten Gremien und in der Arbeitsgruppe Neustrukturierung Asylverfahren. Weitere Mitarbeitende bringen die Anliegen des Kantons in temporären Arbeits- oder Projektgruppen ein.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,9	17,3	17,3	-0,0
Aufwand	-27,2	-29,7	-28,0	1,6
Saldo	-12,3	-12,3	-10,7	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,6	-0,2	-0,2	0,0
Saldo	-0,6	-0,2	-0,2	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	157,8	160,0	159,7	-0,3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

+1,6 Geringere Strafvollzugskosten wegen insgesamt weniger Hafttage
(kürzere Haftdauern) und geringerer Personalaufwand

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	112 888.70	86 436.15	70 000.00	96 452.55	-16 436.15

Das Migrationsamt hat den Anstieg bei den Geschäften zur Anwesenheitsregelung um rund 15 000 gegenüber 2011 gut bewältigt. Daneben wurde das Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» erfolgreich abgeschlossen.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Hauptereignisse

Die Inspektionen zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht fanden erstmals auf dem Kantonalen Waffenplatz in der Kaserne Reppischtal statt. Das Schweizerische Materialforum für Zivilschutzmaterial hat unter Führung des Amtes für Militär und Zivilschutz mit der Beschaffung von Zivilschutzmaterial für die Zivilschutzorganisationen der gesamten Schweiz begonnen. Dank der laufenden Anpassung und des Ausbaus des Sortiments konnte der Umsatz im Armee-Shop im Zeughaus deutlich gesteigert werden.

Die Militärverwaltung informierte an 108 (108) Orientierungstagen 5912 (5978) Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen. Es gingen 5581 (5803) Dienstverschiebungsgesuche ein; von 3635 (3987) Gesuchen im Zuständigkeitsbereich des Kantons wurden 1122 (1261) abgelehnt. Es wurden insgesamt 3782 (3974) Angehörige der Armee (352 [394] Offiziere) aus der Militärdienstpflicht entlassen. Für die Soldaten, Unteroffiziere und höheren Unteroffiziere fanden hierzu acht Entlassungsfeiern statt. Die Offiziere wurden an einer würdigen Feier im Albisgütli durch den Sicherheitsdirektor verabschiedet. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft wurden 55 neu brevetierte Leutnants an einem besonderen Anlass begrüsst.

Der Umsatz des Armee-Shops im Kantonalen Zeughaus (Retablierungsstelle Logistikbasis der Armee) betrug Fr. 592 652 (456 871); davon brachte der Verkauf über das Internet (www.a-shop.ch) Fr. 201 114 (139 475) ein. Es wurden rund 2000 (2000) Sturmgewehre 90 instand gestellt und wieder der Rekrutenausrüstung zugeführt und an rund 1500 (1500) Stgw 90 wurde eine grosse Revision durchgeführt. Das Zeughaus nahm insgesamt 721 (568) private Waffen zur Entsorgung entgegen. Darin eingeschlossen sind die Waffen, die während eines Aktionstages der Kantonspolizei zur Entgegennahme von privaten Waffen zurückgenommen wurden.

Der Waffenplatz Zürich-Reppischtal war mit den Inf Bat 141, 142 und 143 der Infanterie Durchdienerschule 14 sowie der Militärakademie an der ETH Zürich sehr gut belegt. Auch die Ausbildungs- und Schiessplätze waren sehr gut ausgelastet. Die höchstens zulässige Anzahl von 180 Schiesstagen wurde beansprucht. Zahlreiche grössere und kleinere Hoch- und Tiefbauprojekte konnten planmässig vorangetrieben werden.

Der Zivilschutz führte für 1580 (1308) Angehörige Grund- und Weiterbildungskurse durch. Die insgesamt 13 285 (12 837) Kursteilnehmenden im Ausbildungszentrum Andelfingen aus Zivilschutz (36%), Feuerwehr (37%), Polizei (9%), Militär (6%) und Dritten (12%) erbrachten rund 26 600 (26 300) Teilnehmertage. Der Werterhalt von Schutzräumen, Anlagen und Material erforderte rund 7150 (7300) Personentage. Der Zivilschutz unterstützte verschiedene Organisationen im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und betreute zahlreiche Menschen in Spitälern, Kranken- und Altersheimen mit insgesamt 10 610 (15 800) Personentagen.

Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagte 47 066 (45 333) Ersatzpflichtige, was zu einer Vereinnahmung von rund 33,8 (33,0) Mio. Franken führte. 20% fallen dem Kanton als Bezugsprovision zu, d. h. rund 6,8 (6,6) Mio. Franken.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Militärverwaltung informiert alle 16-Jährigen über die Dienstleistungspflicht, führt die Orientierungstage durch und bietet die Stellungspflichtigen zur Rekrutierung auf. Zudem obliegt der Militärverwaltung das Dienstverschiebungs- und Kontrollwesen, die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht, die Bestrafung von Schiesspflichtversäumern sowie die Entlassung der Armeeingehörigen aus der Militärdienstpflicht.
A2	Der Zivilschutz bildet in einer zweiwöchigen Grundausbildung Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
A3	Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
A4	Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
A5	Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt jährlich rund 40 000 Ersatzpflichtige, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Stellungspflichtige, die den Orientierungstag mindestens als genügend beurteilen (in %; A1)	min.	95	92	92	0
W2	Nicht zustellbare Vororientierungsschreiben wegen schlechter Datenqualität (in %; A1)	max.	n. q.	2	0,43	-1,57
W3	Kundenzufriedenheit bezüglich Dienstleistungen des A-Shops (in %; Bewertung min. gut; A4)	min.	n. q.	85	89	4
W4	Einsparung der Betriebskosten durch Betriebsankündigung (in %; A5)	min.	n. q.	35	43	8
Leistungen						
L1	Erledigung der Verschiebungsgesuche der Angehörigen der Armee (AdA) innert zweier Wochen (in %; A1)	min.	98	95	97	2
L2	Verfügte Disziplinarbussen im ausserdienstlichen Schiesswesen bis Ende Juli (in %; A1)	min.	n. q.	90	98	8
L3	Zustellung der Aufgebote bis mindestens sechs Wochen vor der Rekrutierung (in %; A1)	min.	n. q.	95	100	5
L4	Anzahl Teilnehmertage in Grundkursen (in Tagen; A2)	P	7 935	7 236	8 418	1 182
L5	Anzahl Teilnehmertage in Zusatz-, Kader- und Weiterbildungskursen (in Tagen; A2)	P	1 684	2 847	2 313	-534
L6	Umsatz des Armee-Shops (in Mio. Franken; A4)	P	0,46	0,40	0,59	0,19
L7	Leistungserbringung zugunsten anderer Kantone (Zivilschutz; in Mio. Franken; A4)	P	n. q.	0,40	2,82	2,42
L8	Versand aller Rechnungen bis Ende Jahr (in %; A5)	min.	n. q.	95	96	1
L9	Erledigung der Rückerstattungen innert zehn Tagen (in %; A5)	min.	n. q.	90	91	1

Wirtschaftlichkeit

B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag (in Fr.; A1)	max.	29	28	29	1
B2	Kosten pro Teilnehmer an der Entlassung aus der Militärdienstpflicht (in Fr.; A1)	max.	n. q.	45	55	10
B3	Nutzung Übungsgelände Ausbildungszentrum Andelfingen (in %; A2)	min.	60	60	78	18
B4	Vergütung des Betriebsaufwandes durch die Logistikbasis der Armee (in %; A3)	min.	n. q.	95	96	1

Abweichungsbegründungen

L2	Verbesserte Ablauforganisation führte zu einem höheren Anteil der verfügbaren Disziplinarbussen im ausserdienstlichen Schiesswesen bis Ende Juli.
L4	Weniger Teilnehmer in Zusatzkursen, dafür wesentlich mehr Teilnehmer in Grundkursen
L5	Durch Einführung neuer Grundfunktionen, weniger Bedarf an Zusatzkursen für Spezialisten
L6	Umsatzsteigerung im Armee-Shop aufgrund laufender Anpassung und Ausbau des Sortimentes sowie Umstellung auf Kreditkartenzahlung im Internet
L7	Bei der Leistungserbringung zugunsten anderer Kantone (Zivilschutz) wurde der Zielwert aufgrund fehlender Erfahrungswerte zu tief budgetiert.
B1	Höhere Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag aufgrund höherer Verpflegungs- und Raumkosten
B2	Rückgang der entlassenen Angehörigen der Armee um rund 5% sowie einmalige Beschaffung von Material für neuen Entlassungsstandort Birmensdorf führten zu höheren Kosten pro Teilnehmenden.
B3	Bessere Nutzung des Übungsgeländes im Ausbildungszentrum Andelfingen aufgrund höherer Belegung in den Sommermonaten

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Einbezug der Entwicklungsschritte der Armee Verzögert Erste Eckwerte sind vom Bund im Laufe des Jahres 2013 zu erwarten.	-	2013
E2	Umsetzung neues Entschädigungsmodell (Mietermodell) Verzögert Das Stationierungskonzept der Armee soll 2013 vorliegen.	-	2013
E3	Neues Übungsdorf im Ausbildungszentrum Andelfingen (Ersatz der bestehenden Anlage; Projekt Nr. 3400.001) Planmässig Die Baulose 2-4 wurden im Berichtsjahr gestartet.	-	2013
E4	Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes Verzögert Die Studiengruppen (bestehend aus Vertretern des Bundes und der Kantone) sollen 2013 ihre Arbeit aufnehmen.	-	2014
E5	Beschaffung neues Zivilschutz-Einsatz-Material Planmässig Erste Tranchen wurden beschafft.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25,4	21,2	25,8	4,6
Aufwand	-35,8	-35,4	-38,0	-2,5
Saldo	-10,5	-14,2	-12,2	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,4	1,0	5,9	4,9
Ausgaben	-5,5	-11,8	-8,0	3,9
Kreditübertragungen aus 2011		-2,5		0,0
Saldo	-3,1	-10,8	-2,0	8,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	131,6	133,0	132,9	-0,1

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- +2,0 Mehrerträge aus Zivilschutzkursen im Ausbildungszentrum Andelfingen, Bussen und Anteil Wehrpflichtersatz sowie Mehrerträge aus Waffenplatz-Finanzvertrag mit dem Bund

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- +8,8 Projektverzögerungen u.a. beim Neu-/Umbau des Übungsdorfs Andelfingen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	31 240.80	-31 128.95	+40 000.00	40 111.85	+8 871.05

Trotz höheren zeitlichen Aufwands bei den Zivilschutz-Grund-, Zusatz-, Kader- und Weiterbildungskursen (neue Funktionen) konnten insgesamt mehr Teilnehmende ausgebildet werden. Aufgrund des ausserordentlichen Einsatzes diverser Mitarbeitenden konnten beträchtliche Mehrumsätze im Bereich Neubeschaffung Zivilschutzmaterial (Materialforum) erreicht werden. Des Weiteren konnte die Nutzung des Übungsgeländes im Ausbildungszentrum Andelfingen trotz weiträumiger Bauarbeiten in den Sommermonaten markant gesteigert werden (+18%). Auf dem Waffenplatz Reppischtal gelang es wiederum, die volle Auslastung zu erreichen.

3500 Sozialamt

Hauptereignisse

Ein Schwerpunkt im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe war die Umsetzung der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes auf den 1. Januar. Vorläufig Aufgenommene wurden mit einer Übergangsfrist bis 30. April den ordentlichen Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes unterstellt. Ausserdem wurde das Sozialhilfe-Behördenhandbuch komplett überarbeitet. Es dient den Behörden, Ämtern und weiteren Stellen als Arbeitsinstrument in der täglichen Praxis. Ziel ist es, die Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Zürich zu vereinheitlichen, zu konkretisieren und zu vereinfachen. Zudem wurden die Bildungs- und Beschäftigungsprogramme (BUSI) weiterentwickelt. Insbesondere wurde die Professionalisierung der Zuweisungsprozesse in die Programme der beruflichen und sozialen Integration der Sozialhilfe vorangetrieben. Ausserdem galt es, die vom Regierungsrat verabschiedete Weiterentwicklung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) im Bereich Sozialhilfe fortzuführen.

Im Bereich der Familienzulagen wurden das teilrevidierte Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Unterstellung der Selbstständigerwerbenden) und die entsprechende Verordnung verabschiedet. Gesetz und Verordnung traten am 1. Januar 2013 in Kraft.

Das geänderte Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung verlangt die Einführung der Direktauszahlung der individuellen Prämienverbilligungen für Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV an die Krankenversicherer. Die dafür notwendige Revision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz und des Zusatzleistungsgesetzes wurde vom Kantonsrat am 17. Dezember in 1. Lesung verabschiedet. Die Anpassungen der Zusatzleistungsverordnung sind noch im Gange. Gesetz und Verordnung sollen am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Für die pauschale Abgeltung der Leistungen der Invalideneinrichtungen wurden Leistungsvereinbarungen eingeführt. Im Bereich Wohnen wurden diese gemäss dem individuellen Betreuungsbedarf (IBB) abgestuft. Gestützt darauf wurde ein Benchmarking-System eingeführt. Damit konnte ein wesentlicher Teil des neuen leistungsorientierten Abgeltungssystems eingeführt werden.

Die starke Zunahme der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden führte zu einer angespannten Unterbringungssituation in der 1. und 2. Phase. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist es gelungen, genügend Unterkunftsplätze für Asylsuchende und für Personen mit einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch oder einem Gesuch, auf das nicht eingetreten wurde, zur Verfügung zu stellen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden) und des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger
A2	Koordination der Asylfürsorge
A3	Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
A4	Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
A5	Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Sozialen Einrichtungen für Erwachsene

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Kostensatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken; A1–5)	P	884,5	899,7	925,0	25,3
Leistungen						
L1	Anzahl Unterstützungsanzeigen im Bereich öffentliche Sozialhilfe (neu; A1)	P	4 792	4 900	6 750	1 850
L2	Vom Bund zugewiesene Asylsuchende (A2)	P	3 516	2 000	4 930	2 930
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich (A2)	P	6 225	5 800	3 700	-2 100
L4	Verfügbare Plätze in sozialen Einrichtungen (A5)	P	14 608	14 600	14 665	65
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	44 980	49 000	46 604	-2 396
L6	Anzahl Leistungserbringende im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	103	95	97	2
Wirtschaftlichkeit						
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %; A2)	P	91	90	90	0
B2	Auslastungsgrad soziale Einrichtungen (in %; A5)	P	97	95	96	1
Abweichungsbegründungen						
W1	Höhere Kosten für wirtschaftliche Hilfe (+22 Mio. Franken), soziale Einrichtungen (+5,3 Mio. Franken) und Zusatzleistungen zur AHV/IV (+2,2 Mio. Franken) sowie Minderaufwand im Asylbereich (-4,2 Mio. Franken)					
L1	Mehr Unterstützungsanzeigen im Bereich öffentliche Sozialhilfe, weil vorläufig aufgenommene Personen im Berichtsjahr neu der Sozialhilfe und nicht mehr dem Asylbereich zugeordnet sind (vgl. auch L3).					
L2	Durch den starken Anstieg von Asylsuchenden in der Schweiz wurde auch dem Kanton Zürich eine wesentlich höhere Anzahl an Asylsuchenden zugewiesen. Diese Situation war bei der Budgeterstellung nicht vorhersehbar.					
L3	Geringere Anzahl an fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich; vorläufig aufgenommene Personen sind im Berichtsjahr neu der Sozialhilfe zugeordnet. Diese Gesetzesänderung war bei Budgeterstellung nicht bekannt (vgl. auch L1).					
L5	Durch die Erhöhung der Vermögensfreibeträge für Anspruchsberechtigte auf Ergänzungsleistungen wurde mit einer höheren Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV gerechnet, die nicht im budgetierten Masse eintraten.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem Planmässig Mit Beschluss vom 21. November hat der Regierungsrat vom Schlussbericht zum Stand der Umsetzung betreffend Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem Kenntnis genommen. Die Direktion der Justiz und des Innern, die Finanzdirektion, die Gesundheitsdirektion, die Bildungsdirektion sowie die Sicherheitsdirektion werden beauftragt, weiterhin Massnahmen zur Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem zu prüfen und für den Fall ihrer Eignung umzusetzen.				6a	2013

E2	Einführung der Direktauszahlung der individuellen Prämienverbilligungen für Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV an die Krankenversicherer Planmässig Die Revision des Zusatzleistungsgesetzes wurde im Kantonsrat am 17. Dezember in 1. Lesung verabschiedet. Die Anpassungen der Verordnung (ZLV) sind im Gange.	-	2013
E3	Umsetzung der Revision des Sozialhilfegesetzes (Vorlage 4628) Abgeschlossen	-	2014
E4	Evaluation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «BUSI» Planmässig Die Empfehlungen aus dem Bericht «Bestandesaufnahme der Angebote zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration im Bereich Sozialhilfe des Kantons Zürich» werden innerhalb der Arbeitsgruppe «BUSI» weiterverfolgt.	6a	2014
E5	Entwicklung eines leistungsabhängigen Finanzierungssystems für Invalideinrichtungen Planmässig Im Berichtsjahr wurde der Betreuungsaufwand, abgestuft nach dem individuellen Betreuungsbedarf (IBB), im Bereich «Wohnen» pauschal abgegolten. Für den Bereich «Tagesstätten» wurde die Pauschalierung auf den 1. Januar 2013 eingeführt.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	347,5	358,5	394,9	36,4
Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	55,3	50,6	85,4	34,9
Rückerstattungen an Asylaufgaben	72,6	78,6	84,3	5,8
Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	206,5	213,3	210,8	-2,5
Aufwand	-929,2	-944,6	-972,7	-28,1
Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-147,8	-141,9	-164,0	-22,1
Beiträge an Asylaufgaben	-92,7	-91,2	-86,9	4,2
Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-350,9	-360,2	-362,4	-2,2
Beiträge an soziale Einrichtungen	-294,0	-306,4	-311,5	-5,1
Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-2,7	-2,5	-2,1	0,4
Saldo	-581,7	-586,1	-577,9	8,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-15,5	-23,4	-17,0	6,4
Saldo	-15,5	-23,4	-17,0	6,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	177,0	177,8	180,8	3,0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

+8,2 Mehrertrag bei der wirtschaftlichen Hilfe wegen Sonderzahlung im Nothilfebereich

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

Ausgaben:

+6,4 Weniger Investitionsbeiträge aufgrund verzögerter Baufortschritte bei sozialen Einrichtungen und Minderausgaben für Bauvorhaben im Asylbereich

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

+3,0 Besetzung einer vakanten Stelle, vorgezogene Ersatzanstellungen für Pensionierungen und krankheitsbedingte Austritte sowie Anpassung Beschäftigungsgrad an erhöhte Dossierzahlen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	230 997.20	-12 197.40	50 000.00	268 799.80	37 802.60

Aufgrund der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes mussten die Mitarbeitenden des Kantonalen Sozialamts sehr kurzfristig abteilungsübergreifende Organisations- und Ablaufänderungen erarbeiten und umsetzen. Dieser Mehraufwand konnte dank Mehreinsatz des Personals erreicht werden. Auch im Asylbereich konnte die höhere Anzahl von Asylsuchenden mit dem gleichen Mitarbeitendenbestand bewältigt werden.

3910 Sportfonds

Hauptereignisse

Der Beitrag der interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) betrug Fr. 16 325 000. Insgesamt wurden Fr. 13 683 000 zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt.

Dem Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) und den ihm angeschlossenen Sportverbänden und -vereinen wurden Beiträge von insgesamt Fr. 6 685 000 bewilligt (einschliesslich Betriebsbeitrag für kantonales Sportzentrum und Entschädigung an ZKS aus Leistungsvereinbarung). Zudem wurden an vier Bauvorhaben von Sportanlagen, die im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts aufgeführt sind, Beiträge von Fr. 502 000 gesprochen. Für weitere 25 Bauvorhaben von Gemeinden und Dritten wurden Beiträge von Fr. 1 298 000 genehmigt. Deren Auszahlung erfolgt in den kommenden Jahren.

Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge ausbezahlt: Fr. 6 013 000 an 49 Sportanlagen von Gemeinden und nicht dem ZKS angehörenden Institutionen (einschliesslich 4. Rate Neubau Stadion Letzigrund Fr. 2 000 000), Fr. 730 000 für die Nachwuchsförderung (einschliesslich Fr. 580 000 an 46 Trainingsstützpunkte des Nachwuchssports), Fr. 250 000 an 53 Sportveranstaltungen und Fr. 187 000 an 13 Sportprojekte sowie Fr. 5 516 000 an den ZKS für die Förderung des Verbands- und Vereinssports. Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit Fr. 1 140 000 unterstützt.

Die Kosten für den Bau und Unterhalt des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg belasteten den Fonds (Aufwand Erfolgsrechnung einschliesslich Zinsen und Abschreibungen) mit Fr. 3 013 000. Das Sportzentrum und das dazugehörige Hotel beherbergten 3459 Anlässe und Kurse mit 28 388 Übernachtungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Einsatz/Verwendung der kantonalen Swisslos-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg)
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,3	21,0	19,1	-1,9
Toto/Lotto	15,6	16,0	16,3	0,3
Zinsen	2,7	2,6	2,8	0,2
Entnahme Bestandeskonto		2,4		-2,4
Aufwand	-18,3	-21,0	-19,1	1,9
Betriebsbeiträge	-12,2	-17,5	-13,7	3,8
Einlagen in Bestandeskonto	-2,9		-2,1	-2,1
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,7	-2,8	-2,8	-0,0
Saldo	-0,7	-2,8	-2,8	-0,0
Fondsbestand				
Fondsbestand	91,8	89,4	93,9	4,5

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2012 / Rechnung 2012:

Ertrag:

- +0,3 Der Ertrag der Swisslos (Kantonsanteil) war im Berichtsjahr höher als budgetiert (höherer Reingewinn der Swisslos u.a. aus dem Lotto- und Losgeschäft).
- +0,2 Höherer Zinsertrag wegen höheren Fondsbestands, keine Fondsentnahme im 2011 wie ursprünglich geplant

Aufwand:

- +3,8 Weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen
- +0,2 Minderaufwand baulicher Unterhalt am Sportzentrum Kerenzerberg

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

- +4,5 Erhöhung des Fondsbestandes, da die geplante Entnahme um 2,4 Mio. Franken aufgrund der geringeren Betriebsbeiträge nicht erforderlich, sondern eine Einlage um 2,1 Mio. Franken möglich war.

Fondsbestand am 31. Dezember 2012: 93,9 Mio. Franken. In diesem Betrag enthalten sind rund 30 Mio. Franken Immobilienbestand (Sportzentrum Kerenzerberg) sowie rund 25 Mio. Franken offene Verpflichtungen zu bewilligten, von Gemeinden und Dritten noch nicht abgerechneten Baubeiträgen.

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Hauptereignisse

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen erneut an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die gesamte Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung der Universität Zürich. Seit 2010 werden zusätzliche Mittel des Kantonsanteils, die bisher zur Fondsöffnung in den Alkoholfonds gelegt wurden, zugunsten der bestehenden Institutionen eingesetzt. Der Anteil der Sicherheitsdirektion kommt dabei vollumfänglich den Alkoholberatungsstellen zugute. Der Fondsbestand soll durch eine zusätzliche jährliche Ausschüttung von Fr. 300 000 an die Alkoholberatungsstellen über einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren ab 2013 schrittweise auf die Hälfte des heutigen Bestandes gesenkt werden (vgl. Vorlage 4945 vom 21. November des Berichtsjahres).

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Ein Konzept, das eine kontinuierliche Prävention und Beratung durch anerkannte Fachstellen vorsieht, befindet sich bis März 2013 in der Umsetzungsphase. Die Umsetzung wird vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich fachlich begleitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention).
A2	Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in %; A1)	P	100	100	100	0
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in %; A2)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Fr.; A1)	P	29.42	30	32.97	2.97
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben (A1)	P	105	107	100	-7
Abweichungsbegründungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen: Durch höhere Ausschüttungen an die Beratungsstellen hat sich dieser Durchschnittswert erhöht.					
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben: Mehrausgaben aufgrund zusätzlicher Ausschüttungen					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,4	5,2	5,5	0,3
Alkoholfonds:				0,0
Anteil am eidgenössischen Alkoholmonopol	4,7	4,5	4,7	0,2
Zinsen aus Bestandeskonto	0,1	0,1	0,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Lotteriespielsuchtfonds:				0,0
Anteil aus Bruttospielerträgen der Lotterieunternehmen	0,6	0,6	0,6	0,0
Zinsen aus Bestandeskonto	0,1	0,0	0,1	0,1
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-5,4	-5,2	-5,5	-0,3
Alkoholfonds:				0,0
Betriebsbeiträge	-2,6	-2,7	-2,6	0,1
Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2,1	-1,9	-2,0	-0,1
Einlagen in Bestandeskonto	-0,1	0,0	-0,2	-0,2
Lotteriespielsuchtfonds:				0,0
Betriebsbeiträge	-0,4	-0,6	-0,5	0,1
Einlagen in Bestandeskonto	-0,2	-0,0	-0,2	-0,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Fondsbestand				
Fondsbestand	6,7	6,7	7,1	0,3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2012 / Rechnung 2012:

Alkoholfonds:

+0,2 Mehrertrag wegen höheren Anteils am eidgenössischen Alkoholmonopol

Lotteriespielsuchtfonds:

+0,1 Höherer Zinsertrag wegen höheren Fondsbestands (Fondseinlage)

+0,1 Minderaufwand, da die Globalevaluation des Konzepts zur Prävention und Behandlung von Glücksspielsucht erst im März 2013 abgeschlossen wird.

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2012 / Rechnung 2012:

+0,3 Erhöhung Fondsbestand wegen Mehrertrags im Alkoholfonds (0,16 Mio. Franken) und Verbesserungen im Spielsuchtfonds (0,17 Mio. Franken).

Total Fondsbestand per 31. Dezember 2012: 7,1 Mio. Franken, davon Alkoholfonds 4,9 Mio. Franken und Lotteriespielsuchtfonds 2,2 Mio. Franken.





Finanzdirektion

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern höchstens indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – das heisst ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Aufbau des internen Kontrollsystems der Finanzdirektion

Gestützt auf § 39 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) hat die Finanzdirektion 2009 die Grundsätze für ein zweckmässiges internes Kontrollsystem (IKS) für den Kanton Zürich festgelegt. Für die Einführung des IKS bis Ende des Berichtsjahres wurde 2010 unter der Leitung der Finanzverwaltung ein direktionsübergreifendes Projekt gestartet. 2011 wurde auf der Grundlage der IKS-Grundsätze ein IKS-Leitfaden fertiggestellt. Zudem wurden die IKS-Verantwortlichen der am Projekt teilnehmenden Verwaltungseinheiten geschult. Für die Umsetzung der Grundsätze über das IKS bis Ende des Berichtsjahres waren die Direktionen und die Staatskanzlei verantwortlich (§ 42 RLV).

Die Umsetzung der internen Kontrollsysteme in der Finanzdirektion erfolgte im Rahmen eines Direktionsprojektes unter Leitung der Finanzverwaltung. Auf der Grundlage des IKS-Leitfadens führten die Amtsstellen der Finanzdirektion bis Ende des Berichtsjahres ein dokumentiertes und nachvollziehbares IKS mit Fokus auf die wesentlichen finanzrelevanten Risiken ein. Diese Arbeiten sind grösstenteils abgeschlossen. Lediglich die Dokumentation einzelner IT-Applikationen (insbesondere SAP) ist noch in Arbeit und wird im Frühjahr 2013 fertiggestellt.

Der Betrieb des IKS wird in der Finanzdirektion mit einem IT-Tool sichergestellt.

Optimierung der IT-Applikationen im Steuerbereich, insbesondere Applikationen «Direkte Bundessteuer» und «Quellensteuer»

Mit den Realisierungseinheiten RE04 und RE07 des Informatikprogramms ZüriPrimo setzt das Kantonale Steueramt das Legislaturziel 7 «Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo» der Finanzdirektion der Legislaturperiode 2011–2015 weiter um. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten zur Projektinitialisierung und insbesondere die in dieser Phase übliche Machbarkeitsstudie abgeschlossen werden. Aufgrund der erstellten Machbarkeitsstudie, die den Weg zur eng koordinierten, schrittweisen Umsetzung der beiden Realisierungseinheiten bis 2016 aufzeigt, wurde der Auftrag für die erste von drei Etappen erteilt, die drei Projekte umfasst. Ein Projekt beinhaltet die Ablösung der Personendatenhaltung, indem neu ein gemeinsames Register für alle Steuerpflichtigen die bisherigen Register für die Direkte Bundessteuer und die Quellensteuer ablöst. Die beiden weiteren Projekte umfassen als Schwerpunkte je die Beschaffung von IT-Applikationen für den Steuerbezug einerseits und die Abrechnung der Quellensteuer andererseits. Neben den Arbeiten zur Konzeption der einzelnen Projekte wurden in der Berichtsperiode die Vergabeverfahren für die neuen Lösungen vorbereitet, deren Durchführung 2013 vorgesehen ist.

Kadernachwuchsförderung in der Finanzdirektion

Mit dem Programm «Kadernachwuchsförderung der Finanzdirektion des Kantons Zürich (KNF FD)» will die Finanzdirektion ihren Kadernachwuchs fördern und Führungspositionen nach Möglichkeit aus dem Kreis der internen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger besetzen. Im zugehörigen internen Training wurden im Berichtsjahr mit sieben Teilnehmenden die Etappen zwei bis fünf erfolgreich durchgeführt. In der integrierten Projektarbeit erarbeiteten die Teilnehmenden ein Grobkonzept, wie der Employer Brand der Finanzdirektion verbessert und die Finanzdirektion als Arbeitgeberin noch attraktiver dargestellt werden kann.

Personalstrategie 2012–2015

Zur Umsetzung der Legislaturziele wurde unter der Leitung des Personalamtes in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe die neue Personalstrategie 2012–2015 erarbeitet und im Berichtsjahr vom Regierungsrat beschlossen. Die Personalstrategie beinhaltet vier strategische Handlungsfelder, die durch jeweils eine bis drei Massnahmen konkretisiert werden:

1. Attraktivität als Arbeitgeber erhalten:

- Verbesserung Vereinbarkeit Arbeit und Privatleben
- Verbesserung Personalmarketing

2. Erhöhung der Qualität der Führung

- Schulung der Vorgesetzten zu Führungsinstrumenten
- Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung
- Bereitstellung von Personalführungskennzahlen

3. Gesundheit und Leistungsfähigkeit erhalten

- Erarbeitung und Umsetzung Konzept betriebliches Gesundheitsmanagement

4. Erweiterung Personal-Informatik

- Erarbeitung und Umsetzung einer Personal-Informatik-Strategie

Die Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015 bzw. deren Massnahmen wird mittels direktionsübergreifender Projekte erreicht. Das Personalamt erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen und der Staatskanzlei Projekte und übernimmt in der Regel die jeweilige Projektleitung und -koordination.

Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Netzwerks (LEUnet)

Das Kantonale Informatik-Team (KIT) hat im Berichtsjahr das Grobkonzept für die Netzwerkstrategie des Kantons Zürich erarbeitet. Es bildet die Grundlage für die 2013 geplante Ausarbeitung der Netzwerkstrategie und die 2014 geplante Ausschreibung eines neuen Netzwerks, das 2015 das heutige Datennetzwerk LEUnet ablösen kann.

Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr eine ständige Organisation festgelegt, mit der zukünftig die Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens als Daueraufgabe wahrgenommen wird. Damit sollen Optimierungspotenziale erschlossen werden, die sich im Beschaffungswesen wiederkehrend neu ergeben.

Die neue Organisation umfasst ein direktionsübergreifendes Gremium «Beschaffungskoordination», eine «Fachgruppe Beschaffungsoptimierung» sowie «Lead Buyer»-Funktionen für ausgewählte Materialgruppen. Sie nimmt ihre Aufgaben vor allem aus einer betriebswirtschaftlichen Sichtweise wahr, wobei eine enge Vernetzung mit der Kantonalen Kommission für das öffentliche Beschaffungswesen (KöB), die vor allem die beschaffungsrechtliche Sicht abdeckt, sowie mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) erfolgt.

Die Grundlagen für die ständige Organisation sind im Rahmen eines direktionsübergreifenden Projekts erarbeitet worden mit dem Ziel, eine nachhaltige Senkung der gesamten Beschaffungskosten zu erreichen, eine hohe Qualität der Beschaffungen sicherzustellen und die Risiken gering zu halten.

Verselbstständigung der BVK – Stand auf Ende des Berichtsjahres

Im 2010 revidierten Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) verlangt der Bund von allen öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen, dass sie unabhängig vom Deckungsgrad bis 2014 verselbstständigt sind. Die Verselbstständigung der BVK wurde bereits 2003 auf kantonaler Ebene eingeleitet. Bereits damals beschloss der Kantonsrat, die BVK in eine privatrechtliche Stiftung umzuwandeln, sobald keine Unterdeckung mehr bestehen würde, und genehmigte in diesem Zusammenhang das Gesetz zur Verselbstständigung der BVK.

Am 4. Juli des Berichtsjahres erliess der Regierungsrat die Verordnung zur Wahl des ersten BVK-Stiftungsrats. Zwischen dem 26. Oktober und dem 24. November des Berichtsjahres haben die versicherten Arbeitnehmenden und die angeschlossenen Arbeitgeber ihre Vertretungen in den Stiftungsrat gewählt. Der Regierungsrat bestimmte die Vertretungen des Kantons am 20. Dezember des Berichtsjahres. Der vollständige Stiftungsrat der BVK wird sich Anfang 2013 konstituieren und kann sich danach um die Gründung der BVK-Stiftung kümmern.

Räumliche Zentralisierung von FD-Amtsstellen in der Liegenschaft Neumühle

Um die direktionsinternen Wege möglichst kurz zu halten und die enge Zusammenarbeit zwischen den Amtsstellen und den Abteilungen sicherstellen zu können, hat die Finanzdirektion im Berichtsjahr die KIT-Geschäftsstelle an ihren Standort Neumühle übersiedelt. Aufgrund dieser Raumrochade konnten zudem die Kosten für die bisherige Fremdmiete eliminiert werden.

Legislaturziele

Die Finanzdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 13–17 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit SK und GD).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 14a des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Position im internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb ist gestärkt (LZ RR 13).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 13a des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit JI, SK, GD und BD).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 15 b, 15 f und 15 g des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit BD, BI und DS).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 16 a und 16 c des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Die Finanzierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) ist sichergestellt (LZ RR 17).
	5.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 17a des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Revision des Staatsbeitragsgesetzes
Massnahme	6.1 Revision des Staatsbeitragsgesetzes (Projekt 4100/05)
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt wurde im April des Berichtsjahres gestartet. Bis Ende des Berichtsjahres wurde der Revisionsbedarf in Umfragen und mit Interviews bei den Direktionen, der Staatskanzlei und der Finanzkontrolle erhoben sowie das Rechtsetzungskonzept erarbeitet. Die Verabschiedung des Gesetzes zuhanden des Kantonsrates ist für 2014 vorgesehen. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2017 geplant.

Legislaturziel	7 Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo
Massnahme	7.1 Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (Projekt 4400/01)
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Programm ZüriPrimo verläuft weiter nach Plan. Mit der Erstellung des KEF 2013–2016 wurden die Starts der Realisierungseinheiten «RE06 Liegenschaftsportfolio/Bewertung», «RE08 Wertschriftenbewertung» und «RE09 Erbschafts-/Schenkungssteuer» aufgrund der Vorgaben des Regierungsrates verschoben (RE06 und RE09 auf 1. Januar 2015, RE08 auf 1. Juli 2014). Erhöhte Aufmerksamkeit gilt den Gesamtkosten aufgrund der grossen Bandbreite bei der Kostenprognose in den Vorhaben «RE04 Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer» und «RE07 Ersatzbeschaffung Quellensteuer» und den Projektrisiken in der Realisierungseinheit «RE03 Workflow».
Massnahme	7.2 E-Government: elektronische Einreichung von Steuererklärungen übers Internet (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 05)
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Pilotbetrieb für die elektronische Steuererklärung im Projekt «RE05 E-Government» wurde erfolgreich abgeschlossen und die Ausbreitung auf den ganzen Kanton erfolgt im Januar 2013. In den Pilotgemeinden wurde fast jede zehnte Steuererklärung online erstellt und eingereicht.
Massnahme	7.3 Ablösung der Applikation «Direkte Bundessteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 04)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Machbarkeitsstudie wurde gemeinsam mit dem Vorhaben «Ablösung der Applikation «Quellensteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 07)» erstellt und abgeschlossen. Für die resultierenden Projekte der Etappe 1 wurden die Aufträge erteilt. Diese befinden sich in der Phase «Konzeption». Die Ablösung erfolgt gemäss Machbarkeitsstudie bis 2016. Erhöhte Aufmerksamkeit gilt den Gesamtkosten aufgrund der grossen Bandbreite bei der Kostenprognose.
Massnahme	7.4 Ablösung der Applikation «Quellensteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 07)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Machbarkeitsstudie wurde gemeinsam mit dem Vorhaben «Ablösung der Applikation «Direkte Bundessteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 04)» erstellt und abgeschlossen. Für die sich ergebenden Projekte der Etappe 1 wurden die Aufträge erteilt. Diese befinden sich in der Phase «Konzeption». Die Ablösung erfolgt gemäss Machbarkeitsstudie bis 2015. Erhöhte Aufmerksamkeit gilt den Gesamtkosten aufgrund der grossen Bandbreite bei der Kostenprognose.

Legislaturziel	8 Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandplanung
Massnahme	8.1 Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandplanung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Massnahme wird bis Ende der Legislatur umgesetzt.
Legislaturziel	9 Zeitgemässe, zweckmässige und wirtschaftliche Verwaltungsinfrastruktur
Massnahme	9.1 SAP-Strategie festlegen und umsetzen
Stand	Verzögert
Kommentar	Das Anliegen wird in veränderter Form angestrebt. Anstatt einer Strategie für SAP soll eine funktionale Einsatzstrategie für SAP-Produkte erarbeitet werden.
Legislaturziel	10 Verselbstständigung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
Massnahme	10.1 Verselbstständigung der BVK (von Bundesrechts wegen bis 31. Dezember 2013): Gründung der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich», Erlass der Verordnung für die Wahl des Stiftungsrats und allenfalls Revision der Stiftungsurkunde, Fusion der BVK als unselbstständiger Anstalt mit der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich»
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Wahl des Stiftungsrates der BVK ist im Berichtsjahr erfolgt.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8 063,6	7 448,1	7 718,0	269,9
Aufwand	–3 846,3	–962,4	–1 207,6	–245,2
Kreditübertragungen aus 2011		–0,3		
Saldo	4 217,2	6 485,7	6 510,4	24,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,0	0,0	1,2	1,2
Ausgaben	–13,6	231,1	–7,6	–238,7
Saldo	–13,6	231,1	–6,4	–237,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	846,9	876,7	896,0	19,4

Erfolgsrechnung

- +137,5 Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden: Die Schätzung der Nachträge der Steuerperiode 2012 erhöhte sich aufgrund des höheren Durchschnitts der Nachträge in den Jahren n–7 bis n erheblich (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Tiefere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2008 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) sowie höhere Nachträge für die Perioden 2007 und früher (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV) trugen zum Ergebnis bei. Gemäss § 19 Abs. 3 RLV kann die Schätzung der Nachträge schon vor dem Rechnungsjahr n+4 korrigiert werden. Aufgrund der bereits vereinnahmten hohen Nachträge 2009 und 2010 wurde die Schätzung demgemäss um 35 Mio. Franken (2009) bzw. um 20 Mio. Franken (2010) korrigiert. (Hinweis: Im Anhang ist unter «Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze» das genaue Vorgehen für die Verbuchung der Staatssteuererträge umschrieben.)
- +125,1 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+8,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+117,1)
- +91,7 Die Beitragszahlungen des Lotteriefonds im Berichtsjahr sind geringer ausgefallen als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen nicht zum Entscheid oder zur Auszahlung gelangten (z. B. Rheinau, Villa Flora, Kunsthaus).
- +65,2 Quellensteuer: Die Auswirkungen von San10 (Massnahme 4400-102) sowie die hohe Zunahme ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (siehe auch Indikatoren L16 bis L18 in der LG Nr. 4400) führten zu einem starken Anstieg der Quellensteuererträge.
- +26,5 Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen um 0,6% über dem budgetierten Steuersoll.
- +14,5 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals infolge geringerer Kapitalaufnahmen und tieferer Zinsen
- +12,7 Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung: Höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes

+10,3	Minderaufwand infolge tieferer Wertberichtigungen auf Steuerforderungen und tieferer Abschreibungen auf Steuerforderungen
+7,5	Höhere kalkulatorische Zinserträge aufgrund höherer Finanzvermögensbestände
+5,8	Höhere Dividende der Flughafen Zürich AG (+5,1) sowie der Abraxas Informatik AG (+0,75)
-300,0	Die im Budget 2012 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellte Verbesserung von 300 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen umgesetzt.
-79,7	Bei der Budgetierung des Lotteriefonds bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Villa Flora, Stiftung Raumentwicklung). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. Folglich war die Entnahme aus dem Bestandeskonto geringer als budgetiert.
-28,3	Tiefere kalkulatorische Zinserträge aufgrund geringerer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen und Übertragungen vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
-27,5	Die Äufnung der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren, der Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, der Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie der Richterinnen und Richter fiel aufgrund der Änderung des technischen Zinssatzes (von 4,0% auf 3,25%) sowie der Anwendung neuerer Lebenserwartungstabellen markant höher aus als budgetiert.
-13,5	Die Staatskanzlei und die Kantonale Denkmalpflege haben die ihnen zustehenden Lotteriefonds-Beträge nicht ausgeschöpft, andere Überträge erfolgten erst im folgenden Rechnungsjahr. Der erfolgte Übertrag für den Baurechtszins von 15 Mio. Franken für das Kunsthaus konnte nicht budgetiert werden.
-9,0	Die Personalaufwandsenkungen aus der vom Regierungsrat beschlossenen Verminderung des Teuerungsausgleichs von 0,7% auf 0,5% wurden zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 budgetiert, fallen aber bei den anderen Leistungsgruppen an.
-6,9	Die im Budget 2012 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellten Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets fallen in den anderen Leistungsgruppen an.
-5,1	Quellensteuern: Der Mehrertrag an Quellensteuern führt zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgebenden und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden.
-4,9	Der Kanton Zürich wird aufgrund einer rückwirkenden Fehlerkorrektur bei der Berechnung der Einzahlungen in den Ressourcenausgleich 2012 um 4,9 Mio. Franken zusätzlich belastet.
+2,8	Übrige Entlastungen

Investitionsrechnung

- 256,2 Die im Budget 2012 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellte Korrektur des Investitionsvolumens (gestützt auf die Annahme, dass die Investitionsbudgets lediglich zu 80% ausgeschöpft werden können) fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
- 5,4 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen in der Leistungsgruppe Nr. 4930 an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)
- +20,0 Die für das Berichtsjahr in der Leistungsgruppe Nr. 4930 geplante Auszahlung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens von 20 Mio. Franken an die MCH Group AG wird voraussichtlich im Jahr 2013 erfolgen.
- 4,1 Übrige Investitionen

Personal

- +22,6 Überschreitung Beschäftigungsumfang im Steueramt aufgrund zu hoher Rekrutierung von Mitarbeitenden Anfang des Berichtsjahres konnte trotz Anstellungsstopp ab Mai nicht mehr kompensiert werden.
- 3,0 Im Berichtsjahr liegen die Personalkapazitäten in der Leistungsgruppe Nr. 4700, Drucksachen und Material, aufgrund von Vakanzen tiefer als budgetiert.
- 0,2 Übrige Veränderungen Beschäftigungsumfang

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
ZüriPrimo	0,49	-68,4	32,99	35,41

Das Programm ZüriPrimo ist die einzige grössere Investition innerhalb der betrieblichen Leistungsgruppen der Finanzdirektion. Mit ZüriPrimo wird ein Informatiksystem verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Programm ist in zwölf Realisierungseinheiten (RE) unterteilt und wird zwischen 2004 und 2018 ausgeführt.

In der finanziellen Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, werden Darlehen an öffentliche und private Unternehmungen geführt.

Im Budget der finanziellen Leistungsgruppe Nr. 4950, Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen, werden zentral Korrekturen des Investitionsvolumens vorgenommen, da das Investitionsbudget des Kantons jeweils nur zu rund 80% ausgeschöpft wird. Die in der Rechnung tieferen Investitionsausgaben fallen jedoch in den anderen Leistungsgruppen an.

Leistungsgruppen

4000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen zugunsten der Direktionsvorsteherin bzw. der Ämter beschäftigte sich das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten:

- Der Bereich der Versicherungsdienste betreute im Berichtsjahr rund 80 Versicherungspolice. Es wurden etliche Police einer Überprüfung unterzogen. Zwei grosse Police konnten aufgrund des guten Schadenverlaufs zu wesentlich günstigeren Bedingungen verlängert werden. Mit Beschluss Nr.464/2012 wurde der Einbezug der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ins kantonale Versicherungskonzept endgültig geregelt. Im Berichtsjahr wurden zudem insgesamt 102 nicht versicherte Haftungsfälle neu eröffnet und 111 erledigt.
- Im Berichtsjahr wurden 36 Notariatsgebührenrekurse erledigt. Die im Vergleich zu früheren Jahren höhere Anzahl steht im Zusammenhang mit den bis Ende 2011 erfolgten Eigentumsübertragungen als Reaktion auf die Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer.
- Im Bereich Erbschaften und Vermächnisse einschliesslich Nachlasskonkurse konnten 16 Fälle abgeschlossen werden.
- Anfang Mai trat der neue Generalsekretär seine Stelle an, nachdem sein Vorgänger Ende 2011 das Generalsekretariat verlassen hatte.
- Im Rahmen der Umsetzung der direktionsinternen IT-Strategie erfolgten die Vorarbeiten zur Schaffung einer Stelle des Informatikverantwortlichen FD im Generalsekretariat ab 2013.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten
A2	Verschiedene eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen
A3	Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Police; Begleitung der versicherten Schadensfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle
A4	Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds; siehe Leistungsgruppe Nr. 4980
A5	Kommunikation: Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit, Bearbeiten von Medienanfragen und Pflege des Internetauftritts

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide in % (vgl. A2)	max.	0	10	0	-10
W2	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide in % (vgl. A3)	max.	0	1	0	-1
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	7 764	7 000	6 402	-598
L2	Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	136	180	143	-37
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1 452	1 850	1 241	-609
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse (vgl. A2)	P	6	10	36	26
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	8	10	12	2
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	19	22	20	-2
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	124	80	111	31
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	150	150	182	32
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	28	23	27	4
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	420	455	450	-5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	13	25	17	-8
B2	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	6	9	4	-5
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0,13	0,6	0,17	-0,43
Abweichungsbegründungen						
L1	Weniger personelle Kapazität infolge personeller Mutationen					
L2, L3	Diese Indikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.					
L7, L8	Ist jeweils Schwankungen unterworfen und hängt von der Anzahl eingehender Fälle als auch von deren Komplexität ab, was sich auch auf B1 und B2 auswirkt.					
B3	Mangels personeller Kapazität konnten nur die dringendsten Sachen erledigt werden.					

Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,1	1,0	1,8	0,7
Übertrag aus Lotteriefonds	0,4	0,4	0,4	0,0
Regalien	0,4	0,3	0,4	0,1
Ertrag aus Erbanfällen	0,3	0,3	0,9	0,6
Aufwand	-5,1	-3,1	-3,0	0,2
Saldo	-4,0	-2,1	-1,2	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	10,6	11,5	10,7	-0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,6 Es konnte mehr aus Erbfällen als geplant eingenommen und abgeschlossen werden.
Auch war die Gebührenrückerstattung (+0,1) aus dem Salzregal leicht höher.

Aufwand:

+0,2 Infolge personeller Mutationen wurde der Stellenplan nicht voll ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	79 716	-9 858	+9 000	78 858	-858

Bildung von Rücklagen 2012

Es wurden rund 340 Arbeitsstunden geleistet, die Ende Jahr verfallen sind. Sie wurden im Zusammenhang mit der Überbrückung von Vakanzen geleistet.

4100 Finanzverwaltung

Hauptereignisse

Das Projekt «Internes Kontrollsystem (IKS)» (siehe den Direktionsteil mit Erläuterungen zum Aufbau des IKS der Finanzdirektion) und die Revision des Staatsbeitragsgesetzes bildeten Tätigkeitsschwerpunkte der Finanzverwaltung im Berichtsjahr. Darüber hinaus haben folgende Themen die Arbeit der Finanzverwaltung geprägt:

Auf- und Ausbau der E-Plattform im Buchungszentrum

Das bestehende Angebot des elektronischen Rechnungsempfanges wurde im Rahmen des Projektes «E-Plattform» auf der Transaktionsplattform ZHservices ausgebaut. Hier können sich Kunden für die elektronische Rechnungsstellung anmelden. Sobald eine Rechnung eingereicht wurde, kann der Status der Verarbeitung bis zur Zahlung der Rechnung durch den Kunden mitverfolgt werden. Das neue Angebot ermöglicht eine effizientere Verarbeitung von Rechnungen und senkt den Papieranfall in der kantonalen Verwaltung. Dieses Angebot ist hauptsächlich für KMU gedacht, die keine alternativen Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von Rechnungen haben. Mit diesem neuen Angebot erweitert der Kanton seine E-Government-Dienstleistungen auf der Transaktionsplattform ZHservices, über die bisher bereits die Steuererklärung und das Dienstverschiebungsgesuch elektronisch eingereicht werden können.

Neu können elektronische Rechnungen aus dem SAP-System versandt werden. Ab dem 4. Quartal des Berichtsjahres wurden in einer Pilotanwendung Rechnungen des Amtsblattes elektronisch erstellt und via E-Plattform an Kunden ausserhalb und innerhalb des Kantons versandt.

Neue Kursangebote der Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung bietet im Rahmen des kantonalen Weiterbildungsprogramms ein breites Angebot an Schulungen und Seminaren zu den Themenbereichen Finanzrecht und -controlling, Rechnungslegung und -führung sowie Kosten- und Leistungsrechnung an. Mit einer breit angelegten Erhebung des Ausbildungsbedarfs bei den Kunden überprüfte die Finanzverwaltung das Weiterbildungsangebot mit dem Ziel, das Angebot gezielter an den Kundenbedürfnissen auszurichten. Die Erhebung hat gezeigt, dass kantonsintern hauptsächlich weiterer Schulungsbedarf im Bereich der Rechnungslegung und der Anwendung der Rechnungswesenssysteme besteht. Für diese Themenbereiche haben die Abteilungen Kantonales Rechnungswesen und Kompetenzzentrum SAP deshalb im Berichtsjahr neue und innovative Ausbildungsangebote entwickelt.

Die Abteilung Kantonales Rechnungswesen bietet ab 2013 zusätzlich zum bestehenden Rechnungsführungskurs zwei weitere Schulungen für Praktiker im Bereich des Rechnungswesens an. Weitere Kurse zu Einzelfragen der Rechnungslegung sind in Vorbereitung.

Das Kompetenzzentrum SAP bietet Benutzerschulungen für die SAP-Basis-Funktionalitäten an. Neu haben alle SAP-Benutzerinnen und -Benutzer die Möglichkeit, sich über interaktive Simulationen direkt am eigenen Arbeitsplatz über die Handhabung der einzelnen SAP-Funktionen zu informieren. Für SAP-Superuser bestehen ebenfalls zusätzliche Schulungsangebote.

Das Buchungszentrum erarbeitete im Berichtsjahr Schulungsangebote zum Kontierungs- und Zahlungssystem. Diese werden voraussichtlich ab Sommer 2013 angeboten.

Die Kurse der Finanzverwaltung können entweder über das kantonale Weiterbildungsprogramm oder direkt bei den jeweiligen Abteilungen gebucht werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzcontrollerdienste zur Vorbereitung politischer Entscheide
A2	Führung eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
A3	Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
A4	Führung der SAP-Applikationen

Indikatoren

		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung* (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Franken, vgl. A1)	P	3 466	2 975	3 985	+1010
W2	Verschuldung (Fremdkapital ./ Finanzvermögen in Mrd. Franken, vgl. A1)	P	5,3	4,1	5,1	+1,0
W3	Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung** (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre [in %], vgl. A1)	P	106	129	116	-13

* Unter Berücksichtigung des Volksentscheids zur Verteilung der BVK-Sanierung über mehrere Jahre

** Neudefinition des Selbstfinanzierungsgrads gemäss Revision HRM2 in den Rechnungen 2011 und 2012 berücksichtigt
(diese Revision ist im Teil «Beilagen zum Finanzbericht», Kapitel «Kennzahlen der Finanzlage des Kantons» beschrieben)

Leistungen

L1	Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF / Budget / Nachtragskredite, Haushalts- und Finanzpolitik, vgl. A1)	max.	3 100	2 400	3 300	900
L2	Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung / Zwischenberichte, vgl. A1)	max.	1 420	1 640	1 800	160
L3	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über Fr. 50 000 / einfache unter Fr. 50 000 (vgl. A1)	P	0/14	0/10	0/2	0/-8
L4	Anzahl schriftliche Stellungnahmen (vgl. A1-A4)	max.	993	860	855	-5
L5	Anzahl Grossprojekte (über Fr. 500 000, vgl. A1-A4)	P	1	1	2	1
L6	Anzahl Projekte (zwischen Fr. 100 000 und Fr. 500 000, vgl. A1-A4)	P	2	4	2	-2
L7	Arbeitsstunden für den zentralen buchhalterischen Jahresabschluss (vgl. A2)	max.	1 200	1 500	1 500	0
L8	Arbeitsstunden für konzeptionelle Leistungen des Finanz- und Rechnungswesens (vgl. A2)	max.	3 300	3 340	3 100	-240
L9	Anzahl bearbeitete Kreditorenbelege (vgl. A3)	P	267 000	250 000	280 000	30 000
L10	Anzahl SAP-Benutzende, die durch das CCC SAP betreut werden (vgl. A4)	P	7 875	7 300	8 600	1 300
L11	Anzahl Support-Tickets CC SAP (vgl. A4)	P	3 727	3 650	3 900	250

Abweichungsbegründungen

W1–W3	Im Zeitpunkt der Budgetierung war lediglich das Ergebnis der Rechnung 2010 bekannt. Die Auswirkungen der Rechnung 2011, der Volksentscheid zur Verteilung der BVK-Sanierung über mehrere Jahre (KR-Vorlage 4851, Teil B) sowie das gute Ergebnis des Berichtsjahres führen zu einer Verbesserung des Mittelfristigen Ausgleichs sowie einem höheren Selbstfinanzierungsgrad.
L1	Im Budgetierungs- und Planungsprozess wurden rund 700 Stunden mehr eingesetzt als geplant, insbesondere im Zusammenhang mit der Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich. Zudem wurden im Auftrag des Regierungsrates für die Vorarbeiten zum KEF 2014–2017 zusätzlich rund 200 Arbeitsstunden eingesetzt.
L2	Zusätzliche Arbeitsstunden für die Erstellung des Geschäftsberichts und des Finanzberichts 2011.
L3	Im Berichtsjahr wurden von der Finanzverwaltung zwei Kantonsratsvorlagen beantwortet. Die Zahl der zu bearbeitenden KR-Überweisungen ist von der Finanzverwaltung nicht beeinflussbar.
L5	Das Projekt zur Einführung des Internen Kontrollsystems (IKS) wurde auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen. Im April des Berichtsjahres wurde das Projekt zur Revision des Staatsbeitragsgesetzes gestartet (im Budget noch nicht als Grossprojekt geführt).
L6	Im Berichtsjahr wurde das SAP-Modul Disclosure Management zur effizienteren Erstellung des Finanzberichts eingeführt. Im Kompetenzzentrum SAP wird zurzeit ein Organisationsentwicklungsprojekt durchgeführt.
L8	Für die Beratung in den Bereichen Anlagenbuchhaltung und Mehrwertsteuer wurden rund 930 Arbeitsstunden weniger als geplant eingesetzt. Für den Support im Rechnungswesen wurden rund 700 Mehrstunden geleistet.
L9	Höhere Anzahl Kreditorenbelege, insbesondere der Gesundheitsdirektion, der Baudirektion sowie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
L10	Höhere Benutzerzahlen aufgrund der Einführung des IKS-Tools, der zusätzlichen Benutzenden bei den Zürcher Fachhochschulen sowie der Erweiterungen im Personaladministrationssystem PULS-ZH.
L11	Höhere Anzahl Support-Tickets aufgrund der höheren SAP-Benutzerzahl.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Sanierungsprogramm San10 Abgeschlossen mit Ausnahme einzelner Massnahmen der Direktionen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen.	–	2012
E2 Entwicklung und Umsetzung der Grundsätze für ein internes Kontrollsystem für die Rechnungslegung und Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling (Projekt 4100/04) Abgeschlossen	–	2012
E3 Revision des Staatsbeitragsgesetzes (Projekt 4100/05) Planmässig Vgl. Legislaturziele der Finanzdirektion	–	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,5	4,6	6,7	2,1
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	5,4	4,5	6,6	2,1
Aufwand	-13,1	-12,8	-14,8	-2,0
Personalaufwand	-7,3	-8,4	-8,3	0,1
Abschreibungen und Zinsen	-0,4	-0,5	-0,5	0,1
Kreditübertragungen aus 2011		-0,3		
Saldo	-7,6	-8,2	-8,1	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3	-1,0	-0,3	0,7
Saldo	-0,3	-1,0	-0,3	0,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	50,5	56,9	57,6	0,7

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 2,1 Mio. Franken oder 46,3% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,8 Zusätzliche interne Erträge aus nicht budgetierten Dienstleistungen des Kompetenzzentrums SAP (Weiterverrechnung von Kundenprojektaufwendungen und SAP-Lizenzen)
- +0,4 Zusätzliche interne Erträge aus nicht budgetierten Leistungen des Buchungszentrums (höhere Belegumfänge der Gesundheitsdirektion, der Baudirektion und der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften)
- 0,1 Übrige Abweichungen, u. a. geringere Zinserträge auf Bank- und Postkonten aufgrund tieferer Zinssätze und Liquiditätsbestände

Der Aufwand liegt um 2,0 Mio. Franken oder 16,0% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 1,8 Den nicht budgetierten internen Erträgen des Kompetenzzentrums SAP stehen zusätzliche Aufwände in den Kundenprojekten (-1,6 Mio. Franken), für nicht budgetierte SAP-Lizenzen (-0,5 Mio. Franken) sowie für den SAP-Betrieb (-0,1 Mio. Franken) gegenüber. Aufgrund vakanter Stellen im Kompetenzzentrum SAP fielen die Personalaufwände um rund 0,3 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Diese Vakanzen führten auch zu Verzögerungen bei der Organisationsentwicklung des CC SAP und bei der geplanten Optimierung des SAP-Basissystems (Einführung von SAP Hana, SAP-Basissystem-Weiterentwicklung). Die Nichtumsetzung der geplanten Investitionen führte zu geringeren Kapitalkosten von rund 0,1 Mio. Franken.
- 0,3 Den nicht budgetierten internen Erträgen des Buchungszentrums stehen höhere Personalaufwände von rund 0,15 Mio. Franken sowie höhere Betriebsaufwendungen von rund 0,2 Mio. Franken gegenüber, die intern weiterverrechnet wurden.
- +0,1 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,8 Aufgrund fehlender personeller Ressourcen konnten im Kompetenzzentrum SAP die anstehende Optimierung der SAP-Systemperformance sowie weitere Vorhaben zur SAP-Weiterentwicklung nicht in Angriff genommen werden.
- 0,1 Im Budget nicht vorgesehene, aktivierte Ersatzbeschaffung von Büromobiliar

Personal

Zusätzliche, nicht budgetierte Aushilfen und Praktikanten/-innen im Buchungszentrum für die Bewältigung der zusätzlichen Belegmengen (+2,9 Anstellungen) werden weitgehend durch vakante Stellen im Kompetenzzentrum SAP (-2,2 Anstellungen) kompensiert.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	232 144	-10 273	16 000	237 871	+5 727

Bildung von Rücklagen 2011

Es wurden rund 320 Arbeitsstunden geleistet, die Ende Jahr verfallen sind:

- Höhere Zahl der betreuten SAP-Benutzenden und der Kundenprojekte (rund 160 Arbeitsstunden)
- Zur Sicherstellung des mittelfristigen Ausgleichs hat die Finanzverwaltung im Berichtsjahr ein direktionsübergreifendes Projekt geleitet. Die entsprechenden Mehrleistungen waren nicht geplant (rund 120 Arbeitsstunden).
- Höhere Zahl der Belegverarbeitungen im Buchungszentrum (rund 40 Arbeitsstunden).

Für den Antrag für die Bildung von Rücklagen wurden diese Stunden mit Fr. 50 bewertet.

4300 Amt für Tresorerie

Hauptereignisse

Geld- und Kapitalmarktaktivitäten

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Staates. Dazu wurden 229 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 13,8 Mrd. Franken getätigt. Dabei wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Der Kapitalbedarf konnte vollumfänglich aus der vorhandenen Liquidität gedeckt werden. Für das laufende Jahr musste – trotz Fremdkapitalfälligkeiten von 50 Mio. Franken – kein zusätzliches Fremdkapital aufgenommen werden. Da sich für das Jahr 2013 eine angespannte Liquiditätslage abzeichnete und um die bereits im Januar 2013 hohen Kapitalabflüsse sicherzustellen (u. a. Fremdkapitalfälligkeiten in Höhe von 600 Mio. Franken sowie die Zahlung einer ersten Tranche zur Einmaleinlage BVK in Höhe von 400 Mio. Franken), wurde im Dezember zusätzliches Fremdkapital in Höhe von 1 Mrd. Franken aufgenommen.

Administration von Darlehen und Beteiligungen

Im Finanz- und im Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen: Rückzahlung eines Darlehens durch die Abraxas Informatik AG in Höhe von 8 Mio. Franken sowie der Verkauf der Beteiligung an der TAR Tankanlage Rümlang AG mit einem Nettoerlös von 1,4 Mio. Franken.

Ausserdem wurden die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert.

Ausweis der finanziellen Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
A2	Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie des Fluglärmfonds (Airport Zürich Noise Fonds)
A3	Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
A4	Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Leistungsgruppen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	max.	0	0	0	
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (vgl. A1)	P	AAA	AAA	AAA	
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	max.	3 460	4 000	3 452	-548
L2	Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie der Lärmrechnung (vgl. A2)	max.	1 329	500	1 280	780
L3	Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	max.	854	1 200	728	-472
L4	Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR (vgl. A4)	max.	211	400	390	-10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	2,87	2,86	2,22	
B2	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0,16	0,10	0,16	
Abweichungsbegründungen						
L1	Die geringere Anzahl an Geldmarktgeschäften führte zu einem geringeren Arbeitsstundeneinsatz.					
L2	Die Neustrukturierung des Rechnungswesens für die Legate und Stiftungen führte auch im laufenden Jahr zu einem höheren Arbeitsstundeneinsatz.					
L3	Geringerer Arbeitsstundeneinsatz, weil weniger Projekte als geplant anfielen.					
L4	Tieferer Arbeitsstundeneinsatz, da weniger Anfragen zu bearbeiten waren.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)		R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
	Ertrag			0,0	0,0
	Aufwand	-0,8	-0,8	-0,8	-0,0
	Saldo	-0,8	-0,8	-0,8	-0,0
Investitionsrechnung					
	Einnahmen				
	Ausgaben		-0,1	-0,1	0,0
	Saldo		-0,1	-0,1	0,0
Personal					
	Beschäftigungsumfang Angestellte	4,0	4,0	4,0	0,0

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	17 406	-6 149	0	11 257	-6 149

Auflösung von Rücklagen 2012

- davon Fr. 5380 für neues Büromobiliar
- davon Fr. 769 für Personalanlässe AFT

4400 Steuern Betriebsteil

Hauptereignisse

Einführung der elektronischen Online-Steuererklärung

Im ersten Semester wurde in sieben Gemeinden des Kantons Zürich die elektronische Online-Steuererklärung (ZHprivateTax) eingeführt und ausführlich getestet. Die Steuerpflichtigen in Embrach, Langnau am Albis, Dietikon, Uster, Wädenswil, Winterthur und Zürich mussten dazu keine Software mehr auf ihren PC installieren und keine Formulare mehr ausdrucken, sondern konnten sich auf der E-Government-Plattform ZHservices einloggen und nach dem Fertigstellen der Steuererklärung nur noch eine Freigabequittung und allfällige Beilagen per Post einreichen. Die Steuererklärung wurde online übermittelt. Beachtliche 9,7% der Steuerpflichtigen der sieben Pilotgemeinden machten bis Ende Mai des Berichtsjahres bei der Einreichung der Steuererklärung von dieser Möglichkeit Gebrauch. Weiter erfolgt die Einführung einer «Light-Version» für einfache Fälle mit einer einfachen Benutzerführung und einem geringeren Aufwand für die Anmeldung.

Erhöhung der Erledigungsquote von Steuerfällen

Die Erledigungsquote von Steuerfällen durch das kantonale Steueramt erhöhte sich deutlich um 30 000 Fälle. Grund dafür ist eine hohe Ausschöpfung des Stellenplans. Damit konnten die Einschätzungen durch das Steueramt noch zeitnäher vorgenommen werden. Einer Effizienzsteigerung dient das im Berichtsjahr eingeführte Scanning von Steuerakten der juristischen Personen vor der Einschätzung. Damit wird der Veranlagungsprozess der juristischen Personen demjenigen der natürlichen Personen angenähert. Im für die Einschätzungstätigkeit zuständigen Bereich Produktion wurde zudem ein Qualitäts-Management-System nach CAF (Common Assessment Framework) pilotiert. Im Rahmen des Vorhabens, das unter Begleitung durch das Institut für Verwaltungs-Management der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) vorangetrieben wurde, wurde eine Selbstbewertung nach der Methode des CAF vorgenommen und ein Massnahmenplan zuhanden der Führung des Bereichs Produktion erstellt. Im Rahmen der weiteren Arbeiten werden nun die Massnahmen abgearbeitet und die Vorgehensmethodik nach CAF weiter vertieft.

Anwesenheitsmanagement

Im zweiten Semester des Berichtsjahrs führte das Steueramt ein Anwesenheitsmanagement, als Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements, ein. Die Einführung erfolgte zur Pilotierung des Anwesenheitsmanagements für die ganze Finanzdirektion. Mit dem Anwesenheitsmanagement schenkt das Steueramt der Gesundheit und Sicherheit seiner Mitarbeitenden die notwendige Beachtung. Das Anwesenheitsmanagement konkretisiert somit die Leitsätze des Steueramts. Es stellt ein Hilfsmittel für die Leiterinnen und Leiter der Organisationseinheiten dar, ihre Führungs- und Fürsorgeverantwortung proaktiv wahrzunehmen. Im Rahmen eines einheitlichen und verbindlichen Prozesses sowie mit klaren Verantwortlichkeiten erhalten alle Mitarbeitenden gleichermassen die ihnen gebührende Aufmerksamkeit, und es erfolgt für alle ein fairer Umgang mit dem Thema Absenzen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
A2	Bezug Bundessteuern
A3	Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
A4	Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramtes (ohne Einsprachen) in %	max.	6	5	6	1
W2	Projekt «ZüriPrimo»: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1) in %	P	99	99	99	0
Leistungen						
L1	Bestand offene Steuererklärungen Anfang Jahr (vgl. A1)	P	190 453	200 000	221 006	21 006
L2	Neuzugänge von Steuererklärungen (vgl. A1)	P	907 382	920 000	866 602	-53 398
L3	Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen (vgl. A1)	P	1 097 835	1 120 000	1 087 608	-32 392
L4	Total erledigte Steuererklärungen (vgl. A1)	P	876 829	920 000	893 522	-26 478
L5	- davon eingeschätzt durch Kanton	min.	386 857	410 000	421 055	11 055
L6	- davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	489 972	510 000	472 467	-37 533
L7	- Quote Einschätzungen durch Gemeinden in % des Totals erledigt	P	55,9	55,4	53,0	-2,4
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr (vgl. A1)	max.	221 006	200 000	194 086	-5 914
L9	Fristgerechte Veranlagungen (vgl. A1): - 1 Jahr nach Steuerperiode in %	min.	60	62	58	-4,0
L10	- 2 Jahre nach Steuerperiode in %	min.	98	97	98	1,0
L11	- 3 Jahre nach Steuerperiode in %	min.	99	99	99	0
L12	Anzahl Rechnungen Bundessteuer (vgl. A2)	P	1 474 077	1 475 000	1 427 135	-47 865
L13	Erbschaftssteuer-Veranlagungen mit Steuerbezug (vgl. A3)	P	1 234	1 250	1 410	160
L14	Schenkungssteuer-Veranlagungen mit Steuerbezug (vgl. A3)	P	442	400	483	83
L15	Quellensteuerverfahren (vgl. A4)					
L16	Anzahl abzurechnende Arbeitgeber (vgl. A4)	P	19 608	19 500	21 164	1 664
L17	Anzahl zu erfassende Arbeitnehmer (vgl. A4)	P	145 917	123 000	159 300	36 300
L18	Anzahl Quellensteuer-Rechnungen (vgl. A4)	P	79 202	74 700	77 933	3 233
Wirtschaftlichkeit						
B1	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	244	225	239	14
B2	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	270	265	266	1

Abweichungsbegründungen

W1	Der Wert liegt innerhalb der Bandbreite von 5% bis 8%.
L2	Weniger Steuererklärungen von den Gemeinden an den Kanton abgeliefert
L5	34 198 Steuererklärungen mehr eingeschätzt als 2011 (vgl. auch Beschäftigungsumfang)
L9	Abnahme der fristgerechten Veranlagungen aufgrund tieferer Einschätzungsquote Gemeinden (vgl. L7)
L12	Abnahme der Anzahl Rechnungen Bundessteuer infolge Anhebung der Schwellenwerte und Ausgleich der kalten Progression
L16–L18	Anstieg im Bereich der Quellensteuer aufgrund anhaltender Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Umsetzung des Informatikprojekts «ZüriPrimo» (vgl. Projekt 4400/01) Planmässig	-	2018
E2 E-Government: elektronische Einreichung von Steuererklärungen übers Internet (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 05) Planmässig Wird mit Inbetriebsetzung und Ausbreitung im ganzen Kanton Zürich in der ersten Hälfte 2013 erfolgreich abgeschlossen.	-	2013
E3 Ablösung der Applikation «Direkte Bundessteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 04) Verzögert Umsetzungszeitpunkt neu auf 2016 verschoben	-	2015
E4 Ablösung der Applikation «Quellensteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 07) Verzögert Umsetzungszeitpunkt neu auf 2015 verschoben.	-	2014
E5 Erhaltung der Steuerhoheit und der guten Wettbewerbsposition sowie Optimierung des Steuersubstrats Planmässig Der Kanton Zürich beteiligt sich am Projekt, welches das EFD, in Zusammenarbeit mit der FDK und der KdK, zur «Reform des Unternehmenssteuersystems im Spannungsfeld von Wettbewerbsfähigkeit, Finanzierung der Staatsausgaben und internationaler Akzeptanz» lanciert hat (USR III). Nachdem das Volk sowohl die Steuergesetzrevision zur Entlastung der natürlichen Personen («Steuerpaket») als auch die Steuergesetzrevision zum Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes mit Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer abgelehnt hat, sind derzeit keine weiteren Tarifsenkungen geplant. BAK Basel erstellt jedoch weiterhin im Auftrag der Finanzdirektion den jährlichen «Zürcher Steuerbelastungsmonitor».	13a	2015

E6	Überprüfung der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden im Bereich der Steuern und einer Neukonzeption der Prozesse und Informatikmittel Planmässig Gutachten des IFF (Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht der Universität St. Gallen) zur Aufgabenteilung zwischen Kanton Zürich und den Gemeinden im Steuerbereich Anfang November des Berichtsjahres fertiggestellt.	15b	2015
E7	Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung zur Ausgestaltung des internationalen Informationsaustauschs in Steuersachen und die Auswirkungen auf den innerschweizerischen Informationsaustausch durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte Planmässig Einflussnahme durch Einsitz in Arbeitsgruppen der FDK (Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren) und der SSK (Schweizerische Steuerkonferenz). Weiter Einflussnahme im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Steuerstrafrechts sowie durch Teilnahme bei Vernehmlassungen, z. B. bei Doppelbesteuerungsabkommen.	14e	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,0	6,0	5,4	-0,6
Aufwand	-151,3	-161,5	-160,3	1,2
Personalaufwand	-95,3	-99,6	-100,5	-0,8
Abschreibungen und Zinsen	-5,9	-7,2	-6,9	0,3
Betrieb Informatik	-11,4	-12,4	-11,3	1,1
Hard- und Softwareaufwand	-19,5	-21,6	-22,5	-0,9
Mieten und Sachaufwand	-19,2	-20,7	-19,2	1,4
Saldo	-146,2	-155,5	-154,9	0,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0	0,1	0,1
Ausgaben	-8,6	-3,1	-1,6	1,5
Saldo	-8,6	-3,1	-1,5	1,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	684,9	705,0	727,6	22,6

Erfolgsrechnung

- 0,8 Personalmehraufwand unter 1% infolge höherer Rückstellungen für strittige Forderungen von Mitarbeitenden sowie höherem Beschäftigungsumfang
- +1,1 Betrieb Informatik: Aufgrund von Projektverzögerungen entfielen die entsprechenden betrieblichen Folgekosten.
- 0,9 Gemäss Projektfortschritt höherer Hard- und Softwareaufwand
- +1,4 Rückerstattung Nebenkosten (früherer Jahre) Mietobjekt Bändliweg 21, geringerer Drucksachenverbrauch, tiefere Betriebskosten sowie gesunkener Mietaufwand infolge vorgeschriebener Umqualifizierung von Mieten in Zins- und Abschreibungskosten (Finanzierungsleasing).

Investitionsrechnung

- +1,5 Minderinvestitionen gemäss Projektfortschritt

Personal

- +22,6 Überschreitung Beschäftigungsumfang aufgrund zu hoher Rekrutierung von Mitarbeitenden Anfang des Berichtsjahres konnte trotz Anstellungsstopp ab Mai des Berichtsjahres nicht mehr kompensiert werden (vgl. auch höhere Zahl Steuereinschätzungen unter L5).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 873 262	0	0	1 873 262	0

4500 Personalamt

Hauptereignisse

Für direktionsübergreifende Projekte wird auf den Funktions- und Querschnittsbereich Personal verwiesen. Für das Personalamt waren folgende Projekte und Ereignisse von Bedeutung:

Personalstrategie 2012–2015

Die Personalstrategie 2012–2015 wurde unter der Leitung des Personalamtes in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet und vom Regierungsrat beschlossen.

Rechtsdienst und Case Management

Der Rechtsdienst hat den Entwurf für die datenschutzrechtliche Grundlage für das Personalinformations- und Lohnadministrationssystem PULS und das Case Management erstellt und nach der Ermächtigung durch den Regierungsrat in die Vernehmlassung gegeben.

Im Rahmen der BVK Statutenrevision wurde die Berechnungsgrundlage des versicherten Lohnes neu definiert, was eine Überprüfung der versicherten Zulagen zur Folge hatte. Zudem bereitete der Rechtsdienst, aufgrund der Verselbstständigung der BVK, die Anpassungen des Personalrechts vor.

Das Personalamt veranlasste eine externe Evaluation des 2008/2009 im Kanton flächendeckend eingeführten Case Managements. Die Überprüfung ergab, dass dieses nach drei Jahren bereits gut verankert ist und positive Ergebnisse zu verzeichnen sind.

Personalentwicklung

Das nach eduQua-Standard zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der Bereiche interne Aus- und Weiterbildung und Management Development der Abteilung Personalentwicklung wurde in einem Re-Zertifizierungsaudit erfolgreich bestätigt. eduQua ist ein schweizerisches Zertifizierungsverfahren für Weiterbildungsinstitutionen. Das eduQua-Zertifikat bietet unseren Kundinnen und Kunden im Sinne eines Qualitätslabels eine Garantie für die Gesamtqualität unserer betrieblichen Weiterbildung.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner zur neuen Bildungsverordnung für KV-Lernende geschult, und die Verordnung wurde umgesetzt.

Organisatorisches

Auf den 1. Februar wurde die neu geschaffene Fachstelle Lohn besetzt. Deren Aufgaben umfassen u. a. die Sicherstellung einer einheitlichen Bewertung von neuen oder anzupassenden Richtpositionen. Des Weiteren wurden die Bereiche CC Payroll, CC PULS, Personalcontrolling und Fachstelle Lohn auf den 1. März zur Abteilung Finanzen & Informatik zusammengefasst.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Gewinnung und Erhaltung von Mitarbeitenden erfolgt bedürfnisorientiert und nach wirtschaftlichen Kriterien.
A2	Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalstrategie 2012–2015. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
A3	Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung
A4	Beratung in Fragen des Personalrechts, Begleitung von Rechtsmittelverfahren, Entwicklung des Personalrechts, Koordination von Case Management
A5	Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung, Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems
A6	Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Kursbeurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut», in % (vgl. A2)	min.	93	85	93	8
W2	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut», in % (vgl. A2)	min.	94	90	93	3
W3	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut», in % (vgl. A2)	min.	93	90	92	2
Leistungen						
L1	Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	121	90	113	23
L2	Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage einschliesslich Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P	6 313	6 000	6 094	94
L3	Anzahl betreute Lernende (vgl. A2)	P	192	185	194	9
L4	Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2 200	2 300	2 200	-100
L5	Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	36 447	51 000	53 957	2 957
L6	Anzahl mit PALAS/PULS-ZH bewirtschafteter Personaldossiers (Zahlstelle 1; vgl. A4)	P	15 500	15 000	15 700	700
L7	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle (vgl. A5)	P	196	191	208	17
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	3 277	3 500	3 288	-212
B2	Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung (vgl. A2)	P	555	600	549	-51
B3	Kosten pro Lernende, ohne Arbeitsplatzkosten (vgl. A2)	P	21 144	21 000	21 454	454
B4	Kosten pro juristische Beratung (vgl. A3)	P	57	70	73	3
B5	Betriebskosten pro Lohnauszahlung und Jahr (vgl. A4)	P	115	97	113	16

Abweichungsbegründungen

L1	Erhöhte Nachfrage nach dem Programm «Grundausbildung für Führungskräfte» sowie aufgrund des neuen Programms «Kadernachwuchsförderung für die Finanzdirektion»
L5	Die höhere Anzahl Lohnauszahlungen ist zurückzuführen auf die Zunahme von Dienstleistungen im Bereich Lohnverarbeitung und -administration ausserhalb der kantonalen Verwaltung.
L7	Die Erhöhung der Anzahl betreute Mitarbeitende steht weitgehend im Zusammenhang mit der Zunahme von Anstellungsverhältnissen im Steueramt.
B3	Erhöhung resultiert aus höheren Beiträge für die KV Business School.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Erarbeitung und Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015 Planmässig Die Personalstrategie 2012–2015 wurde in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet und mit Beschluss Nr. 772/2012 vom Regierungsrat verabschiedet.	16a	2015
E2	Einführung einer direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung (vgl. A2 und Projekt 4500/08) Planmässig Das Programm «dKNF» wurde im Berichtsjahr durch den Regierungsrat verabschiedet und die Instrumente zur Umsetzung erarbeitet.	–	2013
E3	Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandplanung Planmässig Die Massnahme wird bis Ende der Legislatur 2015 umgesetzt.	–	2013
E4	Konzeption und Einführung einer «e-learning»-Plattform für die kantonale Aus- und Weiterbildung Planmässig Im Berichtsjahr wurde das Grobkonzept für «e-learning» erarbeitet.	–	2013
E5	Umsetzung der Massnahmen aus der in der Finanzdirektion durchgeführten Mitarbeiterbefragung Planmässig Über den Umsetzungsstand der Massnahmen wurde gegen Ende des Berichtsjahres ein Zwischenbericht erstellt. Die abschliessende Umsetzung aller Massnahmen wird bis Ende der Legislatur andauern.	–	2012
E6	Umsetzung eines An- und Abwesenheitsmanagements in der Finanzdirektion Planmässig Wie geplant, wurde die Umsetzung als Pilotprojekt im Steueramt begonnen. Die Einführung und Umsetzung des An- und Abwesenheitsmanagements in allen Ämtern der Finanzdirektion ist bis 2014 geplant.	–	2012
E7	Umsetzung der Personalmassnahmen aus MH06 und San10 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970) Planmässig	–	2015
E8	Umsetzung des Projekts «Familienergänzende Kinderbetreuung» Planmässig Die rechtlichen Grundlagen zum Projekt werden zu Beginn 2013 in die Vernehmlassung gegeben, im Anschluss dem Regierungsrat zum Beschluss und Mitte 2013 dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt.	16c	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,6	3,7	3,4	–0,3
Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1,7	1,7	1,6	–0,1
Aufwand	–20,4	–21,6	–19,5	2,1
Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	–9,1	–9,9	–9,0	0,8
Case Management	–1,4	–2,0	–1,2	0,9
Saldo	–16,8	–17,9	–16,2	1,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,5		–0,0	–0,0
Saldo	–0,5		–0,0	–0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	39,1	38,9	39,6	0,7

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,3 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0,1 Die Erträge der internen Aus- und Weiterbildung wurden zu hoch budgetiert.
- 0,2 Minderertrag für Dienstleistungen im Bereich Lohnverarbeitung und –administration

Der Aufwand liegt um 2,1 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,4 Geringerer Lohnaufwand von 0,5 Mio. Franken für das Programm «Überbrückungsstellen für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger» und Mehraufwand von 0,1 Mio. Franken für insgesamt 0,7 Stellen im Personalamt (vgl. Begründung «Personal»)
- +0,4 Geringerer Aufwand, da Mehrarbeitszeiten und Ferienguthaben im Personalamt abgebaut und somit Rückstellungen aufgelöst werden konnten und die Höhe der Vorsorgeleistungen geringer als budgetiert waren.
- +0,9 Trotz weiterer Reduktion des Budgets für Case Management waren die Aufwendungen geringer. Im KEF 2013–2016 wurden die Budgetwerte nochmals gesenkt.
- +0,9 Geringere Aufwendungen im Bereich Dienstleistungen Dritter der Personalentwicklung
- 0,4 Höherer Aufwand für Dienstleistungen Dritter von 0,7 Mio. Franken und geringere weiterverrechnete Kosten für Personalleistungen CCC SAP von 0,3 Mio. Franken im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Weiterentwicklung von PULS-ZH.
- 0,1 Übrige Abweichungen

Personal

- +0,7 Zur Kompensation von mehreren Langzeitabsenzen im Bereich CC-Payroll wurden Aushilfen mit einem befristeten Anstellungsverhältnis ausserhalb des Stellenplans angestellt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	286 682			286 682	

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Hauptereignisse

Informatikstrategie

Aufgrund der im Vorjahr erarbeiteten Lösungskonzepte in der Umsetzungseinheit 1 wurden einzelne Umsetzungsschritte erarbeitet, insbesondere wurde der «Leitfaden Kennzahlen» überarbeitet.

In der Umsetzungseinheit 2 wurde ein Organisationskonzept für die Informatiksicherheit ausgearbeitet, und es wurden wesentliche Vorarbeiten für die Überarbeitung der Informatiksicherheitsverordnung und die Erarbeitung eines Managementsystems für Informatiksicherheit geleistet.

Datennetzwerk LEUnet

Das Kantonale Informatik-Team (KIT) hat im Berichtsjahr das Grobkonzept für die Netzwerkstrategie des Kantons Zürich erarbeitet. Es ist Grundlage für die für 2013 geplante Ausarbeitung der Netzwerkstrategie und die für 2014 geplante Ausschreibung eines neuen Netzwerks, das 2015 das heutige Datennetzwerk LEUnet ablösen kann.

Einsatzstrategie für mobile Geräte

Um die zunehmenden Wünsche nach Mobilkommunikation in wirtschaftlicher und sicherheitsmässiger Hinsicht zu steuern, wurde eine Einsatzstrategie Mobilkommunikation erarbeitet, die Ende des Berichtsjahrs kurz vor der Fertigstellung stand.

ZHidentity / ZHdirectory

Nach über sechs Jahren Betrieb wurde ein Projekt zur technischen und vertraglichen Erneuerung gestartet, und der Betriebsvertrag mit Abraxas wurde verlängert. Ein Meilenstein ist die Entwicklung des ZHidentity Provisioning (Lotus Notes) zur automatischen Übernahme der Identitäten aus dem Personaladministrationssystem PULS-ZH zur Einrichtung von E-Mail-Konten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
A2	Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
A3	Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99,95	99,4	99,87	
Leistungen						
L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	814	1 200	1 384	184
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	4 115	4 000	4 376	376
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	9	10	7	-3
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	12 971	12 000	14 219	2 219
L5	Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	3 544	2 500	2 577	77
Abweichungsbegründungen						
L1	Erhöhung durch Erarbeitung Netzwerkstrategie					
L4/L5	Aus- und Umbauten sowie Umzug von Arbeitsstellen. Zahl ist durch die Leistungsgruppe nicht beeinflussbar.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Umsetzung der kantonalen Informatikstrategie (weitere Umsetzungseinheiten ab UE2 bis UEx) Verzögert Umsetzungseinheiten 1 und 2 leicht verzögert; weitere Umsetzungseinheiten noch nicht begonnen	15f	2015
E2	Als Teil der Informatikstrategie-Umsetzung: grundlegende Verbesserung der Informatiksicherheit Planmässig	15f	2013
E3	Neue LEUnet-Strategie sowie Ablösung/Modernisierung des kantonalen Netzwerks Planmässig Grobkonzept Netzwerkstrategie genehmigt; Weiterarbeit planmässig	15g	2015
E4	SAP-Strategie festlegen und umsetzen Verzögert Vgl. Legislaturziele der Finanzdirektion	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0		0,0	0,0
Aufwand	-5,6	-6,5	-5,6	1,0
Saldo	-5,6	-6,5	-5,6	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1		-0,1	-0,1
Saldo	-0,1		-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	7,7	8,4	7,6	-0,8

Erfolgsrechnung

- +0,5 Projekte konnten teilweise mit weniger externer Unterstützung und aus Kapazitätsgründen noch nicht oder erst in ersten Phasen bearbeitet werden (insbesondere Umsetzung Informatikstrategie, Ausarbeitung SAP-Strategie, Schnittstellenbereinigung Netzstruktur Kanton/Abraxas).
- 0,2 Projekte, die bei Budgeterstellung nicht geplant waren (prozessgesteuerte Changeverwaltung, Einsatzstrategie für mobile Geräte).
- +0,4 Tiefere Betriebskosten (insbesondere Netzwerkkosten der Gemeinden, Miete Lichtwellenleiter, Betrieb LEUnet)
- +0,2 Stelle noch nicht bewilligt.

Investitionsrechnung

- 0,1 Eine in der Erfolgsrechnung budgetierte Beschaffung von Hardware für das Netz wurde in der Investitionsrechnung verbucht.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	7 297	0	0	7 297	0

4700 Drucksachen und Material

Hauptereignisse

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat im Auftrag ihrer Kundinnen und Kunden ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt, das sich insgesamt in einem ähnlichen Rahmen wie in den Vorjahren bewegte. Folgende Entwicklungen sind speziell zu erwähnen:

Grosse Nachfrage nach Beschaffungsgütern

Wie in den Vorjahren war eine grosse Nachfrage nach den verschiedenen Beschaffungsgütern (u. a. Büromaterial, Reinigungsmittel, Drucksachen, Publikationen, Informatikmittel, Outputsysteme) zu verzeichnen. Dabei zeigte sich ein Rückgang bei den Drucksachen, der vor allem auf die tiefere Anzahl von Wahlen zurückzuführen ist.

Aktive Förderung ökologischer Beschaffung

Die ökologische Beschaffung ist wiederum aktiv gefördert worden, auch in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) und der Trägergruppe Büroökologie. Dabei konnte insbesondere der Anteil von Recyclingpapier gemäss RRB Nr. 1244/2009 verwaltungsweit weiter gesteigert werden.

Festlegung von Lead-Buyer-Funktionen

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 890/2012 eine ständige Organisation festgelegt, mit der die Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens als Daueraufgabe wahrgenommen werden soll. Er hat dabei der kdmz die «Lead-Buyer»-Funktion für die Materialgruppen Büromaterial, Publikationen und Outputsysteme zugewiesen.

Ablösung Rechnungswesen-Software

Die kdmz hat im Berichtsjahr die Grundlagen geschaffen, um ihre bisherige Rechnungswesen-Software per 1. Januar 2013 durch das kantonale System abzulösen. Die Ablösung erfolgt auch mit Bezug zum Sanierungsprogramm San10, welches Massnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen vorsieht.

Erfolgreiche Durchführung Rezertifizierungsaudit

Die kdmz verfügt seit 2003 über ein Qualitätsmanagementsystem nach der Norm ISO 9001. Im Berichtsjahr wurde ein Rezertifizierungsaudit erfolgreich durchgeführt, womit die kdmz weiterhin zertifiziert ist.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen
----	---

Leistungsgruppen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl Kunden/-innen, die E-Business verwenden	P	7 500	7 400	7 600	200
Leistungen					
L1 Anzahl Bestellungen	P	86 900	90 000	83 300	-6 700
L2 Anteil Bestellungen über E-Shop an Anzahl Bestellungen (in %)	P	50	49	52	3
Abweichungsbegründungen					
W1	Die Anzahl Kunden/-innen, die E-Business verwendeten und im E-Shop der kdmz registriert waren, hat sich im Berichtsjahr weiter erhöht.				
L2	Der Anteil an Bestellungen, die über den E-Shop abgewickelt wurden, war im Berichtsjahr weiterhin zunehmend.				

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens Planmässig	-	2012
E2	Weitere Förderung von E-Business (u. a. elektronische Bestellabwicklung) Planmässig Es ist eine weiterhin zunehmende Nutzung der elektronischen Bestellabwicklung zu verzeichnen.	-	2013

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
Ertrag		42,0	43,1	38,1	-5,0
Aufwand		-41,1	-42,9	-37,3	5,5
Saldo		0,8	0,3	0,8	0,5
Investitionsrechnung					
Einnahmen		0,0			
Ausgaben		-0,1	-0,9	-0,1	0,8
Saldo		-0,1	-0,9	-0,1	0,8
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		50,1	52,0	49,0	-3,0

Erfolgsrechnung

- 5,0 Die Abweichung zum Budget ist in besseren Einkaufskonditionen, in Optimierungen im Beschaffungswesen (u. a. Kernsortiment Büromaterial), in einer geringeren Anzahl Beschaffungen in Bezug auf Wahlen und Abstimmungen sowie in einem deutlich tieferen Umfang bei Submissionen von Informatikmitteln begründet.
- +5,0 Der Aufwand für die Beschaffungen vermindert sich in ähnlichem Umfang.
- +0,5 Im Berichtsjahr liegt der Personalaufwand aufgrund von Vakanzen tiefer als budgetiert.

Investitionsrechnung

- +0,8 Im Berichtsjahr wurden die finanziellen Mittel für die Umsetzung IT-gestützter Beschaffungsprozesse nur in geringem Umfang beansprucht.

Personal

- 3,0 Im Berichtsjahr liegen die Personalkapazitäten aufgrund von Vakanzen tiefer als budgetiert.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	410 613	0	0	410 613	0

4910 Steuererträge

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6 915,7	6 478,6	6 722,7	244,1
Staatssteuern	6 027,3	5 593,2	5 821,4	228,2
– davon Laufende Periode NP	3 726,7	3 467,8	3 502,3	34,5
– davon Laufende Periode JP	883,6	920,0	912,0	–8,0
– davon Nachträge NP	717,4	729,8	863,3	133,5
– davon Nachträge JP	372,4	213,8	217,8	4,0
– davon Quellensteuer	238,3	184,6	249,7	65,2
– davon übrige Erträge	89,0	77,2	76,2	–1,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	197,4	200,2	204,4	4,2
Direkte Bundessteuer	605,2	621,0	619,9	–1,1
Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	85,9	64,3	77,0	12,7
Aufwand	–162,7	–150,7	–145,5	5,2
Staatssteuern	–160,8	–149,4	–144,2	5,2
Erbschafts- und Schenkungssteuer	–1,8	–1,3	–1,3	–0,0
Saldo	6 753,1	6 327,9	6 577,2	249,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +26,5 Laufende Periode: Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen um 0,6% über dem budgetierten Steuersoll.
- +137,5 Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden: Die Schätzung der Nachträge der Steuerperiode 2012 erhöhte sich aufgrund des höheren Durchschnitts der Nachträge in den Jahren n–7 bis n erheblich (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Tiefere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2008 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) sowie höhere Nachträge für die Perioden 2007 und früher (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV) trugen zum Ergebnis bei. Gemäss § 19 Abs. 3 RLV kann die Schätzung der Nachträge schon vor dem Rechnungsjahr n+4 korrigiert werden. Aufgrund der bereits vereinnahmten hohen Nachträge 2009 und 2010 wurde die Schätzung demgemäss um 35 Mio. Franken (2009) bzw. um 20 Mio. Franken (2010) korrigiert. (Hinweis: Im Anhang ist unter «Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze» das genaue Vorgehen für die Verbuchung der Staatssteuererträge umschrieben.)

+65,2 Quellensteuer: Die Auswirkungen von San10 (Massnahme 4400-102) sowie die hohe Zunahme ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (siehe auch Indikatoren L16 bis L18 in der LG Nr. 4400) führten zu einem starken Anstieg der Quellensteuererträge.

+12,7 Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung: Höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes

Aufwand:

+10,3 Minderaufwand infolge tieferer Wertberichtigungen auf Steuerforderungen und tieferer Abschreibungen auf Steuerforderungen

-5,1 Quellensteuern: Der Mehrertrag an Quellensteuern führt zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgeber und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden.

Indikatoren

		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Steuerfuss in % der einfachen Staatssteuer	P	100	100	100	

4921 Schadenausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-4,7	-2,2	-2,7	-0,5
Versicherungsprämien	-1,2	-1,3	-1,2	0,1
Schadenausgleich	-3,4	-0,9	-1,4	-0,5
Saldo	-4,7	-2,2	-2,7	-0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

-0,5 Rückstellung von 1,4 Mio. Franken für drei Staatshaftungsfälle. Davon konnten 0,9 Mio. Franken kompensiert werden, da daneben nur geringe Schadenausgleichszahlungen zu leisten waren.

4930 Kapital- und Zinsdienst Staat

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie, dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt.
Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	598,9	299,8	427,0	127,2
Finanzertrag	86,6	87,5	89,6	2,1
Gewinnanteil ZKB	220,0	212,0	220,0	8,0
Gewinnanteil Nationalbank	292,0	0,0	117,1	117,1
Aufwand	-96,7	-110,8	-96,2	14,7
Finanzaufwand	-96,5	-110,7	-95,8	14,9
Saldo	502,2	189,0	330,8	141,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen			1,1	1,1
Ausgaben	-4,1	-20,0	-5,4	14,6
Saldo	-4,1	-20,0	-4,3	15,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +125,1 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+8,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+117,1)
- +5,8 Höhere Dividende der Flughafen Zürich AG (+5,1) sowie der Abraxas Informatik AG (+0,75)
- +1,4 Nettoerlös aus Verkauf der Beteiligung an der Tankanlage Rümlang AG
- 3,9 Niedrigerer Ertrag auf Neukonversionen des ZKB-Grundkapitals infolge tieferer Zinsen
- 0,6 Niedrigerer Zinsertrag auf Darlehen infolge Verzögerung bei der Auszahlung eines Darlehens an die MCH Group
- 0,5 Niedrigerer Zinsertrag aus Festgeldanlagen aufgrund tieferer Zinsen

Aufwand:

- +14,5 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals infolge geringerer Kapitalaufnahmen und tieferer Zinsen
- +0,3 Tieferer Aufwand für die Verzinsung der Kontokorrentkonten aufgrund tieferer Kontokorrentsaldi

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +0,7 1. Teilrückzahlung eines Darlehens an die Zurich International School Wädenswil
- +0,4 Verkauf der Beteiligung an der TAR Tankanlage Rümlang AG - Übertragung ins Finanzvermögen

Ausgaben:

- +20,0 Die für das Berichtsjahr geplante Auszahlung eines zinsgünstigen, rückzahlbaren Darlehens von 20 Mio. Franken an die MCH Group AG wird voraussichtlich 2013 erfolgen.
- 5,4 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	343,5	361,3	340,7	-20,6
Kalkulatorischer Zinsertrag	340,8	359,4	338,6	-20,8
Aufwand	-2 704,5	228,6	-117,1	-345,7
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-69,6	-70,3	-72,3	-2,0
Rückstellungen aus Ruhegehaltsordnung	-17,5	-17,0	-44,5	-27,5
Zentrale Korrektur Abschreibungen		6,9	0,0	-6,9
Zentrale Korrektur voller Teuerungsausgleich per 1. 1. 2012		9,0		-9,0
Zentrale Korrektur Budget 2012		300,0		-300,0
Rückstellungen für Massnahmen zur BVK-Sanierung	-2 617,0		0,0	0,0
Saldo	-2 361,0	589,9	223,6	-366,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		256,2		-256,2
Zentrale Korrektur Budget 2012		256,2		
Saldo		256,2		-256,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Der Ertrag liegt um 20,6 Mio. Franken oder 5,7% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 28,3 Tiefere kalkulatorische Zinserträge aufgrund geringerer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen und Übertragungen vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
- 0,5 Geringere Erträge aus der Rückverteilung der CO₂-Abgabe des Bundes
- +7,5 Höhere kalkulatorische Zinserträge aufgrund höherer Finanzvermögensbestände
- +0,7 Nicht budgetierte Fremdwährungsgewinne, vor allem auf den Eurobeständen
- 0,1 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 345,7 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 300,0 Die im Budget 2012 zentral eingestellte Verbesserung von 300 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen umgesetzt.
- 27,5 Die Äufnung der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren, der Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, der Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie der Richterinnen und Richter fiel aufgrund der Änderung des technischen Zinssatzes (von 4,0% auf 3,25%) sowie der Anwendung neuerer Lebenserwartungstabellen markant höher aus als budgetiert.
- 9,0 Die Personalaufwandsenkungen aus der vom Regierungsrat beschlossenen Verminderung des Teuerungsausgleichs von 0,7% auf 0,5% fallen bei den anderen Leistungsgruppen an.
- 6,9 Die im Budget 2012 zentral eingestellten Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets fallen in den anderen Leistungsgruppen an.
- 2,0 Höhere kalkulatorische Zinsaufwände aufgrund höherer Fondsbestände
- 0,3 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- 256,2 Die im Budget 2012 zentral eingestellte Korrektur des Investitionsvolumens (gestützt auf die Annahme, dass die Investitionsbudgets lediglich zu 80% ausgeschöpft werden können) fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (FiLa) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	80,5	78,8	78,8	0,0
Soziodemografischer Lastenausgleich	80,5	78,8	78,8	0,0
Aufwand	-571,3	-506,8	-511,4	-4,6
Ressourcenausgleich	-550,7	-486,2	-490,8	-4,6
Härteausgleich	-20,6	-20,6	-20,6	0,0
Saldo	-490,8	-428,0	-432,6	-4,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Der Aufwand liegt um 4,6 Mio. Franken oder 1,1% über dem Budget.

- 4,9 Der Kanton Zürich wird aufgrund einer rückwirkenden Fehlerkorrektur bei der Berechnung der Einzahlungen in den Ressourcenausgleich 2012 um 4,9 Mio. Franken zusätzlich belastet. Die Eidgenössische Finanzverwaltung muss gemäss Art. 13 Abs. 4 FiLaV für jede Vierjahresperiode den Alpha-Faktor, der für die Ermittlung der im Ressourcenpotenzial zu berücksichtigenden Vermögenswerte benötigt wird, neu berechnen. Die ursprüngliche Berechnung stellte sich nachträglich als falsch heraus. Durch die Korrektur des Alpha-Faktors von 0,7 auf 0,8 erhöht sich das massgebliche Vermögen der natürlichen Personen. In der Folge wird der Kanton Zürich 2013 zulasten des Rechnungsjahrs 2012 zu einer höheren Zahlung in den Ressourcenausgleich verpflichtet (vgl. Anhang 8 zur Verordnung vom 7. November 2007 über den Finanz- und Lastenausgleich [Stand am 1. Januar 2013]; FiLaV; SR 613.21; Verbindlichkeit zulasten des Berichtsjahres). Die Finanzdirektion hat am 11. Januar 2013 für diese Mehrbelastung des Berichtsjahres gemäss § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 der Finanzcontrollingverordnung eine Kreditüberschreitung bewilligt.
- +0,3 Im Budget 2012 nicht berücksichtigte Korrekturmeldungen der Kantone Waadt (Verbesserung für den Kanton Zürich) und Graubünden (Verschlechterung für den Kanton Zürich), die sich insgesamt geringfügig positiv auswirken. Die geringfügigen Korrekturen wurden im Budget 2012 aufgrund des Grenzwertes von 1 Mio. Franken für Budgetnachträge (gemäss § 18 Abs. 2 lit. b CRG) nicht mehr berücksichtigt.

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Hauptereignisse

Das Sanierungsprogramm «San04» ist grundsätzlich abgeschlossen. Im Rahmen des Programms «MH06» sind nur noch vereinzelt Arbeiten hinsichtlich des Sozialplans «Reinigung und Hausdienst» der Baudirektion im Gange. In Bezug auf das Sanierungsprogramm 2010 (San10) wurden in personeller Hinsicht im Berichtsjahr keine Massnahmen umgesetzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
A2	Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen
A3	Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
A4	Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt /
Stand und Kommentar

Massnahme
LZ RR bis

E1	Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	-	2015
E2	Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	-	2015
E3	Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	-	2015
E4	Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2011

B 2012

R 2012

Abweichung
von B 2012

Erfolgsrechnung

Ertrag				
Aufwand	-1,4		-0,0	-0,0
Saldo	-1,4		-0,0	-0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte				
----------------------------------	--	--	--	--

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage

- 4856 einen Rahmenkredit von 40 Mio. Franken für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit und der Inlandhilfe 2011 bis 2014,
- 4872 einen Beitrag von 6 Mio. Franken für ein Erweiterungs- und Sanierungsvorhaben des Vereins «unterstrass.edu»,
- 4898 einen Beitrag von 1 Mio. Franken an das Vorhaben «Mieterausbau und Infrastrukturverbesserung» des Vereins Kunsthalle Zürich,
- 4912 einen Beitrag von 7 Mio. Franken für den Bau eines Studentenwohnhauses der Stiftung Studentisches Wohnen,
- 4915 einen Beitrag von 9,67 Mio. Franken für das Digitalisierungsvorhaben «Das kulturelle Erbe von Stadt und Kanton nachhaltig sichern» der Zentralbibliothek Zürich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich – verwendet.
----	---

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Leistungen						
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:					
L2	– Denkmalpflege	P	8	16	11	-5
L3	– Ausland- und Inlandhilfe	P	1	15	23	8
L4	– Kultur	P	55	37	19	-18
L5	– Zoo (Betrieb und Investitionen)	P	3	11	5	-6
L6	– Bildung	P	7	13	38	25
L7	– Soziales/Gesundheit	P	23	4	1	-3
L8	– Übriges	P	3	4	3	-1
L9	Anzahl Gesuche	P	420	455	450	-5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Gesuch (in Fr.)	P	952	923	933	-10

Abweichungsbegründungen

Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden bzw. über die abschliessend entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.

- L2 Die gesamte im Berichtsjahr bewilligte Beitragssumme war geringer als budgetiert, u. a. weil die Denkmalpflege den ihr zustehenden Rahmenkredit nicht vollständig ausschöpfte.
- L3 Der zur Verfügung stehende Beitrag wurde zu einem grossen Teil ausgeschöpft und entspricht demzufolge einem insgesamt grösseren Anteil an den gesamten Beitragsleistungen.
- L4 Im Kulturbereich waren mit Ausnahme der Leistung zugunsten der Kunsthalle Zürich grosse Beitragsentscheide (Villa Flora, Rheinau) noch nicht spruchreif.
- L5 Das für das Berichtsjahr budgetierte Geschäft Zooseilbahn verzögert sich.
- L6 Über für 2011 geplante Geschäfte im Bildungsbereich wurde erst im Berichtsjahr entschieden (Unterstrass, Studentisches Wohnen). Deshalb ist der Bildungsanteil höher als budgetiert.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar. Im Berichtsjahr konnten wieder Gesuche für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der Inlandhilfe entgegengenommen werden, was zu einer Steigerung gegenüber 2011 führte.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	67,7	171,1	93,3	-77,7
Interkantonale Landeslotterie / Swisslos	58,7	60,0	61,4	1,4
Entnahme aus Bestandeskonto		101,7	22,0	-79,7
Kalkulatorischer Zinsertrag	8,9	9,3	9,9	0,6
Aufwand	-67,7	-171,1	-93,3	77,7
Zahlungen an Private und Dritte	-20,2	-152,2	-60,5	91,7
Einlagen in Bestandeskonto	-33,4	0,0		0,0
Übertrag an Leistungsgruppen	-13,7	-18,9	-32,4	-13,5
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	330,5	228,7	308,5	79,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1,4 Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung (u. a. von der Anzahl guter Jackpot-Wochenende). Swisslos und der Lotteriefonds gingen bei der Budgetierung davon aus, dass der Ertrag tiefer ausfällt.
- 79,7 Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Villa Flora, Stiftung Raumentwicklung). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. Folglich war die Entnahme aus dem Bestandeskonto geringer als budgetiert

Aufwand:

- +91,7 Die Beitragszahlungen im Berichtsjahr sind geringer als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen nicht zum Entscheid oder zur Auszahlung gelangten (z. B. Rheinau, Villa Flora, Kunsthaus).
- Die Ausgaben des Lotteriefonds waren grösser als die gesamten Einnahmen (einschliesslich Zins). Folglich erfolgte keine Einlage in das Bestandeskonto.
- 13,5 Die Staatskanzlei und die Kantonale Denkmalpflege haben die ihr zustehenden Beträge nicht ausgeschöpft, andere Überträge erfolgen erst im folgenden Rechnungsjahr. Der erfolgte Übertrag für den Baurechtszins von 15 Mio. Franken für das Kunsthaus konnte nicht budgetiert werden.

Fondsbestand

Der Fondsbestand liegt mit 308,5 Mio. Franken höher als budgetiert. Aufgrund der geringeren Auszahlungen konnte das Vermögen weniger stark abgebaut werden.





Volkswirtschaftsdirektion

Die Volkswirtschaftsdirektion fördert und entwickelt den Kanton Zürich als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum. Ihre Mitarbeitenden engagieren sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende. Für die Menschen im Kanton Zürich plant und organisiert die Volkswirtschaftsdirektion das Verkehrsangebot auf Schiene und Strasse, in der Luft und auf dem Wasser. Sie leistet mit ihren Aktivitäten einen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons.

Wirtschaft und Arbeit

Im Berichtsjahr stieg die Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich leicht, aber kontinuierlich an. Mit Ausnahme einer leichten, konjunkturell bedingten Erholung im Sommer erhöhte sich die Arbeitslosenquote stetig von 3,0% zum Jahresbeginn auf 3,3% Ende Dezember. Neben den grösstenteils saisonbedingten Schwankungen der Arbeitslosenzahlen verzeichneten die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren hauptsächlich im Bereich Banken und den damit verbundenen Dienstleistungen sowie beim Grosshandel mehr Arbeitslose.

Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung in Europa spiegelte sich in den angekündigten Entlassungen grösseren Ausmasses, die dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) vermehrt gemeldet wurden.

Im Rahmen des Integrierten Standort- und Destinationsmarketings haben Stadt, Kanton und Zürich Tourismus die Olympischen Spiele in London als internationale Plattform genutzt, um einem grösseren Publikum die Vorzüge Zürichs als Tourismusdestination, Forschungs-, Wirtschafts- und Kreativstandort aufzuzeigen.

Öffentlicher Verkehr

Die Nachfrage im öffentlichen Verkehr ist auch im Berichtsjahr weiter angestiegen. An der Zürcher Stadtgrenze wurden im Tagesdurchschnitt der Werkstage 409 000 Fahrgäste gezählt (Vorjahr 401 000). Die Zahl der ZV-Abonnentinnen und -Abonnenten (einschliesslich Z-Pass) stieg um rund 10 000 oder 2,7% auf 375 000. Auf den Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahres führte der ZV in Zusammenarbeit mit den Nachbarverbänden den integralen Z-Pass ein. Damit ist es nun auch kantonsüberschreitend möglich, zeit- und zonenbezogene Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten zu kaufen.

Beim Verkehrsfonds standen im Berichtsjahr zwei Spatenstiche im Zusammenhang mit der Erweiterung der Zürcher S-Bahn im Zentrum: Im vierten Abschnitt des Projekts Durchmesserlinie, das sich termin- und kostenmässig auf Kurs befindet, konnte mit den Ausbauarbeiten des Bahnhofs Oerlikon begonnen werden. Der siebtgrösste Bahnhof der Schweiz erhält zwei zusätzliche Gleise, breitere Perrons, eine Einkaufspassage und bessere Verbindungsräume in die angrenzenden Quartiere. Ebenfalls wurde mit den Bauarbeiten zur 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn gestartet, die in drei Etappen – Mitte 2014, Ende 2015 und Ende 2018 – in Betrieb gehen soll.

Mit der durch den Bundesrat erteilten Infrastrukturkonzession für die Tramverbindung Hardbrücke an die Verkehrsbetriebe Zürich hat das städtische Tramprojekt einen weiteren Schritt in Richtung Verwirklichung gemacht.

Flughafen

Entgegen der im Geschäftsbericht 2011 geäusserten Erwartung konnte das «Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt» (SIL)-Objektblatt Flughafen Zürich vom Bundesrat noch nicht verabschiedet werden. Das SIL-Verfahren war im Berichtsjahr von den Staatsvertragsverhandlungen des Bundes mit Deutschland über die Benützung des süddeutschen Luftraums geprägt. Die Umsetzung des am 4. September unterzeichneten Staatsvertrags soll mittels entsprechender Festlegungen im SIL-Objektblatt Flughafen Zürich erfolgen. Am 8. Oktober unterbreitete das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) dem Kanton Zürich und den anderen am SIL-Verfahren beteiligten Kantonen einen Bericht zu den Anpassungen, die im Falle einer Umsetzung des Staatsvertrages im SIL-Objektblatt notwendig werden. Der Regierungsrat nahm hierzu am 7. November Stellung (RRB Nr. 1141/2012). Eine Anhörung der Kantone zum bereinigten Entwurf des SIL-Objektblattes ist für 2013 vorgesehen. Das Verfahren zur Festlegung des Objektblattes muss inhaltlich und zeitlich mit der Teilrevision des kantonalen Richtplans, Kapitel 4.7.1, Flughafen Zürich, abgestimmt werden. Im Berichtsjahr wurde die entsprechende Vorlage (4788) von den zuständigen Kommissionen des Kantonsrates beraten.

Bericht zum Zürcher Fluglärmindex 2011

Jeweils im Spätherbst informiert der Kanton über die Entwicklung des Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) im Vorjahr. 2011 waren rund 53 700 Personen tagsüber von Fluglärm stark belästigt bzw. in der Nacht im Schlaf stark gestört (+6% gegenüber 2010). Damit wurde der vom Regierungsrat bei 47 000 festgelegte Richtwert klar überschritten. 94% der stark belästigten bzw. stark gestörten Personen wohnen im Kanton Zürich. Hauptgrund für den Anstieg des ZFI war das Bevölkerungswachstum, das in der Flughafenregion mit 2,4% deutlich höher ausfiel als im ganzen Kanton (1,4%). Die neue, siebenstündige Nachtsperre hatte zur Folge, dass die in den besonders sensiblen Nachtstunden vom ZFI erfassten Personen bei rund 18 000 stabilisiert werden konnten. Von 32 700 (2010) auf 35 700 (2011) angewachsen ist hingegen die Zahl der am Tag vom Fluglärm stark gestörten Personen. Die im Bereich Flugbetrieb laufenden Massnahmen vermögen die Effekte des Bevölkerungswachstums, das auch für die kommenden Jahre erwartet wird, nicht zu kompensieren. Mit der Verabschiedung des ZFI-Berichts 2011 wurde deshalb das Massnahmenkonzept überarbeitet. Dabei soll insbesondere das Förderprogramm «Wohnqualität Flughafenregion» sicherstellen, dass die fluglärmbelastete Bevölkerung in den besonders empfindlichen Nachtstunden eine spürbare Verbesserung erfährt.

Flughafen Zürich AG – Strategie-Controlling 2012

2008 legte der Regierungsrat die Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Zürich AG (FZAG) fest. Darin formulierte er seine Erwartungen an die Flughafenhalterin in den Bereichen verkehrs- und volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens, Umweltschutz, Unternehmensführung und Beziehungspflege. Die vom Regierungsrat festgelegten Ziele wurden auch im Berichtsjahr weitestgehend erreicht. Über alles betrachtet, hat sich die Eigentümerstrategie des Regierungsrates einmal mehr bewährt. Es besteht zurzeit kein Handlungsbedarf, sie grundlegend anzupassen.

Gesamtverkehr – Agglomerationsprogramme

Mitte Berichtsjahr wurden die Agglomerationsprogramme der 2. Generation für die vier Räume «Limmat-tal» (zusammen mit dem Kanton Aargau), «Stadt Zürich und Glattal», «Winterthur und Umgebung» und «Zürcher Oberland» sowie das Dachkonzept vom Regierungsrat verabschiedet und beim Bund eingereicht. Für jedes Programm wurde in enger Abstimmung mit den regionalen Planungsverbänden ein Zukunftsbild entwickelt, das den 2030 angestrebten Zustand der Siedlung, der Landschaft und des Verkehrssystems darstellt. Aus dem resultierenden Handlungsbedarf sind Teilstrategien abgeleitet, welche die Grundlagen für die einzelnen Massnahmen in den genannten Bereichen bilden. Die Investitionskosten der für die Mitfinanzierung durch den Bund beantragten Verkehrsinfrastrukturmassnahmen betragen insgesamt rund 1,9 Mrd. Franken. Entsprechend der Qualität der Programme finanziert der Bund die Massnahmen im Bereich Verkehr mit. Entscheide diesbezüglich sind im Zeitraum 2013 bis 2014 zu erwarten. Die bauliche Umsetzung der ersten Massnahmen beginnt 2015.

Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 7, 9 und 12 des Regierungsrates. Im Regierungsratsratteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung führt diese Ziele in verkürzter Form auf. Zusätzliche Legislaturziele hat die Volkswirtschaftsdirektion nicht.

Legislaturziel	1 Die Verkehrsinfrastruktur kann das Verkehrsaufkommen mit mindestens gleichbleibender Qualität und Zuverlässigkeit bewältigen (LZ RR 7).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 7a–7d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot schafft die Voraussetzung für eine dichte Nutzung in den Agglomerationen (LZ RR 9).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 9a–9e des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet (LZ RR 12; gemeinsam mit BI).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 12a, 12b und 12d des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	876,4	749,0	749,9	0,9
Aufwand	-1 069,3	-1 008,2	-986,5	21,7
Kreditübertragungen aus 2011		-0,5		
Saldo	-192,9	-259,2	-236,6	22,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	163,3	26,8	114,1	87,3
Ausgaben	-193,1	-305,2	-165,8	139,4
Saldo	-29,8	-278,4	-51,7	226,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	693,7	725,9	676,0	-49,9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,9 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +7,3 Strassenfonds: Höherer Ertrag aus den kantonalen Verkehrsabgaben als prognostiziert, mehr Zinserträge
- +3,9 Amt für Verkehr: Höhere Vergütung aus dem Strassenfonds als budgetiert
- +3,3 Verkehrsfonds: Zusätzliche Erträge
- 5,0 Strassenfonds: Geringere Bundesanteile an Mineralölsteuer und LSVA
- 10,7 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwands für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)
- +2,1 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 21,7 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +14,2 Finanzierung öffentlicher Verkehr: Geringerer Kantonsbeitrag an die Kostenunterdeckung des ZV
- +10,7 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Der für den Vollzug AVIG budgetierte Aufwand musste nicht ausgeschöpft werden (saldoneutral).
- +10,2 Strassenfonds: Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt als budgetiert (vgl. Leistungsgruppe Nr. 8400)
- +7,5 Verkehrsfonds: Tiefere Zinsen und Abschreibungen
- +6,2 Strassenfonds: Tiefere latente Steuern und Zinsen
- +3,8 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte (EG AVIG)
- 3,9 Strassenfonds: Höhere Vergütung an das Amt für Verkehr als budgetiert

- 4,9 Amt für Verkehr: Höhere Beitragszahlungen an den Strassenunterhalt der Städte Zürich und Winterthur
- 10,8 Verkehrsfonds: Höhere Fondseinlage (Saldogrösse)
- 13,2 Strassenfonds: Korrekturen der 2011 im Rahmen der Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen erfolgten Fehlbuchungen sowie Ausbuchungen von Liegenschaften
- +1,9 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 87,3 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +93,3 Verkehrsfonds: Aufgrund höherer Zahlungen des Bundes, vor allem an das Projekt Durchmesserlinie, konnten Vorfinanzierungsmittel des Kantons ausserplanmässig zurückbezahlt werden.
- 6,8 Flughafenfonds: Tiefere Entschädigungszahlungen als geplant für die Lärmrechnung
- +0,8 Übrige Abweichungen

Die Ausgaben liegen um 139,4 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +124,0 Verkehrsfonds: Die im Berichtsjahr geplante Vorfinanzierungstranche des Kantons an die Durchmesserlinie entfiel aufgrund der hohen Bundesbeiträge (+110); Minderausgaben in weiteren Projekten (+14).
- +14,7 Amt für Verkehr: Weniger Beiträge an Strassenbauten der Städte Zürich und Winterthur
- +4,1 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Geplante Auszahlungen von Wohnbaudarlehen verzögern sich, weil die Bauabrechnungen noch nicht vorliegen.
- 3,4 Übrige Abweichungen

Personal

- 43,4 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Im Vollzug AVIG wurde der Personalbestand umsichtig an die tatsächliche Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst (vgl. L4).
- 5,7 Amt für Verkehr: Vorübergehend nicht wiederbesetzte Stellen

Investitionen

Aufgrund von Verzögerungen bei anderen nationalen Projekten sind dem Projekt Durchgangsbahnhof Löwenstrasse im Berichtsjahr mehr Bundesgelder zugeflossen als budgetiert. So entstand eine massive Budgetunterschreitung; die budgetierte Projektvorfinanzierung entfiel vollständig, Vorfinanzierungsmittel konnten an den Verkehrsfonds zurückerstattet werden. Die Arbeiten an der Durchmesserlinie schreiten weiterhin planmässig voran. Bei den Projekten Tram Zürich-West und Glattalbahn kam es im Berichtsjahr ebenfalls zur Rückzahlung von Vorfinanzierungsmitteln. Da sich die beiden letztgenannten Projekte bereits in Betrieb befinden, ist künftig nur noch mit geringen Beitragszahlungen zu rechnen. Die noch zulässigen Ausgaben werden aufgrund der Bruttokreditfinanzierung nicht ausgeschöpft werden. Weitere Beiträge wurden für Projektierungs- und Planungsarbeiten der Limmattalbahn, für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes sowie für die Bauausführung der 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn geleistet. Die Investitionen für Staatsstrassen und die Netzfertigstellung der Nationalstrassen werden im Tiefbauamt ausgewiesen.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-2,9	-1 225,3	-682,9	-542,5
Stadtbahn Glattal	3,0	-644,5	-326,0	-318,5
Tram Zürich-West	0,0	-103,2	-35,7	-67,5
Limmattalbahn	-5,0	-19,4	-5,0	-14,4
3. Teilergänzung Zürcher S-Bahn	-0,0	-86,0	-63,1	-23,0
4. Teilergänzung Zürcher S-Bahn	-12,5	-360,5	-15,3	-345,2
Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz	-0,7	-34,8	-3,4	-31,4
Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden für Strassenbauten	-39,8			
Wohnbaudarlehen	3,6	*	*	*
Übrige Investitionen	2,6			
Total	-51,7			

* Gemäss § 7 des Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung beträgt der Rahmenkredit für ausstehende Darlehen 180 Mio. Franken. Auf den 31. Dezember des Berichtsjahres sind rund 107 Mio. Franken Darlehen an verschiedene Empfänger ausstehend, weitere 21 Mio. Franken wurden für Wohnbaudarlehen zugesichert. Die Höhe der noch zulässigen Ausgaben verändert sich laufend aufgrund der gewährten Darlehen sowie der Amortisationen, (freiwilligen) Rückzahlungen und der neuen Zusicherungen.

Leistungsgruppen

5000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Das Generalsekretariat unterstützte den Volkswirtschaftsdirektor bei der Bearbeitung seiner vielfältigen Dossiers.

Während des ganzen Jahres liefen die Verhandlungen zum Flughafen-Staatsvertrag mit Deutschland. Das Generalsekretariat war mit einem Delegierten in der Verhandlungsdelegation der Schweiz beteiligt.

Das im Zusammenhang mit dem Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) lancierte Projekt «Förderung Wohnqualität Flughafenregion» wurde vom Generalsekretariat in kommunikativer Hinsicht eng begleitet. Im Berichtsjahr sind im Generalsekretariat 104 Rekurse erledigt worden.

Bei der Informatiksicherheit konnten weitere Optimierungen für die gesamte Volkswirtschaftsdirektion erreicht werden. Nun sind auch Netzwerkanschlüsse der unselbstständigen Anstalten Arbeitslosenkasse und Zürcher Verkehrsverbund im gesicherten Netz der Volkswirtschaftsdirektion eingebunden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützen und Beraten des Direktionsvorstehers
A2	Planen, Bearbeiten und Überwachen der Direktionsgeschäfte
A3	Sicherstellen einer effizienten Arbeitsumgebung sowie effizienter Dienstleistungen für die Ämter
A4	Unterstützen und Beraten des Direktionsvorstehers bei den Verhandlungen zum An- und Abflugregime des Flughafens Zürich
A5	Sicherstellen der Zusammenarbeit mit dem Europainstitut der Universität Zürich mittels Leistungsvereinbarung

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) (A3)	min.	–	4,9	5,2	0,3
Leistungen						
L1	Anzahl von der VD erledigte Rekurse (A2)	P	65	30	104	74
L2	Anteil Rekurse, die innerhalb von fünf Monaten erledigt sind, in % (A2)	min.	72	60	62	2
L3	Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze (A3)	P	924	940	995	55
L4	Anzahl öffentliche Veranstaltungen (A5)	min.	7	5	5	0
L5	Arbeitsstunden Führungsunterstützung Direktionsvorsteher (A1)	P	16 493	17 500	14 689	–2 811
L6	Arbeitsstunden Unterstützung bei Verhandlungen zum An- und Abflugregime des Flughafens Zürich (A4)	P	461	500	701	201
Wirtschaftlichkeit						
B1	Grundarbeitsplatzkosten (Informatik) (A3)	P	1 701	1 800	1 713	–87
Abweichungsbegründungen						
L1	Die Zahl der eingegangenen Rekurse stieg im Berichtsjahr stark an. Durch eine Änderung im Verfahrensablauf (Einfordern eines Kostenvorschusses bei ausländischen Parteien in Verfahren betreffend das Entsenderecht) konnten jedoch mehr Rekurse erledigt werden, weil der Kostenvorschuss oft nicht bezahlt wird. Zudem konnten dank einer vorübergehenden personellen Aufstockung viele pendente Rekurse aus dem Vorjahr erledigt werden.					
L3	Seit dem Berichtsjahr werden auch die gegenwärtig 79 Arbeitsplätze der Arbeitslosenkasse (ALK) von der VD-Informatik betreut.					
L5	Abgänge im Bereich Führungsunterstützung wurden nicht ersetzt (vgl. auch Abweichungsbegründung Personal).					
L6	Beteiligung des Generalsekretariats an den Verhandlungen zum Flughafen-Staatsvertrag mit Deutschland					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Aktive Vertretung im Metropolitanrat sicherstellen Verzicht Hauptverantwortung an die Staatskanzlei übertragen				–	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,0	4,5	3,9	–0,6
Interne Informatikdienstleistungen	3,5	4,1	3,5	–0,6
Aufwand	–7,5	–8,4	–7,1	1,3
Saldo	–3,6	–3,9	–3,2	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	27,5	27,1	26,4	–0,7

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,6 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 0,6 Tiefere interne Verrechnung für Informatik-Dienstleistungen und Infrastruktur (vgl. unten, Aufwand)

Der Aufwand liegt um 1,3 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,7 Tiefere Kosten für Informatik-Dienstleistungen und Infrastruktur
- +0,4 Tiefere Personalkosten aufgrund nicht ersetzter Abgänge und Nichtausschöpfung des Weiterbildungsbudgets
- +0,2 Tiefere Sachkosten, vor allem Dienstleistungen Dritter

Personal

Im Jahresdurchschnitt wurden 0,7 Stellen nicht ausgeschöpft. Dies ist ein Nettoeffekt aus der Nichtersetzung von Abgängen und Umschichtung von Aufgaben.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	83 148	–17 706	0	65 442	–17 706

5205 Amt für Verkehr

Hauptereignisse

Gesamtverkehr

Die Umsetzung der Infrastrukturprojekte im Rahmen der 1. Generation der Agglomerationsprogramme läuft seit 2011. Mitte Berichtsjahr wurde die Erarbeitung der Agglomerationsprogramme der 2. Generation abgeschlossen und beim Bund eingereicht. Dieser entscheidet über die Höhe der Bundesbeteiligung an den Investitionskosten der als prioritär eingestuften Verkehrsinfrastrukturmassnahmen bis Ende 2014.

Strassenverkehr

Es wurden zahlreiche Studien bezüglich der Optimierung des Strassennetzes durchgeführt. Entsprechende Grundlagen liegen nun unter anderem für den Raum Uster, den Raum Pfäffikersee und die Gemeinde Pfäffikon, die Strassenverlegung im Neeracherried, den Lückenschluss A50/A51 und die Umfahrung Eglisau vor. Im Rahmen der Projektierung der Limmattalbahn wurden verschiedene Projekte für den Ausbau und die Optimierung des Strassennetzes ausgearbeitet.

Die Interessenwahrung gegenüber dem Bund wurde durch die aktive Begleitung der Schlüsselvorhaben sichergestellt. Neben der Glattalautobahn konnte der Kanton auch bei den Projekten Ausbau Nordumfahrung Zürich und Einhausung Schwamendingen seine Interessen aktiv einbringen. Für das Lückenschlussprojekt der Oberlandautobahn werden durch das Amt für Verkehr alternative, bewilligungsfähige Linienführungen geprüft, die Anfang 2014 dem Bund übergeben werden sollen.

Das Amt für Verkehr hat dem Tiefbauamt rund 100 Staatsstrassenprojekte zur Umsetzung übergeben.

Luftverkehr

Die neue siebenstündige Nachtsperreordnung hatte zur Folge, dass im Berichtsjahr die Zahl der Flüge zwischen 23.30 und 00.30 Uhr im Vergleich zur Periode August 2009 bis Juli 2010, also noch unter dem Regime der alten Sperrordnung, um 61% abgenommen hat. Das Amt für Verkehr hat alle von der Flughafen Zürich AG (FZAG) erteilten Ausnahmegewilligungen gestützt auf § 3 des Flughafengesetzes überprüft und musste im Berichtsjahr sieben Übertretungen der Nachtsperreordnung dem Bundesamt für Zivilluftfahrt anzeigen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzung Gesamtverkehrskonzept und Gesamtverkehrsprozess sowie Anwendung Gesamtverkehrscontrolling
A2	Betrieb eines Gesamtverkehrsmodells
A3	Umsetzung Eigentümerstrategie und kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr
A4	Wahrung der kantonalen Interessen bei der strategischen Planung im Bereich Luftverkehr. Unterstützung von Gemeinden und Privaten bei der Umsetzung von Massnahmen zur Förderung der Wohnqualität in der Flughafenregion.
A5	Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische ÖV-Projekte
A6	Strategisches Verkehrsmanagement
A7	Baupolizei und Beitragswesen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	ÖV-Anteil am bimodalen Modalsplit (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte) (A1, A2)	P	32,0	32,4	32,4	0
W2	NO _x -Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	4 917	4 890	4 735	-155
W3	PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	644	617	640	23
W4	CO ₂ -Emissionen im Strassenverkehr (in kt)	P	1 814	2 077	1 799	-278
Leistungen						
L1	Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmebewilligungen Nachtflugsperr (A4)	min.	5 590	5 500	5 630	130
L2	Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements (A4)	P	544	500	714	214
L3	Anzahl interne Berichte zum Berichtswesen Beteiligungscontrolling (A3)	min.	24	24	24	0
L4	Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung (Baugesuche, UVP) (A7)	P	812	780	813	33
L5	Anzahl an das Tiefbauamt übergebene Strassenprojekte (A5)	P	95	100	110	10
L6	Anzahl erstellte oder angepasste Verkehrsmanagementpläne (A6)	P	0	5	9	4
Abweichungsbegründungen						
L2	Vermehrte Kontrolltätigkeit bei Bauvorhaben des Flughafens					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Das Konzept Regionale Verkehrssteuerung (RVS) umsetzen, um in Gebieten mit stark belastetem Strassennetz verlässliche Reisezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden und eine optimale Einhaltung der Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs zu erreichen. Planmässig Projektaufträge für die Übergabe 2012 priorisierten Massnahmen sind an das Tiefbauamt erteilt.				7a	2015
E2	Zur Beobachtung, Steuerung und Kontrolle der Verkehrsentwicklung und deren Wirkungen ein Gesamtverkehrscontrolling einführen und betreiben Sistiert Einige Elemente des Gesamtverkehrscontrollings werden im Zuge der Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts 2013 umgesetzt bzw. eingeführt.				7b	2012
E3	Ein Konzept zur siedlungsverträglichen Gestaltung von Staatsstrassen in Ortszentren erarbeiten und umsetzen Planmässig Das Vorgehen für die Erarbeitung der Betriebs- und Gestaltungsstudien ist definiert. Erste Studien stehen kurz vor dem Abschluss. Die Ermittlung der Verträglichkeit von sämtlichen Ortsdurchfahrten des Kantons läuft.				7c	2015

E4	Zur langfristigen Weiterentwicklung, Vernetzung und Finanzierung aller Verkehrssysteme das Gesamtverkehrskonzept des Kantons überarbeiten Planmässig Initialisierungsphase abgeschlossen	9a	2014
E5	Agglomerationsprogramme umsetzen (1. Generation) bzw. erarbeiten und beim Bund einreichen (2. Generation) Planmässig Agglomerationsprogramm 1. Generation in Umsetzungsphase. Agglomerationsprogramm 2. Generation wurde erarbeitet und beim Bund eingereicht.	9b	2015
E6	Förderprogramm Wohnqualität und weitere Teile des Massnahmenpakets zum Zürcher Flughafen-Index (ZFI) umsetzen Planmässig Das Förderprogramm Wohnqualität ist gestartet.	9d	2013
E7	Die rechtlichen Grundlagen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung rund um den Flughafen mit dem Bund klären Planmässig Grundlagenarbeiten sind im Gange.	9c	2014
E8	Themenführerschaft in ausgewählten, grenzüberschreitenden Verkehrsthemen und -projekten wahrnehmen (z. B. Regionale Leitzentrale als Leuchtturmprojekt in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern) Planmässig Verschiedene Aktivitäten laufen oder wurden gestartet.	9e	2013
E9	Die Koordinationsstelle Veloverkehr aufbauen und das Veloförderprogramm umsetzen Planmässig Veloförderprogramm durch Regierungsrat Stocker genehmigt	-	2015
E10	Die Interessen des Kantons in Schlüsselprojekten des Bundes wahren Planmässig Prozess läuft, vgl. Hauptereignisse.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	132,2	103,5	107,9	4,4
Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	128,5	100,3	103,5	3,1
Aufwand	-137,3	-108,4	-112,1	-3,7
Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-89,5	-56,1	-61,0	-4,9
Abschreibungen	-18,7	-19,4	-19,5	-0,0
Saldo	-5,2	-4,9	-4,2	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	7,9	6,0	5,3	-0,7
Ausgaben	-31,6	-56,4	-44,7	11,7
Investitionsbeiträge an Nationalstrassen	-1,7	-0,9	-4,1	-3,2
Saldo	-23,8	-50,4	-39,4	11,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	46,1	54,2	48,5	-5,7

Erfolgsrechnung

- +3,9 Höhere Vergütung aus dem Strassenfonds infolge Mehraufwand im Strassenbereich
- +1,3 Weniger Personalaufwand
- +1,3 Höhere Erträge für Kiesabbau
- +0,4 Auflösung passivierter Investitionsbeiträge
- +0,3 Weniger baulicher Unterhalt für Liegenschaften im Finanzvermögen
- +0,3 Weniger Zinsaufwand auf Investitionsbeiträgen
- 4,9 Höhere Beitragszahlungen an den Strassenunterhalt der Städte Zürich und Winterthur
- 0,8 Mehr Drittaufträge im Strassenbereich
- 0,8 Geringere Vergütung aus Flughafenfonds wegen Minderaufwand im Bereich Flughafen
- 0,4 Weniger Pacht- und Mietzins ertrag von Liegenschaften im Finanzvermögen
- +0,1 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +14,7 Weniger Beiträge an Strassenbauten der Städte Zürich und Winterthur
- 3,2 Höherer Investitionsbeitrag an Einhausung Schwamendingen (Übernahme Vorleistungen des Tiefbauamtes)
- 0,5 Beiträge des Bundes an Gemeinden für Lärmschutz werden direkt an die Fachstelle Lärmschutz überwiesen.

Personal

- 5,7 Vorübergehend nicht wiederbesetzte Stellen, geplante neue Stellen werden erst 2013 ausgeschrieben.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	218 320	-22 652	0	195 668	-22 652

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Hauptereignisse

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und der Einlage in den Verkehrsfonds.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind bei der Leistungsgruppe 5920 (Verkehrsfonds) beschrieben, diejenigen des ZVV in dessen Geschäftsbericht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beitrag an den ZVV: Siehe Leistungsgruppe Nr. 9300 «ZVV»
A2	Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr: Siehe Leistungsgruppe Nr. 5920 «Verkehrsfonds»

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
--	-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Leistungen

L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Wirtschaftlichkeit

B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Massnahme LZ RR bis

E1	Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 25% bis 2016 (Basis 2008) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr abdecken. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	7d	2016
E2	Das ÖV-Angebot dort anpassen, wo Kapazitätsengpässe auftreten, wo Handlungsspielraum besteht und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	7d	2016
E3	Siehe auch Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»		

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag		0,0		0,0
Aufwand	-253,1	-275,1	-260,8	14,2
Beitrag an den ZVV (LG Nr. 9300)	-176,0	-196,8	-182,5	14,2
Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-82,3	-83,5	-83,5	0,0
Saldo	-253,1	-275,1	-260,8	14,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Über diese Leistungsgruppe wird die Finanzierung des ZVV und des Verkehrsfonds abgewickelt. Die materiellen Begründungen für die finanziellen Entwicklungen sind in den jeweiligen Leistungsgruppen ersichtlich.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	0				

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Hauptereignisse

Im Bereich Arbeitsmarkt des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) wurde die intensive Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern fortgesetzt. Für die öffentliche Arbeitsvermittlung sind gute Arbeitgeberkontakte ein zentraler Erfolgsfaktor. Die Kundenberaterinnen und Kundenberater der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wurden spezifisch für diese Aufgabe geschult. Die 16 RAV veranstalteten wiederum verschiedene erfolgreiche Arbeitgeberanlässe.

Gemeinsam mit den Sozialen Diensten der Stadt Zürich startete das AWA das Pilotprojekt «Coaching für Ausgesteuerte». Es bietet Stellensuchenden eine massgeschneiderte, freiwillige Beratung während der Zeit nach der Aussteuerung, in der sie noch nicht bei der Sozialhilfe angemeldet sind.

Die Folgen der Zuwanderung aus dem EU-Raum für den Wirtschaftsstandort Zürich wurden in den letzten Jahren rege diskutiert. Bisher war wenig bekannt über die tatsächlichen Einflussfaktoren der Zuwanderung auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt im Raum Zürich. Das AWA hat deshalb zwei Studien in Auftrag gegeben. Diese zeigen, dass es durch die Zuwanderung in den Kanton Zürich zu keinen wesentlichen Verdrängungseffekten auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt kam.

Die kantonale Standortförderung setzte erneut Akzente im Management der Branchencluster. Sie führte verschiedene Veranstaltungen durch, an denen sich Vertreter dieser Wirtschaftskluster vernetzen können. Anhand von Publikationen wie der Studie zum Finanzplatz Zürich dokumentierte sie die Bedeutung und Entwicklung einzelner Branchen.

Im Januar traten die Richtlinien für die Regulierungsfolgeabschätzung (RFA) in Kraft. Die Koordinationsstelle Unternehmensentlastung, die beim AWA angesiedelt ist, führte vier Ausbildungssequenzen mit rund 35 Teilnehmenden aller Direktionen und der Staatskanzlei durch. Im Berichtsjahr wurden 23 Regierungsratsbeschlüsse auf ihre Auswirkung für Unternehmen geprüft.

Im Rahmen der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wurden 3875 Arbeitnehmende hinsichtlich Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen kontrolliert. Dabei wurde in rund 3,2% eine Unterbietung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen festgestellt. Die überwiegende Mehrheit der in der Schweiz tätigen in- und ausländischen Arbeitgebenden hält die Lohnstandards ein. Die 1584 ebenfalls durchgeführten Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentrierten sich auf die von der Tripartiten Kommission (TPK) vorgegebenen Risikobranchen, in denen die Gefahr von Missbräuchen besonders gross erscheint. Das Lohnbuch mit allen orts-, berufs- und branchenüblichen Löhnen in der Schweiz erschien zum dritten Mal. Das Nachschlagewerk erfreute sich starker Nachfrage.

Im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements des AWA fand eine Gesundheitsbefragung der Mitarbeitenden statt, aus der verschiedene Massnahmen abgeleitet wurden. Zum Thema Bewegung und Fitness wurden verschiedene Kurse und eine Sensibilisierung an allen Standorten angeboten. Für neue Kadermitarbeitende wurde wiederum ein Medientraining durchgeführt. Im Rahmen der Talentförderung konnten elf Schlüsselfunktionen durch interne Kandidatinnen und Kandidaten besetzt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
A2	Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
A3	Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
A4	Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen
A5	Fairer Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Anzahl Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in den betreuten Clustern (A1; neu)	min.	-	241 300	241 300	0
W2	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2010–2013 mit dem SECO (A3)	min.	100	100	103	
Leistungen						
L1	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen (A1)	P	14 537	14 000	12 535	-1 465
L2	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen (A1)	P	71 479	85 000	88 431	3 431
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) (A2)	min.	1 457	1 200	1 444	244
L4	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) (A3)	P	28 508	30 000	29 045	-955
L5	Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen) (A4)	P	57	200	165	-35
L6	Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM) (A5)	min.	1 902	1 850	1 916	66
L7	Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA) (A5)	min.	1 594	1 500	1 584	84
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenbeitrag durch den Bund in % der Gesamtkosten des AVIG-Vollzugs (ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} sowie Art. 59d AVIG) (A3)	min.	99,9	99,8	99,1	
Abweichungsbegründungen						
W1	Angaben gemäss jeweils aktuellem Clusterbericht der Standortförderung des Kantons Zürich, die Herausgabe des nächsten Clusterberichts ist für das 1. Quartal 2014 geplant.					
W2	100 = Schweizer Durchschnitt, die neuste und endgültige Berechnung bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2011.					
L1	Die Wirtschaft hat weniger Arbeitsbewilligungen als im Vorjahr nachgefragt, die Kontingente wurden nicht ausgeschöpft.					
L2	Starke Zunahme des Meldeverfahrens: Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in vielen Ländern der EU ist die Schweiz mit ihrer nach wie vor robusten Wirtschaft (insbesondere im Baugewerbe) für ausländische Dienstleistungserbringer und ausländische Arbeitskräfte sehr attraktiv.					
L4	Diese Angaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt gegenwärtigen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.					
L5	Das AWA hat keinen direkten Einfluss auf die Anzahl der subventionierten Wohnungen. Diese hängt von den durch die gemeinnützigen Bauträger bei den Gemeinden eingereichten Gesuchen ab. Ende des Berichtjahres befanden sich beim AWA Gesuche für 52 zu subventionierende Wohnungen in Bearbeitung, bei der Stadt Zürich sind Gesuche für weitere 252 Wohnungen ausstehend.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten Planmässig Die Standards Fall- und Qualitätsmanagement wurden eingeführt und Kriterien zur Triagierung der IIZ-Fälle erarbeitet.	-	2015
E2 Arbeitsmarktaufsicht festigen (Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und Bekämpfung der Schwarzarbeit) Planmässig Die mit dem SECO vereinbarte Anzahl Kontrollen wurde erreicht.	-	2015
E3 Die Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen vorantreiben Planmässig 3. clusterübergreifender Anlass mit Schwerpunktthema «Personalisierte Gesundheit» hat stattgefunden.	12a	2015
E4 Die Führung der Marke Zürich beanspruchen Planmässig Gemeinsam koordinierter Auftritt der ISDM-Partner unter der Marke «World Class, Swiss Made» an den Olympischen Spielen 2012 in London	12b	2015
E5 Autonomie und Handlungsfähigkeit des Finanzplatzes zur Wahrung der Position im internationalen Wettbewerb durch aktive Interessenvertretung stärken Planmässig Veröffentlichung der Studie «Finanzplatz Zürich 2011» (Januar 2012, BAK Basel) sowie Organisation Bankenregulierungsanlass im November des Berichtsjahres (Studie zur Bankenregulierung im inter- nationalen Vergleich, mit metrobasel)	12d	2015
E6 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern Planmässig Verankerung durch öffentliche Auftritte (z. B. Referat am Swiss Leadership Forum), Veranstaltungen, Firmenbesuche und Betreuen von Delegationen	12b	2015
E7 Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich begleiten Planmässig Schwieriges wirtschaftliches Umfeld im Berichtsjahr, Anzahl angesiedelte Unternehmen leicht unter den Vorjahreszahlen	-	2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	92,9	100,7	90,6	-10,1
Vollzug AVIG	80,3	88,8	78,1	-10,7
Aufwand	-132,6	-147,9	-132,7	15,3
Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-80,4	-89,1	-78,8	10,2
Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-25,2	-26,7	-26,2	0,5
Kreditübertragungen aus 2011		-0,5		
Saldo	-39,7	-47,2	-42,1	5,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	11,4	9,0	10,5	1,5
Ausgaben	-7,1	-10,7	-7,0	3,7
Saldo	4,3	-1,7	3,6	5,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	620,1	644,6	601,2	-43,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 10,1 Mio. Franken unter dem Budget.

- 10,7 Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG (Personal-, Sach- und übriger Aufwand, saldoneutral)
- +0,2 Höhere Gebühreneinnahmen als budgetiert
- +0,2 Nicht budgetierte Einnahmen aus Lex-Koller-Fällen
- +0,2 Vergütung der Kontrollen durch den Bund während des Zeitraums der fehlenden Allgemeinverbindlicherklärung des Landesmantelvertrages im Bauhauptgewerbe (Zuständigkeit der Kontrollen während dieser Zeit bei der Tripartiten Kommission)

Der Aufwand liegt um 15,3 Mio. Franken unter dem Budget.

- +10,7 Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um rund 40 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft (siehe Abweichung Personal), gleichermassen wurden u. a. Sachkosten im Vollzug AVIG nicht voll benötigt (beides saldoneutral).
- +3,8 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte. Das AWA kann die Auslastung nicht beeinflussen, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +1,1 Freiwillige Amortisationen von Wohnbaurdarlehen (nicht planbar)
- +0,4 Rückvergütung Umbau- und Mobiliaranschaffungen in verschiedenen RAV (saldoneutral)

Ausgaben:

- +4,1 Geplante Auszahlungen von Wohnbaurdarlehen verzögern sich, weil die Bauabrechnungen noch nicht vorliegen.
- 0,4 Umbau- und Mobiliaranschaffungen in verschiedenen RAV (saldoneutral)

Personal

-43,4 Im Vollzug AVIG (saldoneutral) wurde der Personalbestand umsichtig an die tatsächliche Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst. Diese verlief günstiger als prognostiziert (vgl. L4).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 965 113	-181 444	0	1 783 669	-181 444

Auflösung von Rücklagen: Fr. 181 444

- davon Fr. 135 360 für AWA-Mitarbeiteranlass vom 24. Mai des Berichtsjahres

5920 Verkehrsfonds

Hauptereignisse

Beim Grossprojekt Durchmesserlinie (DML) schreiten die Bauarbeiten planmässig voran. Gegen Ende des Berichtsjahres fand die Rohbauübergabe des Bahnhofs Löwenstrasse statt. Zusätzlich zu den bereits laufenden Arbeiten beim Bahneinschnitt Oerlikon wurde mit dem Ausbau des Bahnhofs Oerlikon um die Geleise 7 und 8 begonnen. Im Weinbergtunnel wird seit Mitte des Berichtsjahres die Bahntechnik eingebaut. Auf finanzieller Seite konnte der Bund dem Projekt erneut mehr Mittel zur Verfügung stellen, als in der Finanzplanung vorgesehen war. Mit der zweiten Zusatzvereinbarung zur Leistungsvereinbarung 2011–2012 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den SBB flossen dem Projekt zusätzliche 165 Mio. Franken zu. Dies erlaubte es den SBB, das noch ausstehende Darlehen des Kantons Zürich zur Vorfinanzierung der DML zurückzuzahlen. Weiterhin bestehen bleiben vorzeitige Zahlungen des Kantons Zürich zur Projektvorfinanzierung, die sich auf Ende des Berichtsjahres auf 134,4 Mio. Franken belaufen.

Im zweiten Quartal des Berichtsjahres wurden am linken Zürichseeufer die Bauarbeiten zur 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn aufgenommen. Sie stehen in Zusammenhang mit der ersten Etappe des Ausbauprojekts, dessen Ausführung für Mitte 2014 geplant ist. Mit der Fertigstellung der DML auf Ende 2015 soll dann die zweite Etappe und Ende 2018 die dritte Etappe in Betrieb gehen.

Die Tramverbindung Hardbrücke sieht eine neue Traminfrastruktur zwischen dem Hardplatz und dem Escher-Wyss-Platz vor, die direktere und schnellere Verbindungen zwischen den grossen Entwicklungsgebieten im Norden, Westen und Süden der Stadt Zürich ermöglichen soll. Die Infrastrukturkonzession für das Projekt wurde zu Beginn des Berichtsjahres an die VBZ erteilt. Die Finanzierungsentscheide von Kanton, Stadt Zürich und dem Bund werden bis 2015 erwartet.

Bei der Limmattalbahn wurden im Berichtsjahr die Ausarbeitung des Bauprojekts weiter vorangetrieben sowie das Infrastrukturkonzessionsgesuch beim Bund eingereicht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus laufender Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 5210, öffentlicher Verkehr
----	---

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1 Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.						
Leistungen						
L1	Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	P	-77,9	-210,5	-2,9	207,6
L2	Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz	P	-1,0	-3,5	-0,7	2,8
L3	Stadtbahn Glattal	P	70,9	2,0	3,0	1,0
L4	Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmen	P	-2,2	-1,0	-1,5	-0,5
L5	Tram Zürich-West	P	-2,1	3,4	0,0	-3,4
L6	Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	P	-0,2	-2,4	-0,2	2,2
L7	4. Teilergänzungen SBB	P	-2,8	-15,7	-12,5	3,2
L8	Limmattalbahn	P		-9,5	-5,0	4,5
L9	Rückzahlungen von Rollmaterialdarlehen	P	3,3	0,8	0,7	-0,1
L10	Sihltalbahn Haltestelle Friesenberg	P				
L11	Tram Hardbrücke	P				
Wirtschaftlichkeit						
B1 Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.						
Abweichungsbegründungen						
L1	Aufgrund zusätzlicher Bundesbeiträge aus der Leistungsvereinbarung 2011/2012 für das Projekt Durchmesserlinie entfiel die eingeplante Vorfinanzierung vollständig bzw. es wurden sogar Vorfinanzierungsmittel an den Kanton Zürich zurückerstattet.					
L2	Die Abrechnung und Auszahlung von verschiedenen Investitionsbeiträgen zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes hat sich ins Folgejahr verschoben.					
L5	Da die Bevorschussung des Bundesanteils durch den Kanton in den vorangegangenen Jahren wesentlich tiefer ausgefallen ist als ursprünglich angenommen, wurden im Berichtsjahr auch entsprechend weniger Mittel an den Fonds zurückerstattet.					
L8	Für Projektierungs- und Planungsarbeiten der Limmattalbahn wurden im Berichtsjahr weniger Mittel beim Fonds eingefordert als budgetiert.					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	107,5	109,3	112,6	3,3
Zinserträge	25,2	25,8	25,7	-0,1
Übertrag Erfolgsrechnung (LG Nr. 5210)	82,3	83,5	83,5	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-107,5	-109,3	-112,6	-3,3
Zinsaufwände	-38,8	-43,8	-37,9	5,9
Abschreibungen	-53,1	-48,8	-47,3	1,6
Einlagen in Bestandeskonto	-15,7	-16,6	-27,5	-10,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	142,3	1,8	95,1	93,3
Ausgaben	-154,4	-238,1	-114,1	124,0
Saldo	-12,1	-236,4	-19,0	217,3
Fondsbestand				
Fondsbestand	854,3	871,0	881,8	10,8

Erfolgsrechnung

- +5,9 Der Buchwert der Investitionsbeiträge und der Darlehensbestand sind tiefer als in der Planung angenommen. Entsprechend fallen auf dem Verwaltungsvermögen geringere Passivzinsen an.
- +3,3 Einerseits führt die periodengerechte Auflösung der Zinskostenbeiträge der Nachbarkantone, die der Kanton Zürich zur Minderung der Vorfinanzierungskosten der Durchmesserlinie (DML) erhalten hat, zu zusätzlichen Erträgen. Andererseits kam es zur Aufwertung eines Investitionsbeitrags im Verwaltungsvermögen.
- 10,8 Die Einlage in den Fonds erhöht sich im Umfang der zusätzlichen Erträge (3,3 Mio. Franken), der geringeren Passivzinsen (5,9 Mio. Franken) sowie der leicht tieferen Abschreibungen (1,6 Mio. Franken).

Investitionsrechnung

- +93,3 Beim Projekt DML hat der Bund gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan deutlich höhere Zahlungen geleistet. Dadurch konnten Vorfinanzierungsmittel des Kantons Zürich ausserplanmässig zurückbezahlt bzw. in ordentliche Beiträge umgewandelt werden. Dies generierte zusätzliche Investitionseinnahmen von rund 86 Mio. Franken. Weitere Rückzahlungen bzw. Umwandlungen von Vorfinanzierung gab es bei der Glattalbahn (3 Mio. Franken) sowie beim Tram Zürich-West (5 Mio. Franken).
- +124,0 Für die Vorfinanzierung der DML waren rund 110 Mio. Franken eingeplant, die aufgrund der höheren Bundesbeiträge völlig entfallen sind. Weitere Minderausgaben ergeben sich bei den Projektierungskosten für die Limmattalbahn (4,5 Mio. Franken), der 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn (3 Mio. Franken) sowie für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes (3 Mio. Franken).

Fondsbestand

- +10,8 Der Fondsbestand steigt durch die erhöhte Einlage stärker an als budgetiert.

5921 Flughafenfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden Entschädigungszahlungen wegen übermässigem Fluglärm (formelle Enteignung) von 3,2 Mio. Franken ausgerichtet. Der Lärmrechnung des Kantons sind insgesamt 16,4 Mio. Franken an Lärmgebühren des Airport Zurich Noise Fund (AZNF) und andererseits 2,7 Mio. Franken an Vermögenserträgen aus der Lärmrechnung zugeflossen. Damit erhöht sich der Bestand der Lärmrechnung auf Ende des Berichtsjahres auf 219,2 Mio. Franken. Aus heutiger Sicht kann die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Vorfinanzierung von Fluglärmerschädigungen durch den Kanton als gering beurteilt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,3	14,3	14,8	0,5
Zinsertrag	11,7	12,0	12,0	0,0
Aufwand	-4,7	-5,6	-5,2	0,4
Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-2,1	-3,0	-2,2	0,8
Saldo	9,6	8,7	9,5	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,7	10,0	3,2	-6,8
Ausgaben				
Saldo	1,7	10,0	3,2	-6,8
Fondsbestand				
Fondsbestand	400,2	409,0	409,8	0,8

Erfolgsrechnung

- +0,8 Geringere Vergütung an das Amt für Verkehr für die nach Flughafenfondsgesetz verrechenbaren Leistungen
- +0,4 Marktwertanpassungen auf Wertschriften der Lärmrechnung
- 0,4 Höhere Einlage in Bestand der Lärmrechnung

Investitionsrechnung

- 6,8 Entschädigungszahlungen im Rahmen der Lärmrechnung sind tiefer als geplant ausgefallen.

Fondsbestand

- +0,8 Höherer Fondsbestand dank geringerer Fondsverrechnung

5925 Strassenfonds

Hauptereignisse

Strassenfinanzierung 2012: Beträge in Mio. Franken
(in Klammern Vorjahreswerte)



* Differenz zu Tabelle Finanzielle Entwicklung wegen Nettobetrachtung

** 2011 wurde die gemäss RLV § 11 alle 4 Jahre vorgeschriebene Neubewertung der Liegenschaften des Strassenfonds durchgeführt; im Jahr 2012 wird eine nach dem Bilanzstichtag 2011 festgestellte Überbewertung korrigiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	525,6	416,7	420,1	3,4
Buchgewinne (Liegenschaften)	112,2	2,0	3,0	1,0
Ertrag Mineralölsteuer, Vignette	39,7	41,3	38,2	-3,1
Ertrag LSVA	59,1	60,6	58,7	-1,9
Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG Nr. 3200 StVA	299,3	295,9	301,8	5,8
Aufwand	-426,6	-353,4	-355,9	-2,4
Vergütung an Strassenverkehrsamt	-6,3	-6,3	-6,4	-0,1
Übertrag an Tiefbauamt	-214,4	-226,3	-216,1	10,2
Übertrag an Amt für Verkehr	-126,4	-97,3	-101,2	-3,9
Übertrag an kantonalen Finanzausgleich		-10,0	-11,6	-1,6
Übertrag an Kantonspolizei	-3,7	-3,7	-3,7	0,0
Saldo	99,0	63,2	64,2	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	611,4	674,6	675,6	1,0

Erfolgsrechnung

- +10,2 Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt
- +5,8 Höherer Ertrag aus Verkehrsabgaben
- +3,6 Anpassung der latenten Steuern auf Gewinnen bei Liegenschaftenverkäufen
- +2,6 Weniger verrechnete Zinsen auf Liegenschaften im Finanzvermögen
- +1,5 Mehr Zinsertrag dank höheren Fondsbestands
- +1,1 Höhere Erträge auf Liegenschaftenverkäufen
- 10,5 Korrektur der 2011 erfolgten Fehlbuchungen im Rahmen der Neubewertung von Liegenschaften im Finanzvermögen
- 3,9 Höherer Übertrag an das Amt für Verkehr
- 3,1 Geringere Bundesanteile an der Mineralölsteuer
- 2,7 Ausbuchungen von nicht dem Strassenfonds zugehörigen Liegenschaften und Bewertungskorrekturen
- 1,9 Geringere Bundesanteile an der LSVA
- 1,6 Höherer Übertrag an den Sonderlastenausgleich
- 0,1 Übrige Abweichungen

Fondsbestand

- +1,0 Höherer Fondsbestand dank höheren Ertragsüberschusses





Gesundheitsdirektion

Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen (Aus- und Weiterbildungsverpflichtung der Spitäler)

Das gute Funktionieren der Gesundheitsversorgung hängt wesentlich davon ab, dass genügend gut ausgebildete medizinische und pflegerische Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Kanton hat sich deshalb in der laufenden Legislaturperiode das Ziel gesetzt, die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse – gerade im Gesundheitsbereich – zu erhöhen.

Die Kosten der Spitäler für die Aus- und Weiterbildung der nichtuniversitären Gesundheitsberufe werden seit Inkrafttreten der neuen KVG-Spitalfinanzierung auf den 1. Januar mit den Fallpauschalen (DRG) für die stationären Behandlungen abgegolten. Damit ist in diesem Bereich über Bundesrecht zumindest die Finanzierung geregelt. Das kantonale Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) sieht darüber hinaus eine Aus- und Weiterbildungsverpflichtung der Listenspitäler vor. In einem vom Regierungsrat mit Wirkung auf den 1. Januar 2013 erlassenen Anhang zu den Zürcher Spitallisten wird verbindlich festgehalten, dass die Gesundheitsdirektion in regelmässigen Abständen pro Listenspital die von ihm zu erbringenden Aus- und Weiterbildungsleistungen festlegt. Das Konzept will den Listenspitalern zudem einen Anreiz bieten, sich speziell im Bereich jener Berufe zu engagieren, in denen sich ein Fachkräftemangel abzeichnet, oder sich über das erforderliche Mass hinaus in der Ausbildung zu engagieren. Kann oder will ein Listenspital seiner Verpflichtung nicht nachkommen, hat es umgekehrt die Möglichkeit, solche Leistungen vertraglich einzukaufen oder abzutauschen. Kommt ein Spital seiner Verpflichtung auch nicht auf diese Weise nach, muss es eine Ersatzabgabe leisten, die der allgemeinen Staatsrechnung zugutekommt. Vorbehalten bleiben Sanktionen gemäss § 22 SPFG (z. B. Bussen, Rückerstattung von Subventionen, Entzug des Leistungsauftrags).

Die Weiterbildungskosten für die universitären Gesundheitsberufe sind demgegenüber nicht Bestandteil der Fallpauschalen. Dies hat mit Blick auf die kostenaufwendige Weiterbildung der Assistenzärztinnen und -ärzte zu Fachärztinnen und -ärzten grosse finanzielle Auswirkungen auf die Leistungserbringer und die Kantone, die den Spitälern diese Defizite teilweise über Subventionen ausgleichen. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) hat sich im Berichtsjahr eingehend mit dieser Thematik auseinandergesetzt: Im November konnte ein Modell verabschiedet werden, nach dem je nach Spitaltyp unterschiedliche Pauschalen pro Assistenzärztin und

Assistenzarzt in einen interkantonalen Ausgleich ausgerichtet werden sollen. Auf diese Weise würden in der Facharztausbildung verhältnismässig stark engagierte Kantone wie Zürich einen bedeutenden Beitrag an ihre Aufwendungen erhalten. Die Umsetzung des Modells im Rahmen eines interkantonalen Konkordats ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

Zentrum für Forensische Psychiatrie

Das Zentrum für Forensische Psychiatrie an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich ist die grösste forensisch-psychiatrische Institution in der Schweiz. Die forensische Psychiatrie bewegt sich im Grenzbereich zwischen Psychiatrie und Recht. Auf der einen Seite handelt es sich um eine therapeutische Disziplin, die sich mit der psychiatrischen Behandlung strafrechtlich in Erscheinung getretener psychisch gestörter Personen befasst. Auf der anderen Seite ist es Aufgabe der forensischen Psychiatrie, in Gutachten die juristisch relevanten Auswirkungen psychischer Störungen darzustellen (z. B. Beurteilung der Einvernahme-, Verhandlungs- oder Schuldfähigkeit; Prognose und Beurteilung der Massnahmenbedürftigkeit; Begutachtung von Strafgefangenen im Hinblick auf eine bedingte Entlassung).

Im stationären Therapiebereich des Zentrums werden gerichtlich angeordnete stationäre Massnahmen bei Straftäterinnen und Straftätern durchgeführt, deren Delikte in schweren psychiatrischen Erkrankungen begründet liegen. Das Ziel der Behandlung besteht in der Deliktfreiheit und einer entsprechenden Resozialisierung. Zusätzlich zu diesem Angebot werden in den Sicherheitsstationen am Standort Rheinau auch Patientinnen und Patienten aus der Untersuchungshaft oder dem Strafvollzug aufgenommen, bei denen eine psychische Störung auftritt, die im Gefängnis nicht mehr behandelt werden kann (Kriseninterventionen). Daneben verfügt das Zentrum für Forensische Psychiatrie über ein Ambulatorium, das sich der Anschlussbehandlung bzw. der psychiatrischen Nachsorge von psychisch kranken Straftäterinnen und -tätern widmet, die zuvor stationär untergebracht gewesen sind. Mit den Angeboten im Ambulatorium sollen der Übergang bzw. die Rückkehr in Freiheit und Lebensalltag gesichert werden. Gleichzeitig können mögliche Risiken erfasst werden. Schliesslich erstellt das Zentrum für Forensische Psychiatrie auch strafrechtliche Gutachten. Das Behandlungsteam des Zentrums ist multidisziplinär; es setzt sich aus Fachkräften verschiedener Berufsgruppen wie Psychiatrie, Psychologie, Pflege, Physio- und Bewegungstherapie, Arbeits- und Ergotherapie sowie der Sozialen Arbeit zusammen.

Effiziente Leistungserbringung und gute Fallkodierungen in den Zürcher Spitälern

Seit 2005 publiziert die Gesundheitsdirektion jährlich die Fallkosten der öffentlich subventionierten Akutspitäler des Kantons Zürich. Diese Transparenz soll mithelfen, das Kostenwachstum der Spitäler einzudämmen. Die im Berichtsjahr vorgenommene Auswertung der Fallkosten 2011 hat ergeben, dass die Kosten der nichtuniversitären Spitäler pro Normfall 2011 nur leicht über dem Niveau von 2010 lagen. Dies weist darauf hin, dass die Spitäler 2011 den Kostenanstieg infolge Personal- und Sachteuerung durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen erfolgreich kompensieren konnten. Zugleich hat die Auswertung gezeigt, dass in den Zürcher Spitälern der durchschnittliche Schweregrad der stationär behandelten Fälle 1,078 betrug. Diese über dem Durchschnitt liegende Fallschwere belegt die überregionale Bedeutung der Zürcher Spitäler für die Spitalversorgung in der Deutschschweiz. Zugleich hat eine im Berichtsjahr ausgewertete Umfrage zur Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen ergeben, dass die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons nach wie vor sehr zufrieden mit der Gesundheitsversorgung sind. Sie fühlen sich durch das Gesundheitswesen sehr gut abgesichert, die medizinischen Dienste werden als gut erreichbar und zugänglich beurteilt und die Bevölkerung ist ganz generell mit dem Funktionieren des Gesundheitswesens im Kanton zufrieden.

Seit Januar rechnen die Spitäler ihre Leistungen mit Fallpauschalen nach Swiss-DRG ab. Voraussetzung für die Entschädigung mit Fallpauschalen ist die entsprechende Erfassung der Diagnose- und der Behandlungs-codes (Haupt- und Nebendiagnosen sowie jede einzelne Behandlung an Patientinnen und Patienten). Diese Kodierungen sind elementar für die korrekte Entschädigung der von den Spitalern erbrachten Leistungen. Die Gesundheitsdirektion hat bereits vor der Umstellung auf SwissDRG im Rahmen zweier Überprüfungen untersucht, ob die für die Abrechnung und Medizinstatistik wichtigen Codes richtig erfasst werden. Dabei hat sich gezeigt, dass keines der Spitäler ein systematisches «Upcoding» betreibt, also seine Fälle durch die Kodierung komplexer darstellt, um einen höheren Erlös zu erzielen. Zur Bewertung der Qualität der Kodierung hat der Kanton Zürich zusammen mit den Spitalern frühzeitig Zielwerte festgelegt. Insgesamt zeigte sich zwischen den beiden Überprüfungen eine eindruckliche Verbesserung der Kodierung.

Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 2, 3, 4, 5, 14 und 15 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung führt diese Ziele in verkürzter Form auf. Zusätzliche Legislaturziele hat die Gesundheitsdirektion nicht.

Legislaturziel	1 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt (LZ RR 2; gemeinsam mit BI).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 2b und 2c des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht (LZ RR 3; gemeinsam mit BI).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 3f und 3g des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die Leistungen des Gesundheitswesens sind kundenfreundlich, effektiv, effizient und transparent (LZ RR 4).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 4a–4d des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist unter den sich ändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt (LZ RR 5).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 5a–5h des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit SK und FD).
	5.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 14a des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit JI, FD, SK und BD).
	6.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15d des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	811,2	864,6	862,9	-1,6
Aufwand	-2 187,5	-2 547,4	-2 546,6	0,7
Saldo	-1 376,4	-1 682,8	-1 683,7	-0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	13,7	0,0	89,6	89,6
Ausgaben	-182,1	-157,5	-128,5	29,0
Kreditübertragungen aus 2011		-2,1		
Saldo	-168,3	-157,5	-38,9	118,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2 212,9	2 220,1	2 207,3	-12,8

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt 1,6 Mio. Franken oder 0,2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +3,4 Aufgrund der von den Gemeinden eingereichten Schlussabrechnungen im Bereich Langzeitpflege ergaben sich Rückzahlungen der geleisteten Akonto-Zahlungen für 2011.
- 6,9 Geringere Erträge im Bereich Prämienverbilligung, da der vom Bund ausgerichtete Pauschalbeitrag unter dem Budget lag.
- +1,9 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt 0,7 Mio. Franken oder 0,02% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +14,3 Geringerer Aufwand im Bereich der Prämienverbilligungen insbesondere aufgrund einer tieferen Anzahl IPV-Bezüger
- +14,3 Tieferer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale an Listenspitäler infolge geringerer Mengenentwicklung und tieferer Tarife KVG ZH
- +9,7 Weniger ausserkantonale Hospitalisierungen
- +8,2 Aufgrund der von den Gemeinden eingereichten Schlussabrechnungen im Bereich Langzeitpflege ergaben sich geringere nachschüssige Staatsbeiträge für 2011.
- +5,1 Effizienzverbesserungen kantonale Betriebe (u. a. Integration Psychiatriezentrum Rheinau in PUK, Prozessoptimierungen, Anstrengungen zur Ertragsoptimierung)
- +5,0 Geringere Subventionen gemäss §11 SPFG für die kantonalen Psychiatrien (vgl. RRB Nr. 127/2012)
- 63,9 Wertberichtigung Anlagevermögen infolge Umwandlung der altrechtlichen Investitionsbeiträge an Spitäler in Darlehen
- +8,0 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen 89,6 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +46,8 Einnahmen durch Übertragung Personalliegenschaften PUK und ipw vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
- +26,8 Einnahmen aus Rückzahlung von Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben, durch Spitäler und psychiatrische Kliniken.
- +11,8 Geringere nachschüssige Investitionsbeiträge bis und mit 2011 auf der Grundlage der eingereichten Schlussabrechnungen in der Akutsomatik und Rehabilitation
- +4,2 Übrige Abweichungen

Die Ausgaben liegen 29,0 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +30,0 Minderbedarf bei der Gewährung von Darlehen in der Akutsomatik und Rehabilitation
- 1,0 Übrige Abweichungen

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
USZ, Sanierung OST I–III	16,9	130,4	81,4	49,0
USZ, Erweiterung Notstromanlage	3,1	22,1	3,4	18,7
USZ, Nordtrakt 2C, OP-Sanierung	4,8	14,2	14,0	0,2
USZ, Nordtrakt 1, Lüftungsanlagen	4,0	15,0	7,9	7,1
USZ, Pathologietrakt, Zwischensanierung	6,2	21,0	9,4	11,6
USZ, Nordtrakt 1, Umbau Neonatologie	5,9	13,8	6,6	7,1
USZ, Haldenbachtrakt, Sanierung U, A, B, C	4,2	23,3	4,6	18,7
USZ, Gebäudeautomation	0,9	16,6	1,1	15,4
USZ, Modulbau und Technikzentrale Park, Projektierung	1,8	12,0	1,9	10,1
USZ, Ersatz Kältemaschinen	0,0	19,8	0,0	19,8
KSW, Ersatzneubau Hochhaus, Projektierung	3,5	12,8	4,7	8,1
PUK, Sanierung Trakt WT	8,7	25,6	10,0	15,6
PUK, Rheinau, Sanierung Gebäude 80–82	10,0	20,6	12,1	8,5
Übrige Investitionen	58,5			
Total Investitionen	128,5			

Leistungsgruppen

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Hauptereignisse

Am 1. Januar ist das vom Kantonsrat am 2. Mai 2011 für dringlich erklärte und verabschiedete Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) in Kraft getreten. In der anschliessenden Referendumsabstimmung vom Juni wurde das SPFG mit einem Ja-Stimmenanteil von 66,71% deutlich gutgeheissen. Die Umsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit dem SPFG wurden umgehend an die Hand genommen. So waren unter anderem die bisherigen Staatsbeiträge rückwirkend auf den 1. Januar zum Restbuchwert in verzinliche und amortisierungspflichtige Darlehen umzuwandeln. Im Verlauf des Jahres konnten bereits mit rund der Hälfte der Spitäler entsprechende vertragliche Regelungen getroffen werden; die Vereinbarungen mit den verbleibenden Spitälern sollen in der ersten Jahreshälfte 2013 abgeschlossen werden.

Gleichzeitig mit dem SPFG sind auch die Spitallisten Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie in Kraft getreten. Gegen die Spitalliste Psychiatrie wurde von zwei und gegen die Spitalliste Akutsomatik von einem Leistungserbringer Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht erhoben. Auf die beiden Beschwerden gegen die Spitalliste Psychiatrie trat das Gericht nicht ein (wobei im einen Fall eine Übergangsfrist für den Verlust des Leistungsauftrags von 6 Monaten gewährt wurde). Die Beschwerde gegen die Spitalliste Akutsomatik ist noch hängig.

Im Bereich der hochspezialisierten Medizin (HSM) führte das Fachorgan der IVHSM Anhörungen zur hochspezialisierten Viszeralchirurgie, zur Pädiatrischen Onkologie und zur hochspezialisierten Behandlung seltener Krebserkrankungen von Erwachsenen durch. Zuteilungsentscheide wurden keine gefällt. Zur Gewährleistung eines einheitlichen und effektiven Vollzugs der HSM-Entscheide hat das Beschlussorgan der IVHSM im März ein entsprechendes Monitoringkonzept verabschiedet. Es umfasst die Prüfung der Leistungswahrnehmung (Fallzahlen), die Überprüfung der Auflagen zur Struktur- und Prozessqualität sowie die Entwicklung einheitlicher Vorgaben zur Erhebung eines Minimaldatensets zur Prozess- und Ergebnisqualität.

Der Kanton und die Stadt Zürich haben im Dezember eine gemeinsame Erklärung zur Förderung und Stärkung der universitären Medizin am Hochschulstandort Zürich verabschiedet. Damit sollen die Qualität der Behandlungen und die Wirtschaftlichkeit gefördert werden. Zur konkreten Umsetzung haben Kanton und Stadt vorerst vereinbart, dass das Universitätsspital Zürich und das Stadtspital Triemli auf den 1. Januar 2013 die Herzchirurgie koordinieren, ihre Fallzahlen vereinen und gemeinsam unter dem Namen «Universitäres Herzzentrum Zürich» auftreten sollen. In einem nächsten Schritt sollen die Zusammenlegung der Herzchirurgie am Standort des Universitätsspitals Zürich und die gleichzeitige Schaffung eines gleichwertigen universitären Schwerpunkts am Stadtspital Triemli geplant und verwirklicht werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
A2	Politische und strategische Geschäfte
A3	Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
A4	Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
A5	Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	7,9	7,5	8,1	0,6
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,58	8	8,7	0,7
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8,29	7,5	8,4	0,9
Leistungen						
L1	Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen (A4, A5)	P	6	6	6	0
L2	Anzahl akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste (A4)	P	19	17	48	31
L3	Anzahl psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste (A4)	P	8	7	16	9
L4	Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter (A3)	P	3	3	3	0
L5	Anzahl neu gewährter Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler (A1, A4, neu)	P	–	5	0	–5
L6	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung (A3)	P	1 759	1 750	2 250	500
L7	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm) (A2)	P	3	2	3	1
L8	Anzahl erledigte Rekurse (A2)	P	34	50	40	–10
L9	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung) (A2)	P	61	35	40	5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in %, A1, A4)	P	6,8	5	4,1	–0,9
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in %, A1, A4)	P	6,5	5	2,2	–2,8
B3	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	15.18	17.72	14.03	–3.69
Abweichungsbegründungen						
L2/L3	Im Budget 2012 sind die bis Ende 2011 mit Globalbudgets gesteuerten Betriebe ausgewiesen, da zum damaligen Zeitpunkt die Spitalliste 2012 noch nicht feststand.					
L5	Bislang wurden der Gesundheitsdirektion von den Spitälern keine Darlehensgesuche eingereicht.					
L6	Zunahme der Bewilligungen infolge Vorankündigung eines erneuten Zulassungsstopps bei den Ärzten.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4d	2015
E2	Entwicklung einer strategischen Steuerung der universitären Medizin Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2b	2015
E3	Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von Swiss DRG Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5h	2015
E4	Massnahmen zur Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen entwickeln und umsetzen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3f	2015
E5	Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4a	2015
E6	Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5d	2015
E7	Eine E-Health-Strategie entwickeln und umsetzen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4b	2015
E8	Positionierung Kantonsspital Winterthur und Universitätsspital Zürich prüfen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5e	2015
E9	Aktive Vertretung der Zürcher Interessen in Bundesgremien Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14a	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,9	1,6	2,5	0,9
Aufwand	-23,0	-26,4	-22,2	4,2
Saldo	-21,1	-24,8	-19,7	5,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-0,1	-0,9	-0,5	0,4
Saldo	-0,1	-0,9	-0,5	0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	87,6	86,5	84,7	-1,8

Erfolgsrechnung

- +1,5 Geringerer Personalaufwand unter anderem aufgrund verzögerter Stellenbesetzung und tieferen Teuerungsausgleichs
- +0,9 Geringerer Aufwand bei der Umsetzung der Legislaturmassnahmen
- +0,9 Mehrerträge bei den Gebühren infolge Zunahme der Bewilligungen für Ärztezulassungen sowie aufgrund der Verrechnung von Leistungen an andere Kantone im Zusammenhang mit der Spitalplanung
- +0,6 Geringere IT-Anschaffungen und geringerer Beitrag an das elektronische Kostengut-sprachesystem (eKOGU)
- +0,6 Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
- +0,2 Geringere Abschreibungen
- +0,4 Übrige Abweichungen

Personal

Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf verzögerte Stellenbesetzung zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	601 244	-122 511	+110 000	588 733	-12 511

Bildung von Rücklagen 2012

Es konnten Einsparungen bei den Dienstleistungen Dritter und bei den Personalkosten erreicht werden. Zusätzlich wurden Mehrerträge bei den Gebühren erzielt.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Kantonales Labor

Im Berichtsjahr sind spektakuläre Ereignisse im Zuständigkeitsbereich des Kantonalen Labors ausgeblieben. Somit konnte die Lebensmittelkontrolle – als Hauptaufgabe des Kantonalen Labors – planmässig und reibungslos vollzogen werden. Sowohl die Anzahl Analysen als auch die Anzahl der Inspektionen hielten sich im üblichen Rahmen.

Daneben bearbeitete das Kantonale Labor verschiedene Projekte: In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit wurden an der Grenze verstärkt asiatische Gemüse auf Pestizidrückstände hin kontrolliert; weiter erfolgte die Einführung der Konformitätsarbeit bei Lebensmittelverpackungen und anderen Gegenständen, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen, sowie die Einführung des Globally Harmonized System (GHS) zur Kennzeichnung von Chemikalien.

Auf Bundesebene verzögert sich die Revision des Lebensmittelgesetzes und damit auch ihre Auswirkungen auf die kantonalen Aufgaben.

Kantonale Heilmittelkontrolle

Im Berichtsjahr wurden die systematischen Inspektionen von Spitalapotheken fortgesetzt. Bis Ende Dezember waren alle diese Betriebe einer Erstinspektion unterzogen worden. Parallel dazu wurde mit der Inspektion von Heimapotheken begonnen; in einzelnen Fällen sind Mängel festgestellt worden, deren Behebung veranlasst wurde. Weiter inspizierten Inspektorinnen und Inspektoren der Kantonalen Heilmittelkontrolle planmässig die Herstellungs- und Grosshandelsbetriebe von Arzneimitteln in den Kantonen der Ost- und Zentralschweiz sowie im Fürstentum Liechtenstein. Bei den international tätigen Firmen wurden die von ausländischen Arzneimittelbehörden durchgeführten Inspektionen begleitet. Die eigenen wie auch die begleiteten Inspektionen zeigten, dass die Betriebe grundsätzlich über ein erfreulich hohes Qualitätsniveau verfügen.

Gemäss §4 der Heilmittelverordnung müssen Arzneimittel, die nach eigener Formel in kleinen Mengen in öffentlichen Apotheken, Spitalapotheken und Drogerien hergestellt werden, der Kantonalen Heilmittelkontrolle gemeldet werden. Die 2010 begonnene systematische Erfassung wurde fortgeführt und die Betriebe wurden konsequent auf die Meldepflicht hingewiesen. Bis Ende des Berichtsjahres waren 472 Arzneimittel gemeldet.

Im Nachgang zum Streit um die Abgabe von Medikamenten durch Ärztinnen und Ärzte in den Städten Zürich und Winterthur beschloss der Regierungsrat, die neue Regelung im Gesundheitsgesetz auf den 1. Januar in Kraft zu setzen. Die dagegen erhobene Beschwerde von Apothekern wies das Verwaltungsgericht ab und setzte den Termin der Inkraftsetzung neu auf den 1. Mai fest. Das Bundesgericht bestätigte den Verwaltungsgerichtsentscheid. Damit trat die 2008 von den Zürcher Stimmberechtigten beschlossene neue Regelung definitiv am 1. Mai in Kraft. Bis Ende des Berichtsjahres wurden 650 Detailhandelsbewilligungen zur Führung einer ärztlichen Privatapotheke an Ärztinnen und Ärzte aus diesen beiden Städten erteilt, davon 523 für Ärztinnen und Ärzte in der Stadt Zürich und 127 für solche in der Stadt Winterthur.

Veterinäramt

Neben der Weiterführung der bisherigen Seuchenbekämpfungsprojekte (Projekt zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe; Massnahmen zur Bekämpfung der Bruterkrankungen der Bienenvölker) lagen die Arbeitsschwerpunkte bei zwei neu aufgetretenen Krankheiten: Während sich eine durch das Schmallenbergvirus ausgelöste Infektionskrankheit im Kanton Zürich schnell in den Wiederkäuerbeständen verbreitet hat, konnte dank aufwendiger Massnahmen verhindert werden, dass sich die im November erstmals in der Schweiz aufgetretene Tierseuche PRRS (Porcines reproduktives und respiratorisches Syndrom) in den Schweinebeständen weiter ausbreitete.

Die aufgrund des neuen eidgenössischen Medizinalberufegesetzes nötige Ablösung der altrechtlichen Berufsausübungsbewilligungen für Tierärztinnen und Tierärzte konnte dank vorübergehender personeller Verstärkung grösstenteils erledigt werden.

Die Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung zum Tierschutz wurde gezielt fortgeführt. Die Zahl der Gesuche bei den Tierversuchen war hoch, ebenso der Zusatzaufwand zur Überwachung gentechnisch veränderter Tiere (namentlich Mäuse). Im Nutztierbereich wurden zusammen mit der Tierschutzkommission zahlreiche Ausnahmegesuche für Stallanpassungen auf Herbst 2013 bearbeitet, im Heimtierbereich wurden die Erfassung der gewerbmässigen Petsitter fortgeführt und die auf Herbst 2013 vorgeschriebenen Gehegeanpassungen der Tierheime vorangetrieben. Die Anzahl Tierschutzfälle hat sich leider auf hohem Niveau eingependelt. Zudem fiel die Anzahl der neuen Tierschutzstraffälle, bei denen Parteirechte wahrzunehmen waren, höher als erwartet aus.

Im Vollzugsbereich «öffentliche Sicherheit vor Hunden» standen im dritten Jahr nach Inkrafttreten der neuen Hundegesetzgebung die Bearbeitung der Meldungen zu Bissvorfällen, die Informationsvermittlung zu mehr Sicherheit im Umgang mit Hunden für Personen, die Hunde halten, und Personen, die Hunden begegnen, sowie die Förderung von Präventionskursen für Kinder auf Stufe Kindergarten im Zentrum. Schwere Bissvorfälle von Hunden mit Menschen wurden etwas häufiger gemeldet als im Vorjahr. Durch die erhöhte Meldebereitschaft war es möglich, vermehrt risikomindernde Massnahmen (z. B. Verhaltenstherapie oder Maulkorbpflicht) zu veranlassen.

Das kantonale Tierseuchengesetz wurde Mitte des Berichtsjahres verabschiedet und die Arbeiten zur Totalrevision der Verordnung wurden aufgenommen. Die Inkraftsetzung ist für 2014 geplant.

Die Aussenstandorte Bülach und Hinwil wurden bezogen und die Professionalisierung der amtstierärztlichen Tätigkeiten in diesen Regionen umgesetzt. Mit der Inbetriebnahme der Heimtiereinrichtung in Bülach konnten zudem wiederkehrende Engpässe bei der Unterbringung beschlagnahmter Heimtiere entschärft werden.

Meldungen und Bewilligungen über Tierversuche

Anzahl der im Kalenderjahr 2011 in Versuchen eingesetzten Tiere

Bewilligungspflichtige Tierversuche (738 gültige Bewilligungen, davon 501 mit Einschränkungen)

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	Toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	Anderer Zusammen- hang	Total	Davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	86 433	986	63	422	823	490	89 226	26 836
Ratten	5 480	26	0	82	805	32	6 425	2 419
Meerschweinchen	2	0	0	0	0	0	2	0
Hamster	33	0	0	0	0	0	33	0
Andere Nager	126	0	0	0	0	0	126	0
Kaninchen	72	12	0	0	18	0	102	18
Hunde	262	18	12	97	59	244	692	591
Katzen	121	157	0	70	11	24	383	186
Primaten	42	0	0	0	0	0	42	42
Rindvieh	268	300	3	299	327	260	1 457	1 213
Schafe, Ziegen	120	222	9	4	42	50	447	55
Schweine (einschliesslich Minipigs)	371	36	0	7	7	18	439	321
Pferde, Esel	16	68	0	10	127	18	239	118
Vögel (einschliesslich Geflügel)	415	80	0	0	63	144	702	294
Amphibien, Reptilien	3 784	0	0	0	26	472	4 282	2 867
Fische	922	0	181	0	124	259	1 486	892
Verschiedene Säuger	418	0	0	9	0	1	419	416
Total	98 885	1 905	268	1 000	2 432	2 012	106 502	36 268
in %	92,8	1,8	0,3	0,9	2,3	1,9	100	34,1

197 Bewilligungen wurden 2011 neu erteilt. Zusätzlich wurden 253 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

3 Gesuche wurden auf Empfehlung zurückgezogen. Kein Gesuch wurde abgelehnt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle bewilligungspflichtigen Gesuche, besprach an zwölf Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen

21 neue und 34 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad.

Die Mitglieder kontrollierten alle Versuchstierhaltungen zweimal.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erteilung von Bewilligungen und Marktüberwachung im Heilmittelbereich
A2	Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
A3	Chemikaliengesetz vollziehen (Betriebs- und Marktkontrollen)
A4	Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen
A5	Tierschutz durchsetzen
A6	Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel (in %, A1)	min.	75	90	77	-13
W2	Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleisteteter Lebensmittelsicherheit (in %, A2)	min.	97	85	98*	13
W3	Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von acht Monaten (in %, A2)	min.	78	75	83	8
W4	Wenig Tierseuchenfälle: Anzahl Tierseuchenfälle (A4)	max.	205	150	147	-3
W5	Rasche Behebung schwerer Tierschutzfälle: Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind (in %, A5)	min.	100	90	100	10
W6	Wenig schwere Bissvorfälle von Hunden: Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle von Hunden mit Menschen (A5)	max.	67	300	78	-222

* Die Ermittlung des Wirkungsindikators W2 erfolgte wegen Software-Problemen ohne Berücksichtigung der von der Stadt Zürich kontrollierten Betriebe.

Leistungen

L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle; A1)	P	10 068	9 200	11 506	2 306
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle; A1)	min.	458	435	511	76
L3	Anzahl Bewilligungen (Heilmittelkontrolle; A1)	P	3 370	3 100	4 269	1 169
L4	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z.B. für Viehhandelspatente (Veterinäramt; A4)	P	327	320	318	-2
L5	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (Veterinäramt; A5)	P	1 406	1 300	1 512	212
L6	Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (Veterinäramt; A5)	P	2 071	2 100	2 072	-28
L7	Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor; A2, A3)	min.	20 130	19 500	19 446	-54
L8	Mikrobiologische Prüfungen (Proben, Kantonales Labor; A2)	min.	12 350	11 500	12 340	1 340
L9	Gehaltsanalysen (Proben, Kantonales Labor; A2)	min.	6 528	6 000	6 540	540
L10	Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt; A5)	P	1 389	1 300	1 426	126
L11	Anzahl Fleischkontrollen (Veterinäramt; A6)	min.	179 981	150 000	160 299	10 299

Wirtschaftlichkeit

B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	10.86	12.25	11.06	-1.19
----	--	---	-------	-------	-------	-------

Abweichungsbegründungen

W1	Auch im Berichtsjahr wurden wiederum viele Detailhandelsbetriebe (ärztliche Privatapotheken, Spital- und Heimapotheken) zum ersten Mal inspiziert. Anlässlich dieser Grundinspektionen wurden überdurchschnittlich viele kritische Mängel mehrheitlich im Bereich der Lagertemperaturen festgestellt. Die Anzahl der Betriebe mit kritischen Mängeln bewegt sich auf dem Niveau vom Vorjahr.
L1, L3	Die höhere Anzahl der Kundendossiers (L1) und der Bewilligungen (L3) ist auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen (Selbstdispensation von Ärztinnen und Ärzten in den Städten Zürich und Winterthur und Berufsausübungsbewilligungen für Apothekerinnen und Apotheker sowie Drogistinnen und Drogisten) zurückzuführen.
L5	Durch eine Zunahme der biomedizinischen Forschung an den Hochschulen waren vor allem mehr Tierversuchsbewilligungen zu erteilen. Zudem verlangten mehr Personen eine Bewilligung zur Durchführung von anerkannten Hundekursen.
L8	Im Rahmen des Hygieneüberwachungskonzeptes und bei der Trinkwasserkontrolle waren mehr mikrobiologische Untersuchungen angezeigt.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Überprüfung der Vollzugszuständigkeit im Lebensmittelrecht zwischen Kanton und Gemeinden Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15d	2015
E2	Professionalisierung des Veterinärdienstes Planmässig	–	2014
E3	Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben Verzögert Aufgrund verzögerter Beratung in der Nationalratskommission	–	2015
E4	Umsetzung der Medizinprodukteverordnung im Bereich Wiederaufbereitung und Instandhaltung von Medizinprodukten Planmässig Im Rahmen der Inspektion von ärztlichen Privatapotheken wurde die Wiederaufbereitung von Medizinprodukten standardmässig thematisiert und kontrolliert. Gemeinsam mit dem Kantonszahnärztlichen Dienst wurden Inspektionen in Zahnarztpraxen durchgeführt.	–	2013
E5	Umsetzung der kantonalen Hundegesetzgebung Planmässig Für das Folgejahr zeichnen sich aufgrund knapper personeller Ressourcen Verzögerungen bei den Auskünften, den Massnahmen wegen fehlender Hundebildung und beim Aufbau weiterer Präventionskurse für Kinder ab.	–	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8,1	8,0	8,7	0,7
Aufwand	-22,9	-25,1	-24,2	0,9
Saldo	-14,8	-17,2	-15,5	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-1,2	-4,7	-3,0	1,7
Kreditübertragungen aus 2011		-1,8		
Saldo	-1,2	-4,7	-3,0	1,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	120,3	124,6	124,2	-0,4

Erfolgsrechnung

Kantonale Heilmittelkontrolle (+0,7):

- +0,4 Höherer Ertrag aufgrund von mehr Bewilligungen insbesondere im Detailhandelsbereich
- +0,2 Geringere Personalkosten

Kantonales Labor (+0,6):

- +0,3 Geringere Personalkosten unter anderem infolge temporär nicht besetzter Stellen und Gewährung unbezahlten Urlaubs
- +0,2 Minderaufwand bei den Zinsen und Abschreibungen

Veterinäramt (+0,4):

- +0,3 Minderaufwand bei den Zinsen und Abschreibungen bedingt durch Verzögerung von IT-Investitionen
- +0,1 Mehrerträge aufgrund mehr Bewilligungen im Bereich Tierschutz, mehr Fleischkontrollen und höherer Beiträge der Gemeinden aus der Hundeabgabe aufgrund höherer Anzahl Hunde

Investitionsrechnung

- +1,0 Verzögerungen beim Projekt Sanierung Laborräume beim Kantonalen Labor
- +0,2 Aufgrund hoher Eigenleistung bei der Software-Bereitstellung (FileMaker-Anwendungen) konnte beim Kantonalen Labor auf Investitionen im IT-Bereich verzichtet werden.
- +0,2 Neuausrichtung der Fachapplikation beim Bund führte zu einem Minderbedarf bei den IT-Investitionen des Veterinäramts.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	674 328	-47 706	+47 000	673 622	-706

Bildung von Rücklagen 2012

Kantonale Heilmittelkontrolle: Fr. 29 000

Es wurden deutlich mehr Leistungen (Bewilligungen, Inspektionen) erbracht als geplant.

Veterinäramt: Fr. 18 000

Insgesamt geringerer Aufwand bei höherer Leistungserbringung

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Hauptereignisse

Der 23. Zürcher Präventionstag war dem Thema «Prävention psychischer Erkrankungen. Von den Grundlagen zum Handeln» gewidmet. Er stiess auf grosses öffentliches Interesse. Im Kanton Zürich ist jede fünfte Person während ihres Lebens mindestens einmal von einer schweren Depression betroffen und knapp ein Viertel der Kinder und Jugendlichen leidet unter psychischen Beschwerden. Bei Jugendlichen ist der Suizid zusammen mit Verkehrsunfällen die häufigste Todesursache. Der am Präventionstag vorgestellte Bericht «Prävention psychischer Erkrankungen. Grundlagen für den Kanton Zürich» bietet eine breit abgestützte Grundlage zur Förderung kantonaler Massnahmen in diesem Bereich und zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. In den kommenden Jahren soll zudem ein Schwerpunktprogramm zur Suizidprävention im Kanton Zürich umgesetzt werden. Die dazu nötigen Vorbereitungen sind angelaufen. Anlässlich des Präventionstages fand die Verleihung des Zürcher Preises 2012 für «Gesundheitsförderung im Betrieb» statt.

Mit Beschluss Nr. 1343/2009 beschloss der Regierungsrat das kantonale Aktionsprogramm «Leichter leben – Gesundes Körpergewicht im Kanton Zürich». Das vierjährige Programm bezweckt, mit Massnahmen in den Bereichen Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und Sport einen verstärkten Beitrag zur Stabilisierung des Anteils an adipösen Personen im Kanton zu leisten. Die Kampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» ergänzte die Projekte des Aktionsprogramms. Erhebungen zeigen, dass sich die Zahl übergewichtiger Kinder und Erwachsener im Kanton Zürich tatsächlich (leider auf hohem Niveau) stabilisieren liess. Um das bisher Erreichte längerfristig zu erhalten, sind weitere Bemühungen notwendig. Mit Unterstützung der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz sind weitere Projekte in Planung, die sich allerdings auf Kinder und Jugendliche beschränken werden.

Auf den 1. Januar ist die Zulässigkeit von Alkohol- und Tabaktestkäufen durch Kanton und Gemeinden im Gesundheitsgesetz verankert worden. Im Mai des Berichtsjahres beteiligten sich die Stellen für Suchtprävention zudem am «Nationalen Dialogtag Alkohol». Mit Radio- und TV-Spots auf lokalen Sendern wurde auf die Probleme des übermässigen Alkoholkonsums und auf präventive Massnahmen aufmerksam gemacht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (einschliesslich Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
A2	Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
A3	Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
A4	Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anteil der Bevölkerung, der die Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» kennt (in %, A1, A2)	min.	89	50	89	-
W2	Anteil der 16-jährigen Männer mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum (in %, A1, A2, neu)	max.	23	19	22,7	3,7
W3	Anteil der 16-jährigen Frauen mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum (in %, A1, A2, neu)	max.	24	19	23,8	4,8
W4	Anzahl Tb-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	100	110	117	7
W5	Anzahl Aids-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	29	50	26	-24
W6	Anzahl Selbsttötungen (A1)	max.	176	270	178*	-92
W7	Anzahl Todesfälle mit Ursache Krebs (A1)	max.	2 549	2 600	2 647*	47
W8	Anzahl Todesfälle mit Ursache Herz- und Gefässkrankheiten (A1, A2)	max.	3 632	4 000	3 530*	-470
W9	Masern-Impfung: Anteil Säuglinge mit zwei Impfungen (in %, A4)	min.	88	88	86**	-2
W10	Masern-Impfung: Anteil 16-Jährige mit zwei Impfungen (in %, A4)	min.	93	93	95**	2
W11	Anzahl Besuche auf der Homepage zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention des ISPMZ (A1, A2, A3)	min.	35 379	30 000	38 613	8 613
Leistungen						
L1	Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (A1, A2, A3)	min.	0	0	0	0
L2	Anzahl Bulletins «Prävention Et Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (A1, A2, A3)	min.	2	2	2	0
L3	Anzahl Magazine für Suchtprävention «laut Et leise» (A1, A2, A3)	min.	3	3	3	0
L4	Anzahl öffentliche Präventionsveranstaltungen (A1, A2, A3)	min.	3	3	3	0
L5	Anzahl geleisteter Impfungen HPV (A4)	min.		11 500	14 360	2 860
Wirtschaftlichkeit						
B1	Im Rahmen des Gesundheitsberichtes und der Zwischenberichte auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit (A1, A2, A3)	P	0	0	0	0
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	4.23	4.79	3.57	-1.22

* für das Berichtsjahr Werte von 2010 verfügbar

** für das Berichtsjahr Werte von 2011 verfügbar

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
	LZ RR	bis
E1 Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Umsetzung Planmässig	-	2014
E2 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI >30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren Planmässig	-	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,4	4,3	4,1	-0,2
Aufwand	-9,3	-11,0	-9,1	1,9
Saldo	-5,9	-6,7	-5,0	1,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

- +1,0 Minderaufwand beim Schwerpunktprogramm «Leichter Leben»
- +0,5 Geringerer Aufwand für die Durchführung von Impfungen
- +0,2 Übrige Abweichungen

6300 Somatische Gesundheitsversorgung und Rehabilitation

Hauptereignisse

Während die Listenspitäler im Bereich Somatik und Rehabilitation bis Ende 2011 über Globalbudgets finanziert wurden, gilt seit dem 1. Januar ein System mit einem fixen Vergütungsanteil des Kantons pro stationären Behandlungsfall von Zürcher KVG-Patientinnen und -Patienten. Dank der Anstrengungen aller Beteiligten war es möglich, diesen grundlegenden Finanzierungswechsel geordnet zu vollziehen. Mittels einer flexiblen Handhabung der Akontozahlungen gelang es auch, Liquiditätseingänge in der Anfangsphase zu überbrücken.

Die Einführung der neuen Spitalplanungen Akutsomatik und Rehabilitation verlief in den Spitälern und in der Gesundheitsdirektion problemlos. Die Zürcher Spitalplanung dient zahlreichen weiteren Kantonen als Vorlage für ihre Spitalplanungen.

Mitte des Jahres startete die Gesundheitsdirektion das Controlling-Projekt Qualität in den Listenspitälern. Es fokussiert auf ein Qualitätscontrolling und eine Qualitätsentwicklung. Innerhalb dieser Teilprojekte werden die Qualitätsanforderungen, die an die Leistungsaufträge der Zürcher Spitalisten 2012 geknüpft sind, geprüft und weiterentwickelt. In einem ersten Schritt wurde in einem Vorprojekt die Überprüfung der Anforderungen betreffend Personalverfügbarkeit und -qualifikationen sowie die Anstellungsbedingungen des Fachpersonals vorbereitet. Die ersten Pilot-Audits werden im Frühjahr 2013 stattfinden.

Das Projekt für die strategische Entwicklungsplanung für die Universität und das Universitätsspital gemäss RRB Nr. 1545/2009 (SEP) wurde weiter vorangetrieben. Mit den Arbeiten rund um die Gebietsplanung Hochschulquartier Zentrum, die bis Ende Jahr abgeschlossen wurden, konnten die planerisch-baurechtlichen Rahmenbedingungen für die Gesamterneuerung des Universitätsspitals (Revision Masterplan 2005 und kantonaler Richtplan; Ausarbeitung von Areal-Gestaltungsplänen) geschaffen werden (vgl. auch Massnahme LZ RR 5g).

Das Projekt für den Neubau des Kinderspitals wurde von der Trägerschaft Eleonorenstiftung vorangetrieben. Sieger des Planerauswahlverfahrens wurde das Architekturbüro Herzog & de Meuron, Basel. Parallel dazu erarbeitete die Eleonorenstiftung die Grundlagen für den nächsten Projektschritt (Vorprojekt und Bauprojekt für den Neubau). Der Start dieser Phase ist für das Jahr 2013 geplant (vgl. auch Massnahme LZ RR 5f).

Kantonsapotheke

Die Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln für die Spitäler gestaltete sich deutlich schwieriger und aufwendiger als in früheren Jahren. Eine grosse Herausforderung bildeten Lieferengpässe, die auch den Import von Arzneimitteln aus dem Ausland erforderlich machten. Allgemein wachsen bei der Arzneimittelversorgung die Leistungen; die Anzahl Bestellpositionen hat erneut um +22 000 (+3%) Positionen auf über 700 000 Bestellpositionen zugenommen. Auch der Gesamtumsatz hat trotz vieler, teilweise massiver Preissenkungen deutlich zugenommen (+3,4%).

Je komplexer die Arzneimitteltherapien werden, umso öfter sind Beratungsleistungen der Apothekerinnen und Apotheker nahe an der Patientin und am Patienten gefordert. Sowohl im USZ als auch im KSW sind entsprechende Pilotprojekte in Planung bzw. in Ausführung. Das Konzept der pharmazeutischen Betreuung von Spitälern wurde an die aktuelle Gesetzgebung und Bedürfnisse angepasst, gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit mit den betreuten Spitälern vertraglich neu geregelt und intensiviert. Da es auf dem Stellenmarkt an hochqualifizierten Apothekerinnen und Apothekern fehlt, wird die Kantonsapotheke künftig Spitalapothekerinnen und -apotheker ausbilden und so einen Beitrag zur Nachwuchsförderung leisten.

Zur Behebung der im Vorjahr anlässlich der Inspektion von Swissmedic festgestellten Mängel konnten wichtige Grundvoraussetzungen geschaffen werden (Bewilligung neuer Stellen in der Qualitätssicherung und dem Qualitätsmanagement durch den Regierungsrat im November); die zusätzlich notwendigen baulichen Anpassungen sind in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt in Planung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Somatik: Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Es werden Staatsbeiträge an die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in den selbstständigen Anstalten Universitätsspital Zürich (USZ) und Kantonsspital Winterthur (KSW) sowie in weiteren inner- und ausserkantonalen Listenspitälern geleistet.
A2	Rehabilitation: Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Es werden Staatsbeiträge an die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern geleistet.
A3	Kantonsapotheke (KAZ): Sicherstellen der pharmazeutischen Betreuung und Versorgung des USZ, des KSW und weiterer kantonomer Betriebe

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedener und sehr zufriedener Patientinnen/Patienten (in %, A1, A2)	min.	82	80	83	3
W2	Ungeplante Rehospitalisationen (in %, A1)	max.	1,1	5	n.a.	
W3	Anteil Zürcher Reha-Patientinnen/-Patienten, die im Kanton Zürich stationär behandelt werden (in %, A2)	min.	36*	35	36*	1
Leistungen						
L1	Somatik: Stationäre Patientenaustritte KVG ZH (A1)	P	157 895	179 000	174 680**	-4 320
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH (A1)	max.	7,3	6,7	6,8**	0,1
L3	Somatik: Anzahl stationär im Kanton Zürich behandelte ausserkantonale Patientinnen/Patienten (Austritte; A1)	min.	22 664	29 000	28 500**	-500
L4	Reha: Stationäre Pflgetage KVG ZH (A2)	P	86 801	233 000	229 200**	-3 800
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH (A2)	max.	23,7	23,5	23,1**	-0,4
L6	KAZ: Verkäufe an USZ und KSW (in Mio. Fr., A3)	min.	91.3	102	97.0	-5.0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Somatik: Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung (Fr., A1)	max.	-	40	36	-4

* Prognose; Daten des Berichtsjahres liegen erst Anfang 2014 vor.

** Hochrechnung; Daten des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2013 vor.

Abweichungsbegründungen

W2	Die Erhebung wurde im Berichtsjahr nicht durchgeführt.
L6	Anders als im auf den Werten 2010 beruhenden B 2012 sind ab 2011 regelmässige Bezüge des USZ bei Drittlieferanten in der Höhe von 6 Mio. Franken nicht mehr in den Verkäufen der KAZ enthalten.
B1	Subventionen und Eigentümerbeiträge werden erst seit dem Inkrafttreten des SPFG auf den 1. Januar des Berichtsjahres ausgerichtet.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2c	2015
E2	Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3g	2015
E3	Ein Instrument der Qualitätstransparenz für Patientinnen und Patienten entwickeln Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4c	2015
E4	Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5a	2015
E5	Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4a	2015
E6	Planung des Neubaus Kinderspital Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5f	2015
E7	Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5b	2015
E8	Strategische Entwicklungsplanung Universitätsspital Zürich / Universität Zürich und Planung Erneuerung Universitätsspital Zürich durchführen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5g	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	250,1	260,8	261,1	0,3
Aufwand	-916,5	-1 337,7	-1 390,2	-52,5
Subventionen gemäss § 11 SPFG		-26,2	-24,9	1,3
Eigentümerbeitrag an kantonale Anstalten		-25,0	-25,0	0,0
Saldo	-666,4	-1 076,9	-1 129,1	-52,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,7	0,0	37,2	37,2
Ausgaben	-143,6	-118,4	-88,4	30,0
Saldo	-142,9	-118,4	-51,2	67,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	92,5	94,0	93,0	-1,0

Erfolgsrechnung

- +11,4 Tieferer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale infolge geringerer Mengenentwicklung
- 63,9 Wertberichtigung Anlagevermögen infolge Umwandlung der altrechtlichen Investitionsbeiträge in Darlehen
- +0,3 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +30,0 Minderbedarf bei der Gewährung von Darlehen
- +23,2 Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben.
- +11,8 Geringere nachschüssige Investitionsbeiträge bis und mit 2011 auf der Grundlage der eingereichten Schlussabrechnungen
- +2,2 Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	180 606	-61 482	50 000	169 124	-11 482

Auflösung von Rücklagen 2012

- davon Fr. 56 782 für Firmenbroschüre KAZ

Bildung von Rücklagen 2012

Mehrleistungen bei konstantem Personalbestand KAZ

Es handelt sich dabei um ausserordentliche Rücklagen gemäss § 24 CRG und § 19 Abs. 1 lit. b FCV.

6400 Psychiatrische Versorgung

Hauptereignisse

Auf den 1. Januar ist die neue Zürcher Spitalliste 2012 Psychiatrie in Kraft getreten; das Jahr war von Nachfolgearbeiten geprägt. Die Bedarfsanalysen und -prognosen der Spitalplanung im psychiatrischen Bereich zeigten eine suboptimale Versorgung auf im Bereich der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Kinder- und Jugendforensik und der forensischen Psychiatrie für Erwachsene. Um die Versorgungslage zu verbessern, wurden entsprechende Projektaufträge formuliert, Projektorganisationen aufgestellt und erste Vorarbeiten geleistet. Zusätzlich fanden bei Leistungserbringern mit befristeten Leistungsaufträgen – in Koordination mit der Gesundheitsdirektion – Neukonzeptionierungen bzw. Verfeinerungen ihrer Angebotsstrukturen statt.

Mitte des Jahres startete die Gesundheitsdirektion das Controlling-Projekt Qualität in Listenspitälern, das auch die psychiatrische Versorgung betrifft (vgl. hierzu Ausführungen in der Leistungsgruppe Nr. 6300).

Neu wurden flächendeckend die Art und Menge der definierten gemeinwirtschaftlichen Leistungen in den subventionierten Ambulatorien und Tageskliniken erhoben. Die im Vorjahr erstmals durchgeführte Piloterhebung – als Grundlage für die Subventionierung ab 2012 – wurde mit neuen Elementen ergänzt, um das System resistenter gegen willkürliche Beeinflussungen zu gestalten. Die Erhebung soll neue Erkenntnisse für die zukünftige Subventionierung der spitalgebundenen ambulanten Pflichtleistungen gemäss Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz bringen.

Die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) wird auf den 1. Februar 2013 die bisherigen Kliniken Ost und West zu einer neuen, gemeinsamen «Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik» zusammenlegen. Das Zentrum für Forensische Psychiatrie wird neu als Klinik für Forensische Psychiatrie geführt werden. Entsprechende Projektarbeiten sind vorangetrieben worden und sollen im Frühjahr 2013 abgeschlossen werden.

Das Projekt TARPSY hat die Entwicklung eines gesamtschweizerisch gültigen Tarifsystems für die stationäre Psychiatrie zum Ziel. Der Fokus liegt auf der Erarbeitung einer sinnvollen Struktur kostenhomogener Fallgruppen. Für Kinder, Jugendliche und Forensikpatientinnen und -patienten sind gesonderte Kategorien vorgesehen. Insgesamt soll die neue Tarifstruktur aus einem Mix von Fall- und Tagespauschalen bestehen. 13 Kliniken aus mehreren Kantonen erfassten neben den bisherigen medizinischen Daten zusätzlich die Entwicklung der Fallschwere über den Behandlungsverlauf hinweg. Die von den Referenzkliniken erhobenen Daten werden nun von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur (ZHAW) ausgewertet, um die weitere Datenerhebung optimieren und den Projektplan aktualisieren zu können. Zur Erweiterung des Datenpools und zur Erhöhung der Aussagekraft der erhobenen Daten sollen zusätzliche Referenzkliniken gewonnen werden, besonders im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Es werden Staatsbeiträge an die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in den kantonalen Betrieben Psychiatrische Universitätsklinik (PUK), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie in weiteren inner- und ausserkantonalen Listenspitälern geleistet.
A2	Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anteil Zürcher Patientinnen/Patienten, die im Kanton Zürich stationär behandelt werden (in %, A1)	min.	95*	90	95*	5
Leistungen					
L1 Stationäre Patientenaustritte KVG ZH (A1)	P	12 744	13 400	12 840**	-560
L2 Stationäre Pfl egetage KVG ZH (A1)	P	432 957	443 000	409 501**	-33 499
L3 Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH (A1)	max.	34,0	33,2	31,9**	-1,3
L4 Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken (Mio. Taxpunkte, A2)	P	33,8	34,9	36,6**	1,7
L5 Betreuung in Tageskliniken (Tage, A2)	P	62 417	61 000	65 238**	4 238
Wirtschaftlichkeit					
B1 Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung (Fr., A1, A2)	max.	n. a.	35	34	-1

* Prognose, Daten des Berichtsjahres liegen erst Anfang 2014 vor.

** Hochrechnung

Abweichungsbegründungen

- L2 Die Pfl egetage KVG ZH sind tiefer als budgetiert ausgefallen wegen deutlich geringerer ausserkantonaler Hospitalisierungen sowie infolge Nichtaufnahme zusätzlicher Privatkliniken auf die Spitalliste Psychiatrie 2012.
- B1 Subventionen und Eigentümerbeiträge werden erst seit dem Inkrafttreten des SPFG auf den 1. Januar des Berichtsjahres ausgerichtet.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
	LZ RR	bis
E1 Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2c	2015
E2 Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3g	2015
E3 Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von Swiss DRG Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5h	2015
E4 Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5a	2015
E5 Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4a	2015

E6	Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen Planmässig			
	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		5d	2015
E7	Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren Planmässig			
	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		5b	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	175,3	201,6	202,1	0,5
Aufwand	-402,7	-424,3	-400,5	23,8
Subventionen gemäss § 11 SPFG		-36,0	-31,0	5,0
Eigentümerbeitrag an kantonale Kliniken		-11,6	-6,5	5,1
Saldo	-227,4	-222,7	-198,5	24,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	13,0	0,0	52,4	52,4
Ausgaben	-14,1	-23,5	-25,2	-1,7
Kreditübertragungen aus 2011		-0,4		
Saldo	-1,1	-23,5	27,2	50,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 912,5	1 915,0	1 905,4	-9,6

Erfolgsrechnung

- +9,7 Weniger ausserkantonale Hospitalisierungen
- +5,1 Effizienzverbesserungen kantonale Betriebe (u. a. Integration Psychiatriezentrum Rheinau in PUK, Prozessoptimierungen, Anstrengungen zur Ertragsoptimierung)
- +5,0 Geringere Subventionen gemäss §11 SPFG (vgl. RRB Nr. 127/2012)
- +2,9 Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale an einzelne Listenspitäler infolge tieferer Tarife KVG ZH
- +2,1 Keine zusätzlichen Privatspitäler auf der Spitalliste Psychiatrie 2012
- 0,6 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +46,8 Einnahmen durch Übertragung Personalliegenschaften PUK und ipw vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
- +3,6 Einnahmen aus Rückzahlung von Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben.
- +0,3 Übrige Abweichungen

Personal

- 10 Unbesetzte und verzögert besetzte Stellen bei ipw und PUK

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	807 540	-519 210	3 592 000	3 880 330	3 072 790

Auflösung von Rücklagen 2012

- davon Fr. 300 000 Mobiliarkauf PUK für Standort Rheinau (invest. Charakter)
- davon Fr. 219 210 Personalanlässe PUK

Bildung von Rücklagen 2012

- PUK Fr. 2 000 000: v.a. Effizienzsteigerungen bei der Integration des Psychiatriezentrums Rheinau
- ipw Fr. 1 592 000: v.a. Produktivitätssteigerungen im stationären Bereich sowie verstärkte Anstrengungen zur Ertragsoptimierung

6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Die Langzeitversorgung stand im Zeichen der Umsetzung des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Pflegegesetzes. Zusammen mit dem auf 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft getretenen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) kam es zu einer Bereinigung und Entflechtung der Finanzströme im Zürcher Gesundheitswesen (Modell 100/0). Die Gemeinden übernehmen die der öffentlichen Hand anfallenden Kosten im Bereich der Langzeitversorgung neu zu 100%. Das Zusammenwirken von rund 240 Leistungserbringern (mit über 5 Mio. Unterbringungstagen), den Gemeinden und den knapp 16 000 Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern hat sich in dieser Einführungsphase gut eingespielt.

Gestützt auf die Verordnung über die Pflegeversorgung müssen die Gemeinden Versorgungskonzepte zur Darstellung des kommunalen Leistungsangebots erstellen. Die Konzepte wurden mehrheitlich fertiggestellt und der Gesundheitsdirektion eingereicht. Im Anschluss daran plant die Direktion im Frühjahr 2013 die Herausgabe einer ergänzten Neuauflage der bewährten Informationsbroschüre «Die neue Pflegefinanzierung – Informationen für Patientinnen und Patienten, Angehörige, Institutionen und Gemeinden».

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung der Gemeinden bei der Sicherstellung der ambulanten Langzeitversorgung mittels Spitex-Institutionen und freiberuflichen Pflegefachpersonen
A2	Unterstützung der Gemeinden bei der Sicherstellung der stationären Langzeitversorgung mittels Pflegeheimen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Grundsatz «ambulant vor stationär»: Anteil der ambulanten im Verhältnis zu den stationären Pflegeleistungsstunden (in %, A1, A2)	min.	20,2	18,0	n.a.*	
Leistungen						
L1	Anzahl Pflegeleistungsstunden der Spitex-Institutionen (in Tausend) (A1)	P	1 632	1 538	n.a.*	
L2	Anzahl staatsbeitragsberechtigte nichtpflegerische Leistungsstunden der Spitex-Institutionen (in Tausend) (A1)	P	765	640	n.a.*	
L3	Anzahl Spitex-Klientinnen/-Klienten mit Pflegeanspruch pro 10 000 Einwohnerinnen/Einwohner (A1)	P	232	233	n.a.*	
L4	Anzahl durchschnittliche Pflegestunden pro Spitex-Klientin/-Klient (A1)	P	50	49	n.a.*	
L5	Anzahl Pflegeleistungsstunden in Pflegeheimen (in Tausend) (A2)	P	8 083	8 147	n.a.*	
L6	Anzahl Pflegeheimbewohnerinnen/-bewohner mit Pflegeanspruch pro 10 000 Einwohnerinnen/Einwohner (A2)	P	102	100	n.a.*	
L7	Anzahl durchschnittliche Pflegestunden pro Pflegeheimbewohnerin/-bewohner (A2)	P	588	626	n.a.*	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Normkosten je Leistungsstunde von kommunalen Spitex-Institutionen für «Abklärung und Beratung» (in Fr., A1)	P	115.12	111.00	n.a.*	
B2	Normkosten je Leistungsstunde von kommunalen Spitex-Institutionen für «Untersuchung und Behandlung» (in Fr., A1)	P	110.28	109.00	n.a.*	
B3	Normkosten je Leistungsstunde von kommunalen Spitex-Institutionen für «Grundpflege» (in Fr., A1)	P	100.97	97.00	n.a.*	
B4	Normkosten je Pflegeminute im Pflegeheim (in Fr., A2)	P	1.30	1.27	n.a.*	

* Die Werte des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2013 vor.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis
E1	Neue Pflegefinanzierung einführen und etablieren Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5c	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,3	0,0	3,4	3,4
Aufwand	-81,1	-10,9	-3,6	7,3
Saldo	-80,8	-10,9	-0,2	10,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-22,9	-10,0	-11,4	-1,4
Saldo	-22,9	-10,0	-11,4	-1,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

Mit dem Inkrafttreten des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) auf den 1. Januar des Berichtsjahres wurde der Beitrag der öffentlichen Hand an die Pflegefinanzierung vollständig den Gemeinden übertragen. Bei den in der Erfolgsrechnung 2012 ausgewiesenen Staatsbeiträgen handelt es sich um Restzahlungen für 2011.

- +11,6 Aufgrund der von den Gemeinden eingereichten Schlussabrechnungen ergaben sich geringere nachschüssige Staatsbeiträge für 2011
- 0,8 Höhere Abschreibungen und Zinsen

Investitionsrechnung

- 1,4 Mehrbedarf für zusätzliche Zahlungen an Bauvorhaben bei kommunalen Alters- und Pflegeheimen aufgrund schnelleren Baufortschritts

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Hauptereignisse

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr rund 412 000 Personen oder rund 30% der Gesamtbevölkerung Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 350 000 Personen wurden individuelle Beiträge gewährt (IPV).

Der seit dem 1. September 2011 in Kraft stehende § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) sieht neu vor, dass der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages betragen soll (früher waren es 100%). Unter Berücksichtigung dieser Bestimmung hat der Regierungsrat den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung auf 320,6 Mio. Franken festgesetzt (RRB Nr. 1136/2011).

Die Berechtigungsgrenzen zum Bezug von Prämienverbilligung blieben gegenüber dem Vorjahr hinsichtlich des Vermögens unverändert. Hingegen hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 7. Dezember 2010 (RRB Nr. 1766/2010) die Einkommensgrenzen angepasst. Mit einer verfeinerten Abstufung wurden vorher aufgetretene unerwünschte Fehlanreize, sogenannte Schwelleneffekte, beseitigt.

Ende 2011 hat der Regierungsrat eine weitere Teilrevision des EG KVG zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die Vorlage umfasst Anpassungen an die revidierten Art. 64a und 65 KVG (Verlustscheinübernahme bei unbezahlten Prämien und Kostenbeteiligungen sowie Standardisierung des Verfahrens bei der Ausrichtung der Prämienverbilligung und Ausrichtung direkt an die Krankenversicherer). Die Vorlage wurde in erster Lesung im Kantonsrat beraten. Die zweite Lesung findet 2013 statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Kanton richtet individuelle Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt dabei familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1 ^{bis} KVG.
A2	Bei den Sozialhilfe- und Zusatzleistungsbeziehenden (Ergänzungsleistungen und Beihilfe) übernimmt der Kanton die Prämien. Er finanziert zudem die Prämienausstände aufgrund von Verlustscheinen.

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Erhöhung der verfügbaren Einkommen von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen in Mio. Franken (A1)	P	725	704	689	-15
Leistungen						
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung (in %, A1)	min.	31	31	30	-1
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung (in %, A2)	min.	39	40	36	-4
L3	Kantonsbeitrag in Mio. Franken (Aufwand des Kantons nach Abzug des Bundesbeitrages, einschliesslich SVA–Entschädigung für den Vollzugsaufwand) (A1)	P	359,8	322,7	315,3	-7,4
L4	Kantonsbeitrag in % des Bundesbeitrages (A1)	min.	97	83,5	83,8	0,3
Wirtschaftlichkeit						
B1	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	14	15	16	1
Abweichungsbegründungen						
L4	Aufgrund der neuen gesetzlichen Bestimmungen muss der Kantonsbeitrag mindestens 80% des Bundesbeitrages entsprechen. Für das Berichtsjahr war ein Anteil von 83,5% geplant. Mit einem Wert von 83,8% wurde der Planwert sehr genau erreicht.					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar					Massnahme LZ RR	bis
E1	Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung Planmässig Das Verfahren zur Ausrichtung der Prämienverbilligung wird unter Einbezug externer Fachpersonen überprüft. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates.				4d	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	370,3	386,5	379,6	-6,9
Aufwand	-730,2	-709,2	-694,9	14,3
Entschädigung SVA	-5,1	-5,7	-5,7	-0,1
Individuelle Prämienverbilligung	-437,8	-394,9	-375,6	19,3
Prämienübernahmen	-286,0	-308,7	-313,6	-4,9
Saldo	-359,8	-322,7	-315,3	7,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- +15,7 Geringere Aufwendungen im Bereich der individuellen Prämienverbilligungen (IPV) aufgrund einer tieferen Anzahl IPV-Bezügerinnen und -Bezüger als im Budget angenommen
- +3,6 Nachträgliche Gutschrift für das Leistungsjahr 2011 im Bereich der individuellen Prämienverbilligung
- +3,1 Übertrag aus der Sicherheitsdirektion zur Finanzierung der in den Gemeinden abgewickelten Prämienübernahme an vorläufig Aufgenommene mit einer Aufenthaltsdauer unter sieben Jahren
- 4,9 Der höhere Aufwand bei den Prämienübernahmen ist vorwiegend auf die ausgerichteten Prämienverbilligungen an Zusatzleistungsbezügerinnen und -bezüger zurückzuführen.
- 10,0 Der vom Bund ausgerichtete Pauschalbeitrag ist an die Prämienentwicklung gekoppelt. Da die Prämien weniger stark zunahmen, als bei der Planung angenommen wurde, lag der effektive Bundesbeitrag unter dem Budget.
- 0,1 Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Hauptereignisse

Das Programm zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) wurde im Berichtsjahr fortgeführt. Die weitere Abnahme positiv getesteter Tiere (0,01% der neugeborenen Kälber) entspricht den Erwartungen. Parallel zur umfassenden Kälberüberwachung wurde die längerfristige Überwachung der Seuchenfreiheit durch BVD-Stichprobenuntersuchung entwickelt. 2013 gilt es, die erfolgreiche Ausrottung der BVD mittels der serologischen Stichprobenüberwachung abzusichern.

Im Frühjahr des Berichtsjahres wurde eine erstmals 2011 in Norddeutschland aufgetretene, durch das Schmallenbergvirus ausgelöste Infektionskrankheit in der Schweiz festgestellt. Wird ein Tier von diesem Virus befallen, kann es zu akuten Erkrankungen und – falls das Tier trächtig ist – zu Entwicklungsstörungen beim Fötus kommen. Die Pathologie- und Laboruntersuchungen zeigten schnell, dass sich das Virus sowohl im Kanton Zürich wie auch in allen anderen Kantonen ausgebreitet hatte. Es erkrankten zwar nur wenige Tiere akut. Allerdings ist 2013 vermehrt mit Geburten missgebildeter Tiere zu rechnen.

Durch den Import von infiziertem Ebersperma gelangte im November des Berichtsjahres das Virus des Porcinen reproduktiven und respiratorischen Syndroms (PRRS) in verschiedene Zuchtbetriebe der Ostschweiz. Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, mussten die belegten Sauen vorsorglich geschlachtet werden. Die Zulieferung von Schlachtschweinen aus den seuchenverdächtigen und -betroffenen Betrieben in die Grossschlachtbetriebe im Kanton Zürich machte zusätzliche Massnahmen nötig, um einer Seuchenverschleppung vorzubeugen. Zudem waren zwei Schweinehaltungen im Kanton Zürich Sperr- und weiteren Untersuchungsmassnahmen unterworfen, da sie Tiere aus den betroffenen Zuchtbetrieben erhalten hatten. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse der betroffenen und verdächtigen Bestände in den verschiedenen Kantonen lassen darauf schliessen, dass die Verbreitung des Virus verhindert werden konnte.

Bei den Bruterkrankungen der Bienen konnten leicht rückläufige Fallzahlen verzeichnet werden: 72 mit Sauerbrut und 4 mit Faulbrut verseuchte Bienenstände mussten saniert werden. Der Fallrückgang dürfte auf die angepassten Bekämpfungsmassnahmen zurückzuführen sein. Es ist zu hoffen, dass sich diese Tendenz fortsetzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten
----	---

Indikatoren						
		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Leistungen						
L1	Anzahl auftretende und bekämpfte Tierseuchenfälle (A1)	P	205	150	147	-3
L2	Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (A1)	P	55 297	53 000	53 891	891
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	0.35	0.36	0.36	0
B2	Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	6.83	8.51	6.98	1.53

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Überprüfen der Finanzierungsstruktur des Tierseuchenfonds Planmässig Die entsprechende Revision des Tierseuchengesetzes wurde vom Kantonsrat am 24. September des Berichtsjahres verabschiedet und soll auf 1. Januar 2014 in Kraft treten.	-	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,8	1,8	1,5	–0,3
Patente, Entgelte, Beiträge	0,5	0,3	0,3	–0,0
Tiermehlfabrik Bazenheid	0,5	0,7	0,4	–0,3
Interne Verrechnungen	0,7	0,7	0,7	–0,0
Aufwand	–2,1	–2,7	–1,9	0,8
Sachaufwand	–1,1	–1,4	–1,1	0,3
Tiermehlfabrik Bazenheid	–0,6	–0,8	–0,5	0,3
Bereitstellungskosten TMF	–0,1	–0,2	–0,1	0,0
Eigene Beiträge	–0,1	–0,1	–0,0	0,1
Interne Verrechnungen	–0,1	–0,2	–0,1	0,1
Saldo	–0,4	–0,9	–0,4	0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	4,1	3,2	3,7	0,5

Erfolgsrechnung

- +0,8 Der Minderaufwand ist vor allem auf tiefere Kosten bei der Entsorgung der tierischen Nebenprodukte, für Beauftragte und Material wie Spezialohrmarken im BVD-Programm und auf geringere Tierentschädigungen zurückzuführen.
- 0,3 Der Minderertrag ist auf die kleinere Rückerstattung der Gemeinden für die Entsorgung der tierischen Nebenprodukte begründet.

Fondsbestand

Der Fondsbestand nahm gegenüber 2011 dank des geringeren Aufwands statt der budgetierten 0,93 Mio. Franken nur um 0,42 Mio. Franken ab und beträgt Ende des Berichtsjahres 3,7 Mio. Franken.

6999 Lohnnachzahlungen; Berufe im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

2001 stellte das Verwaltungsgericht für verschiedene Gesundheitsberufe eine diskriminierende Festlegung der massgebenden Lohnklassen im Rahmen der Strukturellen Besoldungsrevision fest. Für die gestützt darauf vorzunehmenden Neueinreihungen der betroffenen Berufsangehörigen gewährte der Kantonsrat seinerzeit einen Nachtragskredit von 280 Mio. Franken. Ausgehend von diesen Grundsatzentscheiden konnte ein weiteres Rechtsverfahren abgeschlossen werden. Eine kleinere Anzahl von Fällen ist nach wie vor hängig, weshalb auch noch 2013 mit Lohnnachzahlungen zu rechnen ist.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1	Eingang Gesuche Pflegepersonal	7		0	
W2	- kantonale Betriebe	0		0	
W3	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	6		0	
W4	- nicht berechnigte Personen	1		0	
W5	Eingang Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	4		0	
W6	- kantonale Betriebe	1		0	
W7	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	0		0	
W8	- nicht berechnigte Personen	3		0	
Leistungen					
L1	Bearbeitete Gesuche Pflegepersonal	7		0	
L2	- kantonale Betriebe	0		0	
L3	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	6		0	
L4	- Rückweisungen	1		0	
L5	Bearbeitete Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	4		0	
L6	- kantonale Betriebe	1		0	
L7	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	0		0	
L8	- Rückweisungen	3		0	
Wirtschaftlichkeit					
B1	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegepersonal	5 583		0	
B2	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	0		0	
B3	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	0		0	
B4	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	0		0	
B5	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	6		0	
B6	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	0		0	
B7	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	0		0	
B8	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegekader/TOA	0		0	
B9	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	0		0	
B10	- kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	0		0	
B11	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	0		0	
B12	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	0		0	

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	0,2		0,1	0,1
Lohnnachzahlungen	-0,0			
Entnahme aus Rückstellungen	0,0			
Auflösung nicht benötigte Rückstellungen	0,2		0,1	0,1
Saldo	0,2		0,1	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Im Berichtsjahr wurden keine Lohnnachzahlungen geleistet. Die Höhe der Rückstellung wurde überprüft. Aufgrund der Schätzungen zu den Lohnnachzahlungen, mit denen inskünftig noch gerechnet werden muss, wurde die Rückstellung um den Betrag von Fr. 50 000 auf Fr. 1 350 000 herabgesetzt.





Bildungsdirektion

Nach der flächendeckenden Umsetzung des Volksschulgesetzes befindet sich die Zürcher Volksschule in einer Konsolidierungsphase. Die sehr deutliche Ablehnung der Volksinitiative «Freie Schulwahl» in der Abstimmung vom 17. Juni zeigte, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Volksschule in der bestehenden Form unverändert hoch ist. Die Einführung der Grundstufe wurde in der Volksabstimmung vom 25. November abgelehnt. Die Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels greifen; dank des Einsatzes von Studierenden der Quereinsteigerausbildung konnten die offenen Stellen auf Beginn des Schuljahres 2012/13 etwas einfacher besetzt werden als im Vorjahr, der Mangel an Lehrpersonen besteht jedoch weiterhin.

Im Mai konnte die Fachstelle für Schulbeurteilung dem Regierungsrat ihren vierten Jahresbericht vorlegen. Mit den Evaluationen des Schuljahres 2010/11 konnte der erste Evaluationszyklus abgeschlossen werden: Alle Regelschulen wurden mindestens einmal besucht und beurteilt. Der Bericht zeigte auf, dass der Anteil von Schulen mit positiven Beurteilungen in vielen Qualitätsmerkmalen gestiegen ist.

An den Zürcher Mittelschulen wurden die Maturitätsprüfungen erstmals vollständig vor den Sommerferien durchgeführt. Diese Änderung ermöglicht den Maturandinnen und Maturanden einen nahtlosen Studienbeginn an den Schweizer Hochschulen.

Im Berichtsjahr entschied die Berufsbildungskommission erstmals über die Verwendung der Mittel aus dem Berufsbildungsfonds: Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich konnte – für das Beitragsjahr 2011 – bei gut 12 500 beitragspflichtigen Arbeitgebern Fondsbeiträge in der Höhe von rund 17 Mio. Franken erheben. Diese Mittel wurden für Aufwendungen der Lehrbetriebe für das Qualifikationsverfahren, überbetriebliche Kurse, Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und weitere Massnahmen im Bereich der beruflichen Grundbildung verwendet.

Im September konnte die Pädagogische Hochschule Zürich ihren neuen Campus in der Europaallee, wenige Schritte vom Hauptbahnhof entfernt, beziehen. Die Studierenden, die zuvor zwischen 19 Standorten hin- und herpendeln mussten, haben nun einen modernen Ausbildungsort mit Vorlesungssälen, Gruppenräumen, einem Lernforum mit Einzelarbeitsplätzen und einem vielseitigen Dienstleistungsangebot, einer eigenen Mensa und einer modernen Dreifachturnhalle zur Verfügung.

Legislaturziele

Die Bildungsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 2, 3, 6, 12 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Standes der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt (LZ RR 2; gemeinsam mit GD).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 2a des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht (LZ RR 3; gemeinsam mit GD).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 3a–3e des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit DS und JI).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6b, 6c und 6e des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet (LZ RR 12; gemeinsam mit VD).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 12c des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit FD und DS).
	5.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 16e des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Allen Chancen eröffnen
Massnahme	6.1 Die frühe Förderung von Kindern mit freiwilligen Angeboten stärken und die Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch die Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Gesetzliche Grundlage für bedarfsgerechte Frühförderung mit neuem Kinder- und Jugendhilfegesetz geschaffen. Neuausrichtung der kantonalen Elternbildungsstrategie zur besseren Fokussierung auf die angestrebten Zielgruppen.
Massnahme	6.2 Verfahren und Instrumente entwickeln, um einen guten Start in die Schulzeit und einen fairen Übertritt in die Sekundarstufe I zu unterstützen.
Stand	Planmässig
Kommentar	Instrumente zur Unterstützung des Schuleingangs sind entwickelt und erprobt, Beispiele guter Praxis dazu werden gesammelt.

Massnahme	6.3 Lernschwache Schülerinnen und Schüler mit mehr Unterricht in den Kernfächern unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Vertretungen aus dem Schulfeld werden Lösungen gesucht für geeignete Gewichtung im Unterricht und Unterstützung ergänzend zum Unterricht.
Massnahme	6.4 Das Programm «Qualität in multikulturellen Schulen» (QUIMS) verstärkt auf Lernerfolge ausrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Evaluationsstudie zu QUIMS zieht gesamthaft ein positives Fazit und empfiehlt eine Weiterentwicklung mit Fokus auf gezielte Sprachförderung und Einbezug der Eltern. Die Weiterentwicklung ist in Vorbereitung.
Massnahme	6.5 Die Qualität der ausserschulischen Betreuung (Horte, Tagesschulen) fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Richtlinien und Ausbildungsanforderungen werden aktualisiert. Dabei sind Qualitätsansprüche, Kosten und verfügbares Fachpersonal gegeneinander abzuwägen.
Massnahme	6.6 In der Volksschule Vorbereitungskurse für die gymnasiale Aufnahmeprüfung anbieten
Stand	In Planung
Kommentar	Den Schulgemeinden wurden Empfehlungen für die Durchführung von Vorbereitungskursen gegeben, eine gesetzliche Grundlage für eine verbindliche Handhabung ist beantragt.
Legislaturziel	7 Guten Unterricht unterstützen
Massnahme	7.1 Mit dem Deutschschweizer Lehrplan 21 festlegen, was Schülerinnen und Schüler der Volksschule wissen und können müssen
Stand	Planmässig
Kommentar	Bis zur Übergabe an die Kantone erfolgt die Erarbeitung des Lehrplans 21 auf interkantonalen Ebene (D-EDK). Mit Vertretungen des Zürcher Schulfeldes wurde im Frühling des Berichtsjahres ein erster Entwurf des Lehrplans 21 begutachtet. Die Rückmeldungen flossen anlässlich eines Hearings ein.
Massnahme	7.2 Instrumente bereitstellen, mit denen Lernfortschritte von Schülerinnen und Schülern eingeschätzt werden können, z.B. als Grundlage für die individuelle Förderung
Stand	Planmässig
Kommentar	In Zusammenarbeit mit Vertretungen des Schulfeldes wurden Instrumente ergänzend zu Fachlehrmitteln und insbesondere für den Schulanfang geschaffen. Ein weiteres Instrument für die 4.–6. Klasse ist in Planung.
Massnahme	7.3 Gute Lehrmittel zur Verfügung stellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Hauptereignisse in LG 7100

Massnahme	7.4 Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und mit einem neuen Musikgesetz den Musikunterricht stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Neuer Masterstudiengang «Fachdidaktik in Naturwissenschaften» an der PHZH geschaffen
Massnahme	7.5 Die Einführung von Schulassistenzen prüfen, damit Lehrpersonen mehr Zeit zum Unterrichten haben
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Befragung des Schulfeldes wurde durchgeführt.
Massnahme	7.6 Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen und bei Problemen mit Gewalt unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen des Schwerpunktes «Sicherheit und Krisenmanagement an Schulen» wurde eine Bedarfsabklärung zur psychologischen Nothilfe bei ausserordentlichen Krisenereignissen an Schulen durchgeführt. Zusammen mit der Kantonspolizei wurden entsprechende Unterlagen für die Schulen erarbeitet.
Legislaturziel	8 Lehrerinnen und Lehrer stärken
Massnahme	8.1 Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitende mit guten Arbeitsbedingungen im Berufsalltag unterstützen
Stand	Daueraufgabe
Massnahme	8.2 Genügend geeignete Menschen für den Lehrberuf gewinnen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Der Start der Quereinsteigerausbildungen für Lehrpersonen ist erfolgreich verlaufen.
Massnahme	8.3 Die neu entwickelten Ausbildungsgänge für den Quereinstieg und den Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Quereinsteigerausbildungen wurden erweitert.
Massnahme	8.4 Eine gute Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern an Volks-, Mittel- und Berufsfachschulen gewährleisten
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Absolventenbefragung wurde durchgeführt. Entsprechende Angebote für Stufenumstieg und Fachergänzungen sind vorhanden.
Massnahme	8.5 Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Berufseinführungsphase unterstützen
Stand	Daueraufgabe
Massnahme	8.6 Die Schulleitungen mit einer Ergebnisverantwortung für die Leistungen ihrer Schulen stärken
Stand	In Planung

Legislaturziel	9 Passende Abschlüsse ermöglichen
Massnahme	9.1 Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stärken
Stand	Planmässig
Massnahme	9.2 Leistungsschwächere Jugendliche beim Übergang in die Arbeitswelt unterstützen und die Schaffung von geeigneten beruflichen Ausbildungen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Neue Berufsbildungsprofile für die entsprechende Zielgruppe erarbeitet
Massnahme	9.3 Gemeinsam mit den Spitälern Fachkräfte in den Gesundheitsberufen ausbilden
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Fachmaturität Gesundheit und Naturwissenschaften wurde eingeführt; berufsbegleitender Studiengang Pflege HF gestartet; Nachwuchswerbung in den Gesundheitsberufen der OdA G ZH übertragen. Das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) verpflichtet Listenspitäler und Kliniken ab dem Berichtsjahr zu einer Aus- und Weiterbildung einer im Verhältnis zum gesamtkantonalen Bedarf angemessenen Zahl von Angehörigen der Berufe des Gesundheitswesens.
Massnahme	9.4 Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den Hochschulzugang sicherstellen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Zentrale Aufnahmeprüfung und Selbstorganisiertes Lernen im Regelbetrieb eingeführt. Vorgezogene Maturaabschlussstermine sind nun auf den Hochschulsemesterbeginn abgestimmt. Dialog an der Schnittstelle Hochschule/ Gymnasium ist etabliert.
Massnahme	9.5 Uns für die Stärkung der Höheren Berufsbildung einsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Finanzierung der Höheren Berufsbildung wurde mittels Revision der Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung auf den 1. Januar 2013 angepasst.
Massnahme	9.6 Die berufliche und allgemeine Weiterbildung und die Nachholbildung fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Finanzierung der Weiterbildung wurde mittels Revision der Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung auf den 1. Januar 2013 angepasst.

Legislaturziel	10 In die Hochschulen investieren
Massnahme	10.1 An der Universität Zürich die Betreuungsverhältnisse verbessern und Anpassungen an der Bologna-Reform vornehmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Hauptereignisse LG 7401
Massnahme	10.2 Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe weiterentwickeln und akademische Nachwuchskräfte fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe Hauptereignisse LG 7401
Massnahme	10.3 In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschule investieren
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Fortschritte in der Strategischen Entwicklungsplanung Unispital/ Universität (SEP)
Massnahme	10.4 Die Universitäre Medizin Zürich im Verbund mit der Gesundheitsdirektion stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Siehe 10.3
Massnahme	10.5 Dem Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sowie im Gesundheitsbereich entgegenwirken
Stand	Planmässig
Kommentar	Neue Ausbildungsgänge «Masterstudiengang Fachdidaktik Naturwissenschaft» eingeführt
Massnahme	10.6 Das Stipendienwesen weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Gesamtschweizerische Entwicklungstendenzen im Stipendienwesen sind zu berücksichtigen. Beitritt Stipendienkonkordat in Planung.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	859,4	858,5	914,8	56,2
Aufwand	-3 311,7	-3 215,6	-3 246,8	-31,1
Kreditübertragungen aus 2011		-15,0		
Saldo	-2 452,3	-2 357,1	-2 332,0	25,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	24,4	17,6	33,8	16,2
Ausgaben	-124,4	-218,9	-162,8	56,2
Kreditübertragungen aus 2011		-5,0		
Saldo	-100,1	-201,3	-129,0	72,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	13 127,6	13 349,0	13 534,0	185,1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+56,2):

- +14,1 Mehreinnahmen an Bundesbeiträge in der Berufsbildung
- +13,1 Höhere Verrechnung kalkulatorischer Nutzungskosten für die der Universität Zürich zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften
- +8,6 Höhere Lohnsummen der beitragspflichtigen Betriebe als budgetiert, dadurch höhere Beiträge an den Berufsbildungsfonds
- +6,8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich als budgetiert
- +4,4 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV
- +2,9 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten der Jugend- und Familienhilfe führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- +2,1 Mehreinnahmen an Kantonsbeiträge in der Berufsbildung
- +1,9 Lohnweiterverrechnungen an Dritte der Jugend- und Familienhilfe wurden im Planungszeitpunkt als Minus-Aufwand budgetiert, bei der Fakturation bzw. Rückerstattung jedoch dem Bruttoprinzip entsprechend als Ertrag berücksichtigt.
- +1,3 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime
- +1,1 Höhere Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium
- +1,0 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit führte zu entsprechendem Mehrertrag in der Jugend- und Familienhilfe.
- +0,7 Höhere Einnahmen ergaben sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
- +0,2 Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die Kinder- und Jugendheime (Durchlaufposten) fielen etwas höher als budgetiert aus.
- 1,2 Tiefere Kursgelder in der Berufsbildung

- 0,7 Die Gemeindebeiträge verminderten sich als Folge der tiefer als budgetiert angefallenen Betriebskosten der Berufsinformationszentren (BIZ).
 - 0,5 Weniger IT-Einnahmen der GS-Informatik sowie aus der Verrechnung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes an die Schulen
 - 0,5 Bisher im Mittelschul- und Berufsbildungsamt vereinnahmte Bundesbeiträge wurden direkt der Zielleistungsgruppe Berufsbildung überwiesen.
 - +0,9 Übrige Mindererträge
- Aufwand (-31,1):
- +13,3 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW und der Pädagogische Hochschule PHZH aus dem Vorjahr
 - +7,5 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW im Rahmen der jährlichen Leistungsvereinbarung aufgrund der Kreditübertragung in gleicher Höhe ins Folgejahr
 - +3,4 Der gegenüber dem Budget deutlich tiefere Aufwand im Lehrmittelverlag begründet sich in tieferen Beschaffungskosten für die Entwicklung und Produktion von Eigenfabrikaten und Beschaffung von Fremdfabrikaten sowie in einer Wertzunahme der Vorräte.
 - +2,6 Minderaufwand für Abschreibungen und Zinsen in der Berufsbildung
 - +2,2 Gezielter und sparsamer Umgang mit Ressourcen (Kostenmanagement) sowie verschiedene Projektverzögerungen im Volksschulamt
 - +2,2 Ein tieferer Personalaufwand als geplant ergab sich u. a. infolge Personalmutationen und Lohnrückerstattungen/Versicherungsleistungen bei den Kinder- und Jugendhilfestellen.
 - +2,1 Im Berufsbildungsfonds wurden tiefere Ausgaben geplant, da zum Zeitpunkt der Ausgabenbeschlüsse die Höhe der Einnahmen noch nicht bekannt war.
 - +2,5 Durch Verzögerungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes fielen entsprechende Sachkosten (+1,9) sowie Stellenbesetzungen und damit Personalaufwand (+0,5) nicht im erwarteten Rahmen an.
 - +1,6 Minderaufwand baulicher Unterhalt in der Berufsbildung
 - +1,3 Tiefere Beiträge an Gemeinden und Kantone der Leistungsgruppe Volksschulen
 - +1,3 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu tieferen Beschäftigtenzahlen und Rotationsgewinnen der Berufs- und Studienberatung.
 - +1,2 Nicht besetzte Stellen aufgrund von verzögerten und verschobenen Projekten sowie einer zurückhaltenden Stellenbesetzung/Personalplanung im Volksschulamt, Generalsekretariat und Hochschulamt
 - +1,2 Tiefere Abschreibungen und Zinsen auf Investitionsbeiträgen des Kantons Zürich (Fachhochschule)
 - +1,0 Geringere Vorjahresinvestitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand. Ebenso konnte eine Prozessrückstellung in der Jugend- und Familienhilfe aufgelöst werden.
 - +0,6 Geringerer Aufwand der GS-Informatik und der IT des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes infolge weniger erbrachter Leistungen
 - +0,6 Minderaufwand für Personalkosten in den Mittelschulen
 - +0,5 Geringerer Personalaufwand aufgrund verzögerter Stellenbesetzungen, im Besonderen bei der Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes
 - +0,5 Eine konsequente Abgrenzung von Leistungen zugunsten der Berufsbildung im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) führte zu weniger Aufwand im MBA.

- 13,4 Höhere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien aufgrund von Ersatzbeschaffungen (Universität)
- 10,7 Höhere Einlagen in den Berufsbildungsfonds aufgrund höherer Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben
- 9,5 Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen als budgetiert
- 7,8 Im Zusammenhang mit den Änderungen zur Lehrpersonalverordnung (LPVO) und der damit verbundenen Vorverlegung des Schuljahresbeginn wurden Rückstellungen in der Höhe von 7,8 Mio. Franken gebildet (alle Lehrpersonen, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Vikarinnen und Vikare im Monatslohn, die am 31. Juli 2011 angestellt waren, erhalten bei Beendigung dieser Anstellung eine Lohnnachzahlung für einen halben Monat).
- 6,8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
- 6,8 Bei den Staatsbeiträgen konnten Budgetüberschreitungen beim Stipendienaufwand (-3,8) aufgrund zunehmender Gesuchszahlen und im Heimbereich u. a. infolge neuer beitragsberechtigter Angebote (-4,3) nur teilweise bei den übrigen Beiträgen (+1,3) kompensiert werden.
- 5,5 Höhere Beiträge an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende
- 4,4 Höhere an die Universität Zürich überwiesene IUV-Beiträge (vgl. Ertrag)
- 2,9 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten der Jugend- und Familienhilfe führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 2,6 Höhere Nettopersonalkosten aufgrund Zunahme der Vollzeiteneinheiten in der Volksschule
- 2,2 Bei den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter ergaben sich Mehrkosten als Folge einer steigenden Zahl von Kindern und Massnahmen sowie von Tarifierpassungen der Jugend- und Familienhilfe.
- 1,9 Lohnweiterverrechnungen an Dritte der Jugend- und Familienhilfe wurden im Planungszeitpunkt als Minus-Aufwand budgetiert, bei der Fakturation bzw. Rückerstattung jedoch dem Bruttoprinzip entsprechend als Ertrag berücksichtigt (saldoneutral).
- 1,3 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime
- 1,1 Höherer Aufwand für Planungen und Dienstleistungen Dritter (Fachhochschule)
- 1,1 Höhere Planungskosten und Dienstleistungen Dritter (Universität)
- 1,0 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit führte zu entsprechenden Mehrkosten (siehe auch unter Ertrag und Personal).
- 0,2 Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die Kinder- und Jugendheime (Durchlaufposten) fielen etwas höher als budgetiert aus.
- +2,6 Übrige Minderaufwände

Investitionsrechnung

Einnahmen (+16,2):

- +20,0 Übertrag Grundstück und Hochbau Hirschengraben 28/30 und Kantonsschulstrasse 4/16 der Fachhochschule vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen
- +3,5 Mehreinnahmen bei den durchlaufenden Investitionsbeiträgen des Bundes für die Universität Zürich
- +0,3 Mehreinnahmen Bundesbeiträge bei Projekten der ZHAW am Standort Wädenswil
- +0,3 Die Rückerstattungen von Ausbildungsdarlehen übertrafen den budgetierten Wert.
- 6,2 Mindereinnahmen Bundesbeiträge Projekt Toni-Areal
- 1,7 Mindereinnahmen vom Bund aus verschiedenen Projekten, z. B. Lernzentrum Irchel, Gebäude Y21 (Geographisches Institut), Instandsetzung Mensa und Völkerkundemuseum der Universität

Ausgaben (+56,2):

- +23,0 Minderausgaben mehrheitlich wegen Verzögerungen oder Verschiebungen von Bauprojekten im Mittelschulbereich, dies betrifft insbesondere folgende Vorhaben: Neubau und Sanierung Altbau der Kantonsschule Uster (+14,3), Umbau des kleinen Spezialtraktes Kantonsschule Zürcher Oberland Wetzikon (+4,0), Fassadensanierung und behindertengerechte Umbauten Kantonsschule Freudenberg/Enge (+2,9), Ersatz- und Ergänzungsbau Kantonsschule Büelrain Winterthur (+1,8).
- +18,1 Vorzeitige Umsetzung Projekt Anton Graff Berufsbildungsschule Winterthur (+12,9) und Sistierung der Erweiterung Mühletal Berufsfachschule Winterthur (+1,8).
Verschiedene Projekte haben sich verzögert: Flachdachsanieierung Berufsschule Detailhandel (+1,1), Altbau und Erweiterung Berufsbildungszentrum Zürichsee (+1,1), Aufstockung Turnhalle Rennweg Berufsbildungsschule Winterthur (+0,7), Berufsbildungsmeile, Sanierung für Folgenutzung Berufsfachschulen (+0,5)
- +7,9 Minderausgaben Spezialausbau Sihlpost PHZH
- +6,7 Minderausgaben bei verschiedenen Berufungs- und Kleinprojekten
- +5,8 Verzögerung Ausstattungsausbau Toni-Areal ZHdK
- +5,7 Verzögerungen in verschiedenen Kleinprojekten der ZHAW
- +5,4 Projektabbruch Sanierung Gloriamstrasse 30/32
- +4,0 Tieferer Investitionsbeitrag an Schulhausbauten und Sonderschulen
- +3,2 Verschiebung Sanierung Lüftung Botanischer Garten
- +3,0 Verzögerung in den Arealentwicklungen ZHAW Standorte Wädenswil und Winterthur
- +2,8 Projektaufschub Lernzentrum Irchel
- +2,2 Verzögerung Ersatz Telefonanlage Uni Zentrum
- +2,1 Verzögerung Sanierung Völkerkundemuseum
- +1,9 Minderausgaben gegenüber Budget im Mieterausbau Liegenschaft Seifenstreuli Standort Wädenswil ZHAW

- +1,4 Kreditübertragungen aus 2011 ins Berichtsjahr, die nun ins 2013 übertragen werden: ABZ Informatik Infrastruktur (+0,2), BZZ Erweiterungsbau und Schulmobiliar (+0,9), BBW Aufstockung Turnhalle (+0,3)
- +1,4 Verschobene Sanierung Cafeteria Botanischer Garten
- +1,4 Aufgeschobene Fenstersanierung Rämistrasse 74 der Universität
- +1,2 Verzögerung bei der Sanierung der Kuppelschauhäuser des Botanischen Gartens der Universität
- +1,2 Minderausgaben Investitionen Mobilien der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW
- +0,9 Verschobene IT-Ersatzbeschaffungen Hard- und Software sowie verzögerte Einrichtungs- ausgaben für die Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Amt für Jugend- und Berufsberatung
- +0,9 Verzögerung der fünften Bauetappe der Universität Irchel
- +0,9 Minderaufwand bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime aufgrund von Bauverzögerungen
- +0,8 Ausgabenminderung von Investitionsbeiträgen an Private durch verzögerte Projekte (KV Zürich)
- +0,8 Verzögerte Sanierung von Liegenschaften aus der Übernahme PHZH
- +0,8 Verzögerung Heizungsersatz ZHAW, Standort Wädenswil
- +0,6 Minderausgaben Investitionen Mobilien
- +0,6 Bei den Kinder- und Jugendhilfestellen fielen Mobiliarersatzbeschaffungen und bau- liche Massnahmen nicht im erwarteten Rahmen an.
- +0,4 Geplante Softwareerweiterungen konnten infolge zeitlicher Verzögerungen noch nicht umgesetzt werden.
- +0,3 Verschobene IT-Investitionen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt für die Schul- informatik
- +0,3 Geplante Softwareerweiterungen (Fallführungsapplikation) und Mobiliarersatzbeschaf- fungen verschieben sich ins Folgejahr.
- 41,2 Verbuchung Barwert Finanzierungsleasing Sihlpost PHZH
- 5,9 Mehrausgaben Mieterausbau Toni-Areal Zürcher Hochschule der Künste ZHdK
- 3,5 Mehrausgaben bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen (Mobilien)
- +1,0 Übrige Minderausgaben

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Grossinvestitionen				
Projekt Nr. 33049 Calatrava Hofeinbau und Aufstockung	-0,5	65,4	65,1	0,3
Projekt Nr. 27463 Toni-Areal Ausstattung	19,8	89,5	21,0	68,5
Projekt Nr. 11580 Anton-Graff-Haus Winterthur	1,0	52,2	43,4	8,8
Übrige Investitionen	108,7			
Total Investitionen	129,0			

Leistungsgruppen

7000 Bildungsverwaltung

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

	Total		Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2011 ¹	2012	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorschulstufe	27 289	28 295	13 570	48,0	7 496	26,5	26 609	94,0
Regelkindergarten ²	26 570	27 424	13 201	48,1	7 045	25,7	26 231	95,6
Sonderkindergarten	367	378	124	32,8	140	37,0	378	100,0
Alternativer Kindergarten ³	352	493	245	49,7	311	63,1	-	-
Primarstufe	81 616	81 775	39 765	48,6	21 265	26,0	77 436	94,7
Primarschule ²	76 780	77 092	37 923	49,2	18 784	24,4	74 891	97,1
Besondere Klassen	612	609	219	36,0	345	56,7	473	77,7
Sonderschulen	2 120	2 080	655	31,5	813	39,1	2 072	99,6
Alternativer Lehrplan ³	2 104	1 994	968	48,5	1 323	66,3	-	-
Sekundarstufe I	41 545	41 558	20 206	48,6	9 004	21,7	37 718	90,8
Sekundarschule	31 867	31 754	15 200	47,9	6 850	21,6	29 580	93,2
Besondere Klassen	249	307	120	39,1	184	59,9	175	57,0
Sonderschulen	1 115	1 130	393	34,8	338	29,9	1 097	97,1
Gymnasien	7 053	7 087	3 844	54,2	895	12,6	6 716	94,8
Übrige Mittelschulen ⁴	161	150	85	56,7	17	11,3	150	100,0
Alternativer Lehrplan ³	1 100	1 130	564	49,9	720	63,7	-	-
Sekundarstufe II	60 205	60 843	29 113	47,8	8 966	14,7	53 268	87,5
Brückenangebote	2 319	2 262	1 255	55,5	763	33,7	1 950	86,2
Gymnasien	8 616	9 027	5 107	56,6	929	10,3	7 939	87,9
Übrige Mittelschulen ⁵	1 062	1 185	715	60,3	97	8,2	1 005	84,8
Berufslehren ⁶ (einschliesslich BMS I)	44 859	44 872	20 362	45,4	6 210	13,8	40 300	89,8
Anlehren	422	373	107	28,7	115	30,8	351	94,1
BMS II (nach Lehrabschluss)	1 720	1 927	999	51,8	126	6,5	1 531	79,4
Sonderschulen	204	192	77	40,1	60	31,3	192	100,0
Alternativer Lehrplan ³	1 003	1 005	491	48,9	666	66,3	-	-
Tertiärstufe	61 797	64 064	34 151	53,3	10 000	15,6	51 452	80,3
Vorbereitung Berufsprüfung	5 624	6 434	2 844	44,2	1 343	20,9	3 656	56,8
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 688	1 544	366	23,7	285	18,5	808	52,3
Höhere Fachschule HF	5 494	5 885	2 699	45,9	684	11,6	3 346	56,9
Übrige Fachausbildung	4 308	3 917	2 620	66,9	517	13,2	1 361	34,7
Fachhochschulen ⁷	18 416	19 904	10 647	53,5	2 422	12,2	16 014	80,5
Universität	26 267	26 380	14 975	56,8	4 749	18,0	26 267	99,6
Total	272 452	276 535	136 805	49,5	56 731	20,5	246 483	89,1

¹ Die Angaben für 2011 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

² Einschliesslich Projekt Grundstufe

³ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z. B. ausländische Schulprogramme, Rudolf-Steiner-Schulen)

⁴ Handelsmittelschule

⁵ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁶ Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsattest (EBA)

⁷ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HFH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule und der Fernfachhochschule Schweiz)

Bildungsstatistik

Im Schuljahr 2012/13 besuchen im Kanton Zürich rund 276 500 Lernende eine öffentliche oder private Bildungsinstitution. Damit ist die Anzahl Lernender gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen. Insgesamt besuchen 89% der Lernenden eine öffentliche Bildungseinrichtung.

Die Schülerzahl auf der Kindergartenstufe hat um 1000 auf 28 300 zugenommen (+3,7%). Dies entspricht dem prognostizierten Anstieg auf der Grundlage der demografischen Entwicklung.

Die Schülerzahlen auf der Primarstufe und auf der Sekundarstufe I sind gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Bei den Lernenden auf der Sekundarstufe II ist eine Zunahme um rund 600 (+1,1%) zu verzeichnen, davon entfallen 400 auf die Gymnasien – je zur Hälfte auf öffentliche und auf private Schulen. Die übrigen Mittelschulen (HMS, IMS und FMS) und die berufsbegleitende Berufsmittelschule weisen ebenfalls höhere Schülerbestände auf.

Die Tertiärstufe weist einen Zuwachs von rund 2300 Studentinnen und Studenten auf. Sie umfasst gegenwärtig 64 000 Studierende (+3,7%). Die Zahl der Studierenden einschliesslich Weiterbildung (Studierende Master of Advanced Studies MAS) an der Zürcher Fachhochschule (ZFH) und an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) hat gesamthaft um 8,1% zugenommen. Die steigenden Studierendenzahlen sind zum einen auf ein angestiegenes Interesse im Bereich Technik und Informationstechnologie und einer anhaltend hohen Nachfrage im Bereich Wirtschaft zurückzuführen. Weitere Faktoren sind die erfolgreich eingeführten Lehrberufsausbildungen für Quereinsteigende sowie der abgeschlossenen Auf- und Ausbau des Lehrangebots im Bereich Gesundheit.

Die Ergebnisse der bildungsstatistischen Erhebungen werden unter www.bista.zh.ch zugänglich gemacht.

Hauptereignisse

Erhebungen zur Schulqualität

Die Erprobung der Instrumente zur Feststellung der sprachlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern mit Deutsch als Zweiter Sprache (DaZ) wurde abgeschlossen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Instrumente im Praxistest bewähren. Sie werden ab Schuljahr 2013/14 verbindlich eingesetzt.

Die kantonale Lernstandserhebung wurde fortgeführt: Jene Schülerinnen und Schüler, die 2003 beim Eintritt in die ersten Klassen, 2006 am Ende der dritten Klassen und 2009 am Ende der sechsten Klassen getestet wurden, wurden nun in der neunten Klassen letztmalig befragt. Der Bericht wird Ende 2013 vorliegen. Im Nachgang zu den kantonalen Ergebnissen der internationalen Vergleichsstudie PISA 2009 wurden Massnahmen in fünf Handlungsbereichen entwickelt und in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes konkretisiert. Schwerpunkte liegen bei der individuellen (Sprach-)Förderung und der Schaffung von mehr Lernzeit für Schülerinnen und Schüler am unteren Rand des Leistungsspektrums.

Am Ende des Berichtsjahres fand im Rahmen von Benchmarking Sekundarstufe II, einem Projekt der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, eine Befragung ehemaliger Mittelschülerinnen und Mittelschüler zwei Jahre nach Maturitätsabschluss statt. Sie gaben Auskunft zur Qualität ihrer eigenen

Schule im Hinblick auf die Ausbildung bzw. Tätigkeit nach Abschluss der Mittelschule. Für die Zürcher Mittelschulen war die Teilnahme an dieser Erhebung verpflichtend. Schulen der Berufsbildung konnten freiwillig daran teilnehmen. Der Bericht wird 2013 vorliegen. Im Juni wurden die Ergebnisse einer externen Befragung der Absolventinnen und Absolventen der Pädagogischen Hochschule Zürich zwei Jahre nach Abschluss ihrer Ausbildung präsentiert. Gefragt wurde zur Ausbildung an der PH ZH, zur Fachbegleitung und den Angeboten der PH ZH während der zweijährigen Phase der Berufseinführung. Die jungen Lehrpersonen schätzen im Rückblick ihre beruflichen Kompetenzen unmittelbar nach der Ausbildung an der PH ZH recht hoch ein und sie fühlen sich auf ihre pädagogische Aufgabe gut vorbereitet. Die Ergebnisse zur Berufseinführungsphase zeigen, dass die Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger in ihrer ersten Praxiszeit an einer Schule ihre Kompetenzen nochmals steigern konnten. Die Befragung bringt zum Ausdruck, dass die jungen Lehrpersonen mit ihrer Berufswahl zufrieden sind und Freude an ihrem Beruf haben. Die Befragung soll periodisch wiederholt werden.

Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld

Eine Nutzungsanalyse der Website www.stopp-gewalt.zh.ch ergab, dass auf die Website in hohem Masse zugegriffen wird und sie ein wichtiges Kommunikationsmedium darstellt. Deshalb wurde der Auftritt der Site nochmals verbessert. Im Rahmen des Schwerpunktes «Sicherheit und Krisenmanagement an Schulen» wurde eine Bedarfsabklärung zur psychologischen Nothilfe bei ausserordentlichen Krisenereignissen an Schulen durchgeführt. Zusammen mit der Kantonspolizei wurden entsprechende Unterlagen für die Schulen erarbeitet. Zur Förderung einer sozial kompetenten Nutzung der Social Media durch Jugendliche ist die Organisation einer Tagung an die Hand genommen worden.

Förderung von Naturwissenschaft und Technik in der Allgemeinbildung

Der Bildungsrat hat sich an einem Hearing über den Stand der Umsetzung orientieren lassen und für verschiedene Massnahmen im Bereich Volksschule und Gymnasium Schwerpunktsetzungen vorgenommen. In den Bereichen Lehrmittel für die Volksschule, Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen der Volksschule, Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an den Zürcher Mittelschulen sowie Ausbildung der Gymnasiallehrpersonen ist die Umsetzung der Massnahmen gemäss Beschluss des Bildungsrates weiter vorangeschritten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Bildungsverwaltung umfasst das Generalsekretariat und die Ämter der Bildungsdirektion: Hochschulamt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt, Amt für Jugend und Berufsberatung, Fachstelle für Schulbeurteilung. Der Lehrmittelverlag wird als separate Leistungsgruppe geführt. Folgende Aufgaben obliegen der Bildungsverwaltung:
A2	Sie steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
A3	Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungsrat und Kantonsrat.
A4	Sie verfolgt die gegenwärtigen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
A5	Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
A6	Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, sowie weitere beitragsberechtigende Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und führt die Kinder- und Jugendhilfe- sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.–9. Klasse) in %	P	6,9	6,8	6,8	0
Leistungen						
L1	Monitoring/–controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten A2, A4	P	5	5	5	0
L2	Monitoring/–controlling; Anzahl Wirkungserhebungen A2, A4	P	2	3	3	0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (einschliesslich 9690/9600/9710/9720/9740) A2	P	17	17	17	0
L4	Anzahl strategische Projekte A2, A4	P	6	5	4	-1
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeiter/innen (BU) A6	P	13 128	13 384	13 534	150
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung A3, A2, A6	P	5	7	7	0
L7	Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)	P	233/212	260/260	247/251	-13/-9
L8	Anzahl parlamentarische Vorstösse A3 (eingegangen/erledigt)	P	30/45	45/45	27/21	-18/-24
L9	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung A5	P	85	76	75	-1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	P	2,01	2,18	2,09	0,9
Abweichungsbegründungen						
L7	Rekurse: Der Eingang von Rekursen lässt sich schlecht planen, da deren Anzahl von aussen bestimmt ist.					
L8	Parlamentarische Vorstösse: Deren Eingang ist unplanbar, da vom Kantonsrat bestimmt.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken Planmässig Im Anschluss an eine Nutzungsanalyse wurde die Website www.stopp-gewalt.zh.ch neu gestaltet. Sie erscheint mit einem übersichtlicheren und benutzungsfreundlicheren Auftritt.	-	2015
E2 Entwicklung von Schul- und Unterrichtsqualität Planmässig Siehe Leistungsgruppe Nr. 7200, Volksschulen	-	2015
E3 Grundlagen für eine gezielte Innovationspolitik des Kantons erarbeiten und Anreize für Innovationen an den Zürcher Hochschulen schaffen Planmässig In Verbindung mit dem Projekt Innovationspark Dübendorf (VD).	12c	2015
E4 Durch neue Ausbildungsgänge für den Quereinstieg, Stufenumstieg und geplante Entlastungsmass- nahmen für Lehrpersonen und Schulleitende genügend geeignete Personen für den Lehrberuf gewinnen Planmässig Erster Ausbildungsgang der Quereinsteigerausbildung ist erfolgreich abgeschlossen und die Absolvierenden sind in den Schulen tätig.	16d	2015
E5 Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern Planmässig Aufgrund des Bildungsratsbeschlusses (BRB Nr. 16/2010) wurden folgende Massnahmen in die Wege geleitet: - Entwicklung und Zulassung qualitativ guter Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien - Verbesserung der Weiterbildung der Lehrpersonen der Volksschule	3a	2015
E6 Die Anzahl der Abschlüsse Tertiär A und B in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissen- schaften und Technik, im Ingenieurwesen, im Gesundheitsbereich sowie im Bereich des Lehrpersonals ausbauen Planmässig Aufbau Fachdidaktik auf Hochschulebene	3d	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,7	16,0	15,2	-0,8
Aufwand	-87,4	-85,7	-78,6	7,1
Kreditübertragungen aus 2011		-0,9		
Saldo	-72,7	-69,7	-63,4	6,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,8			
Ausgaben	-1,5	-2,6	-1,5	1,2
Saldo	-0,7	-2,6	-1,5	1,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	322,9	327,8	326,4	-1,4

Erfolgsrechnung

Ertrag (-0,8):

- 0,5 Bisher im Mittelschul- und Berufsbildungsamt vereinnahmte Bundesbeiträge wurden direkt der Zielleistungsgruppe Berufsbildung überwiesen.
- 0,5 Weniger IT-Einnahmen der GS-Informatik sowie aus Verrechnung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes an die Schulen
- 0,1 Weniger Einnahmen aus übriger Verrechnung
- +0,2 Unerwartete Kostenbeteiligung an Projekten des Volksschulamtes durch Stiftungen
- +0,1 Nicht budgetierte Kostenbeteiligung Dritter an Projekt der Bildungsplanung

Aufwand (+7,1):

- +1,7 Nicht besetzte Stellen aufgrund von verzögerten und verschobenen Projekten sowie einer zurückhaltenden Stellenbesetzung/Personalplanung im Volksschulamt, Generalsekretariat und Hochschulamt
- +0,5 Geringerer Personalaufwand aufgrund verzögerter Stellenbesetzungen, im Besonderen bei der Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes
- +2,2 Gezielter und sparsamer Umgang mit Ressourcen (Kostenmanagement) sowie verschiedene Projektverzögerungen im Volksschulamt
- +0,5 Konsequente Abgrenzung von Leistungen zugunsten der Berufsbildung im MBA führt zu weniger Aufwand.
- +0,6 Geringerer Aufwand der GS-Informatik und der IT des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes infolge weniger erbrachter Leistungen
- +0,3 Aufgrund der Verlängerung des Evaluationszyklus von vier auf fünf Jahre in der Fachstelle für Schulbeurteilung wird die Beschäftigung verringert.
- +0,2 Dienstleistungen Dritter wurden in der Bildungsplanung verringert.
- +0,2 Projekt der Bildungsplanung sistiert
- +0,2 Tieferer Sachaufwand im AJB infolge verschobener Gebäudeunterhaltsarbeiten
- +0,2 Geringerer Abschreibungs- und Zinsaufwand infolge verschobener IT-Investitionen
- +0,1 Geringerer Aufwand für Bildungsrat
- +0,4 Übrige geringfügige Abweichungen

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,2):

- +0,9 Verschobene IT-Ersatzbeschaffungen Hard- und Software sowie verzögerte Einrichtungsausgaben für die Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Amt für Jugend und Berufsberatung
- +0,3 Verschobene IT-Investitionen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt für die Schul-informatik

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	883 000	0	0	883 000	0

7100 Lehrmittelverlag

Hauptereignisse

Die folgenden Projekte wurden im Berichtsjahr bearbeitet:

Mathematik für die Primar- und die Sekundarstufe

Die bestehende Mathematikreihe des Lehrmittelverlages wird vollständig abgelöst. Auf das Schuljahr 2012/13 sind der dritte Jahrgangsband Primarstufe und der zweite Jahrgangsband Sekundarstufe erschienen. Im Schuljahr 2013/14 wird der letzte Jahrgangsband der Sekundarstufe erscheinen. Band 4 für das 4. Schuljahr wird auf das Schuljahr 2014/15 erscheinen. Die Bände 5 und 6 erscheinen in den nachfolgenden Jahren.

Religion und Kultur für die Primar- und Sekundarstufe – Blickpunkt 1–3

Die Autorenschaft arbeitete an den Manuskripten für die Primar- und die Sekundarstufe. Die Manuskripte werden laufend erprobt und durch eine interreligiös zusammengesetzte Begleitkommission begutachtet. Blickpunkt 1 (Unterstufe) ist im Mai des Berichtsjahres erschienen. Blickpunkt 2 (Mittelstufe) und Blickpunkt 3 (Sekundarstufe) erscheinen im Mai 2013.

Arbeiten am neuen Französischlehrmittel Dis donc aufgenommen

Der Bildungsrat des Kantons Zürich und der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen haben die Lehrmittelverlage Zürich und St. Gallen beauftragt, in einer Kooperation und unter dem Dach der Interkantonalen Lehrmittelzentrale die Ablösung des gegenwärtigen Französischlehrmittels envol an die Hand zu nehmen. Ein Autorenteam, bestehend aus Vertretungen aus den Pädagogischen Hochschulen Zürich, St. Gallen und Luzern sowie Lehrpersonen, erarbeitet die Manuskripte, die laufend in Erprobung in Schulklassen gehen. Als Erscheinungstermin für den ersten Jahrgangsband für die 5. Klasse ist das Schuljahr 2017/18 vorgesehen. In den nachfolgenden Jahren erscheinen die Bände 6–9.

Lernpass/Lernmodule

Lernpass/Lernmodule ist ein Hilfsmittel für das eigenständige Lernen auf der Sekundarstufe. Als Gemeinschaftsproduktion mit dem Lehrmittelverlag St. Gallen erweiterte der Lehrmittelverlag Zürich auf das Schuljahr 2012/13 das Angebot nach den Fächern Deutsch und Mathematik nun auch auf Lernmodule in den Fächern Französisch und Englisch.

Internationale Auszeichnungen – Worlddidac Award und Best European Schoolbooks

Anlässlich der Schulbuchmesse Worlddidac 2012 in Basel und der Frankfurter Buchmesse 2012 wurden Sprachland (Deutsch Mittelstufe) und Mathematik 1 Sekundarstufe I von internationalen Fachleuten mit Auszeichnungen bedacht. Produkte, die eine besondere Innovation bei gleichzeitig hoher Praxistauglichkeit aufweisen, werden mit diesen Awards ausgezeichnet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.</p> <p>Entwicklung des Sortiments: 48 (Vorjahr: 76) neue Artikel stammten aus dem Eigenverlag. 140 (167) waren nachgeführte Auflagen, 61 (64) Übernahmen aus Fremdverlagen. Aus der Kernleistung (Produktion für die Zürcher Volksschulen) entstanden im Berichtsjahr 58% des Umsatzes (Vorjahr: 55%), aus der Mehrleistung (Umsatz mit den übrigen Kantonen, Sekundarstufe II, Buchhandel) 42% (45%).</p>
A2	Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A2) in %	min.	n. q.	93	95	2
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A2) in %	min.	n. q.	97	95	-2
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (A1) in %	min.	77	73	77	4
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung (A1) in %	min.	68	68	73	5
Leistungen						
L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) (A1, A2) in Mio. Franken	P	13,5	12,2	14,0	1,8
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung) (A1) in Mio. Franken	P	11,0	12,0	10,0	-2,0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Ertrag pro Mitarbeitenden in Fr.	min.	833 000	857 000	873 734	16 734
B2	Saldo pro Mitarbeitenden in Fr.	min.	96 500	88 000	204 162	116 162

Abweichungsbegründungen

W1/W2	<p>Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wurde bisher im Zwei-Jahres-Turnus durchgeführt. Künftig erfolgt die Erhebung in einem Vier-Jahres-Rhythmus.</p> <p>Die gegenwärtigen Werte beruhen auf der im Herbst des Berichtsjahres durchgeführten Erhebung. Die Abweichungen liegen in der Bandbreite der Budgetgenauigkeit.</p>
W3	Der mit Lehrmitteln der ilz erzielte Umsatzanteil erhöhte sich gegenüber dem Budget um 4%. Zu dieser Steigerung haben die Publikation neuer Lehrwerke in den Fachbereichen Mathematik und Religion und Kultur beigetragen. Der Kanton Zürich als Mitgliedkanton der ilz leistet damit wiederum einen Beitrag zur sprachregionalen Lehrmittelkoordination.

W4	Gegenüber dem Budget verringerte sich der Umsatzanteil Mehrleistung am Gesamtumsatz, der frankenmässige Umsatz mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung blieb dagegen konstant. Dadurch erhöhte sich der Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung um 5%.
L1/L2	Der Umsatzanteil der Mehrleistung am Gesamtumsatz lag 2,0 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Der bereits in den Jahren 2010 und 2011 festzustellende Trend setzte sich damit fort. Diese Verschiebung ist durch die Einführung neuer Lehrwerke in den Fachbereichen Mathematik und Religion und Kultur in der Zürcher Volksschule begründet.
B1/B2	Der Beschäftigungsumfang lag um 0,8 Stellen, der Ertrag 0,2 Mio. Franken tiefer als budgetiert, was zu einer Zunahme des Ertrages pro Mitarbeitenden von rund Fr. 17 000 führte. Der gegenüber dem Budget markant gestiegene Saldo bewirkte eine Zunahme des Saldos pro Mitarbeitenden um rund Fr. 116 000.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Lehrmittelentwicklung und Produktion Religion und Kultur für die Primarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	-	2013
E2	Lehrmittelentwicklung und Produktion Religion und Kultur für die Sekundarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	-	2013
E3	Lehrmittelentwicklung und Produktion Mathematik für die Sekundarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	-	2013
E4	Lehrmittelentwicklung und Produktion Mathematik für die Primarstufe Erscheinungsdatum für 4.–6. Klasse neu auf 2014–2016 festgelegt Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	-	2015
E5	Lehrmittelentwicklung und Produktion Deutsch für die Eingangs-/Unterstufe Planmässig	-	2016
E6	Lehrmittelentwicklung und Produktion Französisch für die Primarstufe Erscheinungsdatum für 5.–6. Klasse neu auf 2017–2018 festgelegt Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	-	2017
E7	Lehrmittelentwicklung und Produktion Französisch für die Sekundarstufe Erscheinungstermin für 7.–9. Klasse neu auf 2019–2021 festgelegt Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	-	2020

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	24,5	24,2	24,0	-0,2
Aufwand	-20,5	-21,8	-18,4	3,4
Saldo	4,0	2,5	5,6	3,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,1		0,1
Saldo		-0,1		0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	26,5	28,3	27,5	-0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag (-0,2):

-0,2 Der budgetierte Ertrag von 24,2 Mio. Franken wurde annähernd erreicht.

Aufwand (+3,4):

+3,4 Der gegenüber dem Budget deutlich tiefere Aufwand begründet sich in tieferen Beschaffungskosten für die Entwicklung und Produktion von Eigenfabrikaten und die Beschaffung von Fremdfabrikaten sowie in einer Wertzunahme der Vorräte.

Saldo (+3,1):

+3,1 Der Saldo entspricht einem Deckungsgrad von 130%.

Personal

Die Abweichung des Beschäftigungsumfanges ist auf Personalwechsel zurückzuführen.

7200 Volksschulen

Hauptereignisse

Die Volksschule befindet sich nach der Umsetzung des Volksschulgesetzes in einer Phase der Konsolidierung. Die verschiedenen Veränderungen haben sich insgesamt bewährt; grosse Veränderungen stehen nicht an, zumal die Einführung der Grundstufe an der Urne abgelehnt wurde. Das Vertrauen in die Volksschule ist immer noch gross, wie das Abstimmungsergebnis zur Volksinitiative «Freie Schulwahl» zeigte.

Der Lehrermangel besteht weiter. Dank dem Einsatz von Studierenden der Quereinsteigerausbildung konnten auf Beginn des Schuljahres 2012/13 die offenen Stellen etwas leichter besetzt werden als im Vorjahr.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen
A2	Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen
A3	Förderung des Urteilsvermögens
A4	Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R 2011 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-10	-	-	
W2	PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R 2011 stammt aus der Studie 2006 (A1, A4)	P	-13	-	-	
W3	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Deutsch in % (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R 2011 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	83	-	-	
W4	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Mathematik in % (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R 2011 stammt aus der Studie 1998 (A1, A4)	P	82	-	-	
W5	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Schulzufriedenheit (Werte 1-4, 4 = bester Wert), der Wert in Spalte R 2011 stammt aus der Studie 1998 (A1, A2, A3, A4)	P	3,1	-	-	
W6	Regelverlaufsquote Primarschule in % (A1, A4)	P	88,5	89,0	89,5	0,5
W7	Keine Anschlusslösung nach Volksschule einschliesslich 12. Schuljahr in % (A1, A4)	P	6,3	5,5	5,9	0,4
Leistungen						
L1	Am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen (A4)	P	87	89	87	-2
L2	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe (A4)	P	19,0	18,8	19,4	0,6
L3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe (A4)	P	20,8	20,7	20,7	0
L4	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe (A4)	P	18,7	18,4	18,8	0,4
L5	Anzahl Volksschüler/innen (A4)	P	130 006	130 559	130 692	124

Wirtschaftlichkeit

B1	Personalaufwand pro Volksschüler/in (ausschliesslich Sonderschüler/innen) (A4)	P	9 325	9 557	9 739	183
B2	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (einschliesslich Sonderschüler/innen) in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden) (A4)	P	4 092	2 914	2 993	77

Abweichungsbegründungen

Die kantonalen PISA-Studien und Lernstandserhebungen werden, gemäss HarmoS-Konkordat (LS 410.31), Art. 10, ab 2015 durch das Bildungsmonitoring von Bund und Kantonen ersetzt. Die (kantonalen) Daten aus dem Bildungsmonitoring werden dann als Grundlage für analoge Indikatoren zu den Indikatoren W1–W5 herangezogen.

W1/W2 Der Kanton Zürich nahm an PISA 2012 aus Kostengründen sowie zur Entlastung des Schulfelds nicht mehr mit einer eigenen Stichprobe teil. Künftig entfällt die Möglichkeit für Kantone, eigene Stichproben testen zu lassen: Ab PISA 2015 gibt es nur noch eine gesamtschweizerische Stichprobe.

W3–W5 Hier stammten die Werte aus den bisherigen Zürcher Lernstandserhebungen (3. Klasse, 6. Klasse), die je auf zwei Stichproben abgestützt waren: (1.) Stichprobe für eine Längsschnittstudie (etwa 2000 Schülerinnen und Schüler) und (2.) Stichprobe für die Klassenstufe (jeweils 2000 Schülerinnen und Schüler). 2009 wurde in der Lernstandserhebung der 9. Klassen aus Kostengründen sowie zur Entlastung des Schulfelds nur der Längsschnitt getestet. Die Werte des Längsschnitts sind nicht für die Klassenstufe repräsentativ und können nicht verwendet werden.

B1/B2 Im Sinne der Vergleichbarkeit wurden die Wirtschaftlichkeits-Kennzahlen der Rechnung 2011 (R2011) nach der neuen Methode (siehe KEF 2012–2015) ermittelt.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes Abgeschlossen		2012
E2	Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache Abgeschlossen		2012
E3	Neuregelung des Sonderschulwesens Abgeschlossen (alte Projekte)		2012
E4	Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe Planmässig Der Kantonsrat hat am 2. Juli die Gesetzesvorlage 4711d zur flächendeckenden oder alternativ freiwilligen Einführung der Grundstufe verabschiedet. Die Regierung empfahl die freiwillige Variante zur Annahme. An der Volksabstimmung vom 25. November wurden beide Vorlagen abgelehnt. In der Folge endet der Schulversuch spätestens im Sommer 2014. Die Gemeinden entscheiden über den Zeitpunkt der Rückführung in den Regelbetrieb.	–	2014
E5	Inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler Planmässig Das Projekt wurde in den Sekundarschulen erstmals im Schuljahr 2011/12 umgesetzt. Zeitgleich wurde das neu entwickelte Lernsystem Lernpass 3. Sek eingesetzt. Der förderorientierte Leistungstest Stellwerk 8 wurde im Berichtsjahr mit dem Modul Textproduktion Deutsch ergänzt und in allen 2. Sekundarklassen durchgeführt. Die etappierte Umsetzung wird im Sommer 2014 abgeschlossen. Die extern durchgeführte Befragung der Schulleitungen zeigt eine positive Zwischenbilanz.	–	2014

E6	Gezielte Nachqualifikation jener Lehrpersonen, die nicht über das für die Stufe notwendige Diplom verfügen Planmässig Das Angebot der Nachqualifikation für Primarlehrpersonen, die auf der Sekundarstufe I unterrichten, konnte im Sommer des Berichtsjahres wie geplant gestartet werden.	-	2014
E7	Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern Planmässig Aufgrund des Bildungsratsbeschlusses (BRB Nr. 16/2010) wurden folgende Massnahmen in die Wege geleitet: – Entwicklung und Zulassung qualitativ guter Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien – Verbesserung der Weiterbildung der Lehrpersonen der Volksschule	3a	2015
E8	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung und Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	6b gemeinsam mit JI	2015
E9	Sprachförderung in allen Bildungsbereichen Planmässig Das VSA und das AJB haben ein Online-Handbuch («Bischu») zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den Bibliotheken und den Schulen herausgegeben. Die Abteilung Bildungsplanung ist daran, eine Strategie einer durchgängigen Sprachförderung vom Frühbereich über die Volksschule bis in die Sekundarstufe II zu erarbeiten.	6c	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,7	2,3	3,6	1,3
Aufwand	-550,6	-395,9	-406,1	-10,3
Personalaufwand	-383,6	-249,0	-259,4	-10,4
Saldo	-546,9	-393,6	-402,5	-8,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-12,1	-14,6	-10,5	4,0
Saldo	-12,1	-14,6	-10,5	4,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8 932,0	9 127,0	9 279,6	152,6

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,3):

- +1,3 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime (kostenneutral)

Aufwand (-10,3):

- 7,8 Im Zusammenhang mit den Änderungen zur Lehrpersonalverordnung (LPVO) und der damit verbundenen Vorverlegung des Schuljahresbeginns wurden Rückstellungen in der Höhe von 7,8 Mio. Franken gebildet.
- 2,6 Höhere Nettopersonalkosten aufgrund Zunahme der Vollzeiteinheiten (siehe Rubrik Personal)
- 1,3 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge vom Bundesamt für Justiz an Sonderschulheime (kostenneutral)
- 0,2 Höhere Beiträge an die Sonderschulung
- +1,3 Tiefere Beiträge an Gemeinden und Kantone
- +0,3 Saldo der übrigen Abweichungen (insbesondere aufgrund tieferer Abschreibungen und Zinsen)

Investitionsrechnung

Das Volksschulamt hat keinen Einfluss auf den Zeitpunkt und die Höhe der eingehenden Bauabrechnungen.

Ausgaben (+4,0):

- +4,0 Tieferer Investitionsbeitrag an Schulhausbauten und Sonderschulen

Personal

Die um 152 Vollzeiteinheiten (VZE) über dem Budget liegende Stellenzahl (1,66%) teilt sich auf folgende Bereiche auf:

- ISR, Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (120 VZE)
- Vikariate (21 VZE)
- Gegenüber der Prognose höhere Zunahme der Schülerzahl (8 VZE)
- Sonstige (3 VZE)

7301 Mittelschulen

Hauptereignisse

Selbst organisiertes Lernen im Regelbetrieb

Alle kantonalen Mittelschulen führen in verschiedenen Fächern Unterricht in Form von selbstorganisiertem Lernen (SOL) durch. Die Unterrichtsform wurde einer externen wissenschaftlichen Evaluation unterzogen. Die Ergebnisse sind im Berichtsjahr publiziert worden. Das Projekt «Selbst organisiertes Lernen (SOL)» wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und in den Regelbetrieb übergeführt.

Maturitätsprüfungen erstmals vor den Sommerferien

Im Berichtsjahr wurden die Maturitätsprüfungen erstmals vollständig vor den Sommerferien durchgeführt, um den Anschluss an den Semesterbeginn der Schweizer Hochschulen am 1. September zu gewährleisten.

Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen

An 13 Mittelschulen ist die Umsetzung vollzogen. Drei Mittelschulen sind in der Umsetzungsphase. Zur Personalgewinnung und -entwicklung an den Schulen wurden Grundlagenpapiere mit Prozessbeschreibungen und Instrumenten zu den Themen Anforderungsprofil, Personalgewinnung und Mitarbeiterbeurteilung entwickelt.

Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen

Im Rahmen der Wiedereinführung der Hauswirtschaft an Mittelschulen wurden im Berichtsjahr 64 Kurse in neun Kurszentren durchgeführt.

Kantonsschule Zürich Nord

Der Kantonsrat hat dem Antrag des Regierungsrates auf Gründung der Kantonsschule Zürich Nord und gleichzeitige Aufhebung der Kantonsschulen Oerlikon und Zürich Birch zugestimmt. Die Kantonsschule Zürich Nord hat ihren Betrieb auf Schuljahr 2012/13 planmässig aufgenommen.

Aufnahmeprüfungen

Mit Wirkung ab Schuljahr 2012/13 wurden Änderungen der Reglemente für die Aufnahme in die Mittelschulen in Kraft gesetzt. Sie betreffen die Zulassung zu den Aufnahmeprüfungen, die Prüfungsformen, die Gewichtung der Prüfungsfächer, den Einbezug der Erfahrungsnote und die Probezeit.

Kunst- und Sportklassen am Gymnasium im Anschluss an die 6. Klasse der Primarstufe

Seit Schuljahr 2012/13 führt das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium Rämibühl gemäss Regierungsratsbeschluss auch K+S-Klassen auf der Unterstufe des Gymnasiums. Die uneingeschränkte Wahl eines Maturitätsprofils beim Übergang in den MAR-Lehrgang ist gewährleistet.

Fachmaturität Pädagogik

Im Zuge der Weiterentwicklung der Fachmittelschule beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Änderung der Aufnahmebestimmungen im Gesetz über die Pädagogische Hochschule. Um dem steigenden Bedarf an Nachwuchs im Lehrberuf an der Volksschule Rechnung zu tragen, soll auch im Fachmittelschulprofil Pädagogik eine Fachmaturität geschaffen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
A2	Ausbildung an der Fachmittelschule
A3	Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an der Handelsmittelschule (einschliesslich Informatikmittelschule)
A4	Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
A5	Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Allgemeiner Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher zufrieden» in % (A1)	min.	n. q.	n. q.	n. q.	-
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher gut» in % (A1)	min.	n. q.	n. q.	n. q.	-
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr in % (A1)	P	21,2	20,9	22,1	1,2
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung in % (A1)	P	n. q.	19,3	n. q.	-
Leistungen						
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor (A1)	P	1,95	1,95	1,95	0,0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, die in den Kontrakten finanziert werden (A1, A2, A3)	P	15 578	15 470	15 630	160
L3	Anzahl Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen (A1, A2)	P	14 830	14 890	15 076	186
L4	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur	P	270	300	281	-19
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.	P	21 750	22 660	22 290	-370
Abweichungsbegründungen						
W1/W2	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird. Die nächste Erhebung erfolgt 2013.					
W3	Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.					
W4	Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II Allgemeinbildung geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an, die eine Mittelschule abgeschlossen haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben. Dieser Indikator konnte für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.					

L1	Lektionenfaktor 1,95 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1,95 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich z. B. Projektwochen oder Maturitätsarbeit.
L2/L3	Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb in der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge an Mittelschulen durchgeführt werden, werden Handels- und Informatikmittelschulen über den Kontrakt der betroffenen Mittelschulen finanziert und sind im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 12,1 Mio. Franken.
L2	Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus: Gymnasium 14 541, Fachmittelschulen 544, Handels-/Informatikmittelschulen 545

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis
E1	Den Weg über die Fachmaturitäten sowie über die Handelsmittelschulen fördern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3b	2015
E2	Revision Übertrittsverfahren von der Volksschule zur Mittelschule Änderungen der Aufnahmereglements abgeschlossen und seit 2012/13 in Kraft	-	2013
E3	Die effiziente und praxistaugliche Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen an Mittelschulen stärken Planmässig	-	2015
E4	Reform der Handelsmittelschulen nach eidgenössischem Berufsbildungsgesetz Planmässig	-	2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	51,7	49,8	51,5	1,8
Aufwand	–390,5	–400,4	–399,9	0,5
Personalaufwand	–299,5	–305,3	–304,7	0,6
Hauswirtschaftskurse	–4,0	–5,1	–5,0	0,1
Kreditübertragungen aus 2011		–0,1		
Saldo	–338,8	–350,6	–348,3	2,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,0		–0,1	–0,1
Ausgaben	–16,3	–39,7	–16,3	23,4
Kreditübertragungen aus 2011		–3,7		
Saldo	–16,3	–39,7	–16,4	23,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 808,5	1 821,0	1 821,3	0,3

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,8):

- +1,1 Höhere Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium
- +0,7 Übrige Erträge

Aufwand (+0,5):

- +0,6 Minderaufwand für Personalkosten
- 0,1 Übriger Mehraufwand

Investitionsrechnung

Einnahmen (–0,1):

- 0,1 Übrige Einnahmen

Ausgaben (+23,4):

- +23,0 Minderausgaben mehrheitlich wegen Verzögerungen oder Verschiebungen von Bauprojekten, diese sind insbesondere: Neubau und Sanierung Altbau der Kantonsschule Uster (+14,3), Umbau des kleinen Spezialtraktes Kantonsschule Zürcher Oberland Wetzikon (+4,0), Fassadensanierung und behindertengerechte Umbauten Kantonsschule Freudenberg/Enge (+2,9), Ersatz- und Ergänzungsbau Kantonsschule Büelrain Winterthur (+1,8)
- +0,4 Übrige Minderausgaben

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen.

Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	6 988 556	0	0	6 988 556	0

7306 Berufsbildung

Hauptereignisse

Überbetriebliche Kurse – Finanzierung

Die überbetrieblichen Kurse sind Teil der beruflichen Grundbildung, in denen ergänzend zur Bildung in Betrieb und Berufsfachschule grundlegende praktische Fertigkeiten gelehrt werden. Die Kostenanteile an diesen Kursen wurden im Sinne einer Übergangsbestimmung für 2010–2012 bereits in Form von Pauschalen ausgerichtet. Da sich dieses Modell bewährt hat, hat der Regierungsrat im Berichtsjahr beschlossen, das Modell auf 2013 in die Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung (VFin BBG) aufzunehmen.

Höhere Berufsbildung und Weiterbildung – Finanzierung

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr auf 2013 die VFin BBG geändert und die Finanzierung bezüglich der höheren Berufsbildung und Weiterbildung angepasst. Das neue Finanzierungsmodell trägt bezüglich der höheren Berufsbildung und Weiterbildung den gesetzlichen Grundlagen des EG BBG bei der Übernahme von Kostenanteilen und der Ausrichtung von Subventionen Rechnung. Ermöglicht wird dadurch eine bessere Steuerung der staatlichen Finanzierung der Angebote. Zudem wird durch die rechtsgleiche Subventionierung die Freizügigkeit für Studierende der höheren Berufsbildung verbessert.

Berufsbildungsfonds – erste Entscheide

Im Berichtsjahr entschied die Berufsbildungskommission auf der Grundlage von Einnahmeschätzungen erstmals über die Verwendung der Mittel aus dem Berufsbildungsfonds (vgl. Fonds 7930).

Berufszuteilung an Berufsfachschulen – Konzept in Arbeit

Der Bildungsrat hat die Bildungsdirektion beauftragt, die Kriterien und das Verfahren für die Zuteilung von Berufen auf die Berufsfachschulen zu erarbeiten. Das erarbeitete Konzept ist zur Anhörung gelangt. Die Rückmeldungen dazu sind positiv, sodass das Konzept dem Bildungsrat 2013 zur Beschlussfassung unterbreitet werden kann. Gemeinsam mit den Berufsfachschulen im Raum Uster und Wetzikon wurden standortübergreifende Optimierungsmöglichkeiten überprüft. Als dringlichstes Vorhaben wurde die Lösung der Schulraumfrage in Wetzikon angegangen.

Neues Kompetenzzentrum Höhere Berufsbildung im Sozialbereich

Seit Beginn des Schuljahres 2012/13 werden die Aus- und Weiterbildungen im Berufsfeld Soziales konzentriert in einem Kompetenzzentrum in Winterthur angeboten. Hinter dem Zentrum stehen die kantonale Berufsfachschule Winterthur und der Verein Kompetenzzentrum Höhere Berufsbildung im Sozialbereich Zürich (KHBS). Der Regierungsrat hat dem KHBS bis 2015 an die beitragsberechtigten Kosten für die Bildungsgänge Sozialpädagogik Höhere Fachschule (HF) und Kindererziehung HF eine finanzielle Unterstützung zugesichert. Mit dem Kompetenzzentrum wird das breite, stufenübergreifende Angebot im Berufsfeld Soziales gefördert.

Konferenz Berufsbildung

Im Berichtsjahr widmete sich die fünfte Konferenz der Berufsbildung der Verbesserung der Integration von Jugendlichen in die Berufsbildung und der Nachwuchsförderung. Verabschiedet wurden drei Empfehlungen: Unterstützung von leistungsschwächeren Jugendlichen, Talentförderung in der Berufsbildung und Stärkung der Berufsbildung vor dem Hintergrund der Zuwanderung.

Kantonale Lehrstellenkonferenz

Im April des Berichtsjahres wurde unter der Federführung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes gemeinsam mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die sechste kantonale Lehrstellenkonferenz zum Thema «Berufsbildung Zürich als Talentschmiede» durchgeführt. Rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer trafen sich in der Messe Zürich zu Referaten und einer Podiumsdiskussion. Mit der Konferenz sollen die Verbundpartnerschaft und der direkte Dialog mit interessierten Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern gefördert werden.

Lehraufsicht – wiederum über 12 000 Lehrverträge

Es wurden die Qualitätsstandards der Bildung in der beruflichen Praxis von rund 13 500 Lehrbetrieben überwacht. Die Bewilligung zur Ausbildung von Lernenden konnte 941 (Vorjahr: 874) Betrieben erteilt werden. Dazu wurden 800 (829) Betriebsbesuche durchgeführt, 12 193 (12 170) neue Lehrverträge genehmigt, 1 430 (1 464) Beratungsgespräche in den Lehrbetrieben und 1 219 (1 013) auf dem Amt durchgeführt und in 172 (187) Berufsbildnerinnen- und Berufsbildner-Kursen über die rechtlichen Grundlagen der Berufsbildung unterrichtet.

Es wurden geeigneten Lehrbetrieben Bewilligungen zur Ausbildung von 131 (95) zusätzlichen Lernenden erteilt. 1 238 (1 121) Lernenden wurde aus individuellen Gründen die Lehrzeit verkürzt oder verlängert. Mit 412 (442) Kandidatinnen und Kandidaten wurden im Beisein des verantwortlichen Berufsbildners oder der Eltern die Ursachen des Nichtbestehens der Abschlussprüfung besprochen und nach Lösungen gesucht. 3 393 (3 395) Lehrverhältnisse wurden durch die Parteien aufgelöst; davon konnte die Mehrheit der betroffenen Lernenden ihre Lehre, vielfach dank Vermittlung der Berufsinspektorinnen und -inspektoren, in einem anderen Beruf oder in einem anderen Lehrbetrieb im Kanton Zürich fortsetzen.

Abschlussprüfungen fanden in 367 verschiedenen Berufen (Fachrichtungen und Branchen) statt

Neben den Abschlussprüfungen wurden für 1 223 (1 319) Kandidatinnen und Kandidaten Teilprüfungen durchgeführt. Zusätzlich nahmen 2 305 (2 421) Lernende mit Lehrort in einem anderen Kanton an den Abschlussprüfungen und 115 (60) an den Teilprüfungen teil.

740 (780) Kandidatinnen und Kandidaten nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 15 der Verordnung über die Berufsbildung (BBV) teil; 667 (706) erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (90%), 73 (74) bestanden diese Prüfung nicht. 307 (285) Kandidatinnen und Kandidaten nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 32 BBV teil; 231 (205) erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (75%), 76 (80) bestanden diese Prüfung nicht.

354 (384) Kandidatinnen und Kandidaten haben nach Art. 31 BBV ihre Dossiers zur Validierung von Bildungsleistungen dem Amt eingereicht. Auf der Internetanmeldung für die Validierung haben sich 638 Personen im Berichtsjahr neu eingetragen. 172 (214) Kandidatinnen und Kandidaten haben das Verfahren im Kanton Zürich abgeschlossen und das eidgenössische Fähigkeitszeugnis erhalten, davon haben 123 (148) Wohnsitz im Kanton Zürich. 93 dieser Abschlüsse betreffen den Beruf Fachangestellte Gesundheit, 23 den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung EFZ und 7 den Beruf Informatiker EFZ.

Bei den Prüfungskommissionen wurden 140 (147) Einsprachen gegen die Durchführung der Abschlussprüfungen oder die Beurteilung der Prüfungsleistungen eingereicht. Davon wurden 26 (23) gutgeheissen, 19 (20) teilweise gutgeheissen, 56 (56) abgewiesen, 29 (41) zurückgezogen. 0 (0) Entschiede sind noch offen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
A2	Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen und Diplomlehrgänge an Höheren Fachschulen
A3	Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren
A4	Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z. B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft)

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität) in %	P	n. q.	52,0	n. q.	-
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität in %	P	n. q.	15,6	n. q.	-
W3	Total der gesamten Abschlussquote (einschliesslich Allgemeinbildung) in %	P	n. q.	87,0	n. q.	-
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren (A1)	P	1 966	1 920	1 956	36
L2	Anzahl Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen (A1)	P	41 350	42 340	42 926	586
L3	– davon Fachfrau/Fachmann Gesundheit (EFZ)	P	1 767	1 600	1 979	379
L4	– davon Assistent/in Gesundheit und Soziales (Attestausbildung)	P	20	200	111	-89
L5	– davon Lernende in Handels- und Informatikmittelschulen	P	514	540	545	5
L6	Anzahl Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen (A1)	P	5 587	5 700	5 797	97
L7	Anzahl durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren (A3)	P	14 730	14 950	14 691	-259
L8	Anzahl Diplomprüfungen Berufsmaturität (A3)	P	2 361	2 150	2 384	234
L9	Anzahl Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen (A2)	P	149	156	199	43
L10	Anzahl Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen (A2)	P	7 592	7 100	7 417	317
L11	– davon Höhere Fachschulen alle Bereiche	P	3 626	3 550	3 570	20
L12	– davon Höhere Fachschulen im Gesundheitsbereich	P	1 058	950	1 172	222
L13	– davon Vorbereitungskurse auf Höhere Fachprüfungen	P	944	800	833	33
L14	– davon Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen	P	3 022	2 750	3 014	264

Wirtschaftlichkeit

B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/r in der schulischen Grundbildung in Fr.	P	8 361	8 810	8 218	-592
B2	Lektionenpauschale berechnet aus Lohnaufwand Lehrpersonen für Grundbildung in den Bereichen gewerblich-industrielle, kaufmännische und gesundheitliche Berufsfachschulen in Fr.	P	184	181	184	3
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidat/in Schlussprüfung in Fr.	P	1 539	1 340	1 542	202
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung in Fr.	P	n. q.	n. q.	n. q.	-

Abweichungsbegründungen

W1-W3	Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an. Diese Indikatoren konnten für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.
L3	In diesem Indikator sind 483 Teilnehmer/innen der ergänzenden Bildung mitberücksichtigt.
L7	Die 14 691 Abschlussprüfungen umfassen 12 214 von Lernenden im Kanton Zürich, 2305 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 214 abgeschlossene Validierungsverfahren im Kanton Zürich.
L9	Bei diesem Indikator wurde für das Berichtsjahr eine Definitionsanpassung vorgenommen, neu wird als eigener Beruf gezählt, wenn eine Berufsnummer von der Bildungsstatistik des Kantons Zürich dafür vergeben ist. Bisher wurden einzelne Fachrichtungen zusammengefasst gezählt.
B4	Die statistische Grundlage für die Erfassung des Nettoaufwands für die Weiterbildung ist in Erarbeitung. Für das Berichtsjahr liegen noch keine verwertbaren Angaben vor.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Die duale Berufsbildung stärken und den Weg über die Berufsmaturitäten fördern Planmässig Durchführung der Konferenz Berufsbildung; Start der Arbeiten für einen kantonalen Schullehrplan aufgrund des neuen eidgenössischen Rahmenlehrplans	3b	2015
E2	Das Angebot an beruflichen Ausbildungen für schulisch schwächere Jugendliche erweitern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3c	2015
E3	Die Weiter- und Nachholbildung unterstützen und stärken Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	6e	2015
E4	Die effiziente und praxistaugliche Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen an Berufsfachschulen stärken Planmässig	-	2015
E5	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz Abgeschlossen	-	2014
E6	Weiterentwicklung der Finanzierung der Höheren Berufsbildung und der Weiterbildung in Übereinstimmung mit der nationalen Entwicklung, dem kantonalen Weiterbildungskonzept und der Verordnung über die Finanzierung in der Berufsbildung Abgeschlossen	-	2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	196,9	197,8	212,8	15,0
Aufwand	-538,3	-566,5	-561,0	5,5
Eigene Beiträge	-162,9	-177,1	-171,9	5,3
Kreditübertragungen aus 2011		-0,7		
Saldo	-341,4	-368,7	-348,3	20,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	13,6			
Ausgaben	-34,6	-23,1	-2,2	20,9
Kreditübertragungen aus 2011		-1,4		
Saldo	-20,9	-23,1	-2,2	20,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 499,2	1 508,0	1 546,3	38,3

Erfolgsrechnung

Ertrag (+15,0):

- +14,1 Mehreinnahmen Bundesbeiträge
- +2,1 Mehreinnahmen Kantonsbeiträge
- 1,2 Tiefere Kursgelder

Aufwand (+5,5):

- +2,6 Minderaufwand für Abschreibungen und Zinsen
- +1,6 Minderaufwand baulicher Unterhalt
- +1,3 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Aufwand (+20,9):

- +14,6 Minderaufwand beim Projekt Anton Graff Berufsbildungsschule Winterthur (+9,4) und Sistierung der Erweiterung Mühletal Berufsfachschule Winterthur (+1,8). Verschiedene Projekte haben sich verzögert: Flachdachsanieierung Berufsschule für Detailhandel Zürich (+1,1), Altbau und Erweiterung Berufsbildungszentrum Zürichsee (+1,1), Aufstockung Turnhallen Rennweg der Berufsbildungsschule Winterthur (+0,7), Bildungsmeile Sanierung für Folgenutzung Berufsfachschulen (+0,5)
- +1,3 Kreditübertragung aus 2011 ins Berichtsjahr, die ins 2013 übertragen wird: Berufsbildungszentrum Zürichsee Erweiterungsbau (+0,8), Berufsbildungsschule Winterthur Aufstockung Turnhallen (+0,3), Allgemeine Berufsschule Zürich Erneuerung der Informatik-Infrastruktur (+0,2)
- +0,8 Ausgabenminderung von Investitionsbeiträgen an Private durch verzögerte Projekte (KV Zürich)
- +1,0 Minderaufwand für Informatik und Mobilien
- +3,2 Übrige Minderausgaben

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Klassenzahl ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 000 000	0	0	1 000 000	0

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Verabschiedung der strategischen Ziele 2020, die Festlegung neuer universitärer Forschungsschwerpunkte und Sponsoring bildeten neben der Wahl der Prorektoren für die Amtsdauer 2012/2014 die zentralen Geschäfte im Berichtsjahr.

Der Universitätsrat hat in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung Anfang des Berichtsjahres die strategischen Ziele 2020 verabschiedet. Die Ziele bauen in den Grundzügen auf den bisherigen Zielen auf, wurden aber neu strukturiert und in ihren Aussagen verdeutlicht. Mit der Verknüpfung von Massnahmen und konkreten Umsetzungsschritten erlangen sie zudem erhöhte Verbindlichkeit sowie Messbarkeit. Die neuen strategischen Ziele umfassen neben der Forschung, Lehre und Weiterbildung die Bereiche Rekrutierung und Nachwuchsförderung, Universitäre Medizin und den Austausch der UZH mit der Öffentlichkeit. Weitere Ziele beziehen sich auf die organisatorischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sowie auf die universitäre Finanzierungsgrundlage.

Universitäre Forschungsschwerpunkte (UFSP) werden nach strategischen Gesichtspunkten bestimmt und gründen in der Regel auf bereits vorhandenen Kompetenzen fakultätsübergreifender wissenschaftlicher Kooperationen. Die Förderung erfolgt in Vierjahresphasen und ist auf höchstens zwölf Jahre befristet. Für die Periode 2013–2024 haben Universitätsrat und Universitätsleitung acht neue UFSP zu den Themenbereichen Soziale Netzwerke, Sprache und Raum, Gesundes Altern, Krebsforschung, Umwandlung von Sonnenlicht zu chemischer Energie, Evolution, Biodiversität sowie Globaler Wandel und Regulierung von Finanzmärkten festgelegt.

Im April des Berichtsjahres genehmigte der Universitätsrat die Kooperationsvereinbarung mit der UBS Foundation for Economics in Society. Die UBS Foundation wird in den nächsten Jahren am Institut für Volkswirtschaftslehre im Themenbereich Economics in Society mindestens fünf Lehrstühle sowie Stipendien für die geplante Swiss Graduate School of Economics finanzieren. Die Besetzung dieser Lehrstühle sowie der Aufbau der Graduate School liegen ausschliesslich im Zuständigkeitsbereich der universitären Gremien und erfolgen nach den Regeln der UZH. Die Vereinbarung sieht ferner die Schaffung eines UBS International Center of Economics in Society als assoziiertes Institut der UZH vor, das sich international als Wissenschaftsinstitution etablieren und dabei insbesondere einen Beitrag zum Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft leisten will.

Prof. Dr. Andrea Schenker-Wicki wurde für die Amtsdauer 2012/2014 als Nachfolgerin von Prof. Dr. Egon Franck als Prorektorin Rechts- und Wirtschaftswissenschaften neu gewählt. Die Prorektoren Prof. Dr. Otfried Jarren (Geistes- und Sozialwissenschaften) und Prof. Dr. Daniel Wyler (Medizin und Naturwissenschaften) wurden in ihrem Amt bestätigt.

Im Berichtsjahr waren an der UZH einschliesslich der Weiterbildung über 26000 Studierende eingeschrieben. Neu haben 10 Professorinnen und 31 Professoren, davon 19 Personen aus der Schweiz, 14 aus Deutschland und 8 aus dem übrigen Ausland, ihr Amt an der UZH angetreten. Weitere Geschäfte betrafen Fremdmieten, Evaluationen sowie Promotions-, Rahmen- und Weiterbildungsverordnungen. Besonders zu erwähnen sind der Erlass der Verordnung über die Studiengebühren, mit der auf das Frühjahressemester 2013 unter anderem die Kollegiengeldpauschale für Studierende im Umfang der aufgelaufenen Teuerung von Fr. 640 auf Fr. 720 erhöht wird, die Erweiterung der Studienkapazität in Humanmedizin ab Studienjahr 2013 um 60 auf neu 300 Studienplätze sowie die Etablierung des Verbands der Studierenden der UZH (VSUZH) als öffentlich-rechtliche Körperschaft.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität Zürich durch den Bund (durchlaufende Beträge, saldoneutral) und die Bildungsdirektion des Kantons Zürich (Staatsbeitrag).
A2	Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, die vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2011
--	-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1	Die Wirkungsindikatoren für die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrags der Universität Zürich sind in der Leistungsgruppe Nr. 9600 abgebildet.
----	--

Leistungen

L1	Anzahl Studierende (einschliesslich Doktorierende) (A1)	P	26 267	26 151	25 732	-419
L2	Die übrigen Leistungsindikatoren für die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrags der Universität Zürich sind in der Leistungsgruppe Nr. 9600 abgebildet.					

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.) (A1)	P	21 651	22 355	22 719	364
B2	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität in % (A1)			11,0	10,3	-0,7

Abweichungsbegründungen

L1	Bis 2011 wurden die Weiterbildungsstudierenden in den MAS-Studiengängen (MAS = Master of Advanced Studies) in die Studierendenzahl eingerechnet. Ab dem Berichtsjahr erfolgt diese Angabe ohne Weiterbildungsstudierende. Dies beeinflusst auch den Wert des Indikators B1, siehe unten. Einschliesslich Weiterbildungsstudierende waren im Berichtsjahr 26380 Personen eingeschrieben.
B1	Bei der Berechnung des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion wurden bis 2011 die Weiterbildungsstudierenden mit einbezogen. Ab dem Budgetjahr 2012 ist dies nicht mehr der Fall. Zum Vergleich mit dem in der R 2011 ausgewiesenen Wert wird hier nochmals der Kostenbeitrag unter Einbezug der MAS-Studierenden angegeben. Dieser beträgt Fr. 22 161 pro Student/in.
B2	Wert tiefer aufgrund geringerer Administrationskosten bei höherem Gesamtaufwand bei der Universität Zürich

Entwicklungsschwerpunkte			
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	<p>Die Stellung der Universität Zürich national wie international weiter verbessern und die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft festigen und ausbauen</p> <p>Planmässig</p> <p>Die UZH ist national und im kompetitiven internationalen Umfeld sehr gut positioniert. In ihren Strategischen Zielen 2020, die durch den Universitätsrat und die Universitätsleitung am 23. Januar verabschiedet wurden, sind Massnahmen definiert, um diese Stellung weiter zu verbessern.</p>	2a	2015
E2	<p>Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren</p> <p>Planmässig</p> <p>Kompetenzzentren sind wissenschaftliche Netzwerke, in denen Institute oder Teile von Instituten der Universität Zürich ihre Arbeit unter strategischen Zielsetzungen koordinieren. Kompetenzzentren werden durch die Universitätsleitung befristet anerkannt und finanzieren sich selbst. Derzeit gibt es 21 Kompetenzzentren. 2012 wurde ein neues Kompetenzzentrum anerkannt: Center of Competence Multimorbidity</p>	–	2015
E3	<p>Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP</p> <p>Planmässig</p> <p>Die UZH ist bei sechs Nationalen Forschungsschwerpunkten – NFS (von insgesamt 28) Leading House. 2012 wurden keine neuen NFS gestartet; der Letzte war der Schwerpunkt «Kidney.CH» mit Start 2010. Derzeit läuft das Auswahlverfahren für die neuen NFS, die ab 2014 anlaufen werden. Derzeit gibt es zwölf Universitäre Forschungsschwerpunkte – UFSP an der UZH (vier aus der ersten Serie seit 2005/06 und acht weitere der zweiten Serie seit 2013). Im Berichtsjahr ist kein neuer UFSP hinzugekommen. 2013 wird wie zuvor erwähnt die zweite Serie mit acht neuen UFSP gestartet.</p>	–	2015
E4	<p>Weitere Erhöhung der Drittmittel</p> <p>Planmässig</p> <p>Das Volumen der Drittmittel konnte auch im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden.</p>	–	2015
E5	<p>Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe, Nachwuchsförderung</p> <p>Planmässig</p> <p>Die UZH hat ihr bestehendes Angebot an spezialisierten Masterstudiengängen konsolidiert und in für die Fakultäten strategisch bedeutsamen Bereichen zielgerichtet ausgebaut. Spezialisierte Masterstudiengänge erweisen sich insbesondere für nationale und internationale Kooperationen in der Lehre als zunehmend bedeutsam. Ein Grossteil der Forschung an der UZH wird von Doktorierenden geleistet. Im Herbstsemester des Berichtsjahres waren über 4400 Doktorierende an der UZH eingeschrieben.</p> <p>Die UZH wertschätzt die Leistungen ihrer Doktorierenden und ist kontinuierlich um gute Rahmenbedingungen für deren Forschung und Bildung besorgt. In diesem Sinne wurden in den letzten Jahren viele Verbesserungen verwirklicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Betreuung der Doktorierenden wurde mit der Doktoratsreform (2008–2010) intensiviert. Heute werden Doktorierende in der Regel von mehreren Dozierenden betreut. In einer Doktoratsvereinbarung zwischen den Betreuungspersonen und der Doktorandin oder dem Doktoranden werden das Ziel, der Zeitplan, die Art der Betreuung und die curriculären Anteile des Doktorats festgehalten. – Die UZH unterstützt bereits seit einigen Jahren den Aufbau von Doktoratsprogrammen. Hier arbeiten Doktorierende in einer Kollegstruktur zusammen. 		

- Mit der Eröffnung des Graduate Campus der UZH am 29. Februar schuf die UZH ein innovatives und inspirierendes Forschungsumfeld für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Er bietet eine Plattform für den Austausch, die Vernetzung und die Zusammenarbeit über Disziplinen, Fakultäts-
grenzen und Generationen hinweg.

- 2015

E6	Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw. Planmässig		
	Es ist vorgesehen, die Zusammenarbeit mit der ETH im Bereich der Hochschulmedizin auszuweiten.	-	2015
E7	Umsetzung Regierungsratsbeschluss Hochspezialisierte Medizin Planmässig		
	Nachdem die erste Umsetzungsphase finanziell gesichert und die Verwirklichung der entsprechenden Projekte eingeleitet ist, kann die langfristige Weiterentwicklung der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin initiiert werden. Bei der Planung der weiteren Umsetzung muss der Koordination mit der Ausrichtung im Bereich der Universitären Medizin sowie dem Einbezug der ETH besondere Beachtung geschenkt werden.	-	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2011

B 2012

R 2012

Abweichung
von B 2012

Erfolgsrechnung

Ertrag	217,0	216,1	236,1	20,0
Aufwand	-785,1	-801,2	-822,5	-21,3
Kostenbeitrag an Universität	-568,7	-584,6	-584,6	0,0
Saldo	-568,1	-585,1	-586,4	-1,3

Investitionsrechnung

Einnahmen	6,1	6,9	8,7	1,8
Ausgaben	-29,9	-68,7	-43,5	25,2
Saldo	-23,8	-61,8	-34,8	27,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Ertrag (+20,0):

- +13,1 Höhere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die der Universität Zürich zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften (vgl. Pos. 1 Aufwand; Differenz 0,1 aufgrund tieferer Investitionsbeiträge Bund)
- +6,8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich als budgetiert
- +0,1 Nicht budgetierte Erträge aus Benützungsgebühren

Aufwand (-21,3):

- 13,0 Höhere Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien einschliesslich ausserordentlichen Abschreibungen aufgrund von Ersatzbeschaffungen von zum Ersatzzeitpunkt noch nicht vollständig abgeschriebenen Anlagen
- 6,8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
- 1,2 Höherer Aufwand für Planungen und Dienstleistungen Dritter
- 0,3 Nicht budgetierter Kostenanteil für das Projekt SEP (Strategische Entwicklungsplanung für das Universitätsspital Zürich und die medizinbezogenen Bereiche der Universität Zürich)

Investitionsrechnung

Einnahmen (+1,8):

- +3,5 Mehreinnahmen bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen (Mobilien)
- 1,7 Mindereinnahmen vom Bund aus verschiedenen Projekten, z. B. Lernzentrum Irchel, Gebäude Y21, Instandsetzung Mensa und Völkerkundemuseum

Ausgaben (+25,2):

- +6,7 Minderausgaben bei verschiedenen Berufungs- und Kleinprojekten;
weitere Minderausgaben:
- +5,4 Sanierung Gloriestrasse 30/32
- +3,2 Sanierung Lüftung Botanischer Garten
- +2,8 Lernzentrum Irchel
- +2,2 Ersatz Telefonanlage Uni Zentrum
- +2,1 Sanierung Völkerkundemuseum
- +1,4 Sanierung Cafeteria Botanischer Garten
- +1,4 Fenstersanierung Rämistrasse 74
- +1,2 Kuppelschauhäuser Botanischer Garten
- +0,9 Fünfte Bauetappe Irchel
- +0,8 Sanierung von Liegenschaften aus der Übernahme PHZH
- +0,6 Minderausgaben Investitionen Mobilien
- 3,5 Mehrausgaben bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen (Mobilien)

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV). Diese umfasst einerseits Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich (saldoneutrales Durchgangskonto) und andererseits als Aufwandsposition eigene Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende in anderen Kantonen.
A2	Vertraglich festgesetzte jährliche Beiträge des Kantons an die Zentralbibliothek und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet.
A3	Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

Indikatoren

Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerungskompetenz des Kantons Zürich handelt.

Leistungen

L1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerungskompetenz des Kantons Zürich handelt.

Wirtschaftlichkeit

B1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerungskompetenz des Kantons Zürich handelt.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	135,0	134,9	139,3	4,4
Aufwand	-194,7	-185,6	-195,7	-10,1
Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-25,1	-19,7	-25,2	-5,5
Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-28,3	-28,8	-28,7	0,0
Saldo	-59,7	-50,7	-56,4	-5,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,1	0,1
Ausgaben	-1,5	-1,8	-1,6	0,3
Saldo	-1,5	-1,8	-1,5	0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+4,4):

+4,4 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV

Aufwand (-10,1):

-4,4 Höhere an die Universität Zürich überwiesene IUV-Beiträge (vgl. Ertrag)

-5,5 Höhere Beiträge an ausserkantonale Universitäten für Zürcher Studierende

-0,2 Höhere Abschreibungen aus Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Zürcher Fachhochschule (ZFH) ist im Berichtsjahr weiter gewachsen. An der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) stiegen die Studierendenzahlen in den Bereichen Wirtschaft, Life Sciences und Gesundheit erneut an. Eine deutlich grössere Nachfrage verzeichnete auch der Bereich Technik und Informationstechnologie, wo mit Bewilligung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) im Studienjahr 2012/13 ein neuer Bachelorstudiengang Energie- und Umwelttechnik startete. Überdies wurde Anfang des Berichtsjahres die auf berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung spezialisierte private Hochschule für Technik Zürich in die ZHAW übergeführt. Für Bachelor- und Masterstudiengänge mehrerer Bereiche der ZHAW hat das EVD die Akkreditierungsverfahren abgeschlossen, wobei einzelne Akkreditierungen mit Auflagen verbunden wurden.

An der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) bewegten sich die Studierendenzahlen, bedingt durch Studienplatzbeschränkungen, auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Alle noch laufenden Akkreditierungsverfahren für Masterstudiengänge konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Im Mai des Berichtsjahres nahm Matthias Schwarz seine Tätigkeit als neuer Verwaltungsdirektor auf; in dieser Funktion gehört er auch der Hochschulleitung der ZHdK an.

Ein ereignisreiches Jahr hat die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) hinter sich. Zehn Jahre nach ihrer Gründung konnte sie im Sommer ihren neuen Campus in der Europaallee beziehen. Durch die Zentralisierung der 19 bisherigen Standorte in unmittelbarer Nähe des Zürcher Hauptbahnhofs haben die Studierenden nun die Möglichkeit, die Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer an einem einzigen Ort zu absolvieren. Die Zahl der Studierenden hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen, was insbesondere auf die als Massnahme gegen den Lehrermangel geschaffenen Ausbildungen für Quereinsteigende zurückzuführen ist. Die Quereinstieg-Studiengänge, die für alle Stufen der Volksschule bestehen, stiessen – wie schon bei der Einführung 2011 – auf grosses Interesse. Neu bietet die PHZH seit dem Studienjahr 2012/13 in Kooperation mit der Universität Zürich auch einen Masterstudiengang Fachdidaktik Schulsprache Deutsch an, nachdem bereits seit Herbst 2011 ein Masterstudiengang Fachdidaktik Naturwissenschaften in Kooperation mit der Universität und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich geführt wird.

Der Fachhochschulrat der ZFH setzte sich auf strategischer Ebene mit Themen wie Forschung an der ZFH auseinander und nahm weitere Aufgaben gemäss dem kantonalen Fachhochschulgesetz wahr. Dazu gehörten Neuerlasse und Änderungen von Rechtsgrundlagen der einzelnen Hochschulen, die Genehmigung von Weiterbildungsmasterprogrammen und die Verleihung des Professorinnen- und Professorentitels ZFH an Dozierende der Hochschulen. Aufgrund der Finanzverordnung der Zürcher Fachhochschule vom 13. Dezember 2011, welche die Finanzkompetenzen im Fachhochschulbereich ab dem Berichtsjahr neu regelte, traf der Fachhochschulrat auch Entscheide über Raummieten und die Vergabe von Aufträgen. Im Frühling leitete er ein Projekt für eine Totalrevision der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule (PVF) ein, das unter der Leitung des früheren Rektors der ZHAW in Zusammenarbeit der Hochschulen mit dem Hochschulamt erarbeitet wird.

Die Rektorenkonferenz der ZFH, der die Rektoren der Hochschulen und der Chef des Hochschulamts angehören, befasste sich mit der Koordination von hochschulübergreifenden Angelegenheiten und bereitete Geschäfte zuhanden des Fachhochschulrats vor. Im Projekt für die Totalrevision der PVF übernahm sie die Rolle des Lenkungsausschusses.

Die Bauarbeiten am künftigen Hochschulstandort Toni-Areal in Zürich West sind in die Ausbauphase übergegangen. Ab Sommer 2014 erfolgt der gestaffelte Bezug des Toni-Areals durch die ZHdK und Teile der ZHAW. In Winterthur gingen die Bauarbeiten für die neue zentrale Hochschulbibliothek der ZHAW in der heutigen City Halle an der Turbinenstrasse wie geplant voran; die Eröffnung ist für Herbst 2014 vorgesehen. Die Testplanung der ZHAW im Campus Technikumstrasse konnte abgeschlossen werden. Daraus ergibt sich ein Wettbewerbsverfahren mit insgesamt vier Gebäudeperimetern und entsprechenden Etappen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH durch Bund (durchlaufend) und Kanton Zürich.
A2	Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstausrüstungen der Hochschulen der ZFH.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Total FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH (A1)	P	3 379	4 313	3 655	-658
W2	- davon Bachelordiplomabschlüsse	P	2 822	3 625	3 027	-598
W3	- davon Masterdiplomabschlüsse	P	557	688	628	-60
Leistungen						
L1	Total Studierende an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH (A1)	P	14 363	15 656	15 372	-284
L2	- davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	12 622	14 072	13 594	-478
L3	- davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	1 741	1 584	1 778	194
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen in % (A1)			11,0	9,4	-1,6
Abweichungsbegründungen						
W1-W3	Die Zunahme der Anzahl Bachelor- und Masterabschlüsse von insgesamt 8,2% gegenüber dem Vorjahr ist weniger stark als zum Zeitpunkt der Planung 2012 angenommen. Die Budgetwerte der ZHAW haben sich als zu hoch erwiesen und sind in der nachfolgenden Planungsperiode (KEF 2013-2016) entsprechend angepasst worden.					
L1-L3	Die Entwicklung der Gesamtstudierendenzahl verlief etwas langsamer als budgetiert (-1,8%), liegt mit einer Zunahme von 7,0% gegenüber dem Vorjahr dennoch auf einem weiterhin hohen Niveau. Die Unterschreitung betrifft die Bachelorstufe und ist grösstenteils auf die gegen den Lehrermangel neu geschaffenen Ausbildungen für Quereinsteigende (QUEST) an der PHZH zurückzuführen (-325 Studierende, vgl. Leistungsgruppe Nr. 9740). Der Budgetwert QUEST stammt aus dem Frühjahr 2011, wobei sich in der Folge bei der Einführung einige Änderungen gegenüber diesem Planungsstand ergaben. Der Budgetwert QUEST bezieht sich zudem auf das Herbstsemester 2012/13, während der Berichtswert den Durchschnittswert über die drei ganz oder anteilig im Kalenderjahr 2012 liegenden Semester darstellt. Bei einem Aufbau ist der Durchschnittswert tiefer als der letzte Einzelwert in diesem Zeitraum.					
B1	Der Administrationskostenanteil wird im Berichtsjahr erstmals ausgewiesen und konnte tiefer gehalten werden als im Budget angenommen.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Die Stellung der Universität Zürich national wie international weiter verbessern und die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft festigen und ausbauen Planmässig Die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft konnte weiter gefestigt werden, wird sie doch als wichtige Partnerin wahrgenommen.	2a	2015
E2 Fortsetzung Aufbau und Festigung der Masterstudiengänge Planmässig Im Berichtsjahr konnten vier weitere Masterstudiengängen akkreditiert werden. Aktuell verfügt die Zürcher Fachhochschule über 21 akkreditierte Masterstudiengänge.	-	2013
E3 Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards Planmässig Die Entwicklung der Hochschulen der ZFH erfolgt weiterhin unter Berücksichtigung der internationalen Hochschulentwicklung sowie den Akkreditierungsstandards.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	123,0	127,7	127,7	0,0
Aufwand	-457,4	-479,7	-459,0	20,7
Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-317,5	-331,6	-324,0	7,5
Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen	-4,4	0,0		0,0
Kreditübertragungen aus 2011		-13,3		
Saldo	-334,4	-352,0	-331,3	20,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,4	10,0	24,1	14,1
Ausgaben	-24,4	-63,1	-84,1	-21,0
Saldo	-22,0	-53,1	-60,0	-6,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (0,0):

- +0,4 Höhere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen
- 0,4 Tiefere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die den Hochschulen der Zürcher Fachhochschule zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften

Aufwand (+20,7):

- +13,3 Nicht beanspruchte Kreditübertragungen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW und Pädagogische Hochschule Zürich PHZH aus dem Vorjahr
- +7,5 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW im Rahmen der jährlichen Leistungsvereinbarung aufgrund nicht ausgeführter Projekte, für die eine Kreditübertragung beantragt wurde.
- +1,2 Tiefere Abschreibungen und Zinsen auf Investitionsbeiträgen des Kantons Zürich
- 1,1 Höherer Aufwand für Planungen und Dienstleistungen Dritter
- 0,2 Höhere Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien

Investitionsrechnung

Einnahmen (+ 14,1):

- +20,0 Übertrag Grundstück und Hochbau Hirschengraben 28/30 und Kantonsschulstrasse 4/16 vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen
- +0,3 Mehreinnahmen Bundesbeiträge bei Projekten der ZHAW am Standort Wädenswil
- 6,2 Mindereinnahmen Bundesbeiträge für das Projekt Toni-Areal.

Ausgaben (-21,0):

- +7,9 Minderausgaben Spezialausbau Sihlpost PHZH
weitere Minderausgaben:
- +5,8 Verzögerung Ausstattungsausbau Toni-Areal ZHdK
- +5,7 Verzögerungen in verschiedenen Kleinprojekten der ZHAW
- +3,0 Verzögerung in den Arealentwicklungen ZHAW-Standorte Wädenswil und Winterthur
- +1,9 Mieterausbau Liegenschaft Seifenstreuli Standort Wädenswil ZHAW
- +1,2 Minderausgaben Investitionen Mobilien ZHAW
- +0,8 Heizungsersatz ZHAW Standort Wädenswil
- 41,2 Verbuchung Barwert Finanzierungsleasing Sihlpost PHZH
- 5,9 Mehrausgaben Mieterausbau Toni-Areal Zürcher Hochschule der Künste ZHdK
- 0,2 Mehrausgaben Ausstattung Sihlpost PHZH

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 000 000	0	0	4 000 000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört. Nach der bevorstehenden Auflösung des Konkordats Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL) gehört der Kanton Zürich ab 1. Januar des Berichtsjahres nur noch dem Konkordat Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) an.
A2	Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-51,6	-42,3	-51,5	-9,2
Saldo	-51,6	-42,3	-51,5	-9,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand (-9,2):

- 9,5 Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen als budgetiert
- +0,3 Tiefere Trägerbeiträge des Kantons Zürich an die Konkordatsschulen

7501 Jugend- und Familienhilfe

Hauptereignisse

Jugend- und Familienberatung

Die 19 kantonalen Jugend- und Familienberatungsstellen berieten 6800 Familien mit 10 171 Kindern (Vorjahr: 6754 Familien 10 288 Kinder). Im Auftrag der Vormundschaftsbehörden der Gemeinden wurden gesetzliche Mandate für 6427 Kinder aus 4276 Familien (6086 Kinder / 4211 Familien) geführt, davon solche für 699 Kinder aus 564 Familien durch die Juristinnen und Juristen der regionalen Rechtsdienste. Im Auftrag von Vormundschaftsbehörden oder Gerichten wurden weiter Abklärungen und Gutachten über 769 Familien mit 1293 Kindern (783 Familien / 1263 Kinder) erstellt.

Vorbereitung auf die professionellen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes sieht ab 2013 keine Vormundschaftsbehörden mehr vor. An ihre Stelle treten im Kanton Zürich professionelle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB). Im Hinblick auf die Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfestellen, die ab 2013 in Kinder- und Jugendhilfezentren (kjz) umbenannt werden, wurden im Berichtsjahr mit den neuen KESB Standards und Abläufe definiert.

Fachstelle Bibliotheken

Mit Inkrafttreten der Bibliotheksförderungsverordnung vom 24. August 2011 wurde das ehemalige Zentrum für Bibliotheksentwicklung Zürich im Berichtsjahr erfolgreich in den Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe im AJB integriert. Dies bedeutete eine Herausforderung für alle Beteiligten, da operative und strategische Aufgaben entflochten und neu verteilt werden mussten. So arbeitet z. B. die Bibliothekskommission heute nicht mehr operativ. Die neu benannte Fachstelle Bibliotheken ist heute fester Bestandteil des Fachbereichs Kinder- und Jugendhilfe und wurde infolge Pensionierung der Stelleninhaberin am 1. November des Berichtsjahres neu besetzt.

Alimentenhilfe

Die Inkraftsetzung der neuen Verordnung über die Alimentenhilfe und die Kleinkinderbetreuungsbeiträge auf den 1. Januar 2013, die u. a. ein neues Berechnungssystem vorsieht, verlangte im Berichtsjahr umfassende organisatorische, technische wie auch personelle Vorbereitungen. Die Umsetzungsarbeiten im Hinblick auf die neuen rechtlichen Grundlagen wurden durch Stadt und Kanton koordiniert und konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Kinder- und Jugendheime

Die Änderung der Verordnung über die Jugendheime, die aufgrund eines Verwaltungsgerichtsurteils vom Oktober 2011 gegen das Pauschalfinanzierungsmodell notwendig wurde, trat am 26. September rückwirkend auf Anfang des Berichtsjahres in Kraft. Staatsbeiträge für die Kinder- und Jugendheime werden nun wieder auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten berechnet.

Seit 1. April des Berichtsjahres bedürfen im Kanton Zürich Einzelpersonen und Organisationen, die Pflegeplätze vermitteln, einer Bewilligung (Verordnung über die Vermittlung von Pflegeplätzen und die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten vom 25. Januar des Berichtsjahres).

Sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich

Eine interdisziplinäre Projektgruppe hat im Berichtsjahr ein neues Abklärungsverfahren zur Bestimmung des sonderpädagogischen Bedarfs entwickelt. Das Verfahren wird im Kinderspital Zürich und Kantons-
spital Winterthur 2013 zur Anwendung kommen. Die Anzahl der sonderpädagogischen Massnahmen ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,2% gestiegen. Insgesamt wurden 4449 Massnahmen ausgesprochen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Kinder- und Jugendhilfe
A2	Führung von Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj) im Kanton Zürich
A3	Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
A4	Amtsvormundschaft für minderjährige, alleinstehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
A5	Koordination, Administration und Mitfinanzierung der sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
A6	Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene
A7	Mitfinanzierung kommunaler Jugendhilfestellen sowie allgemeiner Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anzahl zivilrechtlicher Kindesschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (kantonale Kinder- und Jugendhilfestellen / A2) in %	P	37	35	39	4
W2	Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen (A1/A3) in %	P	83	80	84	4
Leistungen						
L1	Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (kantonale Kinder- und Jugendhilfestellen / A2)	P	16 374	17 500	16 598	-902
L2	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind (A6) in %	P	76	80	79	-1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (kantonale Kinder- und Jugendhilfestellen / A2)	P	1 145	1 155	1 120	-35
B2	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpädagogischem Angebot (A1/A3)	P	351	351	357	6
B3	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot (A1/A3)	P	510	459	459	0

Abweichungsbegründungen

W1	Die Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen übertraf absolut wie prozentual sowohl den Vorjahres- wie auch den Prognosewert. Detailliertere Analysen erfolgen ab März 2013.
L1	Die Anzahl Fälle kam unter den Prognosewert zu liegen, stieg gegenüber dem Vorjahr gesamthaft jedoch um 224 an, wobei die Zahl der gesetzlichen Mandate überproportional zunahm.
B1	Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Fallzahlen (Laufjahr 16 598 / Vorjahr 16 374) führten bei nahezu gleichbleibenden Kosten zu einem tieferen Durchschnittsbetrag je Beratung. Der prognostizierte Durchschnittswert wurde als Folge der tiefer als budgetiert ausfallenden Kosten unterschritten.
B2/B3	Aufgrund des Verwaltungsgerichtsurteils vom November 2011, bzw. den sich daraus ergebenden, rückwirkend auf den 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft gesetzten Verordnungsänderungen, werden die Staatsbeiträge ab dem Berichtsjahr wiederum nach effektivem Aufwand und nicht mehr mittels Pauschalen abgerechnet. Die endgültigen Schlussabrechnungen liegen jeweils im Spätsommer des Folgejahres vor. Bei den eingesetzten Zahlen handelt es sich somit um provisorische Werte für das Berichtsjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Unterstützung der Gemeinden bei Aufbau, Führung und Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots an Schulsozialarbeit Abgeschlossen Die Rahmenbedingungen wurden mit der Inkraftsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auf den 1. Januar des Berichtsjahres geschaffen.	-	2015
E2	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühintervention, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern Planmässig Projekt Zeppelin (Praxispartnerschaft Forschungsprojekt HfH); Machbarkeitsstudie abgeschlossen, Hauptstudie gestartet	6b gemeinsam mit JI	2014
E3	Das Stipendienwesen weiterentwickeln Planmässig Stipendienreform geplant, Normkonzept in Arbeit	3e	2015
E4	Erarbeitung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Kinder- und Jugendhilfe über Leistungsaufträge Planmässig Als Grundlage ist eine Totalrevision des Jugendheimgesetzes geplant, Normkonzept in Arbeit.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	74,3	62,1	68,9	6,8
Aufwand	-199,1	-192,0	-201,9	-9,9
Saldo	-124,9	-129,8	-133,0	-3,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,4	0,7	1,0	0,3
Ausgaben	-4,1	-5,0	-3,1	1,9
Saldo	-2,6	-4,3	-2,1	2,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	426,4	416,5	421,5	5,0

Erfolgsrechnung

Ertrag (+6,8):

- +2,9 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- +0,2 Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die Kinder- und Jugendheime (Durchlaufposten) fielen mit 10,2 Mio. Franken etwas höher als budgetiert aus.
- +1,9 Lohnweiterverrechnungen an Dritte wurden im Planungszeitpunkt als Minus-Aufwand budgetiert, bei der Fakturation bzw. Rückerstattung jedoch dem Bruttoprinzip entsprechend als Ertrag berücksichtigt (saldoneutral).
- +1,0 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit führte zu entsprechendem Mehrertrag (siehe auch unter Aufwand und Personal).
- +0,7 Höhere Einnahmen ergaben sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
- +0,1 Die anteilmässige Verrechnung der Overhead-Kosten der regionalen Geschäftsstellen an die Berufsberatung führte zu Mehrertrag.
- 0,4 Als Folge der tiefer als geplant ausfallenden Kosten der Kinder- und Jugendhilfestellen ergaben sich geringere Gemeindebeiträge.
- +0,4 Bei den übrigen Erträgen (Beiträge, Gebühren, Rückerstattungen) ergaben sich etwas höhere Werte als budgetiert.

Aufwand (-9,9):

- 2,9 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 0,2 Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die Kinder- und Jugendheime (Durchlaufposten) fielen mit 10,2 Mio. Franken etwas höher als budgetiert aus.
- 1,9 Lohnweiterverrechnungen an Dritte wurden im Planungszeitpunkt als Minus-Aufwand budgetiert, bei der Fakturation bzw. Rückerstattung jedoch dem Bruttoprinzip entsprechend als Ertrag berücksichtigt (saldoneutral).
- 2,2 Bei den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter ergaben sich Mehrkosten als Folge einer steigenden Zahl von Kindern und Massnahmen sowie von Tarifierpassungen.
- 6,8 Bei den Staatsbeiträgen konnten Budgetüberschreitungen beim Stipendienaufwand (-3,8) aufgrund zunehmender Gesuchzahlen und im Heimbereich u.a. infolge neuer beitragsberechtigter Angebote (-4,3) nur teilweise bei den übrigen Beiträgen (+1,3) kompensiert werden.
- +1,0 Geringere Vorjahresinvestitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand. Ebenso konnte eine Prozessrückstellung aufgelöst werden.
- +1,9 Durch Verzögerungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes fielen die entsprechenden Kosten nicht im erwarteten Rahmen an.
- +2,2 Ein tieferer Personalaufwand als geplant ergab sich u. a. infolge Personalmutationen und Lohnrückerstattungen/Versicherungsleistungen bei den Kinder- und Jugendhilfestellen.
- 1,0 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit führte zu entsprechenden Mehrkosten (siehe auch unter Ertrag und Personal).

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,3):

- +0,3 Die Ausbildungsdarlehensrückerstattungen übertrafen den budgetierten Wert.

Ausgaben (+1,9):

- +0,6 Bei den Kinder- und Jugendhilfestellen fielen Mobiliärerersatzbeschaffungen und bauliche Massnahmen nicht im erwarteten Rahmen an.
- +0,4 Geplante Softwareerweiterungen konnten infolge zeitlicher Verzögerungen noch nicht umgesetzt werden.
- +0,9 Der Minderaufwand bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime ist auf Bauverzögerungen zurückzuführen.

Personal

Der Anstieg der Beschäftigten ergab sich insbesondere aus der Zunahme der Leistungsaufträge mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an Gemeinden (Schulsozialarbeit).

7502 Berufs- und Studienberatung

Hauptereignisse

Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren (BIZ)

In den sieben BIZ wurden 13 684 (Vorjahr: 13 912) Einzelberatungen durchgeführt, davon entfielen 10 832 (Vorjahr 11 120) auf die allgemeine Berufsberatung und 2852 (2792) auf die spezialisierte Beratung (Studienberatung, Gesundheitsberufe, Sportberatung). 8025 oder 59% (8126 oder 58%) der beratenden Personen waren unter 20 Jahre alt. 53 806 (58 300) Besucherinnen und Besucher suchten Informationen über die verschiedenen Ausbildungs- und Laufbahnwege in den Infotheken. In den 104 Oberstufenschulgemeinden wurden insgesamt 1882 (1810) Schulhausprechstunden und 379 (374) Elternveranstaltungen durchgeführt. Besonders für Eltern und Jugendliche aus fremden Kulturkreisen wurden die Informationsveranstaltungen «Integras» angeboten. Für Angehörige der albanischen, türkischen, spanischen, portugiesischen, serbischen und tamilischen Sprache fanden insgesamt 28 (29) Veranstaltungen mit 654 (512) Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Seit 2011 ist Mentoring «Ithaka» ein festes Angebot der BIZ. Bis Ende des Berichtsjahres wurden insgesamt 268 Mentorate von den Mentoringverantwortlichen in den BIZ organisiert und begleitet. Beinahe zwei Drittel der Mentees konnten einen Lehrvertrag unterschreiben; dies dank Hilfe der mittlerweile fast 200 ehrenamtlich tätigen Mentorinnen und Mentoren.

Validierungsverfahren

Nach wie vor ist das Interesse an der Erlangung eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises (EFZ) durch das Validierungsverfahren im Sinne einer Nachholbildung hoch. So wurden insgesamt 30 Informationsveranstaltungen (42) durchgeführt. An diesen für die Phase 1 des Validierungsverfahrens obligatorischen Veranstaltungen nahmen 892 Teilnehmende teil (1309). Während der Phase 2, der Bilanzierung, konnten 144 (111) Teilnehmende bei der Erstellung ihres persönlichen Dossiers in 14 (10) Seminaren bzw. 122 Teilnehmende in 173 Einzelcoachings unterstützt werden.

Case Management Berufsbildung

Das Projekt Case Management Berufsbildung wird unter der neuen Bezeichnung «Netz2» im ganzen Kanton flächendeckend angeboten. Betreut werden Jugendliche und junge Erwachsene mit einer ausgeprägten Mehrfachproblematik mit dem Ziel, sie langfristig von der Sozialhilfe abzukoppeln. Rund 300 Ratsuchende haben sich seit Projektbeginn angemeldet. Im Berichtsjahr konnte mit rund 225 Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine verbindliche Zusammenarbeit aufgebaut werden. Über 60 Jugendliche befinden sich dank Unterstützung von «Netz2» bereits in einer Ausbildung auf der Sekundarstufe II. Der Regierungsrat hat am 6. Dezember das Projekt um zwei Jahre bis Ende 2014 verlängert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2	Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (einschliesslich Kompetenzenbilanz)
A3	Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen / Berufsinformationszentren (BIZ) im Kanton Zürich
A4	Mitfinanzierung kommunaler Berufsinformationszentren sowie allgemeiner Bereiche der Berufsberatung

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (allgemeine Berufsberatung / kantonale BIZ; A1/A3) in %	P	98	98	98	0
Leistungen						
L1	Anzahl Berufsberatungen (allgemeine Berufsberatung / kantonale BIZ; A3)	P	11 120	11 500	10 832	-668
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Berufsberatung (allgemeine Berufsberatung / kantonale BIZ; A3)	P	1 102	1 100	1 144	44
Abweichungsbegründungen						
W1	Durch die konsequente Arbeit in den Schulen auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes «Zusammenarbeit Berufsberatung – Sekundarschule» konnte der Indikatorwert gegenüber dem Vorjahr gehalten werden. Die Jugendlichen, die von sich aus keine Beratung in Anspruch nehmen würden (weil sie sich nicht trauen oder sich aus den unterschiedlichsten Gründen zu wenig mit der Berufswahl und der Lehrstellensuche befassen), werden von den Beratungspersonen im Schulhaus aufgesucht, im Rahmen von Schulhaussprechstunden unterstützt und mit Informationen versorgt.					
L1	Die Einzelberatungen sind von 11120 im Vorjahr auf 10832 zurückgegangen und liegen auch unter dem Planwert von 11500. Nach wie vor werden die Ressourcen zugunsten der niederschweligen Angebote für Jugendliche vor allem in den Sekundarschulen sowie für Jugendliche und deren Eltern, die speziellen Risikogruppen angehören, verlagert (siehe Indikator W1).					
B1	Die rückläufigen und unter dem prognostizierten Wert liegenden Beratungszahlen führten bei gleichbleibenden Gesamtkosten zu höheren Durchschnittskosten je Beratung.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Massnahme
LZ RR bis

E1	Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen (Case Management Berufsbildung mit Unterstützung Bund) Planmässig Projekt «Netz 2» (Case Management Berufsbildung) bis Ende 2014 verlängert			-	2015
E2	Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Berufsberatungsleistungen fördern (Zusammenarbeit Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit). Planmässig Rahmenkonzept «Zusammenarbeit Berufsberatung – Sekundarschule» wird umgesetzt.			-	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,5	19,2	18,6	–0,6
Aufwand	–36,3	–36,1	–35,1	1,0
Saldo	–17,8	–17,0	–16,5	0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,1	–0,3		0,3
Saldo	–0,1	–0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	112,1	120,4	111,5	–8,9

Erfolgsrechnung

Ertrag (–0,6):

- +0,2 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- 0,7 Die Gemeindebeiträge verminderten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen BIZ-Betriebskosten.
- 0,1 Die Kursgeld- und Beratungsdienstleistungseinnahmen fielen leicht tiefer als geplant aus.

Aufwand (+1,0):

- 0,2 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- 0,1 Mehraufwand ergab sich aus der anteilmässigen Verrechnung der Overhead-Kosten der regionalen Geschäftsstellen an die Berufsberatung.
- +1,3 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu tieferen Beschäftigtenzahlen und Rotationsgewinnen.
- +0,1 Die Sachaufwendungen der Berufsinformationszentren BIZ (Berufkundliches Material, Drucksachen, Unterhalt, Mieten) fielen tiefer als erwartet aus.
- 0,3 Der Staatsbeitrag an die Stadt Zürich erhöhte sich auf Basis aktualisierter Berechnungsgrundlagen.
- +0,2 Geringere Vorjahresinvestitionen verursachten im Laufjahr weniger Abschreibungs- und Zinsaufwand.

Investitionsrechnung

Ausgaben (+0,3):

- +0,3 Geplante Softwareerweiterungen (Fallführungsapplikation) und Mobiliarersatzbeschaffungen verschieben sich ins Folgejahr.

Personal

Die Abweichung ist auf Personalmutationen und verzögerte Stellenbesetzungen zurückzuführen.

7930 Berufsbildungsfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr entschied die Berufsbildungskommission auf der Grundlage von Einnahmeschätzungen über die Verwendung der Mittel aus dem Berufsbildungsfonds: Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben wurden die Aufwendungen der Lehrbetriebe für das Qualifikationsverfahren in der Höhe von rund 2,55 Mio. Franken vollumfänglich übernommen. Zudem bewilligte die Kommission die Übernahme der bis Ende des Berichtsjahres freiwillig vom Kanton Zürich übernommenen Kosten an die überbetrieblichen Kurse im Rahmen von rund 3 Mio. Franken ab 2013. Auch an die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner steuert der Fonds ab 2013 rund 1 Mio. Franken bei. Neben den erwähnten Leistungen, welche die Lehrbetriebe direkt entlasten, unterstützte der Fonds weitere Massnahmen im Bereich der beruflichen Grundbildung. So beteiligte er sich z. B. an der Berufsmesse Zürich sowie an Massnahmen zur Erhaltung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und an Aktivitäten des Berufsbildungsmarketings.

Für das Beitragsjahr 2011 wurden erstmals bei etwas mehr als 12 500 beitragspflichtigen Arbeitgebern Fondsbeiträge in der Höhe von rund 17 Mio. Franken erhoben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2	Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,1	8,5	17,1	8,6
Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben		8,5	17,1	8,6
Entnahme aus Bestandeskonto	0,1			
Kalkulatorischer Zinsertrag				
Aufwand	-0,1	-8,5	-17,1	-8,6
Zahlungen an Lehrbetriebe		-6,3	-4,1	2,2
Einlagen in Bestandeskonto		-2,1	-12,8	-10,7
Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten		0,0	-0,2	-0,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	-0,1	2,0	12,7	10,7

Erfolgsrechnung

Ertrag (+8,6):

- +8,6 Erstmalige Zahlung der beitragspflichtigen Betriebe. Die Summe fiel höher aus als ursprünglich angenommen.

Aufwand (-8,6):

- +2,1 Tiefere Ausgaben als geplant, da zum Zeitpunkt der Ausgabenbeschlüsse die Höhe der Einnahmen noch nicht bekannt war
- 10,7 Höhere Fondseinlage aufgrund der höheren Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben





Baudirektion

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (Archäologie, Denkmalpflege und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente Energienutzung.

Grossprojekte und wichtige Ereignisse

Unter dem Namen Agrovet-Strickhof planen das Amt für Landschaft und Natur, die ETH Zürich und die Universität Zürich am heutigen Standort des landwirtschaftlichen Kompetenzzentrums Strickhof in Lindau ein gemeinsames Bildungs- und Forschungszentrum von nationaler und internationaler Ausstrahlung. Mit der Partnerschaft und der intensiven Zusammenarbeit werden im Bereich Nutztierwissenschaften ökonomische und fachliche Synergien zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Praxis, Bildungsfachleuten, Agrarwissenschaftlern und Veterinären ermöglicht. Für dieses interdisziplinäre Projekt führte das Hochbauamt im Berichtsjahr den Projektwettbewerb durch.

Im Immobilienamt wurde die Strategische Entwicklungsplanung universitäre Medizin (SEP) weiter vorangetrieben. Nachdem der Regierungsrat Ende 2009 eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe unter der Leitung der Baudirektion beauftragt hatte, die Weiterentwicklung der universitären Medizin am heutigen Standort Hochschule Zentrum zu prüfen und dabei auch alternative Standorte zu evaluieren, entschied er sich im Herbst 2011 für den Standort Hochschule Zentrum. Zugleich beauftragte er die Projektsteuerung, das Projekt organisatorisch, rechtlich und technisch auf eine sichere Grundlage zu stellen. Hierfür wurden Arbeitsgruppen gebildet. Sie haben im Berichtsjahr die umfassenden Grundlagen für den Abschluss der strategischen Planung im ersten Quartal 2013 erarbeitet.

Im Rahmen der Überprüfung des kantonalen Immobilienmanagements hat der Regierungsrat die Baudirektion, die Bildungsdirektion, die Finanzdirektion und die Gesundheitsdirektion mit vertieften Abklärungen beauftragt. Die Ergebnisse daraus sollen dem Regierungsrat als Entscheidungsgrundlage für die künftige Ausrichtung des kantonalen Immobilienmanagements dienen.

Das Tiefbauamt konnte im Berichtsjahr zwei wegweisende Ereignisse verzeichnen. Am 23. September nahm die Zürcher Stimmbevölkerung den A4-Zubringer Obfelden/Ottenbach mit 62,6% der Stimmen deutlich an. Die Zustimmung kam aus sämtlichen Gemeinden, auch aus den Städten Zürich und Winterthur. Ferner konnte am 21. Dezember der neue, 1,6 Kilometer lange Abschnitt des Zürichseewegs für die Öffentlichkeit freigegeben werden. Der neue Weg ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Naherholungsgebiet Zürichsee der Bevölkerung zur Verfügung gestellt und gleichzeitig die Naturlandschaft aufgewertet werden kann.

Im Mai hat das Tiefbauamt zusammen mit der Kantonspolizei die Präventionskampagne «Albispassstrasse» lanciert. Sie hat zum Ziel, die Sicherheit für die Motorradfahrer auf der Albispassstrasse zu verbessern. Eine der Massnahmen war das Anbringen eines neu entwickelten Unterfahrschutzes an mehreren Leitplanken. Im November konnte die Kampagne erfolgreich abgeschlossen werden. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei überprüfte das Tiefbauamt die 2256 Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen und prüfte Massnahmen zur Steigerung ihrer Sicherheit.

Planungs- und Bautätigkeit

Im März des Berichtsjahres erreichte die Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans einen wichtigen Meilenstein: Der Regierungsrat konnte die Vorlage an den Kantonsrat zur Beratung und Festsetzung überweisen. Eine neue Aufgabe erwuchs dem Amt für Raumentwicklung aus der Annahme der Kulturlandinitiative am 17. Juni. Innerhalb eines Jahres ist nun die entsprechende Umsetzungsvorlage zu schaffen. Die Arbeiten daran wurden unverzüglich aufgenommen. Zur Wahrung der Rechtssicherheit hat die Baudirektion die Gemeinden am 12. Juli angewiesen, alle Verfahren zu sistieren, mit denen neue Bauzonen geschaffen werden sollen.

Das Hochschulgebiet mit seinen drei Institutionen ETH, USZ und UZH bietet eine einzigartige Dichte von Knowhow und ist schon durch seine Lage mitten in einer Grossstadt eine Besonderheit. Mit der gegenwärtig laufenden Gebietsplanung wird das Ziel verfolgt, eine erhöhte Planungssicherheit für alle betroffenen Akteure zu schaffen. Dazu ist der Masterplan Hochschulgebiet aus dem Jahr 2005 sowie mit diesem zusammenhängende Planungsinstrumente zu aktualisieren. Dadurch sollen Massnahmen zur Ausführung eines neuen Universitätsspitals und zur Stärkung des Hochschulstandortes insgesamt getroffen werden. Im Berichtsjahr wurden Flächenbedürfnisse abgeklärt und Lösungsansätze zu besonderen Themen wie z. B. Nutzungen, Verkehr, Freiflächen, Städtebau und Denkmalpflege definiert.

Im Kantonalen Trinkwasserverbund konnte dank des Engagements der Gruppenwasserversorgung «Vororte und Glattal» und eines namhaften Staatsbeitrags eine grosse Lücke geschlossen werden. Die neue Transportleitung bietet dem aufstrebenden mittleren Glattal die notwendige Versorgungssicherheit und ermöglicht in Notlagen den grossräumigen Wasseraustausch zwischen den beiden Zentren Winterthur und Zürich.

Das Hochbauamt war im Berichtsjahr verantwortlich für die Planung und Ausführung von über 600 laufenden Projekten. Eingeweiht wurden unter anderem der Campus für die Pädagogische Hochschule in Zürich, die Berufsschule Anton Graff in Winterthur sowie das Obergericht des Kantons Zürich. Im Bereich Justiz brachte das Hochbauamt das Projekt Massnahmenzentrum Uitikon MZU wieder auf Kurs, und die ersten zehn Klientenplätze konnten bezogen werden.

Die Wiederbelebung der Klosteranlage Rheinau, die seit über zehn Jahren leer steht, kam einen wichtigen Schritt voran: Der Kantonsrat bewilligte im September mit 157:7 Stimmen einen Kredit von 28,5 Millionen Franken für die erste Etappe der baulichen Massnahmen zur Umnutzung und für Sanierungsarbeiten. Zudem setzte er die erforderliche Änderung des kantonalen Richtplans fest. Damit das Probenzentrum der Stiftung «Schweizer Musikinsel Rheinau» den Betrieb im Sommer 2014 fristgerecht aufnehmen kann, wurde bereits kurz nach dem Beschluss mit den Bauarbeiten begonnen.

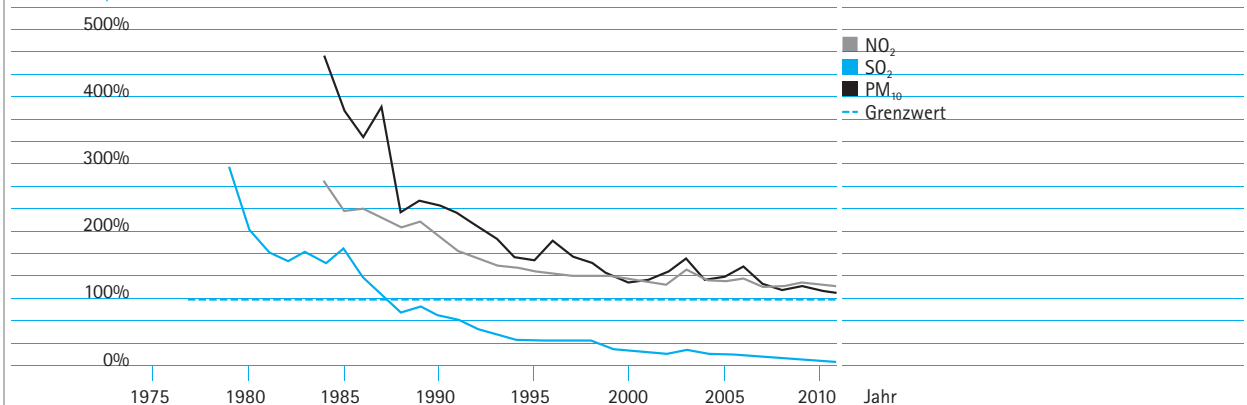
Schutz und Erhaltung

Unmittelbar nach Abschluss der Rettungsgrabungen beim Parkhaus Opéra begannen die umfangreichen Auswertungsarbeiten. Verschiedene Institute analysieren seither die Bodenproben auf Reste von Pollen und auf botanische Reste, bestimmen die Tierknochen und messen die Pfahlproben. Im Sammlungs- und Konservierungszentrum Affoltern a. A. (Schweiz. Nationalmuseum) werden Textilien und organische Objekte konserviert. Bei der Kantonsarchäologie in Stettbach wird die wissenschaftliche Bewertung des Fundmaterials abgewickelt: Keramikgefässe, Geräte aus Stein, Holz, Knochen und Geweih.

Unter dem Thema «Urban Mining» legte die Baudirektion 2011 den Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft fest. Der Ansatz besteht in einem veränderten Verständnis des Abfallrecyclings. Der Fokus liegt auf der Rückgewinnung der Rohstoffe, die sich in den letzten hundert Jahren in unseren urbanen Räumen angehäuft haben. Dazu gehören z. B. mineralische Rückbaustoffe, Metalle in der Kehrichtschlacke oder Phosphor, der in der Regel immer noch als Bestandteil der Klärschlammmasche verloren geht.

Das AWEL konnte im Berichtsjahr Rückschau auf 40 Jahre Luftreinhaltung halten. Die Bilanz der Massnahmen ist eindrücklich. Die Grafik zeigt die Jahresmittelwerte im Verhältnis zum Grenzwert.

Zürich Stampfenbachstrasse



Interne Reorganisation und Entwicklung

Im Amt für Raumentwicklung wurde den Medien am 9. November der neue GIS-Browser durch das GIS-Zentrum der Abteilung Geoinformation präsentiert. Der Browser hat nun ein zeitgemässes Erscheinungsbild und wurde mitsamt der ganzen Infrastruktur neu entwickelt und den neuesten Technologien angepasst. Er bietet in komfortabler Art Zugang zu einfachen und komplexen Themen der Geoinformation im Kanton Zürich und hilft bei vielen Fragestellungen im privaten, wirtschaftlichen und politischen Umfeld.

Im November des Berichtsjahres wählte der Regierungsrat den neuen Kantonsbaumeister. In dieser Funktion wird Dr. Matthias Haag am 1. September 2013 die Leitung des Hochbauamts übernehmen. In einer internen Reorganisation wechselte das Hochbauamt die Führungsstruktur, indem das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) direkt dem Amtschef unterstellt sowie die Gebäudetechnik und die Bauprojektadministration in die Baubereiche integriert wurden.

Im Tiefbauamt wurde die Abteilung Verkehrstechnik Strasse in bestehende Abteilungen integriert. Mit der Reorganisation wird die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strassen ASTRA im Bereich des Nationalstrassenunterhalts wesentlich erleichtert.

Legislaturziele

Die Baudirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 8, 10, 11, 15 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Die raumwirksamen Tätigkeiten sind überkommunal abgestimmt (LZ RR 8).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 8a–8f des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt (LZ RR 10; gemeinsam mit DS).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 10a–10c sowie 10e–10f des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist unter den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen gewährleistet (LZ RR 11).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 11a–11c des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit SK, JI, FD und GD).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15h des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit DS, FD und BI).
	5.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 16c des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Immobilienmanagement Kanton Zürich optimieren
Massnahme	6.1 Verbesserung der Kunden- und Resultatorientierung unter Intensivierung der Kommunikation und Zusammenarbeit in sämtlichen Phasen der Planungs- und Bauprozesse
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Kommunikationskonzept wurde erstellt und durch die Kommunikationsabteilung der Baudirektion genehmigt. 2013 müssen Kommunikationsmassnahmen geplant und umgesetzt werden. Es wird eine vorausschauende und aktive Kommunikation angestrebt.

Massnahme	6.2 Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (Grundstrategie und Teilstrategien) entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Teilportfoliostrategie der Werkhöfe der Baudirektion sowie die Teilportfoliostrategie der «Bildungsmeile» des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Strategie für das Teilportfolio der Liegenschaften im Finanzvermögen steht vor dem Abschluss. Die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich kommt in Ansätzen zur Anwendung, ist jedoch bislang nicht offiziell verabschiedet.
Massnahme	6.3 Periodische Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens wurde auf den Stichtag 31. Dezember durchgeführt. Somit wurde die Frist für eine Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens gemäss § 11 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) von vier Jahren eingehalten. Die Bewertung im Berichtsjahr wurde gleichartig zur Erstbewertung 2008 unter Einhaltung der geltenden Rechnungslegungsvorschriften in Anlehnung an IPSAS 16 (International Public Sector Accounting Standards) durchgeführt.
Legislaturziel	7 (Hoch-, Tief-, Wasser-)Bauten nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit erstellen und betreiben
Massnahme	7.1 Höherwertigen Minergie-Standards für Neubauten zum Durchbruch verhelfen (Minergie P-Eco und Minergie A-Eco)
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kanton setzt mit dem Projekt Stampfenbachstrasse 30 seinen ersten Minergie-P-Eco-Bau um. Weitere Projekte Minergie P-Eco sind in Planung. Die Arbeitsgruppe «BD-Schwerpunkt nachhaltiges Bauen» entwickelt im Auftrag der Geschäftsleitung der Baudirektion die Grundlagen für einen Standard «Nachhaltiges Bauen», der für alle Direktionen gelten soll.
Massnahme	7.2 Minergie-Standard für Umbauten und Sanierungen als Regelfall etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Bei Umbauten werden die Minergievorgaben in der Regel erfüllt. Ausnahmen sind möglich, wenn aus Gründen des Denkmalschutzes eine energetische Optimierung der Gebäudehülle nur beschränkt durchgeführt werden kann oder wenn der Einbau der geforderten Lüftung aufgrund der baulichen Gegebenheiten zu kostenintensiv ist.
Massnahme	7.3 Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die kantonalen Energievereinbarungen mit den rund 40 kantonseigenen Grossverbrauchern sind abgeschlossen.

Massnahme	7.4 Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das Hochbauamt setzt für alle grösseren Volumina RC-Beton ein. Der Einsatz von RC-Beton hat sich damit als Regelfall etabliert. Weitere Massnahmen zur Steigerung des Anteils an RC-Zuschlagsstoffen sind in den bestehenden Planungsprozessen integriert.
Massnahme	7.5 Aktualisierung und Fortschreibung der Denkmalpflegeinventare
Stand	Verzögert
Kommentar	Mit der erfolgreichen Anstellung der Projektleitung und nach Zusammenstellung des Teams wird das Projekt 2013–2017 etappenweise umgesetzt werden.
Massnahme	7.6 Alle Brückenbauwerke auf Erdbebensicherheit überprüft
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Beurteilung aller Bauwerke konnte planmässig durchgeführt werden. Der Schlussbericht liegt vor.
Massnahme	7.7 Normenerarbeitung für nachhaltiges Bauen von Infrastrukturbauten im Tiefbau. Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet.
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Arbeiten sind planmässig im Gange. Das Ziel- und Indikatorensystem sowie der Normenentwurf werden bis Mitte 2013 vorliegen. Die Vernehmlassung und Finalisierung erfolgt bis Ende 2013. Die Einführung und Umsetzung der Norm wird voraussichtlich bis Mitte 2014 erfolgt sein.
Massnahme	7.8 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Bei Neubauten im Eigentum wird der Minergie-Standard umgesetzt. Für Umbauten und Erneuerungsvorhaben wird fallweise entschieden, ob der Minergie-Standard umgesetzt werden kann und zweckmässig ist. Die Arbeitsgruppe «BD-Schwerpunkt nachhaltiges Bauen» entwickelt im Auftrag der Geschäftsleitung der Baudirektion die Grundlagen für einen Standard «Nachhaltiges Bauen», der für alle Direktionen gelten soll.
Massnahme	7.9 Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachdem der Kantonsrat mit Vorlage 4881 den Umbaumassnahmen für den Bereich der Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau (SMR) zugestimmt hat, konnte Anfang November mit dem Rückbau planmässig begonnen werden. Die Umbauten im Gebäudeinneren werden Anfang 2013 begonnen und der Abschluss der Arbeiten sollte im ersten Quartal 2014 erfolgen, sodass die SMR den Betrieb vereinbarungsgemäss im Frühling 2014 wird aufnehmen können. Für die zweite Etappe (Hauswirtschaft und Gastronomie) liegt das Bauprojekt vor und der Objektkredit sollte dem Kantonsrat noch im ersten Halbjahr 2013 vorgelegt werden können.

Massnahme	7.10 Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie
Stand	Verzicht
Kommentar	Die Massnahmen für die Instandsetzung und -haltung werden im Rahmen des Standardprozesses festgelegt. Ein eigenes Programm steht dem Ablauf nach Standardprozess entgegen, die Massnahmen werden jeweils in der laufenden Planung berücksichtigt.
Legislaturziel	8 Umgang mit Hochwassergefahren und die Konzentration der Massnahmen auf Räume mit hohem Schadenpotenzial
Massnahme	8.1 Hochwassermanagement Zürichsee-Sihl-Limmat: Planungen abgeschlossen / Schwemmholzrechen im Bau
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Entscheid für die vertiefte Weiterbearbeitung zweier Konzeptvarianten ist erfolgt. Das Auflageprojekt Schwemmholzrechen ist in Bearbeitung.
Massnahme	8.2 Die Naturgefahrenkarten sind zu 90% erstellt.
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Gefahrenkarten sind zu 80% erstellt.
Legislaturziel	9 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung eines attraktiven Grünraumes und der Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln und Holz
Massnahme	9.1 Umsetzen und weiterentwickeln der Ergebnisse aus dem Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof»
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Mit der Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil (BZW) auf den 1. Januar des Berichtjahres wurde der Strickhof zum Kompetenzzentrum für die Land- und Ernährungswirtschaft ausgebaut.
Massnahme	9.2 Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an Ausbildungsbedürfnisse und Tierschutzvorgaben
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt Agrovet-Strickhof kommt planmässig voran. Im Berichtsjahr wurde der Projektwettbewerb durchgeführt und das Siegerprojekt erkoren. Ein Umweltverträglichkeitsbericht für das Vorhaben ist in Bearbeitung.
Massnahme	9.3 Die Umsetzung der Bundesagrarpolitik 2014–2017 ist vorbereitet und der Vollzug auf eine produzierende nachhaltige Landwirtschaft ausgerichtet.
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Vorarbeiten für die Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge gemäss neuer Agrarpolitik des Bundes im Kanton Zürich sind gestartet.
Massnahme	9.4 Umsetzen des Waldentwicklungsplans für den Kanton Zürich
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde die 2011 gestartete Umsetzung weitergeführt.

Legislaturziel	10 Die Führungsentwicklung fördern und die Prozesse der Baudirektion optimieren
Massnahme	10.1 (Bau-)Projektcontrolling ist in der ganzen Baudirektion umgesetzt.
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Die neue Weisung Projektberichterstattung BD und BD-Cockpit vom 1. Dezember 2011 ist im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt worden. Aus der praktischen Erfahrung des ersten Jahres ergaben sich zwei Anpassungswünsche: Übergang von vier zu drei BD-Cockpit-Berichterstattungen pro Jahr und bessere Abstimmung der Berichterstattungstermine auf die Termine der kantonalen Finanzberichterstattung. Diese Änderungen werden 2013 umgesetzt.</p> <p>Das Generalsekretariat unterstützte im Berichtsjahr ausserdem das Tiefbauamt in seinem Projekt zur Einführung einer softwaregestützten, standardisierten Projektberichterstattung. Dieses Projekt sollte planmässig auf Ende 2013 abgeschlossen werden können.</p>
Massnahme	10.2 Einführung Dokumentenmanagementsystem Baudirektion
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Das Projekt befindet sich in der Konzeptphase (Submission/Entscheid). Die öffentliche Ausschreibung erfolgte im Herbst des Berichtsjahres. Eine erste Zwischenbewertung der eingegangenen Angebote liegt vor.</p>
Massnahme	10.3 Führungsentwicklung in der Baudirektion fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Die Prozesse und Instrumente in der Führung (PIF) wurden als Kurse konzipiert und zum ersten Mal mit neuen Führungskräften durchgeführt. Das Angebot stiess auf gute Resonanz und wird jährlich durchgeführt.</p> <p>Für Führungskräfte der verschiedenen Kaderstufen wurden im Berichtsjahr insgesamt vier Führungsimpulse über Mittag zu Themen wie Stress, Change, Führungsfeedback usw. durchgeführt.</p>
Legislaturziel	11 Konzept «Schulungsinitiative BD» erarbeiten
Massnahme	11.1 Schulungsangebot der Baudirektion ist vollständig erfasst und transparent gemacht.
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	<p>Sämtliche internen Kurse und Weiterbildungsangebote der Baudirektion sind nun im Intranet einsehbar und werden laufend auf dem neusten Stand gehalten.</p>

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	694,6	689,3	790,9	101,6
Aufwand	-952,3	-966,7	-1 009,7	-43,0
Kreditübertragungen aus 2011		-1,9		
Saldo	-257,7	-277,4	-218,7	58,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	82,6	45,8	76,7	30,9
Ausgaben	-218,9	-342,8	-198,8	143,9
Kreditübertragungen aus 2011		-0,9		
Saldo	-136,3	-296,9	-122,1	174,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 356,6	1 412,8	1 395,5	-17,3

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 101,6 Mio. Franken oder 14,7% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +103,8 Liegenschaftenerfolg (8710): Hauptursache sind Marktwertanpassungen von Liegenschaften im Finanzvermögen infolge Neubewertung im Berichtsjahr.
- +5,0 Altlasten (8510): Hauptursache sind höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten.
- +3,9 Immobilienamt (8700): Hauptursachen sind höhere externe Mieterträge und Nachaktivierung einer Liegenschaft.
- 13,6 Tiefbauamt (8400): Abweichungen in Ertrag und Aufwand, die sich gegenseitig aufheben. Wesentlich für den Budgetkredit ist der Übertrag vom Strassenfonds, der um 10,2 Mio. Franken geringer als budgetiert ausgefallen ist. Ertragsseitige Ursache sind tiefere Entschädigungen von Bund, Kantonen und Gemeinden (-2,1 Mio.).

Der Aufwand liegt um 43,0 Mio. Franken oder 4,4% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 61,4 Liegenschaftenerfolg (8710): Wertberichtigungen von Liegenschaften im Finanzvermögen infolge Neubewertung im Berichtsjahr
- 4,6 Altlasten (8510): Hauptursache sind höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten.
- +13,6 Tiefbauamt (8400): Verschiedene Abweichungen in Ertrag und Aufwand, die sich gegenseitig aufheben. Der Budgetkredit entspricht dem Übertrag aus dem Strassenfonds, der um 10,2 Mio. Franken unterschritten wurde. Hauptursachen sind der geringe Aufwand für den betrieblichen Staats- und Nationalstrassenunterhalt (Winterdienst) sowie für den baulichen Staatsstrassenunterhalt infolge Projektverzögerungen.
- +3,1 Immobilienamt (8700): Hauptursache sind geringere Planungsgelder und Vorprojektkosten sowie geringere Kapitalfolgekosten infolge Projektverzögerungen.

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 30,9 Mio. Franken oder 67,4% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +23,1 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursache sind die durchlaufenden Beiträge, wovon 27,6 Mio. Franken im Rahmen des Gebäudeprogramms neu über den Kanton abgewickelt werden.
- +7,3 Tiefbauamt (8400): Einmalige nicht geplante Bundesbeiträge für Staatsstrassenprojekte

Die Ausgaben liegen um 143,9 Mio. Franken oder 42,0% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +120,8 Immobilienamt (8700): Verschiebung des Landerwerbs für das Polizei- und Justizzentrum ins Folgejahr (+100 Mio.) sowie verschiedene Projektverzögerungen
- +22,8 Tiefbauamt (8400): Geringere Ausgaben für Staatsstrassenbau und Sanierung Werkhöfe infolge von Projekt- und Bauverzögerungen
- +4,6 Amt für Landschaft und Natur (8800): Hauptursache sind geringere Investitionsbeiträge für Meliorationen und landwirtschaftliche Hochbauten.
- 9,6 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursachen sind die durchlaufenden Beiträge, wovon 27,6 Mio. Franken im Rahmen des Gebäudeprogramms neu über den Kanton abgewickelt werden, sowie die geringeren Wasserbauinvestitionen

Personal

- 14,1 Diverse Vakanzen infolge verzögerter Stellenbesetzungen sowie Reduktionen des Beschäftigungsgrads
- 2,0 Geringere Unterrichtspensen bei den Lehrpersonen am Strickhof, da die Klassen- und Schülerzahlen im Berichtsjahr unter den Erwartungen blieben
- 1,2 Abbau des Reinigungspersonals im Immobilienamt

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Ausgaben für folgende bedeutende Investitionsprojekte getätigt:

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2012	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Neunutzung Klosterinsel Rheinau	-2,9	-28,5	-4,6	-23,9
Sanierung Hauptgebäude Rechberg, Zürich (Projektierungskredit)	-2,8	-19,7	-4,0	-15,7
Neubau Polizei- und Justizzentrum, Zürich (Projektierungskredit)	-3,3	-157,3	-44,0	-113,3
Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich (Projektierungskredit)	-5,0	-11,8	-7,5	-4,3
Thurmündung/Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Ausführung	-1,4	-53,6	-18,3	-35,3
Bau Hochwasserrückhaltebecken an der Eulach in Winterthur, Hegmatten (Projektierungskredit)	-0,8	-32,9	-1,8	-31,1
Beitrag des Kantons Zürich an die Sanierung des Linthkanals	0,0	-7,5	-7,5	0,0
Neubau Westumfahrung der Stadt Zürich (N 4.1.4 / N 4.1.5 / N 20.1.4)	-6,6	-3 128,0	-2 808,7	-319,3
Neubau N 4 Knonauseramt (N 4.1.6 / N 4.1.7)	-11,1	-1 258,2	-1 028,2	-229,9
Entschädigungen des Bundes für Nationalstrassen 2012 für Westumfahrung, Knonauseramt und Pfingstweidstrasse	+16,9			
Umbau Pfingstweidstrasse / Tram Zürich-West	-2,9	-149,2	-110,9	-38,3
Summe der übrigen Nettoinvestitionen	-102,2			

Leistungsgruppen

8000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Dokumentenmanagementsystem (DMS): Submissionsverfahren gestartet

Die zunehmende Dokumentenflut soll mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems auch in Zukunft erfolgreich bewältigt werden können. Für die Mitarbeitenden der Baudirektion soll damit u. a. das Archivieren und Finden von Dokumenten und der Dokumentenaustausch mit anderen Ämtern, Direktionen und externen Stellen vereinfacht werden. In Zusammenarbeit mit Vertretern aus allen Ämtern sind im Berichtsjahr ein Projektpflichtenheft und die Submissionsunterlagen erstellt worden. Im Herbst des Berichtsjahres wurde planmässig die Submission nach GATT/WTO gestartet. Im März 2013 werden die eingegangenen Angebote und Lösungsvorschläge von einem ämterübergreifenden Bewertungsteam der Baudirektion anlässlich von Einzelpräsentationen evaluiert. Im Herbst 2013 soll mit der Umsetzung des Projekts begonnen werden.

Internes Kontrollsystem (IKS) in Betrieb

Das Generalsekretariat und die Ämter der Baudirektion haben im Berichtsjahr ihr internes Kontrollsystem (IKS) gemäss dem kantonalen IKS-Leitfaden dokumentiert und in Betrieb gesetzt. Das Generalsekretariat hat diese Arbeiten koordiniert und unterstützt, sodass die Termine und Vorgaben eingehalten werden konnten.

Anhaltend hohe Anzahl eingehender Baugesuche

Gestützt auf die Bauverfahrensverordnung (BVV) hat nicht nur die örtliche Baubehörde, sondern auch die Baudirektion zu verschiedenen Bauvorhaben (ausserhalb Bauzonen, an Staatsstrassen, am Waldrand usw. oder bei Betrieben bezüglich Lärm, Luft usw.) einen Entscheid zu fällen. Seit 2000 koordiniert die Leitstelle für Baubewilligungen die Baugesuche mit den kantonalen Fachstellen und den Gemeinden. Bis zum Jahr 2010 lag die Anzahl eingehender Baugesuche stets unter 3000 pro Jahr. 2011 und 2012 ist eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von rund 3200 Baugesuchen zur Beurteilung eingegangen, für die in der Regel auch eine Verfügung erstellt wurde.

Harmonisierung der Baubegriffe

Das Generalsekretariat hat im Berichtsjahr zum Vorentwurf des Gesetzes über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) und den damit verbundenen Änderungen des Planungs- und Baugesetzes (PBG) eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassung dauerte vom 13. März bis 30. Juni. Zurzeit wird die Vorlage aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses überarbeitet und danach dem Regierungsrat Antrag gestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht; Rekurs- und Aufsichtsbeschwerdeverfahren
A2	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Finanzen und Controlling
A3	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Organisationsentwicklung
A4	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich interne und externe Kommunikation
A5	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
A6	Informatikunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen
A7	Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination kantonaler Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren
A8	Erbringung von Querschnittleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, ökologische Beschaffung, Beratung und Dokumentation
A9	Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle drei Jahre) [in %] (A1–A9)	min.	71	–	–	
W2	Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle drei Jahre) [in %] (A5)	min.	–	–	–	
W3	Standardservice und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern) [in %] (A6)	min.	87	80	90	10
Leistungen						
L1	Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche [in %] (A7)	min.	82	80	80	0
L2	Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen [in %] (A8)	min.	87	90	89	–1
L3	Anzahl bearbeitete Baugesuche (A7)	P	–	2 900	3 194	294
L4	Anzahl begleitete Umweltverträglichkeitsprüfungen (A8)	P	–	30	29	–1
L5	Anzahl Medienkonferenzen der Baudirektion (A4)	min.	–	10	18	8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration) (A5)	min.	129	135	143	8
B2	Anzahl betreuter Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut >150) (A6)	min.	234	233	239	6
B3	Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1–3%) [in %] (A5)	min.	1,2	1,5	1,1	–0,4

Abweichungsbegründungen

W2	Die letzte Personalbefragung wurde 2010 durchgeführt, die nächste ist für 2013 geplant.
W3	Der Standardservice und die Dienstleistungen des Helpdesks konnten durch Mitarbeiterschulungen verbessert werden.
L3	Die Anzahl der bearbeiteten Baugesuche war infolge anhaltend starker Bauwirtschaft höher als geplant.
B1	Das Betreuungsverhältnis stieg infolge vorübergehender Vakanzen an.
B3	Unter anderem konnten aufgrund der hohen Arbeitslast durch neue grosse Projekte, Umstrukturierungen und Vakanzen weniger Aus- und Weiterbildungen besucht werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	(Bau-)Projektcontrolling ist in der ganzen Baudirektion umgesetzt. Planmässig Die neue Weisung Projektberichterstattung BD und BD-Cockpit vom 1. Dezember 2011 ist im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt worden. Aus der praktischen Erfahrung des ersten Jahres ergaben sich zwei Anpassungswünsche: Übergang von vier zu drei BD-Cockpit-Berichterstattungen pro Jahr und bessere Abstimmung der Berichterstattungstermine auf die Termine der kantonalen Finanzberichterstattung. Diese Änderungen werden 2013 umgesetzt. Das Generalsekretariat unterstützte im Berichtsjahr ausserdem das Tiefbauamt in seinem Projekt zur Einführung einer softwaregestützten, standardisierten Projektberichterstattung. Dieses Projekt sollte planmässig auf Ende 2013 abgeschlossen werden können.	-	2013
E2	Schulungsangebot der Baudirektion ist vollständig erfasst und transparent gemacht. Abgeschlossen Sämtliche internen Kurse und Weiterbildungsangebote der Baudirektion sind nun auf dem Intranet einsehbar und werden laufend auf dem neusten Stand gehalten.	-	2013
E3	Die Teilrevision «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» des Planungs- und Baurechtes verabschieden Verzögert Die nach durchgeführter Vernehmlassung notwendig gewordene Überarbeitung der Vorlage wurde weitgehend abgeschlossen. Letzte technische und politische Bereinigungen in Zusammenarbeit mit Behörden, Experten und Interessenvertretern stehen kurz vor dem Abschluss. Eine überarbeitete Vorlage wird voraussichtlich im 1. Quartal 2013 dem Regierungsrat unterbreitet werden können.	8d	2012
E4	Einführung Dokumentenmanagementsystem Baudirektion Planmässig Das Projekt ist in der Konzeptphase (Submission/Entscheidung). Die öffentliche Ausschreibung ist erfolgt. Angebote von interessierten Firmen sind eingegangen und eine Zwischenbewertung liegt vor.	-	2015
E5	Führungsentwicklung in der Baudirektion fördern Planmässig Die Prozesse und Instrumente in der Führung (PIF) wurden als Kurse konzipiert und zum ersten Mal mit neuen Führungskräften durchgeführt. Das Angebot stiess auf gute Resonanz und wird jährlich durchgeführt. Für Führungskräfte der verschiedenen Kaderstufen wurden im Berichtsjahr insgesamt vier Führungsimpulse über Mittag zu Themen wie Stress, Change, Führungsfeedback usw. durchgeführt.	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,3	16,8	15,3	-1,5
Aufwand	-44,8	-46,9	-43,9	3,0
Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-18,0	-18,0	-18,0	0,0
Saldo	-28,5	-30,1	-28,5	1,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,5	0,5
Ausgaben	-0,6	-1,9	-1,1	0,8
Saldo	-0,6	-1,9	-0,6	1,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	80,0	82,4	81,2	-1,2

Erfolgsrechnung

Die zentrale Informatik der Baudirektion verrechnet ihre Leistungen den Nutzern zu 100% und beeinflusst somit den Saldo der Erfolgsrechnung nicht. Es ergeben sich aber saldoneutrale Bewegungen in Aufwand und Ertrag:

- +1,5 Weniger Informatikaufwand v. a. infolge Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen
- 1,5 Weniger Erträge aus Verrechnungen von Informatikleistungen an die Ämter der Baudirektion infolge geringeren Informatikaufwands

Die saldoneutralen Abweichungen:

- +0,7 Weniger Dienstleistungen Dritter und Honorare für externe Gutachter/Berater
- +0,6 Weniger Personalaufwand
- +0,2 Reduktion der Wertberichtigung auf Forderungen (Delkredere)

Investitionsrechnung

- +0,8 Geringere Informatikausgaben infolge Projektverzögerungen (v. a. Dokumentenmanagementsystem)
- +0,5 Kostenanteile für Informatikprojekte von beteiligten Kantonen

Personal

- 1,2 Geringerer Beschäftigungsumfang aufgrund vorübergehender Vakanzen und Reduktionen des Beschäftigungsgrads

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	427 428	-12 355	0	415 073	-12 355

Auflösung Rücklagen 2012

- davon Fr. 12 355 für Früchte und übrigen Personalaufwand

8100 Hochbauamt

Hauptereignisse

Planung und Bau

Das Investitionsvolumen für Neubauten, Umbauten und Sanierungen verharrte im Berichtsjahr auf hohem Niveau. Das Hochbauamt bearbeitete weit über 600 laufende Bauprojekte mit einem insgesamt Bauvolumen von über 450 Mio. Franken. Auffallend ist die Zunahme von Grossprojekten, die mit einem erhöhten bauherrenseitigen Aufwand betreut werden müssen. Nach der Einweihung der Pädagogischen Hochschule und des Obergerichtes rücken nun Projekte wie der Hochhausersatzbau im Kantonsspital Winterthur, der Laborbau UZI 5 der Universität, das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) sowie Grossprojekte auf dem Gebiet des Universitätsspitals in den Fokus der Planungstätigkeit. Das Hochbauamt beginnt sich auf diese Situation einzustellen und hat seine interne Organisation bereits angepasst. Das Projekt PJZ wird jetzt in einem eigenständigen Team direkt durch den Amtschef geführt.

Neben diesen Grossprojekten sind die zahllosen mittleren und kleinen Neu- und Umbauten sowie Sanierungen für das einwandfreie Funktionieren der kantonalen Verwaltung und Betriebe mindestens ebenso wichtig. Die Kantonsschule Uster konnte nur weiterbetrieben werden, weil die Provisorien im Berichtsjahr fertiggestellt wurden. Für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist die Erneuerung der bestehenden Gebäude und der veralteten Infrastruktur im Universitätsspital Zürich von zentraler Bedeutung, denn ohne Brandschutzmassnahmen, Notstromversorgung oder Erneuerung der Kälteinstallationen könnte das Spital nicht betrieben werden. Die Sanierungen und Umbauten der Klosterkirche Kappel am Albis, des Rechbergs in Zürich oder des Girsbergerhauses in Unterstammheim sind für den Erhalt der Bausubstanz von wertvollen alten Gebäuden unabdingbar, sonst gingen diese wichtigen Zeitzeugen für immer verloren. Manchmal muss jedoch Altes auch Neuem weichen; so wurde beispielsweise im Berichtsjahr das Berufsschulhaus an der Affolternstrasse 30 in Zürich rückgebaut, um die Bahnhöferweiterung in Oerlikon zu ermöglichen.

Im Rahmen der Submissionsverordnung wurde ein Wettbewerb für die Sanierung und Erweiterung des Bildungszentrums Zürichsee in Horgen sowie ein Planerwahlverfahren für die Nutzungsoptimierung und Umgestaltung des Ökonomiegebäudes auf der Kyburg durchgeführt. Beide Verfahren waren aus denkmalpflegerischer Sicht äusserst anspruchsvoll, mussten doch die neuen Nutzungsanforderungen sorgfältig in die alte, wertvolle Bausubstanz eingebunden werden.

Beiträge und Beratung

Die Anzahl der eingegangenen und in der Folge auch der abgeschlossenen Geschäfte bei den Staats- und Fondsbeitragsgesuchen liegt mit 287 bearbeiteten Gesuchen im Berichtsjahr rund 30% unter derjenigen der Vorjahre. Darin enthalten waren 169 Gesuche um Zusicherung eines Beitrags an ein Investitionsvolumen von gesamthaft 305 Mio. Franken, die bezüglich Raumprogramm und Materialisierung sowie geplanter Investitionskosten zu beurteilen waren. Der starke Rückgang dieses Arbeitsvolumens liegt in der Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichsgesetzes begründet: Seit 1. Januar werden an neue Bauvorhaben gemeindeeigener Schulhausanlagen (Volksschulbauten) keine Staatsbeiträge mehr zugesichert – und damit entfällt auch deren Begutachtung.

Kunstsammlung Kanton Zürich

Die Anfragen für Gestaltungen von Ämtern und Institutionen hielt sich mit über 120 Gestaltungsanträgen weiterhin konstant hoch. So wurden allein im Berichtsjahr drei Gerichtsgebäude mit über 500 Kunstwerken ausgestattet. Gemälde aus der Sammlung waren in zahlreichen Museumsausstellungen zu sehen, so im Haus Konstruktiv und im Helmhaus Zürich sowie im Kunstmuseum Bern und

im Museum zu Allerheiligen in Schaffhausen, um nur einige zu nennen. Die Sammlung online (<http://www.zh.ch/internet/de/ktzh/kunstsammlung.html>) konnte trotz beschränkter finanzieller Mittel mit weiteren 500 Kunstwerken ergänzt und erweitert werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe
A2	Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
A3	Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Gesamtausgaben zulasten Baukredite (BKP 1–9) sowie im Berichtsjahr bearbeitetes Planungs- und Bauvolumen in Mio. Franken (A1)	P	450	450	450	0
Leistungen						
L1	Anteile Gesamtausgaben für Projektmanagement in % (A1)	P	91	97	93	-4
L2	Anteile Gesamtausgaben für Planerleistungen in % (A1)	P	3	2	2	0
L3	Anteile Gesamtausgaben für Instandhaltung in % (A1)	P	6	1	5	4
L4	Anzahl neu abgeschlossener Verträge Stk. (A1)	P	4 013	2 700	4 695	1 995
L5	Gesamtumfang neu abgeschlossener Verträge in Mio. Franken (A1)	P	226	300	218	-82
L6	Anzahl bearbeiteter Rechnungen Stk. (A1)	P	17 314	17 000	18 647	1 647
L7	Anzahl Wettbewerbe Planer Stk. (A1)	P	6	6	6	-
L8	Umweltmanagement: relative Energiekennzahl Minergie, Zielwerte in % (A1)	max.	100	95	85	-10
L9	Beiträge und Beratung: Anzahl bearbeiteter Staatsbeitragsgesuche (einschliesslich Fonds) Stk. (A2)	P	407	400	287	-113
L10	Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche Stufe Projekt Stk. (A2)	P	230	250	118	-132
L11	Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche Stufe Abrechnung Stk. (A2)	P	177	150	169	19
L12	Kunstsammlung: Anzahl realisierter Kunstgestaltungsprojekte Stk. (A3)	P		60	100	40
L13	Projektmanagement Anzahl Projekte in Bearbeitung Stk. (A1)	P	615	500	580	80
L14	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 0,1–1,0 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	389	320	371	51
L15	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 1,0–3,0 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	83	70	70	0
L16	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 3,0–20 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	100	72	92	20
L17	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 20–100 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	33	25	37	12
L18	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten > 100 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	10	10	10	0

L19	Planerleistungen Anzahl Projekte in Bearbeitung Stk. (A1)	P	90	100	93	-7
L20	Planerleistungen Anzahl Projekte mit Anlagekosten 0,1–1,0 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	83	80	87	7
L21	Planerleistungen Anzahl Projekte mit Anlagekosten 1,0–3,0 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	6	20	5	-15
L22	Planerleistungen Anteil mit Anlagekosten 3,0–20 Mio. Franken / Stk. (A1)	P	1	0	1	1
L23	Anzahl Instandhaltungsaufträge Stk. (A1)		85	70	83	13

Wirtschaftlichkeit

B1	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben zulasten Baukredite, Mittelwert pro Jahr: Projektmanagement in % (A1)	P	5,6	5,0	3,9	-1,1
B2	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben zulasten Baukredite, Mittelwert pro Jahr: Planerleistungen in % (A1)	P	13,7	15,0	9,5	-5,5
B3	Aufwand HBA zu Ausgaben zulasten Baukredite, Mittelwert pro Jahr: Instandhaltung in % (A1)	P	31,0	15,0	12,0	-3,0

Abweichungsbegründungen

L1–L3	Die Leistungen für Instandhaltung bleiben im Berichtsjahr etwa auf Vorjahresniveau. Dadurch konnten die Ressourcen nicht wie geplant zugunsten neuer Projekte im Projektmanagement eingesetzt werden.
L4, L5	Die Anzahl neu abgeschlossener Verträge steigt bei gleichzeitig kleineren Volumina aufgrund des hohen Bestands an Kleinprojekten (0,1–1,0 Mio. Franken).
L8	Der Zielwert von 95% wurde aufgrund der guten Qualität der Neubauten klar unterschritten. Der Wert 85% bedeutet: 15% besser als der Minergie-Standard (100% = Vorgabe).
L9, L10	Die Anzahl der eingegangenen und in der Folge auch abgeschlossenen Geschäfte bei den Staats- und Fondsbeitragsgesuchen liegt mit 287 bearbeiteten Gesuchen im Berichtsjahr rund 30% unter derjenigen der Vorjahre. Der Rückgang liegt in der Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichsgesetzes begründet. So werden neue Bauvorhaben gemeindeeigene Schulhausanlagen ab dem 1. Januar nicht mehr vom HBA begutachtet.
L11	Darin enthalten waren 169 Gesuche um Zusicherung eines Beitrags an ein Investitionsvolumen von gesamthaft 305 Mio. Franken, die bezüglich Raumprogramm und Materialisierung sowie geplanter Investitionskosten zu beurteilen waren.
L14, L16, L17, L4	Die Zunahme von Projekten im Projektmanagement ergab gegenüber Budget fast 2000 zusätzlich neu abgeschlossene Verträge.
B1–B3	Die Wirtschaftlichkeit (Verhältnis «Aufwand HBA»-Stundenleistung zu Tarifen KBOB gemessen an den getätigten Ausgaben) hat sich deutlich verbessert (Projektmanagement +1,1 Prozentpunkte, bei den Planerleistungen +5,5 Prozentpunkte, bei Instandhaltungsaufträgen +3,0 Prozentpunkte).

Entwicklungsschwerpunkte					
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis	
E1	<p>Verbesserung der Kunden- und Resultatorientierung unter Intensivierung der Kommunikation und Zusammenarbeit in sämtlichen Phasen der Planungs- und Bauprozesse</p> <p>Planmässig</p> <p>Ein Kommunikationskonzept wurde erstellt und durch die Kommunikationsabteilung der Baudirektion genehmigt. 2013 müssen Kommunikationsmassnahmen geplant und umgesetzt werden. Das Hochbauamt strebt eine vorausschauende und aktive Kommunikation an.</p>		-	2013	
E2	<p>Höherwertigen Minergie-Standards für Neubauten zum Durchbruch verhelfen (Minergie P-Eco oder Minergie A-Eco)</p> <p>Planmässig</p> <p>Der Kanton setzt mit dem Projekt Stampfenbachstrasse 30 seinen ersten Minergie-P-Eco-Bau um. Weitere Projekte Minergie P-Eco sind in Planung. Die Arbeitsgruppe «BD-Schwerpunkt nachhaltiges Bauen» entwickelt im Auftrag der Geschäftsleitung der Baudirektion die Grundlagen für einen Standard «Nachhaltiges Bauen», der für alle Direktionen gelten soll.</p>		-	2015	
E3	<p>Minergie-Standard für Umbauten und Sanierungen als Regelfall etablieren</p> <p>Planmässig</p> <p>Umbauten erfüllen in der Regel die Minergievorgaben. Ausnahmen sind möglich, wenn aus Gründen des Denkmalschutzes eine energetische Optimierung der Gebäudehülle nur beschränkt durchgeführt werden kann oder wenn der Einbau der geforderten Lüftung aufgrund der baulichen Gegebenheiten zu kostenintensiv ist.</p>		-	2015	
E4	<p>Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Die kantonalen Zielvereinbarungen mit den rund 40 kantonseigenen Grossverbrauchern sind abgeschlossen.</p>		-	2012	
E5	<p>Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Das Hochbauamt setzt immer RC-Beton ein, wenn grössere Mengen an Beton benötigt werden. Der Einsatz von RC-Beton hat sich damit als Regelfall etabliert. Weitere Massnahmen zur Steigerung des Anteils an RC-Zuschlagsstoffen sind in den bestehenden Planungsprozessen integriert.</p>		-	2012	

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0,7	0,0	1,1	1,1
Aufwand		-21,1	-21,3	-20,3	1,0
Saldo		-20,4	-21,3	-19,2	2,0
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		106,9	112,0	102,8	-9,2

Erfolgsrechnung

- +1,1 Höhere Erträge infolge vermehrter Abschlusstätigkeiten und Leistungsverrechnungen aufgrund der Verselbstständigung der BVK
- +1,2 Geringerer Personalaufwand aufgrund verzögerter Wiederbesetzung verschiedener vakanter Stellen
- 0,2 Höherer Informatikaufwand (Anpassungen Baukostenmanagementsystem PROVIS) sowie höherer Aufwand im Bereich Kunstsammlung infolge 40 zusätzlicher Kunstgestaltungsprojekte

Personal

- 9,2 Verzögerung bei der Wiederbesetzung vakanter Stellen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	368 821	0	0	368 821	0

8300 Amt für Raumentwicklung

Hauptereignisse

Archäologie und Denkmalpflege

Für die sachgerechte Endlagerung der einmaligen archäologischen Metallfunde wurde im Klimaraum eine zusätzliche Rollregalanlage eingebaut. Der Werkhof der Kantonsarchäologie in Oberwinterthur ist platzmässig stark verringert worden. Mit der Änderung der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer im Strassenverkehr sowie der Nationalstrassenverordnung ist die Finanzierung von Autobahngrabungen neu geregelt (Präsidium der archäologischen Aufsichtskommission: ZH). Gegenwärtig beschäftigen hier insbesondere die Rettungsgrabungen am künftigen Installationsplatz für die dritte Gubrist-Röhre bei Regensdorf.

Die neue archäologische Verwaltungssoftware zur digitalen Sicherung von Grabungsbefunden und Fundobjekten (ein Gemeinschaftsprojekt mit den Kantonen Thurgau und Graubünden sowie dem Fürstentum Liechtenstein) ist in Produktion. Stellvertretend für die Ausleihe vieler Fundobjekte aus dem Kanton Zürich steht die Sonderausstellung «Die Welt der Kelten – Zentren der Macht» im Archäologischen Landesmuseum Baden-Württemberg. Auf dem Gotthard erfolgte die feierliche Beisetzung der Gebeine eines russischen Soldaten aus der Zweiten Schlacht bei Zürich 1799, der seit seiner Ausgrabung bislang durch die Kantonsarchäologie aufbewahrt worden war.

Im Internet ist neu die aktualisierte Liste aller potenziellen überkommunalen Schutzobjekte aufgeschaltet. Diese zentrale Arbeitsgrundlage für die Denkmalpflege ist allen kommunalen Baubehörden kommuniziert worden. Für die umfassende Revision der Denkmalpflegeinventare (2013–2017) konnte die Stelle der Projektleitung besetzt werden. Mit den Empfängern wiederkehrender Betriebsbeiträge – gegenwärtig Schloss Kyburg, Ritterhaus Bubikon und Verein zur Erhaltung historischer Handwerk- und Industrieanlagen (VEHI) – ist der Austausch weiter vertieft worden. Zahlreiche restaurierte Gebäude wurden begleitet, auch jüngere wie die Villa Streiff in Küsnacht als Flaggschiff der Moderne. Das aus denkmalpflegerischer Sicht anspruchsvollste Projekt war auch im Berichtsjahr die Restaurierung der Villa Patumbah im Zürcher Seefeld.

Raumplanung

In organisatorischer Hinsicht wurde auf den 1. Juli die bisherige Abteilung Bauen ausserhalb Bauzonen als eigenständiges Team in die Hauptabteilung Raumplanung integriert.

Die Beratungen des Kantonsrates am Richtplankapitel 4.7.1 Flughafen Zürich wurden in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion und in Abstimmung mit den Arbeiten auf Bundesebene fortgeführt. Die Vorbereitungen für die Gesamtüberarbeitung der regionalen Richtpläne wurden eng begleitet.

In Schlüsselräumen für die Raumentwicklung wurden Planungen abgeschlossen (Gesamtkonzept Kiesabbau Hardwald), fortgeführt (Umfeld des Flugplatzareals Dübendorf, Masterplan Uster-Volketswil, Hochschulstandorte Wädenswil und Winterthur, Schutzverordnung Bachtel-Allmen) bzw. ausgelöst (Schutzverordnung Uetliberg-Albiskette, Gebietsplanungen Kaserne Plus und Airport-Region, Gestaltungsplan Rafzerfeld, Landschaftsentwicklung Glattraum). Die Zusammenarbeit innerhalb der kantonalen Verwaltung konnte durch die Arbeiten an der langfristigen Raumentwicklungsstrategie für den Kanton Zürich grundsätzlich intensiviert werden.

Um Regionen, Gemeinden und Private in ihren Aufgaben zu unterstützen, wurden Materialien in den Bereichen Ortsbild und Städtebau sowie zu Bevölkerung, Beschäftigten und Bauzonen bereitgestellt. Im Bereich Bauen ausserhalb Bauzonen wurde eine anhaltend hohe Anzahl Baugesuche bearbeitet. Immer häufiger handelte es sich dabei um Solaranlagen und andere Bauten und Anlagen zur Energieversorgung. Gesuche für Landwirtschaftsbauten standen oftmals in Zusammenhang mit dem fortschreitenden Strukturwandel oder verschärften Tierschutzvorschriften.

Geoinformation (Fachstellen Vermessung, GIS und Datenlogistik ZH)

Das kantonale Geoinformationsgesetz (KGeolG; Neuerlass, LS 704) und das Verordnungsrecht zum kantonalen Geoinformationsgesetz (kantonale Geoinformationsverordnung (KGeolV), die kantonale Verordnung über die amtliche Vermessung (KVAV), die kantonale Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (KÖREBKV) und die Leitungskatasterverordnung (LKV) wurden auf den 1. November in Kraft gesetzt. Das neue Geoinformationsrecht schafft eine umfassende gesetzliche Grundlage für die Erhebung, Nachführung, Verwaltung und Nutzung von Geodaten und bringt neue rechtliche Bestimmungen für den gesamten Geoinformationsbereich. Die Abteilung Geoinformation hat dazu eine Wegleitung erarbeitet. Neben detaillierten Ausführungen ist darin jeweils zu jedem Themenbereich der konkrete Handlungsbedarf für die zuständigen Stellen übersichtlich zusammengefasst. Damit werden die Behörden sowie Fachpersonen der kantonalen Fachstellen und Gemeinden bei der Einführung und Umsetzung des neuen Geoinformationsrechts unterstützt. Zudem richtet sich die Wegleitung auch an Dritte, wenn der Kanton und die Gemeinden Aufgaben an diese übertragen haben.

Die amtliche Vermessung feierte im Berichtsjahr ihr 100-jähriges Bestehen. Die Fachstelle Vermessung hat zusammen mit den in der amtlichen Vermessung tätigen Ingenieurbüros und kommunalen Vermessungsämtern während des ganzen Jahres mit Anlässen, Ausstellungen und Medienpräsenz auf die hohe Bedeutung der amtlichen Vermessung aufmerksam gemacht. Unter anderem konnte am nationalen Tag der amtlichen Vermessung, am 12. Mai, anlässlich des zürcherischen Jubiläumsanlasses in Brütten der erneuerte Vermessungspfeiler durch Baudirektor Markus Kägi enthüllt werden. Dieser «Mittelpunkt der amtlichen Vermessung Kanton Zürich» wurde von der Fachstelle Vermessung initiiert und umgesetzt.

In der Fachstelle GIS-Zentrum wurde das Pilotprojekt ÖREB-Kataster (öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen) mit dem Bund und den anderen Pilotkantonen intensiv bearbeitet und vorangetrieben. Am 1. Januar 2014 soll der Pilotbetrieb des ÖREB-Katasters aufgenommen werden.

Die Fachstelle Datenlogistik ZH hat im Auftrag der Gesundheitsdirektion sämtliche Spitäler des Kantons Zürich mit der Datenaustauschplattform SiDAP (Sichere Datenaustauschplattform) ausgerüstet. Damit werden die Patientendaten von den Spitälern periodisch zur Gesundheitsdirektion übertragen. Die Datenlogistik hat die Rezertifizierung nach ISO 9001 (Qualitätsmanagement) und ISO 27001 (Informationssicherheitsmanagement) erfolgreich bestanden und wurde zudem vom KITT zum Competence Center Datenaustausch (KITT CC Datenaustausch) für die öffentliche Verwaltung ernannt. Das neue Competence Center ist zuständig für Beratungen, Analysen und Lösungskonzepte im Bereich Datenaustausch.

Weitere Themen finden sich im Überblick der Baudirektion.

Leistungsgruppen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Raumplanung (Raumplanung, Bauen ausserhalb Bauzonen): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild/Städtebau und Landschaftsschutz; Raumbewachung und -controlling, Bewilligungen von Bauten und Anlagen ausserhalb Bauzonen
A2	Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunkt-netz, Übersichts- und Spezialpläne, geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
A3	Kulturgüter (Archäologie und Denkmalpflege): Schutzmassnahmen an Objekten, Schutzabklärungen, Beratungen, Begutachtungen. Inventarisierung und Dokumentation des Kulturgüterbestandes, Sicherstellungsmassnahmen vor Ort oder in Studiensammlung/Bauteillager. Übermittlung und Öffentlichkeitsarbeit.

Indikatoren

		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Bauzonenbeanspruchung [in m ²] (A1)	max.	117,5	116	116,8	0,8
W2	Bauzonenmanagement [in ha] (A1)	max.	17,5	10	17,8	7,8
W3	Bauzonenverbrauch [in ha] (A1)	max.	145,4	130	103,3	-26,7
W4	Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten (A2)	P	2 167 035	2 200 000	2 113 143	-86 857
W5	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen ohne kantonale Mehranforderungen § 5 KVAV (A2)	min.	157	166	162	-4
W6	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk in Arbeit ohne kantonale Mehranforderungen § 5 KVAV (A2)	max.	13	5	9	4
W7	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten [in %] (A3)	P	75	65	65	0
W8	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten [in %] (A3)	P	19	15	15	0
W9	Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A2)	min.	-	80	83	3
W10	Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A3)	min.	84,5	80	88,4	8,4
W11	Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A3)	min.	100	80	100	20
W12	Fruchtfolgeflechte gemäss Sachplan des Bundes [in ha] (A1)	min.	44 350	44 400	44 350	-50
Leistungen						
L1	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen [in %] (A2)	min.	99	99	99	0
L2	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche gesamthaft [in %] (A2)	min.	91	94	94	0
L3	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche [in %]; Lagefixpunktnetz (A2)	min.	100	100	100	0
L4	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche [in %]; Höhenfixpunktnetz (A2)	min.	75	80	80	0
L5	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe gross (A3)	P	45	55	50	-5
L6	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe mittel (A3)	P	71	70	67	-3

L7	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe klein (A3)	P	62	50	70	20
L8	Kundenbeziehungen Datenmanagement (A2)	P	194	85	282	197
L9	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse (A2)	P	182	175	243	68
L10	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers (A2)	P	772 000	680 000	953 800	273 800
L11	Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes (A2)	P	1 169	900	1 377	477

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum [in %] (A2)	min.	87,01	75	75,95	0,95
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH [in %] (A2)	min.	74,06	70	70	0

Abweichungsbegründungen

W2	Ausschlaggebend für das Ergebnis sind zahlreiche kleinere Einzonungen sowie projektbezogene Sondernutzungsplanungen. Bauzonen im Umfang von mehr als einer Hektare wurden in der Stadt Winterthur sowie den Gemeinden Pfäffikon, Buchs und Mönchaltorf ausgeschieden.
W3	Verbrauchswerte von mehr als 10 Hektaren Bauzone waren lediglich in den Regionen Winterthur und Umgebung (23,9 ha) sowie Unterland (17,7 ha), Glattal (14,7 ha) und Oberland (12,8 ha) zu verzeichnen.
W4	Am 9. November wurde der neue GIS-Browser aufgeschaltet. Diese Statistik umfasst die Anzahl Abfragen des neuen GIS-Browsers nicht, da die Werte nicht vergleichbar sind. Der Indikator muss für den KEF 2014–2017 neu definiert werden.
W5–W6	In einigen Gemeinden werden die Vermessungen (Ersterhebungen) in Kombination mit einer landwirtschaftlichen Güterzusammenlegung oder einer Waldzusammenlegung durchgeführt. Die Umlegungsverfahren haben sich insbesondere auch wegen Einsprache- und Gerichtsverfahren stark verzögert, weshalb die davon abhängigen Vermessungen nicht abgeschlossen werden konnten.
W9	Der Befragungskreis wurde im Berichtsjahr erweitert auf alle Gemeinden und die gesamte kantonale Verwaltung.
L8–L11	Mit der neuen Version 2 von SiDAP (Sichere Datenaustausch-Plattform) konnte die Datenlogistik ZH mehrere neue Kunden und Interessenten finden, so z. B. die Gesundheitsdirektion mit allen Zürcher Spitälern. Die neuen Kunden haben zusätzliche Anschlüsse (L9) benötigt. Dadurch wurde auch die Anzahl Datentransfers (L10) und das Transfervolumen (L11) erheblich erhöht, was in dieser ausgeprägten Form nicht planbar war.

Entwicklungsschwerpunkte			
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis	
E1 Aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eine Richtplanvorlage an den Kantonsrat erstellen Abgeschlossen Die Richtplanvorlage 4882 wurde am 28. März an den Kantonsrat überwiesen.	8a	2013	
E2 Die überarbeiteten regionalen Richtpläne festlegen Verzögert Die Unsicherheit in den Regionen über die künftige Ausrichtung der regionalen Richtpläne in Anbetracht der von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommenen Kulturlandinitiative ist gross.	8b	2014	
E3 Eine Raumentwicklungsstrategie zur langfristigen Abstimmung der raumwirksamen Tätigkeiten erarbeiten Planmässig Der Projektauftrag wurde mit RRB Nr. 70/2012 erteilt. Die Projektorganisation konnte etabliert werden. Erste Teilprojekte wurden ausgelöst.	8c	2014	
E4 Vollzug des kantonalen Geoinformationsgesetzes KGeolG Verzögert Die Inkraftsetzung KGeolG mit den Ausführungsverordnungen auf den 1. November ist erfolgt. Der Vollzug verzögert sich, da die Gebührenverordnung nochmals in die Vernehmlassung gegeben werden muss sowie die notwendigen Stellenbesetzungen in der Abteilung Geoinformation verzögert sind.	–	2015	
E5 Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB Verzögert Die Vorbereitung der 1. Etappe lief noch plangemäss. Die weitere Einführung verzögerte sich, da Stellenbesetzungen noch nicht erfolgen konnten.	–	2015	
E6 Aktualisierung und Fortschreibung der Denkmalpflege-Inventare Verzögert Mit der erfolgten Anstellung der Projektleitung und nach Zusammenstellung des Teams wird das Projekt 2013–2017 etappenweise umgesetzt werden.	–	2015	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,3	4,9	4,9	0,1
Aufwand	–25,1	–28,1	–25,6	2,5
Abschreibungen und Zinsen	–1,5	–1,6	–1,5	0,1
Staatsbeiträge	–0,1	–0,1	–0,1	0,0
Saldo	–19,8	–23,2	–20,7	2,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,7	0,5	1,1	0,6
Ausgaben	–2,0	–2,0	–2,2	–0,2
Saldo	–1,3	–1,5	–1,1	0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	109,8	111,0	109,3	–1,7

Erfolgsrechnung

- +0,5 Geringerer Personalaufwand infolge von Pensenreduktionen sowie Verzögerungen bei Stellenbesetzungen
- +1,8 Geringerer Sachaufwand insbesondere bei Dienstleistungen Dritter aufgrund Verzögerungen beim Projekt «langfristige Raumentwicklungsstrategie» und Verzögerungen bei der Umsetzung des kantonalen Geoinformationsgesetzes KGeolG
- +0,3 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,6 Höhere Investitionseinnahmen aufgrund durchlaufender Beiträge des Bundes an die amtliche Vermessung (saldoneutral)
- 0,6 Höhere Investitionsausgaben aufgrund durchlaufender Beiträge des Bundes an die amtliche Vermessung (saldoneutral)
- +0,4 Geringere Investitionsausgaben insbesondere für die Anschaffung immaterieller Anlagen der Fachstelle Datenlogistik. Die für die Beschaffung von Software angefallenen Kosten wurden aufgrund der geltenden Aktivierungsgrenzen in der Erfolgsrechnung verbucht.

Personal

- 1,7 Geringerer Beschäftigungsumfang durch Pensenreduktionen sowie infolge von Verzögerungen bei Stellenbesetzungen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	359 600	0	0	359 600	0

8400 Tiefbauamt

Hauptereignisse

Bau und bauliche Anpassung der Strasseninfrastruktur

Im Nationalstrassenbereich erfolgten weitere Fertigstellungsarbeiten auf den Strecken Uetlibergtunnel und Nationalstrasse im Knonaueramt. Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes zur Verbesserung der Verkehrssicherheit (z. B. Sanierung von Unfallschwerpunkten) sowie bei der Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.

Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes

Der Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen, verbunden mit dem entsprechenden Leistungsauftrag des ASTRA für die Autobahnen im Wirkungssperimeter der zürcherischen Gebietseinheit VII, war die Hauptaufgabe im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Das ansteigende Verkehrsaufkommen bedingte eine umfassende Koordination von Unterhaltsarbeiten mit kantonalen und kommunalen Baustellen. Die daraus ergebenden Störungen des Verkehrs mussten mit zunehmend aufwendigeren temporären Verkehrsführungen vermindert werden.

Verkehrstechnik Strasse

Die Wirkungskontrolle der Westumfahrung Zürich konnte mit dem Schlussbericht erfolgreich abgeschlossen werden. Entwicklungen und Restarbeiten an elektromechanischen Anlagen wurden sowohl bei der Westumfahrung Zürich als auch bei der Sanierung des Gubristtunnels umgesetzt.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und -ausbauten, einschliesslich Brücken
A2	Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3	Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

Leistungsgruppen

Indikatoren		Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen						
W1	Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%) (A2)	max.	1,4	1,5	1,3	-0,2
W2	Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1,5%) (A2)	max.	1,4	1,5	1,4	-0,1
W3	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 4,0%, Erhebung alle drei Jahre) (A2)	max.	3,82	-	-	-
Leistungen						
L1	Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken pro Jahr, einschliesslich Land) (A1)	min.	11,0	15,1	15,3	+0,2
L2	Mitteinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerks-Erhaltung) (in Mio. Franken pro Jahr) (A1, A2)	P	82,2	80,8	76,9	-3,9
Abweichungsbegründungen						
L2	Projektbezogene Verzögerungen aufgrund von Einsprachen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken führten dazu, dass das Budgetziel nicht ganz erreicht werden konnte.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Alle Brückenbauwerke auf Erdbebensicherheit überprüft Abgeschlossen Die Beurteilung aller Bauwerke konnte planmässig durchgeführt werden. Der Schlussbericht liegt vor.				-	2012
E2	Normenerarbeitung für nachhaltiges Bauen von Infrastrukturbauten im Tiefbau. Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet. Planmässig Die Arbeiten sind planmässig im Gange. Ziel- und Indikatorensystem sowie Normentwurf werden bis Mitte 2013 vorliegen. Vernehmlassung und Finalisierung werden bis Ende 2013 erfolgen. Die Einführung und Umsetzung der Norm ist auf Mitte 2014 geplant.				-	2014
E3	Die Aufträge für Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen sind erteilt und die Hälfte aller Projekte ausgeführt. Planmässig Die Lärmsanierung ist in 16 von 19 Regionen eingeleitet. Die restlichen Aufträge werden bis Ende 2014 erteilt. Die Ausführung der Mehrheit aller Lärmschutzwandprojekte wurde gestartet.				-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	327,1	312,3	298,7	-13,6
Beiträge vom Bund	-0,3	0,0		0,0
Übertrag aus Strassenfonds	214,4	226,3	216,1	-10,2
Übrige Erträge	113,1	85,9	82,6	-3,4
Aufwand	-327,1	-312,3	-298,7	13,6
Abschreibungen und Zinsen	-124,0	-96,2	-90,8	5,4
Betriebsaufwand	-203,1	-216,1	-207,9	8,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	48,5	28,4	35,7	7,3
Ausgaben	-130,2	-130,3	-107,5	22,8
Saldo	-81,7	-101,9	-71,8	30,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	434,1	440,1	442,4	2,3

Erfolgsrechnung

Der Saldo der Erfolgsrechnung ist immer null, da die Aufwendungen des Tiefbauamtes zu 100% durch den Strassenfonds (Volkswirtschaftsdirektion) finanziert werden. Innerhalb des Aufwandes und des Ertrages gab es grössere Verschiebungen, die sich jedoch grösstenteils sowohl betragsmässig wie auch ursachenmässig wieder aufheben und somit saldoneutral sind.

Der Budgetkredit betrug 226,3 Mio. Franken. Der Übertrag aus dem Strassenfonds betrug 216,1 Mio. Franken, was zu einer Unterschreitung des Budgetkredites von 10,2 Mio. Franken geführt hat. Die Unterschreitung ergibt sich aus folgenden Positionen:

Ertrag:

-2,1 Tiefere Entschädigungen von Bund, Kantonen und Gemeinden

Aufwand:

+3,1 Minderaufwand für Studien in Sachen Umweltschutz (UVP usw.)

+6,1 Minderaufwand für betrieblichen Staats- und Nationalstrassenunterhalt (Winterdienst) sowie für Treibstoffverbrauch

+4,0 Minderaufwand für den baulichen Staatsstrassenunterhalt infolge Projektverzögerungen

Investitionsrechnung

Ausgaben:

+22,8 Geringere Investitionen im Strassenbau sowie in den Bau von Staatsstrassen-Werkhöfen infolge von Projekt- und Bauverzögerungen. Dies vor allem aufgrund von Einsprachen und Rekursen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken.

Einnahmen:

+7,3 Einmalige nicht geplante Bundesbeiträge für Staatsstrassenprojekte

Personal

Überschneidende Anstellungen bei Pensionierungen führten zu einer leichten Budgetüberschreitung von 2,3 Stellen oder 0,5%.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 387 997	-167 170	0	1 220 827	-167 170

Auflösung von Rücklagen 2012

- Fr. 167 170 für verschiedene Ausgaben für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hauptereignisse

Broschüre «Energieerzeugung im Kanton Zürich»

Letztmals hat das AWEL 2006 das Angebot erneuerbarer Energien im Kanton Zürich umfassend erhoben. Die nun vorliegende Untersuchung legte grösseres Gewicht auf den Ausbaupfad (2010–2020–2035–2050) und das jahreszeitliche Angebot. Die Zahlen zeigen, dass der voraussichtliche Wärmebedarf ab 2050 mit lokalen Quellen gedeckt werden könnte. Beim Strom und vor allem beim Treibstoff sind die kantonalen Erzeugungsmöglichkeiten wesentlich geringer als der künftig erwartete Verbrauch.

Feldüberwachung Motorfahrzeuge

Die 600 000 Motorfahrzeuge sind nach wie vor die wichtigsten Verursacher von Luftschadstoffen. Aufgrund der grossen Anzahl ist es wichtig, dass die Abgasvorschriften auch im Alltagsbetrieb möglichst lückenlos erfüllt werden. Zur Überprüfung werden im Kanton Zürich geeignete Stichprobenmessungen (z. B. Tunnelmessungen) vorgenommen. Der Messbericht des Berichtsjahres zeigte auf, dass die Emissionen langsam, aber stetig weiter abnehmen.

Verbesserte Wasserqualität unserer Fliessgewässer

Der im Berichtsjahr erarbeitete umfassende Bericht über die Zürcher Gewässer belegt, dass die Wasserqualität der Fliessgewässer in den letzten Jahren deutlich verbessert werden konnte. Insbesondere die Nährstoffbelastung konnte vermindert werden. Viele Fliessgewässer stellen aber weiterhin keine funktionsfähigen Lebensräume für Tiere und Pflanzen dar. Einerseits können die in zunehmendem Masse nachgewiesenen Mikroverunreinigungen bereits in sehr tiefen Konzentrationen eine Gefährdung für die Organismen im Wasser darstellen. Andererseits wurden viele Gewässer auch stark verbaut und begradigt, sodass ihnen nicht mehr genug Raum zur Verfügung steht, um ihre Hochwasserschutz- und ökologischen Funktionen erfüllen zu können.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Hochwasserschutz verbessern
A2	Die Risiken für Bevölkerung und Umwelt durch chemische und biologische Störfälle minimieren
A3	Die Bevölkerung wird durch Luftverschmutzung und Elektromog nicht übermässig belastet.
A4	Sanierung von Altlasten vorantreiben
A5	Anteil der verwertbaren und endlagerfähigen Abfälle erhöhen, Einsatz von Recyclingmaterialien fördern
A6	Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien
A7	Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe senken
A8	Kostengünstige, sichere, ausreichende und benutzeroptimierte Energieversorgung
A9	Qualitative und quantitative Anforderungen an ober- und unterirdische Gewässer werden erfüllt.
A10	Renaturierung von Gewässern fördern
A11	Kostengünstige, sichere, ausreichende und benutzeroptimierte Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
A12	Schonung von Bodenressourcen durch Flächenrecycling
A13	Kompetente Beurteilung von Gesuchen und Anfragen, kundenorientierte Abwicklung

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anteil Wasserproben aus Fließgewässern, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen (Ziel 2020 = 90%) [in %] (A9)	min.	74	77	77	0
W2	Anteil Grundwasserproben, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen (Ziel 2020 = 90%) [in %] (A9)	min.	74	85	76	-9
W3	Anteil der Bevölkerung mit aktuellem generellen Entwässerungsplan (GEP) [in %] (A11)	min.	93	91	93	2
W4	Anteil der Bevölkerung mit aktuellem generellen Wasserversorgungsprojekt (GWP) [in %] (A11)	min.	92	95	85	-10
W5	Anteil Trinkwasser (ohne Seewasser) aus Grund- und Quellwasserfassung mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020 = 100%) [in %] (A11)	min.	98	97	98	1
W6	Aufwertung nicht natürlicher Fluss-, Bachabschnitte und Seeufer [km/J] (A10)	min.	3,5	5	9,2	4,2
W7	Anteil der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung [in %] (A1, E2)	min.	70	88	80	-8
W8	Jährlicher Zuwachs an Minergieflächen (Ist 31. Dezember 2008 = 3,74 Mio. m ²) [in m ²] (A7)	min.	1 032 393	200 000	1 233 344	1 033 344
W9	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Energieplanung (EP) [in %] (A8)	min.	67	66	68	2
W10	Erfüllungsgrad der Anforderungen an luftschadstoffemittierende Anlagen [in %] (A3)	min.	82	85	85	0
W11	Erfüllungsgrad der Anforderungen an Strahlung emittierende Funkanlagen [in %] (A3)	min.	100	96	100	4
W12	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂ [in %] (A3)	max.	17	6	13	7
W13	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich PM ₁₀ [in %] (A3)	max.	12	8	2	-6

Leistungen

L1	Überprüfte Verdachtsflächen Altlasten aufsummiert (Ziel 13 000) (A4, A12)	min.	13 715	13 000	-	-
L2	Anzahl genehmigte GEP (A11)	P	4	1	0	-1
L3	Anzahl genehmigte GWP (A11)	P	5	7	7	0
L4	Anzahl genehmigte Grundwasserschutzzonen (A11)	P	27	15	21	6
L5	Produktive Stunden Gewässerunterhalt [in h] (A1, A10)	min.	61 792	89 500	70 995	-18 505
L6	Ausgeführte Hochwasserschutzprojekte [Anzahl pro Jahr] (A1)	min.	2	2	1	-1
L7	Anzahl neue Minergie-Labels jährlich (A7)	P	786	400	814	414
L8	Anzahl genehmigte EP (A8)	P	2	3	4	1
L9	Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei B-Schadensfällen (A2)	P	8	10	6	-4
L10	Anzahl Einsätze des AWEL-Piketts bei C-Schadensfällen (A2)	P	226	180	207	27
L11	BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen [in %] (A13)	min.	91	95	91	-4

Wirtschaftlichkeit

B1	Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie [kWh/Fr.] (A6)	min.	-	200	108	-92
B2	Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro Einwohner/in (Durchschnitt der Kantone 2002 = 4.93 Fr./EW) (A6)	min.	9.17	4.90	6.29	1.39
B3	Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung («OSTLUFT») in Fr./Einw. und Jahr; Basis 2000 = Fr. 1.40 (A3)	max.	0.98	0.99	0.85	-0.14

Abweichungsbegründungen

W2	In landwirtschaftlich intensiver genutzten Gebieten wird die Anforderung der Gewässerschutzverordnung bezüglich Nitratgehalt im Grundwasser häufig nicht eingehalten.
W4	Die generellen Wasserversorgungsprojekte (GWP) von einigen grösseren Gemeinden (z. B. Dietikon, Wädenswil, Thalwil) sind letztes Jahr älter als 15 Jahre geworden und damit nicht mehr aktuell. Die Überarbeitungen der GWP sind in Arbeit.
W6	Auf Gemeindeebene wie auch als Ersatzmassnahmen für den Autobahnbau im Kanton Zürich (Weinland und Umfahrung Zürich West) konnten mehr Projekte umgesetzt werden als prognostiziert.
W7	Die Differenz beruht auf einer geringen zeitlichen Verzögerung der Kartierungen.
W8 / L7	Die hohe Bautätigkeit und der gute Ruf von Minergie ergeben den nach wie vor ungebrochenen grossen Zuwachs an Minergieflächen im Kanton Zürich.
W12	Die budgetierten Werte basieren auf Modellrechnungen, die rückblickend allgemein zu tiefe Werte lieferten.
W13	Die Messwerte sind 2012 witterungsbedingt tiefer als die budgetierten Werte der Modellrechnungen.
L1	Das Projekt zur Erstellung des Katasters der belasteten Standorte (KbS) wurde im September 2011 abgeschlossen.
L5	Längere Abwesenheiten durch Krankheit haben die produktiven Stunden gesenkt. Zudem werden die Führungsaufwände nicht mehr als produktive Stunden erfasst.
L6	Das Grossprojekt Hochwasserschutz Zürich bindet sehr viele Personalressourcen, weshalb für 2012 nur ein Hochwasserschutzprojekt (Hochwasserschutzmassnahmen Affoltern a. A.) abgeschlossen werden konnte.
L11	Trotz anhaltend hohen Gesuchseingängen erfolgten die Fristeneinhaltungen auf hohem Niveau.
B1	Die neue Wirkungsberechnung des Bundes ergibt tiefere Werte. Es erfolgte eine Verschiebung zu Projekten mit kleineren Wirkungsfaktoren.
B2	Das Budget 2012 basierte auf dem Durchschnittswert aller Kantone im Jahr 2002. Der Ist-Wert im Kanton Zürich war höher, weshalb eine Anpassung des neuen Budgetwertes (ab 2014) notwendig ist.

Entwicklungsschwerpunkte			
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis	
E1	Hochwassermanagement Zürichsee-Sihl-Limmat: Planungen abgeschlossen / Schwemmholzrechen im Bau Planmässig Der Entscheid für die vertiefte Weiterbearbeitung zweier Konzeptvarianten ist erfolgt. Das Auflagenprojekt Schwemmholzrechen ist in Bearbeitung.	-	2014
E2	Die Naturgefahrenkarten sind zu 90% erstellt. Planmässig Die Gefahrenkarten sind zu 80% erstellt.	-	2015
E3	Eine Auslegeordnung zum Umgang mit Strahlungsrisiken erstellen Planmässig Eine Übersicht über die Strahlungsarten ist erstellt, ihre Risikobeurteilung ist in Arbeit.	10f	2014
E4	Die Revitalisierung der Fließgewässer planen und vorantreiben Planmässig Die Planung kann gemäss den Vorgaben des Bundes bis Ende 2013 eingereicht werden.	10a	2015
E5	Die wesentlichen Elemente des kantonalen Trinkwasserverbundes sind festgelegt. Planmässig Der Bericht liegt im Entwurf vor.	-	2013
E6	Zur Vermeidung von Mikroverunreinigungen der Gewässer die nachzurüstenden kommunalen Abwasserreinigungsanlagen bestimmen Planmässig Die Strategie für den Kanton Zürich ist erarbeitet. Allenfalls sind Anpassungen an das endgültige Bundesrecht notwendig.	10b	2015
E7	Klärschlamm Entsorgung Kanton Zürich: Zentrale Anlage mit Sicherung des Phosphors für die zukünftige Verwertung Planmässig Die Arbeiten zur Entsorgung des Klärschlammes in der neuen Klärschlammverwertungsanlage (KSV) im Werdhölzli laufen planmässig.	-	2015
E8	Die Voruntersuchungen im Altlastenprogramm sind zu 80% abgeschlossen. Planmässig	-	2015
E9	Zur Verminderung der Konzentration an Luftschadstoffen den Massnahmenplan Luftreinhaltung 2014 festlegen Planmässig Die Erfolgskontrolle zum Massnahmenplan Luft 2008 und eine Standortbestimmung liegen vor. Die Evaluation von geeigneten Massnahmen für eine zusätzliche Verminderung der Luftschadstoffe ist in Arbeit.	10c	2014
E10	Neuordnung des kantonalen Wasserrechts Planmässig Im Berichtsjahr wurde baudirektionsintern ein Vorentwurf verfasst, der 2013 in die Vernehmlassung gehen wird und Ende 2013 dem Kantonsrat überwiesen werden soll.	-	2013
E11	Die Methode zur Sicherung des Gewässerraumes festlegen und die Umsetzung starten (Abschluss 2018) Planmässig Ein Pilotprojekt mit vier Gemeinden ist in Bearbeitung und wird bis Ende 2013 abgeschlossen sein.	8f	2015

E12	Drei kantonale Grundwasserschutzareale festlegen Planmässig Die Festsetzungsverfahren für die beiden Grundwasserschutzareale Weiach und Schlieren sind im Gang	8f	2015
E13	Die Netzgebiete innerhalb des Kantons Zürich zuteilen Verzögert Die Arbeiten sind abgeschlossen, der Zuteilungsbeschluss ist noch ausstehend.	11b	2012
E14	Die Strategie Energieversorgung 2025 erstellen Planmässig Die Strategie wird Bestandteil des Energieplanungsberichtes (siehe E 19).	11a	2013
E15	Leistungsaufträge an Stromversorger im Kanton zur Verbesserung der Energieeffizienz erteilen Planmässig Die Arbeiten sind abgeschlossen, die Auftragserteilung an die Stromversorger kann nach erfolgter Netzgebietszuteilung vorgenommen werden (siehe E13).	11c	2013
E16	Zürcher Stromversorgung im liberalisierten Markt klären Planmässig Die Entscheide auf Bundesebene (2. Schritt Marktöffnung gemäss StromVG, Stromabkommen mit EU) sind noch ausstehend.	11b	2015
E17	Sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ist eingeleitet. Planmässig Die 2. Etappe Sachplan geologische Tiefenlager wird aktiv begleitet.	-	2015
E18	Umfassenden Rahmenkredit zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beantragen Planmässig Ein Rahmenkredit für Pilotprojekte wurde erarbeitet, der Rahmenkredit 2014–2017 für die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz wird 2013 erarbeitet.	11c	2013
E19	Energieplanungsbericht 2012 erstellen Verzögert Die Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 des Bundes wurde Ende September des Berichtsjahres eröffnet. Die Vorlage des Bundesrates wird Mitte 2013 erwartet. Der Energieplanungsbericht erfolgt im Frühling 2013.	11a	2012

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	26,0	24,7	24,7	0,1
Aufwand	–127,3	–122,8	–121,9	1,0
Abschreibungen und Zinsen	–65,8	–57,9	–61,0	–3,1
Saldo	–101,3	–98,2	–97,2	1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	28,7	14,4	37,5	23,1
Ausgaben	–46,1	–39,9	–49,4	–9,6
Saldo	–17,5	–25,4	–11,9	13,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	233,5	230,8	230,9	0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1,4 Höherer Ertrag bei den Entgelten (Gebühren, Konzessionen, Dienstleistungen und Rückerstattungen). So wurden mehr Gesuche für Minergie-Labels eingereicht und bearbeitet als budgetiert (siehe auch Indikatoren). Für die Nutzung von Oberflächengewässern wurden höhere Konzessionserträge vereinnahmt als budgetiert.
- 0,2 Minderertrag bei den Mietzinsen (Tankraumvermietung), da die Beteiligung an der Tankanlage Rümlang im Januar des Berichtsjahres verkauft wurde.
- 1,0 Geringere Bundesbeiträge entsprechend dem Projektfortschritt (siehe Abweichungsbegründung Aufwand)
- 0,1 Übrige Abweichungen

Aufwand:

- +0,4 Tieferer Personalaufwand als budgetiert v.a. bei den Arbeitgeberanteilen von Überbrückungszuschüssen BVK
- +0,4 Minderaufwand bei den Benützungskosten von Anlagen, da im Januar des Berichtsjahres die Beteiligung an der Tankanlage Rümlang verkauft wurde
- +1,9 Geringerer Sachaufwand bei der Abteilung Wasserbau u.a. infolge von Projektverzögerungen wie z.B. beim Projekt Aufwertung Chriesbach in Dübendorf (siehe auch Abweichungsbegründung Ertrag)
- +0,3 Abnahme des Delkredere aufgrund der Neubeurteilung des Bestands an offenen Posten Debitoren
- +0,3 Verschiedene Abweichungen beim Sachaufwand
- 5,4 Sonderabschreibungen bei den Investitionsbeiträgen infolge von Bereinigungen: Abschreibungen von stillgelegten Abwasserreinigungsanlagen, Berichtigung bei den Abfallanlagen (Kompostier- und Vergärungsanlagen, Abfallsammelstellen, Anlagen in KVAs sowie diverse Anlagen)

- +2,3 Geringere planmässige Abschreibungen und Zinsen aufgrund von geringeren Investitionen
- +0,8 Minderaufwand bei den Beiträgen an Gemeinden, Private usw. entsprechend den eingegangenen Gesuchen und den damit verbundenen Ausrichtungen

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +2,7 Nichtbudgetierter Übertrag von Grundstücken ins Finanzvermögen
- 5,7 Geringere Beiträge vom Bund und weiteren Dritten sowie Rückerstattungen als budgetiert infolge der geringeren Wasserbauinvestitionen
- +27,6 Die Regionale Bearbeitungsstelle (RBS) richtet im Auftrag verschiedener Kantone Beiträge an Gebäudehüllen im Rahmen des nationalen Förderprogramms (Gebäudeprogramm) aus und vereinnahmt dafür direkt die entsprechenden Bundesbeiträge. Diese Beiträge sind nun ebenfalls in den Rechnungen der einzelnen Kantone auszuweisen und somit als durchlaufende Beiträge in der Investitionsrechnung zu buchen.
- 1,5 Geringere durchlaufende Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie verschiedene Abweichungen bei den durchlaufenden Beiträgen

Ausgaben:

- 27,6 Die Regionale Bearbeitungsstelle (RBS) richtet im Auftrag verschiedener Kantone Beiträge an Gebäudehüllen im Rahmen des nationalen Förderprogramms (Gebäudeprogramm) aus und vereinnahmt dafür direkt die entsprechenden Bundesbeiträge. Diese Beiträge sind nun ebenfalls in den Rechnungen der einzelnen Kantone auszuweisen und somit als durchlaufende Beiträge in der Investitionsrechnung zu buchen. Eine bewilligte Kreditüberschreitung liegt vor.
- +1,5 Geringere durchlaufende Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie verschiedene Abweichungen bei den durchlaufenden Beiträgen
- +0,7 Geringere Investitionsbeiträge
- +15,8 Minderausgaben bei den Sachanlagen (einschliesslich den Investitionen auf Rechnung für Dritte), v. a. für Wasserbauinvestitionen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	768 507	-71 382	0	697 124	-71 382

Auflösung von Rücklagen 2012

- Fr. 71 382 für Anlässe und Gesundheitsvorsorge

8510 Altlasten

Hauptereignisse

Altlastenprogramm des Kantons Zürich

Die Voruntersuchungen im Altlastenprogramm sind zu 50% abgeschlossen.

Sondermülldeponie Kölliken

Seit März 2011 laufen die Arbeiten im Rahmen der Rückbautetappe 2. Der Abschluss der Arbeiten ist 2016 vorgesehen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung steht vor dem Abschluss (geplant 2016). Planmässig Die Sanierungsarbeiten laufen. Die Vorgaben an die Rückbautetappe 2 haben sich bis heute bewährt.	-	2015
----	--	---	------

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
Ertrag		2,4	0,4	5,4	5,0
Aufwand		-3,0	-1,7	-6,3	-4,6
Kreditübertragungen aus 2011			-0,2		
Saldo		-0,6	-1,3	-0,9	0,4
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte					

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +5,3 Höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds an Gemeinden und Private für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten
- +0,1 Nichtbudgetierte Rückzahlungen von Realleistungen auf der Grundlage von Kostenverteilungsabrechnungen
- 0,5 Gegenüber Budget geringere Bundesbeiträge an Ausfallkosten (siehe auch Aufwand)

Aufwand:

- 5,3 Höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds an Gemeinden und Private für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten
- +0,8 Geringere unvorhergesehene Ausfallkosten sowie Rückerstattungen von Untersuchungskosten bei nicht belasteten Standorten

8700 Immobilienamt

Hauptereignisse

Überprüfung Immobilienmanagement

Im Rahmen der Überprüfung des kantonalen Immobilienmanagements war das Immobilienamt das ganze Jahr über aktiv und arbeitete verschiedene Lösungsvarianten zuhanden des Regierungsrates aus. Dieser beauftragte im Oktober des Berichtsjahres die Baudirektion, die Bildungsdirektion, die Finanzdirektion und die Gesundheitsdirektion mit vertieften Abklärungen. Die Ergebnisse daraus sollen dem Regierungsrat als Entscheidungsgrundlage für die künftige Ausrichtung des kantonalen Immobilienmanagements dienen.

Teilportfoliostrategien

Alle Liegenschaften im Verwaltungs- und allgemeinen Finanzvermögen sollen schrittweise im Rahmen von Teilportfoliostrategien untersucht werden. Grundlage der Untersuchungen sind vorhandene übergeordnete Strategien wie die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich, die Bauland- und Flächenstrategie sowie weitere Überlegungen und Bedürfnisse der verschiedenen Nutzer. Im Berichtsjahr wurden zwei Teilportfoliostrategien bearbeitet und abgeschlossen:

Teilportfoliostrategie «Bildungsmeile»

Die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) wird 2014 im neuen Campus auf dem Toni-Areal zusammengezogen. Dadurch wird ein Grossteil der heute zwischen Hauptbahnhof und Limmatplatz gelegenen Flächen der ZHdK frei. Die Teilportfoliostrategie «Bildungsmeile» analysiert die bestehenden Objekte der betroffenen Liegenschaften und lotet Möglichkeiten einer zukünftigen Belegung durch die Berufsfachschulen und Entwicklung der Liegenschaften anhand unterschiedlicher Varianten aus. Mit der empfohlenen Variante wird angestrebt, dass die betrachteten Berufsfachschulen räumlich gezielt konzentriert und sämtliche Aussenstandorte der betroffenen Schulen auf den Perimeter «Bildungsmeile» verlagert werden.

Teilportfoliostrategie der kantonalen Werkhöfe

Innerhalb der Baudirektion verfügen das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL), das Amt für Landschaft und Natur (ALN) und das Tiefbauamt (TBA) über Werkhöfe, um ihren Aufträgen nachzukommen. Da es bisher keine Zusammenstellung der Ziele und Vorhaben im Zusammenhang mit den 26 kantonalen Werkhöfen gab, wurde auf Wunsch der Baudirektion ein strategischer Überblick ausgearbeitet.

Gesamtsicht Hochbauinvestitionen 2030

Dem Kanton Zürich stehen jährlich rund 170 bis 220 Mio. Franken für Hochbauinvestitionen zur Verfügung. Diese Mittel dienen rund zur Hälfte der Unterhaltung des Liegenschaftenbestandes und die restlichen 50% werden für Neu- bzw. Umbauten investiert. Der Planungshorizont der Direktionen und deren Nutzer geht jedoch teilweise nur bis ungefähr 2020. Um den darüber hinausgehenden Investitionsbedarf bis 2030 und mögliche Finanzierungen zu ermitteln, wurde eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen mit dem Ziel, sämtliche Hochbauinvestitionen bis 2030 mit heutigem Stand zu prognostizieren.

Bewirtschaftung Ausbau Telematikanlage

Der Justizvollzug erteilte der Telematik im Immobilienamt einen Auftrag zur gestaffelten Ablösung von elf Haustelesonanlagen der Bezirksgefängnisse mit rund 1000 Anschlüssen. Dabei ist eine Gesprächsver-schlüsselung sicherzustellen. Bereits konnten vier Anlagen mit 300 Teilnehmern in die zentrale Teilneh-mervermittlungsanlage überführt werden. Zudem wurden verschiedene Aussenstellen der Verwaltung mit 350 Anschlüssen integriert. Die Vorteile einer zentralen Kommunikationslösung liegen nicht nur in günstigeren Installationskosten, sondern es ergeben sich durch die kostenlosen internen Gespräche und den Entfall von kostenpflichtigen Amtsanschlüssen auch günstigere Betriebskosten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümervertretung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
A2	Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
A3	Die Abteilung Landerwerb erwirbt und veräussert Grundstücke entsprechend den kantonalen Bedürfnissen. Sie bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtsstellen in juristischen Fragen.
A4	Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung [in %] (A2) Erhebung alle zwei Jahre	min.	83,2	-	-	
W2	Baulicher Zustandswert (das Verhältnis zwischen Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios [Verwaltungsbauten] wieder.) (A1, A3)	P	0,81	0,85	0,77	-0,08
Leistungen						
L1	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (A1)	P	566	490	687	197
Wirtschaftlichkeit						
B1	Werterhaltungsindex [in %] (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau) (A1)	min.	71	53	72	19
B2	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung [in m ²] (A2)	P	17,0	17,0	17,9	0,9
B3	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung [in m ²] (A2)	P	14,5	14,5	17,2	2,7
B4	Abweichung Betriebskosten pro m ² Geschossfläche zum Markt [in %] (A2)	max.	35,3	-5	39,5	44,5

Abweichungsbegründungen

- | | |
|----|---|
| L1 | Ab 2011 wurden die Mietverträge der BVK (70) dazugezählt. Im Berichtsjahr kamen noch die Mietverträge des Amts für Jugend- und Berufsberatung (AJB) (88) dazu und die Verträge der PHZH (25) wurden nicht wie geplant aufgegeben. |
| B1 | Der Werterhaltungsindex steigt an, da im Berichtsjahr im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen mehr in die Instandhaltung investiert wurde. |
| B2 | Die noch zu hohen Flächenstandardwerte in der engeren Zentralverwaltung rühren von der Belegung im Kaspar-Escher-Haus her. Dort sind Veränderungen teilweise erst geplant. Zudem gestaltet sich die Belegungsoptimierung in einem Haus mit fünf vertretenen Direktionen sehr schwierig. |
| B3 | In den Liegenschaften ausserhalb der engeren Zentralverwaltung ist eine Reduktion der Flächen meist erst umsetzbar, wenn ganze Teilmieten aufgegeben oder zusammengelegt werden können. |
| B4 | Der ausserordentliche Nachholbedarf an Instandhaltungsmassnahmen in den Gebäuden der engeren Zentralverwaltung verursachte auch im Berichtsjahr eine entsprechend hohe Abweichung zur Marktanalyse. |

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR bis
E1	<p>Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen</p> <p>Planmässig</p> <p>Bei Neubauten im Eigentum wird der Minergie-Standard umgesetzt. Für Umbauten und Erneuerungsvorhaben wird fallweise entschieden, ob der Minergie-Standard umgesetzt werden kann und zweckmässig ist. Die Arbeitsgruppe «BD-Schwerpunkt nachhaltiges Bauen» entwickelt im Auftrag der Geschäftsleitung der Baudirektion die Grundlagen für einen Standard «Nachhaltiges Bauen», der für alle Direktionen gelten soll.</p>	- 2014
E2	<p>Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (Grundstrategie und Teilstrategien) entwickeln und umsetzen</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Teilportfoliostrategie der Werkhöfe der Baudirektion sowie die Teilportfoliostrategie der «Bildungsmeile» des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Strategie für das Teilportfolio der Liegenschaften im Finanzvermögen steht vor dem Abschluss. Die Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich kommt in Ansätzen zur Anwendung, ist jedoch bislang nicht offiziell verabschiedet.</p>	- 2013
E3	<p>Überprüfung des Immobilienmanagements des Kantons</p> <p>Verzögert</p> <p>Der Regierungsrat hat die Projektaufsicht beauftragt, das Projekt neu zu strukturieren. Diese hat das Projekt in die Teilprojekte 1a «Steuerung der Immobilien USZ», 1b «Steuerung der Immobilien UZH», 2 «Optimierung der finanziellen Steuerung» sowie 3 «Verbesserung Prozesse/Zusammenarbeit» aufgeteilt und die Teilprojekte jeweils einer Direktion zugeteilt. Die bisherige Projektorganisation wurde aufgelöst, die Direktionen rapportieren direkt dem Regierungsrat. Erste Ergebnisse sind Ende Januar 2013 zu erwarten (Konzept Teilprojekt 1a und 1b).</p>	15h 2012
E4	<p>Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau</p> <p>Planmässig</p> <p>Nachdem der Kantonsrat mit Vorlage 4881 den Umbaumassnahmen für den Bereich der Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau (SMR) zugestimmt hat, konnte Anfang November mit dem Rückbau planmässig begonnen werden. Die Umbauten im Gebäudeinneren werden Anfang 2013 beginnen und der Abschluss der Arbeiten sollte im ersten Quartal 2014 erfolgen, sodass die SMR den Betrieb vereinbarungsgemäss im Frühling 2014 aufnehmen können. Für die zweite Etappe (Hauswirtschaft und Gastronomie) liegt das Bauprojekt vor und der Objektkredit sollte dem Kantonsrat noch im ersten Halbjahr 2013 vorgelegt werden können.</p>	- 2013
E5	<p>Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie</p> <p>Verzichtet</p> <p>Die Massnahmen für die Instandsetzung und -haltung werden im Rahmen des Standardprozesses festgelegt. Ein eigenes Programm steht dem Ablauf nach Standardprozess entgegen, die Massnahmen werden jeweils in der laufenden Planung berücksichtigt (siehe auch Geschäftsbericht 2011).</p>	- 2012

E6	Einführung eines Immobilienmanagementsystems Verzögert	Die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts hängt direkt vom Teilprojekt 2 «Optimierung der finanziellen Steuerung» im Rahmen der Überprüfung des Immobilienmanagements ab und kann erst nach dessen Abschluss umgesetzt werden (siehe E3).	15h	2012
E7	Substanzerhalt der kantonalen Immobilien Verzögert	Der Zustandswert des Liegenschaftenbestandes liegt auf Ende des Berichtsjahres bei rund 0,77 (Zeitwert im Verhältnis zum Neuwert, Neuwert = 1). Ein guter Zustandswert liegt bei 0,85 (Zielgrösse W2). Unter der Voraussetzung, dass der Investitionsanteil für werterhaltende Massnahmen 50% der Gesamtinvestitionen beträgt, wie dies in der Immobilienverordnung festgelegt ist, kann der Zielwert von 0,85 erst innert etwa acht Jahren erreicht werden. Weitere Angaben sind dem Funktionsbereich Immobilien zu entnehmen.	16b	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	52,8	53,8	57,7	3,9
Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	36,0	38,2	38,1	-0,2
Aufwand	-77,4	-84,8	-81,7	3,1
Abschreibungen und Zinsen	-34,7	-36,0	-35,2	0,9
Kreditübertragungen aus 2011		-0,8		
Saldo	-24,6	-31,0	-24,0	7,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,5			
Ausgaben	-18,9	-140,2	-19,4	120,8
Saldo	-18,4	-140,2	-19,4	120,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	110,6	114,8	112,2	-2,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1,5 Höhere externe Mieterträge aufgrund neuer Mietverträge
- +1,3 Nachaktivierung der Zivilschutzanlage Rheinau als Kulturgüterschutzbunker
- +0,5 Ertrag für Dienstleistungen für das Projekt Strategische Entwicklungsplanung universitäre Medizin (SEP)

Aufwand:

- +1,6 Weniger Planungsgelder und Vorprojektkosten, v.a. infolge Verzögerung des Projekts Überprüfung Immobilienmanagement
- +0,9 Geringere Kapitalfolgekosten, v.a. infolge Verschiebung des Projekts Polizei- und Justizzentrum (PJZ)
- +0,8 Weniger Personalaufwand
- +0,5 Weniger Versorgungskosten
- +0,3 Weniger Informatikkosten
- 0,7 Höhere Reinigungskosten durch Mehrflächen

Investitionsrechnung

- +110,0 Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ): Landkauf ins Folgejahr verschoben; weniger Projektierungskosten
- +3,9 Sanierung Rechberg, Hauptgebäude und Garten: Projektverzögerung
- +2,0 Sicherheitskonzept engere Zentralverwaltung: Inbetriebnahme und Aktivierung bereits im Vorjahr
- +1,8 Neunutzung Klosterinsel Rheinau: Projekt leicht verzögert
- +1,0 Bezirksverwaltung Affoltern, Umbau Gefängnis: Projekt sistiert
- +0,8 Kaspar-Escher-Haus, Umnutzung Polizeiposten: Projekt sistiert

Personal

- 1,2 Abbau Reinigungspersonal
- 1,0 Vakanz Stelle Projektentwickler
- 0,4 Verschiedene vorübergehende Vakanzen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	308 500	-32 113	0	276 387	-32 113

Auflösung von Rücklagen 2012

- Fr. 32 113 für Personalanlässe und Früchte

8710 Liegenschaftenerfolg

Hauptereignisse

In der Leistungsgruppe Nr. 8710, Liegenschaftenerfolg, werden die Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen und die Fluglärmliegenschaften verwaltet.

Stand der Teilportfoliostrategie allgemeines Finanzvermögen

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Liegenschaften des allgemeinen Finanzvermögens besichtigt und Objektdatenblätter erstellt sowie Objektratings, Zustandsuntersuchungen und Einzelbewertungen vorgenommen. Diese bilden die Grundlage für die Erarbeitung der Teilportfoliostrategie allgemeines Finanzvermögen, die im zweiten Quartal 2013 in bereinigter Form vorliegen soll. Sie legt die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung, Bewirtschaftung und Verwertung sämtlicher Liegenschaften, Grundstücke und Baurechte im allgemeinen Finanzvermögen fest.

Gebäudemanagement

Das durchmischte Immobilienportfolio mit seinem überdurchschnittlich hohen Anteil an Altbauten – rund 75% des gesamten Gebäudeparks wurden vor 1940 erstellt – verlangt einen sensiblen Umgang mit der Bausubstanz, die zu einem grossen Teil unter Schutz steht. Im Berichtsjahr wurden dringende Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen ausgelöst. Ausserdem wurden verschiedene bauliche Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben. Weitere liegen bereits vor und dienen als Grundlage für verschiedene Instandhaltungs- und Instandsetzungsprojekte in den folgenden Jahren.

Als umfangreiche und abgeschlossene Vorhaben sind der Umbau in der Liegenschaft Trollstrasse 34a in Winterthur und die 1. Phase der Sanierung der historischen Klostermauern in Rheinau (Festland) besonders zu erwähnen. Umfassende bauliche Eingriffe werden gegenwärtig mit der Sanierung der Karl-Stauffner-Strasse 26 in Zürich und den feuerpolizeilichen Massnahmen an der Ober Halden 9 in Egg ausgeführt. Eine Vielzahl von weiteren kleineren Unterhaltsprojekten runden die Massnahmen im technischen Gebäudemanagement ab.

In der Gemeinde Rheinau konnten im Berichtsjahr verschiedene Entflechtungsmassnahmen von Liegenschaften und Infrastrukturanlagen des ehemaligen Psychiatriezentrums Rheinau in Angriff genommen werden. So konnten die Vorbereitungsarbeiten für die Übertragung der Wasser- und Abwasser Versorgung an die Gemeinde Rheinau, wie z. B. Instandsetzungsmassnahmen und Zustandsuntersuchungen, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) vorangetrieben werden. Gleiches gilt für die Entflechtung der übrigen technischen Infrastrukturen wie Telefonie, Alarmübermittlungen usw. Das bestehende Stromverteilnetz konnte grösstenteils bereits im Berichtsjahr an die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) verkauft werden.

Im Berichtsjahr wurde intensiv an der Konzeption des Betriebs- und Nutzungskonzeptes im Schloss Laufen gearbeitet. Beruhend auf der betrieblichen Ausrichtung einerseits und der Dringlichkeit von Unterhaltsarbeiten andererseits, werden die Weichen für die weiteren baulichen Sanierungsetappen gestellt.

Leistungsgruppen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs
A2	Operative Liegenschaftsbewirtschaftung
A3	Strategisches Portfoliomanagement der Liegenschaften im Finanzvermögen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV [in %] (A3)	P	2,3	1,9	2,0	0,1
Leistungen						
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV [in Mio. Franken] (A1, A2)	P	524	531	706	175
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%) (A1)	P	2,9	2,9	2,9	0,0
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr beruht massgeblich auf einem höheren Bilanzwert aufgrund der Aufwertung im Rahmen der Neubewertung des allgemeinen Finanzvermögens sowie der Übernahme von leer stehenden Liegenschaften aus dem betrieblichen Verwaltungsvermögen.					
L1	Erhöhung des Bilanzwertes durch die Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens im Berichtsjahr sowie infolge externer Zukäufe sowie Übertragungen aus dem Verwaltungsvermögen.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt /
Stand und KommentarMassnahme
LZ RR bis

E1	Periodische Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen Abgeschlossen Die Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens wurde auf den Stichtag 31. Dezember durchgeführt. Somit wurde die Frist für eine Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens gemäss § 11 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) von vier Jahren eingehalten. Die Bewertung 2012 wurde gleichartig zur Erstbewertung 2008 unter Einhaltung der geltenden Rechnungslegungsvorschriften in Anlehnung an IPSAS 16 (International Public Sector Accounting Standards) durchgeführt.	-	2013
E2	Einführung eines Immobilienmanagementsystems Verzögert Die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts hängt direkt vom Teilprojekt 2 «Optimierung der finanziellen Steuerung» im Rahmen der Überprüfung des Immobilienmanagements ab und kann erst nach dessen Abschluss umgesetzt werden (siehe E3, Leistungsgruppe Nr. 8700).	15h	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	20,9	20,5	124,3	103,8
Mietzinsertrag	20,2	20,1	22,6	2,5
Aufwand	-22,4	-25,8	-87,2	-61,4
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-18,0	-18,2	-20,6	-2,4
Saldo	-1,5	-5,3	37,1	42,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,0	0,0
Ausgaben	0,0		0,0	0,0
Saldo	0,0		0,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +98,9 Marktwertanpassungen infolge Neubewertung der Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen
- +2,5 Buchgewinne aus Verkauf von Liegenschaften
- +2,5 Höhere Mietzinserträge aufgrund neuer Mietverträge sowie einer höheren Anzahl von Liegenschaften im Portfolio

Aufwand:

- 57,2 Wertberichtigungen infolge Neubewertung der Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen
- 2,4 Höhere kalkulatorische Zinsen infolge höheren Bilanzwerts des Liegenschaftenportfolios
- 2,0 Anpassung der Rückstellungen für latente Steuern auf Liegenschaften des Finanzvermögens
- 0,3 Höhere Ver- und Entsorgungskosten infolge höherer Anzahl von Liegenschaften
- +1,0 Geringerer baulicher Unterhalt für Liegenschaften des Finanzvermögens

8800 Amt für Landschaften und Natur

Hauptereignisse

Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich ist gestartet

Mit Beschluss vom 9. Januar hat der Kantonsrat einen Objektkredit von 5,3 Mio. Franken an das Ressourcenprojekt Ammoniak genehmigt. Im März des Berichtsjahres wurde das vom Bund mitfinanzierte Projekt zur Senkung der Stickstoffemissionen aus der Landwirtschaft gestartet. Bereits im ersten Jahr haben sich über 1000 Landwirtschaftsbetriebe für das umweltfreundlichere Ausbringen von Hofdünger mit Schleppschlauch angemeldet. Das erste Etappenziel des sechsjährigen Projekts wurde damit erreicht.

Sicherheitsholzerei an Kantonsstrassen: Vorgehen und Finanzierungsmodus sind eingeführt

Für die Sicherheitsholzerei in Wäldern entlang von Kantonsstrassen wurde zusammen mit dem Tiefbauamt das Vorgehen und der Finanzierungsmodus entwickelt und festgelegt (Auftrag aus dem Waldentwicklungsplan Kanton Zürich, WEP, Themenblatt S4). Die neue Praxis wird seit Herbst des Berichtsjahres erfolgreich und zur Zufriedenheit der betroffenen Waldeigentümer sowie des Strassenunterhalts umgesetzt.

Sanierungsarbeiten in den Fischzuchtanlagen Stäfa und Wangen sind abgeschlossen

Die Wasseraufbereitung und die elektronische Steuerung der Fischzuchtanlage Stäfa wurden nach 20 Jahren Betrieb ersetzt. In der Fischzuchtanlage Wangen wurde nach zwei Jahren intensiver Tests und Vorarbeiten ein weiterer Aufzuchtbereich einschliesslich Kühlanlage verwirklicht und in Betrieb genommen. Damit können die national bedrohten, im Zürichsee noch vorkommenden Seesaiblinge gezielt und fachgerecht gefördert werden.

Strickhof vernetzt die Aus- und Weiterbildung zwischen den Berufsfeldern weiter

Mit der Integration des früheren Berufsbildungszentrums Wädenswil auf den 1. Januar, dem Leistungsauftrag der Bildungsdirektion für die Kurse Hauswirtschaft an Mittelschulen sowie neuen Angeboten in der Aus- und Weiterbildung, entwickelte sich der Strickhof auftragsgemäss weiter zum Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Bildung und Dienstleistungen in der Land- und Ernährungswirtschaft. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit der Praxis, mit Berufsorganisationen sowie mit branchenverwandten Bildungsinstitutionen konnten in der Wissensgenerierung und -vermittlung Synergien genutzt und neue Themen vernetzt bearbeitet werden.

Massnahmenplan Bodenschutz wurde ausgearbeitet und veröffentlicht

Mit dem Massnahmenplan werden die grössten Defizite, die 25 Jahre nach der Gründung der Fachstelle Bodenschutz immer noch bestehen, angegangen. Ziele sind ein haushälterischer Umgang mit der Ressource Boden (einschliesslich Fruchtfolgeflächen) bzw. die Verminderung des Verlustes an natürlich gewachsenen Böden und die Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens. Dies soll u. a. durch die Verbesserung des Bodenschutzes auf Baustellen, die Minimierung der Bodenbelastungen bei der Bodenbewirtschaftung und Verbesserungen im Bereich der kantonalen Bodenüberwachung (KABO), insbesondere das Angehen der Waldbodenversauerung, erreicht werden.

Etappenenerfolge beim Schutz wertvoller Arten und Lebensräume

Mit dem Erlass der Schutzverordnung Turbenthal (Teil Feld) können die wertvollen Lebensräume im mittleren Tösstal langfristig wirksam geschützt werden. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung wurde die Erarbeitung der Schutzverordnung Uetliberg, Teil Nord, gestartet und die Schutzverordnung Bachtel weiterbearbeitet und öffentlich aufgelegt. Der Schutz der überkommunalen Objekte konnte im Rahmen der Erarbeitung von Vernetzungsprojekten in verschiedenen Gemeinden sichergestellt werden. Die Organisation der Betriebsphase für das Schutzgebiet Thurauen wurde gemeinsam mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft festgelegt sowie die Betreuung und Begleitung durch Ranger aufgebaut und gestartet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
A2	Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
A3	Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
A4	Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof [in %] (A1)	min.	60	-	-	-
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen [in %] (A1)	min.	-	85	-	-
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (Vgl. z. Zuwachs) [in %] (A2)	min.	102	100	89	-11
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (Vgl. z. Zuwachs) [in %] (A2)	min.	111	100	103	3
W5	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten (A3)	min.	1,57	1	1,56	0,56
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000 m ² Fläche [in %] (A4)	max.	14	10	12	2
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild (A3)	P	10 430	10 500	10 300	-200
Leistungen						
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung) (A1)	P	81 204	85 000	115 903	30 903
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung) (A1)	P	59 970	50 000	59 650	9 650
L3	Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume [in %] (A3)	P	82	86	83	-3
L4	Naturschutz: Anzahl Bewirtschafteter Naturschutzflächen (A3)	P	1 650	1 700	1 695	-5
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial [in %] (A4)	min.	77	80	77	-3
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen (A3)	P	10 554	10 000	10 456	456
L7	Wald: Anteil gepflegte Schutzwaldfläche [in %] (A2)	min.	11	7	13	6

Wirtschaftlichkeit

B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt (A1)	P	22	40	27	-13
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald [in %] (A2)	min.	48	45	51	6
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad [in %] (A3)	min.	66	63	37	-26

Abweichungsbegründungen

W1	Der Indikator wird alle vier Jahre erhoben (2015, 2019, 2023 usw.)
W2	Landwirtschaft: Im Berichtsjahr konnten keine Kontrollen von Meliorationswerken durchgeführt werden, da keine personellen Ressourcen zur Verfügung standen. Demzufolge konnte der Indikatorenwert nicht erhoben werden.
W3	Wald: Die schlechte Holzpreislage führte erwartungsgemäss zu einem tieferen Einschlag im Privatwald.
L1	Strickhof: Mit der Integration des Berufsschulzentrums Wädenswil und der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen stieg die Zahl der Schülertage nochmals an.
L2	Strickhof: Durch die gezielten Angebote im Bereich der Fachkurse und -veranstaltungen konnten die Kursteilnehmerstunden gegenüber dem Vorjahr gehalten werden.
L3	Naturschutz: Im Berichtsjahr konnte lediglich eine Schutzverordnung, Turbenthal Teilbereich Feld mit 34 ha, erlassen werden.
L7	Wald: Dank grösserer Pflegeleistung im Jahr 2011 erhöhte sich die Fläche des gepflegten Schutzwaldes um 26 ha auf 170 ha (= 13%).
B1	Landwirtschaft: Wie schon im Vorjahr blieb die Anzahl der kleinen Bauvorhaben hoch, was zu einem tiefen Aufwand pro Gesuch führte.
B2	Wald: Die Aktivierung des Energieholzlagers der Staatswaldbetriebe führte zu einem Mehrertrag von 0,5 Mio. Franken.
B3	Fischerei- und Jagdverwaltung: Die Bildung einer Rückstellung von 3,9 Mio. Franken für die Altlastensanierung der Jagdschiessanlagen im Kanton Zürich (RRB Nr. 97/2013) führte zu einem wesentlich höheren Aufwand.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Umsetzen und weiterentwickeln der Ergebnisse aus dem Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof» Abgeschlossen Mit der Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil (BZW) auf den 1. Januar des Berichtsjahres wurde der Strickhof zum Kompetenzzentrum für die Land- und Ernährungswirtschaft ausgebaut.	-	2012
E2	Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an Ausbildungsbedürfnisse und Tierschutzvorgaben Planmässig Das Projekt Agrovet-Strickhof kommt planmässig voran. Im Berichtsjahr wurde der Projektwettbewerb durchgeführt und das Siegerprojekt erkoren. Ein Umweltverträglichkeitsbericht für das Vorhaben ist in Bearbeitung.	-	2014
E3	Massnahmenpaket zur langfristigen Sicherung von 44 400 ha Fruchtfolgeflächen umsetzen Planmässig Die Umsetzung der im Merkblatt «Ressource Boden und Sachplan Fruchtfolgeflächen» verankerten Praxis erfolgt routinemässig und bewährt sich. Die Anpassungen an die Umsetzungsvorlage der Kulturlandinitiative erfolgt 2013.	8e	2015
E4	Die Umsetzung der Bundesagrarpolitik 2014–2017 ist vorbereitet und der Vollzug auf eine produzierende nachhaltige Landwirtschaft ausgerichtet. Planmässig Die Vorarbeiten für die Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge gemäss neuer Agrarpolitik des Bundes im Kanton Zürich sind gestartet.	-	2014

E5	Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen Planmässig Das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich zur Senkung der den Boden versauernden Stickstoffeinträge in die Luft wurde im Januar des Berichtsjahres vom Kantonsrat genehmigt und im März gestartet.	10e	2015
E6	Umsetzen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich Planmässig Im Berichtsjahr wurde die 2011 gestartete Umsetzung weitergeführt.	–	2015
E7	Langfristige und verbindliche Sicherung der Artenvielfalt und der wertvollsten Lebensräume gemäss aktualisiertem Vorgehenskonzept von 2011 Verzögert Dank der Schaffung einer projektbezogenen Stelle konnten die Arbeiten im Berichtsjahr forciert werden. Aufgrund der weiterhin knappen Personalressourcen konnten aber noch nicht alle Pendenzen erledigt werden. Der Entwicklungsschwerpunkt wird ab 2013 mit dem Entwicklungsschwerpunkt E8 zusammengeführt.	–	2015
E8	Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) gemäss Umsetzungsplan 2009–2015 (RRB Nr. 195/2010) Verzögert Aufgrund der knappen Personalressourcen verzögern sich insbesondere die Arbeiten zum Schutz der Artenvielfalt und der wertvollsten Lebensräume.	–	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	202,6	213,0	212,6	–0,4
Durchlaufende Bundesbeiträge	167,8	167,5	167,7	0,2
Aufwand	–260,0	–276,0	–275,5	0,5
Durchlaufende Bundesbeiträge	–167,8	–167,5	–167,7	–0,2
Kreditübertragungen aus 2011		–0,9		
Saldo	–57,3	–63,0	–62,9	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	4,2	2,5	1,5	–1,0
Durchlaufende Bundesbeiträge	2,5	2,3	1,4	–0,9
Ausgaben	–12,7	–14,5	–9,9	4,6
Durchlaufende Bundesbeiträge	–2,5	–2,3	–1,4	0,9
Kreditübertragungen aus 2011		–0,9		
Saldo	–8,6	–12,0	–8,4	3,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	281,7	321,8	316,7	–5,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +0,4 Höhere verschiedene Erträge (u. a. infolge Aktivierung der Energieholzlager der Staatswaldbetriebe)
- 0,9 Geringere Entgelte (u. a. Verkäufe, Kostgelder, Gebühren, Dienstleistungen)

Aufwand:

- +2,4 Geringere Staatsbeiträge (u. a. Ressourcenprojekt Ammoniak, Naturschutz- und Walderhaltungsmassnahmen)
- +0,5 Geringerer Kapitalaufwand (Abschreibungen und Zinsen)
- +0,4 Geringerer Aufwand bei den internen Verrechnungen
- 2,7 Höherer Sachaufwand u. a. infolge Rückstellungen Altlastensanierungskosten Jagdschiessanlagen im Kanton Zürich (RRB Nr. 97/2013)

Investitionsrechnung

- +3,7 Geringere Investitionsbeiträge für Meliorationen und für landwirtschaftliche Hochbauten
- +0,6 Geringere Ausgaben für Sachanlagen (Mobilien und Waldstrassen)
- 0,5 Zusätzliche Ausgaben Darlehen Neue Regionalpolitik

Personal

- 5,1 Verschiedene vakante Stellen konnten während längerer Zeit nicht besetzt werden (-3,1) und bei den Lehrpersonen fielen weniger Lektionen an, da die Klassen- und Schülerzahlen im Berichtsjahr unter den Erwartungen blieben (-2,0).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	733 473	-119 071	0	614 402	-119 701

Auflösung von Rücklagen 2012

- davon Fr. 102 651 für die Teamentwicklung
- davon Fr. 16 420 für die übrigen Personalkosten (Personalanlässe und Infrastruktur)

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Hauptereignisse

Im Naturschutz wurde mit den Mitteln des Fonds die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzeptes weiter vorangetrieben. Es wurden verschiedene Aufwertungsprojekte in den Bereichen Arten- und Biotopschutz umgesetzt wie die Förderung von lichten Wäldern, die Aufwertung von Kiesgrubenbiotopen oder die Wiederherstellung von Magerwiesen. Insbesondere wurden folgende Projekte umgesetzt: Aufwertung der nationalen Hochmoore Mettmenhaslisee, Niederhasli, und Oertliweid, Hirzel, Moorregeneration im Gebiet Lochacher in Greifensee und Schaffung einer Magerwiese auf einer ehemaligen Deponie im Gebiet Weiher in Wildberg. Besondere Artenschutzprojekte wurden u. a. für besonders gefährdete Vögel, Tagfalter, Amphibien und Pflanzen umgesetzt. Weiter richtete der Fonds für die Pflege von Naturschutzgebieten von überkommunaler Bedeutung und von Obstgärten Bewirtschaftungsbeiträge aus und es wurden zahlreiche Unterhalts- und Pflegemassnahmen zur Förderung der Biodiversität durchgeführt. Die Naturschutzzentren wurden finanziell unterstützt und in den grossen Schutzgebieten die Information und Aufsicht sichergestellt. Auch im Berichtsjahr konnten über den Natur- und Heimatschutzfonds wieder verschiedene für Aufwertungs- und Ersatzmassnahmen wichtige Grundstücke erworben werden.

Es fanden im ganzen Kantonsgebiet sehr viele verschiedene und kleinere archäologische Grabungen statt. Hervorzuheben sind die Untersuchungen im römischen Vicus von Vitudurum an der Römerstrasse in Oberwinterthur und der Beginn der Auswertungsarbeiten an den Pfahlbaufunden beim Parkhaus Opéra. Die archäologische Tauchequipe der Stadt Zürich hat sich im Auftrag des Kantons unter anderem mit baulichen Massnahmen zum Schutz einzelner Pfahlbaustationen beschäftigt.

In Unterstammheim wurde mit den Umbau- und Renovationsarbeiten des Girsbergerhauses, dem ältesten Fachwerkbau des Kantons, begonnen. Das Haus wird auf 1421 datiert. Für den Erhalt von Schutzobjekten wurden weitere Beiträge geleistet. Die Bauten sind im publizierten 20. Bericht der Denkmalpflege beschrieben.

Der Ortsbild- und Landschaftsschutz wurde mit Fondsbeiträgen an Mehrleistungen der Gemeinden für Pflege und Gestaltung von Schutzobjekten (z. B. in Bauma und Oberstammheim) und an die Signalisation der Fuss- und Wanderwege im Kanton unterstützt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2	Erwerb von Grundstücken (z. B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3	Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Leistungen						
L1	Anzahl Beiträgenempfänger Naturschutz (A1)	P	1 650	1 700	1 695	-5
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte (A1)	P	1	5	2	-3
L3	Anzahl archäologische Projekte (A1)	P	178	185	187	+2
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte (A1)	P	0	5	6	+1

Abweichungsbegründungen

L2	Der Indikator ist in erster Linie abhängig von exogenen Faktoren. Die Anzahl liegt unter dem Prognosewert, da im Geschäftsjahr weniger Beitragsgesuche gestellt wurden.				
----	---	--	--	--	--

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
Ertrag		30,4	29,0	30,7	1,6
Übertrag vom GS (8000)		18,0	18,0	18,0	0,0
Aufwand		-35,1	-33,4	-33,6	-0,2
Abschreibungen und Zinsen		-4,3	-4,5	-3,6	0,9
Saldo		-4,7	-4,4	-3,0	1,4
Investitionsrechnung					
Einnahmen		0,1		0,3	0,3
Ausgaben		-3,4	-4,9	-2,3	2,6
Saldo		-3,3	-4,9	-2,0	2,9
Fondsbestand					
Fondsbestand		11,9	7,6	9,0	1,4

Erfolgsrechnung

+1,0	Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz v. a. infolge weniger Sofortabschreibungen (siehe Investitionsrechnung)
+0,8	Geringerer Nettoaufwand für denkmalpflegerische Massnahmen
+0,6	Geringerer Nettoaufwand im Bereich Archäologie v. a. infolge höherer Entschädigungen und Beiträge vom Bund
-0,9	Höherer Nettoaufwand im Bereich Naturschutz (Naturschutzgesamtzept)

Investitionsrechnung

- +1,8 Die Sanierung des Girsbergerhauses wurde nicht über die Investitionsrechnung abgewickelt, da die Liegenschaft vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übertragen wurde.
- +0,9 Weniger Investitionsbeiträge im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz
- +0,3 Rückerstattungen von Dritten für ökologische Ersatzmassnahmen

Fondsbestand

- +1,4 Durch den geringeren Aufwandüberschuss reduziert sich das Fondskapital lediglich um 3 Mio. Franken anstatt wie geplant um 4,4 Mio. Franken.

8940 Denkmalpflegefonds

Hauptereignisse

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Finanzmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. Hervorzuheben sind die Beiträge an die Restaurierung der Villa Patumbah im Zürcher Seefeld (Historismus, um 1880) und der Villa Streiff in Küsnacht (Neues Bauen, um 1930). Für das wiederaufgebaute Zunfthaus zur Zimmerleuten am Limmatquai wurde die Schlusszahlung geleistet.

Die drei grossen Betreiber von historischen Ensembles erhielten wiederkehrende Betriebsbeiträge für ihre Tätigkeiten (Verein Museum Schloss Kyburg, Ritterhausgesellschaft Bubikon und Verein zur Erhaltung alter Handwerks- und Industrieanlagen im Zürcher Oberland [VEHI]).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf der Grundlage von Subventionen
A2	Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Leistungen						
L1	Anzahl Zusicherungen von Beiträgen (A1)	P	34	50	34	-16
Abweichungsbegründung						
L1	Im Berichtsjahr wurden weniger Beitragsgesuche eingereicht.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6,2	9,9	8,4	-1,5
Übertrag vom Lotteriefonds	5,4	8,5	7,5	-1,0
Entnahme aus Bestandeskonto		0,6		-0,6
Aufwand	-6,2	-9,9	-8,4	1,5
Staatsbeiträge	-0,4	-0,7	-0,5	0,2
Abschreibungen und Zinsen	-5,0	-9,2	-7,1	2,1
Einlage in Bestandeskonto	-0,8	0,0	-0,8	-0,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,1	0,1
Ausgaben	-5,0	-9,2	-7,1	2,1
Saldo	-5,0	-9,2	-7,0	2,2
Fondsbestand				
Fondsbestand	27,2	26,6	28,0	1,4

Erfolgsrechnung

- +2,1 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge (siehe Investitionsrechnung)
- +0,2 Geringere Betriebsbeiträge
- 1,0 Geringerer Übertrag aus dem Lotteriefonds
- 0,8 Einlage in das Fondskapital
- 0,6 Keine Entnahme aus dem Fondskapital aufgrund der Kostenüberdeckung

Investitionsrechnung

- +2,1 Weniger Investitionsbeiträge

Fondsbestand

- +1,4 Im Geschäftsjahr wurden 0,8 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt, anstatt wie geplant 0,6 Mio. Franken entnommen.

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Hauptereignisse

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton Zürich über ein solides und eingespieltes Sammelsystem, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heute praktizierten Form gut akzeptiert ist. Mit der regionalen Ankündigung der Sammeltermine konnte das Angebot in den letzten Jahren noch vermehrt genutzt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall [in t] (A1)	P	341	300	346	46
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen (A1)	P	30 265	28 500	32 253	3 753
W3	– davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	4 819	4 500	5 184	684
W4	– davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4 786	4 000	4 851	851
W5	– davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	23 660	20 000	22 218	2 218
Leistungen						
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich (A1):	min.	277	270	278	8
L2	– davon in den Städten Zürich und Winterthur (A1)	min.	39	40	39	-1
L3	– davon im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur) (A1)	min.	238	230	239	9
Wirtschaftlichkeit						
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohnerin und Einwohner [in Fr.] (A1)	P	1,20	1,20	1,20	0

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,7	1,7	1,7	0,0
Abgaben von Gemeinden	1,6	1,7	1,7	–0,0
Aufwand	–1,2	–1,4	–1,2	0,2
Beiträge an Betriebe	–0,7	–0,7	–0,7	–0,0
Saldo	0,5	0,3	0,5	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	2,8	3,1	3,3	0,2

Erfolgsrechnung

+0,2 Geringerer Sach- und interner Aufwand

8960 Deponiefonds

Hauptereignisse

Der Deponiefonds erreicht Ende des Berichtsjahres einen Bestand von 20 Mio. Franken. Der Fonds nahm neu zwei Inertstoffdeponien mit niederen Risiken auf. Zurzeit sind zwölf Deponien am Fonds angeschlossen. Bei zwei altrechtlich bewilligten Reaktordeponien sind bauliche Massnahmen zur Verminderung von Sanierungsrisiken im Gange. Damit werden die vom Fonds zu übernehmenden Deponierisiken tendenziell verkleinert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der gegenwärtig betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu öffnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,3	1,7	4,8	3,0
Beiträge von Deponiebetreibern	0,8	1,2	4,2	3,0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,5	0,6	0,6	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-1,3	-1,7	-4,8	-3,0
Einlagen in Bestandeskonto	-1,3	-1,7	-4,7	-3,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	18,9	20,6	23,7	3,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+3,0 Nichtbudgetierte Einmaleinkäufe von drei Deponiebetreibern anstelle einer jährlichen, von der Einbaumenge abhängigen Abgabe

Aufwand:

-3,0 Die Einlage in das Fondskonto ergibt sich aus der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds im Fremdkapital muss 0 sein.

8970 Kantonaler Waldfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	-0,0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,0	0,0	0,0	-0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Einlage in Bestandeskonto	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0,8	0,9	0,9	0,0

8980 Wildschadenfonds

Hauptereignisse

Die Zunahme des Wildschweinebestandes führte zu einer deutlichen Erhöhung der Wildschäden gegenüber dem Jahr 2011. Im Berichtsjahr wurden Fr. 313 000 für Wildschäden vergütet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben [in Fr.] (A1)	P	122 059	250 000	254 812	4 875
Leistungen					
L1 Anzahl vergütete Wildschadensfälle (einschliesslich Schäden durch Wildschweine) (A1)	P	253	350	481	131
L2 Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen (A1)	P	27	55	25	-30
L3 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume (A1)	P	39	50	32	-18
Wirtschaftlichkeit					
B1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen [in %] (A1)	P	30	47	46	-1

Abweichungsbegründungen

- L1 Die Anzahl der Wildschadensfälle hat sich gegenüber dem Vorjahr stark gesteigert.
- L2 Die Anzahl der Fälle von Wildschaden-Verhütungsmassnahmen hat sich auf dem Niveau der Vorjahre stabilisiert.
- L3 Die Anzahl der jagdlichen Projekte, die durch die Jagdgesellschaften eingereicht werden, hat sich auf dem Stand der Vorjahre stabilisiert.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,5	0,5	0,0
Erträge aus Regalien	0,1	0,1	0,1	0,0
Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0,1	0,1	0,1	–0,0
Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0,7	0,3	0,3	0,0
Aufwand	–0,3	–0,5	–0,5	0,0
Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	–0,2	–0,4	–0,3	0,0
Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	–0,1	–0,2	–0,2	–0,0
Saldo	0,5	–0,1	–0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	2,1	2,1	2,1	0,0



Funktions- und Querschnittsbereiche

E-Government

Hauptereignisse

Als Teil des Strategie-Controllings erhebt die Stabsstelle E-Government bei den Direktionen jährlich den Stand der E-Government-Projekte und berichtet zu den Entwicklungen und zur Umsetzung der kantonalen E-Government-Strategie 2008–2012.

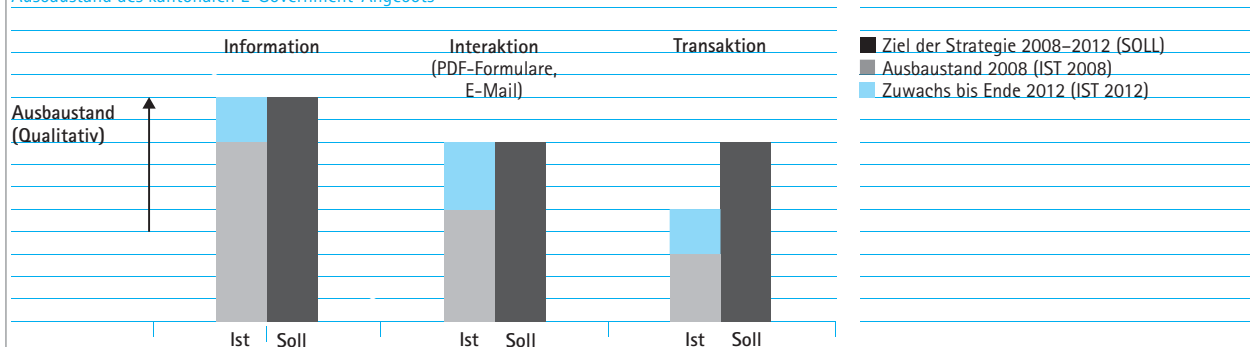
Die Strategie läuft Ende des Berichtsjahres aus. Im Rahmen des Strategieerneuerungsprozesses wurde der Umsetzungsstand aufgrund der Erhebungen aus den letzten vier Jahren sowie der Mitte des Berichtsjahres durchgeführten Befragung bei den Direktionen ausgewertet. Die Ergebnisse flossen in den Entwurf der erneuerten E-Government-Strategie ein und die Handlungsschwerpunkte wurden entsprechend neu festgelegt. Ergänzend zur Strategie wurde ein Umsetzungsplan erstellt, der abgestützt auf die Befragung bei den Direktionen und der Staatskanzlei die Kernprojekte (Projekte mit strategischer Bedeutung) der nächsten vier Jahre umfasst.

Der Regierungsrat hat zur Legislaturmassnahme 15 c «Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln» die Zusammenarbeitsvereinbarung genehmigt und die Gemeinden zur Unterzeichnung eingeladen (RRB Nr. 1092/2012). Damit wird E-Government behördenübergreifend gemeinsam mit den Gemeinden weiterentwickelt werden, was einer wichtigen Leitlinie der E-Government-Strategie entspricht.

Zielerreichung E-Government-Strategie 2008–2012

Über die gesamte Strategieperiode betrachtet wurden die Ziele nur teilweise erreicht. In Bezug auf den angestrebten Umfang und Reifegrad der Online-Angebote liegt nach wie vor Handlungsbedarf bei den Transaktionsangeboten, d.h. E-Government-Angeboten, die ohne Medienbruch abgewickelt werden können:

Ausbaustand des kantonalen E-Government-Angebots



Transaktionsangebote fehlen insbesondere für die Zielerreichung des «Amtsverkehr mit der Bevölkerung», des «Amtsverkehr mit der Wirtschaft» sowie des «Amtsverkehr zwischen Behörden». Einzig das Ziel «Informationsangebot» wurde erreicht: Praktisch zu allen öffentlichen Leistungen gibt es Informationen im Internet.

Bei den folgenden Zielen besteht weiterhin grosser Handlungsbedarf:

- «Voraussetzungen schaffen»: Vor allem im rechtlichen und organisatorischen Bereich fehlen wichtige Grundlagen.
- «Verwaltungsinterner elektronischer Geschäftsverkehr»: In diesem Bereich fand praktisch kein Fortschritt statt.
- «Amtsverkehr zwischen Behörden» (insbesondere mit den Gemeinden): Neben der Vereinbarung mit den Gemeinden wurden wenige Projekte umgesetzt.

Das Erreichen dieser drei Ziele ist wichtige Voraussetzung, um medienbruchfreie E-Government-Angebote für Bevölkerung und Unternehmen erstellen und eine effiziente Geschäftsabwicklung tätigen zu können.

Entwicklung in der Schweiz

E-Government entwickelt sich in der Schweiz relativ langsam. Der Steueraussschuss E-Government Schweiz hat deshalb einen Aktionsplan¹ beschlossen, der die Umsetzung der Schweizerischen E-Government-Strategie beschleunigen soll. Im Aktionsplan sind kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen für ausgewählte priorisierte Vorhaben festgelegt. Diese werden durch finanzielle Beiträge im Gesamtvolumen von 2,4 Mio. Franken pro Jahr unterstützt – paritätisch getragen durch Bund und Kantone. Der Aktionsplan 2012 hat unter anderem die priorisierten Vorhaben zu elektronischen Baubewilligungen (A1.06), Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug (A1.12) sowie die elektronische Rechnungsstellung (B2.08) berücksichtigt.

Der Bundesrat hat seine Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz erneuert. Eines der Handlungsfelder darin lautet: «E-Demokratie und E-Government: Politische Bürgerrechte elektronisch ausüben; Behördendaten und -informationen; IKT-gestützter Wandel in der Verwaltung» und unterstreicht die Bedeutung von E-Government auf nationaler Ebene.

Die Ansprüche der Wirtschaft an elektronische Behördendiensteleistungen wachsen. Die Studie «Bürokratiemonitor 2012» zeigt u. a. auf, dass von den Unternehmen eine Vereinfachung der einzelnen Prozessschritte (z. B. bei Baubewilligungen) durch E-Government-Angebote gewünscht wird.

Bei allen drei Staatsebenen hat sich E-Government weiterentwickelt, doch besteht weiterhin Handlungsbedarf. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem elektronischen Amtsverkehr innerhalb und zwischen den Behörden sowie einer stärkeren Koordination aller Staatsebenen. Das Bewusstsein für das Bedürfnis und den Nutzen von E-Government ist bei den Behörden zwar vorhanden, es fehlen aber oft die personellen und finanziellen Mittel, insbesondere bei den Kantonen (Quelle: gfs-Studie «Verwaltung und E-Government 2012»²).

Entwicklungsschwerpunkte im Kanton Zürich

Im Berichtsjahr wurden einige wichtige neue E-Government-Angebote geschaffen. Darunter waren z. B. die Einführung der Online-Steuererklärung, die elektronische Einreichung von Rechnungen an das kantonale Buchungszentrum sowie die Lösungsentwicklung für die elektronischen Handelsregistereinträge. Alle drei Angebote wurden mittels der Transaktionsplattform ZHservices umgesetzt.

Die Direktionen und die Staatskanzlei haben sich in mehreren Projekten mit der durchgängigen, medienbruchfreien Geschäftsabwicklung beschäftigt. Unter anderem wird in einem direktionsübergreifenden Projekt abgeklärt, ob und in welcher Form Regelungen für die Schriftgutverwaltung und insbesondere für elektronisch geführte Akten zu schaffen sind (RRB Nr. 1189/2012). In einem anderen Vorhaben wird geprüft, ob ein kantonales Personenregister zu schaffen ist, um den Datenaustausch zwischen Kanton und Gemeinden zu vereinfachen.

Diese und weitere Projekte wurden im Rahmen der Strategieerneuerung für den Umsetzungsplan als Kernprojekte erhoben. Weitere Entwicklungsschwerpunkte haben sich auch aus den Stossrichtungen und dem Projektportfolio gemeinsamer Projekte des Kantons und der Gemeinden, die im Rahmen der Vernehmlassung des Vereinbarungsentwurfs erstellt wurden, ergeben.

Zunehmenden Einfluss auf neue Projekte haben auch die Bedürfnisse nach «Mobile Government» (Angebote für mobile Endgeräte) und die Forderung nach «Open Government Data» («offenem Zugang und freier Weiternutzung von Behördendaten»).

¹ Mit der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit Bund-Kantone für die Jahre 2007–2015 beteiligen sich die Kantone neu an einem Aktionsplan zur Förderung von Schlüsselvorhaben (RRB Nr. 1450/2011).

² <http://www.egovernment.ch/de/dokumentation/studien.php#verwaltung>

Immobilien

Hauptereignisse

Liegenschaften im Verwaltungsvermögen

Gebäudezustand des Immobilienbestands im Verwaltungsvermögen

Die Baudirektion erfasst periodisch den baulichen Zustand und den erforderlichen laufenden Instandhaltungsbedarf. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse erlauben den gezielten Einsatz von Mitteln für die Werterhaltung der Gebäude, wodurch Folgeschäden und damit verbundene Mehrkosten vermieden werden können.

Massgeblich ist das Verhältnis von Zustands- zu Neuwert (Z/N-Wert) der Objekte im Verwaltungsvermögen mit einem Gebäudeversicherungswert über 1 Mio. Franken. Mit Stand 20. Dezember 2012 sind dies insgesamt 714 Objekte. Diese repräsentieren rund 90% des Anlagewertes aller Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Der Neuwert der Gebäude liegt bei rund 9 Mrd. Franken.

32% der analysierten Gebäude weisen einen guten Zustandswert zwischen 0,85 und 1,0 auf. Fast die Hälfte des für das Verwaltungsvermögen repräsentativen Liegenschaftenbestands, nämlich 48%, ist in einem mittleren Zustand und weist einen Z/N-Wert zwischen 0,70 und 0,85 auf und ist somit bereits leicht schadhafte. Von den restlichen 20% sind 16% in einem schlechten (zwischen 0,50 und 0,70) und 4% in einem sehr schlechten Zustand (unter 0,50). Der durchschnittliche Zustandswert des beobachteten Liegenschaftenbestands liegt bei 0,77.

Bedeutende Mietgeschäfte und Baurechtsverträge

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Winterthur – Halle 52, Reservationsverträge

Am Standort des ehemaligen Technikums Winterthur (heute School of Engineering der ZHAW) bedarf es aufgrund von zusätzlichem Flächenbedarf einer langfristigen Neuausrichtung des heutigen Flächenangebotes sowie einer baulichen Instandsetzung. Eine Verschiebung der School of Engineering an die Eulachpassage, heutiger Standort des Departementes Gesundheit der ZHAW, ist unabdingbar. Mit dem geplanten Umzug des Departementes Gesundheit in den Neubau am Ort der heutigen Halle 52 am Katharina-Sulzer-Platz kann die Sanierung bzw. der Ausbau auf dem Areal Technikum beginnen. Das im Jahr 2006 gegründete Departement Gesundheit verzeichnet mit den Studiengängen Pflege, Ergo- und Physiotherapie und Hebammen ein stetiges Wachstum von ursprünglich rund 200 auf rund 800 Studierende. Im Auftrag der Bildungsdirektion hat die Baudirektion mit der Implenia AG (Bauherr und Investor) einen Mietvertrag für rund 18000 m² vermietbare Fläche für Büro-, Schulungs-, Neben- und Archivräume in der neu zu entwickelnden Liegenschaft «Adeline Favre Gebäude» am Katharina-Sulzer-Platz ausgearbeitet. Die Genehmigung wird im Frühling 2013 erwartet.

Inbetriebnahme der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH),**Nachnutzung der PHZH-Liegenschaften**

Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) konnte termingerecht am 17. September 2012 den Schulbetrieb in den neuen Mieträumlichkeiten im Campus an der Europaallee aufnehmen. Die Termine, Kosten (Mieterausbau) und Qualitätsvorgaben, die im 2006 abgeschlossenen Mietvertrag über eine Mietfläche von rund 40 000 m² festgelegt wurden, konnten erfolgreich eingehalten werden.

Die durch die PHZH bis anhin genutzten Liegenschaften konnten an die Universität Zürich (UZH) und an das Mittel- und Berufsbildungsamt (MBA) zur Abdeckung ihres Raumbedarfs übergeben werden. Die nicht mehr benötigten Mietobjekte wurden fristgerecht gekündigt und an die Vermieter übergeben.

Baurechtsvertrag Uetlibergstrasse 111, Zürich

Die seit mehreren Jahren illegal besetzte Liegenschaft an der Uetlibergstrasse 111 stellt eine der wenigen Landreserven des Kantons in der Stadt Zürich dar. Da aus strategischen Gründen auf eine Veräusserung verzichtet wird, wurde Anfang des Berichtsjahres ein Investorenwettbewerb durchgeführt, aus dem die ARGE Stiftung Abendrot/Tescon AG als Siegerin hervorging. Sie übernimmt das Grundstück im Baurecht für 49 Jahre zu einem marktüblichen Baurechtszins und wird auf dem Gelände 180 Wohneinheiten für die Mitarbeiter des Universitätsspitals Zürich (USZ), für studentisches Wohnen sowie auch ein Kleinhotel und einen Gastronomiebetrieb errichten.

Mietverträge mit Dritten

Die Auswirkungen der sich stets wandelnden Rahmenbedingungen für Verwaltung und Bildungssektor haben im Geschäftsjahr zum Abschluss von 15 neuen Mietverträgen mit einer Mietfläche von total 12 642 m² und einem Nettajahresmietzins von insgesamt rund 3,5 Mio. Franken geführt. Die flächen- und frankenmässig grösste Zumiete wurde für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in der Liegenschaft Gertrudstrasse 15 in Winterthur getätigt. Dort wurde eine Bürofläche von 4822 m² zu einer Nettajahresmiete von 1,1 Mio. Franken gemietet. Zusätzlich wurden mit Wirkung ab 1. Januar 61 Mietverhältnisse für die Standorte der Jugend- und Berufsberatung ausserhalb der Stadt Zürich mit einer Nettajahresmietsumme von rund 5,9 Mio. Franken ins kantonale Fremdmieten-Portfolio aufgenommen.

Bei einer Verzinsung der totalen Nettajahresmiete von 147,6 Mio. Franken mit dem im Berichtsjahr zur Anwendung kommenden internen Satz von 3% würde sich ein Anlagewert von rund 4,9 Mrd. Franken ergeben. Dieser Betrag entspricht dem Vermögen, das der Staat aufbringen müsste, wenn er mit der gewählten Verzinsung sämtliche in Mietobjekten untergebrachten Dienststellen, Schulen usw. in staatseigenen Liegenschaften unterbringen möchte.

Die ausgewiesenen Mietflächen entsprechen rund 800 000 m² Geschossfläche (Mietfläche x gemittelter Faktor von 1,4 = Geschossfläche). Die vom Kanton Zürich in Drittliegenschaften gemietete Fläche von insgesamt 547 286 m² (oder rund 800 000 m²) entspricht ungefähr 30% der für staatliche Zwecke in eigenen und fremden Liegenschaften genutzten Totalfläche von 2,6 Mio. m².

Tabelle 1: Mietverträge mit Dritten

Mietfläche in m ²						
Nutzer	Total	Büro	Unterricht/ Schule	Archiv/ Lager	Diverses*	Nettomiete in Franken
Direktion der Justiz und des Innern	28 673	24 406	0	4 201	66	8 192 447
Sicherheitsdirektion	63 929	42 507	0	6 712	14 710	17 066 357
Finanzdirektion	23 300	22 536	0	764	0	7 683 020
Volkswirtschaftsdirektion	22 946	21 220	0	1 726	0	6 320 629
Gesundheitsdirektion	9 668	8 622	0	1 046	0	2 426 753
Bildungsdirektion	354 035	52 307	276 889	21 865	2 974	96 911 250
Baudirektion	25 548				25 548	4 328 421
Direktionen, ohne Staatskanzlei	528 099	171 598	276 889	36 314	43 298	142 928 877
Baurekursgericht	1 262	1 199	0	63	0	671 664
Steuerrekursgericht	869	762	0	107	0	207 748
Notariate	16 403	13 901	0	2 502	0	3 600 940
Finanzkontrolle	653	563	0	90	0	206 412
Total Mietverträge Dritte	547 286	188 023	276 889	39 076	43 298	147 615 641

* Parkplätze, Aussenanlagen, Hallen usw.

Einhaltung der Büroflächenstandards in der Zentralverwaltung

Die für das Berichtsjahr erhobenen Flächenwerte sind mehrheitlich mit Stand September 2012 durch die Objektverantwortlichen der Direktionen und des Immobilienamtes überprüft worden (siehe Tabelle 2). Die vorgegebenen Flächenstandards, die je nach Objekt max. 14,5 bzw. 17m² pro Arbeitsplatz betragen, sind weiterhin nur teilweise erreicht. In den Liegenschaften ausserhalb der engeren Zentralverwaltung ist eine Reduktion der Flächen meist erst umsetzbar, wenn ganze Teilmieten aufgegeben oder zusammengelegt werden können. Die vielfach noch ungenügenden Flächenstands in der engeren Zentralverwaltung rühren von der Belegung im Kaspar-Escher-Haus her. Dort sind Veränderungen teilweise erst geplant. Zudem gestaltet sich die Belegungsoptimierung in einem Haus mit fünf verschiedenen Direktionen schwierig.

Tabelle 2: Veränderung der Flächenbelegungswerte in der Zentralverwaltung pro Direktion

Nutzer	Objekte mit Flächenstandardvorgabe 14,5 m ² /Arbeitsplatz (AP)				Objekte mit Flächenstandardvorgabe 17 m ² /Arbeitsplatz (AP)			
	2005 m ² /AP	2008 m ² /AP	2012 m ² /AP	Differenz 2008/12 m ² /AP	2005 m ² /AP	2008 m ² /AP	2012 m ² /AP	Differenz 2008/12 m ² /AP
Staatskanzlei	–	–	–	–	21,6	18,5	18,5	0
Justiz und Inneres	19,6	17,4	17,7	+0,3	22,3	19,6	19,1	–0,5
Sicherheit	19,4	20,2	21,2	+1,0	26,7	21,7	20,2	–1,5
Finanzen	27,6	24,9	–	–	21,0	17,4	16,8	–0,6
Volkswirtschaft	17,3	15,8	15,2	–0,6	24,8	19,3	17,1	–2,2
Gesundheit	20,8	19,1	15,0	–4,1	21,2	18,0	15,5	–2,5
Bildung	14,7	16,8	16,2	–0,6	21,8	18,5	17,5	–1,0
Bauten	21,1	17,2	18,1	+0,9	20,3	19,5	19,1	–0,4

Liegenschaften im Allgemeinen Finanzvermögen

Das Portfolio des allgemeinen Finanzvermögens Hochbau des Kantons Zürich besteht aus immobilien Vermögenswerten wie Immobilien, Grundstücken und Baurechten, die nicht unmittelbar zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben des Kantons Zürich benötigt werden. Das Portfolio wird in vier Segmente eingeteilt: bebaute Liegenschaften, Baurechte, Baulandreserven und landwirtschaftlich genutzte Parzellen.

Auf der Grundlage von § 11 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) ist das Immobilienamt verpflichtet, das Finanzvermögen des Kantons Zürich alle vier Jahre neu zu bewerten. Da die letzte Neubewertung des allgemeinen Finanzvermögens im Jahr 2008 (Stichtag: 31. Dezember 2008) stattgefunden hat, wurde im Verlauf des Sommers (Stichtag: 31. Dezember des Berichtsjahres) das allgemeine Finanzvermögen (Leistungsgruppe Nr. 8710) neu bewertet. Die Neubewertung erfolgte nach den geltenden Rechnungslegungsvorschriften gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) sowie nach den Vorgaben von IPSAS 16.

Aus der Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens ergab sich ein absoluter Aufwertungsgewinn von rund 42 Mio. Franken über alle vier Segmente. Der Buchwert aller Anlagen im allgemeinen Finanzvermögen beträgt rund 706 Mio. Franken auf den 31. Dezember. Diese Wertzunahme ist einerseits auf die gestiegenen Grundstückspreise im Kanton Zürich, andererseits auf die proaktive Bewirtschaftung des gesamten Portfolios durch das Immobilienamt zurückzuführen.

Bebaute Liegenschaften

Das Segment der bebauten Liegenschaften setzt sich überwiegend aus Liegenschaften für Wohnnutzungen zusammen. Es befinden sich jedoch auch diverse Spezialliegenschaften (z. B. Gastronomiebetriebe oder kommerziell genutzte Kulturgüter) im Portfolio (siehe Tabelle 3).

Seit der letzten Bewertung 2008 erhöhte sich der Marktwert dieses Segments um rund 190 Mio. Franken. Dieser Zuwachs ist vornehmlich auf Übertragungen von nicht mehr benötigten Immobilien aus dem betrieblichen Verwaltungsvermögen in das allgemeine Finanzvermögen des Kantons Zürich, als auch auf vorsorgliche Landsicherungen für zukünftige Zwecke des Kantons zurückzuführen.

Tabelle 3: Segmentierung / Liegenschaftstypen (Nutzung)

		Anzahl %	Anteil	Marktwert in CHF	Marktwert in %
Wohnen	66	49		113 932 800	29
Wohnen/Geschäft	24	18		51 706 600	13
Geschäft	33	25		187 637 249	49
Spezialliegenschaften	9	7		25 221 056	7
Tausch- bzw. Veräusserungsobjekte*	2	1		8 226 238	2
Total	134	100		386 723 943	100

* Bei der Kategorie «Tausch- bzw. Veräusserungsobjekte» handelt es sich um Objekte, die aufgrund bestehender Tauschverträge (fixierter Tauschwert) bzw. laufender Verkaufsverhandlungen nicht neu bewertet wurden. Eines dieser beiden Objekte ist im Tauschvertrag für die Neuerstellung des Kinderspitals Zürich (RRB Nr. 100/2009) involviert. Beim anderen Objekt handelt es sich um ein Verkaufsobjekt, das verkauft werden soll.

Mieterträge und Rendite

Im Berichtsjahr beliefen sich die Nettomietenträge auf 15,9 Mio. Franken; rund 7,2 Mio. Franken fallen für die Wohnnutzung, rund 4,7 Mio. Franken für die Büronutzung und der Rest von rund 4 Mio. Franken für die gewerbliche Nutzung an.

Die aktuelle Bruttorendite beträgt 4,2%. Sie zeigt das Verhältnis zwischen Nettomietenträgen und Anlagevermögen (bebaute Liegenschaften). Es handelt sich dabei um eine statische Betrachtung auf den 31. Dezember.

Die annuitäre Bruttorendite beträgt 6,4%. Sie zeigt die erwartete Durchschnittsrendite über einen Bewertungszeitraum von 100 Jahren. Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgt aufgrund der dynamischen Ertragswertmethode auf der Grundlage des Discounted-Cashflow-Modells. Der angewandte Diskontierungssatz von 4,5% widerspiegelt dabei die individuelle Risikoeinschätzung des Liegenschaftsportfolio.

Im Gegensatz zur annuitären Bruttorendite wird bei der Berechnung der annuitären Nettorendite statt des Soll-Nettomietenetrags der Soll-Nettoertrag als Ertragswert (Cash Flow) hinzugezogen. Bei Letzterem sind die Kosten des Eigentümers bereits in Abzug gebracht. Die annuitäre Nettorendite beträgt 4,4%.

Sowohl die Nettorendite-Kennzahlen als auch der durchschnittliche Diskontsatz sind aufgrund der Entwicklung des schweizerischen Immobilienmarkts in den letzten vier Jahren rückläufig (etwa 40 Basispunkte bzw. 0,4%).

Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich

Der Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement erfolgt in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern bzw. Teilschritten.

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Stand
1	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Durchführung und Nachführung: Hochbauamt	Nachführung laufend
6	Immobilienhandbuch	Schriftliche Regelung aller relevanten Rollen, Prozesse und Pflichtenhefte in einem Dokument. Transparentes und klärendes Nachschlageinstrument und Hilfsmittel für sämtliche für die Immobilien zuständigen Stellen. Einheitliche Terminologie und Verständnis bei allen Beteiligten.	Sistiert. Einführung nach Abschluss Projekt «Überprüfung Immobilienmanagement»
7	Grundstrategie Kanton Zürich sowie verschiedene Teilstrategien	Der Kanton Zürich verfügt für seine Liegenschaften (Verwaltungs-, Finanzvermögen, Fonds) über spezifische Immobilienstrategien. Die Strategie unterstützt den Kanton bei der langfristigen Erfüllung seiner Aufgaben, der Effizienz der Verwaltung und der Sicherung einer nachhaltigen Rentabilität.	Teilweise abgeschlossen (siehe auch Hauptereignisse Immobilienamt). Genehmigung der Grundstrategie nach Abschluss Projekt «Überprüfung Immobilienmanagement»
8	Immobilienmanagementsystem-Tool	Gesamtkonzept für die Daten und IT im Bereich Immobilien zur Sicherstellung von Schnittstellen und Datenaustausch. Auf das Gesamtkonzept abgestimmte Softwarelösung für das Portfoliomanagement im IMA (Spezialsoftware für die Steuerung des Gesamtportfolios).	Sistiert. Einführung nach Abschluss Projekt «Überprüfung Immobilienmanagement»
9	Liegenschaftsrechnung, Raumkostenrechnung	Liegenschaftsrechnung auf Stufe Liegenschaft (Objektrechnung) Gliederung der Liegenschaftsrechnung nach Kostenträgern (Eigentümer, Nutzer, Betreiber), Kostenstellen, Profitcenter mit internen Verrechnungen Gliederung der Kosten nach immobilienwirtschaftlichen Konten und Kontengruppen. Datenbasis für Benchmarking mit Dritten (Kantone und Wirtschaft)	Sistiert. Einführung nach Abschluss Projekt «Überprüfung Immobilienmanagement»
10	Controlling	Das Immobilienamt verfügt über die geeigneten immobilienwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente als Grundlage für die Verifikation von Immobilienleistungen und für künftige Immobilienentscheide.	Sistiert. Einführung nach Abschluss Projekt «Überprüfung Immobilienmanagement»

Informatik

Das Kantonale IT-Team KITT und die KITT-Geschäftsstelle erbringen Leistungen für die direktionsübergreifende Informatik. Die Informatikabteilungen und -stellen der Direktionen erbringen in erster Linie Leistungen für die direktionsinternen Bedürfnisse, teilweise aber auch direktionsübergreifende Leistungen durch Erneuerungen wie auch im betrieblichen Bereich. Das KITT ist seit 2005 für die strategische Führung der direktionsübergreifenden Informatik verantwortlich. Es besteht aus Vertretern der Direktionen und der Staatskanzlei sowie dem Leiter der KITT-Geschäftsstelle.

Hauptereignisse

Das KITT hat im Berichtsjahr die folgenden Projekte und Geschäfte erfolgreich abgeschlossen:

- Das Organisationskonzept für die umfassende Informatiksicherheit in der kantonalen Verwaltung (Teil der Umsetzungseinheit 2 der Informatikstrategie) liegt vor.
- Die Dienstleistungen der Abteilung Datenlogistik (Amt für Raumentwicklung) sind in die direktionsübergreifenden Strukturen des KITT eingegliedert worden. Das KITT hat mit der Datenlogistik eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet.
- Das KITT hat das Grobkonzept für die Netzwerkstrategie der kantonalen Verwaltung erarbeitet.

Über die Arbeit der KITT-Geschäftsstelle und der ihr angegliederten Kompetenzzentren informiert der Abschnitt der Leistungsgruppe Nr. 4600, Direktionsübergreifende Informatik.

Überdirektionale Statistiken

Entwicklung der Arbeitsplatzkosten

Mit einer KEF-Erklärung aus dem Jahr 2007 hat der Kantonsrat den Regierungsrat um Informationen zur Entwicklung der Arbeitsplatzkosten gebeten. Über diesen Sachverhalt wird nun jeweils im Querschnittsbereich Informatik des Geschäftsberichts berichtet. Es werden zwei Zahlenreihen wiedergegeben:

Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl gibt an, wie viel eine Direktion im Jahr pro Arbeitsplatz für Informatik aufgewendet hat. Der Wert «Informatikgesamtaufwand» wird jährlich im Rahmen der Erhebung der Informatikkennzahlen errechnet. Die Anzahl Arbeitsplätze wird in einer Umfrage der Direktionscontroller bei den Amtsstellen ermittelt.

Informatikgesamtaufwand in Fr. Direktion	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	15 379	22 840	18 527
2 Direktion der Justiz und des Innern	7 040	6 610	7 327
3 Sicherheitsdirektion	12 565	12 659	12 569
4 Finanzdirektion	37 478	37 951	40 373
5 Volkswirtschaftsdirektion	4 619	4 262	4 189
6 Gesundheitsdirektion	4 967	4 894	4 892
7 Bildungsdirektion	6 337	6 380	5 936
8 Baudirektion	11 017	11 027	11 248
4600 Direktionsübergreifende Informatik			
Gesamtdurchschnitt	11 921	11 180	11 436

Im Informatikgesamtaufwand sind die Beschaffungs-, Nutzungs- und Projektkosten einschliesslich Personalkosten und Abgeltungen der Leistungsgruppen an die Informatikabteilungen sowie die Abschreibungen enthalten.

Die Unterschiede zwischen den Direktionen und Jahren zeigen die unterschiedliche Informatikintensität einer Direktion (Einsatz der Informatik für die Leistungserstellung) und widerspiegeln auch grössere Beschaffungen (z. B. Erneuerung der Arbeitsplatzausrüstung) und Projekte im Berichtsjahr.

In den Zahlen einzelner Direktionen sind auch Informatikleistungen für die gesamte Verwaltung enthalten, z. B. für die Personalverwaltung (FD/Personalamt). Im Gesamtdurchschnitt sind die Ausgaben für die direktionsübergreifende Informatik enthalten.

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl zeigt die Basisarbeitsplatzkosten einer Direktion. Sie umfasst die Kosten für Helpdesk und Support, für die Servicedesk-Infrastruktur, für die Arbeitsplatzausrüstung (Personalcomputer, Drucker, Software, Nutzung Lotus Notes, Virenschutz), für die Basis-(File-, Print-, Terminal-, Storage-)Server sowie für das Netzwerk.

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz in Fr. Direktion		Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	3 282	2 091	2063
2	Direktion der Justiz und des Innern	1 414	1 376	1430
3	Sicherheitsdirektion	1 908	1 954	2091
4	Finanzdirektion	2 574	2 500	2169
5	Volkswirtschaftsdirektion	1 786	1 701	1713
6	Gesundheitsdirektion	2 475	1 618	1605
7	Bildungsdirektion	2 103	2 063	2025
8	Baudirektion	2 070	2 091	2063
Gesamtdurchschnitt		2 095	1 854	1820

Die Kosten pro Arbeitsplatz sind weitgehend konstant mit leicht fallender Tendenz. Die Effizienzverbesserungen waren stärker als Leistungserweiterungen.

Nicht in die Berechnung einbezogen sind in der Gesundheitsdirektion der Veterinärdienst und 78 Uni-Arbeitsplätze beim KJPD, in der Bildungsdirektion die Mittel- und Berufsschulen.

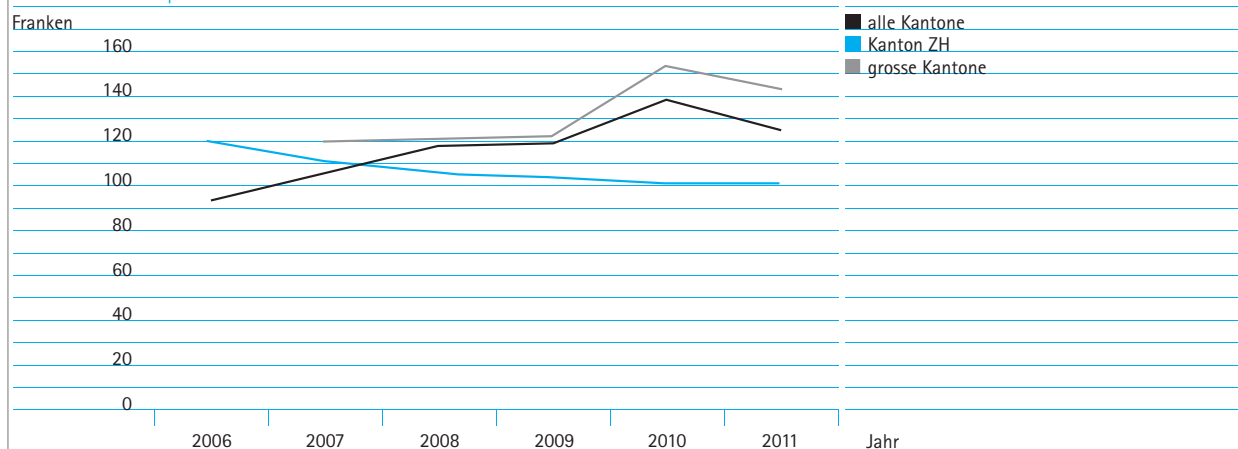
Von der Sicherheitsdirektion liegt für das Berichtsjahr keine Zahl vor.

Schweizweite Statistiken

Vergleich Informatikgesamtaufwand pro Einwohner

Dem KITT ist es dank zunehmenden Standardisierungen gelungen, den Informatikgesamtaufwand kontinuierlich zu senken. Seit 2008 ist der Aufwand in der kantonalen Verwaltung pro Einwohner tiefer als der Vergleichswert aller inzwischen 22 teilnehmenden Kantone und insbesondere als der Vergleichswert «grosse Kantone» (AG, BE, GE, SG, VD, ZH).

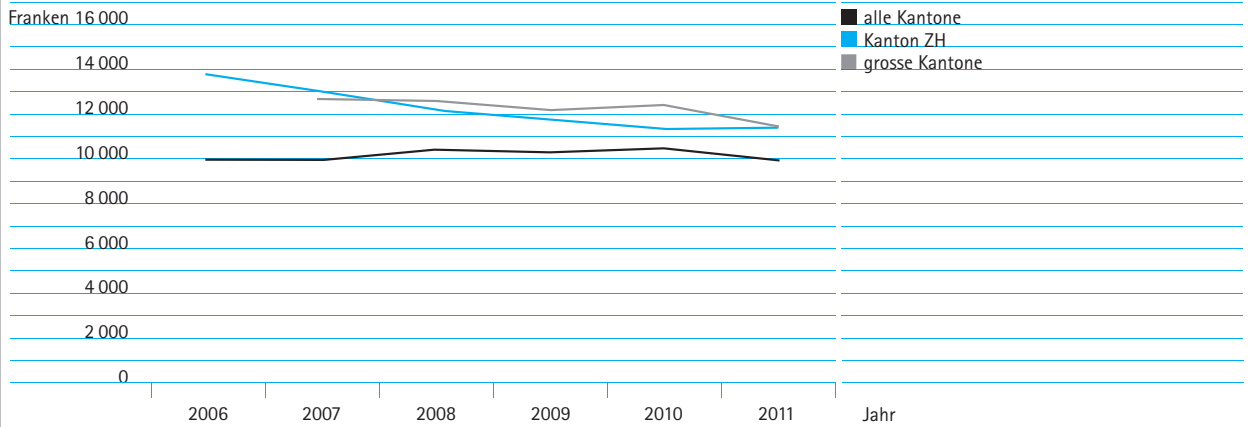
Informatikaufwand pro Einwohner



Vergleich Informatikaufwand pro PC-Arbeitsplatz

Die Kostenentwicklung auf der Vergleichsbasis der Arbeitsplätze tendiert in die gleiche Richtung. Der erfreuliche Verlauf ist etwas langsamer, weil ein grosser Kanton vermehrt komplexe Anwendungssysteme einsetzen muss.

Informatikaufwand pro Arbeitsplatz



Personal

Hauptereignisse

- Personalstrategie 2012–2015: Die Personalstrategie 2012–2015 wurde unter der Leitung des Personalamtes in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet und im Juli durch den Regierungsrat verabschiedet. Die Personalstrategie umfasst vier strategische Handlungsfelder, für die entsprechende Massnahmen definiert wurden. Die Umsetzung der Personalstrategie bzw. der Massnahmen ist mittels direktionsübergreifender Projekte geplant.
- Projekt «Familienergänzende Kinderbetreuung»: Mit dem Grundsatzentscheid des Regierungsrates im September 2011 wurde die Finanzdirektion beauftragt, eine Detailregelung für eine Beteiligung des Kantons an den Kosten der Mitarbeitenden für die familienergänzende Kinderbetreuung auszuarbeiten. Eine direktionsübergreifende Projektgruppe erarbeitete seit Ende 2011 eine entsprechende Regelung und eine rechtliche Grundlage, die im Januar 2013 vom Regierungsrat als Vernehmlassungsentwurf genehmigt wurde.
- Projekt «Berufliche Grundbildung»: Mit RRB Nr. 180/2012 wurde der Projektauftrag zur Erarbeitung eines Konzepts für die berufliche Grundbildung in der kantonalen Verwaltung erteilt. In enger Abstimmung mit den Direktionen und der Staatskanzlei sowie aufgrund mehrerer Projektsitzungen erstellte das Personalamt das neue Konzept. Dieses beschreibt die Bedeutung der beruflichen Grundbildung in der kantonalen Verwaltung, legt die Organisationsgrundsätze und Ziele fest und definiert die Mittel und Instrumente, mit denen die Umsetzung sichergestellt werden soll. Das Projekt verfolgt als übergeordnetes Ziel die Stärkung der kantonalen Verwaltung als attraktiver Lehrbetrieb gegen innen und aussen. Nach der Vernehmlassung bei den Direktionen und der Staatskanzlei wird das bereinigte Konzept vom Regierungsrat verabschiedet.
- Projekt «Administrativuntersuchung»: Im Bestreben, eine gesetzliche Regelung für die heute nach allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführten Administrativuntersuchungen zu entwerfen, wurde die Projektgruppe «Administrativuntersuchung» gebildet. Die direktionsübergreifende Projektgruppe hat den Projektauftrag in folgende Teilprojektziele gegliedert: Abgrenzung der Administrativuntersuchung von alternativen Verfahren, Klärung der Koordination mit anderen Verfahren, insbesondere Strafverfahren und parlamentarische Abklärungen und Untersuchungen, Analyse von Erscheinungsformen und Häufigkeit von Administrativuntersuchungen, Analyse der heute hauptsächlich auftretenden Schwierigkeiten in der Abwicklung von Administrativuntersuchungen, Entwickeln von Lösungsvorschlägen und Ausarbeiten der allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Mittlerweile wurden, gestützt auf die Ergebnisse der Ausgangsanalyse, ein Vorentwurf für ein Gesetz über die Administrativuntersuchung und ein Entwurf für eine Verordnung über die Administrativuntersuchung erstellt.

- Konzeption neuer Weiterbildungsangebote zur Erhöhung der Führungsqualität: Durch gute Führung und bestmöglichen Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen die Führungskräfte die Voraussetzungen für eine hohe Arbeitszufriedenheit und gute Leistungen. Sie tragen als Kadermitglieder eine grosse Verantwortung, dass die öffentlich finanzierten Leistungen kompetent, bedürfnisgerecht und wirtschaftlich erbracht werden – auch in einem sich ständig verändernden Umfeld. Deshalb wurde in der Personalstrategie 2012–2015 das strategische Handlungsfeld «Erhöhung Qualität der Führung» vereinbart. In der Folge wurden zwei neue Weiterbildungsangebote konzipiert und bereitgestellt mit dem Ziel, die Kompetenz der Personal- und Verwaltungsführung in der kantonalen Verwaltung zu stärken. Das eine Angebot ist für neu eintretende Kader bestimmt, bei dem sie in die verwaltungsspezifischen Führungsinstrumente und ihre richtige Anwendung eingeführt werden. Das andere betrifft bereits beim Kanton beschäftigte Mitarbeitende, die erstmals eine Führungsfunktion übernehmen oder in eine höhere Kaderfunktion aufsteigen. Im Weiteren wurde für Stabs- und Fachkader sowie Projektleitende ein neues Weiterbildungsprogramm erarbeitet und zusammengestellt. Die drei neuen Qualifizierungsprogramme werden im 2013 erstmals durchgeführt.
- Evaluation Case Management: Bei der flächendeckenden Einführung von Case Management hat der Regierungsrat beschlossen, dass nach drei Jahren eine Evaluation betreffend Qualität und Nutzen des Case Managements durchzuführen ist. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Workshops und verwaltungsweit eine Online-Befragung bei allen Personalverantwortlichen und Vorgesetzten einschliesslich der Schulleitungen durchgeführt. Die Evaluation hat insbesondere ergeben, dass das Case Management in der kantonalen Verwaltung grundsätzlich gut verankert und dessen Wirtschaftlichkeit nachweisbar gegeben ist. Der Regierungsrat hat von den Evaluationsergebnissen Kenntnis genommen und die Finanzdirektion beauftragt, die Empfehlungen des Schlussberichts in das Konzept betriebliches Gesundheitsmanagement einzubeziehen.

Für den Funktionsbereich Personal ist das Personalamt, Leistungsgruppe Nr. 4500, zuständig.

Personalaufwand

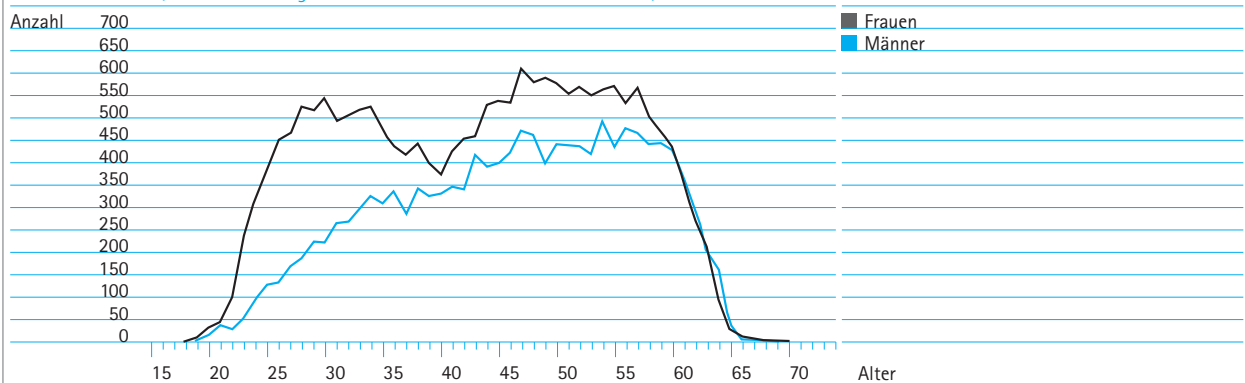
	2012	2011	Differenz
	Fr.	Fr.	%
Löhne			
300 Behörden, Kommissionen und Richter			
3000 Löhne Behörden, Richter und Richterinnen	3 554 150	3 631 630	-2,1%
3001 Vergütungen an Behörden, Kommissionen, Richter/innen	2 714 460	1 796 566	51,1%
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1 320 875 445	1 309 878 936	0,8%
302 Löhne der Lehrkräfte			
3020 Löhne der Lehrkräfte	634 254 861	736 891 965	-13,9%
Total Löhne	1 961 398 916	2 052 199 097	-4,4%
303 Temporäre Arbeitskräfte	6 588 659	6 062 911	8,7%
304 Zulagen			
3040 Kinderzulagen	4 285	4 055	
3041 Familienzulagen	0	0	
3042 Verpflegungszulagen	23 728 044	12 401 738	91,3%
3043 Wohnungszulagen	600	600	0,0%
3049 Übrige Zulagen	53 922	81 928	-34,2%
Total Zulagen	23 786 851	12 488 321	90,5%
305 Arbeitgeberbeiträge			
3050 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	123 496 804	128 680 765	-4,0%
3051 AG-Beiträge an eigene Pensionskassen	187 770 425	195 985 524	-4,2%
3052 AG-Beiträge an andere Pensionskassen	2 052 069	2 070 689	-0,9%
3053 AG-Beiträge an Unfallversicherungen	11 488 054	13 014 129	-11,7%
3054 AG-Beiträge an Familienzulagekassen	23 750 058	24 785 497	-4,2%
3059 Übrige AG-Beiträge ²	1 141 924	2 617 750 737	-100,0%
Total Arbeitgeberbeiträge	349 699 334	2 982 287 341	-88,3%
306 Arbeitgeberleistungen			
3060 Ruhegehälter	44 458 593	17 510 999	153,9%
3061 Renten oder Rentenanteile	45 852	1 334	3337,2%
3062 Teuerungszulagen auf Renten und Rentenanteilen	20 300	3 969 325	-99,5%
3063 Unfallrenten und Rentenablösungen	40 561	36 068	12,5%
3064 Überbrückungsrenten	8 645 537	9 262 892	-6,7%
3069 Übrige Arbeitgeberleistungen	15 707	29 264	-46,3%
Total Arbeitgeberleistungen	53 226 550	30 809 882	72,8%

		2012	2011	Differenz
		Fr.	Fr.	%
309	Übriger Personalaufwand			
3090	Aus- und Weiterbildung des Personals	13 674 464	14 308 423	-4,4%
3091	Personalwerbung	3 693 537	3 923 236	-5,9%
3099	Übriger Personalaufwand	4 114 600	3 819 169	7,7%
	Total übriger Personalaufwand	21 482 602	22 050 828	-2,6%
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei¹		2 416 182 911	5 105 898 380	-52,7%

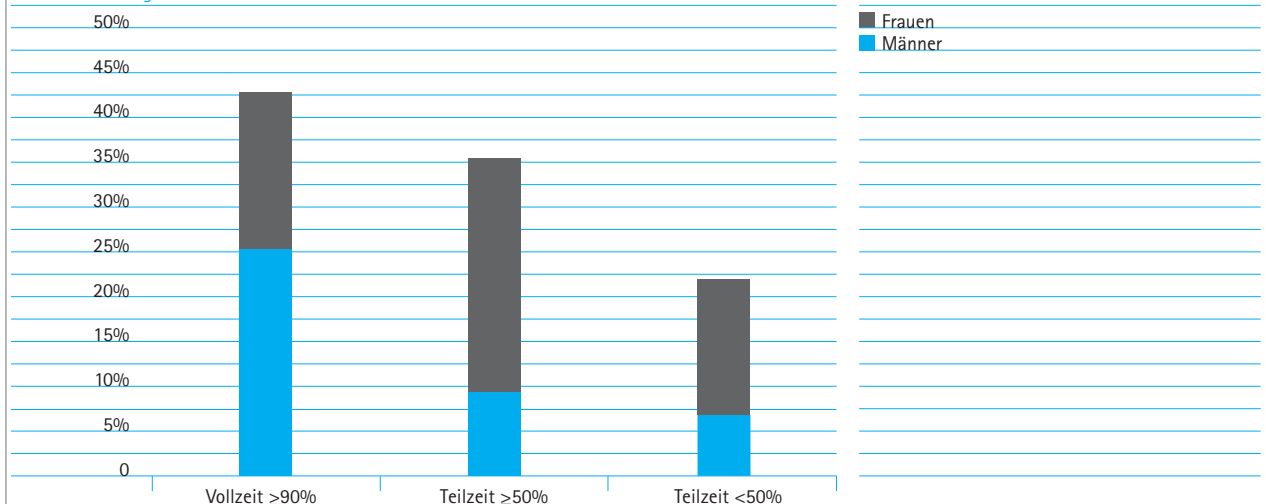
¹Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und der Staatskanzlei, d.h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik.

²2011 wurden Rückstellungen in Höhe von 2,6 Mrd. Franken zur nachhaltigen Finanzierung der BVK eingestellt.

Altersaufbau 2012 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)



Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Voll- und Teilzeit in Prozenten 2012

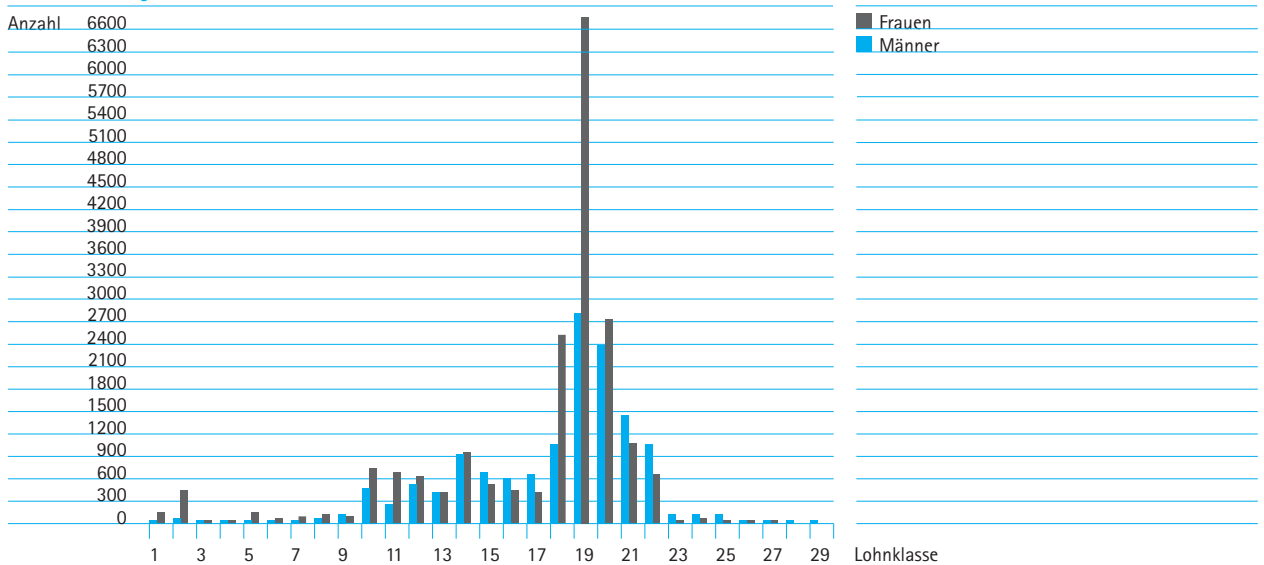


Lohnaufwand, Beschäftigungsumfang, Beschäftigte

		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Amts-Nr. / Bereich		2012	2011
Total	Direktionen und Staatskanzlei	1 960 788 098	2 050 388 481
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	9 538 749	10 068 633
2	Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)	181 189 549	174 663 611
3	Sicherheitsdirektion	432 006 860	433 143 191
4	Finanzdirektion	105 523 454	100 102 910
5	Volkswirtschaftsdirektion	70 158 105	71 085 893
6	Gesundheitsdirektion	227 330 152	229 309 378
7	Bildungsdirektion	781 385 151	883 937 994
8	Baudirektion	153 656 079	148 076 871

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2012				
	Total	Angestellte	Übrige	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
	25 212,5	24 537,4	675,1	33 809	19 793	14 016	14 466	19 343
	64,8	57,5	7,3	68	24	44	44	24
	1 601,1	1 581,3	19,8	1 852	880	972	1 205	647
	4 213,4	4 189,7	23,7	4 649	1 617	3 032	3 776	873
	1 091,0	896,0	195,0	975	453	522	773	202
	679,4	676,0	3,3	737	404	333	554	183
	2 451,1	2 207,3	243,8	2 894	1 790	1 104	1 322	1 572
	13 657,3	13 534,0	123,3	20 947	14 114	6 833	5 695	15 252
	1 454,1	1 395,5	58,9	1 687	511	1 176	1 097	590

Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2012



Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2012	2011
Total Direktionen und Staatskanzlei		1 960 788 098	2 050 388 481
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	9 538 749	10 068 633
	1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	9 538 749	10 068 633
2	Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)	181 189 549	174 663 611
	2201 Generalsekretariat: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	7 661 578	7 483 540
	2204 Strafverfolgung Erwachsene	43 570 449	42 738 591
	2205 Jugendstrafrechtspflege	9 878 506	10 177 039
	2206 Amt für Justizvollzug	83 401 539	82 077 370
	2207 Gemeindeamt	7 346 560	7 731 929
	2221 Handelsregisteramt	5 504 556	5 550 296
	2223 Statistisches Amt	2 971 993	3 240 838
	2224 Staatsarchiv	4 537 454	4 251 976
	2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen ⁵		2 484 800
	2232 Fachstelle Opferhilfe	678 723	772 590
	2233 Fachstelle für Gleichstellung	416 530	577 892
	2234 Fachstelle Kultur	999 398	892 029
	2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	815 634	730 268
	2251 Bezirksräte (mit Personal)	5 907 194	5 954 453
	2261 Statthalterämter ⁶	7 499 434	
3	Sicherheitsdirektion	432 006 860	433 143 191
	3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugs- aufgaben / Rekursabteilung	9 492 043	8 804 405
	3100 Kantonspolizei	343 962 399	339 715 016
	3200 Strassenverkehrsamt	32 123 329	32 000 540
	3300 Migrationsamt	13 923 704	13 866 028
	3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 648 341	13 316 600
	3500 Kantonales Sozialamt	18 857 043	18 147 030
	3600 Statthalterämter ⁶		7 293 572

¹ Angestellte in Vollzeiteneinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad $\geq 90\%$

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $< 90\%$

⁵ Das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen wurde zum 1. Januar des Berichtsjahres verselbstständigt.

⁶ Die Aufsicht über die Statthalterämter wurde auf den 1. Januar des Berichtsjahres der Direktion der Justiz und des Innern übertragen.

Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2012				
Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
25 212,5	24 537,4	675,1	33 809	19 793	14 016	14 466	19 343
64,8	57,5	7,3	68	24	44	44	24
64,8	57,5	7,3	68	24	44	44	24
1 601,1	1 581,3	19,8	1 852	880	972	1 205	647
58,2	58,2		72	32	40	46	26
332,0	329,9	2,1	378	229	149	280	98
81,3	79,8	1,5	95	64	31	44	51
811,5	802,6	8,8	895	311	584	657	238
60,2	60,2		71	33	38	39	32
55,8	55,8		70	49	21	36	34
25,6	24,8	0,8	31	10	21	14	17
47,2	46,6	0,6	73	48	25	17	56
6,1	6,1		8	8		3	5
3,3	3,0	0,3	4	3	1	1	3
6,6	6,6		8	5	3	2	6
6,9	6,9		9	4	5	2	7
44,1	38,4	5,7	53	37	16	23	30
62,6	62,6		85	47	38	41	44
4 213,4	4 189,7	23,7	4 649	1 617	3 032	3 776	873
84,3	84,3		102	62	40	66	36
3 286,7	3 285,2	1,6	3 641	1 135	2 506	3 042	599
346,8	346,8		367	136	231	331	36
159,7	159,7		170	112	58	141	29
134,9	132,9	2,0	143	41	102	116	27
200,9	180,8	20,1	226	131	95	80	146

⁷ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁸ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁹ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand 2011 und 2012 nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹⁰ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wurde bis 2011 zu 68% und ab 2012 zu 80% von den Gemeinden rückerstattet.

Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2011 rund 1030,9 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 1083,4 Mio. Franken.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2012	2011
4	Finanzdirektion	105 523 454	100 102 910
	4000 Generalsekretariat	1 643 552	1 604 034
	4100 Finanzverwaltung	6 901 763	6 023 740
	4300 Amt für Tresorerie	603 231	610 880
	4400 Steueramt	83 285 271	78 747 652
	4500 Personalamt ⁷	7 509 113	7 415 942
	4600 Direktionsübergreifende Informatik	1 114 252	1 129 729
	4700 Drucksachen- und Materialzentrale	4 466 273	4 570 933
5	Volkswirtschaftsdirektion	70 158 105	71 085 893
	5000 Generalsekretariat	3 435 223	3 536 291
	5205 Amt für Verkehr	6 566 710	6 224 494
	5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit ⁸	60 156 172	61 325 108
6	Gesundheitsdirektion⁹	227 330 152	229 309 378
	6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	11 855 842	12 332 077
	6100 Aufsicht und Bewilligungen	14 141 150	13 516 687
	6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation ¹⁰	8 963 143	8 724 324
	6400 Psychiatrische Versorgung	192 414 016	194 882 810
	6999 Lohnnachzahlungen Gesundheitswesen	-44 000	-146 520

¹ Angestellte in Volleinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen wurde zum 1. Januar des Berichtsjahres verselbstständigt.

⁶ Die Aufsicht über die Statthalterämter wurde auf den 1. Januar des Berichtsjahres der Direktion der Justiz und des Innern übertragen.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2012				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	1 091,0	896,0	195,0	975	453	522	773	202
	11,0	10,7	0,3	12	7	5	10	2
	58,1	57,6	0,5	63	39	24	45	18
	4,0	4,0		4	1	3	4	
	729,1	727,6	1,5	788	363	425	632	156
	232,3	39,6	192,7	48	32	16	31	17
	7,6	7,6		9	2	7	6	3
	49,0	49,0		51	9	42	45	6
	679,4	676,0	3,3	737	404	333	554	183
	26,4	26,4		28	12	16	23	5
	49,0	48,5	0,6	54	19	35	37	17
	603,9	601,2	2,8	655	373	282	494	161
	2 451,1	2 207,3	243,8	2 894	1 790	1 104	1 322	1 572
	85,6	84,7	0,9	103	57	46	59	44
	133,8	124,2	9,6	150	79	71	97	53
	93,9	93,0	0,9	114	74	40	78	36
	2 137,8	1 905,4	232,4	2 527	1 580	947	1 088	1 439

⁷ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁸ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁹ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand 2011 und 2012 nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹⁰ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wurde bis 2011 zu 68% und ab 2012 zu 80% von den Gemeinden rückerstattet.

Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2011 rund 1030,9 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 1083,4 Mio. Franken.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2012	2011
7	Bildungsdirektion	781 385 151	883 937 994
	7000 Bildungsverwaltung	39 982 025	39 819 579
	7100 Lehrmittelverlag	2 850 238	2 747 600
	7200 Volksschule, einschliesslich Vikare ¹⁰	209 535 743	324 950 564
	7301 Mittelschulen	256 227 117	252 084 892
	7306 Berufsbildung	212 822 992	206 073 209
	7501 Jugend- und Familienhilfe	46 390 436	44 805 003
	7502 Berufs- und Studienberatung	13 576 600	13 457 147
8	Baudirektion	153 656 079	148 076 871
	8000 Generalsekretariat	10 123 019	9 765 251
	8100 Hochbauamt	12 531 401	13 806 833
	8300 Amt für Raumentwicklung	13 412 105	13 240 898
	8400 Tiefbauamt	43 199 291	42 031 466
	8500 AWEL	27 025 922	27 247 668
	8700 Immobilienamt	10 878 104	10 703 286
	8800 Amt für Landschaft und Natur	36 486 236	31 281 469

¹ Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen wurde zum 1. Januar des Berichtsjahres verselbstständigt.

⁶ Die Aufsicht über die Statthalterämter wurde auf den 1. Januar des Berichtsjahres der Direktion der Justiz und des Innern übertragen.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2012				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	13 657,3	13 534,0	123,3	20 947	14 114	6 833	5 695	15 252
	328,0	326,4	1,6	419	263	156	182	237
	28,5	27,5	1,0	29	13	16	20	9
	9 279,6	9 279,6		13 221	10 030	3 191	4 059	9 162
	1 829,2	1 821,3	7,9	3 035	1 552	1 483	729	2 306
	1 651,7	1 546,3	105,4	3 213	1 375	1 838	587	2 626
	427,9	421,5	6,4	861	752	109	100	761
	112,4	111,5	0,9	169	129	40	18	151
	1 454,4	1 395,5	58,9	1 687	511	1 176	1 097	590
	81,4	81,2	0,2	89	34	55	68	21
	104,0	102,8	1,2	112	34	78	88	24
	109,8	109,3	0,4	131	43	88	69	62
	452,4	442,4	10,1	455	42	413	418	37
	239,1	230,9	8,2	262	70	192	188	74
	115,2	112,2	3,0	170	81	89	85	85
	352,6	316,7	36,0	468	207	261	181	287

⁷ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁸ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁹ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand 2011 und 2012 nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

¹⁰ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wurde bis 2011 zu 68% und ab 2012 zu 80% von den Gemeinden rückerstattet.

Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2011 rund 1030,9 Mio. Franken und im Berichtsjahr rund 1083,4 Mio. Franken.

Umwelt

Hauptereignisse

Die kantonale Verwaltung hat eine Vorbildrolle im eigenen Umweltverhalten. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz im Generalsekretariat der Baudirektion (Leistungsgruppe Nr. 8000) nimmt in der Betriebsökologie direktionsübergreifend eine breit gefächerte Beratungstätigkeit wahr, hat verschiedene Hilfsmittel und Fachveranstaltungen initiiert und bei deren Ausführung mitgearbeitet. Für die Bauökologie wird diese Rolle von der Fachstelle Bauökologie im Stab des Hochbauamtes wahrgenommen. Die folgenden Hauptereignisse sind eine Auswahl der im vergangenen Jahr erfolgten Tätigkeiten.

Neulancierung Büroökologiekurs

Gemeinsam mit der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat die Koordinationsstelle für Umweltschutz im Berichtsjahr den bereits in früheren Jahren durchgeführten Büroökologiekurs neu konzipiert und auf das aktuelle Büromaterial-Sortiment angepasst. Im Frühling wurde der neue Kurs ein erstes Mal durchgeführt. Der Kurs richtet sich in erster Linie an Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung, Gemeinden und öffentlichen Institutionen, die Büromaterialien bei der kdmz bestellen und dabei sowohl einen Beitrag zur Ökologie im Büroalltag leisten wollen als auch die Kosten optimieren möchten. Aufgrund des Echos durch die Kursteilnehmenden wird der Büroökologiekurs nun wieder jährlich angeboten. Zudem ist auf der Grundlage dieses Kurses ein weiterer Büroökologiekurs speziell für Lehrpersonen in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule in Vorbereitung.

Öffentlich beschaffen – ökologisch und fair

Gemeinsam mit der Stadt Schaffhausen wurden im Herbst zwei Pilotkurse auf der Grundlage des Leitfadens öffentliche Beschaffung der Interessengemeinschaft ökologische Beschaffung Schweiz (IGÖB) in Schaffhausen und in Zürich durchgeführt. Anhand verschiedener Praxisbeispiele hauptsächlich aus den Verwaltungen von Kanton und Stadt Zürich, von der Stadt Schaffhausen und der Bundesverwaltung wurde Fachwissen zu einer ökologisch und sozial verantwortungsbewussten öffentlichen Beschaffung vermittelt. Der Kurs richtete sich an Einkaufsverantwortliche von öffentlichen Institutionen in den Kantonen Zürich und Schaffhausen, die dem öffentlichen Submissionsrecht unterliegen, aber nicht regelmässig beschaffen und sich insofern bisher kein vertieftes Knowhow aneignen konnten. Aufgrund der aus den beiden Pilotkursen gewonnenen Erfahrung sollen durch die IGÖB weitere Kurse in anderen Kantonen initiiert werden.

Recyclingpapieranteil weiterhin steigend

Wie in den vergangenen Jahren, nahm die Recyclingpapierrate in den drei Papierkategorien (Kopierpapier, Drucksachen und Couverts) erneut zu. Inzwischen haben drei Direktionen die mit RRB Nr. 1244/2009 vorgegebenen Quoten erreicht. Bei den anderen Direktionen wurde die Quote in mindestens einer Kategorie erfüllt und in den übrigen Kategorien nur sehr knapp verfehlt. Gesamthaft über alle drei Papierkategorien betrachtet, bezieht die kantonale Verwaltung bereits rund zwei Drittel der Papiermenge in Recyclingqualität. Noch rund ein Drittel sind hauptsächlich FSC-Frischfaserpapiere.

Umweltkennzahlen

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen. Sie werden jährlich erfasst.

		2011	Ziele 2012	2012	Ziele 2013
Anteil Recyclingfasern					
Gesamtverwaltung	[% des Kopierpapierverbrauches]	53,1	> 50 ¹	58	> 50 ¹
	[% der Druckaufträge]	60	> 50 ¹	66	> 50 ¹
	[% der Couvertbestellungen]	89	> 80 ¹	92	> 80 ¹
Kopierpapierverbrauch					
(Ziele einschliesslich Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	8 800	7 700	8 600	7 600
Wärmeverbrauch ²	[kWh/m ²]	106 ²	104	³	102
Elektrizitätsverbrauch ²	[kWh/m ²]	77 ²	76,6	³	76,2
Wasserverbrauch	[l/m ²]	431 ²	427	³	422
Treibhausgas-Ausstoss ²	[kg/m ²]	15,4 ^{2,4}	15,1	³	14,8
Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben					
Abfall ⁵	[t]	947,2	–	1009,5	–
Wiederverwertbarer Anteil	[%]	69	–	69	–

¹ Der Zielwert für Recyclingpapier im Berichtsjahr entspricht dem im RRB Nr. 1244/2009 festgehaltenen Zielwert, welcher von jeder Direktion erreicht werden muss.

² Spezifischer Energie- und Wasserbedarf der kantonseigenen Gebäude im Verwaltungsvermögen (Universität Daten 2010).

³ Da die Datenauswertung für das Berichtsjahr erst im Verlauf des Frühlings abgeschlossen ist, kann noch nicht über die Zielerreichung berichtet werden.

⁴ Der angegebene Treibhausgas-Ausstoss wurde aus dem Wärme- und Stromverbrauch ermittelt.

⁵ Zentral- und Bezirksverwaltung

Kommentar

Anteil Recyclingfasern beim Papier

Die Vorgaben des Regierungsrates konnten bei der Recyclingrate gesamthaft 2012 für die drei Kategorien Kopierpapier, Drucksachen und Couverts erfüllt werden. Drei Direktionen haben die vorgegebenen Kriterien in allen Kategorien erfüllt. Bei den anderen Direktionen wurden zum Teil nur sehr knapp die vorgegebenen Kriterien in mindestens einer Kategorie verfehlt.

Kopierpapierverbrauch

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Kopierpapier ist 2012 gegenüber 2011 leicht gesunken.

Abfall und wiederverwertbarer Anteil

Der wiederverwertbare Anteil konnte auf 69% gehalten werden, während die gesamte Entsorgungsmenge leicht höher ausfiel als 2011.

Gleichstellung von Frau und Mann

Hauptereignisse

Das Koordinationsgremium Vereinbarkeit Beruf und Familie wurde nach abgeschlossener Arbeit aufgelöst. Projekte wurden in Absprache zwischen der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann und einzelnen Direktionen bilateral und spezifisch weitergeführt:

In einigen Direktionen wurde stärkeres Gewicht auf die Kadernachwuchsförderung gelegt; vermehrt wurde auch auf die Möglichkeit einer Kaderlaufbahn für Frauen aufmerksam gemacht.

Mit dem dritten Teil des Benchmarking-Projektes «Familienfreundlichkeit» der Kantone Basel-Stadt und Zürich zeigte die Fachstelle anhand von drei konkreten Gemeinden auf, wie sich Kinderbetreuungskosten und Steuern auf die Erwerbsanreize von Eltern mit kleinen Kindern negativ auswirken können und mit welchen Massnahmen Gemeinden konkret etwas dagegen tun können. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann und das Amt für Jugend und Berufsberatung planen nun die Herausgabe eines Informationsinstruments für die Gemeinden.

Erstmals hat die Fachstelle zusammen mit der Finanz-, Volkswirtschafts-, Bildungs-, und Baudirektion sowie der Staatskanzlei zum «Nationalen Zukunftstag – Seitenwechsel für Jungen und Mädchen» verwaltungsinterne, direktionsübergreifende Aktivitäten organisiert, welche das Programm der einzelnen Direktionen an diesem Tag ergänzen und unterstützen. Die Resonanz war über Erwarten gross und die Rückmeldungen sehr positiv. Die Fachstelle für Gleichstellung ist weiterhin Mitglied der Steuerungsgruppe des Nationalen Zukunftstages, welche das Projekt schweizweit steuert und unterstützt.

Für unterschiedliche Aus- und Weiterbildungsangebote sowie kantonale Gremien wurde weiterhin Gleichstellungswissen aufbereitet, zur Verfügung gestellt und vermittelt, unter anderem für die Führungsausbildung für Kader der kantonalen Verwaltung.

In der Gleichstellungskommission wechselte das Präsidium und waren nach entsprechenden Rücktritten zwei neue Mitglieder zu bestellen. Die Kommission hat sodann zum neunten Mal den Kinderbetreuungsindex veröffentlicht.

Öffentlichkeitsprinzip

Hauptereignisse

Die Anzahl der formellen Informationszugangsgesuche gemäss §§ 20 Abs. 1 und 24 ff. des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG), d. h. die Gesuche, die ein schriftliches Verfahren erfordern, bewegte sich auch im Berichtsjahr weiterhin in verhältnismässig bescheidenem Rahmen. Die erneut deutlichste Veränderung weist die Direktion der Justiz und des Innern auf. Sie ist wiederum auf eine Zunahme der Gesuche um Einsicht in Strafakten abgeschlossener Verfahren bei der Oberstaatsanwaltschaft zurückzuführen, was diese Amtsstelle nicht unerheblich belastet. Die Bearbeitung der schriftlichen Zugangsgesuche verursachte insgesamt mehrfach namhaften Aufwand, insbesondere wenn ihnen nicht oder nur teilweise entsprochen werden konnte.

Seit dem 1. Oktober 2008 können bei der Staatskanzlei mittels Internet-Formular Beschlüsse des Regierungsrates bestellt werden, die vor diesem Datum ergangen und deshalb nicht im Internet zugänglich sind. Von den bis zum 31. Dezember insgesamt erfassten 689 Bestellungen entfielen 196 auf das Berichtsjahr (Vorjahr 151). Davon wurden 106 (67) innert 1 Tag, 43 (31) innert 2–5 Tagen und 47 (49) innert 6–30 Tagen beantwortet. Bei keiner Bestellung (4) beanspruchte die Bearbeitung mehr als die gesetzliche Frist von 30 Tagen (§ 28 IDG). Im Berichtsjahr mussten 4 (0) Bestellungen auf den schriftlichen Weg gemäss § 24 Abs. 1 IDG verwiesen werden. Vermehrt betrafen diese Internet-Bestellungen Informationen, über deren Öffentlichkeit bereits früher entschieden worden ist oder die anderweitig öffentlich zugänglich sind und deshalb auch mit geringem Aufwand behandelt werden konnten, beispielsweise durch Angabe der betreffenden Quelle (§ 25 Abs. 1 IDG).

Ebenfalls seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips am 1. Oktober 2008 werden die Beschlüsse des Regierungsrates im Internet veröffentlicht (www.rrb.zh.ch), soweit dem keine rechtlichen Gründe entgegenstehen (insb. der Schutz von Persönlichkeitsrechten Privater). Die steigende Quote der öffentlich zugänglichen Beschlüsse hängt mit der erneuten Abnahme der (grundsätzlich nicht öffentlichen) Rechtsmittelentscheide des Regierungsrates zusammen. Dies führte ebenfalls zu einem Rückgang der protokollierten Beschlüsse überhaupt (vgl. «Allgemeiner Geschäftsgang» im Teil Regierungsrat des Geschäftsberichtes).

Jahr	2009	2010	2011	2012
Beschlüsse insgesamt	2146	1902	1588	1384
davon öffentlich	1198	1072	1005	920
Anteil	55,8%	56,4%	63,3%	66,5%

Schriftlich eingereichte Gesuche um Informationszugang gemäss § 20 und 24 IDG

Von der nachstehenden Statistik nicht erfasst werden die informellen, d. h. telefonisch oder per E-Mail gestellten, Informationszugangsgesuche und Anfragen, die in ihrer Gesamtheit einen nicht unbedeutenden Aufwand für die verschiedenen Amtsstellen zur Folge hatten.

2012	hängig am 31.12.2011	Anzahl schriftl. Gesuche 2012			Zugangsentscheide				hängig am 31.12.2012	Gebührenerhebung erledigter Gesuche		
		davon durch Medien	uneinge- schränkt gewährt	eingeschränkt gewährt (formelle Verfügung § 27 IDG)	teilweise	ganz (Zugang abgelehnt)	davon ange- fochten	ander- weitige Erledigung (Rückzug/ Gegen- stands- losigkeit)		kosten- loser Zugang	mit Kosten- folgen	Gesamt- betrag (Fr.)
J1	2	608	3	418	21	4	1	137	30	578	2	715
DS ¹		5		2		3				5		
FD		7	2	7						7		
VD		11		11						11		
GD	5	21		12		13			1	24	1	150
BI ²		20	4	8	6		1		6	14		
BD		6		4	1				1	4	1	150
SK		0										
Total	7	678	9	462	28	20	2	137	38	643	4	1015

¹ ohne 12 172 Akteneinsichtsgesuche bei der Kantonspolizei nach §§ 11 und 12 POLIS-VO

² ohne 47 Akteneinsichtsgesuche im Bereich der ehemaligen Vormundschaftsbehörden (AJB, heute KESB)

Integration der ausländischen Bevölkerung

Hauptereignisse

Kantonales Integrationsprogramm

Mit Beschluss Nr. 1105 vom 14. September 2011 beauftragte der Regierungsrat die Direktion der Justiz und des Innern, in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion und der Sicherheitsdirektion eine kantonale Integrationsstrategie und ein kantonales Integrationsprogramm zu erarbeiten und dem Regierungsrat zur Festsetzung zu unterbreiten.

Das kantonale Integrationsprogramm soll in folgenden Schritten erstellt werden:

1. Bestandesaufnahme der laufenden Integrationsmassnahmen in den Regelstrukturen und der Massnahmen der spezifischen Integrationsförderung;
2. Identifikation von Redundanzen und Defiziten bei allen Angeboten;
3. Erarbeitung einer kantonalen Integrationsstrategie einschliesslich Grundsätze und Ziele;
4. Erarbeitung eines kantonalen Integrationsprogramms mit zielführenden Massnahmen, Strukturen und Steuerungsmechanismen.

Zur Koordination der Massnahmen setzte der Regierungsrat für die laufende Legislatur unter der Federführung der Direktion der Justiz und des Innern ein direktionsübergreifendes Koordinationsgremium (Steuerungsgruppe) ein. In der Steuerungsgruppe nehmen unter der Leitung der Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern und der Sicherheitsdirektion auch Exekutivvertreter dreier Gemeinden Einsitz. Das Sekretariat wird durch die Fachstelle für Integrationsfragen geführt.

Für das Projekt zur Erarbeitung der Integrationsstrategie und des Integrationsprogramms und die Vorbereitung von dessen Umsetzung wurde eine neue Ausgabe von Fr. 200 000 für das Jahr 2012 und Fr. 400 000 für das Jahr 2013 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 2241, Fachstelle für Integrationsfragen, bewilligt.

Im Berichtsjahr wurden unter Einbezug aller Direktionen eine Bestandesaufnahme und eine Bedarfsanalyse der spezifischen Integrationsförderung durchgeführt und darauf eine Integrationsstrategie entworfen.

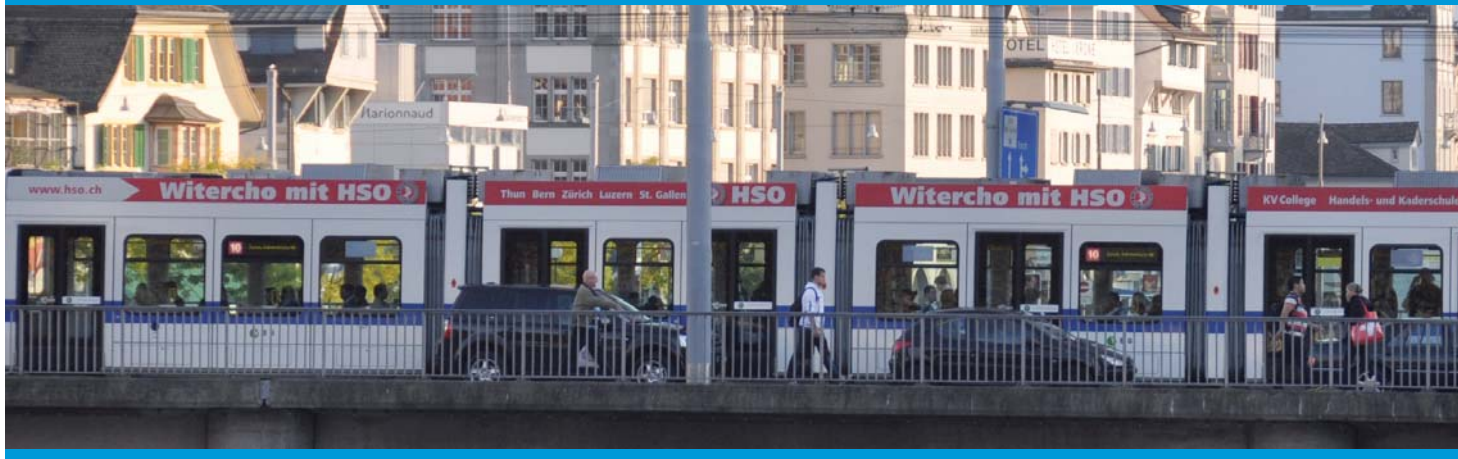
Die Steuergruppe hat die Strategie dem Regierungsrat unterbreitet. Dieser hat die Strategie im Dezember des Berichtsjahres zur Kenntnis genommen und die Direktion der Justiz und des Innern damit beauftragt, auf dieser Grundlage – abgestimmt mit den Direktionen – Vorschläge für Massnahmen zu erarbeiten und diese in einem Entwurf für das kantonale Integrationsprogramm dem Regierungsrat zu unterbreiten.

Öffentlichkeitsarbeit

Die inhaltliche und gestalterische Mitarbeit der anderen Direktionen bei der Plakatkampagne wurde abgeschlossen. Die Kampagne wird aber weitergeführt.

Interdirektionaler Runder Tisch Integration

Der «Interdirektionale Runde Tisch», welcher über die Verwendung der sogenannten Einmalpauschale für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene bestimmt, hat die Finanzierung des sehr erfolgreich gestarteten Arbeitsintegrationsprojekts «Jucomo» auch 2012 weitergeführt (RRB Nr. 940/2011). Ebenso wurde das Projekt «Kompetenzbilanz für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge» der AOZ (RRB Nr. 334/2011) fortgeführt. Da der Bedarf an Plätzen in Projekten, welche die Förderung der beruflichen Eingliederung zum Ziel haben, nach wie vor hoch ist, wurden neu die Projekte «Anschluss» des SAH (RRB Nr. 249/2012) und «Berufsintegration Flüchtlinge B und F» des Vereins Impulsis (RRB Nr. 788/2012) vom Runden Tisch übernommen.



Behörden und andere Organisationen

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Der Kantonsrat verfügt über keinen eigenen Geschäftsbericht.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4,5	4,5	4,5	0,0
W2 PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5,2	5,5	5,2	-0,3
W3 PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidien mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5,6	5,5	5,6	0,1
Leistungen					
L1 KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	167	120	133	13
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	P	0,77	0,75	0,8	0,05
L3 KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	P		160	156	-4
L4 K: Zahl behandelter Vorlagen	P	127	110	109	-1
L5 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	P	215	150	178	28
L6 K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	P	1,9	3,5	2,9	-0,6
L7 K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	P		100	98	-2
L8 K: Erfüllungsgrad des Jahresprogramms GPK	P	90%			
L9 PD: Zahl der Protokolle	P	406	350	462	112

Wirtschaftlichkeit

B1	PD: Kosten je Vollstelle	max.	151 410			
B2	PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	2 569	2 754	2 685	-69
B3	PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	904	907	858	-49

Abweichungsbegründungen

W1-W3 Die Zahlen für den GB 2012 beruhen auf der Erhebung der Zufriedenheit im Januar 2010. Die nächste Umfrage findet im Januar 2014 statt.

L3/L7 Neue Indikatoren

L5 Einige parlamentarische Initiativen und regierungsrätliche Vorlagen mit längeren Verweildauern

L9 Mehr Kommissionssitzungen; nicht budgetiert waren die Protokolle über die Sitzungen der PUK BVK.

L8/B1 Werden ab Budget 2012 nicht mehr erhoben, da sie wenig aussagekräftig sind.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-9,1	-9,6	-9,5	0,1
Kreditübertragungen aus 2011		-0,2		
Saldo	-9,1	-9,6	-9,5	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	14,0	14,1	14,0	-0,1

Erfolgsrechnung

Der Minderaufwand ist insbesondere auf weniger Sitzungsgelder und geringere Aufwendungen für externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw. zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	22 719	0	0	22 719	0

9020 Finanzkontrolle

Gemäss § 22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrates und des Regierungsrates. Der Bericht wird veröffentlicht. Die Publikation des Tätigkeitsberichts 2012 der Finanzkontrolle erfolgt Ende Mai 2013.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anteil der umgesetzten Empfehlungen in % (aufgrund Stellungnahmen)	min.	91	90	92	2
Leistungen						
L1	Anteil der Feststellungen/Empfehlungen in % aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	36	30	32	2
L2	Prüfintervall in Jahren	max.	4	4	4	0
L3	Anzahl Revisionen pro Jahr	P	194	180	186	6
Wirtschaftlichkeit						
B1	Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG in % zur verfügbaren Präsenzzeit	min.	79	80	81	1

Finanzielle Entwicklung

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,2	1,2	1,2	0,0
Aufwand	-5,2	-5,3	-5,3	0,0
Saldo	-4,0	-4,1	-4,1	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,2			
Saldo	-0,2			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	24,8	25,0	24,5	-0,5

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	107 200	-23 000		84 200	-23 000

9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmannes.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	-					
Leistungen						
L1	Zahl der eingegangenen Geschäfte	P	699	800	721	-79
L2	Zahl der erledigten Geschäfte	P	688	800	727	-73
Wirtschaftlichkeit						
B1	-					

Die Zahl der Geschäfte ist hauptsächlich deshalb geringer als erwartet, weil die Beschwerden aus dem Migrationsbereich nach 2010 zurückgegangen sind.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand	-1,2	-1,2	-1,3	-0,1
Saldo	-1,1	-1,2	-1,2	-0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4,1	4,1	4,4	0,3

Erfolgsrechnung

Die Verschlechterung gegenüber dem Budget ist auf höheren Personalaufwand wegen einer Frühpensionierung und erhöhte Informatikkosten (Website) zurückzuführen.

Der Ertrag hat zugenommen, weil die Gemeinden erstmals einen Beitrag an die Kosten der Ombudsstelle geleistet haben.

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst den Ombudsmann sowie 3,4 Angestellte.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	13 039	0	0	13 039	0

9071 Datenschutzbeauftragter

Tätigkeitsbericht 2012

Herausgeber: Datenschutzbeauftragter des Kantons Zürich. Erscheinungszeitpunkt: Juni 2013

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Kundenbeurteilung der Qualität der Leistungen	min.	–	gut	gut	
W2 Anzahl umgesetzter Hinweise (in %)	P	35	60	34	
Leistungen					
L1 Anteil komplexer Beratungen von öffentlichen Organen (in %)	P	22	33	26	
L2 Anteil aufwendiger Beratungen von Privatpersonen (in %)	P	6	15	13	
L3 Anzahl Grundsatzfragen und Stellungnahmen	max.	13	25	11	14
L4 Anzahl Datenschutz-Reviews	min.	19	35	18	–17
L5 Zuwachs Besuche auf Internetangeboten (in %)	P	nicht erhoben	5	nicht erhoben	
L6 Anzahl Teilnehmerstunden an Weiterbildungsangeboten	min.	747	500	1 193	693

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,1	0,2	0,0	–0,1
Aufwand	–2,0	–2,3	–2,1	0,2
Saldo	–1,9	–2,1	–2,1	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8,5	9,2	8,8	–0,4

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	34 911	0	8 000	42 911	8 000

Bildung von Rücklagen

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung von etwa Fr. 25 000 aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden. Beanspruchung von ca. 30% dieses Betrages für die Bildung von Rücklagen 2012.

9030 Obergericht und angegliederte Gerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2013 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert sechs Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	79,2	>70	73,7	3,7
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert sechs Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	57,3	>80	87,5	7,5
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Fr.	P	1 929 197	3 300 000	2 006 538	-1 293 462
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	1 546 583	1 650 000	901 886	-748 114
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	849 017	700 000	857 679	157 679
Leistungen						
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren (A1)	P	363	458	1 199	741
L2	Erledigung von Berufungen (A1)	P	1 843	1 131	1 281	150
L3	Erledigung von Rekursen und Beschwerden (A1)	P	1 243	1 575	1 882	307
L4	Erledigung von anderen Verfahren (A1)	P	1 357	1 696	1 393	-303
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (einschliesslich Verfahren der Justizverwaltung) (A1)	P	8 156	7 870	9 274	1 404
L6	Anzahl Eingänge	P	8 979	7 870	8 196	326
L7	Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	3 632	</=3 900	2 500	-1 400
L8	Verhältnis Erledigungen: Eingänge = 1:1	min.	0,91:1	1:1	1,13:1	0,13
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	4 554	5 827	3 437	-2 390

Abweichungsbegründungen

L1–L7	Die Prognosen stellen jeweils den Durchschnittswert über drei Vorjahre dar (2008–2010). Am 1. Januar 2011 sind die eidgenössischen Prozessordnungen in Kraft getreten. Die neuen Gesetze haben Auswirkungen auf die Zuständigkeiten, die Rechtsmittelarten und auf den Verfahrensgang. Aus diesem Grund ist ein Vergleich mit den Prognosen dieser Indikatoren nicht mehr aussagekräftig, da diese auf der Grundlage der bis 31. Dezember 2010 massgebenden kantonalen Prozessordnungen berechnet wurden.
L1	Im Berichtsjahr wurden erstmals die handelsgerichtlichen Einzelrichtergeschäfte unter den erstinstanzlichen Verfahren berücksichtigt.
L5–L7	Die Geschäftseingänge waren im Berichtsjahr rückläufig. Die Zahl der Erledigungen stieg dagegen deutlich an. Der Rückgang bei den Pendenzen ist auf die statistische Bereinigung von Rechtshilfeverfahren zurückzuführen.
W3	Die Zahlungen für amtliche Verteidigungen haben gegenüber dem Vorjahr um knapp 5% zugenommen. Die Annahme, dass diese Kosten zulasten der Gerichtskasse stark ansteigen werden, hat sich beim Obergericht nicht im prognostizierten Umfang bestätigt.
W4	Die Kosten für unentgeltliche Rechtsbeistände sind im Berichtsjahr gegenüber dem Budget und der RE2011 zurückgegangen. Einerseits ist diese Entwicklung auf die seit 2011 gültige Praxis zurückzuführen, wonach die Aufwendungen der unentgeltlichen Rechtsbeistände von der jeweiligen Instanz getragen wird, während zuvor diese Kosten bei einem Weiterzug für beide Instanzen die Rechnung des Obergerichts belasteten. Andererseits sind die tieferen Kosten mit dem Rückgang bei den Geschäftseingängen in Zivilsachen erklärbar.
W5	Parteientschädigungen sind hauptsächlich bei Freisprüchen oder Teilreisprüchen in Strafprozessen auszusprechen. Im Berichtsjahr mussten Entschädigungen in der Höhe des Vorjahres ausgerichtet werden.
B1	Durch das positive Rechnungsergebnis und die hohe Anzahl Geschäftserledigungen sank der durchschnittliche Nettoaufwand pro Geschäft deutlich.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	20,9	17,4	25,6	8,1
Aufwand	–58,1	–62,7	–57,5	5,2
Saldo	–37,1	–45,2	–31,9	13,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1			
Ausgaben	–51,7	–29,0	–2,2	26,7
Saldo	–51,5	–29,0	–2,2	26,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	220,8	229,4	233,5	4,1

Erfolgsrechnung

Im Berichtsjahr konnten einige Prozesse mit sehr hohen Gebühren abgerechnet werden. Gerichtskosten aus 13 Verfahren brachten 40% des Gebührenertrags ein. Ausserordentlich hohe Abschöpfungen (Ablieferungen von unrechtmässigem Vermögensvorteil) trugen zum guten Ergebnis bei. Nach wie vor führen die Bemühungen im Nachinkasso von einstweilen abgeschriebenen Forderungen zu Rückerstattungen in der Höhe von rund jährlich 5 Mio. Franken.

Der Aufwand wird im Berichtsjahr geprägt von hohen (tatsächlichen) Forderungsverlusten. Andererseits führte die jährliche Bewertung des Forderungsbestands zu einer positiven Wertberichtigung im Umfang von 6 Mio. Franken. Die Wertberichtigungsbuchung führte praktisch zur Neutralisierung der tatsächlichen Forderungsverluste.

Investitionsrechnung

Mit dem Bezug des Um- und Erweiterungsbaus des Obergerichtes im Februar des Berichtsjahres fielen im Berichtsjahr marginal Investitionsausgaben an; aufgrund des Baufortschrittes Ende 2011 wurde der grösste Teil der Ausgaben in der Investitionsrechnung 2011 abgegrenzt (Wert am Bau).

Im IT-Bereich konnten geplante Vorhaben kostengünstiger umgesetzt werden. Zum Teil mussten Vorhaben verschoben werden.

Personal

Es mussten zusätzliche Stellen beim kaufmännischen und juristischen Kanzleipersonal bewilligt werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	852 869	626 498	400 000	626 371	-226 498

Das Obergericht verwendete Rücklagen zur Finanzierung von Literatur (Ausstattung der Bibliotheken mit Kommentaren zu den eidgenössischen Prozessordnungen), für nicht aktivierbare Anschaffungen (Möbiliar) und zur Deckung der Kosten für Einweihungsfeierlichkeiten für Publikum und Behörden im Zusammenhang mit dem Bezug des Um- und Erweiterungsbaus. Zudem wurden Personalförderungsmaßnahmen aus Rücklagen finanziert.

Die Bildung von Rücklagen wird mit dem positiven Rechnungsabschluss begründet. Unter anderem führten grosse Anstrengungen im Bereich des Nachinkassos zu Mehrertrag.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2013 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert sechs Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	78,4	>/=80	79,3	-0,7
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Fr.	P	12 185 499	13 500 000	12 346 140	-1153 860
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	10 532 356	10 757 000	10 812 943	55 943
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	1 690 950	1 128 000	1 073 220	-54 780
Leistungen						
L1	Summarische Verfahren (A1)	P	32 210	34 117	34 301	184
L2	Zivilprozesse (A1)	P	8 232	10 248	7 726	-2 522
L3	Strafprozesse (A1)	P	2 225	3 128	2 513	-615
L4	Haftrichtersachen (A1)	P	3 331	3 402	3 252	-150
L5	Mietschlichtungen (A1)	P	4 552	5 374	5 338	-36
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (einschliesslich Verfahren der Justizverwaltung) (A1)	P	54 307	60 000	54 445	-5 555
L7	Anzahl Eingänge	P	53 473	60 000	54 454	-5 546
L8	Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	10 663	</= 12 000	9 846	-2 154
L9	Verhältnis Erledigungen :Eingänge	min.	1,02:1	1:1	1:1	0
L10	Verhältnis Auditoren/-innen : Gerichtsschreiber/innen (A2)	min.	0,8:1	0,8	0,8	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	2 010	1 731	1 963	232
Abweichungsbegründungen						
W2	Die Auszahlungen für amtliche Verteidigungen hat nicht im angenommenen Ausmass zugenommen. Die Kosten für amtliche Verteidigung belasten die Erfolgsrechnung in Form von Forderungsverlusten, da diese Ausgaben in der Regel auf die Gerichtskasse abzuschreiben sind.					
L1-L7	Die Prognosen stellen jeweils den Durchschnittswert über drei Vorjahre dar (2008-2010). Am 1. Januar 2011 sind die eidgenössischen Prozessordnungen in Kraft getreten. Die neuen Gesetze haben Auswirkungen auf die Zuständigkeiten, die Rechtsmittelarten und auf den Verfahrensgang. Aus diesem Grund ist ein Vergleich mit den Prognosen dieser Indikatoren nicht mehr aussagekräftig, da diese auf der Grundlage der bis 31. Dezember 2010 massgebenden kantonalen Prozessordnungen berechnet wurden.					
L6-L8	Bei den Verfahrenseingängen und -erledigungen verzeichneten die Bezirksgerichte im Berichtsjahr im Vergleich zu 2011 eine leichte Zunahme. Pendenzen konnten abgebaut werden.					
B1	Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft hat gegenüber 2011 abgenommen. Ein Vergleich zum budgetierten Wert ist im Berichtsjahr aufgrund der unter L1-L7 genannten Abweichungsbegründung wenig aussagekräftig.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	36,9	36,9	40,6	3,7
Aufwand	-146,1	-148,6	-147,5	1,1
Saldo	-109,2	-111,7	-106,9	4,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-11,1	-9,3	-5,7	3,6
Saldo	-11,1	-9,3	-5,7	3,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	711,2	701,8	699,5	-2,3

Erfolgsrechnung

Der Gebührenertrag hat sich im Berichtsjahr weitgehend erholt. Im Übergangsjahr 2011 verzeichneten die Bezirksgerichte Mindererträge von rund 5 Mio. Franken. Weiterhin rückläufig sind dagegen die Erträge aus Bussen und Geldstrafen; Ursache ist die Verschiebung von Strafkompetenzen von den Bezirksgerichten zu den Staatsanwaltschaften.

Durch massvollen Umgang mit Ressourcen konnte der Personalaufwand entlastet werden. Andererseits verzeichneten die Bezirksgerichte im Berichtsjahr hohe Forderungsverluste. Zurückzuführen ist diese Entwicklung hauptsächlich auf Art. 135 Abs. 4 der Strafprozessordnung (StPO), wonach die Kosten für amtliche Verteidigung in der Regel zulasten der Gerichtskasse abzuschreiben sind.

Investitionsrechnung

Die Minderausgaben gegenüber dem Budget sind im Wesentlichen auf bereits 2011 ausgeführte Arbeiten im Zusammenhang mit dem Um- und Erweiterungsbau des Bezirksgerichts Bülach zurückzuführen. Der Baufortschritt war zulasten der Investitionsrechnung 2011 abzugrenzen und führte zur Entlastung der Investitionsausgaben im Berichtsjahr.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 041 860	481 839	450 000	2 010 030	-31 839

Die Bezirksgerichte verwendeten Rücklagen zur Finanzierung von befristeten Personaleinsätzen und für Förderungsmassnahmen zugunsten des Personals.

Die Bildung von Rücklagen wird mit dem positiven Rechnungsabschluss begründet. Einsparungen beim Personalaufwand sowie ein haushälterischer Umgang mit den budgetierten Mitteln unterstreichen die Bemühungen der Bezirksgerichte beim Haushaltsvollzug.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2013 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	min.	90	90	90	0
W2 Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres) in %	P	78,4	>75	74,5	-0,5
Leistungen					
L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt, in %	min.	90	90	90	-
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert vier Monaten in %	min.	71,7	75	66,7	-8,3
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert sechs Monaten in %	min.	85,4	90	76,3	-13,7
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren	min.	4	4	2	-2
L5 Anzahl Beurkundungen	P	62 867	60 000	55 237	-4 763
L6 Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	P	77 798	75 000	77 286	2 286
L7 Anzahl Konkurserledigungen	P	1 801	1 800	1 901	101
Wirtschaftlichkeit					
B1 Deckungsgrad in % (Aufwand/Ertrag)	P	191	136	149	13
Abweichungsbegründung					
B1	Der um 13% höhere Deckungsgrad ist geprägt von einzelnen hohen Gebührenerträgen von Grossgeschäften. Ohne diese Grossgeschäfte liegt der Deckungsgrad auf Niveau Budget.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	137,6	97,0	103,9	6,9
Aufwand	-72,2	-71,5	-69,8	1,7
Kreditübertragungen aus 2011		-0,1		
Saldo	65,3	25,5	34,1	8,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2,4	-6,9	-2,7	4,2
Kreditübertragungen aus 2011		-1,6		
Saldo	-2,4	-6,9	-2,7	4,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	421,7	441,0	427,6	-13,4

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung schliesst gegenüber dem Budget 2012 mit einer Saldoverbesserung von rund 8,6 Mio. Franken. Der Aufwand fiel mit 1,7 Mio. Franken um +2% tiefer aus als budgetiert, und der Ertrag erreicht mit 103,9 Mio. Franken eine Verbesserung gegenüber dem Budget von gut 6,9 Mio. Franken oder +7%. Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2011 ist eine Saldoverschlechterung von 31,2 Mio. Franken bzw. -48% zu verzeichnen (Erbschaftssteuer-Initiative).

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung schliesst mit einer Budgetunterschreitung von 4,2 Mio. Franken und ist auf die Verzögerung des elektronischen Grundbuchs und auf Verzögerungen in der Umsetzung des Telefoniekonzeptes sowie auf die Verschiebung und teilweisen Verzicht geplanter baulicher Massnahmen bei verschiedenen Notariaten zurückzuführen.

Personal

Die im Jahresdurchschnitt zur Verfügung gestandenen Ressourcen sind im Vorjahresvergleich zwar um 5,9 Vollzeitstellen gestiegen, entsprechen aber mit einer geringen Abweichung von lediglich 1,6 Vollzeitstellen dem bewilligten KEF-Budget von 426 Vollzeitstellen. Berücksichtigt man zusätzlich die 15 IT-projektbezogenen Stellen, liegt der durchschnittliche Ressourceneinsatz deutlich unter dem bewilligten KEF-Soll von höchstens 441 Vollzeitstellen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	783 548	157 000	200 000	826 548	43 000

Das Notariatswesen verwendet die Rücklagen für Personalförderungsmaßnahmen. Die Bildung von Rücklagen wird mit dem positiven Rechnungsabschluss begründet.

9061 Kassationsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Kassationsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2013 veröffentlicht wird.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anteil der erledigten Geschäfte innert sechs Monaten	P	0	0	0	0
W2 Anteil der erledigten Geschäfte, die mehr als ein Jahr beanspruchen	P	0	0	0	0
W3 Zahlungen des Staates an amtliche Verteidigungen in Fr.	P	88 661	60 000	171 566	-111 566
W4 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände in Fr.	P	43 959	33 500	3 040	-30 460
W5 Zahlungen des Staates an Entschädigungen an Parteien in Fr.	P	0	12 500	0	-1 200
Leistungen					
L1 Anzahl Erledigungen	P	118	36	29	-7
L2 Anzahl Eingänge	P	26	-	3	3
L3 Anzahl Pendenzen Ende Jahr	P	26	-	0	0
L4 Verhältnis Erledigungen/Eingänge laufendes Jahr (EQ I)	P	0	0	0	0
L5 Verhältnis Erledigungen/Eingänge Vorjahre (EQ II)	P	0	0	0	0
L6 Verhältnis Erledigungen/Eingänge Total (EQ III)	P	0	0	0	0
Wirtschaftlichkeit					
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	14 668	0	0	0
Abweichungsbegründungen					
W1/W2	Im Hinblick auf die Aufhebung des Kassationsgerichtes werden diese Indikatoren nicht mehr erhoben, da sie nicht mehr aussagekräftig erscheinen. Es gab im Berichtsjahr nur noch wenig Neueingänge; es waren die noch vorhandenen Fälle zu erledigen.				
W3	Im Berichtsjahr wurden noch einige grössere Geschworenengerichtsfälle erledigt, die entsprechende Verteidigerkosten ergaben. Zudem wurden im Hinblick auf die Aufhebung des Gerichtes die Verteidiger in allen Fällen der letzten Jahre, in denen noch keine Honorarnoten eingegangen waren, zur Rechnungsstellung aufgefordert.				
L3	Es konnten bis zum 30. Juni des Berichtsjahres alle Pendenzen erledigt werden.				
L4-L6	Diese Indikatoren werden nicht mehr erhoben. Sie sind im Hinblick auf die Aufhebung des Gerichtes und der Erledigung der noch pendenten Fälle nicht mehr aussagekräftig.				
B1	Der durchschnittliche Nettoaufwand pro Prozess wird nicht mehr berechnet, da er nicht mehr aussagekräftig ist. Im Berichtsjahr sind viele ausserordentliche Kosten nicht bei der Bearbeitung der verbleibenden Fälle, sondern bei der administrativen Auflösung des Gerichtes angefallen.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,6	0,3	1,0	0,7
Aufwand	-3,3	-3,1	-2,9	0,2
Saldo	-1,7	-2,9	-1,9	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	9,8	5,9	4,3	-1,6

Personal

Das Kassationsgericht übte seine Rechtsprechungstätigkeit nur bis zum 30. Juni des Berichtsjahres aus. Ab dem 1. Juli des Berichtsjahres bis zum 30. September bzw. bis Ende des Berichtsjahres waren nur noch der Präsident und der Vizepräsident, der Generalsekretär und dessen Stellvertreterin sowie die Kanzleichefin zur administrativen Auflösung des Gerichts tätig. Im Beschäftigungsumfang enthalten sind jedoch auch die anstelle von einmaligen Zahlungen zumeist als Verlängerung der Anstellungsverhältnisse bezogenen Abfindungen (§ 17 Abs. 2 der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz; LS 177.111) von bereits entlassenen juristischen Mitarbeitenden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	70 870	-70 870	0	0	-70 870

Die im Berichtsjahr aufgelösten Rücklagen wurden im Umfang von Fr. 1700 für einen (letzten) Personalanlass verwendet. Aufgrund der Aufhebung des Kassationsgerichtes wurden die Rücklagen im restlichen Umfang von Fr. 69170 zugunsten des Eigenkapitals gänzlich aufgelöst.

9063 Verwaltungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2013 veröffentlicht wird. Gleichzeitig wird der Rechenschaftsbericht 2012 auf der Website des Verwaltungsgerichtes abrufbar sein (www.vgrzh.ch).

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	863/82	800/80	912/84,5	112/11
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 6 und 12 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	167/16	150/15	141/13,1	-9/-1
W3 Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	17/2	40/4	23/2,2	-17/-1,7
W4 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	3/0	10/1	2/0,2	-8/-0,8
W5 Weiterzüge an das Bundesgericht (je absolut / in % von L1)	P	350/33	250/25	309/28,6	59/5,9
W6 Vom Bundesgericht korrigierte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	24/2	> 15/1,5	15/1,5	0/0
W7 Vom Bundesgericht bestätigte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	204/19	< 150/15	162/15	12/1,2
W8 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände		85 700	100 000	115 940	15 940
Leistungen					
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	1 050	1 000	1 079	79
L2 Anzahl Eingänge	P	1 049	1 000	1 100	100
L3 Anzahl Pendenzen	P	373	300	404	104
L4 Nettoverfahrensdauer in Monaten	P	4,2	5	4,2	-0,8
Wirtschaftlichkeit					
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	6 179	6 248	5 405	-843
Abweichungsbegründungen					
W1–W3	Die Anzahl der abgeschlossenen Prozesse innert 6 Monaten konnte gesteigert werden. Dafür wurden im Zeitraum zwischen 6 und 12 Monaten etwas weniger Geschäfte erledigt. Insgesamt wurden (wie im Vorjahr) innert 12 Monaten 98% der Prozesse abgeschlossen.				
W8	Erhöhte Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände infolge Zunahme der Gesuche im Fürsorge-, Ausländer- und Strafvollzugsrecht.				
L1/L2	Die Anzahl der erledigten Prozesse konnte von 1000 auf 1079 erhöht werden. Damit konnten die zusätzlichen (nicht budgetierten) Eingänge praktisch aufgefangen werden.				
B1	Dank höherer Erträge und mehr Prozesserledigungen konnte trotz höheren Aufwands (als budgetiert) die Wirtschaftlichkeit verbessert werden.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,5	2,6	3,1	0,5
Aufwand	–9,0	–8,8	–8,9	–0,2
Saldo	–6,5	–6,2	–5,8	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,1	–0,2	–0,3	–0,1
Saldo	–0,1	–0,2	–0,3	–0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	34,2	34,8	34,0	–0,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Die Verbesserung auf der Ertragsseite ist auf höhere Gebührenerträge zurückzuführen (mehr Eingänge und höhere Streitwerte als budgetiert).

Aufwand:

Höherer Aufwand als budgetiert, vor allem verursacht durch die EDV-Probleme, die schliesslich im November des Berichtsjahres durch Auslagerung der IT in die Direktion der Justiz und des Innern gelöst werden konnten.

Personal

Die leicht höhere Geschäftslast konnte ohne Erhöhung des Personalbestands bewältigt werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	213 056	–35 054	–3 379	174 623	–38 433

Planmässige Rücklagenauflösung

Im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Teambildung wurden Rücklagen in der Höhe von Fr. 35 054 aufgelöst.

Zusätzliche Rücklagenauflösung

Aufgrund des nicht genehmigten Nachtragskredits betreffend die Investitionsrechnung wurde das Investitionsbudget um Fr. 62 268 überschritten. Deshalb hat die Verwaltungskommission eine zusätzliche Rücklagenauflösung in gleicher Höhe bewilligt.

Antrag auf Bildung von Rücklagen

Dank verzögerter Besetzung von Richterstellen ohne personelle Kompensation wurde das Personalbudget um Fr. 58 889 nicht ausgeschöpft. Gestützt auf diesen endogenen Faktor, der zur Verbesserung der Rechnung 2012 beitrug, beantragt das Verwaltungsgericht die Bildung von Rücklagen in diesem Umfang.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2013 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	25,8	25	28,2	3,2
W2	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zwischen 6 und 12 Monaten	P	13,8	15	13,7	-1,3
W3	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zwischen 12 und 24 Monaten	P	57,7	58	56,1	-1,9
W4	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen über 24 Monaten	P	2,7	2	2	0
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	417 224	410 000	410 662	662
W6	Zahlungen des Staates an Parteien	P	4 800	4 000	4 150	150
Leistungen						
L1	Anzahl Erledigungen	P	2 705	2 900	2 532	-368
L2	Anzahl Eingänge	P	2 530	2 600	2 497	-103
L3	Anzahl Pendenzen	P	2 544	2 247	2 508	261
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	min.	1,1	1,12	1,01	-0,10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft in Fr.	P	4 728	4 455	4 980	525

Finanzielle Entwicklung

	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,9	0,9	-0,1
Aufwand	-13,6	-13,9	-13,5	0,4
Saldo	-12,8	-12,9	-12,6	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,1	-0,3		0,3
Saldo	-0,1	-0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	66,1	67,3	65,8	-1,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Es fielen weniger Gerichtsgebühren an als budgetiert (-93 000), wogegen sich bei den Rückerstattungen Dritter eine Verbesserung ergab (+19 000).

Aufwand:

Da der Stellenplan infolge von Austritten nicht zu 100% ausgelastet werden konnte, ergab sich eine Verbesserung bei den Richterlöhnen (+61 000) sowie bei den Löhnen des jur. Sekretariates (+242 000). Weiter entstanden Mehrkosten bei Software-Anschaffungen (-89 000), bei Honoraren für externe Experten (-86 000) und bei der Software-Wartung (-67 000). Ein Minderaufwand ergab sich bei den planmässigen Abschreibungen (+43 000), da der Investitionskredit im Rechnungsjahr 2012 nicht mehr beansprucht werden musste.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

Das Informatikprojekt «Realisierung einer virtuellen Client-Infrastruktur» konnte grösstenteils bereits 2011 umgesetzt werden, weshalb der Investitionskredit im Rechnungsjahr 2012 nicht mehr beansprucht werden musste (+300 000).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	269 587	0	0	269 587	0

9065 Baurekursgericht

Die ausführliche Berichterstattung des Baurekursgerichtes ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird im April 2013 publiziert. Gleichzeitig wird der das Baurekursgericht betreffende Teil auf der Homepage des Baurekursgerichtes www.baurekursgericht-zh.ch aufgeschaltet sein.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in %)	P	851/90	> 800/80	710/90	-90/10
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 6 und 12 Monaten (absolut / in %)	P	94/9	< 150/15	74/9	-
W3 Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monaten (absolut / in %)	P	5/1	< 50/5	8/1	-
W4 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten (absolut / in %)	P	0/0	0/0	0/0	-
W5 Weiterzüge an das Verwaltungsgericht (absolut / in % bezogen auf L1)	P	109/11	< 150/15	120/15	-
W6 Vom Verwaltungsgericht korrigierte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	P	32/3	< 50/5	33/4	-
W7 Vom Verwaltungsgericht bestätigte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	P	93/10	> 100/10	93/12	-7/-2
Leistungen					
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	950	1 000	792	-208
L2 Anzahl Eingänge	P	844	1 000	769	-231
L3 Anzahl Pendenzen	P	561	< 700	538	-
L4 Nettoverfahrensdauer (Durchschnitt in Monaten)	P	3,7	< 5	3,7	-
Wirtschaftlichkeit					
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	4 050	4 250	4 850	-600
Abweichungsbegründungen					
W1/W7	Folge der unter L1 und L2 beschriebenen Systemänderung sowie der im Berichtsjahr tieferen Geschäftslast				
L1/L2	Im Berichtsjahr schlug der auf 1. Januar 2011 vorgenommene Systemwechsel bei den Geschäfts- und Entscheidungsnummern nunmehr zeitverzögert voll durch. Der Wechsel ist dahingehend, dass bei Rekursen im koordinierten Verfahren nur noch ein Geschäft angelegt wird. Daher ergibt sich nun auch bei den Erledigungen eine technische Differenz zu den Vorjahren von rund 100 Fällen. Bei den Eingängen wirkte sich der Wechsel bereits ab dem Vorjahr umfassend aus.				
B1	Berücksichtigt man die unter L1 und L2 erwähnte technische Differenz zu den Vorjahren von rund 100 Fällen, ergäben sich Fallkosten von Fr. 4300. Auf jeden Fall konnte der Rechnungssaldo des vorangegangenen Berichtsjahres – trotz der tieferen Einnahmen – gehalten werden.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2010	B 2011	R 2011	Abweichung von B 2011
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,1	2,1	1,9	-0,2
Aufwand	-6,0	-6,2	-5,8	0,5
Saldo	-3,8	-4,2	-3,8	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	27,9	27,0	27,1	0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

-0,16 Die budgetierten Gebühreneinnahmen konnten im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden. Sie fielen um rund 8% tiefer aus – dies als Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen.

Aufwand:

+0,50 Die personalbezogenen Ausgaben verringerten sich hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen, der geringer angefallenen Entschädigungszahlungen an die Richter, der Gewährung von unbezahlten Urlauben, der verbuchten Lohnrückerstattungen (Mutterschaftsentschädigung und NBU-Taggelder) und der geringeren Teuerung. Aufgrund dieser Einsparungen konnten die Mehrausgaben für die nicht budgetierten, aber bewilligten Beförderungen ohne Weiteres kompensiert werden. Zudem konnte eine Rückstellung (betreffend Mietzinsstreit) grösstenteils aufgelöst werden. Zusammen mit dem sparsamen Umgang beim Sachaufwand entstanden deshalb weitere Minderausgaben.

Saldo:

+0,34 Dank der Anpassung der Ausgaben an die momentan tiefere Geschäftslast (vorgesehene Wiederbesetzungen von juristischen Stellen wurden nicht vorgenommen) ergibt sich die ausgewiesene, positive Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget aufgeführte Beschäftigungsumfang von 27,0 Stellen bezieht sich nur auf die Stellen der Kanzlei. Die vom Kantonsrat gewählten Baurichter mit insgesamt 2,4 Stellen sind darin nicht enthalten. Der vom Personalamt berechnete Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr berücksichtigt hingegen auch die Stellen der Baurichter. Um diese berichtigt, ergibt das für die Kanzlei einen tatsächlichen Beschäftigungsumfang von 24,7 Stellen. Die Abweichung von 2,3 Stellen gegenüber dem Budget ist die Folge von Vakanz und unbezahlten Urlauben.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	213 359	-16 649	0	196 710	-16 649

Auflösung von Rücklagen 2012

Rücklagenauflösung für Personal- und Abteilungsanlässe

Antrag auf Bildung von Rücklagen 2012

Der Rücklagenbestand am 31. Dezember beträgt mehr als 5% der Lohnsumme im Berichtsjahr.
Aus diesem Grund können keine Rücklagen gebildet werden.

9066 Steuerrekursgericht

Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichtes ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2013 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Homepage des Steuerrekursgerichtes (www.strgzh.ch) abrufbar sein.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in %)	P	573/85	540/75	633/79	93/4
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 6 und 12 Monaten (absolut / in %)	P	85/13	108/15	138/17	30/2
W3 Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 12 und 24 Monaten (absolut / in %)	P	17/2	72/10	30/4	-42/-6
W4 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (absolut / in %)	P	0/0	0/0	0/0	0/0
W5 Weiterzüge an das Verwaltungsgericht (absolut / in %)	P	-	144/20	172/21,5	28/1,5
W6 Vom Verwaltungsgericht korrigierte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	P	-	36/5	55/6,9	20/1,9
W7 Vom Verwaltungsgericht bestätigte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	P	-	108/15	173/21,6	62/7,2
Leistungen					
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	675	720	801	81
L2 Anzahl Eingänge	P	763	720	765	45
L3 Anzahl Pendenzen	P	308	220	272	52
L4 Durchschnittliche Nettoverfahrensdauer in Monaten	P	-	6	4,1	-1,9
Wirtschaftlichkeit					
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	3 277	3 222	2 426	-796

Abweichungsbegründungen

W1–W3	Im Vergleich zum Vorjahr konnten im Berichtsjahr etwas weniger Geschäfte innert 6 Monaten bzw. insgesamt innert 12 Monaten erledigt werden. Die Verminderung der Erledigungen innert 6 Monaten bei gleichzeitiger Erhöhung der Erledigungen innert 6 bis 12 Monaten ist teilweise auf die ausgiebigere Inanspruchnahme eines durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung begründeten Replikrechts durch die Parteien zurückzuführen. Die Werte des Berichtsjahres sind weiterhin besser als in der Budgetierung vorgesehen.
W5	Die erhöhte Anzahl Erledigungen im Berichtsjahr hat zu einer absolut gegenüber dem Budget erhöhten Anzahl an Weiterzügen geführt. Der angestrebte prozentuale Anteil an Weiterzügen wurde nur leicht überschritten.
W6/W7	Das Verwaltungsgericht beurteilte im Berichtsjahr ausserordentlich viele Geschäfte des Steuerrekursgerichts aus dem Berichtsjahr und dem Vorjahr (228).
L1–L3	Die Anzahl der erledigten Geschäfte lag sehr deutlich über den Werten des Vorjahrs und der Budgetierung. Die im zweiten Semester des Vorjahrs sehr zahlreich eingegangenen Geschäfte konnten im Berichtsjahr weitestgehend erledigt werden. Trotz einer dem Vorjahr entsprechenden und über dem budgetierten Wert liegenden Anzahl an Geschäftseingängen verminderte sich die Pendenzenlast, ohne indes den in der Budgetierung angestrebten Wert zu erreichen.
B1	Aufgrund der im Berichtsjahr sehr hohen Anzahl an Geschäftserledigungen und der ausserordentlich hohen Gebührenerträge lag der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess ausserordentlich tief.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,0	0,9	1,2	0,3
Aufwand	–3,2	–3,2	–3,1	0,0
Saldo	–2,2	–2,3	–1,9	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	14,3	14,6	14,4	–0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,33 Die budgetierten Gebühreneinnahmen wurden im Berichtsjahr um 37,7% übertroffen. Begründet ist dies einerseits durch die im Vergleich zur Planung deutlich höhere Anzahl an Geschäftserledigungen. Andererseits konnten im Berichtsjahr zufolge Eintritts der Rechtskraft vermehrt ertragsstarke Geschäfte mit hohen Streitwerten abgerechnet werden. Zudem führte die Anwendung der 2011 eingeführten Gebührenverordnung des Verwaltungsgerichtes zu weiteren Mehrerträgen. Schliesslich gingen höhere Rück-erstattungen der Streitparteien für Gutachterkosten ein.

Aufwand:

+0,014 Aufwandseitig führten im Bereich der Personalkosten die nicht vollständige Ausschöpfung der budgetierten Planstellen, der Verzicht auf den Einsatz von Ersatzrichtern sowie Lohnrückerstattungen durch die Mutterschaftsversicherung zur Entlastung der Erfolgsrechnung. Beim Sachaufwand hingegen mussten erheblich mehr tatsächliche Forderungsverluste hingenommen werden als vorgesehen. Zudem musste das Delkredere für notleidende Forderungen erhöht werden. Da mehr Geschäfte als geplant eines Gutachtens bedurften, wurden die hierfür prognostizierten Kosten deutlich überschritten. Einsparungen konnten insbesondere im Bereich Büromaterial und EDV getätigt werden.

Saldo:

+0,344 Die markant höheren Mehreinnahmen sowie die geringfügigen Minderausgaben führen zur ausserordentlich positiven Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget aufgeführte Beschäftigungsumfang wurde im Berichtsjahr zufolge der Gewährung eines unbezahlten Urlaubs, der nicht nahtlosen Wiederbesetzung einer Richter- und einer Gerichtsschreiber-vakanz sowie einer erst im letzten Trimester vollzogenen Pensumserhöhung des Leitenden Gerichtsschreibers insgesamt im Umfang von rund 0,2 Personalsstellen nicht vollständig ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	103 702	21 642	21 000	103 060	-642

Durch die nicht vollständige Ausschöpfung der internen Planstellen bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern sowie zufolge Nichtvergabe von Fällen an die Ersatzrichterschaft konnten bei den Personalkosten erhebliche Einsparungen im Vergleich zum Budget getätigt werden. Die Mehrkosten beim Sachaufwand sind in erster Linie auf einen trotz intensiver Inkassobemühungen erhöhten Abschreibungsbedarf bei Gerichtsgebühren sowie auf einen erhöhten Bedarf nach Gutachten (weitgehend exogene Faktoren) zurückzuführen. Trotz der Einsparungen im Personalkostenbereich wurde eine sehr hohe Anzahl an Geschäften erledigt. Im Zusammenspiel mit der Erledigung und Rechtskraft einer vermehrten Anzahl Geschäfte mit hohen Streitwerten und der Anwendung der neuen Gebührenverordnung konnten dadurch deutlich mehr Gebühren abgerechnet werden als budgetiert.

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Zum materiellen Teil wird auf den Geschäftsbericht des ZV verwiesen.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Personenkilometer (in Mio.)	P	3 044	3 130	n. n. b.	
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	min.	76	76	77	1
Leistungen						
L1	Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	P	21,960	21,900	22,000	0,100
L2	Zugskilometer Tram (in Mio.)	P	11,880	12,000	12,400	0,400
L3	Wagenkilometer Bus (in Mio.)	P	44,800	45,600	45,400	-0,200
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	P	0,540	0,540	0,540	
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenunterdeckung / Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)		4.44	4.92	4.54	-0.38
B2	Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. Fr.)		351.9	393.5	365.1	-28.4
B3	Gesamtkosten / Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	P	11.59	12.14	11.86	-0.28
Abweichungsbegründungen						
W1	Die effektiven Personenkilometer lagen bei Redaktionsschluss für das Berichtsjahr noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.					
W2	Die Kundenzufriedenheit konnte im Berichtsjahr um einen Punkt gesteigert werden.					
L1-L4	Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan berechnen. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.					
B1-B3	Da die Gesamtkosten und die Kostenunterdeckung tiefer ausfielen als budgetiert und etwas mehr Kilometer als geschätzt gefahren wurden, liegen Gesamtkosten und Kostenunterdeckung pro Kilometer unter den Erwartungen.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	917,6	971,4	953,1	-18,2
Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	176,0	196,8	182,5	-14,2
Aufwand	-917,6	-971,4	-953,1	18,2
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,1	-0,1
Saldo			-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	29,5	32,0	30,9	-1,1

Erfolgsrechnung

Der Aufwand blieb vor allem wegen geringerer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen um 18 Mio. Franken unter Budget. Da die Nebenerträge deutlich höher ausfielen als erwartet und auch etwas mehr Bundesbeiträge eingingen, liegt die durch Kanton und Gemeinden je zur Hälfte zu tragende Kostenunterdeckung um 28 Mio. Franken tiefer als budgetiert.

Personal

Aufgrund von Unterbrüchen bei Personalwechseln und von Restanteilen diverser Teilzeitanstellungen wurde der Stellenplan nicht ganz ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand
Rücklagen	267 707	0	0	267 707	0

Bilanz 9300 Zürcher Verkehrsverbund

in Mio. Franken	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	274,2	248,4	25,8	10,4
Finanzvermögen¹	274,2	248,4	25,8	10,4
Flüssige Mittel	0,0	0,0	0,0	56,5
Forderungen	144,2	118,4	25,8	21,7
Kurzfristige Finanzanlagen	130,0	130,0	0,0	0,0
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	0,1	0,0	0,1	0,0
Finanzvermögen¹	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	0,1		0,1	0,0
Sachanlagen	0,1		0,1	0,0
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	274,3	248,4	25,9	10,4
Fremdkapital (FK)	-274,1	-248,2	-25,9	-10,4
Kurzfristiges Fremdkapital	-243,2	-214,8	-28,3	-13,2
Laufende Verbindlichkeiten	-34,4	-20,1	-14,3	-71,3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-33,6	-24,9	-8,7	-35,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-174,9	-169,6	-5,3	-3,1
Kurzfristige Rückstellungen	-0,3	-0,3	-0,0	-14,6
Langfristiges Fremdkapital	-30,9	-33,4	2,5	7,4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-14,2	-19,4	5,1	26,6
Langfristige Rückstellungen	-16,7	-14,0	-2,7	-19,3
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0,3	-0,3	0,0	0,0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Dotationskapital				
Jahresergebnis		0,0	0,0	0,0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre		0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-274,3	-248,4	-25,9	-10,4
¹ Total Finanzvermögen	274,2	248,4	25,8	10,4

9510 Universitätsspital Zürich

Es besteht ein eigener Geschäftsbericht des Universitätsspitals. Publikation voraussichtlich Anfang Mai 2013.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt:				
		Anteil Problemmeldungen in % (PEQ-Fragebogen, Frage 14)			
	max.	44,5	45	35	
W2	Ungeplante Rehospitalisierungen gemäss SwissDRG in %				
	max.	n. v.	2,3	2,5	
Leistungen					
L1	Stationäre Patientenaustritte total (einschliesslich Säuglinge)				
	P	37 447	37 690	36 484	-1206
L2	– davon Grundversicherte (GV)				
	P	29 599	29 700	28 975	-725
L3	– davon Zusatzversicherte (ZV)				
	P	7 848	7 990	7 509	-481
L4	Ambulante Taxpunkte in Mio.				
	P	192,21	190,14	199,44	9,3
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kosten je APDRG-Normalfall in Fr., Fallschwere bereinigt (nur somatische Akutversorgung).				
	min.	n. v.	10930		

Beim Wirkungsindikator B1 handelt es sich um Berechnungen, welche die Gesundheitsdirektion erstellt hat.
Für das Berichtsjahr gilt neu SwissDRG 1.0.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 100,3	1 102,0	1 139,4	37,4
Staatsbeiträge	272,0	239,9	264,2	24,3
Aufwand	-1 095,5	-1 102,0	-1 138,2	-36,2
Saldo	4,8	-0,0	1,2	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,4		3,0	3,0
Ausgaben	-46,9	-55,0	-43,2	11,8
Kreditübertragungen aus 2011		-5,0		
Saldo	-46,5	-55,0	-40,3	14,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	5 109,3	4 955,0	5 177,9	222,9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag konnte gegenüber dem Budget um 37,4 Mio. Franken bzw. um 3,4% gesteigert werden.

Die wichtigsten Faktoren waren:

- +7,0 Zunahme stationärer Ertrag aufgrund des hohen Casemix und des hohen CMI (= Anstieg der schweren Fälle)
- +26,0 Starke Zunahme beim ambulanten Ertrag aufgrund von a) Verschiebung vom stationären Bereich in den ambulanten Bereich, b) höherer Nachfrage und c) besserer Leistungserfassung und Nachfakturierungen
- +8,2 Zunahme des Beitrages der Gesundheitsdirektion aufgrund der teilweisen Übernahme (15,5 Mio. Franken) der Rückerstattung von Überzeitguthaben an Oberärzte/-innen gestützt auf das Bundesgerichtsurteil von Ende des Berichtsjahres

Beim Aufwand ergab sich eine Zunahme gegenüber dem Budget um 36,2 Mio. Franken oder 3,3% insbesondere aufgrund folgender Faktoren:

- 38,7 Anstieg des Personalaufwandes aufgrund a) der Rückerstattung von Überzeitguthaben an Oberärzte/-innen gestützt auf das Bundesgerichtsurteil von Ende des Berichtsjahres (rund 18 Mio. Franken) und b) neuer Stellen im Zusammenhang mit Kapazitätserweiterungen
- 8,5 Anstieg der Kosten für Medikamente und medizinisches Material aufgrund des gestiegenen Patientenvolumens
- +9,9 Einsparungen bei nicht medizinischem Aufwand aufgrund von Verschiebungen von Projekten
- 3,2 Höhere Zinskosten aufgrund der neu vorgenommenen Verzinsung des effektiv beanspruchten Fremdkapitals zu 3%

Investitionsrechnung

Das Investitionsbudget für Mobilien wurde aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten und Beschaffungsvorhaben nicht ausgeschöpft. Dies insbesondere im Bereich der Medizintechnik und des Baus. 2011 wurden zudem nicht ausgeschöpfte Budgetmittel in das Budgetjahr übertragen. Damit blieb die Rechnung 2012 insgesamt mit gegen 15 Mio. Franken unter dem Budget.

Gemäss Beschluss des Spitalrates werden davon 8,7 Mio. Franken auf 2013 übertragen.

- +7,9 Das Budget im Bereich der Medizintechnik wurde aufgrund von Projektverschiebungen nicht voll ausgeschöpft.
- +2,2 Die Beschaffung von Mobilien lag unter dem Budget aufgrund von Verschiebungen bei Bauprojekten.

Personal

Die Ist-Werte beinhalten Langzeitabsenzen aufgrund Krankheit oder Unfall. Im Budget wurden diese nicht eingerechnet. Der Stellenaufbau gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 69 Vollzeitstellen. Was auch der tatsächlichen Abweichung zum Budget entspricht.

Diese Zunahme ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Kapazitätserweiterungen (z. B. Eröffnung neue Neonatologie)
- neue Angebote und damit verbundene Mehrleistungen (z. B. Same Day Surgery)
- neue Projekte (z. B. Hotellerie, Logistik, Kreditoren-Workflow)

Ergebnisverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Das Geschäftsjahr 2012 war geprägt durch die Umstellung auf die neue Spitalfinanzierung. Damit verbunden waren neben erheblichen operativen Anpassungen in Systemen, Prozessen und Zuständigkeiten auch eine grosse Unsicherheit bei der finanziellen Planung und Steuerung. Trotz dieser Unsicherheit kann das Universitätsspital Zürich auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurückblicken. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Gewinn von 1,2 Mio. Franken (Vorjahresgewinn: 4,8 Mio. Franken) ab. Für das erste Jahr unter DRG ist damit ein wichtiges Ziel erreicht.

Die Zahl der erbrachten Leistungen nahm gegenüber 2011 weiter zu. Im stationären Bereich ist der Vergleich mit dem Vorjahr aufgrund des Wechsels auf das Abrechnungssystem SwissDRG 1.0 jedoch nicht ohne Weiteres möglich. So sind die stationären Austritte mit 36 484 (Vorjahr 37 520) gegenüber dem Vorjahr erstmals seit vielen Jahren rückläufig. Dies ist jedoch zurückzuführen auf die neuen Regeln der Fallzusammenführung gemäss SwissDRG 1.0. Ein Vorjahresvergleich kann für die Anzahl der Austritte somit erst wieder ab 2013 durchgeführt werden. Entscheidend für das finanzielle Ergebnis ist neu das Volumen der Casemix-Punkte. Diese entsprechen der Summe der Case Mix Indices (CMI) aller Fälle. Der Casemix betrug im Berichtsjahr 57 277, was einem Anstieg von 7,1% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der durchschnittliche CMI erhöhte sich um 0,145 auf 1,573. Trotz dieser Entwicklung hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nur leicht um 0,1 auf 6,8 Tage erhöht. Das Universitätsspital Zürich hat damit im Vergleich zur Vergleichsperiode vermehrt schwerere Patientinnen und Patienten behandelt. Der erwartete und beabsichtigte Trend zur verstärkten Konzentration von komplexen Fällen am Universitätsspital Zürich lässt sich also tatsächlich beobachten. Diese Entwicklung steht in Übereinstimmung mit dem Angebot und dem Auftrag des UniversitätsSpitals. Ermöglicht wird diese Entwicklung durch das umfassende Engagement im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die stetige Erneuerung der medizintechnischen Einrichtungen. Ambulant waren insgesamt 510 782 (+1,5%) zu verzeichnen. Die ambulanten Taxpunkte nahmen mit 3,8% bzw. 199,4 Mio. Taxpunkten noch etwa halb so stark zu wie im Vorjahr.

Der Betriebsertrag erhöhte sich um 38,8 Mio. Franken (+3,5 %) auf 1135,3 Mio. Franken. Das Ertragswachstum bei den stationären Patientinnen und Patienten lässt sich mit dem Vorjahr nicht mehr vergleichen, da bis Ende 2011 der Beitrag des Kantons an die Behandlung der Zürcher Patientinnen und Patienten in Form des Globalbeitrages ausgerichtet wurde. Ab 1. Januar bezahlt der Kanton je Zürcher OKP-Patientin und -Patienten den fixen Anteil von 51%. Dieser Anteil beläuft sich auf rund 209 Mio. Franken. Beim ambulanten Ertrag ist aufgrund der Zunahme bei den Tarmed-Taxpunkten und übrigen ambulanten Leistungen ein Ertragswachstum von 13,7 Mio. Franken (+6,0%) zu verzeichnen.

Der Beitrag des Kantons Zürich für gemeinwirtschaftliche Leistungen beläuft sich auf 13,7 Mio. Franken. Darin enthalten sind neben einem Beitrag für die ärztliche Weiterbildung die Entschädigung von versorgungsnotwendigen Aufgaben, die durch das SwissDRG-System nicht abgegolten werden (z. B. Transplantationskoordination und Krebsregister). Hinzu kommt ein Eigentümerbeitrag von 41,0 Mio. Franken. Darin enthalten ist ein ausserordentlicher Beitrag von 15,5 Mio. Franken für die Finanzierung von Überzeitanträgen bei Oberärztinnen und Oberärzten, gestützt auf ein Bundesgerichtsurteil von Ende 2012.

Der Betriebsaufwand überstieg mit 1091,5 Mio. Franken das Vorjahr um 37,1 Mio. Franken (+3,5%). Den grössten absoluten Anstieg verzeichnete der Personalaufwand mit 34,5 Mio. Franken (+5,5%). Die wichtigsten Gründe dafür sind die rückwirkende Rückzahlung von Überstundenansprüchen bei Oberärztinnen und -ärzten sowie eine Zunahme bei den Anzahl Mitarbeitenden. Das Mengenwachstum bei den Leistungen, die Zunahme bei den komplexen Fällen sowie der Bedarf an spezialisierten Fachkräften aufgrund neuer Anforderungen machten den gezielten Aufbau neuer Stellen nötig. Zur Erreichung einer mindestens ausgeglichenen Jahresrechnung wurden gleichzeitig verschiedene Massnahmen umgesetzt, wie z.B. Sortimentsbereinigungen, Preisverhandlungen und Prozessverbesserungen. Aufgrund des Anstiegs an komplexen Fällen – auch im ambulanten Bereich – ist beim medizinischen Aufwand eine stärkere Kostenzunahme (+11,5 Mio. Franken oder 5,4%) als im Vorjahr zu beobachten.

Deutlich unter dem Vorjahreswert blieb die Entwicklung beim nicht medizinischen Aufwand. Zwar sind auch hier vereinzelt Kostenzunahmen zu verzeichnen (z.B. Strompreise) und der Nachholbedarf gerade im Bereich der Bau- und IT-Infrastruktur und deren Unterhalt ist immer noch gross. Jedoch konnten im Vergleich zum Vorjahr grosse Projekte abgeschlossen oder teilweise nicht in Angriff genommen werden.

Die Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) für die Nutzung der Immobilien und der Mobilien sind gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Mio. Franken gestiegen. Hauptgrund dafür ist einerseits das hohe Investitionsvolumen der vergangenen Jahre. Andererseits wurde im Berichtsjahr die Verzinsung des Fremdkapitals durch den Kanton neu geregelt. Zusammen mit einer Verzögerung bei der Rechnungsstellung aufgrund der Systemumstellung auf SwissDRG hat sich dadurch eine fast doppelt so hohe Zinsbelastung im Vergleich zur Vorperiode ergeben.

Insgesamt senkte sich im Berichtsjahr das Investitionsvolumen bei den Mobilien gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Mio. Franken auf 40,2 Mio. Franken. Grössere Anschaffungen konnten Ende des Berichtsjahres aufgrund von Projektverzögerungen nicht mehr ausgelöst werden. Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr jedoch insgesamt stark vergrössert aufgrund der Umstellung auf SwissDRG und damit verbundener Probleme bei der Rechnungsstellung. Entsprechend ergab sich bereits auf Stufe operativer Cashflow ein Fehlbetrag von fast 100 Mio. Franken. Die laufenden Verpflichtungen konnten also nur mittels einer Aufnahme von Fremdmitteln beim Kanton gedeckt werden.

Der Jahresgewinn von Fr. 1190242 soll dem Eigenkapital gutgeschrieben werden. Dieses beläuft sich auch nach Gewinnverwendung aufgrund der stark ausgeweiteten Bilanzsumme auf lediglich 6,2%.

Bilanz 9510 Universitätsspital Zürich

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011	Differenz R 11/12	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	420,9	267,4	153,5	57,4
Finanzvermögen¹	420,9	267,4	153,5	57,4
Flüssige Mittel	7,9	6,7	1,2	17,3
Forderungen	120,4	130,6	-10,3	-7,9
Kurzfristige Finanzanlagen	0,3	0,3	0,0	7,7
Aktive Rechnungsabgrenzung	288,3	125,4	162,9	129,9
Vorräte und angefangene Arbeiten	4,1	4,5	-0,3	-7,3
Anlagevermögen (AV)	141,5	134,8	6,7	5,0
Finanzvermögen¹	3,4	3,4	0,0	0,0
Finanzanlagen	3,4	3,4	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	138,1	131,4	6,7	5,1
Sachanlagen	124,1	116,9	7,2	6,2
Immaterielle Anlagen	14,0	14,5	-0,5	-3,3
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	562,4	402,2	160,2	39,8
Fremdkapital (FK)	-523,9	-364,9	-159,0	-43,6
Kurzfristiges Fremdkapital	-352,2	-216,9	-135,3	-62,4
Laufende Verbindlichkeiten	-262,4	-157,5	-104,9	-66,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-42,4	-28,1	-14,2	-50,6
Kurzfristige Rückstellungen	-47,4	-31,2	-16,2	-51,9
Langfristiges Fremdkapital	-171,7	-148,0	-23,7	-16,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-133,0	-128,6	-4,4	-3,4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5,2	-2,8	-2,4	-88,0
Langfristige Rückstellungen	-32,1	-15,3	-16,8	-110,0
Fonds im Fremdkapital	-1,4	-1,3	-0,1	-7,8
Eigenkapital (EK)	-38,5	-37,4	-1,2	-3,2
Fonds im Eigenkapital	0,0	-0,7	0,7	100,0
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-29,0	-23,5	-5,5	-23,4
Dotationskapital	-8,4	-8,4	0,0	0,0
Jahresergebnis	-1,2	-4,8	3,6	75,3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre		0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-562,4	-402,2	-160,2	-39,8
¹ Total Finanzvermögen	424,3	270,8	153,5	56,7

9520 Kantonsspital Winterthur

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des Kantonsspitals Winterthur werden in einem eigenen Jahresbericht ab 12. April 2013 veröffentlicht. Dieser kann auf der Website unter www.ksw.ch als PDF-Dokument heruntergeladen oder per Mail an «publikationen@ksw.ch» in gedruckter Form bestellt werden.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit mit der ärztlichen Versorgung (A1)	min.	–	5,0	*	–
W2	Zufriedenheit mit pflegerischer Versorgung und Betreuung (A1)	min.	–	5,0	*	–
W3	Zufriedenheit mit Organisation, Management und Service (A1)	min.	–	5,0	*	–
W4	Würden Sie für dieselbe Behandlung wieder in dieses Spital kommen?			** 9,27		–
W5	Wie beurteilen Sie die Qualität der Behandlung, die Sie erhalten haben?			** 9,07		–
W6	Wenn Sie Fragen an einen Arzt oder eine Ärztin stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?			** 9,14		–
W7	Wenn Sie Fragen an das Pflegepersonal stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?			** 9,03		–
W8	Wurden Sie während Ihres Spitalaufenthaltes mit Respekt und Würde behandelt?			** 9,39		–
W9	Ungeplante Rehospitalisationen in % nach SwissDRG (Version 0,3) (A1)	P	2	2	***	–
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte Total (A1)	P	24 479	23 949	24 517	568
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte (A1)	P	19 772	19 310	19 613	303
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte (A1)	P	4 707	4 639	4 904	265
Wirtschaftlichkeit						
B1	Rang im Benchmark der bereinigten Fallkosten Kanton Zürich (A1)	P	3. Referenzspital der Zürcher Spitäler = im 40. Perzentil aller Austritte		offen	–

Abweichungsbegründungen

L1–L3 Im Vergleich zum Budget 2012 konnte eine Leistungssteigerung von 2,4% umgesetzt werden. Vor allem bei den zusatzversicherten Patientinnen und Patienten konnte eine Zunahme von 5,7% verzeichnet werden.

* Im Berichtsjahr wurde keine Befragung zu den genannten Indikatoren durchgeführt.

** Im Berichtsjahr erfolgte eine Befragung mit dem neuen Modell «Nationale Patientinnen- und Patientenbefragung ANQ» (5 Fragen, Skala 1–10, Skala 10 = höchste Patientenzufriedenheit).

*** Keine Erhebung der Daten. Im Berichtsjahr wurden rund 600 Fallzusammenführungen im Rahmen der SwissDRG-konformen Berichterstattung vorgenommen, was rund 2,5% der SwissDRG-Patientenfälle entspricht.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	360,1	368,1	396,6	28,5
Staatsbeiträge	102,6	97,3	102,6	5,3
Aufwand	-356,2	-357,9	-374,4	-16,6
Saldo	3,9	10,3	22,2	11,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,1	0,5	3,1	2,6
Ausgaben	-19,7	-30,6	-19,5	11,1
Kreditübertragungen aus 2011		-8,8		
Saldo	-18,6	-30,2	-16,4	13,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 814,4	1 787,0	1 887,9	100,9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt um 28,5 Mio. Franken oder 7,7%.

Wichtigste Ursachen:

- +23,1 Mehrerträge vor allem aufgrund der erhöhten Nachfrage im Zusatzversichertenbereich und des Fall-Wachstums im ambulanten und stationären Bereich. Zudem lag die budgetierte Baserate bei Fr. 9400. In der R 2012 wurde eine Baserate von Fr. 9460 berücksichtigt.
- +5,3 Höhere Beiträge der Gesundheitsdirektion bedingt durch Fall-Wachstum

Der Aufwand steigt um 16,6 Mio. Franken oder 4,6%.

Wichtigste Ursachen:

- 10,2 Mehraufwand für Mehrstellen infolge Mehrleistungen sowie Erhöhung von Einsätzen von temporären Arbeitskräften und höheren Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung
- 2,8 Neubildung Lohnrückstellungen (Mehr-/Überzeiten, Ferienguthaben, Personalrechtliche Ansprüche [ohne Nachzahlungen Oberärztinnen/Oberärzte])
- 1,9 Neubildung Rückstellungen für Nachzahlungen Oberärztinnen/Oberärzte
- 3,2 Höhere Arzthonorare entsprechend der Zunahme von zusatzversicherten und ambulanten Patientinnen/Patienten
- 2,3 Leicht höherer medizinischer Bedarf (Medikamente, Implantate, medizinisches Material) aufgrund der höheren Fallzahlen im stationären und ambulanten Bereich
- 2,3 Veränderung Wertberichtigung auf Forderungen
- +3,9 Tiefere Zinsen und Abschreibungen bedingt durch ein tieferes Investitionsvolumen
- +1,8 Minderaufwand nicht aktivierbare Anlagen vor allem von medizinischen Geräten
- +0,5 Tieferer Unterhalt von Anlagen im Bereich Informatik und Software

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +2,6 Höhere Investitionsbeiträge von Gemeinden für Verein Interessengemeinschaft
Rettungsdienst Region Winterthur

Ausgaben:

- +11,1 Unterschreitung des Budgets aufgrund von Projektverzögerungen

Personal

Zunahme beim Personal (Stellen) um 5,6% gegenüber dem Budget 2012 und um 4,1% gegenüber der Rechnung 2011 aufgrund von namhaften Mehrleistungen im stationären und ambulanten Bereich.

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Gemäss den geltenden Regeln der Staatsbeitragsvereinbarung 2012 schliesst die Jahresrechnung 2012 des Kantonsspitals Winterthur mit einem Gewinn von Fr. 22 176 634 beruhend auf einer angenommenen provisorischen Baserate von Fr. 9460 (Vorjahr Gewinn Fr. 3 912 712.85). Aufgrund der ab 1. Januar des Berichtsjahres gültigen neuen Spitalfinanzierung kann der Gewinn mit dem Vorjahr nicht verglichen werden.

Es ist zu beachten, dass der weitaus grösste Teil des Gewinnes von den nicht subventionierten zusatzversicherten Patientinnen und Patienten stammt. Eine Gewinnabschöpfung würde das KSW ausbluten und verstärkt von kantonaler Sonderfinanzierung abhängig machen. Im Vergleich zu umliegenden Spitälern konnte das KSW überproportional mehr zusatzversicherte Patientinnen und Patienten gegenüber dem Vorjahr gewinnen, was wesentlich zu diesem positiven Ergebnis beitrug.

Weiter trug die Zunahme des Fall-Wachstums im ambulanten und stationären Bereich gegenüber dem Vorjahr zu diesem positiven Ergebnis bei. Die bereits hohe Produktivität konnte gegenüber dem Vorjahr gehalten werden, obwohl massgebliche Ressourcen für die Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung und für zahlreiche KSW-interne Projekte eingesetzt werden mussten.

Die Stärkung der Eigenkapitalbasis ist – insbesondere aufgrund der seit 1. Januar des Berichtsjahres neuen Spitalfinanzierung – ein Gebot der Stunde. In der SwissDRG-Fallpauschale ist ein Anteil von 10% für Investitionen enthalten. Derzeit hat das KSW bei einem Umsatz von 396,6 Mio. Franken pro Jahr und einer Bilanzsumme von 383,5 Mio. Franken (einschliesslich Immobilien) ein Eigenkapital aus Globalbudgetunterschreitungen der letzten Jahre von 26,9 Mio. Franken einschliesslich Dotationskapital (7,1% der Bilanzsumme) und neu 49,045 Mio. Franken (einschliesslich Dotationskapital und Gewinn 2012), was 12,8% der Bilanzsumme entspricht. Der Spitalrat erachtet eine Eigenkapitaldecke von 12,8% nach wie vor als ungenügend.

Ziel des KSW ist es, eine angemessene Eigenkapitaldecke zu bilden. Die heutige Eigenkapitaldecke ist eindeutig zu gering, um kapitalmarktfähig zu werden und um mögliche Ergebnisschwankungen und Risiken der kommenden Jahre zu tragen, besonders im Hinblick auf den Ersatzneubau Bettenhochhaus KSW. Aufgrund der suboptimalen baulichen Situation in den kommenden Jahren sind zusätzliche Personalressourcen nötig, was auch die Produktivität vorübergehend negativ beeinflussen wird. Eine gesunde Eigenkapitaldecke ist zwingend, um den Ersatzneubau Bettenhochhaus, mögliche Ergebnisschwankungen und Risiken aus eigener Kraft tragen zu können.

Der Spitalrat beantragt, den Gewinn von Fr. 22 176 634 zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu verwenden.

Konsolidierte Anstalten und Organisationen

Bilanz 9520 Kantonsspital Winterthur

in Mio. Franken	per	per	Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	93,2	64,3	28,9	44,9
Finanzvermögen¹	93,2	64,3	28,9	44,9
Flüssige Mittel	3,8	3,6	0,3	7,4
Forderungen	45,0	23,5	21,5	91,6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	41,9	35,2	6,7	19,0
Vorräte und angefangene Arbeiten	2,5	2,1	0,4	20,2
Anlagevermögen (AV)	57,8	51,2	6,6	12,8
Finanzvermögen¹	1,7	1,7	0,0	0,0
Finanzanlagen	1,7	1,7	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	56,1	49,5	6,6	13,3
Sachanlagen	48,5	42,6	5,9	13,9
Immaterielle Anlagen	7,5	6,9	0,7	9,7
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	150,9	115,5	35,4	30,7
Fremdkapital (FK)	-101,9	-88,6	-13,3	-15,0
Kurzfristiges Fremdkapital	-37,6	-30,9	-6,7	-21,7
Laufende Verbindlichkeiten	-21,3	-21,2	-0,1	-0,4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0,1	-0,1	-0,0	-4,1
Passive Rechnungsabgrenzung	-3,7	-2,4	-1,2	-50,7
Kurzfristige Rückstellungen	-12,6	-7,2	-5,4	-74,6
Langfristiges Fremdkapital	-64,3	-57,7	-6,5	-11,3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-51,6	-47,6	-4,0	-8,4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-4,7	-2,1	-2,6	-127,1
Langfristige Rückstellungen	-5,9	-5,9	0,1	1,0
Fonds im Fremdkapital	-2,1	-2,1	0,0	0,7
Eigenkapital (EK)	-49,0	-26,9	-22,2	-82,5
Fonds im Eigenkapital	-0,3	-0,6	0,3	49,6
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-22,9	-18,7	-4,2	-22,4
Dotationskapital	-3,7	-3,7	0,0	0,0
Jahresergebnis	-22,2	-3,9	-18,3	-466,8
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-150,9	-115,5	-35,4	-30,7
¹ Total Finanzvermögen	94,9	66,0	28,9	43,7

9600 Universität

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2012 der Universität Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Universitätsleitung der Universität Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: 27. April 2013

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012	
Wirkungen						
W1	Anzahl laufende Evaluationen	P	36	28	40	12
W2	Anzahl laufende SNF-Projekte (A2)	P	534	470	520	50
W3	Anzahl laufende EU-Projekte (A2, A4)	P	110	150	124	-26
W4	Anzahl Erstabschlüsse (A1)	P	3 399	3 450	3 661	211
W5	Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin (A1)	P	226	360	312	-48
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss in %	P	-	96,0	96,0	0
W7	Durch Drittmittel finanzierte Stellen in Vollzeiteinheiten (VZE, per 31.12.) (A2, A3)	P	1 442	1 373	1 528	155
Leistungen						
L1	Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin) (A3)	P	406	455	390	-65
L2	Anzahl Habilitationen (A1, A2)	P	87	75	72	-3
L3	Anzahl Studierende (einschliesslich Doktorierende) (A1)	P	26 267	26 151	25 732	-419
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.) (A1, A2)	P	21 651	22 355	22 719	364
B2	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (einschliesslich Doktorierende) (A1)		83,0	88,7	80,2	-8,5
B3	Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (einschliesslich Doktorierende) (A1)		52,0	53,9	55,0	1,1
B4	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (einschliesslich Doktorierende) (A1)		85,6	81,7	82,8	1,1
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Erhöhung der Anzahl laufender Evaluationen ist vor allem durch teilweise nicht gemeinsam über mehrere Organisationseinheiten durchführbare Evaluationen bedingt. Die Anzahl der evaluierten Organisationseinheiten hat sich dagegen nur wenig erhöht.					
W6	Gemäss Studie des Bundesamts für Statistik. Die Erhebung wird alle zwei Jahre durchgeführt (GB 2012: Befragung 2011 der Studienabgänger/innen 2010, Resultate erst im vorliegenden Berichtsjahr verfügbar).					
L3	Bis 2011 wurden die Weiterbildungsstudierenden in den MAS-Studiengängen (MAS = Master of Advanced Studies) in die Studierendenzahl eingerechnet. Ab Berichtsjahr erfolgt diese Angabe ohne Weiterbildungsstudierende. Dies beeinflusst auch den Wert des Indikators B1, s. unten. Einschliesslich Weiterbildungsstudierende waren im Berichtsjahr 26 380 Personen eingeschrieben.					
B1	Bei der Berechnung des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion wurden bis 2011 die Weiterbildungsstudierenden mit einbezogen. Ab dem Budgetjahr 2012 ist dies nicht mehr der Fall. Zum Vergleich mit dem in der Rechnung 2011 ausgewiesenen Wert wird nachfolgend der Kostenbeitrag unter Einbezug der MAS-Studierenden angegeben. Dieser beträgt Fr. 22 161 pro Student/in.					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 232,5	1 219,1	1 276,5	57,4
Beiträge Bund	117,9	117,7	124,5	6,8
Beiträge anderer Kantone	134,6	134,5	138,9	4,4
Kostenbeitrag des Kantons Zürich	572,4	588,1	588,3	0,2
Aufwand	–1 226,9	–1 219,1	–1 280,0	–60,9
Saldo	5,6	0,0	–3,5	–3,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	16,5	1,8	12,2	10,4
Ausgaben	–50,9	–40,9	–43,9	–3,0
Saldo	–34,4	–39,2	–31,7	7,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 199,5	4 221,6	4 278,4	56,8

Erfolgsrechnung

Ertrag (+57,4):

- +24,7 Verschiedene Mehrerträge (davon 23,4 Mio. Drittmittel)
- +11,4 Höhere Rückerstattungen (davon 10,5 Mio. aus Verrechnung von Personalleistungen aufgrund saldoneutraler buchhalterischer Umgliederung, vgl. entsprechende Position im Aufwand)
- +7,4 Höhere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen
- +6,8 Höherer Bundesbeitrag (Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz, UFG)
- +4,4 Höherer Beitrag von anderen Kantonen (Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung, IUUV)
- +3,2 Höhere Entgelte und Verrechnungen für gegenüber anderen kantonalen Stellen erbrachte Leistungen
- +0,2 Höherer Kostenbeitrag der Gesundheitsdirektion
- +0,2 Höherer Finanzertrag
- +0,1 Weitere Ertragssteigerung
- 0,6 Tiefere Beiträge von Privaten und übrige Entgelte
- 0,4 Geringere Rückerstattung aus der bezahlten CO₂-Abgabe

Aufwand (–60,9):

- 37,0 Höherer Personalaufwand (davon 18,8 Mio. Drittmittel)
- 10,5 Mehraufwand aus Verrechnung von Personalleistungen aufgrund saldoneutraler buchhalterischer Umgliederung, vgl. Ertrag
- 13,1 Sonderabschreibungen auf den Hochbauten des Kantons Zürich
- 0,3 Verschiedene weitere Aufwandpositionen

Investitionsrechnung

Einnahmen (+10,4):

- +6,2 Erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln zur Finanzierung von Investitionsprojekten
- +4,5 Höhere Beiträge vom Bund
- 0,3 Keine Verwirklichung von Erträgen aus Restwerten von Anlageabgängen

Ausgaben (-3,0):

- 6,9 Höhere Investitionsausgaben in der Forschung und Lehre
- +3,9 Minderausgaben insbesondere bei der Anschaffung von medizinischen Geräten in den Dienstleistungseinheiten der UZH sowie bei den Investitionen in die IT-Infrastruktur

Personal

Die Rechnung ist stichtagsbezogen und umfasst somit auch kurzfristige, temporär besetzte Stellen.

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2012 der Universität Zürich schliesst mit einem Verlust von Fr. 3 549 659.94 (Vorjahr Gewinn von Fr. 5 605 272.71). Dies ist hauptsächlich eine Folge von ausserplanmässigen Abschreibungen auf den kantonalen Hochbauten.

Der Universitätsrat beantragt, den Verlust von Fr. 3 549 659.94 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu entnehmen:

- Einlage Reserve Forschung Fr. 486 005.23
- Entnahme Reserve Mensen Fr. -198 049.04
- Einlage Reserve Weiterbildung Fr. 159 385.95
- Entnahme allgemeine Reserve Fr. -3 997 002.08

Bilanz 9600 Universität

in Mio. Franken	per	per	Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	402,2	377,4	24,8	6,6
Finanzvermögen¹	402,2	377,4	24,8	6,6
Flüssige Mittel	29,8	15,4	14,4	93,7
Forderungen	337,1	324,1	13,0	4,0
Kurzfristige Finanzanlagen	0,7	0,5	0,3	54,4
Aktive Rechnungsabgrenzung	31,9	34,8	-2,8	-8,1
Vorräte und angefangene Arbeiten	2,6	2,6	-0,0	-1,3
Anlagevermögen (AV)	139,8	137,9	1,9	1,4
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	139,8	137,9	1,9	1,4
Sachanlagen	135,2	131,8	3,4	2,6
Immaterielle Anlagen	3,9	5,4	-1,5	-27,4
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0,3	0,3	0,0	1,1
Investitionsbeiträge	0,3	0,4	-0,0	-3,5
Total Aktiven	541,9	515,3	26,7	5,2
Fremdkapital (FK)	-470,7	-440,5	-30,2	-6,9
Kurzfristiges Fremdkapital	-398,9	-366,5	-32,5	-8,9
Laufende Verbindlichkeiten	-52,9	-49,7	-3,2	-6,5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		0,0		0,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-317,7	-288,8	-28,9	-10,0
Kurzfristige Rückstellungen	-28,3	-28,0	-0,3	-1,2
Langfristiges Fremdkapital	-71,8	-74,0	2,2	3,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-40,9	-42,1	1,2	2,9
Langfristige Rückstellungen	-30,9	-31,9	1,0	3,2
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-71,2	-74,8	3,5	4,7
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-74,8	-69,2	-5,6	-8,1
Dotationskapital				
Jahresergebnis	3,5	-5,6	9,2	163,3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0		0,0
Total Passiven	-541,9	-515,3	-26,7	-5,2
¹ Total Finanzvermögen	402,2	377,4	24,8	6,6

9690 Zentralbibliothek

Detaillierte Informationen sind dem Jahresbericht 2012 der Zentralbibliothek Zürich zu entnehmen.
Dieser wird nach dessen Genehmigung durch den Stiftungsrat im Juni 2013 publiziert.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 ZB-Webseitenzugriffe (A1)	P	1 200 000	1 189 000		-11 000
Leistungen					
L1 Anzahl Ausleihen (A1)	P	850 000	958 830		108 830
L2 Gesamtzuwachs Medien (A2)	P	80 000	84 578		4 578
L3 Führungs- und Schulungsteilnehmende (A3)	P	12 200	10 087		-2 113
Wirtschaftlichkeit					
B1 Anzahl Ausleihen pro Vollzeitstelle (A1, A2, A3)	P		5 108	5 900	792
Abweichungsbegründungen					
L1 Prognosewert zu tief angesetzt					
L3 Prognosewert zu hoch angesetzt					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	39,8	38,8	39,2	0,4
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	27,3	27,8	27,7	-0,0
Aufwand	-39,8	-38,8	-38,9	-0,1
Saldo	0,0	0,0	0,3	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,9	2,3	1,9	-0,4
Ausgaben	-2,5	-2,3	-2,4	-0,1
Saldo	-0,6	0,0	-0,5	-0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	162,8	166,4	162,5	-3,9

Personal

Die vakanten Stellen konnten nicht wie vorgesehen besetzt werden.

9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2012 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Voraussichtliches Publikationsdatum: Mai 2013

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse (A1)	P	3	0	0	0
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse (A1)	P	1 805	2 518	2 009	-509
W3 Anzahl Master-Diplomabschlüsse (A1)	P	199	271	199	-72
Leistungen					
L1 Total Studierende (A1)	P	9 023	10 183	9 912	-271
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	8 440	9 516	9 283	-233
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	583	667	629	-38
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in % (A2)	P	38,7	34,2	39,4	5,2
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	P	8,5	8,2	9,0	0,8
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	P	23,2	19,6	23,4	3,8
L7 – davon Anteil Dienstleistungen in %	P	7,0	6,4	7,0	0,6
Wirtschaftlichkeit					
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung (ohne Infrastruktur) in % (A1, A2)	P	32,2	30,0	32,4	2,4
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in % (A1, A2)	P	79,8	80,5	79,4	-1,1
Abweichungsbegründungen					
Datenquelle für die Indikatoren ist das BBT-Reporting 2012 der ZHAW (Kostenrechnung für Fachhochschulen zuhanden Bund).					
W1–W3	Die Zunahme der Anzahl Bachelor- und Master-Abschlüsse gegenüber dem Vorjahr ist mit insgesamt 10,2% weniger stark als zum Zeitpunkt der Planung 2012 angenommen. Diese veränderte Ausgangslage ist in der nachfolgenden Planungsperiode (KEF 2013–2016) berücksichtigt.				
L1–L3	Die Entwicklung in der grundständigen Lehre (Bachelor- und Masterstudiengänge) verläuft etwas unter der Planung, liegt mit einem Studierendenwachstum von rund 10% gegenüber dem Vorjahr aber gleichwohl auf einem unverändert hohen Niveau.				
L4–L7	Der erweiterte Leistungsauftrag (Weiterbildung, Dienstleistung und insbesondere Forschung) wurde im Verhältnis zur grundständigen Lehre im Vorjahr deutlich ausgebaut. Im Berichtsjahr liegen diese Kostenanteile nochmals leicht über den Vorjahreswerten und sind damit insgesamt deutlich höher als zum Zeitpunkt der Planung 2012 budgetiert. Absolut beträgt das Wachstum im Berichtsjahr im erweiterten Leistungsauftrag insgesamt 15,4 Mio. Franken. Der Kostenanteil des erweiterten Leistungsauftrags wurde unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums in der Forschung im Rahmen der nachfolgenden Planung (KEF 13–16) entsprechend angepasst.				
B1/B2	Der Beitrag des Bundes an die Kosten der grundständigen Lehre bewegt sich unverändert auf einem hohen Anteil von über 32%. Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich infolge des höheren Forschungsanteils gegenüber dem Vorjahr leicht verringert und liegt knapp unter dem budgetierten Kostendeckungsgrad von 80,5%.				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	372,6	395,4	387,0	-8,4
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	140,0	148,2	140,7	-7,5
Aufwand	-358,7	-406,2	-385,9	20,3
Kreditübertragungen aus 2011		-10,8		
Saldo	13,9	-10,8	1,1	11,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-9,1	-11,8	-10,3	1,5
Kreditübertragungen aus 2011		-1,2		
Saldo	-9,1	-11,8	-10,3	1,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 685,3	1 850,0	1 850,5	0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (-8,4):

- + 3,6 Höhere Beiträge vom Bund aufgrund höherer leistungsabhängiger Forschungsfinanzierung und Studierendenwachstums in den Studiengängen der höheren Beitragskategorien (Fachbereiche Architektur, Bau- und Planungswesen, Technik & IT, Chemie & Life Sciences, Gesundheit)
- +1,8 Höhere Entgelte für Leistungserbringungen der ZHAW für andere kantonale Stellen
- 7,5 Tieferer Kostenbeitrag des Kantons Zürich im Rahmen der jährlichen Leistungsvereinbarung bedingt durch Kreditübertragung in gleicher Höhe ins Folgejahr. Die Beantragung der Kreditübertragung erfolgt aufgrund der im Rechnungsjahr zusammen mit der Finanzverwaltung vereinbarten Systemänderung durch die Leistungsgruppe Nr. 7406, Zürcher Fachhochschule.
- 5,3 Tiefere Beiträge von Kantonen (weniger ausserkantonale Studierende als geplant) und Gemeinden
- 1,0 Verschiedene Mindererträge (Entgelte, Finanzertrag, Auflösung passivierte Investitionsbeiträge, geringere Rückerstattung CO₂-Abgabe)

Aufwand (+20,3):

- +20,8 Tieferer Sachaufwand (einschliesslich Abschreibungen und konzerninterne Leistungen), davon 6,0 Mio. Franken nicht beanspruchte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr, vor allem aufgrund von Projektverzögerungen wegen Ressourcenengpässen; finanzielle Bereinigung des Projektportfolios im Berichtsjahr erfolgt
- 0,5 Im Verhältnis zum Gesamtkostenvolumen Personal minim höherer Personalaufwand als budgetiert

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,5)

- +1,5 Verschiebung von geplanten Investitionsprojekten

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2012 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Gewinn von Fr. 1 111 352.51 (Vorjahr Fr. 13 914 853) ab. Bezogen auf den im Berichtsjahr erzielten Gesamtumsatz von 387 Mio. Franken entspricht dieses Ergebnis dem Ziel eines annähernd ausgeglichenen Ergebnisses (Abweichungsquote von 0,3%).

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 1 111 352.51 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) gutzuschreiben.

Der Rektor beabsichtigt, den einbehaltenen Gewinn den folgenden Eigenkapitalanteilen zuzuteilen:

Einlage in strategische Reserve Fr. 0

Einlage in Forschungsreserve Fr. 1 111 352.51

Einlage in allgemeine Reserve Fr. 0

Bilanz 9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011	Differenz R 11/12	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	99,7	133,2	-33,5	-25,2
Finanzvermögen¹	99,7	133,2	-33,5	-25,2
Flüssige Mittel	1,0	1,2	-0,2	-19,5
Forderungen	94,4	128,5	-34,1	-26,5
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	3,8	3,0	0,7	24,6
Vorräte und angefangene Arbeiten	0,5	0,5	0,1	19,1
Anlagevermögen (AV)	28,5	23,4	5,1	21,8
Finanzvermögen¹	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	28,5	23,4	5,1	21,8
Sachanlagen	27,1	22,0	5,1	23,2
Immaterielle Anlagen	1,3	1,3	0,0	0,1
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0,0	0,0		0,0
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	128,1	156,5	-28,4	-18,1
Fremdkapital (FK)	-100,8	-107,1	6,3	5,9
Kurzfristiges Fremdkapital	-97,0	-96,0	-1,0	-1,0
Laufende Verbindlichkeiten	-24,9	-30,2	5,3	17,5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-55,2	-52,4	-2,8	-5,3
Kurzfristige Rückstellungen	-16,9	-13,4	-3,5	-26,1
Langfristiges Fremdkapital	-3,8	-11,2	7,3	65,8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-1,8	-3,0	1,2	40,4
Langfristige Rückstellungen	-2,1	-8,2	6,1	74,9
Fonds im Fremdkapital		0,0	0,0	0,0
Eigenkapital (EK)	-27,3	-49,4	22,1	44,7
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-26,2	-23,1	-3,1	-13,4
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-1,1	-13,9	12,8	92,0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	-12,4	12,4	100,0
Total Passiven	-128,1	-156,5	28,4	18,1
¹ Total Finanzvermögen	99,7	133,2	-33,5	-25,2

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2012 der Zürcher Hochschule der Künste zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule der Künste

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2013

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse (A1)	P	1	0	1	1
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	322	347	319	-28
W3 Anzahl Master-Diplomabschlüsse	P	297	352	345	-7
Leistungen					
L1 Total Studierende (A1)	P	1 878	1 733	1 933	200
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	1 087	1 054	1 107	53
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	791	679	826	147
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in % (A2)	P	17,2	16,8	18,8	2,0
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	P	4,6	4,0	4,2	0,2
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	P	12,5	12,7	14,5	1,8
L7 – davon Anteil Dienstleistungen in %	P	0,1	0,1	0,1	0,0
Wirtschaftlichkeit					
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in % (A1)	P	23,3	23,5	24,9	1,4
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in % (A1, A2)	P	67,1	61,7	68,3	6,6

Abweichungsbegründungen

Datenquelle für die Indikatoren ist das BBT-Reporting 2012 der ZHdK (Kostenrechnung für Fachhochschulen zuhanden Bund).

W1–W3 Die Überführung der altrechtlichen Diplomstudiengänge in die Bachelor- und Masterausbildung ist abgeschlossen, wobei die Entwicklung der Abschlusszahlen nach neuer Studienstruktur etwas langsamer verlief als angenommen.

L1–L3 Aufgrund unvermindert hoher Nachfrage – Master ist Regelabschluss im Kunstbereich – sind die Studierendenzahlen in der Masterausbildung höher als budgetiert.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	143,7	129,9	142,8	12,9
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	82,2	80,0	80,6	0,7
Aufwand	-137,8	-129,9	-137,9	-8,0
Saldo	5,9	0,0	4,8	4,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2,5	-2,4	-2,0	0,4
Saldo	-2,5	-2,4	-2,0	0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	631,0	650,0	655,0	5,0

Erfolgsrechnung

Ertrag (+12,9):

- +4,0 Mehrerlöse aus Forschungs- und Dienstleistungsprojekten und übrigen Entgelten von Dritten
- +4,5 Mehrerlöse von anderen Kantonen für ausserkantonale Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)
- +3,0 Höhere Bundesbeiträge
- +0,7 Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich infolge Mehrbeitrags des Mittel- und Berufsschulamts für den Bereich Tanz
- +0,7 Höhere Entgelte von anderen kantonalen Stellen

Aufwand (-8,0):

- 1,2 Höhere Personalkosten aufgrund des gestiegenen Projektvolumens
- 6,6 Höherer Sachaufwand und höhere Vergütungen für andere Verwaltungseinheiten
- +0,6 Tiefere Abschreibungen auf Mobilien
- 0,8 Höhere Beiträge an Dritte und Vergütungen für Dienstleistungen

Investitionsrechnung

Aufgrund von Verzögerungen beim Projekt Toni-Areal konnten nicht alle geplanten Investitionen umgesetzt werden.

Personal

Die geringe Zunahme beim Beschäftigungsumfang ist auf das gesteigerte Projektvolumen im Bereich Forschung und Entwicklung zurückzuführen.

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2012 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Gewinn von Fr. 4 841 706.28 (Vorjahr Fr. 5 914 457.62) ab. Dieser ergibt sich aus der positiven Differenz von Mehreinnahmen seitens des Bundes und der Kantone aufgrund der Studierendenzunahme von knapp 12% gegenüber dem Budget und der im Vergleich dazu unterproportionalen Aufwandsteigerung.

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 4 841 706.28 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) gutzuschreiben.

Der Rektor beabsichtigt, den einbehaltenen Gewinn den folgenden Eigenkapitalanteilen zuzuteilen:

Einlage in strategische Reserve Fr. 1 500 000

Einlage in Forschungsreserve Fr. 500 000

Einlage in allgemeine Reserve Fr. 2 841 706.28

Bilanz 9720 Zürcher Hochschule der Künste

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011	Differenz R 11/12	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	29,7	28,5	1,1	3,9
Finanzvermögen¹	29,7	28,5	1,1	3,9
Flüssige Mittel	0,9	1,1	-0,2	-19,1
Forderungen	22,2	23,9	-1,7	-7,1
Kurzfristige Finanzanlagen		0,0	0,0	0,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	6,5	3,5	3,0	86,9
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	9,7	10,6	-0,9	-8,9
Finanzvermögen¹		0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen		0,0	0,0	0,0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	9,7	10,6	-0,9	-8,9
Sachanlagen	9,2	9,8	-0,6	-6,4
Immaterielle Anlagen	0,5	0,8	-0,3	-37,6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	39,4	39,2	0,2	0,4
Fremdkapital (FK)	-21,3	-25,9	4,7	18,0
Kurzfristiges Fremdkapital	-18,2	-21,1	2,9	13,9
Laufende Verbindlichkeiten	-6,8	-8,2	1,4	17,5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-7,4	-7,9	0,6	7,0
Kurzfristige Rückstellungen	-4,1	-5,0	1,0	19,1
Langfristiges Fremdkapital	-3,1	-4,8	1,7	36,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2,8	-4,6	1,8	38,5
Langfristige Rückstellungen	-0,2	-0,2	-0,1	-38,3
Fonds im Fremdkapital		0,0	0,0	0,0
Eigenkapital (EK)	-18,1	-13,3	-4,8	-36,5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-13,3	-5,5	-7,8	-141,6
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-4,8	-5,9	1,1	18,1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	-1,9	1,9	100,0
Total Passiven	-39,4	-39,2	-0,2	-0,4
¹ Total Finanzvermögen	29,7	28,5	1,1	3,9

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2012 der Pädagogischen Hochschule Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Pädagogische Hochschule Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2013

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abweichung von B 2012
Wirkungen					
W1 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse (A1)	P	340	410	371	-39
W2 Anzahl Master-Diplomabschlüsse (A1)	P	53	50	68	18
W3 Anzahl Diplomabschlüsse Sekundarstufe II (neu; A1)	P		50	38	-12
W4 Anzahl Zürcher Lehrdiplomabschlüsse (QUEST; A1)	P		70	40	-30
Leistungen					
L1 Total Studierende (A1)	P	1 803	2 580	2 367	-213
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	1 469	1 600	1 628	28
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	334	200	278	78
L4 – davon Studierende in der Sekundarstufe II	P		100	106	6
L5 – davon Studierende in den ZH-Studiengängen (QUEST)	P		680	355	-325
L6 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in % (A2)	P	43,1	30,0	31,2	1,2
L7 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	P	6,4	9,2	7,1	-2,1
L8 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	P	10,7	7,9	9,6	1,7
L9 – davon Anteil Dienstleistungen in %	P	5,1	12,9	14,5	1,6
L10 – davon Anteil Kantonalen Leistungsauftrag in %	P	20,9	0,0	0,0	0,0
Wirtschaftlichkeit					
B1 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in % (A1, A2)	P	50,6	39,2	42,7	3,5

Abweichungsbegründungen

Datenquelle für die Indikatoren ist die Kostenrechnung 2012 der PHZH.

L1/L5 Der Budgetwert für die als Massnahme gegen den Lehrermangel neu geschaffenen Ausbildungen für Quereinsteigende (QUEST) stammt aus dem Frühjahr 2011. In der Folge ergaben sich gegenüber diesem Planungsstand einige Änderungen bei der Einführung dieser Studiengänge. Der Budgetwert bezieht sich zudem auf das Herbstsemester 2012/13, während der Wert GB 2012 den Durchschnittswert über die drei ganz oder anteilig im Kalenderjahr 2012 liegenden Semester darstellt (Herbstsemester 2011/12, Frühjahrssemester 2012, Herbstsemester 2012/13). Bei einem Aufbau ist der Durchschnittswert tiefer als der letzte Einzelwert in diesem Zeitraum.

B1 Höhere Kostendeckung durch leistungsbezogene Beiträge aufgrund Mehreinnahmen für ausserkantonale Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV).

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	124,7	132,3	134,5	2,2
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	96,3	105,9	105,9	0,0
Aufwand	-116,8	-134,8	-133,8	1,0
Kreditübertragungen aus 2011		-2,5		
Saldo	7,9	-2,5	0,8	3,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,7	-2,0	-2,6	-0,6
Saldo	-0,7	-2,0	-2,6	-0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	498,4	515,0	528,5	13,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+2,2):

- +1,9 Mehrerlös von anderen Kantonen für ausserkantonale Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung
- +0,9 Mehrerlös vom Bund und öffentlichen Unternehmen
- +0,3 Mehreinnahmen aus Verkäufen von Sachanlagen
- 0,5 Tiefere Schul- und Kursgeldeinnahmen
- 0,4 Tiefere Einnahmen aus der Vermietung von Liegenschaften

Aufwand (+1,0):

- +1,5 Tieferer Personalaufwand
- +2,5 Nicht beanspruchte Kreditübertragung aus dem Vorjahr
- +0,4 Tiefere Beiträge an Dritte
- 2,7 Höherer Sachaufwand und übriger betrieblicher Aufwand
- 0,7 Höhere Abschreibungen auf Mobilien

Investitionsrechnung

Ausgaben (-0,6):

- 1,5 Mehrausgaben für Neuausstattung für den Campus Sihlpost im Informatikbereich. Der im RRB Nr. 1474/2011 hierfür bewilligte Betrag von 1,5 Mio. Franken war im Budget 2012 der PHZH noch nicht eingestellt.
- +0,9 In den übrigen Bereichen mussten aufgrund des Neubezugs des Campus Sihlpost weniger Anschaffungen getätigt werden. Hintergrund: Die Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 9740 umfasst die Neu- und Ersatzbeschaffung von Mobilien (einschliesslich IT) und den Unterhalt für Schloss Au. Die baulichen Investitionen und die Erstaussstattungen, also auch diejenigen des Campus Sihlpost, sind dagegen in der Leistungsgruppe Nr. 7406, Zürcher Fachhochschule, enthalten.

Personal

Im Rechnungsjahr 2011 konnten die Personalkosten tiefer gehalten werden als der zu einem früheren Zeitpunkt für das Budget 2012 angenommene Ausgangswert 2011. Um den erforderlichen Abbau des angesammelten Überstundenbestandes zu ermöglichen, wurden die Mittel im Budget 2012 nicht entsprechend gekürzt, sondern ein Teil davon für den Ausbau des Personalbestandes um 13,5 Vollzeit-einheiten verwendet. Die restliche Differenz wurde nicht beansprucht und ist oben in den Differenzbegründungen zum Aufwand als tieferer Personalaufwand von 1,5 Mio. Franken ausgewiesen.

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2012 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 758 715 (Vorjahr Gewinn Fr. 7926 644). Dies ist hauptsächlich eine Folge von höheren Beiträgen von anderen Kantonen für ausserkantonale Studierende (FVH-Beiträge).

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 758 715 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) gutzuschreiben.

Der Rektor beabsichtigt, den einbehaltenen Gewinn auf folgende Eigenkapitalanteile zu verteilen:
Einlage strategische Hochschulentwicklung Fr. 500 000
Einlage allgemeine Reserve Fr. 258 715

Bilanz 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

in Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011	Differenz R 11/12	
			Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	15,7	28,9	-13,2	-45,7
Finanzvermögen¹	15,7	28,9	-13,2	-45,7
Flüssige Mittel	0,1	0,1	0,0	38,1
Forderungen	14,8	28,1	-13,3	-47,4
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,7	0,7	0,1	8,3
Vorräte und angefangene Arbeiten	0,1	0,0	0,0	96,4
Anlagevermögen (AV)	13,1	1,2	11,9	982,0
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	13,1	1,2	11,9	982,0
Sachanlagen	13,0	1,2	11,8	999,5
Immaterielle Anlagen	0,1	0,0	0,1	236,5
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	28,8	30,1	-1,3	-4,4
Fremdkapital (FK)	-20,1	-19,7	-0,4	-2,2
Kurzfristiges Fremdkapital	-19,9	-10,9	-9,1	-83,5
Laufende Verbindlichkeiten	-6,8	-5,0	-1,8	-35,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		0,0		0,0
Passive Rechnungsabgrenzung	-4,9	-4,2	-0,7	-17,0
Kurzfristige Rückstellungen	-8,2	-1,7	-6,6	-392,2
Langfristiges Fremdkapital	-0,2	-8,8	8,6	97,8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0,0	-0,1	0,1	68,9
Langfristige Rückstellungen	-0,2	-8,8	8,6	98,1
Fonds im Fremdkapital				
Eigenkapital (EK)	-8,6	-10,4	1,7	16,8
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	-7,9	-2,4	-5,4	-221,6
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-0,8	-7,9	7,2	90,4
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Total Passiven	-28,8	-30,1	1,3	4,4
¹ Total Finanzvermögen	15,7	28,9	-13,2	-45,7

9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel von den Donatoren vorgegeben, die bedachten Institutionen können nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen. Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant.

Weiter reichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung				
Ertrag	9,5		21,3	21,3
Aufwand	–9,2		–20,8	–20,8
Saldo	0,3		0,5	0,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Bilanz 9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

in Mio. Franken	per	per	Differenz R 10/11	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Umlaufvermögen (UV)	40,2	28,0	12,2	43,7
Finanzvermögen¹	40,2	28,0	12,2	43,7
Flüssige Mittel	1,6	1,2	0,4	34,0
Forderungen	24,1	12,2	11,8	96,9
Kurzfristige Finanzanlagen	13,8	13,7	0,1	0,7
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,8	0,9	-0,1	-12,3
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen (AV)	68,6	64,2	4,4	6,8
Finanzvermögen¹	68,4	63,9	4,4	6,9
Finanzanlagen	67,5	63,1	4,4	7,0
Sachanlagen	0,8	0,8	0,0	0,0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	0,2	0,3	-0,1	-25,0
Sachanlagen	0,2	0,3	-0,1	-25,0
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen		0,0		0,0
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	108,7	92,2	16,6	18,0
Fremdkapital (FK)	-69,7	-53,7	-16,1	-30,0
Kurzfristiges Fremdkapital	-0,1	-0,2	0,1	53,9
Laufende Verbindlichkeiten	-0,1	-0,2	0,1	51,1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0,0	-0,0	0,0	87,9
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-69,6	-53,5	-16,2	-30,3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital	-69,6	-53,5	-16,2	-30,3
Eigenkapital (EK)	-39,0	-38,5	-0,5	-1,3
Fonds im Eigenkapital	-39,0	-38,5	-0,5	-1,3
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0,0	0,0		0,0
Kumulierte Ergebniss der Vorjahre				
Total Passiven	-108,7	-92,2	-16,6	-18,0
¹ Total Finanzvermögen	108,5	91,9	16,7	18,1

9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Der Geschäftsbericht 2012 der BVK liefert detaillierte Informationen über das Geschäftsjahr 2012. Er ist auf der Internetseite www.bvk.ch erhältlich. Ein gedrucktes Exemplar kann unter der Mail-Adresse bvk@bvk.zh.ch oder telefonisch unter 043 259 42 00 bestellt werden.

	RE 2011	B 2012	RE 2012
A	Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen		
Beiträge Arbeitnehmer	398 842 585	441 000 000	411 847 165
Beiträge Arbeitgeber	597 445 648	700 000 000	615 000 011
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	66 362 720	70 000 000	122 592 881
Einlage in kollektive Reserven	-607	0	0
Zuschüsse Sicherheitsfonds	59 371	0	52 188
Einlagen in Arbeitgeberbeitragsreserven	0	6 000 000	0
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	1 062 709 717	1 217 000 000	1 149 492 245
B	Eintrittsleistungen		
Freizügigkeitseinlagen	431 420 268	450 000 000	478 333 468
Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	13 754 876	10 000 000	11 252 973
Total Eintrittsleistungen	445 175 144	460 000 000	489 586 441
C	(A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		
	1 507 884 861	1 677 000 000	1 639 078 686
D	Reglementarische Leistungen		
Altersrenten	-768 781 977	-764 800 000	-804 203 657
Hinterlassenenrenten	-95 886 268	-94 000 000	-100 240 400
Invalidenrenten	-62 074 609	-70 100 000	-59 636 183
Übrige reglementarische Leistungen	-2 538 255	-4 500 000	-55 038 197
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-68 754 517	-70 000 000	-65 011 495
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-685 141	-2 100 000	-1 355 090
Total Reglementarische Leistungen	-998 720 767	-1 005 500 000	-1 085 485 022
E	Austrittsleistungen		
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-445 628 179	-475 000 000	-760 489 515
Vorbezüge WEF/Scheidung	-67 942 287	-85 000 000	-73 666 915
Total Austrittsleistungen	-513 570 466	-560 000 000	-834 156 430
F	(D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		
	-1 512 291 233	-1 565 500 000	-1 919 641 452
G	Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven		
Auflösung und Bildung Vorsorgekapital Aktive	77 931 435	54 100 000	211 577 398
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Renten	-456 822 000	-510 000 000	-678 869 000
Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	-73 000 000	-100 000 000	275 958 207
Verzinsung des Vorsorgekapitals Aktive	-241 765 858	-225 000 000	-184 230 022
Total Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	-693 656 423	-780 900 000	-375 563 417
H	Versicherungsaufwand		
Beiträge an Sicherheitsfonds	-5 377 350	-6 000 000	-1 331 076
Total Versicherungsaufwand	-5 377 350	-6 000 000	-1 331 076
I	(C+F+G+H) Nettoergebnis aus dem Versicherungsteil		
	-703 440 145	-675 400 000	-657 457 259

	RE 2011	B 2012	RE 2012	
J	Nettoergebnis aus Vermögensanlagen			
	Ergebnis aus Finanzanlagen			
	Geld- und Geldmarktanlagen	8 017 261	18 900 000	9 648 096
	Obligationen in Fr.	97 619 612	66 300 000	121 256 918
	Fremdwährungsobligationen	58 537 011	64 300 000	110 422 429
	Wandelanleihen	-51 662 284	60 600 000	63 453 451
	Hypotheken	20 256 715	20 200 000	-981 262
	Aktien Schweiz	-133 346 290	203 500 000	491 079 287
	Aktien Ausland	-299 725 815	219 300 000	526 249 683
	Commodities	-72 459 563	53 000 000	-9 105 826
	Hedge Funds	-5 098 624	10 200 000	-2 234 030
	Private Equity	33 689 829	36 700 000	30 039 263
	Immobilien Schweiz	230 484 333	189 900 000	269 081 354
	Immobilien Ausland	-11 144 250	15 300 000	54 232 163
	Total Ergebnis aus Finanzanlagen	-124 832 064	958 200 000	1 663 141 527
K	Ergebnis sonstige Aktiven			
	Anlagen beim Arbeitgeber	956 024	100 000	0
	Übriges Vermögen	1 339 430	0	1 329 034
	Total Ergebnis sonstige Aktiven	2 295 454	100 000	1 329 034
L	Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung			
	Aufwand Asset Management	-21 043 486	-23 400 000	-18 368 608
	Aufwand Real Estate Management	-8 941 082	-11 700 000	-9 134 085
	Total Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung	-29 984 568	-35 100 000	-27 502 693
M	(J+K+L) Total Nettoergebnis aus Vermögensanlagen	-152 521 178	923 200 000	1 636 967 868
N	Sonstiger Ertrag			
	Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	738 805	700 000	806 437
	Übriger Ertrag	1 995	0	256 315
	Total Sonstiger Ertrag	740 800	700 000	1 062 752
O	Total Sonstiger Aufwand	0	0	0
P	Total Aufwand Versichertenverwaltung	-11 208 084	-13 500 000	-13 745 475
Q	(I+M+N+O+P) Aufwand-/Ertragsüberschuss vor Auflösung/Bildung			
	Wertschwankungsreserven	-866 428 607	235 000 000	966 827 886
R	Auflösung Wertschwankungsreserve	0	0	0
Z	(Q+R) Aufwand-/Ertragsüberschuss	-866 428 607	235 000 000	966 827 886

Bilanz 9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

31. Dezember 2011		31. Dezember 2012		Veränderung
		Aktiven	Passiven	
Fr.		Fr.	Fr.	Fr.
20 910 209 046	A K T I V E N	22 552 251 537		1 642 042 491
20 900 197 285	Vermögensanlagen	22 552 012 449		1 651 815 164
20 814 558 220	Finanzanlagen	22 406 670 995		1 592 112 775
3 125 384 876	Geld- und Geldmarktanlagen	2 873 579 747		-251 805 129
2 536 169 290	Obligationen in Fr.	2 806 550 897		270 381 607
1 875 429 634	Fremdwährungsobligationen	2 266 457 179		391 027 545
746 799 615	Wandelanleihen	726 276 658		-20 522 957
1 013 165 042	Hypotheken	922 061 885		-91 103 157
2 571 131 241	Aktien Schweiz	3 007 708 795		436 577 554
3 212 906 566	Aktien Ausland	3 847 464 652		634 558 086
687 876 570	Commodities	675 860 753		-12 015 817
31 046 026	Hedge Funds	17 607 342		-13 438 684
442 048 644	Private Equity	484 977 140		42 928 496
3 991 633 414	Immobilien Schweiz	4 202 378 551		210 745 137
580 967 302	Immobilien Ausland	575 747 396		-5 219 906
85 639 065	Sonstige Aktiven	145 341 454		59 702 389
72 027 423	Anlagen beim Arbeitgeber	90 257 324		18 229 901
13 611 642	Übriges Vermögen	55 084 130		41 472 488
10 011 761	Aktive Rechnungsabgrenzung	239 088		-9 772 673
-20 910 209 046	P A S S I V E N		-22 552 251 537	-1 642 042 491
-43 626 194	Verbindlichkeiten		-348 661 593	-305 035 399
-5 390 928	Freizügigkeitsleistungen und Renten		-307 133 166	-301 742 238
-38 235 266	Andere Verbindlichkeiten		-41 528 427	-3 293 161
-25 012 173 223	Vorsorgekapital und technische Rückstellungen		-25 382 350 429	-370 177 206
-12 642 615 223	Vorsorgekapital Aktive		-12 609 881 636	32 733 587
-10 913 558 000	Vorsorgekapital Renten		-11 592 427 000	-678 869 000
-1 456 000 000	Technische Rückstellungen		-1 180 041 793	275 958 207
0	Wertschwankungsreserve		0	0
4 145 590 371	Unterdeckung		3 178 760 485	-966 829 886
3 279 161 764	Stand 1. Januar		4 145 588 371	-866 426 607
866 428 607	Aufwandüberschuss/Ertragsüberschuss		-966 827 886	-100 399 279

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Das Geschäftsvolumen nahm in diesem Jahr entsprechend der Arbeitslosigkeit zu. Die Anzahl Abrechnungen für Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigung stieg um 14,8%. Die ausbezahlte Summe aller Entschädigungen nahm ebenfalls zu auf 361,3 (2011: 337,2) Mio. Franken.

Indikatoren

	Art	R 2011	B 2012	GB 2012	Abw. von B 2012
Leistungen					
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	P	113 452	90 000– 100 000	130 199 30 199
Wirtschaftlichkeit					
B1	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen in %	max.	2,3	2,1	2,1
Abweichungsbegründungen					
L1	Mit der Arbeitslosigkeit ist auch das Abrechnungsvolumen gestiegen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde für das Berichtsjahr mit einer leicht abnehmenden Arbeitslosigkeit gerechnet. Zudem konnten die Marktanteile leicht erhöht werden.				

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2011	B 2012	R 2012	Abweichung von B 2012
Erfolgsrechnung					
	Ertrag	372,8	370,0	400,7	30,7
	Aufwand	–372,9	–370,0	–397,3	–27,3
	Saldo	–0,1	0	3,4	3,4
Investitionsrechnung					
	Einnahmen				
	Ausgaben				
	Saldo				
Personal					
	Beschäftigungsumfang Angestellte	63,7	67,0	61,0	–6,0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes, die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Aufwand:

Der Aufwand entspricht den Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung einschliesslich Sozialleistungen sowie den Verwaltungskosten für den Vollzug und wird vollumfänglich vom Bund finanziert.

Saldo:

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich etwas verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo. Dieser wird laufend ausgeglichen.

Bilanz 9200 Arbeitslosenkasse

31. Dezember 2011	Konto	31. Dezember 2012	Veränderung
Fr.		Aktiven Fr.	Passiven Fr.
13 922 933.48		17 265 930.68	3 342 997
A K T I V E N			
4 068.77	1000	Kasse 953.67	-3 115
67 501.39	1001	Postkonto 110 239.09	42 738
7 951 484.94	1002	Bankkonto 11 629 626.74	3 678 142
13 572 585.80	1010	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 14 813 646.95	1 241 061
3 045.55	1010	Forderungen, Verrechnungssteueranspruch 1 915.40	-1 130
-9 874 551.20	1010	Wertberichtigung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen -10 462 647.45	588 096
2 043 273.73	1011	Kontokorrent Staat 975 865.13	-1 067 409
0.0	1041	Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten 88 666.15	88 666
-1 450.40	1045	Übriger betrieblicher Aufwand 1 951.00	3 401
-75.10	1045	Übriger betrieblicher Ertrag 250.00	325
157 050.00	1409	Übrige Sachanlagen 105 464.00	-51 586
P A S S I V E N			
13 922 933.48		17 265 930.68	-3 342 997
108 398.95	2000	Kreditoren 27 716.30	80 683
12 558 744.18	2001	Kontokorrent Arbeitslosenfonds 15 988 001.13	-3 429 257
1 086 898.05	2009	Übrige laufende Verpflichtungen 1 119 737.80	-32 840
38 033.00	2045	Passive Rechnungsabgrenzung übriger betrieblicher Aufwand 37 367.60	665
480.00	2045	Passive Rechnungsabgrenzung übriger betrieblicher Ertrag 780.00	-300
130 379.30	2089	Übrige langfristige Rückstellungen der Erfolgsrechnung 92 327.85	38 051



Parlamentarische Vorstösse und Initiativen

Staatskanzlei

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

273/2009

Überprüfung der Publikationen der kantonalen Verwaltung

10. Mai 2010 (Postulat Regine Sauter, Zürich, Beat Walti, Zollikon, und Gaston Guex, Zumikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Publikationen der kantonalen Verwaltung kritisch zu überprüfen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen: Erfolgen die Publikationen aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder eines ausgewiesenen Informationsbedürfnisses, wie ist der Bedarf an Ressourcen für ihre Herstellung (Personal- und Sachkosten) und werden dadurch Private konkurrenziert, welche die entsprechende Informationstätigkeit bereits wahrnehmen? Es ist aufzuzeigen, welche Einsparungen aufgrund dieser Evaluation möglich sind.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 4. April 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4890).

Direktion der Justiz und des Innern

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 36/2009 **Änderung Verordnung über den Gemeindehaushalt («Professionalisierung» der Rechnungsprüfungskommission)**
6. April 2009 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, und Ernst Stocker, Wädenswil, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, die neue Verordnung über den Gemeindehaushalt bzw. das Kreisschreiben über den Gemeindehaushalt vom 1. Januar 2009 nicht umzusetzen.
Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass bereits in 12 Monaten Erneuerungswahlen durchzuführen sind und die Fristen für einen geordneten Systemwechsel zu kurz sind.
Wir beantragen, die Verordnung im Sinne der Ergebnisse zur Vernehmlassung der Kantonsverfassung und der Diskussionen im Verfassungsrat, zurückzuziehen.
Die Verordnung ist gemeinsam mit dem zu revidierenden Gemeindegesetz zu überarbeiten. Im Vordergrund steht die zwingende Forderung, dass die RPK's in den Gemeinden in der heutigen Form beibehalten werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4671).
- 141/2009 **Lockerung übertriebener Feuerpolizeivorschriften**
28. September 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, Vorschläge zu unterbreiten, wie bei der Feuerpolizei der Grundsatz der Verhältnismässigkeit durchgesetzt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie übertriebene Vorschriften gelockert, die politischen Einflussmöglichkeiten vergrössert und bei Zielkonflikten die Güterabwägungen verbessert werden können. Aus diesem Grund soll sogar geprüft werden, ob die kantonale Feuerpolizei statt von der Gebäudeversicherung von der Baudirektion ausgeübt werden soll.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4786).
- 148/2008 **Gesetzliche Grundlage für den Kinder- und Jugendmedienschutz**
22. März 2010 (Postulat Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, und Claudia Gambacciani, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Gesetz über die Vorführung von Filmen zu revidieren und dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Kinder- und Jugendschutz auch bei neuen Medien gewährleistet. Dazu gehören insbesondere Alterskennzeichnungen für Videos, DVD, Computer und Konsolenspiele, damit verbundene Handelsbeschränkungen sowie Verpflichtungen für Anbieter, den Kinder- und Jugendschutz im Internet und bei der mobilen Kommunikation sicherzustellen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 29. Februar 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4871).

- 52/2010 **Einzelinitiative**
29. März 2010 (Harry Lütolf, Zürich) betreffend effiziente, gerechte und kostengünstige Information der Wählerschaft bei Verhältniswahlen.
Antrag:
Spätestens auf die nächsten Gesamterneuerungswahlen in den Zürcher Gemeinden im Jahr 2014 soll den Stimmberechtigten zusammen mit den Wahlunterlagen gemäss § 60 ff. GPR (eventuell in einem besonderen Umschlag) je ein Flugblatt der an der Wahl beteiligten Parteien und politischen Gruppierungen zugestellt werden können. Dies soll für die National- und Kantonsratswahlen sowie die Wahlen in den Grossen Gemeinderat der betroffenen Zürcher Gemeinden gelten. Das GPR ist in diesem Sinne zu ändern.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. September 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4839).
- 172/2010 **Statistik über Rückfallquoten von Jugendstraftäter**
27. September 2010 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Claudio Schmid, Bülach, und Barbara Angelsberger, Urdorf). Der Regierungsrat wird ersucht, eine Statistik über die Rückfallrate jugendlicher Straftäter aufgeschlüsselt nach A, B, und C Fällen zu veranlassen. Die zu erstellende Statistik soll die Erfolgsquote der verschiedenen Strafen und eingeleiteten Massnahmen aufzeigen.
Von besonderem Interesse sind die Rückfallquoten bei Tätern mit langjährigen Massnahmen. Verglichen mit dem Ausland ist die Rückfallquote bei diesen Tätern besonders hoch und verursacht auch die grössten Kosten.
Als rückfällig gilt ein Jugendlicher, der nach Abschluss der Strafe wieder eine Straftat verübt.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 12. September 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4929).
- 248/2010 **Umsetzung von Gesetzesvorlagen**
29. November 2010 (Postulat Jörg Kündig, Gossau, Martin Farner, Oberstammheim, und Dieter Kläy, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, mit welchen Mitteln und Massnahmen er gedenkt zu erreichen, dass bei der Einführung neuer Gesetze und Verordnungen den unterstellten staatlichen Führungsebenen die erforderliche Zeit für sorgfältige Vorbereitung und Umsetzung zur Verfügung steht.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Oktober 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4934).
- 254/2011 **Volksinitiative «Für mehr Demokratie»**
31. Oktober 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3242
Die Verfassung des Kantons Zürich wird wie folgt geändert:
Art. 22 Abs. 2 (neu)
Die Gemeinden können die politischen Rechte in Gemeindeangelegenheiten ausserdem für Ausländerinnen und Ausländer vorsehen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben und seit mindestens drei Jahren ununterbrochen in der Gemeinde wohnen und die es persönlich beantragen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 4. April 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4891).

Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»

26. April 2012 (Volksinitiative). ABI 2012, 882

Die Verfassung des Kantons Zürich wird wie folgt geändert:

Art. 130 Abs. 5 (neu)

Juristische Personen sind von der Kirchensteuer befreit.

Der bisherige Art. 130 Abs. 5 wird neu zu Art. 130 Abs. 6.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 12. Dezember 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4951).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

366/2007

Kostenverrechnung bei Todesfällen, die durch Sterbehilfeorganisationen verursacht worden sind

15. Februar 2010 (Motion Bruno Walliser, Volketswil, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass den Sterbehilfeorganisationen die anfallenden Kosten für Untersuchungen und Bearbeitung der Fälle von aus dem Ausland stammenden Personen durch die Polizei, Amtsarzt, Staatsanwaltschaft, Gerichtsmedizin, Zivilstandesamt, Bestattungsamt etc. weiterverrechnet werden können.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

24/2012

Begleitgruppe für den neuen Finanzausgleich

5. März 2012 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Martin Zuber, Waltalingen, und Stefan Hunger, Mönchaltorf). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie eine Begleitgruppe für den neuen Finanzausgleich eingesetzt werden kann. Der neue Finanzausgleich wurde per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Während der Übergangsphase muss eine paritätische Kommission mit Vertretern aus Gemeinden, Städten und Kanton die Umsetzung begleiten. Gleichzeitig soll die Kommission die Arbeit des Fachbeirates (gemäss Finanzausgleichsgesetz) für den individuellen Sonderlastenausgleich übernehmen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

348/2011

Einzelinitiative

7. Mai 2012 (Jakub Walczak, Zürich) betreffend Leere Wahlzettel mit Beiblatt.

Antrag:

Das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) wird wie folgt geändert:

§ 61. Bei Wahlen mit leeren Wahlzetteln legt die wahlleitende Behörde den Wahl- und Abstimmungsunterlagen ein Beiblatt bei, auf dem die Personen aufgeführt sind, die öffentlich zu Wahl vorgeschlagen worden sind.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

229/2011

Straffung von Rekurs- und Beschwerdeverfahren: Gleiche Fristen für Verfahrensführer und Verfahrensgegner im öffentlichen Recht

25. Juni 2012 (Postulat Hans-Peter Amrein, Küsnacht, und Max F. Clerici, Horgen). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Vernehmlassungsfristen für Rekurs- und Beschwerdeantworten sowie die Antwortfristen im weiteren Schriftenwechsel in Verfahren des öffentlichen Rechts gesetzlich auf 30 Tage zu beschränken.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 180/2012 **Kostenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden**
24. September 2012 (Postulat Jörg Kündig, Gossau, Heinz Kyburz, Männedorf, und Margreth Rinderknecht, Wallisellen). Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen einer allgemeinen Kostenentflechtung zu klären, welche Aufgaben eindeutig vom Kanton bzw. von den Gemeinden zu erledigen sind. Er soll eine Zahlungspflicht für das Erledigen der Aufgaben an entsprechende Entscheidungskompetenzen knüpfen – getreu dem Motto: «Wer zahlt, befiehlt».
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 69/2011 **Einführung eines kantonalen Jugendparlaments**
6. Februar 2012 (Motion Andreas Wolf, Dietikon, Claudia Gambacciani, Zürich, und Regula Kaeser-Stöckli, Kloten). Die Geschäftsleitung des Kantonsrates wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zur Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments auszuarbeiten. Dieses soll zur Einreichung von parlamentarischen Vorstössen und zu mündlichen Stellungnahmen zuhanden des Kantonsrates ermächtigt sein.
Ist bei der Geschäftsleitung des Kantonsrates hängig.

Sicherheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 20/2008 **Suizidprävention**
30. November 2009 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Erika Ziltener, Zürich, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, über die Suizidprävention im Kanton Zürich zu berichten, ein Suizidpräventionskonzept zu erarbeiten, zu realisieren und dessen Wirksamkeit zu überprüfen. Dem Kantonsrat ist dazu regelmässig Bericht zu erstatten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4858).
- 381/2009 **Datenschutz für Schweizer Hotelgäste**
18. Januar 2010 (Postulat Ruedi Lais, Wallisellen, und Yves de Mestral, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, wie die Verwendung von Daten über Hotelgäste schweizerischer Nationalität gesetzlich geregelt und gleichzeitig ein angemessener Datenschutz gewährleistet werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4759).
- 150/2010 **Einzelinitiative**
8. November 2010 (Susi Gut, Zürich, und Markus Schwyn, Zürich) betreffend Kostenüberwälzung auch beim 1. Mai.
Antrag:
Anpassung von § 58 Abs. 3 des Polizeigesetzes wie folgt:
Bei bewilligten Veranstaltungen, die der Ausübung des verfassungsmässig garantierten Demonstrationsrechts dienen, werden den Veranstaltern keine Kosten auferlegt, sofern sie nicht grobfahrlässig gegen Auflagen der Bewilligung verstossen haben und sofern es nicht bei Nachdemonstrationen zu Sachschäden oder zu einem massiven Polizeieinsatz kommt.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 11. April 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4892).
- 83/2008 **SKOS-Richtlinien**
20. Juni 2011 (Postulat Willy Haderer, Unterengstringen, Theresia Weber-Gachnang, Uetikon a.S., und Hansruedi Bär, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zu veranlassen, die SKOS-Richtlinien in dem Sinne anzupassen, dass die Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger gegenüber den Niedrigverdienenden, welche zudem Steuern bezahlen, nicht besser gestellt werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 4. Dezember 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4949).

2/2010 **Teilrevision des Sozialhilfegesetzes**

28. November 2011 (Postulat Jean-Luc Cornaz, Winkel, und Urs Lauffer, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, das Sozialhilfegesetz so zu ergänzen und abzuändern, dass für die Ausschüttungen des Alkoholzehntels eine rollende Planung gemacht wird, welche das Fondsvermögen ausschöpft und den Beitrag für den Behandlungsaufwand an die zürcherischen Beratungsstellen für Alkoholprobleme auf das alte Niveau von vor 1989 festsetzt. Ferner soll die Wirksamkeit der eingesetzten finanziellen Mittel überprüft werden und Beiträge aus andern Mitteln (z. B. Lotteriefonds) nicht ausgeschlossen werden.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. November 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4945).

227/2011 **Schaffung einer Kantonalen Gewaltschutz-Zentrale**

28. November 2011 (Postulat Markus Schaaf, Zell, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird um Bericht und Antrag zur Schaffung einer Kantonalen Gewaltschutz-Zentrale gebeten. Mit der Schaffung einer solchen Institution sollen Opfer von Gewalt unmittelbar, kompetent und wirksam vor weiteren Gewalttaten geschützt werden. Allfällig bestehende Strukturen sind besser zu nutzen, besser zu vernetzen und vor allem für Opfer besser erkennbar zu machen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 20. Juni 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4914).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

84/2008 **Autos und Sozialhilfe**

20. Juni 2011 (Postulat Peter Preisig, Hinwil, Hansruedi Bär, Zürich, und Beat Stiefel, Egg). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie das Sozialhilfegesetz dahingehend abgeändert werden kann, dass Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger während der Zeit ihrer Fürsorgeabhängigkeit keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder zu Eigentum erwerben dürfen. Zudem darf ein Fahrzeug keiner Drittperson zum Gebrauch überlassen werden. Bei Zuwiderhandlung erfolgt eine Leistungskürzung um die Summe der errechneten Kosten des Autos.

Ausnahmen können bewilligt werden, wenn das Auto zur Generierung eines eigenen Erwerbseinkommens und damit zur Senkung der Sozialhilfeunterstützung führt. Auch für Fahrten, welche gesundheitlich notwendig sind und nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vollzogen werden können, können Ausnahmen bewilligt werden.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

341/2011 **Erhöhung der Sicherheit am Fussgängerstreifen**

11. Juni 2012 (Postulat Franco Albanese, Winterthur, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Davide Loss, Adliswil). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie die gesetzlichen Grundlagen und allenfalls die dazugehörigen Verordnungen ausgeschöpft werden können, damit Fussgängerstreifenmarkierungen zur Verbesserung der Fussgängerstreifensichtbarkeit nach den neusten Erkenntnissen (Stand der Technik) gestaltet oder saniert werden können. Dabei soll der Kanton als Eigentümer von Strassen, nebst Sanierungen, auch technisch verbesserte Neuerungen an Fussgängerstreifen prioritär und fortlaufend umsetzen.

Prüfung

34/2011

Verbesserung der Sichtbarkeit von Zebrastreifen durch den Einbau von Reflektoren

11. Juni 2012 (Postulat Renate Büchi-Wild, Richterswil, Marcel Burlet, Regensdorf, und Sabine Sieber Hirschi, Sternenberg). Der Regierungsrat wird ersucht, die Wirksamkeit und den Einbau von Reflektoren in Zebrastreifen zu prüfen, die Kosten, die beim Einbau von Reflektoren anfallen, zu beziffern und zu begründen.

Prüfung

340/2011

Verbesserung der Sicherheit und Reduktion der Umweltbelastung auf dem Kantonsstrassennetz

5. November 2012 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Philipp Kutter, Wädenswil, und Andreas Hasler, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird beauftragt, gestützt auf Art auf Art 108 SSV, dem Kantonsrat einen Bericht zu unterbreiten, in dem er diejenigen Strassenabschnitte auf dem Kantonsstrassennetz bezeichnet, für welche eine tiefere Geschwindigkeitslimite als Tempo 50 sinnvoll ist. Dabei sind namentlich folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Temporeduktion zur Vermeidung oder Verminderung besonderer Gefahren
- Temporeduktion zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung
- Temporeduktion zur Verbesserung des Verkehrsablaufs
- Temporeduktion aus ortsbaulicher Sicht

Prüfung

43/2012

Ausgliederung der kantonalen IV-Betriebe aus der Verwaltung

5. November 2012 (Postulat Regine Sauter, Zürich, Willy Haderer, Unterengstringen, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, aufzuzeigen, wie die IV-Betriebe Hardoskop, Hardundgut und Tilia, welche dem kantonalen Sozialamt übertragen wurden, aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert und entweder rechtlich verselbstständigt oder einer bereits bestehenden privaten IV-Einrichtung übertragen werden können. Die Abteilung «kantonale IV-Betriebe» ist aufzulösen.

Prüfung

Finanzdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

4715/2010 Grundstückgewinnsteuer-JA, aber fair!

2. November 2009 (Volksinitiative). ABI 2010, 229

Reduktion des Spekulationszuschlags; Erhöhung des Besitzesdauerabattes mit Steuerfreiheit nach einer Besitzesdauer von 21 Jahren.

Der Regierungsrat hat der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zum Gegenvorschlag dieser Kommission am 25. Januar 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4715a).

315/2010 Zustellung der Lohnabrechnung für kantonale Angestellte per E-Mail im Intranet

31. Januar 2011 (Postulat Armin Steinmann, Adliswil, und Rolf Stucker, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, zu prüfen, wie im Zusammenhang mit dem eingeführten SAP und der bevorstehenden Ablösung des PALAS durch das PULS-ZH auf die postalische Zustellung der monatlichen Lohnabrechnungen an die kantonalen Lohnempfänger verzichtet werden kann und stattdessen die Lohnabrechnungsdaten auf der Intranetplattform als individuelle PDF-Dateien an die Lohnempfängerinnen und -empfänger übermittelt werden können.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 28. November 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4950).

Gegen Steuergeschenke für Superreiche

15. August 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3243

Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton (Bonzensteuer).

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 28. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4885).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

333/2010 Anpassung des Steuergesetzes an das gemeinsame elterliche Sorgerecht

28. Februar 2011 (Motion Kaspar Bütikofer, Zürich, Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (StG, LS 631.1) an die Möglichkeit des gemeinsamen elterlichen Sorgerechts nach einer tatsächlichen oder rechtlichen Trennung anzupassen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

152/2010 Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen – Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand auf maximal 30 Tage

7. März 2011 (Motion Josef Wiederkehr, Dietikon, Martin Arnold, Oberrieden, und Antoine Berger, Kilchberg, sowie Mitunterzeichner). Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Entwurf für einen Beschluss zur Schaffung der Rahmenbedingungen vorzulegen, welcher die Zahlungsfristen für die öffentliche Hand als Debitor generell auf maximal 30 Tage festlegt. Analog soll sich der Kanton gegenüber den Gemeinden in Bezug auf die Begleichung/Abwicklung von Rechnungen und Auszahlungen verhalten.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

101/2011 [Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verwendung von Geldern des Lotteriefonds](#)
26. September 2011 (Motion Finanzkommission). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für die Vergabe von Lotteriefondsgeldern so zu ändern, dass der Kantonsrat abschliessend darüber befinden kann.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

289/2012 [Bewilligung von Nebenbeschäftigungen](#)
26. November 2012 (Postulat Parlamentarische Untersuchungskommission BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, eine Änderung der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (insbesondere § 144) dahingehend zu prüfen, dass die Regelungen betreffend Nebenbeschäftigungen gemäss Vollzugsverordnung zum Personalgesetz innerhalb der kantonalen Verwaltung einheitlich angewendet werden. Zudem soll das kantonale Personalamt bei Bewilligungsverfahren zwingend angehört werden und Bewilligungen des oberen Kaders sollen generell vom Gesamtregierungsrat erteilt werden.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Volkswirtschaftsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 270/2010 **Änderung Verordnung zum Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz**
 1. November 2010 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, und Arnold Suter, Kilchberg). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, die Verordnung zum Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz vom 26. November 2003 unverzüglich dahingehend zu ändern, dass
 a) § 3 Absatz 2 der Verordnung gestrichen wird, und
 b) § 3 Absatz 1 Buchstabe e wie folgt lautet: «Kleinläden mit einer Verkaufsfläche von höchstens 200 m²».
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Oktober 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4841).
- 204/2011 **Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf**
 24. Oktober 2011 (Postulat Thomas Hardegger, Rümlang, Thomas Maier, Dübendorf, und Markus Schaaf, Zell). Der Regierungsrat wird ersucht aufzuzeigen, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass die Flughafen Zürich AG keine Auslagerung von Flügen nach Dübendorf vornimmt.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 29. August 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4926).
- 16/2012 **Seeuferwege ohne Enteignungen**
 27. Februar 2012 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Rico Brazerol, Horgen, und Josef Wiederkehr, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, bis zum demokratisch legitimierten Entscheid über den Gegenvorschlag zur «Seeuferweginitiative» sämtliche Planungsarbeiten und Aufträge an Dritte im Zusammenhang mit neuen Seeuferwegprojekten im Kanton Zürich, die ohne Enteignungen nicht realisierbar sind, einzustellen.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. November 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4946).
- 279/2011 **Einzelinitiative**
 5. März 2012 (Peter H. Schneider, Oberrieden) betreffend Standesinitiative für die rasche Behebung der Engpässe auf der Bahnstrecke Zürich–Thalwil–Zug
 Antrag:
 Gestützt auf Art 169 Abs. 1 der Bundesverfassung reicht der Kanton Zürich bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative ein:
 Der Bund wird eingeladen, die SBB-Strecke Zürich–Thalwil–Zug möglichst rasch auf durchgehende Doppelspur auszubauen. Dazu sind folgende Projekte zu realisieren:
- Neuer doppelspuriger Zimmerbergtunnel Horgen–Oberdorf–Sihlbrugg mit gestreckter Linienführung
 - Neuer einspuriger Albistunnel Sihlbrugg–Litti parallel zum bestehenden Tunnel
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 4. Juli 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4916).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

- 277/2008 **Verdoppelung des «Lärmfüfliers»**
26. September 2011 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, Priska Seiler Graf, Kloten, und Thomas Hardegger, Rümlang). Der Regierungsrat wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass die Abfluggebühr pro Passagierin und Passagier am Flughafen Kloten, der sogenannte «Lärmfüflier» verdoppelt wird, also jeweils 10 Franken erhoben werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 226/2011 **Erleichterungen für den Detailhandel im Kanton Zürich**
28. November 2011 (Postulat Hans-Heinrich Heusser, Seegräben, Martin Arnold, Oberrieden, und Hans Frei, Regensdorf). Der Regierungsrat wird gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Einkaufen im Kanton Zürich zu erleichtern. Vor allem sollen die Vorschriften, die eine Parkplatzbewirtschaftung (Gebührenerhebung für Parkplätze) vorschreiben, möglichst sofort sistiert werden. Es soll den betroffenen Geschäften überlassen werden, ob sie ihre Parkplätze gebührenpflichtig betreiben wollen oder nicht.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 312/2008 **Anreiz für Familien zum Umsteigen auf den ÖV**
16. Januar 2012 (Postulat Andreas Erdin, Dürnten, Christoph Holenstein, Zürich, und Thomas Ziegler, Elgg). Der Regierungsrat wird aufgefordert, beim ZVV auf Tarifiermässigungen für Familien hinzuwirken. Insbesondere wird er ersucht, die Einführung eines Familien-Generalabonnements für das Gebiet des ZVV (alle Zonen) zu erwirken, analog dem Familien-GA der SBB für die ganze Schweiz.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 278/2011 **Einzelinitiative**
5. März 2012 (Andreas Kyriacou, Zürich) betreffend Aufhebung des Tanz-, Kultur- und Sportverbots an sogenannten hohen Feiertagen.
Antrag:
Das Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz (RLG) wird wie folgt geändert:
§ 1b Der Satz «Hohe Feiertage sind: Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Eidgenössischer Betttag und Weihnachtstag.» wird gestrichen.
§ 3 wird gestrichen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 39/2012 **Mehr Schutz vor Fluglärm / ZFI einhalten**
19. März 2012 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, und Regula Kaeser-Stöckli, Kloten, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird aufgefordert, rasch dafür zu sorgen, dass die Vorgaben des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI) in Zukunft eingehalten werden. Es sollen insbesondere Massnahmen ergriffen werden, mit dem Ziel, in den sensiblen Randstunden (abends und am frühen Morgen) die Flugbewegungen zu reduzieren, damit die Bevölkerung vor zunehmender Fluglärmbelastung geschützt werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 399/2008 **Einführung eines «ZVV-Abo-light»**
18. Juni 2012 (Postulat Monika Spring, Zürich, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Peter Reinhard, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten, den ZVV zu beauftragen, mit tariflichen Massnahmen dafür zu sorgen, dass eine bessere Auslastung des Öffentlichen Verkehrs im Tages-Verlauf erzielt werden kann. Insbesondere wäre zu prüfen, ob ein neues, vergünstigtes «ZVV-Abo-light» mit Sperrzeiten während der Morgen- und Abendspitzenzeiten geschaffen werden könnte, welches versuchsweise per Anfang Mai, auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Westumfahrung, eingeführt werden könnte.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 55/2009 **Realisierung Umfahrung Eglisau**
20. August 2012 (Postulat Werner Scherrer, Bülach, Matthias Hauser, Hüntwangen, und Corinne Thomet, Kloten). Der Regierungsrat wird beauftragt, auf der Grundlage des vom Kantonsrat am 26. März 2007 verabschiedeten Verkehrsrichtplans ein Ausführungsprojekt für die Umfahrung Eglisau (Objekt 52: Umfahrung Eglisau, Zeithorizont kurz- bis mittelfristig) vorzulegen. Die dazugehörigen Projektgenehmigungs- und Einwendungsverfahren sowie die weiteren notwendigen Vorarbeiten sind sofort aufzunehmen, dem Kantonsrat ist raschmöglichst ein abstimmungsreifes Projekt für die Umfahrung Eglisau zuhanden der Volksabstimmung vorzulegen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 56/2009 **Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Autobahnzusammenschluss Bülach–Glattfelden**
20. August 2012 (Postulat Othmar Kern, Bülach, Werner Scherrer, Bülach, und Josef Wiederkehr, Dietikon). Der Regierungsrat wird beauftragt, auf der Grundlage des vom Kantonsrat am 26. März 2007 verabschiedeten Verkehrsrichtplans ein Ausführungsprojekt für den Autobahnzusammenschluss Bülach–Glattfelden (Objekt 51: A50/A51, Zeithorizont kurz- bis mittelfristig) vorzulegen. Die dazugehörigen Projektgenehmigungs- und Einwendungsverfahren sowie die weiteren notwendigen Vorarbeiten sind sofort aufzunehmen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 150/2009 **Waidhaldetunnel**
20. August 2012 (Motion Kommission für Planung und Bau). Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes und der Stadt Zürich eine Kreditvorlage für den Bau des Waidhaldetunnels vor.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 231/2009 **Gleitanflugverfahren auf dem Flughafen Zürich–Kloten (CDA-System)**
10. September 2012 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei Unique im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion dafür einzusetzen, dass auf dem Flughafen Zürich–Kloten das Gleitanflugverfahren nach dem CDA-System ermöglicht wird. Dieses Anflugverfahren soll mittelfristig Standard werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

179/2012

Haltestelle Schloss Laufen: das Kind nicht mit dem Bade ausschütten

10. September 2012 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Farner, Oberstammheim, und Martin Zuber, Waltalingen). Der Regierungsrat wird gebeten, auf die mit Regierungsratsbeschluss (RRB) 537 angekündigte Aufhebung der Haltestelle Rheinfall (Schloss Laufen), die Streichung aus dem Richtplan und die entsprechende Kürzung des Rahmenkredits für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB-Anlagen zu verzichten. Er wird beauftragt, Alternativen zur Aufhebung zu prüfen und dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu stellen. Insbesondere sind dabei folgende Varianten fundiert zu analysieren:

1. Sanierung der bestehenden Haltestelle direkt unterhalb des Schlosses, Verlängerung der Perronanlagen auf 200 m, Verzicht auf die aus technischen Gründen (zu enger Kurvenradius) nicht realisierbare Erhöhung der Perronkante auf 50 cm = Variante «Bahn romantisch».
2. Verlegung der Haltestelle um rund 100 m nach Süden in Richtung Dachsen, behindertengerechter Ausbau auf der Kurveninnenseite mit Perronhöhe 50 cm, direkter rollstuhlgängiger Zugang zum Empfangsgebäude Schloss Laufen. = Variante «Bahn für alle».
3. Erschliessung der Tourismusanlagen auf der Zürcher Seite des Rheinfalls mit ganzjährigen Busverbindungen an allen Wochentagen, insbesondere aber mit verdichtetem Fahrplan am Wochenende. Variante «Bus, aber durchgehend».

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich

2. Oktober 2012 (Volksinitiative). ABI 2012-12-07

Bericht und Antrag in Vorbereitung

272/2012

Staatsvertrag ohne Pistenverlängerung

26. November 2012 (Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Jörg Mäder, Opfikon). Der Regierungsrat wird aufgefordert aufzuzeigen, wie der am 2. Juli 2012 paraphierte Staatsvertrag mit Deutschland betreffend An- und Abflugverfahren am Flughafen Zürich ohne eine Pistenverlängerung umgesetzt werden kann.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Gesundheitsdirektion

A1. Abschreibungsantrag: über Geschäftsbericht, begründet

255/2010 Investitionsstau und veraltete Bausubstanz in den öffentlichen Spitälern

23. Januar 2012 (Postulat Eva Gutmann, Zürich, und Oskar Denzler, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, Massnahmen aufzuzeigen, wie die notwendigen Erneuerungen an den öffentlichen Spitälern des Kantons effizienter umgesetzt werden können, um dem vorhandenen Renovationsstau wirkungsvoll zu begegnen.

Mit dem Inkrafttreten des SPFG, das seinerseits das revidierte Krankenversicherungsgesetz (KVG) umsetzt, haben sich auf den 1. Januar 2012 die Zuständigkeiten zur Vornahme und zur Finanzierung von Investitionen in Spitälern grundlegend geändert. Investitionsvorhaben werden nicht mehr einzelfallweise durch den Kanton geprüft und über Staatsbeiträge finanziert. Mit der Einführung der vollkostendeckenden Fallpauschalen (DRG) liegen die Entscheide über Investitionsvorhaben beim Spitalträger selbst. Einzig beim USZ und beim KSW gelten die bisherigen Zuständigkeiten fort, gemäss denen der Kanton, vertreten durch die Gesundheits- und die Baudirektion, die Immobilien gegen Verrechnung der Kapitalkosten zur Verfügung stellt.

Das KSW verfügt heute über eine zeitgemässe bauliche Infrastruktur. Wesentliche Projekte konnten in den letzten 10 bis 15 Jahren abgeschlossen werden (Gesamtsanierung Bettenhaus, Sanierung und Erweiterung Behandlungstrakt). Die Planung für den Ersatz des Hochhauses ist weit vorgeschritten; mit seiner Realisierung kann bis in ca. fünf Jahren gerechnet werden. Für das USZ, das baulich in einem schlechteren Zustand ist, wurden im Projekt „Strategische Entwicklungsplanung für das Universitätsspital und die Universität [SEP]“ die organisatorischen, rechtlichen und planerischen Grundlagen für eine umfassende Erneuerung und Erweiterung gelegt. Die Planungen werden bis in ca. zwei Jahren soweit fortgeschritten sein, dass ein Architekturwettbewerb für die Gesamterneuerung durchgeführt werden kann. Parallel dazu werden die nötigen Massnahmen für die Verbesserung der betrieblichen Voraussetzungen in den bestehenden Bauten zügig vorangetrieben; derzeit rund 50 bis 60 grössere und kleinere Einzelmassnahmen.

Gestützt auf § 24 Abs. 4 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat daher, das Postulat abzuschreiben.

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

346/2010 Änderung Gesundheitsgesetz, Rechtsform für Arztpraxen

28. März 2011 (Motion Oskar Denzler, Winterthur, Theres Weber, Uetikon a.S., und Jean-Luc Cornaz, Winkel). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das kantonale Gesundheitsgesetz dergestalt anzupassen, dass Arztpraxen künftig auch in der Form einer eigenständigen juristischen Person geführt werden können.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

366/2010 Weniger Bürokratie für Hausärzte

28. März 2011 (Postulat Oskar Denzler, Winterthur, Linda Camenisch, Wallisellen, und Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die Bewilligungsverfahren, die periodischen Kontrollen und die Datenerhebungen in den ambulanten Praxen vereinfacht und reduziert werden können. Die anfallenden Gebühren sind zu reduzieren oder abzuschaffen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 74/2010 **Späte Frühgeborene und ihre Mütter**
 11. April 2011 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Erika Ziltener, Zürich, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Leistungsaufträge für die Geburtskliniken im Kanton so zu präzisieren, dass späte Frühgeborene und ihre Mütter nicht mehr frühzeitig getrennt werden müssen, wenn das Kind noch nicht reif genug für seine Entlassung aus der Spitalpflege ist.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 201/2010 **Verselbstständigung der Psychiatrie**
 27. Juni 2011 (Motion Regine Sauter, Zürich, Willy Haderer, Unterengstringen, und Eva Gutmann, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesrevision zu unterbreiten, welche die Ausgliederung der kantonalen psychiatrischen Kliniken und deren Überführung in eine rechtlich selbstständige Organisation zum Inhalt hat.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 174/2011 **Weniger Bürokratie für Apothekerinnen und Apotheker**
 26. September 2011 (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf, Willy Haderer, Unterengstringen, und Esther Guyer, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die gesetzlichen Auflagen, die Bewilligungsverfahren, die periodischen Kontrollen in den öffentlichen Apotheken reduziert und vereinfacht werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 250/2011 **Einzelinitiative**
 9. Januar 2012 (Susanne Jenni, Winterthur) betreffend Kein Anspruch auf IPV für Personen, die nach Ermessen eingeschätzt werden.
 Antrag:
 Die in der Gemeinde Winterthur wohnhafte unterzeichnende Stimmberechtigte stellt gestützt auf Art. 24 der Kantonsverfassung des Kantons Zürich in der Form der allgemeinen Anregung folgendes Begehren:
 Jede Person, die keine Steuererklärung ausfüllt und dementsprechend nach Ermessen eingeschätzt wird, soll zukünftig keinen Anspruch mehr auf eine Prämienverbilligung durch den Kanton Zürich haben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 288/2010 **Anreize zur Förderung von pflegenden Angehörigen zu Hause**
 23. Januar 2012 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, Anreize zur Förderung und Unterstützung der pflegenden Angehörigen zu Hause gesetzlich zu verankern. Insbesondere sind nebst steuerlichen Abzugsmöglichkeiten, Unterstützungsangebote, Beratung durch Fachpersonen etc. zu prüfen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 98/2012 **Der vertragslose Zustand bei physiotherapeutischen Leistungen muss behoben werden**
 2. April 2012 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Lorenz Schmid, Männedorf, und Erika Ziltener, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Tariffestsetzungsverfahren betreffend kantonalem Taxpunktwert für physiotherapeutische Leistungen im Kanton Zürich gemäss Artikel 47 KVG sofort an die Hand zu nehmen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 68/2011 **Gewaltentrennung im Veterinärbereich**
25. Juni 2012 (Motion Hansjörg Schmid, Dinhard, und Michael Welz, Oberembrach). 1. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetze dahingehend anzupassen, dass im Vollzug des Tierschutz- und Tierseuchengesetzes eine klare Aufgabenteilung entsteht. Die Bereiche wie a) Anordnungen von Massnahmen, b) Kontrollen und c) Verfügungen von Sanktionen sind in unabhängigen Organen zu organisieren.
2. Der Tierschutzkommission ist beim Vollzug des Tierschutz- und Tierseuchengesetzes ein Mitwirkungsrecht einzuräumen. Sie dient auch als Anlaufstelle für Tierhalter.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 85/2011 **Änderung der heutigen Tierschutzkommission in eine vom Parlament gewählte, unabhängige Verwaltungskommission zwecks allein verantwortlichen Vollzugs des Tierschutzgesetzes**
25. Juni 2012 (Motion Urs Hans, Turbenthal, und Regula Kaeser-Stöckli, Kloten). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Antrag auf Gesetzesänderung zu unterbreiten damit in Zukunft,
a) der Vollzug des Tierschutzgesetzes von der künftig vom Kantonsrat gewählten Tierschutzkommission überwacht wird,
b) die Tierschutzkommission die Grundsätze für den Vollzug des Tierschutzgesetzes festlegt (analog zum Bildungsrat im Schulwesen),
c) die Tierschutzkommission erste Beschwerdeinstanz gegen Entscheide des Veterinäramtes ist,
d) die Aufgaben des Veterinäramtes entsprechend der Kompetenzänderung in a) redimensioniert werden, damit diese Neuorganisation kostenneutral erfolgt,
e) Nutztierhalter in Relation zu Veterinären in der Tierschutzkommission paritätisch vertreten sind.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Bildungsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 401/2006 **Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der Primarstufe**
20. April 2009 (Postulat Julia Gerber Rüegg, Wädenswil, Katrin Susanne Meier, Zürich, und Marcel Bulet, Regensdorf). Der Regierungsrat wird gebeten, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der 1.–3. Klasse der Primarstufe der Unterrichtsverpflichtung der übrigen Lehrpersonen der Primarstufe und der Sekundarstufe I anzupassen und auf 28 Wochenlektionen zu senken.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4789).
- 70/2007 **Organisation der öffentlichen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung**
8. Juni 2009 (Motion Werner Scherrer, Bülach, Martin Arnold, Oberrieden, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Berufsberatung aus dem Jugendhilfegesetz streicht. Gleichzeitig wird im neuen Einführungsgesetz (nEG) zum Berufsbildungsgesetz die Berufsberatung so geregelt, dass diese organisatorisch und fachlich dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) unterstellt wird.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 9. Mai 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4905).
- 390/2009 **Änderung der Stipendienverordnung**
1. März 2010 (Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Kurt Leuch, Oberengstringen, und Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bemessungsansätze im Anhang der Stipendienverordnung dahingehend anzupassen, dass die Anzahl der Bezügerinnen und Bezüger von Stipendien auf den schweizerischen Durchschnitt angehoben werden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4783).
- 388/2009 **Mehr Aus- und Weiterbildungen unterstützen (Stipendienreform III)**
29. März 2010 (Motion Lorenz Schmid, Männedorf, Susanna Rusca Speck, Zürich, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für die Ausrichtung von Stipendien an Personen, die eine Ausbildung absolvieren, die auf einen kantonal oder eidgenössisch anerkannten Abschluss vorbereitet.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4877).

- 389/2009 **Aus- und Weiterbildungsoffensive (Stipendienreform IV)**
29. März 2010 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Bildungsgesetz vom 1. Juli 2002 (OS 410.1) und die Stipendienverordnung vom 15. September 2004 (OS 416.1) dahingehend zu ändern, dass zukünftig die Ausrichtung von Beiträgen ohne Rückzahlungsverpflichtung (Stipendien) und von Beiträgen mit Rückzahlungsverpflichtung (Darlehen) vermehrt und mit einer grösseren Flexibilität ausgerichtet werden.
Insbesondere sollen:
a) der Anteil von Darlehen gegenüber Stipendien generell gesteigert werden;
b) Darlehen für die Ausbildung und Weiterbildung auf der Tertiärstufe ausgerichtet werden können;
c) Darlehen für die Weiterbildung auf der Sekundarstufe II ausgerichtet werden können;
d) Darlehen für die weiterführende Berufsbildung ausgerichtet werden können;
e) Darlehen in Ergänzung zu Stipendien ausgerichtet werden können;
f) die Bemessungsgrundlagen für Stipendien und Darlehen angepasst, d. h. abgestuft werden.
Dabei ist die Ausrichtung und Bewirtschaftung der Darlehen durch die Zürcher Kantonalbank zu prüfen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4877).
- 395/2009 **Neue Beitragsfinanzierungsmodelle für die Hochschulen – Neuordnung der Studienfinanzierung mit einer stärkeren Beteiligung der Studierenden**
29. März 2010 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Philipp Kutter, Wädenswil, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, verschiedene Modelle der finanziellen Beteiligung der Studierenden an ihrer eigenen tertiären Ausbildung («Investition in sich selbst») zu prüfen, die jeweiligen Konsequenzen aufzuzeigen und dem Kantonsrat hierüber Bericht zu erstatten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf ein neues Darlehenssystem sowie die Verbesserung des Stipendienwesens zu richten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4878).
- 122/2010 **Überprüfung der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis**
30. August 2010 (Postulat Kurt Leuch, Oberengstringen, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Effizienz der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Mit der Evaluation soll ein unabhängiges wissenschaftliches Team beauftragt werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. August 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4920).
- 132/2010 **Lehrgang für Quereinsteiger in den Lehrberuf**
30. August 2010 (Postulat Walter Schoch, Bauma, Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Thomas Wirth, Hombrechtikon). Der Regierungsrat wird ersucht, für geeignete Personen mit Hochschulabschluss den Einstieg in den Lehrberuf an der Volksschule zu erleichtern und an der PHZH einen Lehrgang einzurichten, der es Quereinsteigern erlaubt, sich nach einer kürzeren Intensivausbildung die notwendigen Kenntnisse berufsbegleitend anzueignen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 16. November 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4853).

- 202/2010 **Berufsschule: wirksame Massnahmen gegen Lehrermangel**
27. September 2010 (Postulat Josef Wiederkehr, Dietikon, Samuel Ramseyer, Niederglatt, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird ersucht, auf den Mangel an Berufsschullehrern zu reagieren und wirksame Massnahmen zu ergreifen. Motivierte, qualifizierte Interessierte, die sich zum Lehrer ausbilden möchten, sollen daher vereinfachte Zulassungsbedingungen vorfinden. Der Kanton Zürich soll zudem im Vergleich zu anderen Kantonen bezüglich Lohnniveau attraktiv und konkurrenzfähig werden. So sollen nicht nur Diplome entscheidend sein, um an Berufsschulen zu unterrichten, sondern auch die Erfahrung und Fähigkeit der Lehrpersonen auf Lehrlinge einzugehen und sie zum Lernen zu motivieren.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. August 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4919).
- 181/2008 **Aufwertung der Funktion der Lehrpersonen mit Klassenführungsverantwortung**
15. November 2010 (Postulat Johannes Zollinger, Wädenswil, Markus Späth-Walter, Feuerthalen, und Samuel Ramseyer, Niederglatt). Der Regierungsrat wird gebeten, die Funktion der Lehrpersonen mit Klassenführungsverantwortung aufzuwerten.
Für jede Klasse ist eine Lehrperson als Klassenlehrkraft verantwortlich zu erklären. Wer die Klassenverantwortung für eine Klasse in Kindergarten, Primarschule oder Oberstufe (inklusive Kleinklassen) sowie an den Mittel- und Berufsschulen trägt, hat Anspruch auf eine Klassenlehrpersonen-Zulage (z. B. Einreihung in der Jahrestufe) und wird an der Volksschule mit zwei Wochenlektionen, an der Mittel- und Berufsschule mit einer Wochenlektion entlastet.
Die Klassenverantwortung wird von einer Lehrperson allein oder von zwei Lehrpersonen im Job-Sharing gemeinsam wahrgenommen werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. August 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4923).
- 249/2010 **Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für das Verfahren der öffentlichen Ausschreibungen im Bildungswesen**
29. November 2010 (Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Dieter Kläy, Winterthur, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie kantonale Rechtsgrundlagen für Klarheit bei der öffentlichen Ausschreibung (Submission) bzw. bei der Vergabe von Aufträgen im Bildungswesen geschaffen werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. November 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4944).
- 54/2011 **Finanzierung der Schulung von Kindern mit einer sprachlichen Behinderung**
16. Mai 2011 (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Sabine Wettstein, Uster, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Finanzierung der integrierten Sonderschulung für Kinder mit Sprachbehinderungen durch den Kanton Zürich weiterhin gewährleistet ist.
Angeregt wird die Finanzierung mit einer Fallpauschale. Zudem wird der Regierungsrat beauftragt, ab Schuljahr 2011/2012 eine Übergangsfinanzierung zu gewährleisten.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Mai 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4899).

- 41/2011 **Departementsübergreifende Koordination der staatlich geförderten Weiterbildungsmassnahmen im Bereich der Grundkompetenzen Erwachsener**
30. Mai 2011 (Postulat Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Dieter Kläy, Winterthur, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, die departementsübergreifende Koordination der staatlich unterstützten Weiterbildungsmassnahmen für Erwachsene im Bereich der Förderung von Grundkompetenzen sicherzustellen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 3. Oktober 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4940).
- 120/2011 **Kantonale Mitfinanzierung der Höheren Berufsbildung: Gleichbehandlung, Transparenz und Bildungsförderung**
20. Juni 2011 (Postulat Ralf Margreiter, Zürich, Claudio Schmid, Bülach, und Werner Scherrer, Bülach). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie auf den Zeitpunkt der Neuregelung der Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (neues Konkordat HFSV) im Kanton Zürich ein einheitliches, transparentes System der öffentlichen Mitfinanzierung über den gesamten Bereich der Höheren Berufsbildung hinweg geschaffen werden kann. Dabei soll die HBB (Bildungsgänge an Höheren Fachschulen ebenso wie Vorbereitungskurse auf eidgenössische Berufs- und Höhere Fachprüfungen) stärker als bislang auch finanziell gefördert werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. Mai 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4908).
- 161/2011 **Aufhebung Obligatorium für die Englisch Lehrmittel: First Choice, Explorer und Voices**
29. August 2011 (Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Johannes Zollinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie per sofort das Lehrmittelobligatorium für die Englisch-Lehrmittel des Kantons Zürich First Choice (Unterstufe), Explorer (Mittelstufe) und Voices (Sekundarstufe) bis auf weiteres aufgehoben werden kann.
Weiter bitten wir den Regierungsrat in einem Bericht aufzuzeigen, wie hoch bis heute die Kosten für die Konzipierung und Erstellung waren und vor allem wie viel für alle zusätzlichen Anpassungs- und Ergänzungsmassnahmen für die zürcherischen Englischlehrmittel noch anfallen werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. Juni 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4911).

205/2011

Strategie für den Bildungs- und Innovationsstandort Zürich

31. Oktober 2011 (Postulat Thomas Maier, Dübendorf, Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Thomas Hardegger, Rümlang). Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Strategie 2025 für den Bildungs- und Innovationsstandort Zürich zu erarbeiten.

Diese Strategie sollte unter anderem folgende Themenbereiche respektive Fragestellungen abdecken (nicht abschliessend):

- Wo und wie sind 2025 unsere Hochschulen (Uni ZH, ETHZ) sowie Fachhochschulen national und international positioniert?
- Welche Rahmenbedingungen bietet ihnen der Kanton Zürich zu welchem Zeitpunkt?
- Welche Entwicklungsmöglichkeiten (z. B. räumlich) kann der Standort Zürich diesen Schulen und der Forschung zur Verfügung stellen?
- Wie fördert der Kanton Zürich Innovationen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Fachhochschulen, EMPA, EAWAG und der Privatwirtschaft?
- Was und wie konkret bietet der Kanton Zürich an, um den national geplanten Innovationspark im Wirtschaftsraum Zürich ansiedeln zu können?

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 24. Oktober 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4942).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

241/2008

Überprüfung und Erweiterung des Anforderungsprofils für Dozierende an den Fachhochschulen

28. Februar 2011 (Postulat Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Dieter Kläy, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, das Anforderungsprofil für Dozierende an den Fachhochschulen zu überprüfen und dahingehend zu erweitern, dass ein qualitativ hoch stehender Unterricht durch qualifiziertes Personal sichergestellt ist. Voraussetzung für eine (neue oder bestehende) Anstellung als Dozierende/r an einer Fachhochschule ist neben Expertenwissen im Fachbereich auch eine hochschuldidaktische Qualifikation. Verfügt die sich um die Stelle bewerbende Person nicht über eine solche Qualifikation, kann diese in Ausnahmefällen während der Anstellung erworben beziehungsweise vertieft werden. Diese Regelung gilt auch für Dozierende in einem Teilzeitarbeitsverhältnis.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

335/2008

Optimierung des Aufnahmeverfahrens für die Kantonsschulen

14. März 2011 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten, das Aufnahmeverfahren an die Kantonsschulen zu überprüfen und zu optimieren. Dabei sollten insbesondere erwogen werden:

- die Einführung eines Potentialtests ein Jahr vor der Prüfung für alle Schülerinnen und Schüler der entsprechenden Volksschulstufe
- die gezielte Vorbereitung auf die Prüfung durch die Volksschule
- die Funktion und der Stellenwert der Vornoten
- der Inhalt und Stellenwert der einzelnen Prüfungsteile unter angemessener Berücksichtigung schriftlicher und mündlicher Elemente
- die Abschaffung der mündlichen Prüfung für Grenzfälle in der heutigen Form

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 116/2011 **Aufstockung von Studienplätzen für Ärztinnen und Ärzte**
 27. Juni 2011 (Postulat Stefan Dollenmeier, Rüti, Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Kanton Zürich erhöht die Studienplätze für Humanmedizin von derzeit 1048 um 20 Prozent.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 375/2009 **Schulgeldzahlungen für Kunst- und Sportschulen**
 29. August 2011 (Motion Bernhard Egg, Elgg, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen:
- für eine einheitliche Regelung des Schulgeldes, das Wohngemeinden für Schülerinnen und Schüler zu entrichten haben, die eine Kunst- und Sportschule besuchen,
 - für die Verpflichtung zur Entrichtung des betreffenden Schulgeldes, wenn die Schülerin oder der Schüler die Aufnahmebedingungen erfüllt und die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Plätze, festgelegt durch die Koordinationsgruppe Sport der Direktionen Sicherheit und Bildung, nicht überschritten wird.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 376/2009 **Schulgeldzahlungen gestützt auf das Regionale Schulgeldabkommen (RSA)**
 29. August 2011 (Postulat Bernhard Egg, Elgg, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird eingeladen, dahin zu wirken, dass der Kanton Zürich auf das RSA gestützte Schulgelder auch für die Volksschulstufe ausrichtet.
 Prüfung
- 84/2011 **Finanzierung der stationären Jugendhilfe**
 29. August 2011 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Urs Lauffer, Zürich, und Regine Sauter, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, unverzüglich die gesetzlichen Grundlagen für eine zeitgemässe Finanzierung der stationären Jugendhilfe zu erlassen.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 42/2012 **Wieder breiteres Fächerprofil für Primarlehrkräfte**
 30. April 2012 (Postulat Stefan Dollenmeier, Rüti, Rochus Burtscher, Dietikon, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, sich dafür zu verwenden, dass zukünftigen Primarlehrkräften an den pädagogischen Hochschulen wieder ein breiteres Fächerprofil beigebracht wird, dass sie also nach Abschluss der Ausbildung über ein breiteres Spektrum an Unterrichtsbefähigungen verfügen.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 81/2012 **Sofortige Streichung des Subventionsbeitrags an die Fachstelle mira und Berichterstattung über die Ergebnisse bezüglich der vom Kanton Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchung der Fachstelle mira**
 30. April 2012 (Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, Matthias Hauser, Hüntwangen, und Stefan Hunger, Mönchaltorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, den Subventionsbeitrag von 95 000 Franken an die Fachstelle mira umgehend zu stoppen.
 Weiter bitten wir den Regierungsrat, die Ergebnisse der von Seite AJB in Auftrag gegebenen Untersuchung sowie die daraus folgenden Massnahmen in einem Bericht darzulegen.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung

33/2012

Einzelinitiative

11. Juni 2012 (Dr. Peter Ritzmann, Thalwil) betreffend Amtsdauer von Präsidentinnen und Präsidenten von Schulkommissionen kantonalzürcherischer Mittelschulen.

Antrag:

Das Mittelschulgesetz vom 13. Juni 1999 wird wie folgt ergänzt:

§ 5 Abs. 3 (neu) Die Amtsdauer der Präsidentin oder des Präsidenten der Schulkommission beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist zweimal möglich. In Ausnahmefällen kann die Amtszeit verlängert werden.

Absatz 3 (alt) wird neu Absatz 4.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Klassengrössen-Initiative

21. September 2012 (Volksinitiative). Initiative ist 2012 zustande gekommen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

237/2012

Ausübung und Mittelverteilung für Forschung und Lehre in der Medizin

29. Oktober 2012 (Postulat Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit). Mit Kommissionsbeschluss vom 30. August 2012 ersucht die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) den Regierungsrat mittels dringlichem Postulat nach § 49 e des Kantonsratsgesetzes folgende Gesetzesüberprüfungen vorzunehmen und allfällige Gesetzesänderungen dem Kantonsrat vorzuschlagen:

Universitätsgesetz UniG § 6, § 12 § 28, § 39 und § 40 sind mit folgender Zielsetzung zu überprüfen und allenfalls anzupassen:

Ziel ist es, dass die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend eindeutig verfasst sind, dass bei Forschungstätigkeiten und Lehre im medizinischen Bereich, wo sowohl die UZH als auch das USZ gemeinsam beteiligt sind, betreffend Kompetenzen über Mittelverteilung, operative Zuständigkeiten und Anspruch an Erfindungen sowie urheberrechtlich geschützten Werken kein Interpretationsspielraum besteht. Insbesondere im Hinblick auf die anstehende Neuregelung innerhalb des Zentrums für klinische Forschung ZKF müssen die gesetzlichen Grundlagen präzise und ausreichend sein. In diesem Sinne ist auch die Vertretung des USZ in der Universitätsleitung (Prorektorat Medizin) durch entsprechende Fachkompetenz zu stärken.

Gesetz über das Universitätsspital Zürich USZG § 3, § 6, § 17 und § 18 sind mit folgender Zielsetzung zu überprüfen und allenfalls anzupassen:

Ziel ist es, dass die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend eindeutig verfasst sind, dass bei Forschungstätigkeiten und Lehre im medizinischen Bereich, wo sowohl die UZH als auch das USZ gemeinsam beteiligt sind, betreffend Kompetenzen über Mittelverteilung, operative Zuständigkeiten und Anspruch an Erfindungen sowie urheberrechtlich geschützten Werken kein Interpretationsspielraum besteht. Insbesondere im Hinblick auf die anstehende Neuregelung innerhalb des Zentrums für klinische Forschung ZKF müssen die gesetzlichen Grundlagen präzise und ausreichend sein. In diesem Sinne ist auch die Vertretung des USZ in der Universitätsleitung (Prorektorat Medizin) durch entsprechende Fachkompetenz zu stärken.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Baudirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 298/2004 **Beschwerdelegitimation der Verbände**
 24. Oktober 2005 (Motion Dr. Thomas Heiniger, Adliswil, Carmen Walker Späh, Zürich, und Martin Mossdorf, Bülach). Das Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) ist wie folgt neu zu fassen:
 § 338a PBG ist insoweit abzuändern, dass die Rechtsmittellegitimation nur noch Vereinigungen zukommt, welchen gemäss Bundesrecht die Beschwerdeberechtigung zusteht.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Oktober 2008 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4554).
- 57/2007 **Massnahmen gegen Lichtemissionen**
 31. August 2009 (Motion Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Robert Brunner, Steinmaur, und Maria Rohweder-Lischer, Uetikon am See). Der Regierungsrat wird aufgefordert, kantonale gesetzliche Grundlagen zu schaffen, welche Lichtemissionen von öffentlichen und privaten Beleuchtungen so reduzieren, dass der Schaden für Menschen und Tiere minimiert wird. Es sind verbindliche Grenzwerte festzulegen, welche gesetzliche Sicherheitsvorschriften (z. B. Flughafenbeleuchtung) mitberücksichtigen.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 1. Februar 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4867).
- 90/2007 **Raumplanung/Bauvorschriften in Flughafengemeinden**
 31. August 2009 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Werner Scherrer, Bülach, und Martin Mossdorf, Bülach). Der Regierungsrat wird gebeten, beim Schweizerischen Bundesrat dahingehend vorstellig zu werden, dass die Artikel 29–31 der Lärmschutz-Verordnung (LSV, SR 814.41) über «Anforderungen an Bauzonen und Baubewilligungen in lärmbelasteten Gebieten» einer Revision unterzogen werden. Ziel der Revision soll es sein, dass den besonderen raumplanerischen Bedürfnissen von Gemeinden innerhalb der umhüllenden Lärmkurven des Flughafens Zürich Rechnung getragen werden.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 31. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4832).
- 151/2010 **Behördeninitiative**
 8. November 2010 (Gemeinderat Nürensdorf) betreffend Keine unnötigen Abstandsvorschriften von Fließgewässern für Uferwege.
 Antrag:
 § 21 Abs. 1 des Wasserwirtschaftsgesetzes vom 2. Juni 1991 wird wie folgt ergänzt:
 Ober- und unterirdische Bauten und Anlagen haben gegenüber offenen und eingedolten öffentlichen Oberflächengewässern einen Abstand von 5 m einzuhalten. Die Anwendung dieser Bestimmung obliegt den kommunalen Baubehörden. Ausgenommen sind öffentliche Fuss- und Radwege.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. April 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4894).

- 71/2011 **Ausbau der Hochspannungsleitung Samstagern-Zürich**
2. Mai 2011 (Postulat Andreas Federer, Thalwil, Patrick Hächler, Gossau, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Netzbetreiber beim geplanten Ausbau der Hochspannungsleitung Samstagern-Zürich zu verpflichten, das Leitungstrasse im Bereich von Thalwil (vor der Querung der Autobahn A3 von Westen nach Osten im Raum Gstalderrain) bis zum Abspanngerüst Kilchberg erdverlegt zu realisieren.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. April 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4895).
- 172/2011 **AXPO und Rosatom**
29. August 2011 (Postulat Robert Brunner, Steinmaur, und Michèle Bättig, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen sich im Verwaltungsrat der AXPO dafür einzusetzen, dass die Geschäftsbeziehungen zu Rosatom eingestellt und Alternativen aufgezeigt werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. August 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4922).
- 201/2011 **Rückzug des Rahmengesuchs der AXPO für ein neues AKW**
26. September 2011 (Postulat Thomas Maier, Dübendorf, Marcel Lenggenhager, Gossau, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich Kraft seiner Vertretung in den Verwaltungsräten und als Aktionär der AXPO und der EKZ für den Rückzug des am 4. Dezember 2008 eingereichten Rahmengesuches der AXPO für den Ersatz ihrer AKWs Mühleberg und Beznau einzusetzen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. September 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4933).
-
- B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse**
- 324/2008 **Behördeninitiative**
2. März 2009 (Gemeinderat der Stadt Zürich) betreffend emissionsarme Mobilfunkzonen.
Antrag:
Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen mit welcher dieser beauftragt wird, mit den Mobilfunkbetreibern für die Gemeinden ein Kooperations- und Dialogmodell als planerische Massnahme zu vereinbaren mit dem Ziel, die Strahlenbelastung im Siedlungsgebiet möglichst weitgehend zu senken und den Aufbau von Parallelinfrastrukturen zu vermeiden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 296/2007 **Infrastruktur für Velofahrerinnen und Velofahrer bei kantonalen Gebäuden**
28. Juni 2010 (Postulat Eva Torp, Hedingen, Ueli Keller, Zürich, und Monika Spring, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten den Veloverkehr zu fördern durch die Bereitstellung von geeigneter Infrastruktur bei allen kantonalen Gebäuden, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher.
Dazu gehören gedeckte und gesicherte Veloabstellplätze in der Nähe der Eingänge, Umkleideräume mit Möglichkeiten, die Velokleider zu trocknen und aufzuhängen und die Velohelme sicher zu versorgen, sowie Wasch- resp. Duschgelegenheiten.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 339/2007 **Erleichterungen für den Bau von Solaranlagen**
31. Januar 2011 (Motion Urs Hans, Turbenthal, Robert Brunner, Steinmaur, und Michael Welz, Oberembranch). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Planungs- und Baugesetz so zu ändern, dass der Bau von Solaranlagen (Photovoltaik und Kollektoren) auf Dächern nur auf Gebäuden eingeschränkt wird, die als wichtige Zeugen einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder baukünstlerischen Epoche erhaltenswürdig sind. Einschränkungen aus anderen Gründen wie Landschaftsschutz etc. sind nicht zulässig.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 98/2008 **Änderung der Energieverordnung zur Unterstützung der Einrichtung solarthermischer Anlagen**
31. Januar 2011 (Postulat Monika Spring, Zürich, Patrick Hächler, Gossau, und Michael Welz, Oberembranch). Der Regierungsrat wird eingeladen, § 16b der Energieverordnung (LS 730.11), dahingehend zu ändern, dass auch kleinere Solaranlagen im Kanton Zürich unterstützt werden können. Die Mindestbeitragshöhe soll auf 2000 Franken gesenkt werden. Zusätzlich soll im Rahmen von Kampagnen die gebietsweise koordinierte Installation von Solarthermie-Anlagen unterstützt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 326/2010 **Tische und Stühle für die Kleingastronomie**
28. Februar 2011 (Postulat Beat Walti, Zollikon, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Leila Feit, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetzgebung so zu lockern oder anzupassen, dass Kleinbetriebe, insbesondere solche der Kleingastronomie, ohne langwierigen und teuren bürokratischen Hürdenlauf und teure technische Auflagen kleine Tische und Stühle vor Verkauf- und Ladengeschäfte auf öffentlichem Grund aufstellen können, soweit die Passanten nicht behindert und die öffentliche Sicherheit nicht beeinträchtigt werden. Diesen und anderen öffentlichen Interessen (z. B. Lärmimmissionen) ist durch geeignete polizeiliche Kompetenzen Nachachtung zu verschaffen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- Für mehr bezahlbaren Wohnraum**
24. Juni 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 2127
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 23/2011 **Grenzabstand zu Bauzonengrenzen**
27. Juni 2011 (Postulat Max Clerici, Horgen, Hans Egloff, Aesch, und Andreas Federer, Thalwil). Der Regierungsrat wird beauftragt, Bericht und Antrag vorzulegen über die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) in der Weise, dass unter Titel IV, Abschnitt 1/C/III (Abstände) ausdrücklich festgehalten wird, dass gegenüber Bauzonengrenzen, sofern diese nicht mit anderen abstandspflichtigen Begrenzungslinien (beispielsweise Parzellengrenzen) übereinstimmen, keine Grenzabstände einzuhalten sind.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 46/2011 **5% neue erneuerbare Energie bis 2030 aus dem Kanton Zürich**
27. Juni 2011 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Michael Welz, Oberembranch). Der Regierungsrat wird eingeladen, mit einer Verordnung den Leistungsauftrag gemäss § 8 b EnG so zu formulieren, dass Netzbetreiber bis 2030 mindestens 5% neue erneuerbare Energie aus dem Kanton Zürich bereitstellen.
Als neue erneuerbare Energie gelten Photovoltaik, Windenergie, Biogas und Geothermie.
Der Regierungsrat sowie die massgebenden Bewilligungsbehörden wie z. B. das AWEL müssen verpflichtet werden, diesen Auftrag kooperativ mitzutragen. Allenfalls sind Gesetze und Verordnungen anzupassen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 105/2011 **Energiegewinnung aus Gewässern**
 27. Juni 2011 (Postulat Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Bewilligungsverfahren für die Nutzung von Wasser zur Wärme­gewinnung mittels Wärmepumpen im Lichte der Förderung neuer erneuerbarer Energie zu überprüfen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- Strom für morn**
 22. August 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3241
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 180/2011 **Behördeninitiative**
 31. Oktober 2011 (Gemeinderat Zürich) betreffend Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken.
 Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, eine Energiestrategie auszuarbeiten, welche auf nukleare Risiken verzichtet.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 199/2011 **Strategie innere Verdichtung**
 31. Oktober 2011 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Jörg Kündig, Gossau, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die gezielte Innenentwicklung durch eine Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) inkl. dazugehörenden Verordnungen ermöglicht.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 329/2007 **Renaturierung der Töss**
 7. November 2011 (Postulat Hedi Strahm, Winterthur, Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, und Willy Ger­mann, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine weitere Revitalisierungsetappe der Töss im Linsental zu realisieren.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 95/2008 **Raumschonende Einkaufszentren**
 27. Februar 2012 (Postulat Willy Ger­mann, Winterthur, Thomas Maier, Dübendorf, und Thomas Ziegler, Elgg). Der Regierungsrat wird beauftragt, das Planungs- und Baugesetz dahingehend zu ändern, dass grössere Bauten, insbesondere Einkaufszentren, mindestens zwei Vollgeschosse aufweisen müssen. Zudem müssen die Parkplätze unter den Geschos­snutzflächen angelegt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 12/2009 **Wasserqualität der Glatt**
 27. Februar 2012 (Postulat Lilith Claudia Hübscher, Winterthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen zur Verbesserung der Wasserqualität der Glatt und zur Gesundheit der Glatt-Fische.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 87/2009 **Umweltfreundlichere Holzfeuerungsanlagen**
 27. Februar 2012 (Postulat Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon, Peter Reinhard, Kloten, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird gebeten, ein finanzielles Anreizsystem zu schaffen, damit veraltete Holzfeuerungsanlagen schneller mit Partikelabscheidern nachgerüstet oder durch moderne Anlagen ersetzt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 184/2009 **Intelligente Stromzähler**
27. Februar 2012 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Claudia Gambacciani, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, das Energiegesetz so anzupassen, dass in Neubauten oder bei Ersatz nur noch Digitalzähler (Smart-Meter) für die Erfassung des Stromverbrauchs eingebaut werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 367/2009 **Wasserqualität im Kanton Zürich**
27. Februar 2012 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, und Françoise Okopnik, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, umfassend aufzuzeigen, welche Massnahmen getroffen werden könnten, um die Qualität von Oberflächen- und unterirdischen Gewässern zu verbessern, welche Massnahmen in Angriff genommen wurden und welche geplant sind. Speziell sind Mikroverunreinigungen und Rückstände moderner Pestizide (die bereits in kleinsten Dosierungen Wirkung zeigen) als neues Umweltproblem in Zürcher Gewässern zu berücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 38/2012 **Unbefriedigendes Immobilien-Management beim Kanton Zürich**
19. März 2012 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Geilinger, Winterthur, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat über die Resultate der Überprüfung des Immobilienmanagements und die Grundstrategie «Immobilien» Bericht zu erstatten und seine zukünftige Immobilienstrategie und den Zeitplan für deren Realisierung umfassend darzulegen.
Dabei sind insbesondere für folgende Problembereiche Lösungen aufzuzeigen:
- die Vereinfachung, Beschleunigung und massive Verschlankung der bisher unnötig komplizierten Verfahren und eine klarere Zuständigkeitsordnung und Verantwortlichkeit bei der Projektentwicklung, der Projektrealisierung und der Bewirtschaftung der Liegenschaften,
 - die Eliminierung der ineffizienten Doppelspurigkeiten zwischen Direktionen, Nutzerämtern, Immobilienamt und Hochbauamt,
 - die längst überfällige Erstellung einer Datenbank aller im Besitz des Kantons befindlichen Betriebsliegenschaften,
 - die Optimierung der Investitionsplanung bzw. des KEF, so dass die im Budget bewilligten Mittel auch tatsächlich eingesetzt werden können,
 - die Festlegung eines mehrjährigen Bauprogramms über alle Direktionen mit klaren Prioritäten für eine KEF-Periode,
 - die Bestimmung des Bedarfs an Mitteln für Unterhalt und Erneuerung der bestehenden Gebäudesubstanz.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**
- 190/2009 **Studie über die Potenziale für Trinkwasserkraftwerke**
26. März 2012 (Postulat Andreas Wolf, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Studie über die Potenziale für Trinkwasserkraftwerke im Kanton Zürich an die entsprechenden Fachleute in Auftrag zu geben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 202/2009 **Gebührenbefreiung für Energieeffizienzsteigerung bei Bauten und Anlagen: Änderung Art. 42 Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz**
 26. März 2012 (Motion Benno Scherrer Moser, Uster, Carmen Walker Späh, Zürich, und Robert Brunner, Steinmaur). Der Regierungsrat wird eingeladen, Art. 42 des EG zum Gewässerschutzgesetz so zu ändern, dass energetische Sanierungsmassnahmen an Altbauten keine Anschlussgebühren gemäss Art. 42 EG zum Gewässerschutzgesetz zur Folge haben.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 204/2009 **Gebührenbefreiung für Energieeffizienzsteigerung bei Bauten und Anlagen: Änderung Art. 29 Wasserwirtschaftsgesetz**
 26. März 2012 (Motion Robert Brunner, Steinmaur, Benno Scherrer Moser, Uster, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird eingeladen, Art. 29 des Wasserwirtschaftsgesetzes so zu ändern, dass energetische Sanierungsmassnahmen an Altbauten keine Anschlussgebühren gemäss Art. 29 Wasserwirtschaftsgesetz mehr zur Folge haben.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 339/2011 **Neue MuKEN: Energieeffizienz auch bei den Haushaltgeräten**
 26. März 2012 (Postulat Martin Geilinger, Winterthur, und Marcel Lenggenhager, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat die Gesetzesänderungen zu beantragen, welche im Gebäudebereich dazu beitragen, dass eine bessere Energieeffizienz und erneuerbare Energien den Atomstrom in den nächsten 2 Jahrzehnten überflüssig machen. Grundlage dafür soll eine Weiterentwicklung der MuKEN sein, die insbesondere auch den Stromverbrauch der Haushaltgeräte einbezieht.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 40/2012 **Mietermodell statt Eigentümermodell**
 26. März 2012 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Max Clerici, Horgen, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, vom Eigentümermodell zum Mietermodell in sogenannt reiner Form oder in einer Mischform zu wechseln.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 92/2012 **Keine Gewässerräume werden enteignet**
 26. März 2012 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Hans Frei, Regensdorf, und Martin Farner, Oberstammheim). Der Regierungsrat wird ersucht, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) und der Definition aller Gewässerräume seinen gesetzlichen Spielraum aufzuzeigen. Dabei soll nur der minimale Raumbedarf zur Anwendung kommen. Bei eingedolten Bächen ist auf die Ausscheidung von Gewässerräumen zu verzichten. Gewässerräume dürfen nicht enteignet werden.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 44/2012 **Wettbewerbliche Ausschreibung für Stromeffizienz**
 30. April 2012 (Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Roland Munz, Zürich, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Netzbetreiber mittels Leistungsauftrag (gemäss EnerG Paragraf 8b Lit. c.) zu verpflichten, ein Programm zur wettbewerblichen Ausschreibung von Stromeffizienzmassnahmen zu betreiben mit dem Ziel jährlich rund 1% des kantonalen Stromverbrauchs einzusparen.
 Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 25/2012 **Zusammenführung der Ressorts «Kantonale Denkmalpflege» und «Ortsbild und Städtebau» zu einer Abteilung im Amt für Raumentwicklung der kantonalen Baudirektion**
 25. Juni 2012 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Jörg Kündig, Gossau, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, die beiden Ressorts, namentlich die «kantonale Denkmalpflege» der Abteilung «Denkmalpflege» und den «überkommunalen Ortsbildschutz» der Abteilung «Raumplanung», so zu organisieren, dass die Gemeinden und weitere Ansprechpartner wie Eigentümer und Bauherren nur noch einen Ansprechpartner haben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 82/2012 **Aufhebung Solarpotenzialkarte Strom und Wärme für den Kanton Zürich**
 27. August 2012 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, Monika Spring, Zürich, und Carmen Walker Späh, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Solarpotenzialkarte für die Strom- und Warmwassererzeugung im Geografischen Informationssystem des Kantons Zürich (GISZH) erstellt werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 226/2009 **Rahmenkredit Erneuerung der kantonalen Gebäude**
 29. Oktober 2012 (Motion Martin Geilinger, Winterthur, und Max Clerici, Horgen). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage mit folgendem Inhalt zu unterbreiten:
 Der Kantonsrat genehmigt auf Antrag des Regierungsrat einen Rahmenkredit für die Erneuerung der Liegenschaften des Staates. Ein auf jeweils 4 Jahre ausgelegtes Bauprogramm umfasst eine jahres- und direktionsübergreifende Priorisierung der Erneuerungen des kantonalen Liegenschaftenbestandes. Die Priorisierung soll alle relevanten Kriterien und insbesondere Erhöhung der Energieeffizienz Richtung Minergie P / 2000-Watt-Gesellschaft berücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 364/2009 **Sonderbauvorschriften für die Flughafenregion, Neuordnung der Siedlungsstruktur**
 29. Oktober 2012 (Postulat Bruno Grossmann, Wallisellen, und Martin Mossdorf, Bülach). Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Planungs- und Baugesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die bauliche Entwicklung in den Gemeinden der Flughafenregion in Zukunft gewährleistet und verbessert wird. Dazu sind Sonderbauvorschriften zu erlassen, welche mehr Flexibilität in der Siedlungs- und Nutzungsstruktur und Entwicklung in den Flughafengemeinden ermöglichen. Für unerschlossene und teilerschlossene unüberbaute Bauzonengebiete sowie für neue Bauzonengebiete, sind im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans in Koordination mit dem SIL und den An- und Abflugverfahren wieder rechtmässige Verhältnisse zu schaffen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 210/2012 **Behördeninitiative**
 19. November 2012 (Gemeinderat Stadt Winterthur) betreffend Abschaffung der Bewilligungspflicht für Kleinstbauten.
 Antrag:
 Der Kantonsrat soll den Regierungsrat beauftragen, ihm eine Revision des Planungs- und Baugesetzes zu unterbreiten, dass die gängigen Velounterstände, Spielhäuser, Geräteschöpfe u. ä. nicht mehr der Bewilligungspflicht unterstehen.
Das Geschäft ist der Baudirektion noch nicht zugeteilt worden (gemäss Kantonsrats-Seite).

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäft 2012	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
11. März	Eidgenössische Volksabstimmung					
	1. Volksinitiative vom 18. Dezember 2007 «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»	192 685	174 421	42,7	1 152 598	1 123 802
	2. Volksinitiative vom 29. September 2008 «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»	137 748	222 183	42,5	980 273	1 237 825
	3. Volksinitiative vom 26. Juni 2009 «6 Wochen Ferien für alle»	124 967	247 287	43,1	771 717	1 531 986
	4. Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)»	312 042	43 176	42,3	1 916 182	284 108
	5. Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung (BuPG)	133 616	222 532	42,4	966 633	1 234 222
	Kantonale Volksabstimmung					
	A. Beschluss des Kantonsrates: Kantonales Bürgerrechts- gesetz (KBüG) (vom 22. November 2010)	141 593	182 641	40,1		
	B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten	128 413	189 761	39,9		
	C. Stichfrage	175 099	122 631	39,4		
17. Juni	Eidgenössische Volksabstimmung					
	1. Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Eigene vier Wände dank Bausparen» (BBI 2009, 1393)	99 426	246 667	40,3	601 449	1 332 839
	2. Volksinitiative vom 11. August 2009 «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» (Bundesbeschluss vom 23. Dezember 2011, BBI 2012, 51)	90 454	255 929	40,3	480 173	1 462 659
	3. Änderung vom 30. September 2011 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care, BBI 2011, 7441)	97 126	248 988	40,5	466 993	1 482 536

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäft 2012	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
	Kantonale Volksabstimmung					
	1. Steuergesetz (Änderung vom 12. Juli 2010; Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes) (ABI 2010, 1595)	154 075	154 982	39,5		
	2. A. Beschluss des Kantonsrates: Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz vom 2. Mai 2011 Hauptvorlage (ABI 2011, 1392)	190 261	94 965	36,9		
	2. B. Beschluss des Kantonsrates: Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz vom 2. Mai 2011 Variante mit Zukunfts- und Stützungsfonds (ABI 2011, 1392)	133 475	145 058	36,8		
	2. C. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten «Ja zum Schutz der PatientInnen und des Gesundheitspersonals»	138 049	143 795	36,8		
	Stichfrage 1: Hauptvorlage oder Variante	142 517	105 778	36,2		
	Stichfrage 2: Hauptvorlage oder Gegenvorschlag	142 164	111 541	36,3		
	3. Verkehrsabgabengesetz (Änderung vom 28. November 2011; Bemessungsgrundlagen) (ABI 2011, 3493)	189 610	135 699	39,9		
	4. «Der Kunde ist König! (Kantonale Volksinitiative für freie Ladenöffnungszeiten)» (ABI 2009, 2311)	100 480	242 274	40,6		
	5. Kantonale Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab 4. Klasse!» (ABI 2010, 153)	61 721	276 850	40,5		
	6. Kantonale Volksinitiative zum Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen (Kulturlandinitiative) (ABI 2010, 2952)	178 483	148 821	40,1		
23. September	Eidgenössische Volksabstimmung					
	1. Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik» (BBI 2012, 3443)	274 690	94 995	43,1	1 551 918	583 327
	2. Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter» (BBI 2012, 3437)	178 491	193 807	43,3	1 013 871	1 125 355
	3. Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen» (BBI 2012, 3439)	124 607	253 954	43,7	741 227	1 437 607
	Kantonale Volksabstimmung					
	1. Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 23. April 2012; Abschaffung des konstruktiven Referendums) (ABI 2012, 848)	201 080	136 286	41,3		
	2. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Objektkredites für den Autobahnzubringer A4 Obfelden/Ottenbach (ABI 2012, 38)	211 398	126 550	41,5		

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäft 2012	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
25. November	Eidgenössische Volksabstimmung					
	1. Änderung vom 16. März 2012 des Tierseuchengesetzes (BBl 2012, 3457)	193 135	94 371	33,8	946 200	439 589
	Kantonale Volksabstimmung					
	1. A. Umsetzungsvorlage des Kantonsrates zur «prima- Initiative (Kantonale Volksinitiative für die Weiter- entwicklung der Kindergartenstufe)» Gesetz über die Einführung der Grundstufe (vom 2. Juli 2012) (ABI 2012-07-13)	80 232	199 232	34,1		
	1. B. Gegenvorschlag des Kantonsrates Gesetz über die freiwillige Einführung der Grundstufe (vom 2. Juli 2012) (ABI 2012-07-13)	125 187	151 684	34,0		
	1. C. Stichfrage	82 689	145 365	33,1		
	2. Kantonale Volksinitiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)» (ABI 2010, 2400)	118 191	175 738	35,0		
	3. Kantonale Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)» (ABI 2010, 2402)	154 333	140 757	35,0		



Finanzberichterstattung

Konsolidierte Rechnung	
Erfolgsrechnung	552
Bilanz	553
Geldflussrechnung	554
Eigenkapitalnachweis	555
Anhang	557
Grundlagen und Grundsätze	557
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	565
Risikocontrolling / Finanzielles Risikomanagement	575
Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung	579
Weitere Erläuterungen	632

Tabellenverzeichnis

1.	Fiskalertrag	579
2.	Staatssteuern	580
3.	Regalien und Konzessionen	581
4.	Entgelte	582
5.	Verschiedene Erträge	582
6.	Entnahmen aus Fonds	583
7.	Transferertrag	583
8.	Durchlaufende Beiträge	584
9.	Personalaufwand	585
10.	Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	586
11.	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	586
12.	Einlagen in Fonds	587
13.	Transferaufwand	587
14.	Finanzertrag (Finanzvermögen)	589
15.	Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)	589
16.	Zinsaufwand	589
17.	Anderer Finanzaufwand	590
18.	Flüssige Mittel	590
19.	Forderungen	591
20.	Aktive Rechnungsabgrenzungen	592
21.	Vorräte und angefangene Arbeiten	592
22.	Finanzanlagen (Finanzvermögen)	593
23.	Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)	595
24.	Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)	596
25.	Beteiligungsliste (Finanzvermögen)	597
26.	Sachanlagen (Finanzvermögen)	598
27.	Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)	600
28.	Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)	606
29.	Darlehen (Verwaltungsvermögen)	608
30.	Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)	609
31.	Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)	610
32.	Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)	611
33.	Namhafte Beteiligungen	613
34.	Ausgerichtete Investitionsbeiträge	617
35.	Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen	621
36.	Laufende Verbindlichkeiten	621
37.	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	622
38.	Passive Rechnungsabgrenzungen	623
39.	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	623
40.	Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	624

41. Übrige langfristige Verbindlichkeiten	625
42. Rückstellungen	626
43. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)	630
44. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)	630
45. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16	632
46. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	634
47. Absicherungsgeschäfte	636
48. Eventualforderungen	637
49. Eventualverbindlichkeiten	638
50. Verpflichtungskredite und Ausgabenbewilligungen	640
51. Zahlungsverpflichtungen	644
52. Gewährleistungen	645
53. Segmentberichterstattung	646
54. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen	648
55. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	648

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12		Anhang Ziffer
	2012	2012	2011	Abs.	%	
Fiskalertrag	6 281	6 036	6 471	- 191	- 2.9	1
Regalien und Konzessionen	201	82	373	- 172	- 46.2	3
Entgelte	2 724	2 685	2 615	109	4.2	4
Verschiedene Erträge	310	261	294	16	5.5	5
Entnahmen aus Fonds	110	192	3	108	> 100.0	6
Transferertrag	3 433	3 340	3 022	410	13.6	7
Durchlaufende Beiträge	654	628	628	26	4.1	8
Betrieblicher Ertrag	13 712	13 224	13 407	306	2.3	
Personalaufwand	- 4 782	- 4 663	- 7 369	2 587	35.1	9
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 742	- 2 514	- 2 694	- 48	- 1.8	10
Abschreibungen VV	- 482	- 463	- 501	19	3.7	11
Einlagen in Fonds	- 66	- 20	- 71	5	7.5	12
Transferaufwand	- 5 214	- 5 286	- 4 197	- 1 017	- 24.2	13
Durchlaufende Beiträge	- 654	- 628	- 628	- 25	- 4.1	8
Betrieblicher Aufwand	- 13 940	- 13 574	- 15 461	1 521	9.8	
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 228	- 350	- 2 054	1 826	88.9	
Finanzertrag Finanzvermögen	188	85	195	- 8	- 3.9	14
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	363	341	348	15	4.4	15
Finanzertrag	551	426	543	8	1.4	
Zinsaufwand	- 138	- 149	- 139	1	0.7	16
Anderer Finanzaufwand	- 80	- 9	- 74	- 6	- 7.9	17
Finanzaufwand	- 218	- 157	- 213	- 5	- 2.3	
FINANZERGEBNIS	333	269	331	3	0.9	
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	20	-	- 1 828	1 847	> 100.0	
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	86	-	104	- 18	- 17.7	
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	106	- 82	- 1 723	1 829	> 100.0	
Total Ertrag	14 263	13 650	13 950	313	2.2	
Total Aufwand	- 14 158	- 13 731	- 15 673	1 516	9.7	

Bilanz

Mio. Franken	per		Differenz R 11/12		Anhang Ziffer
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%	
UMLAUFVERMÖGEN	6 444	5 208	1 236	23.7	
Finanzvermögen¹⁾	6 444	5 208	1 236	23.7	
Flüssige Mittel	2 337	1 676	661	39.4	18
Forderungen	3 158	2 672	487	18.2	19
Kurzfristige Finanzanlagen	228	296	- 68	- 22.9	22
Aktive Rechnungsabgrenzungen	655	502	153	30.5	20
Vorräte und angefangene Arbeiten	65	62	4	6.0	21
ANLAGEVERMÖGEN	15 481	15 397	85	0.6	
Finanzvermögen¹⁾	1 259	1 034	225	21.7	
Finanzanlagen	227	145	82	56.5	22/23/24/25
Sachanlagen	1 032	889	143	16.0	26
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	
Verwaltungsvermögen	14 222	14 362	- 140	- 1.0	
Sachanlagen	7 563	7 551	13	0.2	27
Immaterielle Anlagen	77	84	- 7	- 8.4	28
Kurzfristige Darlehen	67	11	56	> 100.0	29/30
Langfristige Darlehen	1 410	865	545	63.0	29/30
Beteiligungen	2 523	2 523	- 0	- 0.0	31/32/33
Investitionsbeiträge	2 583	3 329	- 746	- 22.4	34/35
TOTAL AKTIVEN	21 926	20 604	1 321	6.4	
FREMDKAPITAL	- 13 484	- 12 296	- 1 188	- 9.7	
Kurzfristiges Fremdkapital	- 6 894	- 3 808	- 3 086	- 81.1	
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 722	- 1 559	- 163	- 10.5	36
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 711	- 54	- 657	> 100.0	37/40
Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 999	- 1 923	- 77	- 4.0	38
Kurzfristige Rückstellungen	- 2 462	- 272	- 2 189	> 100.0	42
Langfristiges Fremdkapital	- 6 590	- 8 488	1 898	22.4	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 812	- 3 475	- 337	- 9.7	39/40
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 720	- 740	20	2.7	41
Langfristige Rückstellungen	- 1 507	- 3 650	2 143	58.7	42
Fonds im Fremdkapital	- 550	- 622	72	11.6	43
EIGENKAPITAL	- 8 442	- 8 309	- 133	- 1.6	
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	- 20	1 828	- 1 847	> 100.0	
Fonds/Legate im EK	- 2 078	- 1 966	- 112	- 5.7	44
Übriges Eigenkapital	- 6 344	- 8 171	1 827	22.4	
TOTAL PASSIVEN	- 21 926	- 20 604	- 1 321	- 6.4	
¹⁾ Total Finanzvermögen	7 703	6 242	1 461	23.4	

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung 2012	Rechnung 2011 (restated)	Differenz R 11/12	
			Abs.	%
Jahresergebnis	106	- 1 723	1 829	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	- 487	- 331	- 156	- 47.1
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	- 167	- 6	- 160	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	- 4	- 9	6	60.7
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	656	654	1	0.2
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	0	- 0	0	> 100.0
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisiert)	68	43	25	56.8
+/- Verlust/Gewinn aus Verkehrswertanp. FV (nicht realisiert)	- 101	- 78	- 23	- 30.0
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	163	- 594	758	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	140	235	- 96	- 40.7
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	47	2 624	- 2 577	- 98.2
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds FK und EK	- 45	69	- 113	> 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen ¹⁾	- 6	- 7	1	10.9
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	370	877	- 507	- 57.8
- Ausgaben Sachanlagen	- 553	- 537	- 16	- 3.0
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 1	- 1	0	10.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 22	- 36	14	38.0
- Ausgaben Darlehen	- 14	- 51	37	72.5
- Ausgaben Beteiligungen	-	- 2	2	100.0
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 226	- 322	96	29.7
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 43	- 35	- 8	- 22.7
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	70	25	45	> 100.0
+ Einnahmen Rückerstattungen	19	9	10	> 100.0
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	0	-	0	-
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	56	79	- 23	- 28.7
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	139	86	53	61.3
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	0	-	0	-
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	13	72	- 59	- 81.8
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	43	35	8	22.7
Saldo Investitionsrechnung	- 519	- 677	158	23.4
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	- 70	- 25	- 45	> 100.0
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen	2	0	1	> 100.0
+ Aktivierte Eigenleistungen ¹⁾	-	-	-	-
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	42	1	41	> 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen der IR	- 45	52	- 97	> 100.0
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 590	- 650	59	9.1
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV	19	4	15	> 100.0
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV	- 74	10	- 84	> 100.0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 645	- 636	- 10	- 1.5
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	- 275	241	- 517	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	657	- 2	658	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	- 100	0	- 100	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	494	5	490	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlichk.	- 115	- 31	- 84	> 100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	936	- 28	964	> 100.0
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	1 676	1 463	213	14.6
+/- Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	661	213	448	> 100.0
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	2 337	1 676	661	39.4

¹⁾ Betragskorrektur im 2011 aufgrund Berechnungsänderung.

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital ¹⁾	Legate und Stiftungen im Eigenkapital	Rücklagen	Reserven aus Absicherungsgeschäften	Gewinnanteile gemäss § 50 FCV	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigenkapital
Stand 1. Januar 2011	1 807.59	38.18	41.54	–	102.74	550.55	7 474.49	10 015.09
Verteilung Jahresergebnis	–	–	–	–	–	– 550.55	550.55	–
Veränderung Fonds/ Legate	15.56	–	–	–	–	–	–	15.56
Veränderung Rücklagen/ Gewinnanteile	–	–	– 4.46	–	39.64	–	– 35.18	–
Sonstige Transaktionen	–	–	–	–	–	0.31	0.92	1.23
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	15.56	–	– 4.46	–	39.64	– 550.24	516.29	16.79
Jahresergebnis	104.15	0.33	–	–	–	– 1 827.77	–	– 1 723.29
Total Veränderungen im Eigenkapital	119.71	0.33	– 4.46	–	39.64	– 2 378.01	516.29	– 1 706.51
Stand 31. Dezember 2011	1 927.30	38.51	37.08	–	142.38	– 1 827.46	7 990.78	8 308.59
Verteilung Jahresergebnis	–	–	–	–	–	– 1 827.46	– 1 827.46	–
Veränderung Fonds/ Legate	26.49	–	–	–	0.96	–	–	27.45
Veränderung Rücklagen/ Gewinnanteile	–	–	– 1.10	–	30.61	–	– 29.52	–
Sonstige Transaktionen	–	–	–	–	–	–	0.09	0.09
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	26.49	–	– 1.10	–	31.58	1 827.46	– 1 856.89	27.54
Jahresergebnis	85.48	0.50	–	–	–	19.64	–	105.63
Total Veränderungen im Eigenkapital	111.97	0.50	– 1.10	–	31.58	1 847.10	– 1 856.89	133.17
Stand 31. Dezember 2012	2 039.27	39.01	35.98	–	173.96	19.64	6 133.89	8 441.75

¹⁾ Der Investitionsfonds ist per 31. Dezember 2012 noch nicht gemäss § 39 Abs. 1 FAG in das übrige Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) übertragen.

Erläuterungen zum Eigenkapitalnachweis

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Ersichtlich sind die Auswirkungen der erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Rubriken des Eigenkapitals. Zudem werden die einzelnen Reserveposten und ihre Veränderung transparent dargestellt.

Gesetzliche Fonds im Eigenkapital: + 112,0 Mio. Franken Bestandeszunahme, davon:

- +64,2 Jahresergebnis des Strassenfonds.
- +27,5 Veränderung (Zunahme) des Bestandes im Verkehrsfonds.
- +14,6 Jahresergebnis des Investitionsfonds.
- +9,5 Jahresergebnis des Fonds für den Flughafen.
- +0,5 Jahresergebnis des Sonderabfallfonds.
- 0,4 Jahresergebnis des Tierseuchenfonds.
- 3,0 Jahresergebnis des Natur- und Heimatschutzfonds.
- 0,0 Jahresergebnis des Wildschadenfonds.
- 1,0 Abnahme durch Umbuchung falsch zugeordneter Posten in die Spalte „Gewinnanteile gemäss § 50 FCV“.

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Eigenkapital

- +0,5 Jahresergebnis der 24 Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Rücklagen

Im Eigenkapitalnachweis wird die Bildung und Verwendung der Rücklagen saldiert dargestellt. Die detaillierte Aufstellung pro Leistungsgruppe wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

-1,1 Abnahme der Rücklagen. Es wurden um diesen Betrag mehr Rücklagen aufgelöst als neue gebildet.

Reserven aus Absicherungsgeschäften

– Es bestehen keine solchen Posten.

Gewinnanteile gemäss § 50 FCV

Die Bildung und Verwendung der Gewinnanteile der selbständigen Anstalten wird im Eigenkapitalnachweis saldiert dargestellt. Eine detaillierte Aufstellung pro Anstalt wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

+30,6 Zunahme der einbehaltenen Gewinnanteile der selbständigen Anstalten. Dieser Zuwachs resultiert aus der Summe der vom Kantonsrat aus der Rechnung 2011 bewilligten neuen Gewinnanteile abzüglich der von den Anstalten verwendeten Gewinnanteile.

+1,0 Zunahme durch Umbuchung falsch zugeordneter Posten aus der Spalte „Gesetzliche Fonds im Eigenkapital“.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

+19,6 Zusammen mit dem Ergebnis der gesetzlichen Fonds und der Legate und Stiftungen im Eigenkapital ergibt sich ein Gesamtergebnis von +105,6 Mio. Franken.

+1 827,5 Das Vorjahresergebnis wird auf die Rubrik „Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre“ umgebucht.

Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

-1 827,5 Abnahme durch die Umbuchung des Vorjahresergebnisses.

-29,5 Abnahme durch Umbuchung der vom Kantonsrat bewilligten Rücklagen und Gewinnanteile aus der Rechnung 2011 abzüglich der aufgelösten bzw. beanspruchten Rücklagen und Gewinnanteile (Nettodarstellung).

Total Eigenkapital

+105,6 Zunahme durch das Jahresergebnis 2012.

+27,5 Anstieg durch Zunahme der Fondsbestände im Eigenkapital.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze

Rechtliche Grundlagen

Der vorliegende Finanzbericht (konsolidierte Rechnung) basiert auf dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611), welches am 9. Januar 2006 durch den Kantonsrat verabschiedet worden ist.

Die Ausführungsbestimmungen zum CRG sind in der Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2), der Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und in der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) geregelt. Die Rechnungslegungsverordnung führt die Bestimmungen des Teils D „Rechnungslegung“ des CRG aus. Darin sind die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung gemäss IPSAS enthalten und die Abweichungen festgelegt. Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften über die Rechnungslegung im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) sowie in der Rechnungslegungsverordnung (RLV) für den Vollzug um. Für die Jahresrechnung 2012 hat das HBR 2012 vom 17. November 2011 Gültigkeit.

Grundlagen der Rechnungslegung

Die auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzte neue Rechnungslegung löste das obligationenrechtlich geprägte Vorsichtsprinzip durch den in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (Accrual Accounting) aller Aufwände und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Accrual Accounting

Die Buchführung und Rechnungslegung erfolgen nach kaufmännischen Grundsätzen, dem so genannten Accrual Accounting. Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind.

Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.

Abweichungen zu IPSAS

Das gewählte Regelwerk gemäss § 3 der Rechnungslegungsverordnung sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für die Rechnungslegungsverordnung sowie für das Handbuch für Rechnungslegung. Im Anhang 1 der Rechnungslegungsverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzdirektion verfolgt gemäss § 5 RLV die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen Massnahmen, insbesondere die Anpassung der Rechnungslegungsverordnung infolge Änderungen der IPSAS. Eine Aktualisierung der Rechnungslegungsverordnung ist am 31. Oktober 2011 erfolgt. Sie wurde auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende konsolidierte Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 – Darstellung der Jahresrechnung: Einlagen in und Entnahmen aus Fonds zur Vorfinanzierung von Investitionen verletzen den Grundsatz der Periodengerechtigkeit (§ 4 Abs. 1 lit. b RLV). Anschaffungen aus Rücklagen mit investivem Charakter werden über die Erfolgsrechnung gebucht und nicht bilanziert (§ 16 Abs. 3 RLV/ § 17 Abs. 3 FCV).
- IPSAS 6 – Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nicht nach dem Kontrollprinzip gemäss IPSAS, sondern gemäss den Kriterien in § 54 CRC und § 28 RLV festgelegt. Weiter enthält der Anhang nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen.
- IPSAS 7 – Rechnungslegung von Anteilen an assoziierten Organisationen: Die assoziierten Einheiten werden nicht nach der Equity-Methode einbezogen, sondern zu Anschaffungs- oder Marktwerten bewertet (§ 29 und § 31 Abs. 2 RLV).
- IPSAS 19 – Rückstellungen: Langfristige Rückstellungen werden nicht diskontiert (HBR 2012, Kapitel 3.2.16.1.2), ausgenommen davon sind Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehaltsordnung für Professorinnen und Professoren der Universität sowie die Rentenleistungen des Staates für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter.
- IPSAS 20 – Nahe stehende Personen und Einheiten: Die Offenlegung der Gehälter der Führungskräfte wird nicht vorgenommen. Es wird auf die gesetzlichen Grundlagen verwiesen.
- IPSAS 22 – Darstellung von finanzstatistischen Informationen des Sektors Staat: Dieser IPSAS-Standard wird nicht angewendet.
- IPSAS 25 – Leistungen an Arbeitnehmer: Die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach Swiss GAAP FER 16 und es wird auf den gemäss IPSAS 25 geforderten Ausweis von anderen langfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer mit anwartschaftlichen Charakter verzichtet. Zusätzlich erfolgt die Offenlegung einer allfälligen Verpflichtung nach IPSAS 25 im Anhang zur Jahresrechnung (§ 3 Abs. 2 lit. a RLV und Anhang zur RLV).

Änderungen der Grundlagen und Grundsätze

Auf das Geschäftsjahr 2012 wurde die geänderte Rechnungslegungsverordnung (RLV) in Kraft gesetzt (RRB Nr. 193/2011 genehmigt vom Kantonsrat am 31. Oktober 2011 (Vorlage 4772)).

Erstmalige Anwendung von neuen und geänderten Standards

Im Geschäftsjahr 2012 wurden erstmalig folgende neue und geänderte Standards angewendet:

	Veröffentlicht durch das IPSAS Board (IPSASB)	Auswirkungen
Neue Standards		
IPSAS 25 Employee Benefits (Leistungen an Arbeitnehmer)	Februar 2008	**
IPSAS 26 Impairment of Cash-Generating Assets (Wertminderung zahlungsmittelgenerierender Vermögenswerte)	Februar 2008	**
IPSAS 27 Agriculture (Landwirtschaft)	Dezember 2009	**
IPSAS 31 Intangible Assets (Immaterielle Vermögenswerte)	Januar 2010	**

	Veröffentlicht durch das IPSAS Board (IPSASB)	Auswirkungen
Geänderte Standards		
IPSAS 1 Presentation of Financial Statements (Darstellung des Abschlusses)	Dezember 2006	*
IPSAS 3 Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors (Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler)	Dezember 2006	*
IPSAS 4 The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates (Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse)	April 2008	**
IPSAS 6 Consolidated and Separate Financial Statements (Konsolidierte und Einzelabschlüsse)	Dezember 2006	**
IPSAS 7 Investments in Associates (Anteilen an assoziierten Einheiten)	Dezember 2006	*
IPSAS 8 Interests in Joint Ventures (Anteile an Joint Ventures)	Dezember 2006	**
IPSAS 12 Inventories (Vorräte)	Dezember 2006	**
IPSAS 13 Leases (Leasingverhältnisse)	Dezember 2006	**
IPSAS 14 Events after the Reporting Date (Ereignisse nach dem Abschlussstichtag)	Dezember 2006	**
IPSAS 16 Investment Property (Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien)	Dezember 2006	**
IPSAS 17 Property, Plant and Equipment (Sachanlagen)	Dezember 2006	**
Swiss GAAP FER 16 Vorsorgeverpflichtungen	Dezember 2009	**

* Die Anwendung dieser Standards haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage; im Wesentlichen müssen zusätzliche Angaben offen gelegt werden.

** Die Anwendung dieser Standards haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Noch nicht angewendete, aber vom Standardsetter bereits erlassene Standards und Änderungen von Standards

Bis zum Datum der Genehmigung der konsolidierten Jahresrechnung waren darüber hinaus nachfolgende IPSAS veröffentlicht. Diese treten jedoch erst später in Kraft und wurden in der vorliegenden konsolidierten Jahresrechnung nicht frühzeitig angewendet. Ihre Auswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung des Kantons Zürich wurden noch nicht systematisch analysiert, sodass die erwarteten Effekte, wie sie am Ende der Tabelle offengelegt werden, lediglich eine erste Einschätzung darstellen:

	Veröffentlicht durch das IPSAS Board (IPSASB)	Auswirkungen	Geplante Inkraftsetzung durch Kanton Zürich ¹⁾	IPSASB: Zeitpunkt des Inkrafttretens
Standards				
IPSAS 28 Financial Instruments: Presentation (Finanzinstrumente: Darstellung)	Januar 2010	*	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013
IPSAS 29 Financial Instruments: Recognition and Measurement (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung)	Januar 2010	*	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013
IPSAS 30 Financial Instruments: Disclosures (Finanzinstrumente: Angaben)	Januar 2010	*	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013
IPSAS 32 Service Concession Arrangements: Grantor (Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen: Konzessionsgeber)	Oktober 2011	***	Geschäftsjahr 2015	1.1.2014

	Veröffentlicht durch das IPSAS Board (IPSASB)	Auswirkungen	Geplante Inkraftset- zung durch Kanton Zürich ¹⁾	IPSASB: Zeit- punkt des In- krafttretens
Verbesserungen und andere Änderungen				
Das IPSASB hat verschiedentlich Sammelstandards zur Überarbeitung der IPSAS veröffentlicht. Darin werden - analog zu den jährlichen Überarbeitungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) – kleinere Änderungen der bestehenden IPSAS vorgenommen, ohne diese jedoch substantiell zu ändern. Hierzu gehören:				
- Improvements to IPSASs (Verbesserungen der IPSAS)	Januar 2010	**	Geschäftsjahr 2015	1.1.2011
- Improvements to IPSASs 2010 (Verbesserungen der IPSAS 2010)	November 2010	**	Geschäftsjahr 2015	1.1.2012
- Improvements to IPSASs 2011 (Verbesserungen der IPSAS 2011)	Oktober 2011	**	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013

¹⁾ Die erwähnten Standards und Änderungen bestehender Standards wurden dem Regierungsrat noch nicht zur Anwendung und Übernahme in die RLV beantragt. Die voraussichtliche Beantragung erfolgt im Jahr 2013 für die Inkraftsetzung zum 1. Januar 2015.

* IPSAS 28, 29 und IPSAS 30 lösen IPSAS 15 ab. Es werden vor allem zusätzliche Offenlegungen und Änderungen in der Darstellung der konsolidierten Jahresrechnung des Kanton Zürich erwartet.

** Es werden keine oder keine nennenswerten Auswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung des Kantons Zürich erwartet.

*** Die Auswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung sind noch nicht mit ausreichender Sicherheit bestimmbar.

Neuerungen in der Berichterstattung 2012

Nachfolgende Sachverhalte wurden im Wesentlichen im Rahmen der Offenlegung in 2012 überarbeitet:

Eigenkapital

Durch die Änderung von IPSAS 1 wurde die Darstellung des Eigenkapitalnachweises überarbeitet. Die Veränderungen des Eigenkapitals werden neu in direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen und das Jahresergebnis unterschieden.

Gewährleistungen

Der Ausweis der Gewährleistungen (Ziffer 52) wurde für die Berichterstattung 2012 überarbeitet. Neu werden Verbindungen des Kantons Zürich zu Organisationen ausgewiesen, die vom Kanton Zürich beherrscht werden, Aufgaben des Kantons erfüllen und an denen der Kanton finanziell nicht beteiligt ist.

Vorsorgeverpflichtungen

Bis 2011 wurden im Konsolidierungskreis 1 die Volksschullehrer in den „Brutto“-Verpflichtungen aus Vorsorgeleistungen zu 100% berücksichtigt und der Anteil der Gemeinden in der Überleitung zum Ausweis der „Netto“-Verpflichtung abgezogen. Ab 1. Januar 2012 wird bereits in der „Brutto“-Verpflichtung nur der wirtschaftliche, d.h. der 20%ige Anteil des Kantons berücksichtigt. Die Überleitung der „Brutto“-Verpflichtung von der bisherigen zur neuen Darstellung ist im Anhang in Ziffer 46 dargestellt.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung wurde überarbeitet. Neu werden die Segmente inklusive der Bereinigung um Innenbeziehungen innerhalb eines Segments ausgewiesen. Bisher wurde diese zusammen mit den segmentübergreifenden Bereinigungen in der Spalte „Elimination interne Verrechnung“ gezeigt.

Des Weiteren erfolgte eine Überarbeitung der Zuordnung der internen Zinsen auf die Zeilen „Finanzertrag Finanzvermögen“ und „Finanzertrag Verwaltungsvermögen“ entsprechend der Quelle der Verzinsung im Finanz- oder Verwaltungsvermögens.

Verhältnis zur Jahresrechnung (Stammhaus)

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung auch die Einheiten der Rechtspflege, kantonale Behörden sowie Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann (§ 54 CRG).

Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet im Gegensatz zur konsolidierten Jahresrechnung nur die Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (§ 47 ff. CRG). Buchführung und Rechnungslegung sind für beide Abschlüsse identisch (§ 27 RLV).

Verhältnis zum konsolidierten Budget

Das konsolidierte Budget wurde auf der gleichen Rechnungslegungsbasis wie die konsolidierte Jahresrechnung erstellt.

Konsolidierungskreis

Die konsolidierte Rechnung umfasst folgende Einheiten (§ 54 Abs. 1 CRG):

- Regierungsrat und Verwaltung
- Rechtspflege sowie die kantonalen Behörden
- Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann.

Betriebsbeiträge werden als wesentlich erachtet, wenn sie jährlich mindestens 20 Mio. Franken betragen (§ 28 Abs. 1 RLV). Der Begriff des Betriebsbeitrages ist dabei wirtschaftlich zu verstehen und ist nicht aus dem Staatsbeitragsgesetz abzuleiten.

Nicht konsolidiert werden Einheiten, die durch den Kanton gemäss § 3 des Staatsbeitragsgesetzes Subventionen erhalten (§ 28 Abs. 3 RLV).

Der Regierungsrat beschliesst jährlich den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten. Mit RRB Nr. 336/2011 wurden für die konsolidierte Rechnung 2012 die folgenden Einheiten festgelegt:

- Regierungsrat
- Direktionen und die Staatskanzlei mit allen unterstellten Verwaltungseinheiten
- Kantonsrat
- Finanzkontrolle
- Gerichte und Notariate
- Ombudsstelle/ Datenschutzstelle
- Universität Zürich
- Zürcher Fachhochschulen, bestehend aus:
 - Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
 - Zürcher Hochschule der Künste
 - Pädagogische Hochschule Zürich
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation)
- Zentralbibliothek Zürich
- Universitätsspital Zürich
- Kantonsspital Winterthur
- Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Auf den 1. Januar 2012 wurde die Umwandlung des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt namens «BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS)» vollzogen. Sie wurde auf denselben Zeitpunkt aus der Verwaltung ausgegliedert. Dieser Schritt war aufgrund einer Änderung des Bundesrechts (BVG/SR 831.40) erforderlich. Die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) ist deshalb nicht mehr Bestandteil der konsolidierten Rechnung 2012.

Nicht konsolidiert werden die nachfolgend aufgeführten Einheiten:

- Abraxas Informatik AG
- Arbeitslosenkasse
- Axpo Holding AG
- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
- BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS)
- EKZ Elektrizitätswerke
- Flughafen Zürich AG
- GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich
- Kantag Liegenschaften AG
- Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse
- Legate und Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- Limmattalbahn AG
- Zentralwäscherei AG
- Zentrum für Gehör und Sprache Zürich (ZGSZ)
- ZKB Zürcher Kantonalbank

Konsolidierungsgrundsätze

Bei der Konsolidierung gelten die nachfolgend aufgeführten Konsolidierungsgrundsätze:

Vollkonsolidierung: Die konsolidierte Rechnung wird nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung erstellt (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Investitions- und der Erfolgsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen.

Einheitliche Abschlussstermine: Der Abschlussstermin für alle in die konsolidierte Rechnung einbezogenen Organisationen ist der 31. Dezember.

Einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze: Alle zu konsolidierenden Einzelabschlüsse müssen aufgrund der im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, der dazugehörigen Verordnung, dem Handbuch für Rechnungslegung oder Fachweisungen erlassenen Rechnungslegungs- und Bewertungsrichtlinien erstellt werden.

Einheitliche Kontenpläne und Kontierungsrichtlinien: Damit der konsolidierte Abschluss des Kantons ordnungsgemäss erstellt werden kann, werden alle Einzelabschlüsse der einbezogenen Organisationen nach einheitlichen Kontenplänen und Kontierungsrichtlinien erstellt. Einzelabschlüsse, die aufgrund von nationalen oder lokalen Vorschriften unterschiedlich ausgestaltet sind, müssen durch Umgliederung, Umkontierung und Umbewertungen auf die für den Kanton geltenden Richtlinien umgeschlüsselt werden. Die konsolidierten Einheiten konsolidieren ihrerseits weitere Organisationen, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt sind (§ 30 Abs. 1 RLV).

Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen

Die Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsprinzipien bedingt die Anwendung von Schätzungen und Annahmen, welche die ausgewiesenen Aktiven, Verbindlichkeiten,

Erträge, Aufwendungen sowie Eventualforderungen und –verbindlichkeiten zum Zeitpunkt der Bilanzierung beeinflussen. Die konsolidierten Einheiten treffen dabei Schätzungen und Annahmen bezüglich der Zukunft, wobei die effektive Entwicklung definitionsgemäss von den buchhalterischen Schätzwerten abweichen kann. Schätzungen und Annahmen werden laufend neu getroffen und basieren auf Erfahrungswerten der Vergangenheit sowie anderen Faktoren, die angemessen und begründet sind, wie Erwartungen bezüglich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse. Zusätzlich sind bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze Entscheide zu treffen, die bedeutende Auswirkungen auf die in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesenen Beträge haben können. Entscheide sind insbesondere bei der Beurteilung des Inhalts von Geschäftsvorfällen gefordert, die eine komplexe Struktur oder Rechtsform aufweisen. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

Fiskalertrag

Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen von § 19 RLV ermittelt. Wenn es erforderlich ist, von den Rechenregeln des § 19 RLV abzuweichen, um ein den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons gemäss § 44 CRG zu erhalten, so werden diese Abweichungen wie auch die dazu notwendigen Schätzungen und Annahmen begründet und dokumentiert.

Forderungen

Die Wertberichtigung in der Erfüllung unsicherer Forderungen umfasst in erheblichem Mass Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf der Kreditwürdigkeit des einzelnen Kunden, das allgemeine Kreditrisiko und der Analyse historischer Forderungsausfälle beruhen.

Immobilien im Finanzvermögen

Gemäss § 56 Abs. 1 CRG sind Liegenschaften des Finanzvermögens zum Verkehrswert zu bilanzieren. Eine erfolgswirksame Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre oder wenn die Marktpreise wesentlich von den bilanzierten Werten abweichen. Die Immobilien wurden gemäss dem "Sachwertverfahren" bewertet. Dieses Verfahren stützt sich auf verschiedene Schätzungen, so zur Nutzungsdauer, zu den Bodenpreisen und den Lageklassen. Die letztmalige Neubewertung erfolgte in 2012.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Bei der Bewertung von Beteiligungen im Finanzvermögen, welche nicht börsennotiert sind und für die auch keine konkreten Kaufangebote bestehen, kann auf ertragswertbasierte Bewertungsmodelle wie z.B. Discounted Cash Flow DCF abgestellt werden. Die Schätzung des Marktwertes hängt dann von Annahmen über die zukünftigen Geldflüsse und über den Diskontierungssatz ab.

Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen

Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Frühere Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung gemäss § 57 Abs. 3 CRG führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veralten oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erweisen.

Leasing

Die Behandlung von Leasingtransaktionen in der konsolidierten Jahresrechnung hängt hauptsächlich davon ab, ob eine Leasingbeziehung als „operating lease“ oder „finance lease“ klassifiziert wird. Bei der Beurteilung der Verträge wird sowohl deren wirtschaftlichen Gehalt als auch die rechtliche Form der Leasingbeziehungen untersucht und Entscheid darüber getroffen, ob alle massgeblichen Risiken und Nutzen des geleasten Objektes auf den

Leasingnehmer übergehen. Verträge, welche nicht die rechtliche Form einer Leasingbeziehung haben, aber das Recht zur Nutzung eines Vermögensgegenstandes beinhalten, sind ebenfalls Gegenstand solcher Beurteilungen.

Rückstellungen

Die konsolidierten Einheiten sind im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit verschiedenen Risiken ausgesetzt, welche zu zukünftigen Geldabflüssen führen können. Die sicheren oder wahrscheinlichen Geldabflüsse sind zur Bildung von Rückstellungen zu schätzen (§ 55 Abs. 2 CRG). Weitere Erläuterungen zu Unsicherheiten bezüglich Höhe und Eintretenszeitpunkt sind unter Ziffer 42 Rückstellungen ersichtlich.

Offengelegte Pensionsverpflichtungen

Im Rahmen der Berechnungen der Vorsorgeverpflichtungen sowie der Über- bzw. Unterdeckung nach IPSAS 25 werden verschiedene versicherungsmathematische Annahmen gemeinsam mit den Aktuarien festgelegt, wie zum Beispiel die jährlich erwarteten Lohnerhöhungen und Rentenanpassungen, Austritts- und Sterbewahrscheinlichkeiten. Ändern sich die Parameter aufgrund geänderter Wirtschaftslage oder neuer Marktbedingungen, können die tatsächlichen Ergebnisse massgeblich von den versicherungsmathematischen Gutachten und Berechnungen abweichen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Fiskalertrag

Steuerträge werden grundsätzlich in jenem Rechnungsjahr verbucht, für das sie geschuldet sind. Die Staatssteuererträge werden gemäss § 19 RLV berechnet. Quellensteuererträge werden verbucht, wenn sie vereinnahmt werden (§ 19 Abs. 1 RLV), die Erträge der Erbschafts- und Schenkungssteuer, wenn sie definitiv veranlagt, die Nachsteuern und Bussen der Staatssteuern, wenn sie in Rechnung gestellt sind.

Die Schätzung der Staatssteuererträge, die in den ersten vier Jahren nach der Steuerperiode für diese Steuerperiode eingehen (Nach- und Rückträge), erfolgt gemäss folgenden methodischen Ansätzen:

- Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet.
- Die erwarteten Nach- und Rückträge werden als prozentualer Zuschlag zu den im Rechnungsjahr (=Steuerperiode) provisorisch in Rechnung gestellten Steuern berechnet. Der Zuschlag wird für die vier Jahre berechnet, die auf die Steuerperiode folgen.
- Der prozentuale Zuschlag entspricht den durchschnittlichen Nachträgen der vergangenen acht Jahre. Davon kann abgewichen werden, wenn der Durchschnitt der Nachträge für das Rechnungsjahr als nicht repräsentativ erachtet wird. Solche Korrekturen müssen begründet und überprüfbar sein. Die Begründungen für Korrekturen werden im Anhang der Jahresrechnung offen gelegt.

Der Ertrag der Staatssteuern wird im vierten Jahr nach der Steuerperiode abgerechnet, weil dessen Höhe dann im Wesentlichen bekannt ist. Mehr- oder Mindererträge im Vergleich zum verbuchten Steuerertrag werden erfolgswirksam verbucht. Spätere Nach- und Rückträge werden im Rechnungsjahr, in dem sie anfallen, erfolgswirksam verbucht.

Besondere Entwicklungen und Beurteilungen können eine Korrektur der geschätzten Steuererträge nötig machen, noch bevor sie vier Jahre später ordentlich abgerechnet und erfolgswirksam korrigiert werden. Dies wird notwendig, wenn die Entwicklung der Nach- und Rückträge frühzeitig eine grosse Differenz zwischen den tatsächlichen und den verbuchten Nach- und Rückträgen erwarten lässt.

Die Forderungen aus Fiskalerträgen sind nach den gleichen Grundsätzen zu bewerten wie die übrigen Forderungen.

Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen

Entgelte stellen Erträge aus betrieblichen Leistungen dar. Bedeutende Entgelte sind beispielweise Gebühren für Amtshandlungen, Spital- und Heimtaxen, Schul- und Kurstaxen sowie Erträge aus Dienstleistungen, Verkäufen und Bussen.

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Nutzung hoheitlicher Güter durch Dritte wie das Salzregal, Jagd- und Fischereiregal oder aus der Verleihung von Konzessionen wie für Spielbanken und Spielautomaten, Lotterie und Sport-Toto. Eine besondere Stellung nimmt dabei der Gewinnanteil an der Schweizerischen Nationalbank ein.

Der Ertrag bei Entgelten wird generell im Zeitpunkt der Lieferung oder zum Zeitpunkt der Leistungserbringung durch den Kanton verbucht. Der Ertrag aus Gebühren wird im Zeitpunkt der Eröffnung des Entscheidens (Verfügung, Bewilligung) verbucht. Dieser Grundsatz gilt auch für die Ertragsverbuchung von Bussen. Wird ein Rechtsmittel gegen eine Verfügung oder Busse ergriffen, erfolgt eine Verlängerung der Zahlungsfrist.

Verschiedene Erträge umfassen verschiedene betriebliche Erträge, aktivierte Eigenleistungen, Bestandesveränderungen und übrige, nicht zuordenbare Erträge. Die Erträge werden zum Zeitpunkt der Lieferung oder der Leistung durch den Kanton verbucht.

Transfererträge

Anteile des Kantons an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Transferertrag verbucht. Der Kanton Zürich partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber an denen des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat.

Entschädigungen sind Überweisungen von einem Gemeinwesen an den Kanton, sofern dieser ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung an den Kanton wird auf Grund der Kosten der Aufgabe beim Kanton bemessen. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde.

Beiträge von anderen Institutionen sind eingehende Beiträge, die für den Kanton selbst bestimmt sind und deren Verwendung zweckgebunden ist. Sie werden vom zahlenden Gemeinwesen auf Grund eines Erlasses gewährt. Beiträge von anderen Institutionen werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt.

Durchlaufende Beiträge

Durchlaufende Beiträge sind Beiträge, die der Kanton Zürich von anderen Gemeinwesen zugunsten von anderen Gemeinwesen oder Dritten erhält. Die Beiträge sind nicht für den Kanton bestimmt, sondern werden an andere Begünstigte weitergeleitet. Die durchlaufenden Beiträge unterteilen sich in Betriebs- und Investitionsbeiträge, welche vorschüssig, periodengerecht oder nachschüssig geleistet werden können.

Durchlaufende Betriebsbeiträge werden aus Gründen der Transparenz brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Da die Geldeingänge und -abgänge nicht automatisch in der gleichen Rechnungsperiode erfolgen müssen, sind entsprechende periodengerechte Abgrenzungen vorzunehmen. Abgrenzungen werden so gebildet, dass die durchlaufenden Beiträge in dem Jahr in der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden, in dem der Endberechtigte die beitragsberechtigende Leistung erbringt.

Transferaufwände

Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen ohne Zweckbindung des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Die Aufwände werden in der gleichen Rechnungsperiode wie die entsprechende Ertragsbuchung erfasst. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden.

Beiträge sind gemäss Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990 „zweckgebundene geldwerte Leistungen für die Erfüllung von Aufgaben im öffentlichen Interesse“. Auch diese stellen Transferaufwand dar. Sie werden ausgerichtet in der Form von Kostenanteilen, Kostenbeiträgen oder Subventionen. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen hat der Empfänger einen rechtlich begründeten Anspruch, bei Subventionen nicht. Kostenbeiträge unterscheiden sich von Kostenanteilen dahingehend, als dass die Höhe des Beitrages nicht gesetzlich definiert ist, sondern vom Kantonsrat mit dem Budget festgelegt wird.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge wird jeder Einzelfall gesondert beurteilt. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen erfolgt die Verbuchung im Jahr der Leistungserbringung des Empfängers. Bei Subventionen ist für die Verbuchung ein rechtsgültiger Entscheid notwendig. Die Verbuchung ist gleich geregelt wie diejenige bei Kostenanteilen.

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen (Finanzvermögen)

Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit originären Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

Forderungen (Finanzvermögen)

Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen werden zu Nominalwerten ausgewiesen, sofern deren Rückzahlung innerhalb eines Jahres vorgesehen ist. Andernfalls werden diese als langfristige Finanzanlage behandelt. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Pauschale Wertberichtigungen sind nur zulässig, wenn solide Erfahrungswerte vorliegen. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach den konkreten Verhältnissen.

Vorräte und angefangene Arbeiten (Finanzvermögen)

Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und dem realisierbaren Nettoverkaufswert bilanziert. Die Anschaffungs- und Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Ist die Durchschnittsmethode unverhältnismässig, kann eine andere Bewertungsmethode beantragt werden.

In der Bilanz werden alle Auftragskosten, die wertvermehrend für den zu erstellenden Vermögenswert sind, unter der Position angefangene Arbeiten aktiviert. Die Bilanzierung von Bau- und Fertigungsaufträgen erfolgt für Projekte grösser Fr. 500 000 nach der Percentage of Completion-Methode. Der Fortschrittsgrad wird individuell für jedes Projekt ermittelt, indem die bereits aufgelaufenen Kosten ins Verhältnis zu den erwarteten Gesamtkosten gesetzt werden. Die aufgelaufenen Kosten und die gemäss Fortschrittsgrad realisierten Gewinne/ Verluste werden laufend in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Kleinere Projekte werden in einer Sammelposition nach der Cost of Completion-Methode bewertet und bilanziert. Kann der Fortschrittsgrad eines Projektes nicht verlässlich bestimmt werden, sind die Auftragskosten in der anfallenden Periode als Aufwand zu erfassen. Vorauszahlungen für angefangene Arbeiten werden periodengerecht abgegrenzt. Vorauszahlungen werden von den angefangenen Arbeiten gesondert ausgewiesen, es erfolgt eine Bruttodarstellung der Positionen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen

Zu den Finanzanlagen im Finanzvermögen gehören Festgelder und alle Finanzanlagen, die nicht der Kontogruppe der Aktivdarlehen und der Beteiligungen zugeordnet werden können, sowie positive Wiederbeschaffungswerte aus Marktwertbewertungen von derivativen Finanzinstrumenten.

Festgelder sind verzinsliche Anlagen mit einer Restlaufzeit zwischen 90 und 360 Tagen, die der Kanton Zürich zur Anlage im Moment nicht benötigter Mittel hält. Die Bewertung der Festgelder erfolgt zum Nennwert. Positionen, deren Verzinsung von den üblichen Marktkonditionen abweicht, werden diskontiert. Festgeldanlagen mit einer Laufzeit über 360 Tage werden unter den übrigen langfristigen Finanzanlagen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Kanton Zürich setzt derivative Finanzinstrumente als Sicherungsgeschäfte von Grundgeschäften im Bereich der Zinsen und Fremdwährungen ein. In der Bilanz werden diese Sicherungsgeschäfte zu Marktwerten bilanziert. Die Sicherungsinstrumente (Zinssatzswap oder Fremdwährungsswap) werden nach Hedge Accounting verbucht, wenn das Sicherungsinstrument und das Grundgeschäft identifizierbar sind und das Sicherungsgeschäft effektiv und wirksam ist. Wertveränderungen werden beim Hedge Accounting direkt im Eigenkapital erfasst und von dort zum Zeitpunkt der erfolgsmässigen Erfassung des Grundgeschäftes wieder ausgebucht. Sollte sich das Finanzinstrument nicht als Sicherungsinstrument für das Hedge Accounting qualifizieren, werden die Marktwertveränderungen am Bilanzstichtag in der Erfolgsrechnung verbucht.

Aktivdarlehen im Verwaltungsvermögen

Darlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälligen Wertberichtigungen, beziehungsweise nach dem Anschaffungswertprinzip bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Eine Ausnahme stellen die Ausbildungsdarlehen dar, die pauschal bewertet werden, da das einzelne Darlehen in der Regel unter Fr. 50 000 liegt.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung ge-

stellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Aktivdarlehen im Finanzvermögen

Darlehen im Finanzvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälliger Wertberichtigungen, beziehungsweise dem tieferen Verkehrswert bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Investitionsbeiträge

Die vom Kanton Zürich gewährten Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn der Wert der Investitionsbeiträge verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrags für die Öffentlichkeit hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung einer überjährigen öffentlichen Aufgabe vorgesehen ist. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Die Rückforderbarkeit muss zudem wahrscheinlich sein. Es besteht keine Aktivierungsuntergrenze.

Aktivierte Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes oder aber die kürzere Frist für den Wegfall der mit den Investitionsbeiträgen einhergehenden Auflagen und Bedingungen abgeschrieben. Grossprojekte mit langjähriger Bauphase werden auf dem Konto „Anlagen im Bau“ aktiviert. Die Umgliederung erfolgt bei Bauabschluss beziehungsweise bei Phasenabschluss bei gestaffelter Inbetriebnahme.

Vom Kanton Zürich empfangene Investitionsbeiträge werden unter langfristigen Verbindlichkeiten bilanziert, wenn der Mittelzufluss zur Finanzierung von Mobilien oder Immobilien resp. eines Investitionsguts verwendet wird, welches für den Kanton oder die Öffentlichkeit einen überjährigen wirtschaftlichen Nutzen erbringt. Der Schuldbetrag entspricht dabei dem gewährten Geldbetrag. Eine Verrechnung der empfangenen Beiträge und des Investitionsguts darf nicht vorgenommen werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten werden über die Nutzungsdauer des mit den empfangenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsguts über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

Beteiligungen

Beteiligungen werden aktiviert, wenn ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethode verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Für Beteiligungen im Finanzvermögen und im Verwaltungsvermögen gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zum Anschaffungswert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen bewertet. Der maximal bilanzierbare Wert entspricht dem Anschaffungswert oder dem tieferen effektiven Wert. Die Beteiligungen werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert bewertet. Für börsenkotierte Gesellschaften entspricht der Verkehrswert dem Börsenwert. Für nicht kotierte Gesellschaften werden beispielsweise Kaufangebote oder ertragswertbasierte Modelle zur Bewertung beigezogen. Die Bewertung der verschiedenen Unternehmensbeteiligungen erfolgt gleichartig. Marktwertbewertungen werden periodisch aufdatiert und an neue Gegebenheiten angepasst.

Mobilien

Mobilien werden im Finanz- wie auch im Verwaltungsvermögen aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Mobilien beträgt Fr. 50 000. Gemäss § 7 Abs. 2 der Rechnungslegungsverordnung kann eine tiefere Aktivierungsgrenze festgelegt werden. Folgende Organisationseinheiten wenden eine Aktivierungsgrenze von Fr. 10 000 an: Kliniken und Betriebe, für die H+ Regelungen gelten, die Universität, die drei IV-Betriebe Hardundgut, Hardoskop und das Wohnheim Tilia sowie das Tiefbauamt. Die Aktivierungsgrenze gilt für Neuerwerbungen wie auch für nachträgliche, wertvermehrnde Investitionen. Wertvermehrnd ist eine Investition dann, wenn dadurch zusätzliche künftige wirtschaftliche Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Mobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Es wird jährlich überprüft, ob Anzeichen für dauernde Wertminderungen bestehen. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, erfolgt eine ausserplanmässige Abschreibung.

Für Mobilien im Finanzvermögen gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Werteinbussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen.

Immobilien im Verwaltungsvermögen

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt Fr. 50 000. Es werden jedoch alle Immobilien aktiviert. Gebäude mit einem Wert von weniger als Fr. 50 000 werden noch im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben.

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Ausgenommen sind Grundstücke und Waldungen, welche nicht abgeschrieben werden. Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden jährlich auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Liegt der Nutzwert dauerhaft unterhalb des Buchwertes, wird eine ausserplanmässige Abschreibung vorgenommen.

Wertvermehrnde Investitionen über Fr. 50 000, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Aktiviert Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben. Bei Ende des Mietverhältnisses sind sie vollständig abzuschreiben, es sei denn, sie können bei einem Rückbau weiter verwendet werden.

Immobilien im Finanzvermögen

Immobilien im Finanzvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Immobilien werden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen, wenn sie nicht weiter für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben vorgesehen sind. Der Übertrag vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen erfolgt zum Buchwert im Verwaltungsvermögen. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt Fr. 50 000.

Immobilien werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Für die Folgebewertung von Immobilien des Finanzvermögens gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Wertebussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen. Eine Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre. Die letztmalige Neubewertung erfolgte in 2012. Gleichartige Sachanlagen werden gleichzeitig neu bewertet.

Wertvermehrende Investitionen über Fr. 50 000, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder die wirtschaftliche Nutzungsdauer einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Immaterielle Anlagen

Als immaterielle Anlagen qualifizieren sich insbesondere Software, Copyrights, eigene Rezepte, Lizenzen, Goodwill, kommerziell nutzbare Forschungsergebnisse, einzigartiges Know-how für polizeiliche Untersuchungen, Baupläne oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Damit eine Aktivierung der immateriellen Anlage erfolgt, muss diese identifizierbar sein, die Verfügungsmacht beim Kanton liegen, ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen bestehen und die Anschaffungs- und Herstellkosten nachweisbar sein. Die Aktivierungsuntergrenze beträgt Fr. 200 000. Gemäss § 7 Abs. 2 der Rechnungslegungsverordnung kann eine tiefere Aktivierungsgrenze festgelegt werden. Folgende Organisationseinheiten wenden eine Aktivierungsgrenze von Fr. 10 000 an: Kliniken und Betriebe, für die H+ Regelungen gelten, die Universität, die drei IV-Betriebe Hardundgut, Hardoskop und das Wohnheim Tilia. Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellkosten bewertet. Die geschätzte Nutzungsdauer, über welche die Anlagen linear abgeschrieben werden, liegt bei Software zwischen 3 und 5 Jahren. Patente, Lizenzen und Nutzungsrechte werden nicht abgeschrieben.

Die Werthaltigkeit von immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint.

Leasing

Anlagen, die aufgrund von Leasingverträgen genutzt werden und bei denen die Chancen und Risiken aus Eigentum auf den Leasingnehmer übergehen, sind unter derjenigen Position zu aktivieren, wie wenn sie gekauft worden wären. Dabei erfolgt die erstmalige Bilanzierung zum Barwert der minimalen Leasingzahlungen. Als Abzinsungsfaktor wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz angewendet. Gleichzeitig wird die zugehörige Verpflichtung als Leasingverbindlichkeit erfasst. Die Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Die Abschreibung des Leasinggutes erfolgt über die im Vertrag vereinbarte Nutzungsdauer oder falls in Bezug auf die Nutzungsdauer keine Regelung vorliegt über die wirtschaftliche Nutzungsdauer. Leasingzahlun-

gen bei operativem Leasing sind als Aufwand in der Erfolgsrechnung linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu erfassen.

Alle Leasingverträge mit einem Vertragswert von weniger als Fr. 50 000 pro Sachverhalt werden als operatives Leasing gleich wie Miete behandelt.

Dauernde Wertminderungen (Impairments)

Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt.

Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen. Unter kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, welche innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden, fallen Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Leasingverbindlichkeiten.

Die Bewertung der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Kassascheine und Staatsanleihen werden nach der Effektivzinsmethode bewertet. Die Effektivzinsmethode verteilt die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert (Agio/ Disagio/ Transaktionskosten) über die gesamte Laufzeit der Anlage. Daraus resultiert eine konstante Verzinsung bis zum Endverfall.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann. Ist der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich, das heisst kleiner als 50 % oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird der Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit im Anhang ausgewiesen.

Rückstellungen werden gebildet, wenn das fragliche Ereignis eine mögliche Verpflichtung grösser Fr. 500 000 für den Kanton zur Folge hat. Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche werden ungeachtet von deren Höhe gebildet.

Restrukturierungsrückstellungen werden erst nach Vorlage eines Entscheides des zuständigen Organs, nach Vorlage eines detaillierten Restrukturierungsplans inklusive des Zeitpunkts der Reorganisation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Die Bewertung muss nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung erfolgen. Die gebildete Rückstellung muss unter Verwendung aller mit verhältnismässigem Aufwand erhältlichen Informationen nachvollziehbar begründet werden können.

Vorsorgeverpflichtungen

In der Rechnung 2012 werden die Vorsorgeverpflichtungen gemäss § 4 Absatz 1 lit. c RLV ausgewiesen, dass entspricht im Wesentlichen der in den Vorjahren getroffenen Festlegungen laut RRB 1001 vom 4.7.2007. Die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach dem Grundsatz von Swiss GAAP FER 16. Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 wird als Eventualverpflichtung im Anhang der konsolidierten Rechnung ausgewiesen. Die Bewertung der Verpflichtung nach IPSAS 25 erfolgt zu Beginn jeder Legislaturperiode neu. Bei ausserordentlichen Entwicklungen erfolgen zusätzliche Bewertungen während der Legislaturperiode.

Nachfolgend sind die Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze nach Swiss GAAP FER 16 und IPSAS 25 aufgeführt.

Bilanzierung und Bewertung nach Swiss GAAP FER 16

Es erfolgt eine jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Kantons per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. Die Höhe des wirtschaftlichen Nutzens entspricht dem vorgesehenen Umfang, in dem der Kanton mindestens von vorhandenen freien Mitteln der Pensionskasse profitieren kann, z.B. über eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge. Die Höhe der wirtschaftlichen Verpflichtung entspricht dem Mittelumfang, den der Kanton für die Behebung einer bestehenden Unterdeckung in der Pensionskasse aufwenden muss oder will, z.B. über Sanierungsbeiträge. Die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens oder der wirtschaftlichen Verpflichtung gegenüber dem entsprechenden Wert der Vorperiode wird über die Erfolgsrechnung erfasst.

Bilanzierung und Bewertung nach IPSAS 25

Ziel der Rechnungslegung nach IPSAS 25 ist in erster Linie der periodengerechte Ausweis des Aufwandes für Leistungen an Arbeitnehmende. Dies bedeutet im Wesentlichen eine neue Berechnung der Verpflichtungen und des sich daraus ergebenden Aufwandes sowie die Erfassung dieses Aufwandes, der in der Regel vom reglementarisch bezahlten Arbeitgeberbeitrag abweicht.

Das technisch notwendige Deckungskapital wird im Unterschied zu den Bestimmungen im BVG dynamisch und unter Verwendung eines anderen Diskontierungssatzes berechnet. Dynamisch bedeutet, dass künftige Entwicklungen der versicherungstechnischen Annahmen, welche für die Höhe der künftigen Vorsorgeleistungen relevant sind, in die Berechnung des Deckungskapitals einbezogen werden müssen. Die versicherungstechnischen Annahmen widerspiegeln die demographische Entwicklung der Anspruchsberechtigten wie die Sterblichkeit, die Invalidität oder die Austritts- und Pensionierungswahrscheinlichkeit. Weiter werden der technische Zinssatz, die künftige Lohnentwicklung, die künftige Rentenanpassungen und der voraussichtliche Vermögensertrag bei der Berechnung des Deckungskapitals berücksichtigt.

Den neu berechneten Vorsorgeverpflichtungen werden die Aktiven abzüglich übrigen Verpflichtungen zu reinen Marktwerten, das heisst ohne Schwankungsreserve, gegenübergestellt.

Fonds, Legate und Stiftungen

Alle Fonds werden zu Nominalwerten bewertet. Sie werden nach ihrem Charakter und wirtschaftlichen Gehalt dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet. Im Fremdkapital werden Fonds ausgewiesen, die ihren Ursprung im

Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken. Die übrigen Fonds werden im Eigenkapital ausgewiesen. Aufwand und Ertrag der Fonds im Fremdkapital sowie von Fonds zur Vorfinanzierung von Investitionen werden brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Über- oder Unterdeckungen der Fonds im Eigenkapital werden als Teil des Jahresergebnisses ausgewiesen und im Eigenkapitalnachweis dargestellt.

Legate und Stiftungen sind Vermächtnisse von meist privaten Dritten zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten in Form von Vermögenswerten. Die Verwendung der Mittel wird vom Donator unterschiedlich stark vorgegeben oder eingeschränkt.

Legate und Stiftungen können mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebildet werden. Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit verfügen über einen eigenen Stiftungsrat, der auch das Reglement genehmigt, die Rechnung abnimmt und die Oberaufsicht ausübt. Diese Stiftungen werden in der konsolidierten Jahresrechnung des Kantons nicht ausgewiesen. Bei Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit übt der Regierungsrat die Oberaufsicht aus. Diese Legate und Stiftungen werden in der Bilanz aufgeführt. Ihr Ausweis unter Fremd- und Eigenkapital richtet sich nach der Zweckbindung der Zuwendungen.

Umfassen die Verwendungsbestimmungen eng und präzise umschriebene Tätigkeiten und besteht kein grosser Handlungsspielraum (einschränkende Zweckbindung) so werden die Kapitalien unter den Fonds im Fremdkapital ausgewiesen. Sehen die Zweckbestimmungen eine treuhänderische Verwendung der Mittel für Zwecke ausserhalb des Aufgabenbereichs der bedachten Institution vor, erfolgt der Ausweis des Kapitals ebenfalls unter dem Fremdkapital. Unter dem Fonds im Eigenkapital werden Legate und Stiftungen ausgewiesen, deren Verwendungszweck offen ist und die bedachte Institution einen grossen Entscheidungsspielraum hat, wie die Gelder einzusetzen sind. Der auf der Passivseite aufgeführte Betrag entspricht dem Bruttovermögen der Legate und Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit.

Übriges Eigenkapital

Die Bilanzposition übriges Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Rücklagen
- Gewinnanteile gemäss § 50 der Finanzcontrollingverordnung (FCV)
- Reserven aus Absicherungsgeschäften
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre. Dieses Konto weist die Summe aller Ergebnisse der Vorjahre aus. Die Werte werden zum Nominalwert ausgewiesen.
- Selbstständige Anstalten, welche mit Dotationskapitalien vom Kanton ausgestattet sind, weisen diese im übrigen Eigenkapital aus. Das Dotationskapital wird zum Nominalwert bewertet. In der konsolidierten Rechnung erscheinen die Dotationskapitalien der konsolidierten Einheiten nicht.

Rücklagen

Rücklagen stellen Reserven dar und werden im Eigenkapital bilanziert, wenn sie auf Antrag des Regierungsrates vom Kantonsrat bewilligt werden. Die Verwendung der Rücklagen verändert den ausgewiesenen Bestand gemäss Wert des entsprechenden Mittelabflusses.

Gewinnanteile gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung (FCV)

Gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung können selbstständige Anstalten dem Kantonsrat beantragen, den Jahresgewinn einem Reservenkonto für einbehaltene Gewinne zuzuweisen. Das Konto ist dem Eigenkapital zugeordnet.

Reserven aus Absicherungsgeschäften

In die Marktwertreserven werden die Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting dienen, gebucht. Bei dieser Buchungspraxis werden die Wertänderungen direkt im Eigenkapital erfasst und nicht in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

Das Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres ohne die Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Fonds / Legate im Eigenkapital

Das Jahresergebnis Fonds / Legate im Eigenkapital umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Bestandeskonto der Fonds und Legate im Eigenkapital im Berichtsjahr ausgewiesen.

Fremdwährungsumrechnung

Bankkonten in Fremdwährung werden zum Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden. Der Ausweis erfolgt über die Position realisierte Kursverluste.

Transaktionen in ausländischen Währungen werden zum festgelegten und laufend, d.h. alle zwei Wochen, aktualisierten Buchkurs in Franken umgerechnet. Realisierte Fremdwährungsgewinne und -verluste ergeben sich aus der Differenz zwischen Buchkurs und dem Zahlungskurs. Diese werden erfolgswirksam unter realisierten Kursverlusten ausgewiesen.

Hinweis zu den im Finanzbericht ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Sind positive oder negative Abweichungen in % grösser als 100,0% wird anstatt des Wertes der Ausdruck „> 100.0“ angegeben.

Risikocontrolling / Finanzielles Risikomanagement

Risikocontrolling

Risikosituation

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel- oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Risikomanagement

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken werden sowohl organisatorische, personelle als auch technische Massnahmen eingesetzt, die Risiken werden aktiv bewirtschaftet. Die Wirksamkeit der Massnahmen wird laufend

überwacht und die Massnahmen stetig weiterentwickelt, um ein optimales Risikomanagement zu gewährleisten, welches integrierter Bestandteil der Geschäftsprozesse ist.

Berücksichtigung von Risiken in der konsolidierten Rechnung

Der Ausweis von Risiken in der konsolidierten Rechnung beschränkt sich auf die finanziellen Risiken und erfolgt je nach Charakter der Risiken unterschiedlich. Anhand der Eintretenswahrscheinlichkeit können folgende Stufen unterschieden werden:

- Bereits eingetretene Risiken, welche auf Ereignissen in der Vergangenheit basieren, und deren Mittelabfluss wahrscheinlich ist, werden in der konsolidierten Jahresrechnung als Verbindlichkeiten oder Rückstellungen ausgewiesen. Sie wurden bereits in der Erfolgsrechnung erfasst.
- Sachverhalte, für die ein erhebliches, quantifizierbares Risiko besteht, werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeiten offen gelegt. Es wurden noch keine Aufwände verbucht.

Durch die internen Prozesse ist sichergestellt, dass die Risiken vollständig erfasst werden und in die konsolidierte Berichterstattung einfließen.

Finanzielles Risikomanagement

Das Finanzielle Risikomanagement umfasst die folgenden Komponenten: Preisrisiken, Kreditrisiken und Liquiditätsrisiken. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

Preisrisiken

Preisrisiken umfassen Zinsrisiken, Währungsrisiken und Marktwert Risiken. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwert Risiken können als zweitrangig betrachtet werden.

Zinsrisiken

Das Zinsrisiko des Kantons entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden, die Höhe des Aufwands wird somit von der Entwicklung des Marktzinsniveaus beeinflusst. Bei festverzinslichen Finanzverbindlichkeiten können Änderungen der Zinssätze zu Schwankungen des Fair Value von solchen Finanzverbindlichkeiten führen, was jedoch weder auf das Ergebnis noch auf die zukünftigen Cashflows des Kantons Auswirkungen hat. Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Ergebnis des Kantons:

	Mio. Franken	Auswirkung bei Zinssatzänderung um +/- 0.5 %	Auswirkung bei Zinssatzänderung um +/- 1.0 %
Finanzschulden zu fixen Zinssätzen	4 450	Keine Auswirkung	Keine Auswirkung
Finanzschulden zu variablen Zinssätzen	77	+/- 0,4 Mio. Franken	+/- 0,8 Mio. Franken

Die Zinsrisiken werden mehrheitlich durch das Amt für Tresorerie überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung mit fixen und variablen Zinssätzen geachtet, das Marktzinsniveau laufend überwacht und unverzüglich auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagiert wird. Zur Absicherung von Zinssatzschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente (Zinssatzswaps) eingesetzt (siehe auch Ziffer 47 Absicherungsgeschäfte). Per 31. Dezember 2012 bestehen keine Zinsabsicherungsswaps.

Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Der Kanton sichert sämtliche wesentlichen Fremdwährungsbestände ab. Per 31. Dezember 2012 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

Marktwertrisiken

Die Marktwertrisiken zeigen die Wertschwankungen von Finanzanlagen in der Bilanz auf und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlagen. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2012 setzen sich aus den kurzfristigen verzinslichen Anlagen von 22,8 Mio. Franken (Vorjahr: 18,9 Mio. Franken) sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 105,8 Mio. Franken (Vorjahr: 119,8 Mio. Franken) zusammen.

Durch die Strategie, die verzinslichen Anlagen nicht vor dem jeweiligen Ablaufdatum zu verkaufen, wird das Marktwertisiko auf temporäre Schwankungen reduziert.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte des Kantons, welche die flüssigen Mittel sowie kurzfristige und langfristige Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet mögliche Forderungsausfälle, was einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würde. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen wenn nötig Wertberichtigungen, welche einerseits auf Erfahrungswerten und andererseits auf der bekannten oder erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen.

Das maximale Kreditrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert dieser finanziellen Vermögenswerte und beträgt 7 428 Mio. Franken (Vorjahr: 5 665 Mio. Franken). Per 31. Dezember 2012 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011	Anhang Ziffer
Total Kreditrisiko	7 428	5 665	
Flüssige Mittel	2 337	1 676	18
Forderungen	3 158	2 672	19
Kurzfristige Finanzanlagen Finanzvermögen	228	296	22
Langfristige Finanzanlagen Finanzvermögen	227	145	22
Darlehen Verwaltungsvermögen	1 477	876	29

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden im Wesentlichen zentral durch das Amt für Treasorerie bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos erfolgt über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprüfungen der Gegenparteien. Die Bonität der Gegenparteien wird laufend überwacht und die Höhe der Kreditlimiten entsprechend angepasst.

Die Forderungen umfassen hauptsächlich Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen und Forderungen aus Strassenverkehrsabgaben. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Gläubigern verteilt. Dem Kreditausfallrisiko wird mit spezifischen Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten Rechnung getragen.

Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im vorliegenden Bericht unter Ziffer 30 einzeln aufgeführt. Bei den wesentlichen Positionen werden die Verlustrisiken als gering eingestuft, da sie teilweise durch Passivpositionen abgedeckt oder grundpfandrechtlich abgesichert sind. Die bedeutenden Schuldner weisen eine erstklassige Bonität auf.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht nachkommen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch das Amt für Tresorerie laufend aktiv überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die stete Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten und beträgt -6 245 Mio. Franken (Vorjahr: -5 088 Mio. Franken).

Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011	Anhang Ziffer
Total Liquiditätsrisiko	- 6 245	- 5 088	
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 722	- 1 559	36
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 711	- 54	37
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 812	- 3 475	39

Erläuterungen zu den laufenden Verbindlichkeiten sind unter Ziffer 36 ersichtlich. Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie eine Übersicht der Fälligkeitsstruktur der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind in den Ziffern 37 und 39 erläutert.

Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung

1. Fiskalertrag

Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Fiskalertrag	6 281	6 036	6 471	- 191	- 2.9
Staatssteuern natürliche Personen	4 640	4 394	4 714	- 74	- 1.6
Staatssteuern juristische Personen	1 131	1 142	1 257	- 126	- 10.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	204	200	197	7	3.4
Verkehrsabgaben	303	297	300	2	0.8
Übrige direkte Steuern	3	3	3	0	3.7

Begründung Differenz R 11/12:

Die Abweichungen bei den Staatssteuern natürliche Personen und den Staatssteuern juristische Personen werden in der nachfolgenden Ziffer 2 Staatssteuern begründet. Die Beträge von Ziffer 1 und 2 differieren leicht, weil der Fiskalertrag in Ziffer 1 den Ertrag aus Bussen nicht enthält.

2. Staatssteuern

Grundlage für den periodengerechten Ausweis des Staatssteuerertrages ist § 19 der Rechnungslegungsverordnung (RLV).

Mio. Franken

	§ 19 RLV	Rechnung 2012	Budget 2012	Rechnung 2011	Differenz Abs.	R 11/12 %
Natürliche Personen						
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	3 502	3 468	3 727	- 224	- 6.0
- davon Einkommenssteuern		2 983	2 970	3 208	- 226	- 7.0
- davon Vermögenssteuern		520	498	518	1	0.2
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	651	600	629	23	3.6
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹⁾	Abs. 2 lit.c	158	107	28	129	> 100.0
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²⁾	Abs. 2 lit.d	12	23	13	- 1	- 6.6
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	32	17	39	- 8	- 19.6
Quellensteuern	Abs. 1	246	182	235	11	4.7
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³⁾	Abs. 3	42	-	47	- 5	- 10.7
Total Staatssteuern natürliche Personen		4 644	4 396	4 719	- 75	- 1.6
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge⁴⁾</i>	<i>Abs. 2 lit.b</i>	<i>18.6%</i>	<i>17.3%</i>	<i>17.8%</i>		
Juristische Personen						
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	912	920	884	28	3.2
- davon Gewinnsteuern		769	790	761	9	1.2
- davon Kapitalsteuern		143	130	123	20	16.0
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	213	176	188	25	13.4
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹⁾	Abs. 2 lit.c	- 33	31	173	- 206	> 100.0
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²⁾	Abs. 2 lit.d	25	7	12	13	> 100.0
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	1	9	2	- 0	- 21.3
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen	Abs. 3	13	-	-	13	n.a.
Total Staatssteuern juristische Personen		1 131	1 142	1 258	- 126	- 10.1
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge</i>	<i>Abs. 2 lit.b</i>	<i>23.4%</i>	<i>19.1%</i>	<i>21.3%</i>		
Total natürliche und juristische Personen						
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	4 414	4 388	4 610	- 196	- 4.2
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	865	776	817	48	5.9
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹⁾	Abs. 2 lit.c	124	138	201	- 77	- 38.2
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²⁾	Abs. 2 lit.d	37	30	25	12	49.4
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	33	25	41	- 8	- 19.7
Quellensteuern	Abs. 1	246	182	235	11	4.7
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³⁾	Abs. 3	55	-	47	8	16.6
Total Staatssteuern		5 775	5 538	5 976	- 202	- 3.4

¹⁾ Im Berichtsjahr ist die Steuerperiode 2008 abzurechnen; im Jahr 2011 war die Steuerperiode 2007 abzurechnen (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV).

- ²⁾ Im Berichtsjahr sind die tatsächlichen Nach- und Rückträge für vor 2008 abgerechnete Steuerperioden auszuweisen (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV); Verglichen werden sie mit den im 2011 verbuchten Nach- und Rückträgen für abgerechnete Steuerperioden vor 2007.
- ³⁾ In Anwendung von § 19 Abs. 3 RLV wird im Jahr 2012 – vor der ordentlichen Abrechnungsfrist - eine Korrektur der geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2009 und 2010 vorgenommen. In der Rechnung 2011 sind die geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2008 korrigiert worden.
- ⁴⁾ Der Prozentsatz bei den natürlichen Personen 2012 errechnet sich aus den Nachträgen nach § 19 Abs. 2b RLV im Rechnungsjahr 2012 auf Basis des fakturierten Ertrages für die Steuerperiode.

Begründung Differenz R 11/12:

Staatssteuern natürliche Personen -75 Mio. Franken

- +129 Höhere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode.
- +23 Höhere Nachträge für die laufende Steuerperiode.
- 226 Tieferer fakturierter Ertrag aus Einkommenssteuern für die laufende Steuerperiode, vor allem wegen des Ausgleichs der kalten Progression im 2012 und des Wegfalls eines einmaligen Sonderertrages im Vorjahr.

Staatssteuern juristische Personen -126 Mio. Franken

- +28 Höherer fakturierter Ertrag für die laufende Steuerperiode.
- +25 Höhere Nachträge für die laufende Steuerperiode.
- 206 Tiefere Nach- und höhere Rückträge für die abzurechnende Steuerperiode.

3. Regalien und Konzessionen

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Regalien und Konzessionen	201 025	81 778	373 468	- 172 443	- 46.2
Regalien	2 789	2 590	2 748	42	1.5
Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	117 097	-	292 008	- 174 911	- 59.9
Konzessionen und Patente	3 398	3 188	4 346	- 948	- 21.8
Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, Wetten	77 740	76 000	74 367	3 373	4.5

Begründung Differenz R 11/12:

Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil -174,9 Mio. Franken

- 174,9 Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone und den Bund ist von insgesamt 2,5 Mrd. Franken im 2011 auf eine Milliarde Franken im 2012 zurückgegangen.

4. Entgelte

Fr. 1000	Rechnung 2012	Budget 2012	Rechnung 2011	Differenz R 11/12	
				Abs.	%
Entgelte	2 723 747	2 685 322	2 614 915	108 832	4.2
Ersatzabgaben	–	–	–	–	–
Gebühren für Amtshandlungen	315 242	298 570	341 599	– 26 357	– 7.7
Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	1 105 188	1 129 165	985 262	119 926	12.2
Schul- und Kursgelder	138 985	133 405	132 477	6 509	4.9
Benutzungsgebühren und Dienstleistungen	884 073	867 157	868 352	15 721	1.8
Erlös aus Verkäufen	125 779	114 362	127 155	– 1 376	– 1.1
Rückerstattungen	73 425	51 459	75 315	– 1 889	– 2.5
Bussen	62 120	60 960	61 050	1 070	1.8
Übrige Entgelte	18 935	30 244	23 706	– 4 772	– 20.1

Begründung Differenz R 11/12:

Gebühren für Amtshandlungen -26,4 Mio. Franken

-33,7 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter: Wegfall des Mehrertrags 2011 infolge der Erbschaftssteuerinitiative.

Spital- und Heimtaxen, Kostgelder +119,9 Mio. Franken

+62,6 Universitätsspital Zürich: Mehrertrag u. a. wegen höherer Nachfrage.

+33,0 Kantonsspital Winterthur: Mehrerträge vor allem wegen erhöhter Nachfrage im Zusatzversichertenbereich und Fall-Wachstum im ambulanten und stationären Bereich.

+22,0 Psychiatrische Versorgung: Mehrertrag u. a. wegen neuer Spitalfinanzierung (Versicherer beteiligen sich an den Investitionskosten).

Benützungsgebühren und Dienstleistungen +15,7 Mio. Franken

+9,2 Zürcher Verkehrsverbund: Höhere Erträge infolge von Frequenzzunahmen.

+9,1 Universität Zürich: Höhere Projektbeiträge und Dienstleistungserträge.

5. Verschiedene Erträge

Fr. 1000	Rechnung 2012	Budget 2012	Rechnung 2011	Differenz R 11/12	
				Abs.	%
Verschiedene Erträge	310 297	261 373	294 132	16 165	5.5
Verschiedene betriebliche Erträge	235 445	179 072	220 824	14 620	6.6
Aktivierung Eigenleistungen	9 582	12 322	12 266	– 2 685	– 21.9
Bestandesveränderungen	1 168	–	1 521	– 353	– 23.2
Übrige Erträge	64 103	69 979	59 521	4 582	7.7

Begründung Differenz R 11/12:

Verschiedene betriebliche Erträge +14,6 Mio. Franken

+9,4 Zürcher Verkehrsverbund: Höhere Nebenerträge von Verkehrsunternehmen und Verbundorganisation.

6. Entnahmen aus Fonds

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Entnahme aus Fonds	110 439	191 987	2 557	107 882	> 100.0
Entnahme aus Fonds des FK	109 528	191 987	333	109 195	> 100.0
Entnahme aus Legaten und Stiftungen FK	911	–	2 225	– 1 313	– 59.0
Entnahmen aus Verkehrsfonds (EK-Fonds)	–	–	–	–	–

Begründung Differenz R 11/12:

Entnahme aus Fonds des FK +109,2 Mio. Franken

+87,3 Ausgleichsfonds: Der Ausgleichsfonds wurde mit der Reform des Finanzausgleichs im Berichtsjahr aufgehoben.

+22,0 Lotteriefonds des Kantons Zürich: Da die gewährten Beiträge höher als die eingehenden Erträge waren, musste die Differenz dem Fonds entnommen werden. Im Vorjahr erfolgte eine Fondseinlage in Höhe von 33,4 Mio. Franken.

7. Transferertrag

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Transferertrag	3 432 659	3 339 834	3 022 312	410 347	13.6
Anteile an Erträgen Dritter	805 280	798 226	801 358	3 923	0.5
Entschädigungen von Gemeinwesen	374 581	317 881	318 212	56 369	17.7
Finanz- und Lastenausgleich	747 994	740 670	422 501	325 493	77.0
Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 443 277	1 430 018	1 395 391	47 886	3.4
Bund	855 708	855 545	813 397	42 311	5.2
Kantone und Konkordate	293 208	280 321	276 926	16 282	5.9
Gemeinden und Zweckverbände	268 495	290 940	297 844	– 29 348	– 9.9
Öffentliche Sozialversicherungen	–	–	–	–	–
Öffentliche Unternehmungen	500	330	–	500	n.a.
Private Unternehmungen	24 390	2 514	3 886	20 503	> 100.0
Private Organisationen o. Erwerbszweck	386	19	71	315	> 100.0
Private Haushalte	564	350	3 227	– 2 663	– 82.5
Ausland	26	–	40	– 14	– 35.1
Auflösung passivierte Investitionsbeiträge	59 225	50 358	81 946	– 22 720	– 27.7
Übrige Transfererträge	2 302	2 681	2 905	– 603	– 20.8

Begründung Differenz R 11/12:

Entschädigungen von Gemeinwesen +56,4 Mio. Franken

+44,1 Höhere Rückerstattungen des Bundes ans Sozialamt vor allem für wirtschaftliche Hilfe und Asylaufgaben.

Finanz- und Lastenausgleich +325,5 Mio. Franken

+669,2 Kantonaler Finanzausgleich: Mit Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes auf Beginn 2012 erfolgt die Rapportierung des Kantonalen Finanzausgleiches in der neuen Leistungsgruppe 2216. Die Transfererträge bestehen im Wesentlichen aus der Ressourcenabschöpfung.

-342,0 Ausgleichsfonds: Der Ausgleichsfonds wurde mit der Reform des Finanzausgleichsgesetzes im Berichtsjahr aufgehoben. Die Beiträge finanzstarker Gemeinden im Steuerkraftausgleich entfallen.

Beiträge vom Bund +42,3 Mio. Franken

+16,0 Höhere Beiträge an die Berufsbildung.

+9,5 Höhere Beiträge an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

+6,7 Höhere Beiträge an die Universität Zürich.

+6,2 Höhere Beiträge an die Krankenkassenprämien.

Beiträge von Kantonen und Konkordaten +16,3 Mio. Franken

+4,9 Höhere Beiträge ans Universitätsspital Zürich.

+4,6 Höhere Beiträge an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Beiträge von Gemeinden und Zweckverbänden -29,3 Mio. Franken

+7,2 Höhere Beiträge an den Zürcher Verkehrsverbund.

-22,3 Wegfall der Beiträge an die Somatische Akutversorgung und Rehabilitation.

-17,2 Wegfall der Beiträge ans Universitätsspital Zürich.

Beiträge von privaten Unternehmungen +20,5 Mio. Franken

+17,1 Höhere Beiträge an den Berufsbildungsfonds.

Auflösung passivierter Investitionsbeiträge -22,7 Mio. Franken

-23,0 Tieferer Ertrag im Tiefbauamt.

8. Durchlaufende Beiträge

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Total Ertrag	653 620	627 812	628 099	25 521	4.1
Bund	494 405	477 757	480 888	13 516	2.8
Kantone und Konkordate	157 368	148 795	146 062	11 306	7.7
Gemeinden und Zweckverbände	1 225	750	977	248	25.4
Öffentliche Sozialversicherungen	–	–	–	–	–
Öffentliche Unternehmungen	523	500	139	384	> 100.0
Private Unternehmungen	–	–	– 3	3	100.0
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	68	–	33	35	> 100.0
Private Haushalte	–	–	–	–	–
Ausland	31	10	2	28	> 100.0
Total Aufwand	– 653 620	– 627 812	– 628 148	– 25 472	– 4.1
Bund	– 402	– 250	– 340	– 62	– 18.2
Kantone und Konkordate	– 198	–	– 64	– 135	> 100.0
Gemeinden und Zweckverbände	– 56 506	– 62 084	– 64 639	8 133	12.6
Öffentliche Sozialversicherungen	–	–	–	–	–
Öffentliche Unternehmungen	– 374 798	– 358 653	– 351 126	– 23 672	– 6.7
Private Unternehmungen	– 202 763	– 194 195	– 193 632	– 9 132	– 4.7
Private Organisationen o. Erwerbszweck	– 18 837	– 12 580	– 18 262	– 575	– 3.1
Private Haushalte	– 115	– 50	– 85	– 31	– 36.0
Ausland	–	–	–	–	–

Begründung Differenz R 11/12:

Ertrag Bund +13,5 Mio. Franken

+6,7 Höherer Bundesbeitrag an die Universität Zürich.

Ertrag Kantone und Konkordate +11,3 Mio. Franken

+6,4 Höhere Beiträge an die somatische Akutversorgung und Rehabilitation.

Aufwand Öffentliche Unternehmen -23,7 Mio. Franken

-18,2 Höhere an die Universität und die Fachhochschulen weitergeleitete Beiträge vom Bund und von andern Kantonen.

9. Personalaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Personalaufwand	-4 782 409	-4 663 147	-7 369 401	2 586 991	35.1
Behörden, Kommissionen, Richter/Innen	- 56 985	- 58 225	- 56 041	- 944	- 1.7
Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	-2 515 745	-2 765 299	-2 452 627	- 63 118	- 2.6
Löhne der Lehrkräfte	-1 383 693	-1 116 594	-1 450 905	67 211	4.6
Temporäre Arbeitskräfte	- 16 568	- 9 168	- 15 769	- 799	- 5.1
Zulagen	- 29 972	- 19 907	- 19 091	- 10 882	- 57.0
Arbeitgeberbeiträge	- 681 204	- 531 957	-3 300 474	2 619 270	79.4
Arbeitgeberleistungen	- 55 942	- 27 372	- 33 265	- 22 677	- 68.2
Übriger Personalaufwand	- 42 300	- 134 626	- 41 230	- 1 070	- 2.6

Begründung Differenz R 11/12:

Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal -63,2 Mio. Franken

-28,4 Universitätsspital Zürich

-10,7 Kantonsspital Winterthur

-8,9 Zürcher Fachhochschulen

-4,5 Steueramt

-3,7 Universität Zürich

Löhne der Lehrkräfte +67,2 Mio. Franken

+115,4 Volksschulen: tieferer Lohnaufwand, weil der Kanton ab 2012 nur noch 20% statt vorher 32% der Gehälter der Volksschullehrpersonen übernimmt.

-17,4 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

-12,6 Universität Zürich

-5,4 Berufsbildung

-5,0 Pädagogische Hochschule Zürich

Zulagen -10,9 Mio. Franken

-10,9 Volksschulen: neue Verpflegungszulagen

Arbeitgeberbeiträge +2 619,3 Mio. Franken

+2 617,0 Wegfall der im 2011 erfolgten Bildung von Rückstellungen für die Sanierung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich.

Arbeitgeberleistungen -22,7 Mio. Franken

-26,9 Höhere Rückstellungen für Ruhegehälter von Professorinnen und Professoren, für Mittelschullehrpersonen sowie für Regierungsrätinnen und Regierungsräte wegen Senkung des technischen Zinsfusses und wegen höherer Lebenserwartung.

10. Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	-2 742 026	-2 513 592	-2 693 615	- 48 411	- 1.8
Material- und Warenaufwand	- 523 569	- 610 821	- 507 742	- 15 828	- 3.1
Nicht aktivierbare Anlagen	- 84 300	- 84 428	- 85 692	1 392	1.6
Ver- und Entsorgungen	- 63 593	- 61 666	- 59 108	- 4 485	- 7.6
Dienstleistungen und Honorare	-1 467 583	-1 462 818	-1 426 208	- 41 375	- 2.9
Baulicher Unterhalt (VV)	- 194 592	- 202 022	- 192 707	- 1 885	- 1.0
Unterhalt von Anlagen	- 104 543	- 95 380	- 94 437	- 10 107	- 10.7
Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 162 584	- 167 802	- 156 492	- 6 092	- 3.9
Spesenentschädigungen	- 35 322	- 26 804	- 33 647	- 1 675	- 5.0
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 88 218	- 99 721	- 107 274	19 056	17.8
Verschiedener Betriebsaufwand	- 17 721	297 872	- 30 308	12 586	41.5

Begründung Differenz R 11/12:

Material- und Warenaufwand -15,8 Mio. Franken

-9,0 Universitätsspital Zürich: Mehraufwand für medizinisches Material infolge Leistungszunahme.

-5,1 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation: Mehraufwand an Betriebs- und Verbrauchsmaterial in der Kantonsapotheke.

Dienstleistungen und Honorare -41,4 Mio. Franken

-31,6 Zürcher Verkehrsverbund: Höherer Aufwand für Leistungsentgelte an die Verkehrsunternehmen.

Wertberichtigungen auf Forderungen +19,1 Mio. Franken

+14,8 Geringere Wertberichtigungen auf Steuerforderungen.

11. Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	- 482 421	- 462 796	- 501 069	18 649	3.7
Abschreibungen Sachanlagen VV	- 454 104	- 437 221	- 477 901	23 797	5.0
Planmässige Abschreibungen	- 408 198	- 405 256	- 405 304	- 2 895	- 0.7
Ausserplanmässige Abschreibungen	- 45 905	- 31 965	- 72 597	26 692	36.8
Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 28 317	- 25 575	- 23 168	- 5 148	- 22.2
Planmässige Abschreibungen	- 28 176	- 25 575	- 18 509	- 9 668	- 52.2
Ausserplanmässige Abschreibungen	- 141	-	- 4 660	4 519	97.0

Begründung Differenz R 11/12:

Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen VV +26,7 Mio. Franken

+35,5 Tiefbauamt: Tiefere ausserplanmässige Abschreibungen.

-15,7 Hochschulen: Höhere ausserplanmässige Abschreibungen im Zusammenhang mit Ersatzinvestitionen.

+13,9 Integrierte Psychiatrie Winterthur (IPW) und Psychiatrie Zentrum Rheinau weisen 2012 gegenüber 2011 keine ausserplanmässigen Abschreibungen aus.

-6,2 Psych. Universitätsklinik musste ausserplanmässige Abschreibungen vornehmen.

Ausserplanmässige Abschreibungen Immaterielle Anlagen + 4,5 Mio. Franken

+4,6 Notariate weisen im Gegensatz zum Vorjahr keine ausserplanmässigen Abschreibungen auf immateriellen Anlagen auf.

12. Einlagen in Fonds

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Einlagen in Fonds	- 65 757	- 20 483	- 71 126	5 369	7.5
Einlagen in Fonds des FK	- 20 922	- 3 854	- 51 566	30 644	59.4
Einlagen in Legaten und Stiftungen FK	- 17 183	-	- 3 908	- 13 275	> 100.0
Einlagen in Verkehrsfonds (EK-Fonds)	- 27 451	- 16 629	- 15 652	- 11 799	- 75.4
Einlagen in zweckgebundene Fremdmittel des FK	- 200	-	-	- 200	n.a.

Begründung Differenz R 11/12:

Einlagen in Fonds des FK +30,6 Mio. Franken

- +33,4 Lotteriefonds: Wegfall der vorjährigen Einlage, da die Zahlungen an Private und Dritte sowie die Überträge an Leistungsgruppen im Berichtsjahr die Erträge überstiegen.
- +12,5 Ausgleichsfonds: Wegfall der vorjährigen Einlage, da der Fonds im Berichtsjahr wegen des neuen kantonalen Finanzausgleichs geschlossen wurde.
- 12,8 Berufsbildungsfonds: Hohe Fondseinlage aufgrund der erstmaligen Zahlungen der beitragspflichtigen Betriebe und der noch geringen Auszahlungen an Lehrbetriebe.

13. Transferaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Transferaufwand	-5 213 951	-5 286 442	-4 197 365	-1 016 586	- 24.2
Ertragsanteile an Dritte	- 2 463	- 2 430	- 32 432	29 969	92.4
Entschädigungen an Gemeinwesen	- 91 358	- 86 330	- 89 435	- 1 923	- 2.2
Finanz- und Lastenausgleich	-1 677 848	-1 669 826	-1 053 870	- 623 978	- 59.2
Beiträge an Gemeinwesen und Dritten	-3 209 370	-3 359 196	-2 786 379	- 422 991	- 15.2
Bund	- 29 657	- 30 689	- 29 341	- 315	- 1.1
Kantone und Konkordate	- 56 414	- 42 430	- 52 172	- 4 242	- 8.1
Gemeinden und Zweckverbände	- 682 840	- 656 037	- 770 493	87 654	11.4
Öffentliche Sozialversicherungen	- 485	- 593	- 504	19	3.7
Öffentliche Unternehmungen	- 582 913	- 622 089	- 291 299	- 291 614	> 100.0
Private Unternehmungen	- 174 867	- 171 842	- 30 897	- 143 969	> 100.0
Private Organisationen o. Erwerbszweck	- 948 830	-1 091 409	- 841 505	- 107 325	- 12.8
Private Haushalte	- 733 365	- 744 108	- 770 168	36 803	4.8
Ausland	-	-	-	-	-
Wertberichtigungen Darlehen VV	- 147	- 100	100	- 247	> 100.0
Wertberichtigungen Beteiligungen VV	- 8	-	-	- 8	n.a.
Abschreibungen Investitionsbeiträge	- 232 757	- 168 559	- 235 350	2 592	1.1
Verschiedener Transferaufwand	- 0	-	- 0	- 0	- 20.0

Begründung Differenz R 11/12:

Ertragsanteile an Dritte +30,0 Mio. Franken

+30,0 Fachstelle Kultur: Wegen dem neuen kantonalen Finanzausgleich entfallen die aus dem Ausgleichsfonds finanzierten Ertragsanteile an Dritte.

Finanz- und Lastenausgleich -624,0 Mio. Franken

+59,9 Geringerer Aufwand für interkantonalen Finanzausgleich (vor allem tiefere Zahlung an den Ressourcenausgleich).

-683,8 Mehraufwand für neuen kantonalen Finanzausgleich wegen neuer Ausgleichsgefässe.

Beiträge an Gemeinden und Zweckverbände +87,7 Mio. Franken

+77,0 Wegfall der Beiträge aus der Langzeitversorgung Gesundheitswesen, weil neu die Gemeinden allein für die Pflegefinanzierung zuständig sind.

+28,6 Tiefere Beiträge des Amts für Verkehr, vor allem wegen dem Abschluss der Sanierung Hardbrücke.

+15,3 Tiefere Beiträge an die Volksschulen.

-30,4 Höhere Beiträge des Sozialamts, vor allem für wirtschaftliche Hilfe und Asylaufgaben.

Beiträge an öffentliche Unternehmungen -291,6 Mio. Franken

-285,6 Höhere Beiträge an Spitäler als Folge der KVG Revision und der vollständigen Übernahme der Spitalfinanzierung (neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz).

Beiträge an private Unternehmungen -144,0 Mio. Franken

+10,5 Tiefere Beiträge des Sozialamts.

-100,4 Höhere Beiträge an Spitäler als Folge der KVG Revision und der vollständigen Übernahme der Spitalfinanzierung (neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz).

-52,4 Höhere Beiträge an die psychiatrische Versorgung.

Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck -107,3 Mio. Franken

+38,1 Tiefere Beiträge aus der psychiatrischen Versorgung.

-84,4 Höhere Beiträge aus der somatischen Akutversorgung und Rehabilitation, v. a. wegen der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung.

-40,2 Höhere Beiträge des Lotteriefonds des Kantons Zürich.

-17,5 Höhere Beiträge des Sozialamts.

Beiträge an private Haushalte +36,8 Mio. Franken

+35,9 Tiefere Beiträge an die Krankenkassenprämien.

Abschreibungen Investitionsbeiträge +2,6 Mio. Franken

+58,9 Somatische Akutversorgung: Mit der neuen Spitalfinanzierung wurden die Investitionsbeiträge in Darlehen umgewandelt, somit entfällt die bisherige planmässige Abschreibung.

-60,8 Somatische Akutversorgung: höhere Wertberichtigungen im Anlagevermögen infolge Umwandlung der altrechtlichen Investitionsbeiträge in Darlehen (gesamthaft in 2012: 63,9 Mio. Franken).

14. Finanzertrag (Finanzvermögen)

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Finanzertrag Finanzvermögen	187 782	85 215	195 361	- 7 578	- 3.9
Zinsertrag	54 837	61 854	58 520	- 3 683	- 6.3
Realisierte Gewinne	8 025	131	37 985	- 29 960	- 78.9
Beteiligungsertrag	469	17	218	251	> 100.0
Liegenschaftenertrag	23 332	21 213	20 873	2 460	11.8
Marktwertanpassungen	101 119	2 000	77 765	23 354	30.0

Begründung Differenz R 11/12:

Realisierte Gewinne -30,0 Mio. Franken

-33,4 Strassenfonds: Tiefere realisierte Gewinne aus Verkäufen von Liegenschaften im Finanzvermögen.

Marktwertanpassungen +23,4 Mio. Franken

+98,4 Liegenschaftenerfolg: Marktwertanpassungen infolge periodischer Neubewertung der Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen.

-75,7 Strassenfonds: Wegfall der Aufwertungen im 2011.

15. Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	363 139	340 644	347 824	15 314	4.4
Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen	41 990	35 257	16 288	25 702	> 100.0
Finanzerträge von öffentlichen Unternehmungen	281 330	276 735	285 483	- 4 152	- 1.5
Liegenschaftenertrag	31 067	25 750	31 397	- 331	- 1.1
Erträge von gemieteten Liegenschaften	3 527	2 702	3 687	- 160	- 4.3
Übriger Finanzertrag	5 224	200	10 969	- 5 745	- 52.4

Begründung Differenz R 11/12:

Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen +25,7 Mio. Franken

+20,5 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation: Erträge aus der Rückzahlung von Darlehen, die aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge resultieren.

16. Zinsaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Zinsaufwand	- 138 000	- 148 570	- 138 921	921	0.7
Verzinsung laufende Verbindlichkeiten	- 4	- 94	- 233	229	98.1
Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 18 909	- 1 180	- 1 579	- 17 330	> 100.0
Verzinsung langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 78 056	- 110 260	- 95 813	17 757	18.5
Übrige Passivzinsen	- 41 031	- 37 036	- 41 296	265	0.6

Begründung Differenz R 11/12:

Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten -17,3 Mio. Franken

-17,3 Kapital- und Zinsendienst Staat: Verschiebung von lang- zu kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten führt zu höherem kurzfristigen Zinsaufwand.

Verzinsung langfristige Finanzverbindlichkeiten +17,8 Mio. Franken

+18,0 Kapital- und Zinsendienst Staat: Verschiebung von lang- zu kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten führt zu tieferem langfristigen Zinsaufwand.

17. Anderer Finanzaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
Anderer Finanzaufwand	- 79 511	- 8 654	- 73 693	- 5 818	- 7.9
Realisierte Kursverluste	- 4 697	- 616	- 23 736	19 039	80.2
Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	- 460	- 705	- 456	- 3	- 0.7
Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	- 3 871	- 5 165	- 3 797	- 74	- 1.9
Wertberichtigungen Finanzanlagen d. Finanzvermögens	- 67 743	-	- 43 192	- 24 551	- 56.8
Übriger Finanzaufwand	- 2 740	- 2 168	- 2 512	- 229	- 9.1

Begründung Differenz R 11/12:

Realisierte Kursverluste +19,0 Mio. Franken

+17,6 Strassenfonds: Geringere realisierte Verluste auf Liegenschaften des Finanzvermögens als im Vorjahr.

Wertberichtigungen Finanzanlagen des Finanzvermögens -24,6 Mio. Franken

+31,5 Strassenfonds: Wegfall der Abwertungen im 2011.

-56,3 Liegenschaftenerfolg: Abwertungen von Liegenschaften des Finanzvermögens.

18. Flüssige Mittel

Fr. 1000	per	per	Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	2 337 112	1 676 391	660 721	39.4
Kasse	3 519	3 297	222	6.7
Post	84 245	55 817	28 428	50.9
Bank	1 999 106	917 104	1 082 002	> 100.0
Kurzfristige Geldmarktanlagen (< 90 Tage)	250 000	700 000	- 450 000	- 64.3
Debit- und Kreditkarten	130	95	35	37.2
Übrige flüssige Mittel	111	78	34	43.3

Erläuterungen Differenz R 11/12:

Post: +28,4 Mio. Franken

+28,4 Erhöhte Zahlungseingänge Ende Jahr. Die Abdisponierung durch das Amt für Tresorerie wurde erst im Folgejahr vorgenommen.

Bank: +1 082,0 Mio. Franken

- +1 000,0 Zunahme der Bankguthaben infolge Kapitalaufnahme zur Liquiditätssicherung 2013
- +151,9 Zunahme aufgrund Kautionszahlungen bei zivilrechtlichen Prozessen (das Geld wird bis zum Entscheid treuhänderisch verwaltet)
- 69,9 Abnahme der Bankguthaben infolge tieferer Liquidität.

Kurzfristige Geldmarktanlagen: -450,0 Mio. Franken

- 450,0 Abnahme der kurzfristigen Festgeldanlagen infolge tieferer Liquidität

Die Veränderung der flüssigen Mittel wird zusätzlich in der Geldflussrechnung nachgewiesen.

19. Forderungen

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Forderungen netto	3 158 380	2 671 667	486 713	18.2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter	614 593	605 723	8 871	1.5
Wertberichtigung Forderung aus Lieferungen und Leistungen	- 41 645	- 50 560	8 915	17.6
Kontokorrente mit Dritten	119 076	89 686	29 390	32.8
Kontokorrente mit selbständigen, nicht konsolid. Einheiten	980	2 731	- 1 751	- 64.1
Fiskalforderungen	2 494 294	2 062 118	432 176	21.0
Wertberichtigung Fiskalforderung	- 64 742	- 75 112	10 370	13.8
Anzahlungen an Dritte	1 665	1 015	649	64.0
Transferforderungen	13 468	12 996	472	3.6
Vorschüsse für Verwaltungsausgaben	466	395	71	18.0
Übrige Forderungen	20 226	22 676	- 2 449	- 10.8

Erläuterungen Differenz R 11/12:

Kontokorrente mit Dritten: + 29,4 Mio. Franken

- +17,6 Die Einnahmen aus Billettverkäufen wurden am Jahresende auf dem Kontokorrent SBB belassen. Im Folgejahr werden dann die Abgeltungen an die SBB und die Einnahmenanteile dem Kontokorrent belastet.
- +17,4 Zunahme aufgrund Bildung des Guthabens der Sozialversicherungsanstalt für die individuelle Prämienverbilligung.
- 4,9 Bundesanteil an ASTRA-Projekten, die Ende Jahr noch nicht auf die einzelnen Projekte abgerechnet werden konnten.

Fiskalforderungen: + 432,2 Mio. Franken

- +327,4 Zunahme der Steuerguthaben an direkten Steuern (inkl. Bussen) infolge tieferer Zahlungseingänge.
- +55,0 Korrektur Steuerguthaben Steuerperiode 2009 und 2010 gem. § 19 Abs. 3 RLV, da die vereinnahmten Steuererträge bei den natürlichen sowie juristischen Personen die budgetierten Werte bereits übertrafen haben.
- +48,0 Gegenüber dem Vorjahr höhere zu erwartende Nach- und Rückträge für die aktuelle Steuerperiode.
- +1,8 Zunahme der Forderungen aus Verkehrsabgaben infolge tieferer Zahlungseingänge.

20. Aktive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	654 890	501 761	153 129	30.5
Personalaufwand	383	215	168	77.9
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	17 568	17 554	14	0.1
Fiskalertrag	–	–	–	–
Transfer der Erfolgsrechnung	226 085	210 111	15 974	7.6
Finanzaufwand / Finanzertrag	20 556	23 161	– 2 606	– 11.3
Übriger betrieblicher Ertrag	343 995	180 760	163 235	90.3
Investitionsrechnung	9 118	25 181	– 16 062	– 63.8
Übrige aktive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	37 185	44 779	– 7 594	– 17.0

Erläuterungen Differenz R 11/12:

Transfer der Erfolgsrechnung: Veränderung +16,0 Mio. Franken

- +15,8 Beitragsabgrenzungen beim Kantonalen Sozialamt mit Bund, Kantonen und öffentlichen Unternehmen.
- +12,1 Abgrenzungen für Betriebsbeiträge an Gemeinden im Bereich des Amtes für Jugend- und Berufsberatung.
- 9,6 Auflösung der Abgrenzungen 2011 und Neubildung von Abgrenzungen für die Kantonsanteile am Verrechnungssteuerertrag und am Steuerrückbehalt mit den USA.

Übriger betrieblicher Ertrag: Veränderung +163,2 Mio. Franken

- +169,2 Erhöhung der Ertragsabgrenzung für noch nicht fakturierte Leistungen zulasten Garanten und Patienten beim Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur.
- 4,4 Auflösung von Aktiven Rechnungsabgrenzungen aus dem Jahr 2011 bei der Universität Zürich.

Investitionsrechnung: Veränderung -16,1 Mio. Franken

- +4,7 Bildung von Abgrenzungen im Zusammenhang mit Nationalstrassen.
- 20,3 Auflösung von Aktiven Rechnungsabgrenzung aus dem Jahr 2011.
- 2,5 Auflösung von Abgrenzungen beim Bezirksgericht Bülach.

21. Vorräte und angefangene Arbeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Vorräte und angefangene Arbeiten	65 493	61 778	3 715	6.0
Roh- und Hilfsmaterial	22 329	14 886	7 443	50.0
Wertberichtigungen Roh- und Hilfsmaterial	–	–	–	–
Halb- und Fertigfabrikate	3 929	2 805	1 124	40.1
Wertberichtigungen Halb- und Fertigfabrikate	–	–	–	–
Handelswaren	35 957	41 417	– 5 460	– 13.2
Wertberichtigungen Handelswaren	–	–	–	–
Angefangene Arbeiten	2 998	2 330	668	28.7
Geleistete Anzahlungen	280	340	– 60	– 17.6

Erläuterungen Differenz R 11/12:

Roh- und Hilfsmaterial: +7,4 Mio. Franken

- +3,7 Umgliederung des Salzlagers aus den Handelswaren.
- +3,8 Umgliederung von Treibstoff, Kleidern und Lebensmitteln aus den Handelswaren.
- +0,5 Zunahme des Salzlagers, da im Vergleich zum Vorjahr im Dezember weniger Wintereinsätze notwendig waren.
- 0,6 Diverse Zu- und Abnahmen des Bestands durch ordentlichen Geschäftsgang bei verschiedenen Organisationseinheiten.

Halb- und Fertigfabrikate: +1,1 Mio. Franken

- +0,7 Zunahme der Führerausweisrohlinge beim Strassenverkehrsamt.
- +0,5 Zunahme Holzvorrat im Staatswald.

Handelswaren: -5,5 Mio. Franken

- 3,7 Umgliederung des Salzlagers in Roh- und Hilfsmaterial.
- 3,8 Umgliederung von Treibstoff, Kleidern und Lebensmitteln in Roh- und Hilfsmaterial.
- +0,9 Erhöhung der Lagerbestände bei der Kantonsapothek.
- +0,9 Erhöhung aufgrund von noch nicht ausgeliefertem Zivilschutzmaterial an andere Kantone.
- +0,5 Zunahme der Eigenfabrikate (+0,9 Mio.) und Abnahme der Fremdfabrikate (-0,4 Mio.) beim Lehrmittelverlag. Die Veränderungen liegen im Rahmen des ordentlichen Geschäftsganges.

Angefangene Arbeiten: +0,7 Mio. Franken

- +0,8 Anstieg aufgrund von noch nicht verrechneter Grossaufträge vom Bundesamt für Strassen ASTRA.
- 0,2 Niedrigere Anzahl laufender Projekte gegenüber dem Vorjahr beim Lehrmittelverlag.

Geleistete Anzahlungen: -0,1 Mio. Franken

- 0,1 Verwendung von geleisteten Anzahlungen für den Bezug von SAP-Lizenzen. Im Vorjahr wurden die Anzahlungen um 0,3 Mio. Franken aufgrund von nicht bezogenen SAP-Lizenzen erhöht.

22. Finanzanlagen (Finanzvermögen)

R 2012	Festgelder 90 - 360 Tage	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	Übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanz- anlagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Finanzanlagen per 1.1.	146 200	139 878	9 835	129 428	14 797	1 273	441 411
Zugänge	2 324 200	1 217	375	20 600	4 528	94 028	2 444 947
Abgänge	-2 396 200	- 8 712	- 375	- 24 058	- 104	-	-2 429 449
Verkehrswertanpassungen	-	-	- 60	1 242	- 4 673	279	- 3 212
Umgliederungen	-	-	156	- 179	1 871	22	1 871
Finanzanlagen per 31.12.	74 200	132 382	9 931	127 032	16 419	95 603	455 568
davon kurzfristig	74 200	130 867	-	22 763	-	552	228 381
davon langfristig	-	1 516	9 931	104 270	16 419	95 051	227 187
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	1 200	1 061	4 384	73 579	-	1 051	81 275

Die Finanzanlagen des Finanzvermögens werden zu Anlagezwecken und im Rahmen der Liquiditätsplanung gehalten. Eine besondere Stellung nehmen die zweckgebundenen Finanzanlagen der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein. Sie werden treuhänderisch für diese verwaltet.

Erläuterungen zu den Veränderungen 2012:

Festgelder 90 – 360 Tage: -72,0 Mio. Franken

- 0,0 Nettoabnahme der Festgeldanlagen (Vorjahr: +29,2 Mio. Franken) im Rahmen der Bewirtschaftung der liquiden Mittel.
- 72,0 Nettoabnahme aufgrund der Lärmrechnung.

Darlehen: -7,5 Mio. Franken

- +0,8 Zugang bei der Universität.
- +0,4 Zugang bei verschiedenen Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 8,0 Abgang beim Amt für Tresorerie.
- 0,5 Abgang bei der Universität.
- 0,2 Abgänge bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Beteiligungen: -0,1 Mio. Franken

- +0,4 Zugang beim Amt für Tresorerie.
- 0,4 Abgang beim Amt für Tresorerie.
- 0,1 Verkehrswertanpassungen bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- +0,2 Umgliederungen wegen falscher Zuordnung aus der Spalte „Übrige verzinsliche Anlagen“ bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Übrige verzinsliche Anlagen: -2,4 Mio. Franken

- +0,8 Zugang bei der Zentralbibliothek.
- +19,8 Zugang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 6,9 Abgang bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
- 0,7 Abgang bei der Zentralbibliothek.
- 16,5 Abgang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- +0,5 Verkehrswertanpassung bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
- +0,8 Verkehrswertanpassung bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 0,2 Umgliederungen bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in die Spalte „Beteiligungen“.

Langfristige Forderungen: +1,6 Mio. Franken

- +4,5 Zugang beim Zürcher Verkehrsverbund.
- 0,1 Abgang beim Amt für Jugend- und Berufsberatung.
- 4,5 Verkehrswertanpassung beim Zürcher Verkehrsverbund.
- 0,1 Verkehrswertanpassungen bei den Regressforderungen der Fachstelle für Opferhilfe.
- +0,2 Umgliederungen von Regressforderungen bei der Fachstelle für Opferhilfe.
- +1,7 Umgliederungen beim Obergericht.

Übrige Finanzanlagen: +94,3 Mio. Franken

- +94,0 Zugang der übrigen Finanzanlagen bei der Lärmrechnung.
- +0,3 Verkehrswertanpassungen bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

R 2011	Festgelder 90 - 360 Tage	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	Übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanz- anlagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Finanzanlagen per 1.1.	117 000	137 347	10 009	137 306	8 533	996	411 192
Zugänge	3 321 200	3 065	230	42 226	-	250	3 366 972
Abgänge	-3 292 000	- 397	- 230	- 50 129	- 22	-	-3 342 777
Verkehrswertanpassungen	-	- 30	- 174	849	- 2 969	27	- 2 297
Umgliederungen	-	- 138	-	303	9 312	7	9 484
Finanzanlagen per 31.12.	146 200	139 878	9 835	129 428	14 797	1 273	441 411
davon kurzfristig	146 200	130 598	-	18 857	-	547	296 202
davon langfristig	-	9 280	9 835	110 570	14 797	726	145 209
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	1 200	815	4 288	69 710	-	726	76 740

23. Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)

R 2012	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Fr. 1000				
Stand per 1.1.	700 000	146 200	-	846 200
Zugänge	1 850 000	2 324 200	94 000	4 268 200
Abgänge	-2 300 000	-2 396 200	-	-4 696 200
Stand per 31.12.	250 000	74 200	94 000	418 200
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	1 200	-	1 200

Im Rahmen des Cash-Managements (Zahlungsbereitschaft und kurzfristige Liquiditätsbewirtschaftung) werden Geldmarkt- und Festgeldanlagen mit Dritten abgeschlossen. Die Bonität der Gegenpartei muss im Investment-Grade (AAA bis BBB-) gemäss offiziellem Rating einer internationalen Ratingagentur (Standard & Poor's, Fitch, Moody's) liegen, um das Kreditrisiko zu minimieren (siehe auch Risikocontrolling und Risikomanagement). Fehlt ein solches Rating, kann jenes einer grossen Schweizer Bank (UBS, CS, ZKB) als Grundlage verwendet werden.

R 2011	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Fr. 1000				
Stand per 1.1.	200 000	117 000	-	317 000
Zugänge	1 785 000	1 436 200	-	3 221 200
Abgänge	-1 285 000	-1 407 000	-	-2 692 000
Stand per 31.12.	700 000	146 200	-	846 200
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	1 200	-	1 200

24. Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)

per 31.12.2012 in Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Darlehen Finanzvermögen	131 563 127	772 996	46 230	132 382 353
Verkehrsbetriebe Zürich	130 000 000	-	-	130 000 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000	-	-	475 000
Agazzi, Zürich	81 000	-	-	81 000
Briner, Basserdorf	29 000	-	-	29 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	139 304	531 650	2 500	673 454
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK	50 800	8 200	-	59 000
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	96 615	-	-	96 615
ZFV Unternehmungen Zürich	640 000	-	-	640 000
Studiendarlehen Fonds der PHZH	5 800	28 400	2 500	36 700
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	20 000	63 915	-	83 915
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies	-	13 200	-	13 200
Hilfsfonds für Angehörigen der Kantonspoli- zei	6 000	36 000	29 730	71 730
Fonds für das Personal der Psych. Universi- tätsklinik	25 235	55 431	11 500	92 166
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	54 373	36 200	-	90 573
Wertberichtigungen	- 60 000	-	-	- 60 000

Die ausgewiesenen Fälligkeiten beziehen sich auf die Vereinbarungen zur Kündigung der gewährten Darlehen. Die Wertberichtigungen werden nicht auf den Einzelpositionen geführt.

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012:

- Verminderung der Aktivdarlehen im Finanzvermögen: - 7,5 Mio. Franken
- 8,0 Rückzahlung des Darlehens durch die Abraxas Informatik AG, St. Gallen.
 - +0,3 Weiteres Darlehen an die ZFV Unternehmungen, Zürich.
 - +0,1 Weitere Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK.

per 31.12.2011 in Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Darlehen Finanzvermögen	139 222 480	596 900	58 144	139 877 524
Verkehrsbetriebe Zürich	130 000 000	-	-	130 000 000
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	8 000 000	-	-	8 000 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000	-	-	475 000
Agazzi, Zürich	81 000	-	-	81 000
Briner, Basserdorf	29 000	-	-	29 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	168 069	403 450	2 500	574 019
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK	39 700	27 150	-	66 850
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	94 026	-	-	94 026
ZFV Unternehmungen Zürich	383 085	-	-	383 085
Studiendarlehen Fonds der PHZH	-	25 000	5 000	30 000
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	20 000	85 400	-	105 400
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies	5 100	20 400	-	25 500
Hilfsfonds für Angehörigen der Kantonspoli- zei	6 000	27 000	50 644	83 644
Darlehen Massnahmen und Vollzugszent- rum Urdorf	-	-	-	-
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	8 500	8 500	-	17 000
Wertberichtigungen	- 87 000	-	-	- 87 000

25. Beteiligungsliste (Finanzvermögen)

in Franken	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Total Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nominal
	per 31.12.2012	per 31.12.2011	per 31.12.2012	per 31.12.2011				
Beteiligungen Finanzvermögen	9 931 395	9 835 073						
Zentralwäscherei Zürich AG, Zürich	5 100 000	5 100 000	60.00%	60.00%	8 500 000	1 200 000	NA	43
Hangenmoos AG, Wädenswil	375 000	375 000	8.98%	8.98%	4 175 000	3 750	NA	100
Baugenossenschaft Burgmatte, Zürich	72 200	72 200	12.15%	12.15%	594 000	722	AS	100
Beteiligungen der Ida de Pottère- Stiftung ¹⁾	121 700	106 250	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Alfred Werner Legats ¹⁾	3 405 162	3 286 255	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Dr. Fritz Bek Fonds ¹⁾	664 046	723 885	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Issekutz Fonds ¹⁾	193 287	171 483	-	-	-	-	-	-

NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine

¹⁾ Für Zwecke der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebundenes Finanzvermögen.

Die Buchwerte der Stiftungen entsprechen den am Abschlussstichtag gültigen Aktienkursen.

26. Sachanlagen (Finanzvermögen)

R 2012	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sachan- lagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Buchwert							
Stand per 1.1.	452 054	436 873	49	187	–	–	889 162
Zugänge	659	93 140	4	–	–	–	93 804
Übertragung vom VV	195	69 088	168	–	–	–	69 451
Abgänge	– 25 526	– 14 774	– 171	–	–	–	– 40 471
Übertragungen ins VV	– 574	– 925	–	–	–	–	– 1 499
Verkehrswertanpassungen	17 848	3 574	3	–	–	–	21 424
Umgliederungen	202	– 15	–	– 187	–	–	–
Stand per 31.12.	444 858	586 961	53	–	–	–	1 031 872
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
davon Baurechte	25 468	52 530	–	–	–	–	77 997

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2012:

Grundstücke unbebaut: - 7,2 Mio. Franken

-20,1 Abgänge im Strassenfonds.

-5,3 Abgänge bei Liegenschaften der Baudirektion.

+18,2 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften der Baudirektion aufgrund Neubewertung der Anlageklasse.

-0,4 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften des Strassenfonds aufgrund Neubewertung der Anlageklasse.

Gebäude inkl. Grundstücke bebaut: + 150,1 Mio. Franken

+8,9 Zugänge von Liegenschaften aus Erbfällen (+8,7 Mio. Franken Gewinn aus Verkauf von zwei Liegenschaften; +0,2 Mio. Franken Aufnahme einer weiteren Liegenschaft).

+83,5 Zugänge bei verschiedenen Liegenschaften der Baudirektion.

+69,1 Übertragungen diverser Liegenschaften der Baudirektion vom Verwaltungsvermögen (+39,2 Mio. Franken Übertragung der Personelhäuser der PUK; +10,8 Mio. Franken Übertragungen div. Gebäude am Hirschengraben von der Bildungsdirektion; +9,2 Mio. Franken Übertragung der Gebäude Kantonsschulstr. 4/16 von der Bildungsdirektion).

-3,0 Abgang: Verkauf diverser Liegenschaften im Strassenfonds.

-11,5 Verkäufe von Liegenschaften, die dem Kanton durch Erbfälle in der Vergangenheit zugegangen waren.

+14,1 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften der Baudirektion aufgrund Neubewertung.

-10,5 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften des Strassenfonds aufgrund Neubewertung.

Baurechte: + 21,8 Mio. Franken

-4,8 Abnahme der Baurechte für unbebaute Grundstücke aufgrund Neubewertung der Grundstücke.

+26,6 Zunahme der Baurechte für bebaute Grundstücke aufgrund von Neubewertung der Liegenschaften (+17,3 Mio. Franken) sowie Vergabe von neuen Baurechten in Höhe von 9,3 Mio. Franken.

R 2011	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sachan- lagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Buchwert							
Stand per 1.1.	481 499	392 265	54	-	-	-	873 817
Zugänge	4 073	8 780	-	187	-	-	13 040
Übertragung vom VV	1 089	23 732	45	-	-	-	24 866
Abgänge	- 24 677	- 30 669	- 50	-	-	-	- 55 396
Übertragungen ins VV	- 124	- 12	-	-	-	-	- 135
Verkehrswertanpassungen	18 661	14 309	-	-	-	-	32 970
Umgliederungen	- 28 468	28 468	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.	452 054	436 873	49	187	-	-	889 162
davon Anlagen in Leasing	-	-	-	-	-	-	-
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-
davon Baurechte ¹⁾	30 234	25 929	-	-	-	-	56 163

¹⁾ Die Baurechte waren im Finanzbericht 2011 fälschlicherweise in Mio. Franken in der Tabelle angegeben. Die Werte werden in der Darstellung für 2011 angepasst auf Fr. 1000 dargestellt.

27. Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2012	Grundstücke	Strassen	Wasser- bau	Übrige Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen in Bau	Übrige Sach- anlagen	Total
Fr. 1000									
Anschaffungskosten									
Stand per 1.1.	1 295 794	1 460 181	283 585	6 115	8 994 271	1 522 003	497 715	13 550	14 073 215
Zugänge	1 469	79 078	793	58	89 597	130 641	235 679	94	537 409
Übertragungen vom FV	1 309	1	—	—	189	—	—	—	1 499
Abgänge	— 56	— 19 759	— 466	—	— 73 857	— 110 600	— 5 039	—	— 209 777
Übertragungen ins FV (*)	— 60 908	— 586	—	— 31 755	— 256	—	—	—	— 93 504
Umgliederungen	2	258	13 300	214	265 020	30 649	— 309 443	—	—
Stand per 31.12.	1 237 611	1 519 172	297 212	6 388	9 243 464	1 572 437	418 912	13 645	14 308 841
Kumulierte Abschreibungen									
Stand per 1.1.	— 19 965	— 537 079	— 60 148	— 4 138	— 4 860 191	— 1 041 007	— 244	75	— 6 522 697
Abschreibungen des Jahres	— 1 643	— 38 696	— 3 913	— 218	— 240 617	— 128 113	—	—	— 413 199
Abgänge	—	2 756	467	—	56 375	106 708	1	—	166 307
Übertragungen ins FV (*)	—	— 392	—	—	23 574	87	—	—	24 053
Dauernde Wertminderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wertaufholungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Umgliederungen	—	—	—	—	— 5 236	5 236	—	—	—
Stand per 31.12.	— 21 608	— 572 628	— 63 593	— 4 356	— 5 026 095	— 1 057 088	— 243	75	— 6 745 536
Buchwert per 31.12.	1 216 004	946 545	233 618	2 032	4 217 369	515 349	418 670	13 720	7 563 306
davon Anlagen in Leasing	—	—	—	—	65 616	—	—	—	65 616
davon verpfändete Anlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge	— 169	— 21 702	— 58 911	—	— 515 839	— 61 884	— 23 987	— 4 561	— 687 053
<i>(bilanziert in übrige langfristige Verbindlichkeiten)</i>									
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	60 908	194	—	—	8 181	169	—	—	69 452

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2012:

Grundstücke: -58,2 Mio. Franken

+1,3	Zugänge beim Natur- und Heimatschutzfonds, welche gleichzeitig durch Abschreibungen wertberichtigt wurden.
+0,1	Zugang beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).
+0,7	Zugang durch Übertragung vom Finanzvermögen beim Tiefbauamt.
+0,3	Zugang durch Übertragung vom Finanzvermögen beim Natur- und Heimatschutzfonds.
+0,2	Zugang durch Übertragung vom Finanzvermögen beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt.
-35,3	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich.
-18,8	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen bei den Hochschulen.
-4,3	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur.
-2,3	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).

Kumulierte Abschreibungen Grundstücke: -1,6 Mio. Franken

-1,4	Abschreibungen beim Natur- und Heimatschutzfonds.
-0,2	Abschreibungen beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Strassen: +59,0 Mio. Franken

+79,0	Zugang beim Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.
-19,8	Abgänge im Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.
-0,6	Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen im Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.

Kumulierte Abschreibungen Strassen: -35,5 Mio. Franken

-38,7	Abschreibungen des Jahres auf dem Anlagenbestand aufgrund der festgelegten Nutzungsdauern und ausserplanmässige Wertberichtigungen.
+2,6	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch Abgänge von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.

Wasserbau: +13,6 Mio. Franken

+0,8	Zugang aus Investitionen für Gewässerkorrekturen.
-0,5	Abgänge im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).
+13,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Amt für Wasser, Energie und Luft (AWEL).

Kumulierte Abschreibungen Wasserbau: -3,4 Mio. Franken

-3,9	Abschreibungen des Jahres im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).
+0,5	Wegfall von aufgelaufenen Abschreibungen durch Abgänge bei den Wasserbauten im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).

Übrige Tiefbauten: +0,3 Mio. Franken

+0,1	Zugang beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).
+0,2	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).

Kumulierte Abschreibungen Übrige Tiefbauten: -0,2 Mio. Franken

-0,1 Zugang durch Abschreibungen des Jahres im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).

Hochbauten, Gebäude: +249,2 Mio. Franken

- +39,8 Zugang bei den Hochschulen (Universität und Fachhochschulen).
- +12,6 Zugang bei den Mittel- und Berufsschulen.
- +6,6 Zugang beim Bezirksgericht Bülach.
- +5,6 Zugang beim Kantonsspital Winterthur.
- +4,9 Zugang beim Universitätsspital.
- +3,1 Zugang bei den Gefängnissen.
- +2,6 Zugang beim Immobilienamt.
- +2,5 Zugang beim Sportfonds.
- +1,2 Zugang bei der Kantonspolizei.
- +1,2 Zugang beim Sozialamt.
- +1,2 Zugang bei der Justizdirektion.
- 39,0 Abgang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- 33,3 Abgang bei den Hochschulen.
- 13,4 Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei den Hochschulen.
- 10,9 Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- 7,4 Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur.
- +70,0 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Obergericht.
- +57,9 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Mittelschulen.
- +51,9 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Hochschulen.
- +36,9 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Berufsschulen.
- +9,9 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Bezirksgericht Bülach.
- +5,9 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Mobilien“ und „Anlagen im Bau“ bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- +4,0 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Immobilienamt.
- +1,5 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Tiefbauamt.

Kumulierte Abschreibungen Hochbauten, Gebäude: -165,9 Mio. Franken

- 240,6 Zunahme durch die Abschreibungen des Jahres auf den Beständen.
- +56,3 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Abgänge von Liegenschaften bei der Psychiatrischen Universitätsklinik und den Hochschulen.
- +23,6 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Übertragungen in das Finanzvermögen bei den Hochschulen, Berufsschulen, der Psychiatrischen Universitätsklinik und der Integrierten Psychiatrie Winterthur.
- 5,2 Zunahme durch Umgliederung aus der Rubrik „Mobilien“ bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.

Mobilien: +50,4 Mio. Franken

+41,2	Zugang bei der Universität.
+36,1	Zugang beim Universitätsspital.
+13,5	Zugang beim Kantonsspital Winterthur.
+9,6	Zugang bei der Kantonspolizei.
+8,9	Zugang bei den Fachhochschulen.
+6,8	Zugang beim Tiefbauamt.
+1,3	Zugang beim Obergericht.
+1,3	Zugang bei der Zentralbibliothek.
-69,9	Abgang bei der Universität.
-8,9	Abgang bei der Integrierten Psychiatrie Winterthur.
-7,3	Abgang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
-5,8	Abgang bei den Fachhochschulen
-5,2	Abgang bei der Kantonspolizei.
-4,4	Abgang beim Tiefbauamt.
-2,7	Abgang beim Kantonsspital Winterthur.
-2,0	Abgang beim Universitätsspital Zürich.
-1,3	Abgang bei der Gesundheitsdirektion (Steuerung Gesundheitsversorgung).
-0,1	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei der Beruflichen Vorsorge und Stiftungsaufsicht.
-0,1	Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Steueramt.
+19,0	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Fachhochschulen.
+3,7	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Berufsschulen.
+3,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Obergericht.
+3,3	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Kantonsspital Winterthur.
+3,2	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Mittelschulen.
+1,4	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei der Zentralbibliothek.
+0,9	Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei der Universität.
-5,2	Abgang durch Umgliederung in die Rubrik „Hochbauten, Gebäude“ bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.

Kumulierte Abschreibungen Mobilien: -16,1 Mio. Franken

-128,1	Abschreibungen des Jahres auf dem Bestand.
+106,7	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Abgänge von Mobilien.
+0,1	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Übertragungen in das Finanzvermögen.
+5,2	Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch Umgliederung in die Rubrik „Hochbauten, Gebäude“ bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.

Anlagen im Bau: -78,8 Mio. Franken

+72,9 Zugang bei den durch das Universitätsspital genutzten Liegenschaften.

+77,9 Zugang bei den Hochschulen und der Universität.

+16,5 Zugang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.

+16,1 Zugang beim Immobilienamt.

+13,4 Zugang bei den Mittelschulen.

+9,4 Zugang beim Massnahmenzentrum Uitikon.

+7,2 Zugang beim Amt für Militär und Zivilschutz.

+4,3 Zugang beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).

+3,8 Zugang bei den Liegenschaften des Kantonsspitals Winterthur.

+3,8 Zugang bei der Kantonspolizei.

+2,9 Zugang beim Tiefbauamt.

+1,1 Zugang beim Bezirksgericht Winterthur.

+1,0 Zugang bei den Religionsgemeinschaften.

+1,0 Zugang bei der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof.

Kumulierte Abschreibungen Anlagen im Bau: +0,1 Mio. Franken

+0,1 Verminderung der kumulierten Abschreibungen durch Abgang im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Übrige Sachanlagen: +0,1 Mio. Franken

+0,1 Zugänge im Amt für Landschaft und Natur.

R 2011	Grundstücke	Strassen	Wasserbau Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen in Bau	Übrige Sachanlagen	Total
Anschaffungskosten								
Stand per 1.1.	1 300 747	1 403 026	4 406	8 953 141	1 431 317	393 502	12 722	13 775 208
Zugänge	2 050	113 811	1 367	34 676	145 098	240 343	829	542 210
Übertragungen vom FV	3	112	-	-	-	-	-	114
Abgänge	- 1 150	- 55 400	- 845	- 937	- 63 170	- 354	-	- 121 857
Übertragungen ins FV (*)	- 11 702	- 1 367	-	- 108 028	- 442	-	-	- 121 539
Umgliederungen	5 847	-	341	115 419	9 201	- 135 775	-	- 921
Stand per 31.12.	1 295 794	1 460 181	6 115	8 994 271	1 522 003	497 715	13 550	14 073 215
Kumulierte Abschreibungen								
Stand per 1.1.	- 18 257	- 502 770	- 2 700	- 4 720 175	- 957 437	- 330	75	- 6 258 655
Abschreibungen des Jahres	- 1 708	- 49 887	- 1 438	- 234 610	- 132 002	- 35	-	- 423 600
Abgänge	0	15 248	832	776	48 019	121	-	64 996
Übertragungen ins FV (*)	-	330	-	93 817	368	-	-	94 515
Dauernde Wertminderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	0	-	0
Umgliederungen	-	-	- 0	0	46	- 0	-	46
Stand per 31.12.	- 19 965	- 537 079	- 4 138	- 4 860 191	- 1 041 007	- 244	75	- 6 522 697
Buchwert per 31.12.	1 275 829	923 102	1 977	4 134 080	480 996	497 471	13 626	7 550 519
davon Anlagen in Leasing	-	-	-	28 586	-	-	-	28 586
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge	-	- 22 063	-	- 548 606	- 59 915	- 19 618	- 4 561	- 707 560
<i>(bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')</i>								
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	11 702	1 037	-	14 210	74	-	-	27 024

Fr. 1000

28. Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2012	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immaterielle Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	229 771	–	9 456	37	239 265
Zugänge	11 217	11	10 705	–	21 933
Übertragungen vom FV	–	–	–	–	–
Abgänge	– 24 806	–	– 477	–	– 25 282
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Umgliederungen	2 364	–	– 2 364	–	–
Stand per 31.12.	218 547	11	17 321	37	235 916
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	– 155 607	–	–	– 37	– 155 644
Abschreibungen des Jahres	– 28 048	–	–	–	– 28 048
Abgänge	24 423	–	–	–	24 423
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Dauernde Wertminderung	–	– 11	–	–	– 11
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Umgliederungen	–	–	–	–	–
Stand per 31.12.	– 159 232	– 11	–	– 37	– 159 280
Buchwert per 31.12.	59 315	–	17 321	–	76 636
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–
davon selbsterstellte Anlagen	–	–	2 787	–	2 787
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	– 1 060	–	–	–	– 1 060
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	–	–	–	–	–

Sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr wurden keine Ausgaben für nicht aktivierbare Vorleistungen (Research and Development Expenditure) von selbsterstellten immateriellen Vermögenswerten getätigt.

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2012 (in Mio. Franken):

Software: Veränderung Anschaffungswerte -11,2 Mio. Franken

- +3,8 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich.
- +1,6 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei den Notariaten.
- +1,2 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur.
- +0,7 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Universität Zürich.
- +3,7 Zugänge von diversen Softwareprodukten u.a. bei der Kantonspolizei, Steueramt, Int. Psych. Winterthur.
- 13,7 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software bei der Universität Zürich.
- 5,6 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software bei der Int. Psych. Winterthur.
- 2,7 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software beim Amt für Raumentwicklung.
- 0,9 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software bei der Finanzverwaltung.
- 1,5 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software u.a. in der Baudirektion, Psych. Universitätsklinik, beim Amt für Jugend- und Berufsberatung.

Anlagen in Realisierung: Veränderung Anschaffungswerte +7,9 Mio. Franken

+2,9	Zugang von Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich.
+2,0	Zugang von Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur.
+1,4	Zugang von Softwareprodukten beim Generalsekretariat der Justizdirektion.
+1,2	Zugang von Softwareprodukten bei der Kantonspolizei.
-0,7	Zugang von Softwareprodukten beim Generalsekretariat der Baudirektion.
+0,7	Zugang von Softwareprodukten beim Steueramt.
+1,7	Zugang von Softwareprodukten u.a. bei der Bildungsdirektion, bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und beim Obergericht.
-1,1	Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur.
-0,6	Inbetriebnahme von Softwareprodukten bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
-0,5	Inbetriebnahme von Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich.

Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge: -0,4 Mio. Franken

-0,4 Zuschreibung in 2012

R 2011	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immaterielle Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	196 542	–	25 885	37	222 465
Zugänge	28 564	–	7 453	–	36 018
Übertragungen vom FV	–	–	–	–	–
Abgänge	– 17 435	–	– 2 658	–	– 20 092
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Umgliederungen	22 099	–	– 21 225	–	875
Stand per 31.12.	229 771	–	9 456	37	239 265
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	– 147 303	–	–	– 37	– 147 340
Abschreibungen des Jahres	– 25 762	–	– 2 658	–	– 28 420
Abgänge	17 504	–	2 658	–	20 161
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Dauernde Wertminderung	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Umgliederungen	– 46	–	–	–	– 46
Stand per 31.12.	– 155 607	–	–	– 37	– 155 644
Buchwert per 31.12.	74 164	–	9 456	–	83 620
davon Anlagen in Leasing	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	– 1 413	–	–	–	– 1 413
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	–	–	–	–	–

29. Darlehen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2011	Abs.	%
Stand 1.1.	875 766	910 248	- 34 482	- 3.8
Zugänge	737 421	51 331	686 090	> 100.0
Abgänge	- 138 793	- 86 008	- 52 784	- 61.4
Wertberichtigungen	2 405	195	2 210	> 100.0
Stand 31.12.	1 476 799	875 766	601 033	68.6

Erläuterungen zu den Bewegungen im 2012:

Zugänge +737,4 Mio. Franken

- +714,5 Umwandlung von Investitionsbeiträgen in Darlehen aufgrund der seit 2012 geltenden Spitalfinanzierung.
- +8,8 Umgliederung zweier Darlehen im Verkehrsfonds, die irrtümlich als Investitionsbeiträge geführt wurden.
- +6,5 Gewährung von Wohnbaudarlehen.
- +5,4 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse. Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe.
- +1,0 Darlehen an die Leichtathletik EM 2014 in Zürich durch die Sicherheitsdirektion.
- +0,7 Gewährung und Rückforderung von Ausbildungsdarlehen durch das Amt für Jugend- und Berufsberatung.
- +0,5 Darlehen an die Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet.

Abgänge -138,8 Mio. Franken

- 91,3 Rückzahlung von Darlehen (15,1 Mio. Franken) an die SBB zur Vorfinanzierung der Durchmesserlinie; Umwandlung von vorzeitigen Zahlungen in ordentliche Staatsbeiträge des Kantons Zürich an die Durchmesserlinie (71,1 Mio. Franken) und Tram Zürich West (5,1 Mio. Franken).
- 3,8 Teilrückzahlung der Darlehen an die Forchbahn AG, BDWM Transport AG, Sihltal Zürich Uetliberg Bahn AG, Schweiz. Südostbahn AG und Verkehrsbetriebe Glattal AG.
- 26,8 Einnahmen aus Rückzahlung Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge durch Spitäler und psychiatrische Kliniken ergaben.
- 10,1 Rückzahlungen von gewährten Wohnbaudarlehen.
- 3,2 Entschädigungszahlungen Lärmrechnung Flughafen.
- 0,7 Rückzahlung Darlehen Stiftung Zürcher Blutspendedienst von 0,6 Mio. Franken sowie des Darlehens an die Swiss DRG AG von 0,1 Mio. Franken.
- 1,2 Rückzahlungen von gewährten Ausbildungsdarlehen des Amtes für Jugend- und Berufsberatung.
- 1,0 Teilrückzahlung Darlehen Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen.
- 0,7 Teilrückzahlung Darlehen Zurich International School Wädenswil.

30. Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)

per 31.12.2012	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
<i>in Franken</i>				
Darlehen Verwaltungsvermögen	67 132 386	364 029 719	1 045 636 831	1 476 798 935
Darlehen an Spitäler (Spitalfinanzierung)	55 271 260	180 750 668	451 664 325	687 686 253
Flughafen Zürich AG - Regressforderung	-	-	306 941 379	306 941 379
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	-	-	176 154 339	176 154 339
Schweizerische Bundesbahnen - Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-	134 400 000	-	134 400 000
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	7 532 862	33 579 759	66 045 345	107 157 966
AG Hallenstadion Zürich	-	-	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG - Messe Zürich	-	-	15 000 000	15 000 000
Stiftung Zürcher Kunsthaus	-	10 000 000	-	10 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	691 638	2 396 047	3 178 586	6 266 271
Zürich Intern. School Wädenswil	-	-	4 812 500	4 812 500
Glattalbahn - 3. Etappe Vorfinanzierung	2 671 606	-	-	2 671 606
Leichtathletik EM2014 AG, Zürich	-	1 500 000	-	1 500 000
78 Ausbildungsdarlehen (inkl. Wertberichtigung)	483 148	794 421	160 357	1 437 926
MCH Group AG - Theater 11	-	-	1 000 000	1 000 000
PZB Pro Zürcher Berggebiet	-	-	500 000	500 000
OdA G ZH - Aufbau Schule Z-INA	-	350 000	150 000	500 000
Tram Zürich-West - Vorfinanzierung	413 740	-	-	413 740
SwissDRG AG	68 067	158 823	-	226 890
Aufbau SPICURA - Lehrbetriebsverbund	-	100 000	-	100 000
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	-	-	30 000	30 000
Darlehen an verschiedene private Organisationen	62	-	-	62
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	-	-	3
¹⁾ davon:				
- an öffentliche Unternehmungen	34 580 824	112 416 707	282 269 277	429 266 808
- an private Organisat. ohne Erwerbszweck	16 018 180	53 691 380	135 551 234	205 260 794
- an Gemeinden, Gemeindezweckverbände	4 672 256	14 642 581	33 843 814	53 158 651

Die bedeutendsten Darlehen per 31. Dezember 2012 sind (in Mio. Franken):

687,7	In Darlehen umgewandelte Investitionsbeiträge an Spitäler aufgrund der seit 2012 geltenden Spitalfinanzierung.
306,9	Flughafen Zürich AG als Regressforderung für latente Fluglärmentschädigungsverpflichtungen. Es besteht eine Rückstellung für die Bezahlung der Fluglärmentschädigungen in gleicher Höhe (Vorjahr: 310,2 Mio. Franken).
176,2	Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse. 4,7 Mio. Franken Betriebshilfedarlehen des Kantons 171,5 Mio. Franken Investitionsdarlehen des Bundes Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe (Vorjahr: 170,8 Mio. Franken).
134,4	Darlehen an die SBB zur Vorfinanzierung des Bundesanteils an der Durchmesserlinie (Vorjahr: 220,6 Mio. Franken).
107,2	Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger zur Förderung des Wohnungsbaus (Vorjahr: 110,7 Mio. Franken).

per 31.12.2011	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
<i>in Franken</i>				
Darlehen Verwaltungsvermögen	10 733 597	48 366 694	816 665 228	875 765 519
Flughafen Zürich AG - Regressforderung	-	-	310 168 499	310 168 499
Schweizerische Bundesbahnen - Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-	-	220 600 000	220 600 000
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	-	-	170 774 404	170 774 404
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	8 016 102	33 300 351	69 403 980	110 720 433
AG Hallenstadion Zürich	-	-	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG - Messe Zürich	-	-	15 000 000	15 000 000
Stiftung Zürcher Kunsthaus	-	10 000 000	-	10 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	726 068	2 528 974	3 737 297	6 992 339
Zurich Intern. School Wädenswil	-	-	5 500 000	5 500 000
99 Ausbildungsdarlehen (inkl. Wertberichtigung)	553 294	1 130 479	201 048	1 884 822
Psychiatrisches Pflegeheim Sonnhalde, Grüningen	1 000 000	-	-	1 000 000
MCH Group AG - Theater 11	-	-	1 000 000	1 000 000
Stiftung Zürcher Blutspendedienst	370 000	330 000	-	700 000
Leichtathletik EM 2014 AG, Zürich	-	500 000	-	500 000
OdA G ZH: Aufbau Schule Z-INA	-	250 000	250 000	500 000
SwissDRG AG	68 067	226 890	-	294 957
Aufbau SPICURA - Lehrbetriebsverbund	-	100 000	-	100 000
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	-	-	30 000	30 000
Darlehen an verschiedene private Organisationen	63	-	-	63
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	-	-	3

31. Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2011	Abs.	%
Stand 1.1.	2 523 033	2 521 143	1 890	0.1
Zugänge	14	1 603	- 1 588	- 99.1
Abgänge	- 383	-	- 383	n.a.
Wertberichtigungen	-	287	- 287	-
Stand 31.12.	2 522 664	2 523 033	- 369	- 0.0

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012 (in Mio. Franken):

+0,0	Zugang neue Beteiligung Ofac Genossenschaft, Genf
+0,0	Zugang neue Beteiligung Genossenschaft Tarifverbund Ostwind, St. Gallen
-0,4	Verkauf der Beteiligung TAR Tankanlage Rümmlang AG, Rümmlang
-0,0	Verkauf der Beteiligung Zürcher Pferdezuchtgenossenschaft, Elgg
-0,0	Veränderung diverse Spin-Off Firmen (Universität)

32. Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)

Fr. 1000	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Anschaffungs-wert	Verkehrswert ¹⁾ per 31.12.2012	Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nominal
	per 31.12.2012	per 31.12.2011	per 31.12.2012	per 31.12.2011						
Beteiligungen	2 522 664	2 523 033			2 529 500					
Verwaltungsvermögen										
ZKB Zürcher Kantonalbank, Zürich	1 925 000	1 925 000	100.0%	100.0%	1 925 000	-	1 925 000	-	-	-
Flughafen Zürich AG, Zürich	511 698	511 698	33.3%	33.3%	511 698	865 282	307 019	2 046 793	NA	50
Xpo Holding AG, Baden	67 865	67 865	18.3%	18.3%	67 865	-	370 000	6 786 490	NA	10
EKZ Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Zürich	-	-	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-	-
GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Zürich	-	-	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-	-
MCH Group AG, Basel	7 928	7 928	4.0%	4.0%	3 521	13 080	60 066	240 000	NA	10
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	5 000	5 000	50.0%	50.0%	5 000	-	10 000	5 000	NA	1 000
Schweizerische Rheinsalinen AG, Rheinfelden	1 468	1 468	13.1%	13.1%	1 468	-	11 164	1 468	NA	1 000
SNB Schweizerische Nationalbank, Bern	1 300	1 300	5.2%	5.2%	1 300	5 346	25 000	5 200	NA	500
Technopark Winterthur AG, Winterthur	700	700	6.0%	6.0%	700	-	11 700	7 000	NA	100
ZürichHolz AG, Zürich	429	429	20.2%	20.2%	429	-	2 120	858	NA	500
TAR Tankanlage Rümlang AG, Rümlang ²⁾	-	375	-	11.5%	-	-	-	-	-	-
AG Hallenstadion, Zürich	390	390	6.0%	6.0%	390	1 541	6 500	3 900	NA	100
Kantag Liegenschaften AG, Zürich	300	300	100.0%	100.0%	300	-	300	3 000	NA	100
Diverse Spin-Off Firmen (Universität)	190	187	<10%	<10%	190	-	-	991 179	NA	-
Unitectra AG, Zürich	100	100	50.0%	50.0%	100	-	200	1 000	NA	100
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse, Zürich	100	100	65.0%	65.0%	100	-	154	1 000	AS	100
Limmattalbahnhof AG, Zürich	75	75	75.0%	75.0%	75	-	100	750	NA	100
OBGT Ostschweiz. Bürgerschaftsgenossenschaft, St.Gallen	50	50	1.3%	1.3%	50	-	3 850	500	AS	100
VRSG Verwaltungsrechnungszentrum AG, St.Gallen	50	50	0.8%	0.8%	50	-	6 850	50	NA	1 000
Radio-und Fernsehgenossenschaft, Zürich	10	10	1.2%	1.2%	10	-	833	100	AS	100
Parking Neu-Oerlikon AG, Zürich	4	4	2.1%	2.1%	4	-	200	42	NA	100
SBBG Schweiz. Bäuerliche Bürgerschaftsgenossenschaft, Brugg	3	3	0.6%	0.6%	3	-	486	10	AS	1 000
Genossenschaft Tarifverbund Ostwind, St. Gallen	2	-	4.0%	-	2	-	50	1	AS	2 000
Ofac Genossenschaft, Genf	1	-	0.0%	-	1	-	-	2	AS	500
SAir Group AG in Nachlassstundung, Zürich	0	0	-	-	-	-	-	1	NA	69
Theater am Neumarkt AG, Zürich	0	0	16.0%	16.0%	68	-	420	135	NA	500
Schauspielhaus Zürich AG, Zürich	0	0	13.3%	13.3%	200	370	1 500	400	NA	500
Zoo Zürich AG, Zürich	0	0	12.5%	12.5%	325	683	2 600	6 500	NA	50
Alp Farmer AG, Zürich	-	-	0.0%	0.0%	0	-	850	1	NA	200
Alp Genossenschaft Lägerweide, Schleinikon	-	-	10.9%	10.9%	8	-	73	40	AS	200
Au - Konsortium, Wädenswil	-	-	0.3%	0.3%	5	-	1 500	1	AS	5 000
BDWM Transport AG (BDWM), Bremgarten	-	-	7.9%	7.9%	815	-	10 300	81 480	IA	10
Forchbahn AG (FB), Zürich	-	-	24.6%	24.6%	3 000	-	12 207	6 000	VZ	500
Forchbahn AG (FB), Zürich	-	-	7.0%	7.0%	852	-	-	1 704	IA	500
Genossenschaft Hoch-Etzel, Feusisberg	-	-	0.6%	0.6%	10	-	1 597	20	AS	500
Genossenschaft Lindenbaum - Ausbildung und Wohnen, Pfäffikon	-	-	40.5%	40.5%	30	-	74	300	AS	100
Genossenschaft Prosus, Weinfelden	-	-	0.3%	0.3%	2	-	493	1	AS	1 600
Gleis-Genossenschaft Ristet-Bergermoos, Birmensdorf	-	-	22.1%	22.1%	21	-	95	21	AS	1 000
GVZ Gemüseproduzenten-Verband Kt. Zürich und benachbarter Gebiete	-	-	0.3%	0.3%	0	-	68	2	AS	100
Landi Zola AG, Illnau	-	-	0.0%	0.0%	1	-	4 000	1	NA	1 000
Landwirtsch. Maschinen-genossenschaft Wülflingen und Umgebung, Winterthur	-	-	4.7%	4.7%	1	-	11	5	AS	100
Opernhaus Zürich AG, Zürich	-	-	2.7%	2.7%	180	215	6 578	200	NA	900
Schweizer Bibliotheksdienst, Bern	-	-	15.1%	15.1%	151	-	1 001	1 510	AS	100
Schweizerische Südostbahn AG (SOB), St. Gallen	-	-	3.8%	3.8%	340	-	8 950	340 200	NA	1
Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn (SZU), Zürich	-	-	23.8%	23.8%	2 312	-	9 716	23 123	IA	100
SKYGUIDE AG, Genf	-	-	0.0%	0.0%	13	-	140 000	1 250	NA	10

Fr. 1000	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Anschaffungs- wert	Verkehrs- wert ¹⁾ per 31.12.2012	Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ	Nomi- nal
	per	per	per	per						
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011						
Start Unternehmenszentrum Zürich, Zürich	-	-	5.0%	5.0%	20	-	402	10	AS	2 000
Suisag AG für Dienstleistun- gen in der Schweineprodukti- on, Sempach	-	-	0.0%	0.0%	0	-	600	1	NA	200
TMF Extraktionswerk AG, Kirchberg	-	-	12.3%	12.3%	148	-	1 200	490	NA	300
Tonhalle Gesellschaft Zürich, Zürich	-	-	0.0%	0.0%	0	-	519	1	AS	100
Verkehrsbetriebe Glattal (VBG), Opfikon	-	-	4.3%	4.3%	10	-	230	10	NA	1 000
Verkehrsbetriebe Zürcher Oberland (VZO), Grünigen	-	-	37.8%	37.8%	300	-	793	300	NA	1 000
Zürcher Pferdezuchtgenos- senschaft, Elgg ²⁾	-	-	-	3.2%	-	-	-	-	-	-
Zürichsee- Schiffahrtsgesellschaft (ZSG), Zürich	-	-	22.1%	22.1%	2 433	1 703	11 000	24 330	IA	100

NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien

¹⁾ Angabe des tatsächlichen Wertes (Verkehrswert) erfolgt nur, wenn für die Beteiligung öffentlich notierte Markt-
preise existieren

²⁾ Verkauft in 2012

33. Namhafte Beteiligungen

Zürcher Kantonalbank	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2012	Bilanz per 31.12.2011	
Eckwerte			
Buchwert der Beteiligung	1 925.00	1 925.00	Zweck
Aktien- bzw. Dotationskapital ¹⁾	1 925.00	1 925.00	Rechtsform
Anteil des Kantons	100%	100%	Sitz
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Börsenkotierung
Eigenkapital / Reserven	8 784.00	8 568.00	Rechnungslegung
Anteiliger Eigenkapitalwert	8 784.00	8 568.00	Veräusserungsbeschränkungen
			Risiken / Eventualverpflichtungen
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich

Die Bank hat den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Kanton beizutragen
 Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
 Zürich
 Nein
 Rechnungslegungsvorschriften für Banken
 Kantonalbankgesetz (LS 951.1)
 Staatsgarantie für alle Verbindlichkeiten der ZKB, mit Ausnahme der nachrangigen Verbindlichkeiten und Partizipationskapital

 Oberaufsicht Kantonsrat, Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates

¹⁾ Der gegenwärtig vom Kantonsrat bewilligte Dotationskapital-Rahmen beträgt 2,5 Mrd. Franken, davon sind 1,9 Mrd. Franken ausgeschöpft.

Elektrizitätswerke d. Kt. Zürich	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2012	Bilanz per 31.12.2011	
Eckwerte			
Buchwert der Beteiligung ¹⁾	-	-	Die EKZ versorgen den Kanton wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie; ausgenommen ist das Gebiet der Stadt Zürich
Aktien- bzw. Dotationskapital ¹⁾	-	-	Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Anteil des Kantons	100%	100%	Zürich
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Nein
Eigenkapital / Reserven ²⁾	1 527.05	1 462.57	Swiss GAAP FER
Anteiliger Eigenkapitalwert ²⁾	1 527.05	1 462.57	Ja (EKZ-Gesetz, LS 732.1)
			--
			18,4% Beteiligung an der Axpo Holding AG
			Ernst Stocker und Markus Kägi im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonsrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates

¹⁾ Die max. Höhe des Grundkapitals wurde durch den Kantonsrat auf 120 Mio. Franken festgesetzt. Das Grundkapital ist vollständig zurückgezahlt.

²⁾ Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Konzernabschluss per 30.09.2012.

GVZ Gebäudeversicherung	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2012	Bilanz per 31.12.2011	
Eckwerte			
Buchwert der Beteiligung	-	-	- Zweck
Aktien- bzw. Dotationskapital	-	-	- Rechtsform
Anteil des Kantons	100%	100%	100% Sitz
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	- Börsenkotierung
Eigenkapital / Reserven ¹⁾	1 324.97	1 323.10	Rechnungslegung
Anteiliger Eigenkapitalwert*)	1 324.97	1 323.10	Veräusserungsbeschränkungen Risiken
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich

Die GVZ nimmt Aufgaben der kantonalen Feuerpolizei, der kantonalen Feuerwehr sowie der kantonalen Gebäudeversicherung wahr
Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Zürich
Nein
Schweizerisches Gesetz, namentlich kantonales Gebäudeversicherungsgesetz
Ja (Gebäudeversicherungsgesetz, LS 862.1)

Mario Fehr im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonsrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates / allgemeine Aufsicht Regierungsrat

¹⁾ Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Jahresabschluss per 31.12.2011.

Weitere Informationen können den publizierten Geschäftsberichten der jeweiligen Organisationen entnommen werden.

34. Ausgerichtete Investitionsbeiträge

Übersicht

R. 2012	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozialversicherungen	Öffentl. Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Org. ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	an das Ausland	Altbestand	an Anlagen in Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.		1 118	2 273 733		666 763	112 045	140 196	5 021		4 363 400	687 180	8 249 457
Zugänge			62 255		22 275	16 541	16 416	1 765		- 192	105 985	225 045
Übertragungen vom FV												
Abgänge			- 91 712		- 220 783	- 83 414	- 15 128			- 1 387 393	- 135 140	- 1 933 570
Übertragungen ins FV												
Umgliederungen			7 222		13 816		6 202				- 36 061	- 8 820
Stand per 31.12.		1 118	2 251 499		482 071	45 173	147 686	6 787		2 975 816	621 964	6 532 112
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.		- 219	- 1 299 441		- 132 829	- 18 144	- 26 909	- 5 021		- 3 437 685	- 2	- 4 920 251
Abschreibungen des Jahres		- 56	- 54 617		- 23 161	- 11 796	- 12 067	- 1 765		- 71 778		- 175 240
Abgänge			60 436		87 653	14 715	2 287			981 105		1 146 196
Übertragungen ins FV												
Dauernde Wertminderungen												
Wertaufholungen												
Umgliederungen			10		131						- 10	131
Stand per 31.12.		- 275	- 1 293 612		- 68 207	- 15 225	- 36 689	- 6 787		- 2 528 358	- 12	- 3 949 165
Buchwert per 31.12.		844	957 887		413 864	29 948	110 997			447 457	621 952	2 582 948

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2012 (in Mio. Franken):

Zugänge: +225,0 Mio. Franken

- +114,1 Investitionsbeiträge aus dem Verkehrsfonds an Anlagen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, davon: 89,1 Mio. Franken für die Durchmesserlinie, 12,3 Mio. Franken für die 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn (1. + 2. Etappe), 5,1 Mio. Franken für das Tram Zürich West, 5,0 Mio. Franken für die Limmatalbahn).
- +43,9 Investitionsbeiträge an Bund, Städte und Gemeinden im Bereich Strassen.
- +37,3 Investitionsbeiträge für Gesundheitsbetriebe im Bereich der Langzeitversorgung, der Akutversorgung sowie der Psychiatrischen Versorgung.
- +15,6 Investitionsbeiträge des Kantonalen Sozialamtes, davon: 6,9 Mio. Franken für Stiftung Altried, Erweiterung Projekt Eterna, 1,9 Mio. Franken Stiftung Pigna, Erweiterung Wohnheim Graswinkel.
- +13,2 Investitionsbeiträge im Bereich der Bildung, davon: 10,5 Mio. Franken im Bereich der Volksschulen, 2,1 Mio. Franken im Bereich der Jugend- und Berufsberatung.
- +23,5 Investitionsbeiträge im Bereich Bau, davon: 10,3 Mio. Franken im Bereich des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) für energietechnische Anlagen, Wasserversorgen, Hochwasserschutz, 7,1 Mio. Franken im Bereich Denkmalpflege, 5,6 Mio. Franken im Bereich des Amtes für Landschaft und Natur (ALN).

Abgänge durch Umgliederungen: -8,8 Mio. Franken

- 8,8 Umgliederung zweier Darlehen im Verkehrsfonds, die fälschlicherweise als Investitionsbeiträge erfasst waren.

Zu- und Abgänge durch Umgliederungen aus der Rubrik „Anlagen im Bau“:

- +13,9 Zugänge im Bereich der Langzeitversorgung.
- +5,1 Zugänge im Bereich des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL).
- +4,7 Zugänge im Bereich der Volksschulen.

Abschreibungen des Jahres: -175,2 Mio. Franken

- 71,8 Abschreibungen auf den Altbestand. Dabei handelt es sich um Investitionsbeiträge der Jahre 1982 – 2005, die nicht auf die Kategorien Bund, Gemeinden usw. aufgeteilt werden konnten. Davon betragen die Abschreibungen für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs -28,9 Mio. Franken, die der Volksschulen -8,9 Mio. Franken, die des Amtes für Landschaft und Natur (ALN) -8,9 Mio. Franken und die des Investitionsfonds -7,6 Mio. Franken.
- 103,4 Die übrigen Abschreibungen teilen sich im Wesentlichen wie folgt auf: Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) (-31,5 Mio. Franken), an Städte und Gemeinden im Bereich Finanzierung Strassen (-18,4 Mio. Franken), an Verkehrsbetriebe im öffentlichen Verkehr (-18,4 Mio. Franken), auf Investitionsbeiträge für Gesundheitsbetriebe im Bereich der Langzeitversorgung, der Akutversorgung sowie der psychiatrischen Versorgung (-7,1 Mio. Franken), für Aufgaben der Denkmalpflege (-7,1 Mio. Franken).

Abgänge: Anschaffungswert -1 933,6 Mio. Franken (kumulierte Abschreibung: +1 146,2 Mio. Franken)	
-1 750,8	Abgang im Bereich Akut- und Psychiatrische Versorgung.
+967,4	Im Umfang von 967,4 Mio. Franken werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst. Abgehende Investitionsbeiträge mit einem Restbuchwert von 719,5 Mio. Franken werden aufgrund der neuen Spitalfinanzierung in Darlehen umgewandelt. Investitionsbeiträge mit einem Restbuchwert von 63,9 Mio. Franken konnten nicht in Darlehen umgewandelt werden und wurden erfolgswirksam aufgelöst.
-101,2	Ausbuchung von abgeschriebenem Investitionsbeiträgen des Investitionsfonds.
+101,2	Im gleichen Umfang werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst.
-49,7	Abgänge von Investitionsbeiträgen beim Amt für Abfall, Landschaft, Energie und Luft.
+45,7	Im Umfang von 45,7 Mio. Franken werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst.
-15,4	Ausbuchung von abgeschriebenem Investitionsbeiträgen des Volksschulamtes.
+15,4	Im gleichen Umfang werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst.
-9,8	Ausbuchung von abgeschriebenem Investitionsbeiträgen des Amtes für Landschaft und Natur.
+9,8	Im gleichen Umfang werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst.
-6,8	Ausbuchung von abgeschriebenem Investitionsbeiträgen des Amtes für Raumentwicklung.
+6,8	Im gleichen Umfang werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst.

R 2011	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozial- versicherungen	Öffentl. Unter- nehmungen	Private Unter- nehmungen	Private Org. ohne Erwerbszweck	Private Haushalte	an das Ausland	Altestand	an Anlagen in Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	-	1 118	2 196 178	-	484 692	93 637	116 447	3 444	-	4 589 412	742 505	8 227 434
Zugänge	-	-	50 878	-	29 228	14 668	20 566	1 577	-	- 120	205 132	321 929
Übertragung vom FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	- 74 061	-	-	-	-	- 225 892	-	- 299 953
Übertragungen ins FV	-	-	-	-	-	3 740	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	26 676	-	226 904	-	3 184	-	-	-	- 260 457	46
Stand per 31.12.	-	1 118	2 273 733	-	666 763	112 045	140 196	5 021	-	4 363 400	687 180	8 249 457
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	-	- 163	-1 237 972	-	- 99 060	-10 932	- 18 805	- 3 444	-	-3 543 027	-	-4 913 404
Abschreibungen des Jahres	-	- 56	- 61 471	-	- 36 328	- 7 484	- 8 103	- 1 577	-	- 119 826	- 0	- 234 846
Abgänge	-	-	-	-	2 401	-	-	-	-	225 168	-	227 569
Übertragungen ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dauernde Wertminderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	158	272	-	-	-	-	-	430
Umgliederungen	-	-	2	-	-	-	- 0	-	-	-	- 2	-
Stand per 31.12.	-	- 219	-1 299 441	-	- 132 829	-18 144	- 26 909	- 5 021	-	-3 437 685	- 2	-4 920 251
Buchwert per 31.12.	-	899	974 292	-	533 934	93 902	113 288	-	-	925 715	687 177	3 329 206

35. Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen

Fr. 1000	per	
	31.12.2012	31.12.2011
Investitionsbeiträge (brutto)	225 045	321 929
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	89 100	104 300
Stadt Zürich, Baupauschale	31 861	21 139
4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn, 1.+ 2. Etappe	12 252	2 688
Winterthur, Baupauschale	7 354	6 294
Stiftung Altried, Zürich, Neu-/Umbau u. Erweiterung Eterna	6 875	5 000
Tram Zürich West	5 136	4 050
Limmattalbahn	5 001	–
GerAtrium Umbau u. Erweiterung Haus Ahorn	4 900	–
Stadtspital Triemli Neubau Bettenhaus	–	12 450
Stadtspital Triemli Energie- und Medienversorgung	–	11 200
Investitionsbeträge im Bereich Energie	–	7 039
Kinderspital Ueberbrückungsmassnahmen	–	4 000
Investitionsbeträge an Wasserversorgungsanlagen	–	3 914
STF Winterthur, Umnutzungen und Brandschutzmassnahme Schultrakt	–	1 970
Zürich FlaMa Westtangente Waldegg	–	1 000
KV Zürich: Umbau Hörsäle	–	970
KV Zürich: Ersatz Kälteanlage	–	902
Gärtnermeisterverband Kanton Zürich	–	705
KV Zürich: Brandschutzmassnahmen	–	525
KV Zürich: Unterstation der MSRL	–	79
KV Winterthur: Sicherheitstechn. Anpassungen	–	28
Übrige Investitionsbeiträge	62 566	133 676

36. Laufende Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Laufende Verbindlichkeiten	-1 722 017	-1 558 614	- 163 402	- 10.5
davon verzinslich	- 758	- 1 218	460	37.8
Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 532 286	- 588 076	55 790	9.5
Kontokorrente mit Dritten	- 379 427	- 311 783	- 67 643	- 21.7
Kontokorrente mit selbständ., nicht konsolidierten Einheiten	- 10 252	- 10 189	- 63	- 0.6
Fiscalverbindlichkeiten	–	–	–	–
Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 284 745	- 273 333	- 11 412	- 4.2
Transferverbindlichkeiten	- 39 395	- 90 907	51 511	56.7
Depotgelder und Kautionen	- 266 849	- 121 150	- 145 699	> 100.0
Übrige laufende Verbindlichkeiten	- 209 063	- 163 176	- 45 887	- 28.1

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012:

Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter: +55,8 Mio. Franken

+55,8 Abnahme der offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit.

Kontokorrent mit Dritten: -67,6 Mio. Franken

- 58,1 Höhere Verbindlichkeiten im Bereich Quellensteuer (Kantonales Steueramt -54,9 Mio. Franken/ Personalamt -3,2 Mio. Franken).
- 5,8 Höhere Kontokorrent-Verbindlichkeit gegenüber der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Bern.
- 1,8 Ersatzbeiträge für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG).

Transferverbindlichkeiten: +51,5 Mio. Franken

- +54,3 Die Abgrenzungen bei den Staatsbeiträgen des Volksschulamtes an Sonderschulen, Sonderschulheime, das Zentrum für Gehör und Sprache sowie Gemeinden für „Durchgangszentren Asylsuchende“ werden neu unter den passiven Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen.
- 2,8 Zunahme der Gemeindebeiträge an die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Depotgelder und Kauttionen: -145,7 Mio. Franken

- 142,9 Zunahme der Kauttionen bei zivilrechtlichen Prozessen. Die Gelder werden bis zum Entscheid treuhänderisch verwaltet.
- 1,9 Zunahme der Kauttionen als Sicherheiten für den Personalverleih im Amt für Wirtschaft und Arbeit.

Übrige laufende Verbindlichkeiten: -45,9 Mio. Franken

- 14,7 Höhere Repartitionsschulden an andere Kantone (kantonaler Anteil an der Bundessteuer).
- 13,9 Zunahme der ausstehenden Rückerstattungen des Zürcher Verkehrsverbundes an Gemeinden.
- 8,5 Zunahme Guthaben Dritter aus Konkursfällen. Vermögen von laufenden Konkursfällen werden treuhänderisch verwaltet.
- 3,8 Zunahme der von der EU erhaltenen, noch nicht weiterverteilten Mittel für Forschungsprojekte, die durch die Universität Zürich koordiniert werden.

37. Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 710 859	- 54 157	- 656 702	> 100.0
Gegenüber Finanzintermediären	-	-	-	-
Gegenüber selbständigen Einheiten	-	-	-	-
Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten	- 699 950	- 50 000	- 649 950	> 100.0
Kurzfristiger Anteil langfristiger Leasingverbindlichkeiten	- 5 571	- 4 157	- 1 414	- 34.0
Derivate Finanzinstrumente	-	-	-	-
Übrige kurzfrist. Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten	- 5 338	-	- 5 338	n.a.

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012:

Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten: -650,0 Mio. Franken

- +50,0 Rückzahlung Darlehen Graubündner Kantonalbank.
- 100,0 Umgliederung kurzfristiger Anteil Darlehen Postfinance (Rückzahlung im Geschäftsjahr 2013)
- 499,9 Umgliederung kurzfristiger Anteil Anleihen (Rückzahlung im Geschäftsjahr 2013)
- 100,0 Umgliederung kurzfristiger Anteil Kassascheine (Rückzahlung im Geschäftsjahr 2013).

Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten: -5,3 Mio. Franken

-4,9 Im 2013 fällige Nachzahlung Ressourcenausgleich aufgrund Fehlerkorrektur des Alphafaktors 2012.

-0,4 Erhaltene Drittmittelbeiträge für Projekte der Bildungsplanung, welche noch nicht ausgeschöpft wurden.

38. Passive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Passive Rechnungsabgrenzungen	-1 999 379	-1 922 604	- 76 775	- 4.0
Personalaufwand	- 16 067	- 15 847	- 220	- 1.4
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	- 30 175	- 31 763	1 589	5.0
Fiskalertrag	- 294 996	- 290 305	- 4 691	- 1.6
Transferertrag der Erfolgsrechnung	- 776 784	- 690 780	- 86 004	- 12.5
Finanzaufwand/ Finanzertrag	- 69 769	- 69 216	- 552	- 0.8
Übriger betrieblicher Ertrag	- 258 556	- 245 749	- 12 807	- 5.2
Investitionsrechnung	- 63 588	- 124 739	61 151	49.0
Übrige passive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	- 489 443	- 454 204	- 35 240	- 7.8

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012:

Transferertrag der Erfolgsrechnung: Veränderung -86,0 Mio. Franken

-54,3 Die Abgrenzungen bei den Staatsbeiträgen des Volksschulamtes an Sonderschulen, Sonderschulheimen, Zentrum für Gehör- und Sprache sowie Gemeinden für „Durchgangszentren Asylsuchende“ werden neu unter den passiven Rechnungsabgrenzungen geführt.

-35,3 Bildung von Abgrenzungen für die Prämienübernahme im Bereich Krankenkassenbeiträge.

Investitionsrechnung: Veränderung +61.2 Mio. Franken

+24,2 Auflösung von Abgrenzungen für Investitionsbeiträge im Bereich der Akutspitäler.

+21,3 Auflösung von Abgrenzungen im Bereich des Obergerichtes.

+9,1 Auflösung von Abgrenzungen für Investitionen im Bereich der Liegenschaften der Berufsschulen.

+8,8 Auflösung von Abgrenzungen für Investitionen im Bereich Langzeitversorgung.

Übrige passive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung: Veränderung -35,2 Mio. Franken

-27,1 Höhere Bildung von Abgrenzungen im Bereich Drittmittel bei der Universität Zürich.

-14,3 Bildung von Abgrenzungen für nicht verbuchte Lieferungen und Leistungen sowie für Arzthonorare.

+7,7 Bildung von Abgrenzungen für verschiedene Bauvorhaben im Tiefbauamt.

39. Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Übersicht und Fälligkeiten

per 31.12.2012	Fälligkeit	Fälligkeit	Buchwert
Fr. 1000	2 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2 203 978	-1 607 970	-3 811 947
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	-	- 399 700	- 399 700
Staatsanleihen	-1 988 833	- 989 653	-2 978 486
Darlehen	- 200 000	- 171 918	- 371 918
Leasingverbindlichkeiten	- 15 145	- 46 698	- 61 843

Am 31. Dezember des Berichtsjahres beträgt der gewichtete tatsächliche Zinssatz der Kassascheine, Staatsanleihen und Darlehen 2,222% (Vorjahr: 2,868%).

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr weisen die Verbindlichkeiten aus Kassascheinen, Staatsanleihen und Darlehen auf. Diese sind gesamthaft um 300,3 Mio. Franken gestiegen. Die Veränderungen lassen sich wie folgt erklären:

Erläuterungen zu den Veränderungen 2012 (in Mio. Franken):

- +700,0 Verschiebung in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten; davon 100,0 Mio. Franken Kassascheine, 500,0 Mio. Franken Staatsanleihen, 100,0 Mio. Franken Darlehen (Rückzahlung im Geschäftsjahr 2013)
- 1 000,0 Neuaufnahmen von Staatsanleihen zwecks Liquiditätssicherung.

Die Veränderung der Leasingverbindlichkeiten wird unter Ziffer 40 Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing beschrieben.

per 31.12.2011 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2 200 487	-1 274 949	-3 475 436
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	- 100 019	- 399 664	- 499 683
Staatsanleihen	-1 990 276	- 493 765	-2 484 041
Darlehen	- 100 000	- 366 038	- 466 038
Leasingverbindlichkeiten	- 10 192	- 15 482	- 25 674

40. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Fr. 1000	Nominal		Diskont		Barwert	
	per 31.12.2012	per 31.12.2011	per 31.12.2012	per 31.12.2011	per 31.12.2012	per 31.12.2011
Total Finanzierungsleasing	- 94 931	- 37 818	- 27 518	- 7 988	- 67 414	- 29 831
Fälligkeit < 1 Jahr	- 8 767	- 5 277	- 3 196	- 1 119	- 5 571	- 4 157
Fälligkeit 2 - 5 Jahre	- 24 336	- 13 318	- 9 191	- 3 126	- 15 145	- 10 192
Fälligkeit > 5 Jahre	- 61 828	- 19 224	- 15 131	- 3 742	- 46 698	- 15 482

Die Tabelle zeigt die Fälligkeitsstruktur der Leasingverbindlichkeiten per Stichtag bis zum Ablauf der zugrunde liegenden Geschäfte. Die diskontierte und bilanzierte Restschuld (Barwert) beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf 67,4 Mio. Franken (Vorjahr: 29,8 Mio. Franken) und setzt sich aus 18 Leasingobjekten zusammen (Vorjahr: 20 Leasingobjekte). Ende 2012 betragen die künftigen Annuitätzahlungen (Nominal) für Amortisationen und Zinsen 94,9 Mio. Franken (Vorjahr: 37,8 Mio. Franken).

Begründung Differenz R 11/12:

Barwert: -37,6 Mio. Franken

- 41,8 Zwei im Berichtsjahr neu in Nutzung gegangene Objekte (Vorjahr: ein neues Objekt über 0,6 Mio. Franken).
- +4,2 Durch Verkürzung der Restlaufdauer der bestehenden Leasingverträge (Vorjahr: 4,3 Mio. Franken).

Bei den identifizierten Leasinggeschäften handelt es sich mehrheitlich um Mieterausbauten, die vom Vermieter vorfinanziert wurden.

Die Leasingverbindlichkeiten werden in der Bilanz unter den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeit < 1 Jahr) resp. den langfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeiten > 1 Jahr) geführt.

41. Übrige langfristige Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 720 346	- 740 339	19 994	2.7
Passivierte Investitionsbeiträge	- 705 476	- 709 990	4 514	0.6
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 14 870	- 30 350	15 479	51.0

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012 (in Mio. Franken):

- +4,5 Abnahme der passivierten Investitionsbeiträge, weil die vom Bund und anderen Subventionsgebern erhaltenen Investitionsbeiträge niedriger waren als deren Amortisation.
- +15,5 Abnahme der übrigen langfristigen Verbindlichkeiten des ZVV sowie beim Immobilienamt.

42. Rückstellungen

R 2012	Mehrleistungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne personal- rechtliche Prozesse)	Nicht versicherte Schäden	Bürgschaften und Garantie- leistungen	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorge- verpflich- tungen	Finanz- aufwand	Aus erbrachten Investitions- leistungen	Übrige Rück- stellungen	Total
Fr., 1000											
Stand per 1.1	- 136 108	- 103 859	- 32 723	- 9 543	- 310 168	- 22 920	- 3 034 472	-	-	- 272 296	-3 922 090
Bildungen/ Erhö- hungen	- 21 370	- 44 506	- 1 384	- 1 619	-	- 19 005	- 62 804	-	-	- 69 430	- 220 118
Verwendungen	18 999	9 186	106	279	3 227	-	59 418	-	-	57 621	148 835
Auflösungen	614	4 975	1 149	-	-	-	982	-	-	16 503	24 222
Umbuchungen	- 14 420	14 534	-	-	-	-	140 099	-	-	- 140 000	213
Stand per 31.12.	- 152 285	- 119 670	- 32 852	- 10 883	- 306 941	- 41 925	- 2 896 778	-	-	- 407 602	-3 968 937
davon kurzfristig	- 152 285	- 28 555	- 1 874	- 660	-	- 16 329	- 2 156 381	-	-	- 105 783	- 2 461 867
davon langfristig	-	- 91 114	- 30 978	- 10 223	- 306 941	- 25 596	- 740 397	-	-	- 301 820	- 1 507 069

Wesentliche Rückstellungen per 31. Dezember 2012:

Mio. Franken	Rechnung 2012	Rechnung 2011
Einmaleinlage: Sanierung der BVK	- 2 000.0	- 2 000.0
Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK (konsolidierte Einheiten)	- 477.0	- 617.0
Rückstellungen für latente Fluglärmverbindlichkeiten	- 306.9	- 310.2
Vorsorgeverpflichtungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich ¹⁾	- 247.7	- 238.8
Rückstellungen für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen	- 140.0	-
Sanierung Sondermülldeponie Kölliken	- 113.4	- 145.4
Staatsanteil für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter ¹⁾	- 59.9	- 60.4
Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Personalvorsorgekasse der Stadt Zürich	- 36.4	- 41.6
Vorsorgevereinbarungen für Professoren/-innen der Universität Zürich	- 35.5	- 36.3
Sanierung Schiessanlagen	- 33.9	- 30.0
Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern	- 35.0	- 36.0
Teuerungszulagen auf Hinterbliebenenrenten an die WWPK ²⁾	- 20.8	- 20.8
Leistungen für Gemeinden im Übergangsausgleich infolge der BVK-Sanierung	- 16.3	-
Ungedeckte Kosten Forschung und Lehre bei Festsetzung Normabzug durch Bundesverwaltungsgericht	- 16.0	-
Rückstellungen für Sonderabschreibungen an den Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen	- 14.9	- 13.4
Übrige Rückstellungen für Abfindungen, gesprochene Rückstellungen für Forschung und Lehre	- 14.8	- 14.1

¹⁾ diskontiert mit 3.25% (Vorjahr: 4.0%)

²⁾ Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich, Genossenschaft

Wesentliche Bewegungen im 2012 (in Mio. Franken):

Bildungen / Erhöhungen von Rückstellungen: -220,1 Mio. Franken

- 44,5 Erhöhung von Rückstellung für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehhaltsordnung für Professorinnen und Professoren und für den Staatsanteil an Rentenleistungen für Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsrätinnen und -räte sowie Richterinnen und Richter (Vorjahr: 17,5 Mio. Franken), u.a. aufgrund der geänderter Rechnungsgrundlagen VZ 2010 (Vorjahr: VZ 2005) und der Reduktion des technischen Zinssatzes.
- 16,7 Bildung von Rückstellungen für Überzeitentschädigungen an Oberärzte für die Jahre 2007 bis 2011 (Vorjahr: keine).
- 16,3 Bildung von Rückstellungen für Leistungen für Gemeinden im Übergangsausgleich infolge der BKV-Sanierung (Vorjahr: keine).
- 16,0 Bildung von Rückstellungen für ungedeckte Kosten der Forschung und Lehre bei Festsetzung des Normabzugs durch das Bundesverwaltungsgericht (Vorjahr: keine).
- 7,8 Bildung von Rückstellungen für Lohnnachzahlungen aufgrund der Änderung der Lehrpersonalverordnung vom 16. Februar 2011 (Vorjahr: keine).

Verwendungen: +148,8 Mio. Franken

- +36,0 Auszahlungen von Ruhegehältern für Professorinnen und Professoren und für den Staatsanteil an Rentenleistungen für Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsrätinnen und –räte sowie Richterinnen und Richter (Vorjahr: 36,6 Mio. Franken).
- +32,0 Verwendung (Auszahlungen) Rückstellung Sondermülldeponie Kölliken (Vorjahr: 13,9 Mio. Franken).
- +6,7 Verwendung für den Einkauf in die BVK für Professoren und Professorinnen aufgrund neuer Professuren (Vorjahr: 6,4 Mio. Franken).
- +5,2 Tilgung der Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Pensionskasse der Stadt Zürich (Vorjahr: 5,2 Mio. Franken).
- +5,0 Verwendung der bestehenden Rückstellung für Verlustscheine aus nicht bezahlten Krankenkassenprämien (Vorjahr: keine).
- +3,2 Reduktion der Rückstellung für latente Fluglärmverbindlichkeiten um die im Jahr 2012 geleisteten Entschädigungszahlungen (Vorjahr: 1,8 Mio. Franken).

Umbuchungen: +0,0 Mio. Franken

- +140,0 Umgliederung der BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen aus der Rubrik „Vorsorgeverpflichtung“
- 140,0 in die Rubrik „Übrige Rückstellungen“.

Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien:

- Mehrleistungen des Personals Ferien-, Überzeit und Gleitzeitguthaben sowie Guthaben aus nicht bezogenen Dienstaltesgeschenken der Mitarbeiter werden per Stichtag zurückgestellt. Die Bewertung erfolgt in der Regel zu einem festgelegten durchschnittlichen Stundensatz, aufgeteilt nach Verwaltungs- und Lehrpersonal. Für anwartschaftliche Dienstaltesgeschenke werden keine Rückstellungen gebildet.
Der Zeitpunkt des Mittelabflusses ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht näher bestimmt werden. Ein Teil der Rückstellung wird durch die Kompensation von Zeitguthaben verwendet, die keinen Mittelabfluss bewirkt. Die Unsicherheit bezüglich Betragshöhe ist durch die oben beschriebene Bewertung gering.
- Andere Ansprüche des Personals Die Kategorie beinhaltet Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche und Prozessrisiken sowie die Verbindlichkeiten für Lebensarbeitszeitmodelle sowie Stundenkontokorrente im Bildungsbereich. Letztere gelten als überjährig. Sie werden deshalb als langfristige Rückstellung unter dieser Kategorie ausgewiesen.
Der Zeitpunkt des Mittelabflusses bei personalrechtlichen Ansprüchen und Prozessrisiken ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht näher bestimmt werden. Die Betragshöhe stellt die bestmögliche Schätzung dar, hängt jedoch zum Teil von Gerichtsentscheiden ab und kann deshalb Änderungen erfahren. Für die Verbindlichkeiten aus Lebensarbeitszeitmodellen und Stundenkontokorrenten im Bildungsbereich sind die Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe gering.
- Prozesse (ohne personalrechtliche) Für Prozessrisiken werden Rückstellungen gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit eines für den Kanton negativen Prozessausganges bei > 50% liegt. Um nachteilige Auswirkungen auf den Prozessverlauf zu vermeiden, wird auf eine detaillierte Offenlegung verzichtet.
Der Zeitpunkt des Mittelabflusses wird zwischen 2013 und 2014 erwartet. Die Betragsunsicherheit ist gering.
- Nicht versicherte Schäden Für nicht versicherte Schadenfälle oder für den Anteil eines Schadenfalles, der den versicherten Betrag übersteigt, werden Rückstellungen gebildet.

Bürgschaften und Garantieleistungen	<p>Staatsgarantien und Bürgschaften, für die ein Mittelabfluss bekannt oder wahrscheinlich ist, werden zurückgestellt.</p> <p>Der Mittelabfluss der Fluglärmerschädigungen erfolgt nach abschliessenden Gerichtsentscheiden. Der Abschluss aller Verfahren wird bis im Jahr 2020 erwartet. Die Betragshöhe kann aufgrund von künftigen Gerichtsentscheiden Veränderungen unterliegen.</p>
Übrige betriebliche Tätigkeiten	<p>Die Bildung von Rückstellungen für betriebliche Tätigkeit richtet sich konsequent nach den Passivierungskriterien aus. Für nicht kostendeckende Verwaltungstätigkeiten oder künftige operative Tätigkeiten werden keine Rückstellungen gebildet.</p> <p>Der Mittelabfluss der Leistungen im Übergangsausgleich infolge der BVK-Sanierung von 16,3 Mio. Franken wird im 2013 stattfinden.</p> <p>Der Mittelabfluss einer wesentlichen Rückstellung für den Rückbau von Mietereinbauten wird im Zeitraum von 2017 bis 2018 erwartet. Er ist abhängig vom Fortschritt eines Neubauprojektes.</p> <p>Die restlichen Rückstellungen in dieser Kategorie weisen grosse Unterschiede bezüglich Zeitpunkt des Mittelabflusses sowie hohe Unsicherheiten in Bezug auf die Betragshöhe auf.</p>
Vorsorgeverpflichtungen	<p>Die Position umfasst im Wesentlichen die Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16 sowie die Rückstellungen für Überbrückungszuschüsse. Des Weiteren sind die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons aus der Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren sowie der Staatsanteil an Rentenleistungen für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter enthalten.</p> <p>Der Mittelabfluss in dieser Kategorie wird im Wesentlichen durch folgende Rückstellungen beeinflusst: Die Einmaleinlage in die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich von 2 000 Mio. Franken wird im Geschäftsjahr 2013 fällig. Die arbeitgeberseitigen Sanierungsbeiträge von 477,0 Mio. Franken verteilen sich wahrscheinlich gleichmässig über sieben Jahre. Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe zum Zeitpunkt des Mittelabflusses sind durch die Entwicklung des Deckungsgrads der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich gegeben.</p> <p>Bei den übrigen Vorsorgeverpflichtungen wird der Zeitpunkt des Mittelabflusses durch den effektiven Pensionierungszeitpunkt und die effektive Lebensdauer der versicherten Personen beeinflusst. Veränderungen in der Altersstruktur, der Lebenserwartung sowie dem Diskontierungssatz können zu einer Veränderung der Betragshöhe der bereits bestehenden Rückstellungen führen.</p>
Übrige Rückstellungen	<p>Kategorie für diverse Positionen wie Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern, Sanierung von Altlasten, Krankenkassen-Prämienverbilligungen etc.</p> <p>Der Mittelabfluss in dieser Rubrik wird für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken mehrheitlich bis 2016 erfolgen, wobei sich der Mittelabfluss durch Rückbau und Nachsorge noch weitere 10 Jahre hinausziehen wird. Der Zeitraum der Nachsorge ist mit grösseren Unsicherheiten behaftet.</p> <p>Für die Sanierung von Schiessanlagen wird der Mittelabfluss bis ins Jahr 2030 erwartet. Beim Betrag und Zeitpunkt des Mittelabflusses wird mit einer Unsicherheit von ca. 20% gerechnet.</p> <p>Die Rückstellung für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtignte Institutionen von 140,0 Mio. Franken verteilen sich wahrscheinlich gleichmässig über sieben Jahre. Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe zum Zeitpunkt des Mittelabflusses sind durch die Entwicklung des Deckungsgrads der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich gegeben.</p>

43. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2012	Anfangsbestand per 1.1.	Einlagen	Entnahmen	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte, noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Beitragszu- sicherungen
Fr. 1000						
Fonds Fremdkapital	- 563 222	- 20 765	109 352	- 474 636	30 112	117 116
Ausgleichsfonds	- 87 348	-	87 348	-	-	-
Sportfonds	- 91 819	- 2 052	-	- 93 871	30 112	26 236
Fonds z. Bekämpfung d. Alkoholismus & d. Lotteriespielsucht	- 6 734	- 341	-	- 7 076	-	-
Lotteriefonds	- 330 457	-	22 004	- 308 453	-	85 356
Berufsbildungsfonds	94	- 12 782	-	- 12 689	-	-
Deponiefonds	- 18 907	- 4 748	-	- 23 655	-	-
Kantonaler Waldfonds	- 847	- 25	-	- 873	-	-
Denkmalpflegefonds	- 27 204	- 816	-	- 28 020	-	5 525

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012 (in Mio. Franken):

- 12,8 Einlage in den 2011 begründeten Berufsbildungsfonds, weil die abzuliefernden Beiträge von Unternehmen die Beitragsleistungen überstiegen.
- 4,7 Einlagen in den Deponiefonds, weil die von Deponiebetreibern geleisteten Beiträge die für Nachsorge und Sanierungen ausgerichteten Zahlungen überstiegen.
- 2,1 Einlagen in den Sportfonds, weil die Ertragsanteile am Sport-Toto und an Lotterien höher waren, als die Aufwendungen des Sportfonds.
- +87,3 Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds, weil dieser Fonds durch die Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs im Kanton Zürich aufgehoben wurde.
- +22,0 Entnahme aus dem Lotteriefonds, weil die ausgerichteten Beiträge den Erlös aus den Ertragsanteilen von Swisslos und den kalkulatorischen Zinsen des Fondsbestandes überstiegen, davon 15 Mio. Franken für Kunsthäuserweiterung.

44. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2012	Anfangsbestand per 1.1.	Einlage	Entnahme	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Beitragszu- sicherungen
Fr. 1000						
Fonds Eigenkapital	-1 925 727	- 116 298	3 438	-2 038 587	2 752 993	1 853 273
Investitionsfonds ¹⁾	- 38 811	- 14 617	-	- 53 428	42 342	-
Verkehrsfonds	- 854 342	- 27 451	-	- 881 793	1 244 888	1 346 564
Strassenfonds	- 611 374	- 64 188	-	- 675 562	1 446 171	496 614
Wildschadenfonds	- 2 125	-	45	- 2 080	-	-
Flughafenfonds	- 400 239	- 9 540	-	- 409 779	-	-
Tierseuchenfonds	- 4 100	-	416	- 3 684	-	-
Fonds für die Teilverlegung der Uni- versität	-	-	-	-	-	-
Natur- und Heimatschutzfonds	- 11 936	-	2 977	- 8 958	19 592	10 096
Sonderabfallfonds	- 2 800	- 502	-	- 3 301	-	-

¹⁾ Der Investitionsfonds ist per 31. Dezember 2012 noch nicht gemäss § 39 Abs. 1 FAG in das übrige Eigenkapital übertragen.

Erläuterungen zu den Bewegungen 2012 (in Mio. Franken):

- 64,2 Einlage in den Strassenfonds, weil die Erträge des Fonds aus Verkehrsabgaben, zweckgebundenen Anteilen an Bundeseinnahmen und von Liegenschaften die Aufwendungen für die Strassen überstiegen.
- 27,5 Einlage in den Verkehrsfonds, weil die Übertragung aus allgemeinen Staatsmitteln und die Zinserträge die Abschreibungen für Investitionsbeiträge und Zinsaufwendungen überstiegen.
- 14,6 Einlage in den Investitionsfonds, weil eine einmalige Übertragung infolge der Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichsgesetzes im Kanton Zürich die Aufwendungen für Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen überstieg.
- 9,5 Einlage in den Flughafenfonds, weil die Zinserträge die vom Fonds zu deckenden Aufwendungen überstiegen.
- +3,0 Entnahme aus dem Natur- und Heimatschutzfonds, weil die Aufwendungen die Erträge des Fonds überstiegen.

Weitere Erläuterungen

45. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16

Gemäss den gültigen Regelungen werden die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons nach Swiss GAAP FER 16 berechnet und bilanziert. Der für nicht börsenkotierte Schweizer Firmen einheitliche Rechnungslegungsstandard lehnt sich vollständig an die für Schweizer Vorsorgeeinrichtungen verbindliche statutarische Bilanzierung gemäss Swiss GAAP FER 26 an. Dadurch sind für die Darstellung der bilanziellen Auswirkungen keine Neubewertungen notwendig, sondern es werden die Bewertungen der Vorsorgeeinrichtungen übernommen.

Im Unterschied zu IPSAS 25 verlangt Swiss GAAP FER 16 für die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen keine einheitliche und damit vergleichbare Bewertungsmethode. So werden die versprochenen künftigen Leistungen nicht mit einem einheitlichen Satz diskontiert. Allerdings setzt sich auch Swiss GAAP FER 16 zum Ziel, die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf den Arbeitgeber darzustellen. Ein Nutzen oder eine Verpflichtung entsteht nur dann, wenn es für den Arbeitgeber einen positiven (wirtschaftlicher Nutzen) oder negativen (wirtschaftliche Verpflichtung) künftigen Geldfluss zur Folge hat, beispielsweise indem sich die künftigen Arbeitgeberbeiträge aufgrund der statutarischen Deckungssituation verändern. Der ermittelte wirtschaftliche Nutzen bzw. die wirtschaftliche Verpflichtung wird bilanziert. Die Differenz zum entsprechenden Wert der Vorperiode wird zusammen mit dem auf die Periode abgegrenzten Aufwand ergebniswirksam erfasst.

Die Statuten der BVK wurden einer Teilrevision unterzogen mit dem Ziel, die Finanzierung der Leistungen langfristig sicher zu stellen. Durch die dadurch eingeleiteten Massnahmen entstehen einerseits jährlich wiederkehrende und andererseits auch einmalige Kosten. Die wiederkehrenden Kosten führen zu einem Mehraufwand in den Folgejahren für Arbeitgeber und –nehmende. Dabei wird ein Teil dieser Mehrkosten zur Erhöhung der Sparbeiträge und ein anderer Teil für einen deckungsgradabhängigen Sanierungsbeitrag verwendet.

Der Jahresabschluss 2012 der BVK wird noch ohne Berücksichtigung der Einmaleinlage von 2 000 Mio. Franken zur Finanzierung der Kosten der Statutenrevision gezeigt. Da die Einmaleinlage per 1. Januar 2013 fällig wird und verschiedene Regelungen an den Deckungsgrad nach Fälligkeit der Einmaleinlage gebunden sind, wird die Situation per 1. Januar 2013 abgebildet. Somit erhöht die Einlage des Kantons an die BVK das Vermögen und die ausgewiesene Unterdeckung in der konsolidierten Rechnung des Kantons reduziert sich entsprechend.

Als wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich an der Unterdeckung der BVK wird damit nur noch die Rückstellung für den Barwert des erwarteten arbeitgeberseitigen Sanierungsbeitrags in Höhe von 477 Mio. Franken berücksichtigt.

Der Kanton Zürich erwartet darüber hinaus zusätzliche Staatsbeiträge an staatsbeitragsberechtigte Institutionen aufgrund deren BVK-Sanierungsbeiträgen in Höhe von 140 Mio. Franken; diese sind unter den übrigen Rückstellungen berücksichtigt.

Folgende Aufstellung zeigt eine Übersicht über die Vorsorgeverpflichtungen gemäss Swiss GAAP FER 16 unter Einbezug der Statutenrevision und des Sanierungspakets für die BVK

Mio. Franken	Über- / Unterdeckung		Wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich		Veränderung zum Vorjahr bzw. erfolgswirksam im Geschäftsjahr 2012	Auf die Periode abgegrenzte Beiträge ³⁾		Vorsorgeaufwand im Personalaufwand Rechnung	
	31.12.2012	per 31.12.2012	per 31.12.2012	per 31.12.2011		2012	2011	2012	2011
BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, Anteil Kanton Zürich konsolidiert ¹⁾	-1 373	-477	-2 617	-2 364	2 140	-224	-3 051	-27	
VSAO Vorsorgeeinrichtung ²⁾	6	-	-	-28	-	-28	-	-	
WWPK Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität ²⁾	25	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsanteil Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter	-60	-60	-60	-60	-	-	-	-	
Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren	-248	-248	-239	-27	-9	-36	-4	-13	
Total	-1 650	-785	-2 916	-2 419	2 131	-288	-3 087		

¹⁾ Unterdeckung per 1.1.2013 in Höhe des wirtschaftlichen Anteils des Kantons Zürich, d.h. die Vorsorgeverpflichtungen für Volksschullehrer werden nur zu 20% entsprechend dem Kantonsanteil berücksichtigt, die übrigen Bereiche zu 100%.

Als wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich an der Unterdeckung der BVK wird nur noch die Rückstellung für den Barwert der erwarteten arbeitgeberseitigen Sanierungsbeiträge berücksichtigt, d.h. ohne BVK-Sanierungsbeiträge der staatsbeitragsberechtigten Institutionen.

²⁾ Über-/ Unterdeckung gemäss letzter verfügbarer Jahresrechnung und geschätztem Deckungsgrad.

³⁾ In den auf die Periode abgegrenzten Beiträgen sind 2 000 Mio. Franken aus der Inanspruchnahme der Rückstellung Einmaleinlage – Sanierung der BVK per 1.1.2013 enthalten.

Die in der Tabelle aufgeführte Unterdeckung von 1 373 Mio. Franken beinhaltet die auf die Volksschullehrer entfallende statistische Unterdeckung gemäss Swiss GAAP FER 26 von rund 92 Mio. Franken (entspricht 20%igem Kantonsanteil an der Unterdeckung der Volksschullehrer in Höhe von 456 Mio. Franken).

46. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25

Der Kanton Zürich legt die Vorsorgeverpflichtungen seiner in verschiedenen Vorsorgeeinrichtungen versicherten Mitarbeitenden gemäss International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) als Eventualverbindlichkeit (Ziffer 49) offen (RRB Nr. 1001 vom 4. Juli 2007). Dabei lehnt sich IPSAS 25 eng an die für börsenkotierte Unternehmen vorgeschriebene IFRS Norm IAS 19 an. Ziel ist eine höhere Vergleichbarkeit der Staatsrechnungen durch Schaffung einer international einheitlichen Bewertungsmethode für Vorsorgeverpflichtungen. So schreibt IPSAS 25 die "Projected Unit Credit Method" (PUC) vor. Danach ist die Vorsorgeverpflichtung gleich dem Barwert des bis zum Bewertungszeitpunkt erworbenen Vorsorgeanspruchs unter Berücksichtigung der anteiligen Versicherungsdauer, des voraussichtlichen Lohns, der Wahrscheinlichkeit des Eintritts des Vorsorgefalls und der allenfalls vorgesehenen Rentenanpassungen. Entscheidend ist dabei nicht, wie die Leistungen reglementarisch finanziert werden, sondern die Leistungen werden gemäss PUC linear über die ganze Versicherungsdauer erworben. Für die Berechnungen stützt sich der Kanton Zürich auf folgende für die Resultate entscheidenden versicherungstechnischen Annahmen ab:

Versicherungstechnische Annahmen	31.12.2012	31.12.2011
Versicherungstechnische Grundlagen für Sterblichkeit und Invalidität	VZ 2010 GT	VZ 2005
Diskontierungssatz für Barwertermittlung der künftigen Leistungen	2.0%	2.5%
Langfristige Renditeannahme auf dem Vermögen	3.0%	4.0%
Projektionszinssatz zur Hochrechnung der Leistungen	2.0%	2.5%
Angenommene langfristige Lohnentwicklung	2.0%	2.0%
Rentenanpassungen	0.0%	0.0%
Langfristige Inflationserwartung	1.5%	1.5%
Angenommene altersabhängige Austrittswahrscheinlichkeiten	BVK ZH	BVK ZH
Pensionierungsalter und –wahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	100% Alter 63	100% Alter 63
Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezug bei Pensionierung	7.0%	7.0%

Erläuterungen zu den Annahmen

Versicherungstechnische Grundlagen für Sterblichkeit und Invalidität	Die biometrischen Statistiken wie Invalidierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den für öffentlichrechtliche Vorsorgeeinrichtungen massgebenden versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2010 (Vorjahr: VZ 2005). Um der zukünftigen Zunahme der Lebenserwartung besser Rechnung zu tragen, werden Generationentafeln (Vorjahr: Periodentafeln) verwendet.
Diskontierungssatz für Barwertermittlung der Leistungen (technischer Zinssatz)	Der Diskontierungssatz von 2.0% repräsentiert die Rendite von Unternehmensanleihen bester Bonität mit Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren.
Langfristige Renditeannahme auf dem Vermögen	Die Anlagestrategie der BVK ist darauf ausgerichtet, langfristig eine Rendite von 3.5% (Vorjahr: 4.0%) zu erzielen. Aufgrund der Unsicherheiten im aktuellen Marktumfeld und des tiefen Zinsniveaus wurde 3.0% der Berechnung zu Grunde gelegt. Allenfalls davon abweichende Renditeziele der übrigen Vorsorgeeinrichtungen wurden vernachlässigt.
Projektionszinssatz zur Hochrechnung der Leistungen	Mit dem Projektionszinssatz von 2.0% werden in einem Beitragsprimat die Altersleistungen hochgerechnet. Er entspricht dem Diskontierungssatz, damit keine annahmegetriebene künstliche Über- oder Unterdeckung entsteht.
Angenommene langfristige Lohnentwicklung	Es wurde eine langfristige durchschnittliche Gesamtlohnerhöhung von 2.0% als Annahme berücksichtigt.
Rentenanpassungen	Da keine Teuerungsbeiträge erhoben werden, wurde aufgrund der derzeitigen Unterdeckung (der BVK) eine Rentenerhöhung von 0% angenommen.

Langfristige Inflationserwartung	Für die langfristige Inflation wird 1.5% erwartet.
Angenommene altersabhängige Austrittswahrscheinlichkeiten	Da die BVK eigene Statistiken über die Austritte führt, wurden diese für die Berechnung verwendet. Danach beträgt die Wahrscheinlichkeit im Jahresverlauf auszutreten für eine 24-jährige männliche versicherte Person 18% bzw. 19% für eine Frau. Diese Austrittswahrscheinlichkeiten sinken auf 2% für einen 59-jährigen Mann und auf 4% für eine Frau.
Pensionierungsalter und –wahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	Aufgrund des beobachteten Rücktrittsverhaltens der BVK-Versicherten ergibt sich ein durchschnittliches Rücktrittsalter für Männer und Frauen von 63 Jahren.
Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezug bei Pensionierung	Da der Rentenbezug für die BVK nicht kostenneutral ist, wurde die Wahrscheinlichkeit für den Kapitalbezug gemäss BVK Statistiken auf 7% gesetzt.

Für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen wurden folgende Vorsorgeeinrichtungen berücksichtigt:

- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich (inkl. Volksschullehrer (nur in Höhe des kantonalen Anteils mit 20% in den „Brutto-Verpflichtungen“ enthalten (Vorjahr: zu 100% in den „Brutto-Verpflichtungen“)), Mittelschullehrer und AHV-Überbrückungszuschüsse)
- Vorsorgestiftung VSAO (Vorsorgeplan 101 Universität, Vorsorgeplan 102 Kanton ZH)
- Vorsorgeverpflichtungen aus der bis 1989 geltenden Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren/Innen

sowie verschiedene Rückstellungen.

Die Vorsorgeverpflichtungen der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich (WWPK) sowie die Abegg-Stiftungen werden nicht separat bewertet, der Vollständigkeit halber trotzdem konsolidiert.

Der Jahresabschluss 2012 der BVK wird noch ohne Berücksichtigung der Einmaleinlage von 2 000 Mio. Franken zur Finanzierung der Kosten der Statutenrevision gezeigt. Da die Einmaleinlage per 1. Januar 2013 fällig wird und verschiedene Regelungen an den Deckungsgrad nach Fälligkeit der Einmaleinlage gebunden sind, wird in der konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich die Situation per 1. Januar 2013 abgebildet.

Mit den obigen aktuariellen Annahmen ergeben sich gemäss IPSAS 25 für den Kanton die nachfolgenden leistungsorientierten Vorsorgeverpflichtungen:

Mio. Franken	per 31.12.2012	per 31.12.2011 (restated)
Barwert der Vorsorgeverpflichtungen ¹⁾	-19 333.3	-17 795.6
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	14 236.5	12 200.0
Unterdeckung	-5 096.8	-5 595.6
Noch nicht amortisierter versicherungsmathematischer (Gewinn) / Verlust	1 313.5	465.7
Total "Brutto"-Vorsorgeverpflichtungen	-3 783.3	-5 129.9
¹⁾ davon Barwert der leistungsorientierten Vorsorgeverpflichtung:		
- Vermögen ausgesondert	-18 991.0	-17 464.1
- Vermögen nicht ausgesondert	- 342.3	- 331.5

Entwicklung der „Brutto“-Vorsorgeverpflichtung:

Mio. Franken	Rechnung 2012
Stand 1.1. (restated)	-5 129.9
Vorsorgeaufwand ²⁾	- 205.9
Bezahlte Arbeitgeberbeiträge	1 552.5
Stand 31.12.	-3 783.3
²⁾ davon Anpassung Vorsorgeverpflichtung aufgrund BVK Vorsorgeplananpassung:	
- Gewinne aus Plankürzung	817.2
- Verlust aus Aufwertungsgutschriften und Besitzstandsgarantien	- 575.7

Anpassung der Darstellung auf den 1.1.2012 (restated):

Bis 2011 wurden im Konsolidierungskreis 1 die Volksschullehrer in den „Brutto“-Verpflichtungen zu 100% berücksichtigt und der Anteil der Gemeinden in der Überleitung zum Ausweis der „Netto“-Verpflichtung abgezogen. Ab 1.1.2012 wird bereits in der „Brutto“-Verpflichtungen nur der wirtschaftliche, d.h. der 20%ige Anteil des Kantons berücksichtigt. Die Überleitung der „Brutto“-Verpflichtung von der bisherigen zur neuen Darstellung wird im Folgenden dargestellt:

Mio. Franken	Rechnung 2012
Stand 1.1.	-6 364.5
abzüglich Anteil der Gemeinden an Volksschullehrern (80%)	-1 234.6
Stand 1.1. (restated)	-5 129.9

Zusatzangaben zum Vorsorgevermögen:

Mio. Franken	Rechnung 2012
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	946.8
Erwartete Arbeitgeber-Beitragszahlungen Folgejahr (Schätzung)	755.0

Da der Kanton bereits für einige Anspruchsgruppen in der Staatsrechnung Rückstellungen gebildet hat, reduzieren sich die zu erfassenden Vorsorgeverpflichtungen wie folgt:

Mio. Franken	per 31.12.2012
"Brutto"-Verpflichtung	-3 783.3
./. Erfasste Rückstellung Sanierung BVK	477.0
./. Erfasste Rückstellung Ruhegehaltsordnung Uniprofessoren	247.7
./. Erfasste Rückstellung für Staatsanteil Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter	59.9
"Netto"-Verpflichtung	-2 998.6

Die Netto-Verpflichtung von 2 998,6 Mio. Franken ist als Eventualverbindlichkeit erfasst (Ziffer 49). Die Rentenbeziehenden von Institutionen, die aus der BVK ausgeschieden sind, werden in den ausgewiesenen Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 nicht berücksichtigt.

47. Absicherungsgeschäfte

Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen von Grundgeschäften (langfristige Darlehen) werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstru-

ment, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert. Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet, das heisst die Wertveränderung der Sicherungsinstrumente wird direkt und erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Kanton Zürich werden in der Regel folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- Langfristige Finanzierungen in Schweizer Franken mit variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Zinssatzswaps (Sicherungsgeschäft) gegen die Veränderung der variablen Zinssätze abgesichert
- Langfristige Finanzierungen mit fixen oder variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Währungsswaps (Sicherungsgeschäft) gegenüber Kursveränderungen zum Schweizer Franken abgesichert. Zusätzlich werden die variablen Zinssätze abgesichert.

Am 31. Dezember 2012 bestanden keine Swap-Geschäfte.

48. Eventualforderungen

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2011	Abs.	%
Eventualforderungen	209 208	150 078	59 129	39.4
Gerichtlichen Verfahren	-	-	-	-
Regressnahme	-	-	-	-
Heimfallrechte	1 700	1 700	-	-
Bedingt rückzahlbare Darlehen (VV)	9 566	10 462	- 896	- 8.6
Übrige Eventualforderungen	197 942	137 917	60 026	43.5

Erläuterungen (in Mio. Franken):

Bedingt rückzahlbare Darlehen: Veränderung -0,9 Mio. Franken

- 0,8 Der Bestand der altrechtlichen Ausbildungsdarlehen hat auf 6,6 Mio. Franken abgenommen.
- 0,1 Der Bestand an Wohnbaudarlehen der Wohnbauförderung hat lediglich um knapp 0,1 Mio. Franken abgenommen und ist somit praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahr (3,0 Mio. Franken).

Übrige Eventualforderungen: Veränderung +60,0 Mio. Franken

- +57,4 Im Zusammenhang mit in gleicher Höhe ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten zur Vorfinanzierung der Durchmesserlinie.
- +2,0 Erhöhung der weiteren gebundenen Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten bei der Sondermülldeponie Kölliken auf neu 51,2 Mio. Franken.
- +2,7 Erhöhung der Sicherheiten von Personalverleihern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih auf neu 51,1 Mio. Franken.
- 1,4 Reduzierung der als Darlehen gewährten Staatsbeiträge (Stand 31. Dezember 2012: 24,9 Mio. Franken).
- 0,7 Die Ausfallkosten der Altlastensanierung (ausstehende VASA-Abgeltungen) wurden reduziert auf den neuen Stand 0,2 Mio. Franken.

49. Eventualverbindlichkeiten

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2011	Abs.	%
Eventualverbindlichkeiten	-3 284 410	-2 507 663	- 776 747	31.0
Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	-2 998 600	-2 213 688	- 784 912	- 35.5
Bürgschaften	- 13 663	- 14 438	775	5.4
Garantieverpflichtungen	- 5 000	- 5 000	-	-
Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte	-	-	-	-
Vereinbarte Konventionalstrafen	-	-	-	-
Rechtsfälle	- 9 265	- 55 866	46 601	83.4
Übrige Eventualverbindlichkeiten	- 257 882	- 218 671	- 39 211	- 17.9

Erläuterungen:

Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25: Veränderung -784,9 Mio. Franken

-784,9 Die Eventualverpflichtungen für die Vorsorgeverpflichtung nach IPSAS 25 sind gestiegen u.a. aufgrund geänderter Rechnungsgrundlagen VZ2010 (Vorjahr: VZ2005) sowie Reduktion technischer Zinssätze.

Bürgschaften: Veränderung +0,8 Mio. Franken

+0,6 Die Eventualverpflichtungen für Bürgschaften gemäss Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaus und Wohneigentums wurden reduziert.

Rechtsfälle: Veränderung +46,6 Mio. Franken

+46,6 Diverse Rechtsfälle wurden abgeschlossen.

Übrige Eventualverbindlichkeiten: Veränderung -39,2 Mio. Franken

-22,5 Die Eventualverpflichtungen für die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie wurden erhöht.

-17,5 Die Eventualverpflichtungen für gebundene Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten (nicht über Deponiefonds abgedeckt) inkl. Sanierung Sondermülldeponie Kölliken und Sanierung Schiessanlagen wurden auf gesamthaft -144,0 Mio. Franken erhöht.

-2,7 Die Eventualverpflichtungen für die Rückgabe der von Personalverleihern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih hinterlegten Sicherheiten sind auf -51,1 Mio. Franken gestiegen.

-0,9 Bildung einer Eventualverpflichtung für IT-Vorhaben bei der Kantonspolizei.

+4,7 Sanierung Jagdschiessanlagen (Vorjahr: -4,7 Mio. Franken). Die Eventualverbindlichkeit wurde aufgelöst. Es wurde eine Rückstellung von 3,9 Mio. Franken gebildet.

Nicht bezifferbare Eventualverbindlichkeiten:

Garantie der Einlagen der Zürcher Kantonalbank gemäss Gesetz über die Zürcher Kantonalbank vom 28. September 1997:

§ 6 Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten der Bank, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen. Die Haftung erfasst nicht nachrangige Verbindlichkeiten und das Partizipationskapital.

Bürgschaft gemäss Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (§ 149 Abs. 3):

Bei ausgebrochener oder unmittelbar drohender Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde steht dem Regierungsrat das Recht zu, durch Darlehen oder Bürgschaften des Staates die vorübergehende Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde zu verhüten.

Sind die Voraussetzungen gemäss Quellensteuerverordnung erfüllt, werden quellensteuerpflichtige Personen im nachträglichen ordentlichen Steuerverfahren veranlagt. Die in diesem Verfahren erhobene Steuer wird den ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern gutgeschrieben. Bereits verbuchte Quellensteuern werden in diesen Fällen storniert. Dies stellt eine latente Verpflichtung zu Lasten der Quellensteuer dar. Die Höhe dieser latenten Verpflichtung kann derzeit betragsmässig nicht eruiert werden. Spätestens ab Datum Inbetriebnahme der neuen Quellensteuer-Applikation RE07 wird diese latente Verpflichtung in Form eines transitorischen Passivums ausgewiesen.

Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, wird, sofern die Voraussetzungen gemäss Verordnung über die pauschale Steueranrechnung erfüllt sind, den steuerpflichtigen Personen auf Antrag hin eine pauschale Steueranrechnung gutgeschrieben. Diese Anrechnung entspricht einer Rückzahlung von bereits erhobenen Staats- und Gemeindesteuern. Die noch ausstehenden Anrechnungen stellen eine latente Verpflichtung zu Lasten der Staats- und Gemeindesteuern dar. Die Höhe dieser latenten Verpflichtung kann systembedingt betragsmässig nicht eruiert werden.

50. Verpflichtungskredite und Ausgabebewilligungen

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Erfolgsrechnung						
Rahmenkredit für die Jahre 2010 bis 2013 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte	- 20 900	-	-	- 20 900	- 492	- 20 408
Rahmenkredit für das Veloförderungsprogramm	- 20 000	-	- 1 068	- 21 068	- 352	- 20 716
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und des Staatsarchivs des Kantons Zürich an das Projekt "Rechtsquellen-Edition Zürich" (Teilprojekt 1)	- 4 400	-	-	- 4 400	- 909	- 3 491
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten des Staatsarchivs des Kantons Zürich zur Transkription und Digitalisierung von Kantonsratsprotokollen sowie Regierungsratsbeschlüssen	- 3 759	-	-	- 3 759	- 1 558	- 2 201
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an das Paul Scherrer Institut in Villigen	- 20 000	-	-	- 20 000	- 5 000	- 15 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich	- 20 000	-	-	- 20 000	- 20 000	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus	- 30 000	-	-	- 30 000	-	- 30 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für die unentgeltliche Einräumung eines Baurechts zu Gunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus	- 15 000	-	-	- 15 000	- 15 000	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Dampfbahn-Verein Zürcher Oberland (DVZO) zur Erneuerung der Bahnhofshalle Bauma	- 2 600	-	-	- 2 600	- 1 500	- 1 100
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Zoo Zürich AG für mehrere Infrastrukturvorhaben im Zusammenhang mit dem Zooausbau 2010 bis 2020	- 9 800	-	-	- 9 800	- 1 873	- 7 927
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich für den Bau eines «StudentHostels» in Zürich-Altstetten	- 3 000	-	-	- 3 000	- 3 000	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung Technorama, Winterthur	- 4 500	- 200	-	- 4 700	- 4 700	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stadt Zürich für das Projekt «Naturpark Zürich»	- 3 500	-	-	- 3 500	- 3 000	- 500
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an den Verein Museum Schloss Kyburg	- 4 450	-	-	- 4 450	- 4 050	- 400
Wiederbelebungsmaßnahmen an Fließgewässern, Rahmenkredit	- 18 000	-	-	- 18 000	- 16 442	- 1 558
Objektkredit für die Ausarbeitung des Ausführungsprojektes mit Umweltverträglichkeitsbericht zum Bau der Zürcher Oberlandautobahn A53, Abschnitt 3, Anschluss Uster-Ost bis Kreisel Betzholz (Hinwil)	- 9 000	-	-	- 9 000	- 7 121	- 1 879
Beiträge für den Erwerb von Wohneigentum	- 2 000	-	-	- 2 000	- 281	- 1 719 7)
Stiftung Kulturama Zürich, jährliche Subvention bis Ende 2014	- 2 400	-	-	- 2 400	- 1 600	- 800
Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing 2012 bis 2015	- 8 240	-	-	- 8 240	- 2 060	- 6 180
Rahmenkredit des Zürcher Verkehrsverbundes für die Fahrplanperiode 2012/2013	- 798 200	-	-	- 798 200	- 365 070	- 433 130
Bewilligung eines Rahmenkredits für die Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften (2014-2019)	- 300 000	-	-	- 300 000	-	- 300 000
Bewilligung eines Rahmenkredits für den Betrieb der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich (Spielzeiten 2012/13-2017/18)	- 11 910	-	-	- 11 910	- 827	- 11 083
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Zentralbibliothek Zürich für die Digitalisierung von schützenswerten Dokumenten	- 9 670	-	-	- 9 670	-	- 9 670

Konsolidierte Rechnung

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung für Studentisches Wohnen, Zürich Aspholz-Süd	- 7 000	-	-	- 7 000	-	- 7 000
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten des Vereins Kunsthalle Zürich	- 1 000	-	-	- 1 000	-	- 1 000
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten des Vereins unterstrass.edu (Verein für das Evangelische Lehrerseminar Zürich)	- 6 000	-	-	- 6 000	- 6 000	-
Rahmenkredit Entwicklungszusammenarbeit und Inlandhilfe 2011 bis 2014	- 40 000	-	-	- 40 000	- 15 679	- 24 321
Bewilligung eines Objektkredites für das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich	- 5 300	-	-	- 5 300	- 394	- 4 906
	-1 380 629	- 200	- 1 068	-1 381 897	- 476 906	- 904 991

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Investitionsrechnung						
Psychiatriezentrum Rheinau, Neubau Sicherheitstrakt Forensik	- 23 465	-	- 703	- 24 168	- 23 431	- 4)
Kantonsspital Winterthur, Erweiterung Behandlungstrakt und Neubau Therapiebad	- 37 300	-	- 3 155	- 40 455	- 37 903	- 4)
Leichtathletik-Europameisterschaften 2014; Unterstützung durch den Kanton Zürich (zinsloses Darlehen)	- 3 300	-	-	- 3 300	- 1 500	- 1 800
Obergericht, Erweiterung und Umstrukturierung	- 81 900	-	- 9 992	- 91 892	- 88 041	- 3 851
MCH Group AG, zinsvergünstigtes Darlehen	- 20 000	-	-	- 20 000	-	- 20 000
Berufsbildungsschule Winterthur Anton Graff-Haus, Winterthur; Umbau und Erweiterung	- 34 711	-	-	- 34 711	- 25 942	- 8 769
Gesamtkredit für den Neubau der Universität Irchel (Netto)	- 600 000	-	-	- 600 000	- 239 858	- 1)
Teilkredit Projektierungen (Brutto)	- 8 000	-	-	- 8 000	-	- 3)
Teilkredit 1. Bauetappe (Netto)	- 153 000	-	- 22 206	- 175 206	- 145 244	- 2)
Teilkredit Infrastrukturanlagen (Brutto)	- 29 400	- 12 600	- 12 085	- 54 085	- 51 544	- 2)
Teilkredit 2. Bauetappe (Netto)	- 109 200	-	- 25 346	- 134 546	- 126 463	- 2)
Teilkredit 2. Bauetappe, Grünanlage (Brutto)	- 7 000	-	- 2 766	- 9 766	- 9 527	- 2)
Teilkredit 3. Bauetappe (Netto)	- 49 500	- 4 692	- 17 741	- 71 933	- 64 947	- 2)
Teilkredit 4. Bauetappe (Netto)	- 76 000	-	- 4 836	- 80 836	- 75 537	- 2)
Staatsbeitrag an die Stiftung Zentralbibliothek Zürich für die Erstellung eines Erweiterungsbaus	- 46 200	- 1 700	- 14 175	- 62 075	- 57 829	- 2)
Umbau der kleinen Reithalle und der Stallungen an der Sihl (Kulturinsel Gessnerallee) für die Schauspiel-Akademie Zürich	- 18 480	-	-	- 18 480	- 19 093	- 2)
Erweiterungsbau für das Zahnärztliche Institut der Universität und die Kantonale Volkszahnklinik an der Plattenstrasse 17/19	- 41 965	- 1 769	- 925	- 44 659	- 44 578	- 2)
Universität, Rämistrasse 74, Hofeingang und Aufstockung Calatrava (in Verbindung mit RRB 2438/1998)	- 25 890	-	- 2 041	- 27 931	- 25 677	- 2 255 5)
Zürcher Hochschule Winterthur, Mieterausbau Liegenschaft Mäander, Trakt C	- 11 760	-	-	- 11 760	- 10 495	- 1 265 6)
Kantonsschule Küsnacht, Neubau Klassentrakt	- 13 000	-	-	- 13 000	- 11 651	- 1 349
Universität, Kleintierklinik, Neubau	- 28 185	240	- 3 327	- 31 272	- 31 289	- 2)
Mieterausbau in der Liegenschaft Sihlpost (Baufeld A) für die Pädagogische Hochschule Zürich, Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtaufwendungen von 63 Mio. Franken	- 42 000	-	-	- 42 000	- 41 238	- 762
Mieterausbau Toni-Areal für die Zürcher Hochschule der Künste sowie Teile der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften; Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtausgabe von 139 Mio. Franken	- 92 500	-	-	- 92 500	-	- 92 500
Wasserbau, Jonenbach, Affoltern a.A., Hochwasserrückhaltebecken	- 12 937	-	- 660	- 13 597	- 12 115	- 1 482
Wasserbau, Thurmündung, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Nettokredit 42 Mio. Franken	- 53 572	-	-	- 53 572	- 18 289	- 35 283
Wasserbau, Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau	- 11 310	-	- 2 370	- 13 680	- 6 922	- 6 758
Rahmenkredit 2002-2010 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes	- 23 000	-	-	- 23 000	- 22 233	- 767

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Rahmenkredit 2010-2013 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes; ersetzt den Rahmenkredit 2002 - 2010	- 32 000	-	-	- 32 000	- 7 921	- 24 079
Erstellung des Zürichseeweges, Abschnitt Giesen bis Mülenen	- 6 300	-	- 900	- 7 200	- 5 816	- 1 384
Neubau Polizei- und Justiz-Zentrum; Gesetz vom 7.7.2003	- 490 000	-	- 62 935	- 552 935	- 44 025	- 508 910
Bezirksgebäude Dietikon Neubau	- 52 000	-	- 9 132	- 61 132	- 65 055	3 923
Rahmenkredit für die Förderung des Wohnungsbaus; Darlehen für den Bau und Sanierung von Wohnungen	- 15 000	-	-	- 15 000	- 10 912	- 4 088
Staatsbeitrag für einen zweiten unterirdischen Bahnhof unter dem Zürcher Hauptbahnhof (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse)	- 580 000	- 549 200	- 96 150	-1 225 350	- 682 870	- 542 480
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB- und SZU-Anlagen (3. Teilergänzung S-Bahn); - SBB-Anlagen	- 74 200	-	- 11 834	- 86 034	- 63 073	- 22 960
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattbahn; - Zusatzverbindung zur Haltestelle Bahnhof Oerlikon Nord	- 18 000	-	- 2 903	- 20 903	- 11 362	- 9 541
Rahmenkredit für Staatsbeiträge an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; VBZ - Haltestellen	- 11 000	-	- 963	- 11 963	- 551	- 11 412
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; Haltestellen SZU, FB, BDWM, SOB	- 21 000	-	- 1 838	- 22 838	- 2 963	- 19 874
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattbahn; - Stammnetz der Glattbahn	- 537 000	-	- 86 613	- 623 613	- 314 630	- 308 983
Staatsbeitrag an den Bau einer neuen Tramlinie in Zürich-West zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten	- 90 000	-	- 13 228	- 103 228	- 35 690	- 67 538
Massnahmenzentrum Uitikon, Umbau und Erweiterung geschlossene Abteilung	- 17 615	- 1 058	- 340	- 19 013	- 9 644	- 9 369
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB-Anlagen (4. Teilergänzung S-Bahn)	- 346 555	3 400	- 17 323	- 360 478	- 15 254	- 345 224
Rahmenkredit für Regionale Verkehrssteuerungen	- 60 500	-	- 3 082	- 63 582	- 1 579	- 62 003
Bezirksgericht Bülach, Erweiterung und Umstrukturierung	- 17 857	-	- 330	- 18 187	- 18 493	306
Ersatzneubau Stampfenbachstr. 28/30 Zürich	- 11 485	-	- 269	- 11 754	- 7 484	- 4 270
Hochwasserrückhalteraum Hegmatten, Eulach, Winterthur	- 32 863	-	-	- 32 863	- 1 723	- 31 140
Um- und Neubauten im Übungsdorf des Ausbildungszentrums Andelfingen	- 8 778	-	-	- 8 778	- 1 859	- 6 919
Objektkredit für die Autobahnüberdeckung Katzensee Nationalstrasse A1	- 25 000	-	- 2 984	- 27 984	-	- 27 984
Objektkredit Einhausung der Autobahn Schwamendingen (Nationalstrasse SN 1.4.4-Zürich Nordast)	- 50 600	- 14 508	- 12 116	- 77 224	- 4 678	- 72 546
Bewilligung eines Objektkredites für den Autobahnzubringer A4 Obfelden/ Ottenbach	- 39 600	-	-	- 39 600	-	- 39 600
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Objektkredites für die Umnutzung der Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau, und über die Teilrevision des kantonalen Richtplanes (Kapitel Öffentliche Bauten und Anlage, Neunutzung Klosterinsel Rheinau)	- 28 500	-	-	- 28 500	- 4 592	- 23 908
Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den Bau der Strasse Uster West zwischen der 339 Winterthurerstrasse und 340 Zürichstrasse	- 21 000	-	-	- 21 000	- 1 691	- 19 309
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Verpflichtungskredites für die Umsetzung des Projekts Limmat-Auenpark Werdhölzli	- 6 862	-	-	- 6 862	- 2 033	- 4 828
Beschluss des Kantonsrates über die Erhöhung des Dotationskapital-Rahmens der Zürcher Kantonalbank von 2,0 Milliarden auf 2,5 Milliarden	-2 500 000	-	-	-2 500 000	-1 925 000	- 575 000
Übergang von Liegenschaften von der Stadt Zürich an den Kanton, Kantonalisierung Schule und Museum für Gestaltung Zürich und Überführung in die Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich	- 64 755	-	-	- 64 755	- 60 155	- 4 600

8)

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässi- ge Ausgaben
Beschluss des Kantonsrates über die Erhöhung des Grundkapitals der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich	- 120 000	-	-	- 120 000	-	- 120 000
Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	- 50 000	-	-	- 50 000	- 8 400	- 41 600
Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	- 20 000	-	-	- 20 000	- 3 700	- 16 300
	-7 002 044	- 581 887	- 445 267	-8 029 199	-4 502 500	-3 098 460

¹⁾ Die Benutzung des Gesamtkredites berechnet sich durch die bereinigten Ausgaben der einzelnen Teilkredite, abindexiert auf den Indexstand per 1.10.1969 (Index des bewilligten Rahmenkredites). Verpflichtungskredit = 0, da der Rahmenkredit abgeschlossen ist, also keine Ausgaben mehr generiert werden. Der Kredit wird noch geführt, da die Kreditabrechnung noch nicht erstellt wurde.

²⁾ Verpflichtungskredit = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.

³⁾ Der Projektierungskredit wurde auf die einzelnen Teilkredite umgebucht. Verpflichtungskredit = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.

⁴⁾ Verpflichtungskredit = 0, da Projekt abgeschlossen ist.

⁵⁾ Wird als Gesamtprojekt (neue und gebundene Ausgaben) geführt. Die Teuerung und die Gesamtausgaben wurden prozentual zur Kreditsumme auf die neuen (Bewilligungsinstanz KR) und die gebundenen (Bewilligungsinstanz RR) Ausgaben aufgeteilt.

⁶⁾ Der Mieterausbau wird als Finanzleasing betrachtet. Als Benutzung werden die vertraglich geschuldeten Annuitäten (12 Jahre bis März 2017) ausgewiesen.

⁷⁾ Noch nicht ausbezahlte Zusicherungen per 31.12.2012: 2 024 Franken. Im Jahr 2012 wurde ein Beitrag aufgrund des Liegenschaftenverkaufs in der Höhe von 12 512 Franken zurückbezahlt. Dadurch reduziert sich der Stand des Kredites um diesen Betrag auf 281 004 Franken.

⁸⁾ Noch nicht ausbezahlte Zusicherungen per 31.12.2012: 2 240 000 Franken.

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Erfolgsrechnung						
- Staatskanzlei	-	-	-	-	-	-
- Justiz und Inneres	- 600	-	-	- 600	- 121	- 479
- Sicherheitsdirektion	- 72 407	-	-	- 72 407	- 40 941	- 31 466
- Finanzdirektion	- 70 718	- 31 699	52	- 102 365	- 83 170	- 19 196
- Volkswirtschaftsdirektion	- 8 248	-	-	- 8 248	- 2 665	- 5 435
- Gesundheitsdirektion	- 620 216	-	-	- 620 216	- 158 867	- 461 349
- Bildungsdirektion	- 394 180	- 300	-	- 394 480	- 85 642	- 308 837
- Baudirektion	- 428 895	- 66 750	-	- 495 645	- 287 494	- 207 916
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	-	-	-	-	-	-
- Universität Zürich	- 169 077	- 33 178	-	- 202 255	- 114 317	- 87 508
- Universitätsspital Zürich	-	-	-	-	-	-
- Kantonsspital Winterthur	-	-	-	-	-	-
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-
Total	- 1 764 341	- 131 927	52	- 1 896 216	- 773 219	- 1 122 185

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2012	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Investitionsrechnung						
- Staatskanzlei	-	-	-	-	-	-
- Justiz und Inneres	- 27 701	- 14 725	- 683	- 43 109	- 23 803	- 19 306
- Sicherheitsdirektion	- 62 907	- 405	-	- 63 312	- 52 478	- 10 834
- Finanzdirektion	- 43 061	- 33 714	106	- 76 669	- 51 658	- 25 011
- Volkswirtschaftsdirektion	- 33 966	-	- 321	- 34 288	- 15 084	- 19 203
- Gesundheitsdirektion	- 1 023 199	- 33 706	-	- 1 056 905	- 714 539	- 342 367
- Bildungsdirektion	- 402 990	- 14 059	- 4 085	- 421 135	- 257 883	- 161 967
- Baudirektion	- 623 775	- 14 905	- 303	- 638 983	- 362 224	- 276 759
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	- 6 211	-	-	- 6 211	- 3 896	- 2 315
- Universität Zürich	-	-	-	-	-	-
- Universitätsspital Zürich	-	-	-	-	-	-
- Kantonsspital Winterthur	- 23 431	-	-	- 23 431	- 20 546	- 1 315
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-
Total	- 2 247 242	- 111 514	- 5 287	- 2 364 043	- 1 502 112	- 859 077

51. Zahlungsverpflichtungen

In den unten abgebildeten Tabellen werden die vertraglich vereinbarten, unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen für Investitionen und für die Nutzung von Vermögenswerten dargestellt. Als unwiderruflich gelten Zahlungsverpflichtungen, wenn die daraus resultierenden Zahlungen vom Kanton nicht abgewendet werden können, selbst wenn auf die vertragliche Leistung verzichtet wird.

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Zahlungsverpflichtungen für Investitionen	- 609 024	- 658 025	49 001	7.4
Sachanlagen	- 441 181	- 434 709	- 6 472	- 1.5
Immaterielle Anlagen	- 1 500	-	- 1 500	n.a.
Investitionsbeiträge	- 166 343	- 223 316	56 974	25.5

Fr. 1000	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Zahlungsverpflichtungen für Nutzung von Vermögenswerten	-1 112 356	- 874 527	- 237 829	- 27.2
Fälligkeit bis zu 1 Jahr	- 136 974	- 116 281	- 20 693	- 17.8
Fälligkeit mehr als 1 Jahr und bis zu 4 Jahren	- 353 367	- 294 838	- 58 529	- 19.9
Fälligkeit nach mehr als 4 Jahren	- 622 016	- 463 408	- 158 608	- 34.2

Fr. 1000	Rechnung		Differenz R 11/12	
	2012	2011	Abs.	%
Aufwand des Jahres	- 162 584	- 156 492	- 6 092	- 3.9
Ertrag des Jahres aus Untervermietung	- 5	-	- 5	n.a.
Künftiger Ertrag aus Untervermietung	- 5	-	- 5	n.a.

52. Gewährleistungen

Unter Gewährleistungen werden Organisationen ausgewiesen, die Aufgaben des Kantons erfüllen und die der Kanton wesentlich beeinflussen kann, an denen er aber keine Beteiligung hält und denen er kein Dotationskapital gegeben hat. Eine wesentliche Beeinflussung liegt insbesondere vor, wenn der Regierungsrat oder der Kantonsrat durch Festlegung des Budgets, Abnahme der Rechnung, Wahl der obersten Organe oder durch Stimmmehrheit die Geschicke einer Organisation massgebend mitprägen kann (§ 28 Abs. 2 RLV).

Keine Meldung.

53. Segmentberichterstattung

Institutionelle Gliederung

R 2012 Fr. 1000	Stammhaus	Kantonsrat	Gerichte und Notariate	Übrige Behörden	Universität	Fachhoch- schulen	Universitäts- spital Zürich	Kantonsspital Winterthur	ZVV	Zentral- bibliothek	Legate und Stiftungen	Elimination interne Verr.	Konsolidierte Rechnung
ERFOLGSRECHNUNG													
Fiskalertrag	6 280 624	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 11	6 280 613
Regalien und Konzessionen	201 025	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	201 025
Entgelte	704 802	8	176 380	390	316 389	99 459	724 878	243 218	468 029	1 388	21	- 1 214	2 723 747
Verschiedene Erträge	156 260	-	1 353	844	89 696	6 275	137 517	48 555	97 030	224	2 435	- 229 892	310 297
Entnahmen aus Fonds	109 356	-	-	-	-	-	251	172	-	-	661	-	110 439
Transferertrag	2 701 932	-	20	-	866 282	554 491	269 896	103 263	397 785	37 180	15 010	- 1 513 200	3 432 659
Durchlaufende Beiträge	653 505	-	-	-	-	115	-	-	-	-	-	-	653 620
Betrieblicher Ertrag	10 807 503	8	177 752	1 235	1 272 367	660 340	1 132 542	395 208	952 844	38 793	18 126	- 1 744 317	13 712 401
Personalaufwand	- 2 417 563	- 6 054	- 208 334	- 7 098	- 770 045	- 477 791	- 648 399	- 228 898	- 5 405	- 21 111	- 1 746	10 035	- 4 782 409
Sachaufwand und übriger Be- triebsaufwand	- 1 036 107	- 2 548	- 87 993	- 1 499	- 459 453	- 163 866	- 446 207	- 130 782	- 849 115	- 14 802	- 900	451 246	- 2 742 026
Abschreibungen VV	- 369 592	-	- 8 304	- 73	- 41 999	- 10 196	- 36 530	- 12 908	-	- 2 872	- 73	127	- 482 421
Einlagen in Fonds	- 48 417	-	-	-	-	-	- 353	- 157	-	- 57	- 16 773	-	- 65 757
Transferaufwand	- 6 616 218	- 864	-	-	- 5 586	- 4 453	-	- 200	- 98 587	-	- 1 131	1 513 088	- 5 213 951
Durchlaufende Beiträge	- 653 505	-	-	-	-	- 115	-	-	-	-	-	-	- 653 620
Betrieblicher Aufwand	- 11 141 401	- 9 466	- 304 631	- 8 670	- 1 277 083	- 656 422	- 1 131 489	- 372 945	- 953 107	- 38 842	- 20 623	1 974 496	- 13 940 184
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 333 898	- 9 457	- 126 879	- 7 436	- 4 716	3 918	1 052	22 263	- 263	- 50	- 2 497	230 179	- 227 783
Finanztrag FV	192 438	-	51	0	149	1 534	1 181	351	263	363	3 131	- 11 679	187 782
Finanztrag VV	574 036	-	381	9	3 983	2 386	5 691	1 044	-	47	49	- 224 487	363 139
Finanztrag	766 473	-	432	9	4 132	3 920	6 872	1 395	263	410	3 180	- 236 166	550 921
Zinsaufwand	- 137 818	-	- 4 380	- 7	- 2 832	- 1 071	- 6 734	- 1 481	-	-	- 8	16 332	- 138 000
Anderer Finanzaufwand	- 79 095	-	- 1	- 0	- 134	- 55	0	-	-	- 53	- 174	-	- 79 511
Finanzaufwand	- 216 913	-	- 4 381	- 7	- 2 966	- 1 126	- 6 734	- 1 481	-	- 53	- 182	16 332	- 217 511
FINANZERGEBNIS¹⁾	549 560	-	- 3 949	1	1 166	2 794	138	- 86	263	358	2 999	- 219 833	333 410
JAHRESERGEBNIS¹⁾	215 661	- 9 457	- 130 828	- 7 434	- 3 550	6 712	1 190	22 177	-	308	502	10 346	105 626
INVESTITIONRECHNUNG													
Investitionseinahmen	324 251	-	-	-	12 198	-	2 963	3 082	-	1 901	-	- 3 989	340 407
Investitionsausgaben	- 728 035	-	- 10 897	-	- 43 923	- 14 905	- 43 240	- 19 479	- 113	- 2 414	-	3 989	- 859 016
Nettoinvestitionen	- 403 784	-	- 10 897	-	- 31 725	- 14 905	- 40 276	- 16 396	- 113	- 512	-	-	- 518 609

R 2012 Fr. 1000	Stammhaus	Kantonsrat	Gerichte und Notariate	Übrige Behörden	Universität	Fachhoch- schulen	Universitäts- spital Zürich	Kantonsspital Winterthur	ZVV	Zentral- bibliothek	Legate und Stiftungen	Elimination interne Verr.	Konsolidierte Rechnung
BILANZ													
Umlaufvermögen	6 681 586	- 78 173	- 852 589	- 53 584	402 172	145 009	420 925	93 166	274 208	6 332	40 171	- 634 969	6 444 255
Anlagevermögen FV	1 351 725	-	8 081	-	-	-	3 400	1 700	-	6 326	68 358	- 180 531	1 259 059
Anlagevermögen VV	13 659 618	-	158 216	210	139 775	51 237	138 098	56 072	111	69 467	218	- 50 670	14 222 352
Total Aktiven	21 692 929	- 78 173	- 686 292	- 53 374	541 947	196 246	562 423	150 938	274 319	82 125	108 748	- 866 170	21 925 666
Kurzfristiges Fremdkapital	-5 977 032	- 246	- 393 062	- 389	- 398 945	- 135 118	- 352 167	- 37 634	- 243 151	- 1 564	- 87	645 270	- 6 894 122
Langfristiges Fremdkapital	-6 324 361	-	- 664	- 22	- 71 786	- 7 070	- 171 712	- 64 259	- 30 901	- 68 512	- 69 649	219 145	- 6 589 790
Eigenkapital	-9 391 536	78 418	1 080 018	53 785	- 71 217	- 54 058	- 38 544	- 49 045	- 268	- 12 049	- 39 011	1 754	- 8 441 754
Total Passiven	-21 692 929	78 173	686 292	53 374	- 541 947	- 196 246	- 562 423	- 150 938	- 274 319	- 82 125	- 108 748	866 170	-21 925 666

¹⁾ Abweichung zwischen Summen- und konsolidierten Jahresergebnis aufgrund Abgrenzung von internem Aufwand

54. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen

Nach IPSAS 20 sind die Beziehungen zu nahestehenden Einheiten und Personen auszuweisen. Als nahestehende Einheiten gelten beim Kanton Zürich die beherrschten Einheiten, inklusive der indirekten Beherrschung durch Intermediäre oder Töchter, assoziierte Organisationen sowie Einheiten, auf welche die nahestehenden Personen einen bedeutenden Einfluss haben. Nahestehende Personen sind die Mitglieder des Regierungsrates, Vertreter der obersten Verwaltungsebene (Universitätsrat, Spitalrat, Fachhochschulrat, Verkehrsrat) sowie die Familienmitglieder der genannten Personenkreise. Sie können die Beschlussfassung in finanzieller oder operativer Hinsicht beherrschen oder bedeutend beeinflussen. Offenzulegen sind sämtliche wesentlichen Transaktionen mit nahestehenden Personen und Einheiten, welche nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden, inklusive der Art der Beziehung und der Transaktionen sowie die diesen Transaktionen zu Grunde gelegten Bedingungen. Transaktionen bestehen aus Transfers von Ressourcen oder Verpflichtungen, unabhängig davon, ob ein Entgelt erhoben wird. Zusätzlich sind die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Personen und Einheiten anzugeben. Transaktionen, für die eine gesetzliche Grundlage besteht oder die für die Grosszahl der kantonalen Mitarbeiter Gültigkeit haben, sind nicht meldepflichtig.

Transaktionen zu Nahestehenden

Die Organisationseinheiten der konsolidierten Rechnung haben bestätigt, dass im Berichtszeitraum keine Transaktionen mit nahestehenden Personen oder Einheiten stattgefunden haben, die nicht marktkonform wären. Auf den Abschlussstichtag hin bestehen auch keine Forderungen oder Verbindlichkeiten mit nahestehenden Personen oder Einheiten.

Offenlegung zu Führungskräften

Die Entlohnung und die Entrichtung anderer personalrechtlicher Entschädigungen sind im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 27. September 1998, in der Personalverordnung vom 16. Dezember 1998 ab § 8 und in der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz in den §§ 32 ff. geregelt.

55. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bis zum 18. März 2013 sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die eine Anpassung von Vermögenswerten oder eine Offenlegung erforderlich machen würden. Die Wesentlichkeitsgrenze beträgt 10 Mio. Franken pro Ereignis.

Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich

Basierend auf dem Finanzkontrollgesetz haben wir die auf den Seiten 549 bis 648 publizierte konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrats und der Finanzverwaltung

Gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) § 27 legt der Regierungsrat Rechenschaft über die Jahresrechnung ab und ist für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden zuständig. Die Finanzverwaltung ist im Sinne von CRG § 60 und Rechnungslegungsverordnung (RLV) § 41 zuständig für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems im Sinne von RLV § 39 mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist.

Verantwortung der Finanzkontrolle

Unsere Verantwortung gemäss Finanzkontrollgesetz ist es, die Jahresrechnung, die konsolidierte Rechnung, die Rechnungen der Leistungsgruppen sowie die separaten Rechnungen von Behörden, Anstalten und Betrieben des Kantons zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung der Rechnung des Kantons Zürich werden der Finanzkommission und dem Regierungsrat mitgeteilt, die Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten auch der Anstalt und der zuständigen Direktion.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem CRG und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Rechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Rechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Rechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsmethode, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Rechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung sowie den massgebenden Verordnungen und Richtlinien.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

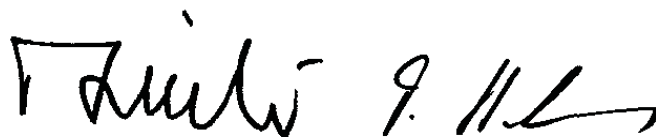
Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit gemäss Verfassung des Kantons Zürich erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbare Sachverhalte vorliegen.

Die umfassenden Anforderungen gemäss CRG und RLV an ein dokumentiertes internes Kontrollsystem konnten noch nicht im Sinne des Schweizer Prüfungsstandards 890 umgesetzt werden. Gemäss Verfügung der Finanzdirektion vom 13. Oktober 2009 ist eine Realisierung bei allen in die Staatsrechnung konsolidierten Einheiten bis 2013 vorgesehen.

Für die Antragstellung zur Rechnung ist basierend auf dem Geschäftsreglement des Kantonsrats § 58a lit. c die Finanzkommission in Koordination mit den zuständigen Sachkommissionen und der Justizkommission zuständig.

Zürich, 5. April 2013

Finanzkontrolle des Kantons Zürich



Martin Billeter
zugelassener Revisionsexperte
Leiter Finanzkontrolle

Daniel Strebel
zugelassener Revisionsexperte
Bereichsleiter Wirtschaftsprüfung



Jahresrechnung (Stammhaus)

Die Jahres- oder Stammhausrechnung umfasst gemäss § 47 CRG den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung; ausgenommen sind insbesondere die unselbstständigen Anstalten. Sie zeigt konsolidierte Werte. Dies bedeutet, dass Transaktionen innerhalb des Stammhauses eliminiert sind. Alle übrigen Transaktionen mit Einheiten des Konsolidierungskreises gemäss § 54 CRG ausserhalb des Stammhauses werden wie Geschäftsfälle mit Dritten betrachtet.

Erfolgsrechnung	652
Bilanz	653
Geldflussrechnung	654
Eigenkapitalnachweis	655
Anhang	656

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2011	Abs.	in %
Fiskalertrag	6 281	6 471	- 191	- 2.9
Regalien und Konzessionen	201	373	- 172	- 46.2
Entgelte	705	690	15	2.2
Verschiedene Erträge	156	139	17	12.3
Entnahmen aus Fonds	109	0	109	> 100.0
Transferertrag	2 702	2 320	382	16.5
Durchlaufende Beiträge	654	628	25	4.1
Betrieblicher Ertrag	10 808	10 622	186	1.8
Personalaufwand	- 2 418	- 5 107	2 689	52.7
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 1 036	- 1 040	4	0.4
Abschreibungen VV	- 370	- 391	22	5.5
Einlagen in Fonds	- 48	- 67	18	27.5
Transferaufwand	- 6 616	- 5 566	- 1 050	- 18.9
Durchlaufende Beiträge	- 654	- 628	- 25	- 4.1
Betrieblicher Aufwand	- 11 141	- 12 799	1 658	13.0
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 334	- 2 177	1 844	84.7
Finanzertrag Finanzvermögen	192	193	- 0	- 0.2
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	574	553	21	3.9
Finanzertrag	766	745	21	2.8
Zinsaufwand	- 138	- 139	1	0.7
Anderer Finanzaufwand	- 79	- 71	- 8	- 11.9
Finanzaufwand	- 217	- 209	- 7	- 3.5
FINANZERGEBNIS	550	536	14	2.5
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	130	- 1 746	1 876	> 100.0
Jahresergebnis Fonds / Legate im EK	85	104	- 19	- 17.9
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	216	- 1 641	1 857	> 100.0
Total Ertrag	11 574	11 367	207	1.8
Total Aufwand	- 11 358	- 13 008	1 650	12.7

Bilanz

Mio. Franken	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN	6 682	5 555	1 127	20.3
Finanzvermögen ¹⁾	6 682	5 555	1 127	20.3
Flüssige Mittel	2 001	1 514	487	32.1
Forderungen	4 222	3 516	706	20.1
Kurzfristige Finanzanlagen	116	175	- 59	- 33.6
Aktive Rechnungsabgrenzung	287	298	- 11	- 3.6
Vorräte und angefangene Arbeiten	56	52	4	6.8
ANLAGEVERMÖGEN	15 011	14 961	50	0.3
Finanzvermögen ¹⁾	1 352	1 126	226	20.1
Finanzanlagen	321	237	83	35.2
Sachanlagen	1 031	888	143	16.1
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-
Verwaltungsvermögen	13 660	13 836	- 176	- 1.3
Sachanlagen	6 986	7 007	- 21	- 0.3
Immaterielle Anlagen	43	50	- 7	- 13.4
Kurzfristige Darlehen	67	11	56	> 100.0
Langfristige Darlehen	1 410	865	545	63.0
Beteiligungen	2 534	2 535	- 0	- 0.0
Investitionsbeiträge	2 619	3 368	- 749	- 22.2
TOTAL AKTIVEN	21 693	20 516	1 177	5.7
FREMDKAPITAL	- 12 301	- 11 393	- 909	- 8.0
Kurzfristiges Fremdkapital	- 5 977	- 3 155	- 2 822	- 89.5
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 524	- 1 578	53	3.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 711	- 54	- 657	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 405	- 1 348	- 56	- 4.2
Kurzfristige Rückstellungen	- 2 337	- 175	- 2 162	> 100.0
Langfristiges Fremdkapital	- 6 324	- 8 238	1 914	23.2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 3 808	- 3 471	- 337	- 9.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 623	- 638	16	2.5
Langfristige Rückstellungen	- 1 419	- 3 565	2 146	60.2
Fonds im Fremdkapital	- 475	- 564	88	15.7
EIGENKAPITAL	- 9 392	- 9 123	- 268	- 2.9
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	- 130	1 745	- 1 875	> 100.0
Fonds/Legate im EK	- 2 039	- 1 926	- 113	- 5.9
Übriges Eigenkapital	- 7 222	- 8 942	1 720	19.2
TOTAL PASSIVEN	- 21 693	- 20 516	- 1 177	- 5.7
¹⁾ Total Finanzvermögen	8 033	6 680	1 353	20.3

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung 2012	Rechnung 2011 (restated)	Differenz R 11/12	
			Abs.	%
Jahresergebnis	216	-1 641	1 857	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	- 669	- 279	- 390	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	- 3	16	- 19	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	- 4	- 11	7	66.4
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	562	566	- 4	- 0.7
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	0	- 0	0	> 100.0
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisierte)	68	43	25	58.0
+/- Verlust/Gewinn aus Verkehrswertanp. FV (nicht realisierte)	- 100	- 77	- 23	- 29.3
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	- 53	- 569	516	90.7
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	97	200	- 103	- 51.6
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	16	2 608	-2 592	- 99.4
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds FK und EK	- 61	67	- 128	> 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen ¹⁾	- 2	- 9	6	76.0
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	67	914	- 847	- 92.7
- Ausgaben Sachanlagen	- 434	- 358	- 76	- 21.2
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 1	- 1	0	10.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 8	- 17	8	49.7
- Ausgaben Darlehen	- 14	- 51	37	72.5
- Ausgaben Beteiligungen	-	- 2	2	100.0
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 228	- 324	96	29.6
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 43	- 35	- 8	- 22.7
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	70	25	45	> 100.0
+ Einnahmen Rückerstattungen	19	9	10	> 100.0
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	0	-	0	n.a.
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	40	61	- 21	- 34.1
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	139	86	53	61.3
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	0	-	0	n.a.
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	13	72	- 59	- 81.8
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	43	35	8	22.7
Saldo Investitionsrechnung	- 404	- 499	95	19.1
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	- 70	- 25	- 45	> 100.0
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen	2	0	1	> 100.0
+ Aktivierte Eigenleistungen ¹⁾	-	-	-	-
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	42	1	41	> 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen der IR	- 25	31	- 56	> 100.0
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 455	- 493	37	7.6
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV	7	- 176	184	> 100.0
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV	- 74	10	- 84	> 100.0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 522	- 660	137	20.8
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	- 455	255	- 710	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	657	- 1	658	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	- 100	0	- 100	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	494	5	490	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlichk.	- 109	- 45	- 65	> 100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	942	- 41	983	> 100.0
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	1 514	1 301	214	16.4
+/- Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	487	214	273	> 100.0
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	2 001	1 514	487	32.1

¹⁾ Beitragskorrektur im 2011 aufgrund von Berechnungsänderung.

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital ¹⁾	Rücklagen	Reserven aus Absicherungs- geschäften	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigenkapital
Stand 1. Januar 2011	1 806.35	37.73	–	644.63	8 213.67	10 702.38
Verteilung Jahresergebnis	–	–	–	– 644.63	644.63	–
Veränderung Fonds	15.56	–	–	–	–	15.56
Veränderung Rücklagen	–	– 4.79	–	–	4.79	–
Sonstige Transaktionen	–	–	–	0.31	46.74	47.05
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	15.56	– 4.79	–	– 644.31	696.16	62.61
Jahresergebnis	104.15	–	–	– 1 745.64	–	– 1 641.49
Total Veränderungen im Eigenkapital	119.71	– 4.79	–	– 2 389.95	696.16	– 1 578.88
Stand 31. Dezember 2011	1 926.06	32.94	–	– 1 745.33	8 909.83	9 123.50
Verteilung Jahresergebnis	–	–	–	1 745.33	– 1 745.33	–
Veränderung Fonds	27.45	–	–	–	–	27.45
Veränderung Rücklagen	–	– 0.52	–	–	0.52	–
Sonstige Transaktionen	–	–	–	–	24.93	24.93
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	27.45	– 0.52	–	1 745.33	– 1 719.88	52.38
Jahresergebnis	85.48	–	–	130.18	–	215.66
Total Veränderungen im Eigenkapital	112.93	– 0.52	–	1 875.51	– 1 719.88	268.04
Stand 31. Dezember 2012	2 038.99	32.42	–	130.18	7 189.95	9 391.54

¹⁾ Der Investitionsfonds ist per 31. Dezember 2012 noch nicht gemäss § 39 Abs. 1 FAG in das übrige Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) übertragen.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Abschluss des Stammhauses kommen die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zur Anwendung wie für die konsolidierte Rechnung des Kantons.

Das in der Jahresrechnung des Stammhauses unter den Beteiligungen ausgewiesene Dotationskapital des Universitätsspitals Zürich und des Kantonsspitals Winterthur wird zum Nominalwert bewertet.

Für die Jahresrechnung des Stammhauses wird kein eigenständiger Anhang erstellt.

Hinweis zu den in der Jahresrechnung ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Sind positive oder negative Abweichungen in % grösser als 100.0% wird anstatt des Wertes der Ausdruck „>100.0“ angegeben.



Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Regierungsrat und Staatskanzlei	658
Direktion der Justiz und des Innern	658
Sicherheitsdirektion	659
Finanzdirektion	659
Volkswirtschaftsdirektion	660
Gesundheitsdirektion	660
Bildungsdirektion	661
Baudirektion	661
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)	663
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)	664
übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)	664

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2012 Kantonsrat (13.12.2011)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2012 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2012	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
1 Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 18 732 000		- 18 732 000	- 17 668 195	1 063 805
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 325 000		- 325 000	-	325 000
2 Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 428 200	- 190 000	- 6 618 200	- 5 663 193	955 007
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 986 000		- 4 986 000	- 2 597 875	2 388 125
2204 Strafverfolgung Erwachsene					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 61 414 200		- 61 414 200	- 66 614 217	- 5 200 017
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 150 000		- 150 000	-	150 000
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 44 071 700		- 44 071 700	- 42 337 613	1 734 087
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	- 57 748	- 57 748
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 170 856 500		- 170 856 500	- 170 540 675	315 825
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 13 806 000	- 2 484 000	- 16 290 000	- 13 550 580	2 739 420
2207 Gemeindeamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 260 200		- 4 260 200	- 4 348 109	- 87 909
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2216 Kantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 426 553 800		- 426 553 800	- 420 846 892	5 706 908
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2221 Handelsregisteramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 990 600		2 990 600	1 814 085	- 1 176 515
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 220 700		- 6 220 700	- 4 698 742	1 521 958
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 479 100	- 190 000	- 7 669 100	- 7 566 049	103 051
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	32 104	32 104
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2232 Fachstelle Opferhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 10 693 000		- 10 693 000	- 9 420 631	1 272 369
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 864 900		- 864 900	- 836 065	28 835
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 85 762 400		- 85 762 400	- 85 211 366	551 034
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 500 000		- 3 500 000	-	3 500 000
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 788 400	- 148 000	- 1 936 400	- 1 923 160	13 240
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 218 600		- 7 218 600	- 6 964 517	254 083
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
2261 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 323 800		7 323 800	8 102 952	779 152
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2012 Kantonsrat (13.12.2011)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2012 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2012	Abweichung + besser, - schlechter
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 52 121 800	- 2 656 000	- 54 777 800	- 54 704 429	73 371
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 880 000	- 644 000	- 2 524 000	- 689 135	1 834 865
2291 Investitionsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	13 106 000		13 106 000	14 617 100	1 511 100
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 600 000		- 1 600 000	- 1 330 870	269 130
2292 Ausgleichsfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 87 100 000		- 87 100 000	- 87 347 632	- 247 632
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
3 Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 716 300		- 7 716 300	- 7 092 226	624 074
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 901 500		- 1 901 500	- 1 000 000	901 500
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 359 411 100		- 359 411 100	- 360 221 490	- 810 390
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 18 895 000	- 359 000	- 19 254 000	- 16 554 964	2 699 036
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	18 401 500		18 401 500	19 213 176	811 676
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 360 000		- 3 360 000	- 843 725	2 516 275
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 12 323 738		- 12 323 738	- 10 703 387	1 620 351
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 200 000		- 200 000	- 161 860	38 140
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 14 234 000		- 14 234 000	- 12 222 100	2 011 900
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 9 361 000	- 2 463 000	- 11 824 000	- 7 970 112	3 853 888
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 586 086 130		- 586 086 130	- 577 858 211	8 227 919
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 23 420 000		- 23 420 000	- 17 036 492	6 383 508
3910 Sportfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 403 600		- 2 403 600	2 052 275	4 455 875
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 775 000		- 2 775 000	- 2 786 706	- 11 706
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	10 000		10 000	341 158	331 158
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4 Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 075 335		- 2 075 335	- 1 157 735	917 600
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 932 973	- 307 000	- 8 239 973	- 8 120 589	119 384
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 005 400		- 1 005 400	- 260 022	745 378
4300 Amt für Tresorerie					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 831 320		- 831 320	- 835 323	- 4 003
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 60 000		- 60 000	- 59 763	237
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 155 530 300		- 155 530 300	- 154 922 445	607 855
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 126 200		- 3 126 200	- 1 626 481	1 499 719
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 17 899 952		- 17 899 952	- 16 179 371	1 720 581
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	- 9 270	- 9 270
4600 Direktionsübergreifende Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 534 700		- 6 534 700	- 5 567 667	967 033
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	- 90 081	- 90 081
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	256 000		256 000	792 223	536 223
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 900 000		- 900 000	- 149 688	750 312

Abrechnung Budgetkredite	Budget 2012	Veränderungen	Budget 2012 mit	Rechnung 2012	Abweichung
in Franken	Kantonsrat	Nachtragskredite	Nachtragskrediten		+ besser,
	(13.12.2011)	und Kreditüber-	und Kreditüber-		- schlechter
		tragungen	tragungen		
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 327 892 000		6 327 892 000	6 577 191 573	249 299 573
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 200 000		- 2 200 000	- 2 656 241	- 456 241
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	188 950 000		188 950 000	330 825 839	141 875 839
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 20 000 000		- 20 000 000	- 5 379 935	14 620 065
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	589 894 909		589 894 909	223 568 416	- 366 326 493
Budgetkredit Investitionsrechnung	256 200 000		256 200 000	-	- 256 200 000
4960 Interkantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 428 002 591		- 428 002 591	- 432 568 824	- 4 566 233
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	-	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 101 732 863		- 101 732 863	- 22 004 065	79 728 798
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5 Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 908 100		- 3 908 100	- 3 217 644	690 456
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5205 Amt für Verkehr (AFV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 105 246 100		- 105 246 100	- 107 648 522	- 2 402 422
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 56 362 000		- 56 362 000	- 44 676 701	11 685 299
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 275 058 600		- 275 058 600	- 260 834 791	14 223 809
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 46 734 200	- 500 000	- 47 234 200	- 42 053 037	5 181 163
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 700 000		- 10 700 000	- 6 959 963	3 740 037
5920 Verkehrsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	16 629 000		16 629 000	27 451 197	10 822 197
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 238 144 000		- 238 144 000	- 114 127 774	124 016 226
5921 Flughafenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	8 727 600		8 727 600	9 539 701	812 101
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5925 Strassenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	63 230 500		63 230 500	64 187 930	957 430
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6 Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 24 818 000		- 24 818 000	- 19 724 302	5 093 698
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 850 000		- 850 000	- 464 915	385 085
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 17 161 500		- 17 161 500	- 15 545 775	1 615 725
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 940 000	- 1 756 000	- 4 696 000	- 2 955 435	1 740 565
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 710 000		- 6 710 000	- 5 025 259	1 684 741
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 076 900 000		-1 076 900 000	-1 129 050 863	- 52 150 863
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 118 410 000		- 118 410 000	- 88 404 077	30 005 923

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2012 Kantonsrat (13.12.2011)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2012 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2012	Abweichung + besser, - schlechter
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 222 700 000		- 222 700 000	- 198 475 068	24 224 932
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 23 150 000	- 361 000	- 23 511 000	- 25 241 346	- 1 730 346
6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 10 909 000		- 10 909 000	- 189 379	10 719 621
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 000 000		- 10 000 000	- 11 421 484	- 1 421 484
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 322 692 000		- 322 692 000	- 315 336 974	7 355 026
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6900 Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 932 000		- 932 000	- 415 753	516 247
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6999 Lohnnachzahlungen Berufe im Gesundheitsbereich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	50 000	50 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7 Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 68 824 476	- 895 000	- 69 719 476	- 63 440 791	6 278 685
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 640 000		- 2 640 000	- 1 460 636	1 179 364
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 489 800		2 489 800	5 614 460	3 124 660
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 80 000		- 80 000	-	80 000
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 393 592 000		- 393 592 000	- 402 510 180	- 8 918 180
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 14 550 000		- 14 550 000	- 10 549 280	4 000 720
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 350 494 400	- 100 000	- 350 594 400	- 348 324 564	2 269 836
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 36 030 000	- 3 650 000	- 39 680 000	- 16 274 364	23 405 636
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 368 071 600	- 678 000	- 368 749 600	- 348 273 291	20 476 309
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 21 731 000	- 1 370 000	- 23 101 000	- 2 218 272	20 882 728
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 585 100 000		- 585 100 000	- 586 420 186	- 1 320 186
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 68 720 000		- 68 720 000	- 43 546 344	25 173 656
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 50 741 000		- 50 741 000	- 56 423 471	- 5 682 471
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 848 000		- 1 848 000	- 1 570 969	277 031
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 338 710 500	- 13 305 000	- 352 015 500	- 331 263 699	20 751 801
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 63 057 000		- 63 057 000	- 84 081 423	- 21 024 423
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 42 315 000		- 42 315 000	- 51 483 313	- 9 168 313
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7501 Jugend- und Familienhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 129 814 200		- 129 814 200	- 132 972 588	- 3 158 388
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 970 000		- 4 970 000	- 3 076 132	1 893 868
7502 Berufs- und Studienberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 16 954 000		- 16 954 000	- 16 537 526	416 474
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 300 000		- 300 000	-	300 000
7930 Berufsbildungsfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 107 000		2 107 000	12 782 047	10 675 047
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8 Baudirektion					
8000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 30 057 300		- 30 057 300	- 28 547 012	1 510 288
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 875 000		- 1 875 000	- 1 088 614	786 386

Abrechnung Budgetkredite	Budget 2012	Veränderungen	Budget 2012 mit	Rechnung 2012	Abweichung
in Franken	Kantonsrat	Nachtragskredite	Nachtragskrediten		+ besser,
	(13.12.2011)	und Kreditüber-	und Kreditüber-		- schlechter
		tragungen	tragungen		
8100 Hochbauamt (HBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 21 254 590		- 21 254 590	- 19 212 789	2 041 801
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 23 219 600		- 23 219 600	- 20 665 453	2 554 147
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 020 000		- 2 020 000	- 2 180 710	- 160 710
8400 Tiefbauamt (TBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 226 344 100		- 226 344 100	- 216 124 386	10 219 714
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 130 280 000		- 130 280 000	- 107 482 053	22 797 947
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 98 167 800		- 98 167 800	- 97 155 461	1 012 339
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 39 862 700		- 39 862 700	- 49 436 429	- 9 573 729
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 044 000	- 240 000	- 1 284 000	- 897 612	386 388
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 30 184 120	- 784 000	- 30 968 120	- 23 965 761	7 002 359
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 140 180 000		- 140 180 000	- 19 403 527	120 776 473
8710 Liegenschaftenerfolg					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 340 160		- 5 340 160	37 087 597	42 427 757
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 62 090 700	- 925 000	- 63 015 700	- 62 855 706	159 994
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 13 590 500	- 894 000	- 14 484 500	- 9 893 438	4 591 062
8910 Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 379 100		- 4 379 100	- 2 977 344	1 401 756
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 882 000		- 4 882 000	- 2 275 744	2 606 256
8940 Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 622 900		- 622 900	816 123	1 439 023
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 9 200 000		- 9 200 000	- 7 090 346	2 109 654
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	337 100		337 100	501 777	164 677
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8960 Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 711 800		1 711 800	4 748 346	3 036 546
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8970 Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	25 400		25 400	25 422	22
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8980 Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 58 400		- 58 400	- 45 048	13 352
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2012 Kantonsrat (13.12.2011)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2012 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2012	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 9 400 000	- 165 000	- 9 565 000	- 9 457 095	107 905
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 137 900	-	- 4 137 900	- 4 117 022	20 878
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 45 229 100	-	- 45 229 100	- 31 872 681	13 356 419
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 28 971 000	-	- 28 971 000	- 2 240 763	26 730 237
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 111 729 200	-	- 111 729 200	- 106 901 737	4 827 463
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 9 327 780	-	- 9 327 780	- 5 699 265	3 628 515
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	25 606 600	- 100 000	25 506 600	34 120 391	8 613 791
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 5 307 390	- 1 621 000	- 6 928 390	- 2 695 175	4 233 215
9061 Kassationsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 853 700	-	- 2 853 700	- 1 942 725	910 975
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 158 860	-	- 6 158 860	- 5 831 745	327 115
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 200 000	-	- 200 000	- 262 267	- 62 267
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 12 920 000	-	- 12 920 000	- 12 609 232	310 768
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 300 000	-	- 300 000	-	300 000
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 181 790	-	- 4 181 790	- 3 846 742	335 048
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 288 200	-	- 2 288 200	- 1 943 592	344 608
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 162 200	-	- 1 162 200	- 1 236 550	- 74 350
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 105 000	-	- 2 105 000	- 2 080 757	24 243
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2012 Kantonsrat (13.12.2011)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2012 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2012	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 196 758 600		- 196 758 600	- 182 534 791	14 223 809
Staatsbeiträge zum Ausgleich	196 758 600		196 758 600	182 534 791	- 14 223 809
Gewinn (+) / Verlust (-)	-		-	-	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	- 112 926	- 112 926
9510 Universitätsspital Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 239 877 000		- 239 877 000	- 264 217 249	- 24 340 249
Staatsbeiträge zum Ausgleich	239 877 000		239 877 000	264 217 249	24 340 249
Gewinn (+) / Verlust (-)	- 2 000		- 2 000	1 190 242	1 192 242
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 50 000 000	- 5 000 000	- 55 000 000	- 43 239 566	11 760 434
9520 Kantonsspital Winterthur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 97 276 000		- 97 276 000	- 102 595 144	- 5 319 144
Staatsbeiträge zum Ausgleich	97 276 000		97 276 000	102 595 144	5 319 144
Gewinn (+) / Verlust (-)	10 283 000		10 283 000	22 176 634	11 893 634
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 21 855 000	- 8 758 000	- 30 613 000	- 19 478 672	11 134 328
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 588 100 000		- 588 100 000	- 591 849 660	- 3 749 660
Staatsbeiträge zum Ausgleich	588 100 000		588 100 000	588 300 000	200 000
Gewinn (+) / Verlust (-)	-		-	- 3 549 660	- 3 549 660
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 40 900 000		- 40 900 000	- 43 923 024	- 3 023 024
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 27 761 000		- 27 761 000	- 27 421 723	339 277
Staatsbeiträge zum Ausgleich	27 761 000		27 761 000	27 729 600	- 31 400
Gewinn (+) / Verlust (-)	-		-	307 877	307 877
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 310 000		- 2 310 000	- 2 413 699	- 103 699
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 148 172 000	- 10 800 000	- 158 972 000	- 139 549 647	19 422 353
Staatsbeiträge zum Ausgleich	148 172 000		148 172 000	140 661 000	- 7 511 000
Gewinn (+) / Verlust (-)	-		-	1 111 353	1 111 353
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 600 000	- 1 230 000	- 11 830 000	- 10 316 857	1 513 143
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 79 985 000		- 79 985 000	- 75 798 077	4 186 923
Staatsbeiträge zum Ausgleich	79 985 000		79 985 000	80 639 783	654 783
Gewinn (+) / Verlust (-)	-		-	4 841 706	4 841 706
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 400 000		- 2 400 000	- 2 035 803	364 197
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 105 895 000	- 2 505 000	- 108 400 000	- 105 146 285	3 253 715
Staatsbeiträge zum Ausgleich	105 895 000		105 895 000	105 905 000	10 000
Gewinn (+) / Verlust (-)	-		-	758 715	758 715
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 000 000		- 2 000 000	- 2 551 896	- 551 896
9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	501 845	501 845
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	233 600 000		233 600 000	966 827 886	733 227 886
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	3 400 000	3 400 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 5 976 889 zulasten der Rechnung 2012. Für das Jahr 2011 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 4 282 500. Diese hat der Kantonsrat am 9. Juli 2012 mit dem Geschäftsbericht 2011 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen; Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2011	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
1000 Regierungsrat u. Staatskanzlei	0	501 714	-14 853	0	486 861	-14 853
2201 Generalsekretariat JI	21 000	374 072	-40 288	49 000	382 784	8 712
2204 Strafverfolgung Erwachsene	0	2 465 007	-650 237	0	1 814 770	-650 237
2205 Jugendstrafrechtspflege	0	94 531	0	0	94 531	0
2206 Amt für Justizvollzug	0	2 893 090	0	315 000	3 208 090	315 000
2207 Amt für Gemeinden	0	32 250	-32 250	0	0	-32 250
2221 Handelsregisteramt	0	323 737	0	0	323 737	0
2223 Statistisches Amt	5 000	157 914	-35 823	26 000	148 091	-9 823
2224 Staatsarchiv	0	243 973	-86 991	0	156 982	-86 991
2232 Fachstelle Opferhilfe	15 000	25 177	-5 314	13 000	32 863	7 686
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau	11 000	23 347	-2 427	0	20 920	-2 427
2234 Fachstelle Kultur	17 000	19 774	0	19 000	38 774	19 000
2241 Fachstelle für Integrationsfragen	8 000	23 932	-3 489	10 000	30 444	6 511
2251 Bezirksräte	40 000	295 785	-54 301	53 000	294 483	-1 301
2261 Statthalterämter		159 168	-42 325	100 000	216 843	57 675
3000 Generalsekretariat DS	20 000	20 000	-17 798	20 000	22 202	2 202

Leistungsgruppe	Bildung von Rück- lagen 2011	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
3100 Kantonspolizei	500 000	2 047 000	0	0	2 047 000	0
3200 Strassenverkehrsamt	300 000	625 392	-429 990	250 000	445 401	-179 990
3300 Migrationsamt	50 000	112 889	-86 436	70 000	96 453	-16 436
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	30 000	31 241	-31 129	40 000	40 112	8 871
3500 Sozialamt	0	230 997	-12 197	50 000	268 800	37 803
4000 Generalsekretariat FD	9 800	79 716	-9 858	9 000	78 858	-858
4100 Finanzverwaltung	18 000	232 144	-10 273	16 000	237 871	5 727
4300 Amt für Tresorerie	0	17 406	-6 149	0	11 257	-6 149
4400 Steuern Betriebsteil	0	1 873 262	0	0	1 873 262	0
4500 Personalamt	0	286 682	0	0	286 682	0
4600 Direktionsübergreifende Informatik	0	7 297	0	0	7 297	0
4700 Drucksachen und Material	0	410 613	0	0	410 613	0
5000 Generalsekretariat VD	0	83 148	-17 706	0	65 442	-17 706
5205 Amt für Verkehr	0	218 320	-22 652	0	195 668	-22 652
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	100 000	1 965 113	-181 444	0	1 783 669	-181 444
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	150 000	601 244	-122 511	110 000	588 733	-12 511
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	81 000	674 328	-47 706	47 000	673 622	-706
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	100 000	180 606	-61 482	50 000	169 124	-11 482
6400 Psychiatrische Versorgung	527 751	807 540	-519 210	3 592 000	3 880 330	3 072 790
7000 Bildungsverwaltung	0	883 000	0	0	883 000	0
7301 Mittelschulen	0	6 988 556	0	0	6 988 556	0
7306 Berufsbildung	0	1 000 000	0	0	1 000 000	0
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	4 000 000	0	0	4 000 000	0
8000 Generalsekretariat BD	50 000	427 428	-12 355	0	415 073	-12 355
8100 Hochbauamt	100 000	368 821	0	0	368 821	0
8300 Amt für Raumentwicklung	0	359 600	0	0	359 600	0
8400 Tiefbauamt	0	1 387 997	-167 170	0	1 220 827	-167 170

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2011	Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011	Auflösung 2012	Antrag Bildung 2012 (verbucht 2013)	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	100 000	768 507	-71 382	0	697 124	-71 382
8700 Immobilienamt	50 000	308 500	-32 113	0	276 387	-32 113
8800 Amt für Landschaften und Natur	100 000	733 473	-119 071	0	614 402	-119 071
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	0	22 719	0	0	22 719	0
9020 Finanzkontrolle	20 000	107 200	-23 000	0	84 200	-23 000
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	350 000	852 869	-626 498	400 000	626 371	-226 498
9040 Bezirksgerichte	254 700	2 041 860	-481 839	450 000	2 010 021	-31 839
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	200 000	783 548	-157 000	200 000	826 548	43 000
9061 Kassationsgericht	0	70 870	-70 870	0	0	-70 870
9063 Verwaltungsgericht*	0	213 056	-35 054	-3 379	174 623	-38 433
9064 Sozialversicherungsgericht	0	269 587	0	0	269 587	0
9065 Baurekursgericht	0	213 359	-16 649	0	196 710	-16 649
9066 Steuerrekursgericht	7 000	103 702	-21 642	21 000	103 060	-642
9070 Ombudsmann	0	13 039	0	0	13 039	0
9071 Datenschutzbeauftragter	25 000	34 912	0	8 000	42 912	8 000
Total Verwaltung	3 310 251	40 091 012	-4 379 483	5 914 621**	41 626 148	1 535 138
9300 Zürcher Verkehrsverbund	0	267 707	0	0	267 707	0
Total Verwaltung und unselbständige Anstalten	3 310 251	40 358 719	-4 379 483	5 914 621**	41 893 855	1 535 138

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen. Die Beträge in den Spalten „Bildung von Rücklagen 2011“, „Bestand 31.12.2011 plus Bildung 2011“ und „Auflösung 2012“ sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

*Das Verwaltungsgericht beantragt die Bildung neuer Rücklagen in Höhe von Fr. 58 889. Gleichzeitig werden Rücklagen in Höhe von Fr. 62 268 ausserordentlich aufgelöst, was zu einem negativen Saldo von Fr. 3379 bei der Bildung neuer Rücklagen 2012 führt. Vgl. Begründungen in der Berichterstattung der Leistungsgruppe.

**Der Betrag für die Bildung von Rücklagen ist netto abgebildet. Neben den Anträgen zur Rücklagenbildung umfasst er die Rücklagenauflösung der Leistungsgruppe 9063, Verwaltungsgericht, in Höhe von Fr. 62 268.

Die Leistungsgruppen beantragen für 2012 Rücklagen von 6,0 Mio. Franken. Sie werden erst im 2013 - nach Genehmigung durch den Kantonsrat - verbucht. Gleichzeitig löst das Verwaltungsgericht Rücklagen von Fr. 62 268 auf. Diese ausserordentliche Auflösung wird ebenfalls 2013 verbucht. Per Saldo beträgt die in der Tabelle ausgewiesene beantragte Rücklagenbildung daher 5,9 Mio. Franken. Zudem wurden von den Leistungsgruppen im 2012 Rücklagen in Höhe von 4,4 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft stieg der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2012 einschliesslich der beantragten Bildung um rund 1,5 Mio. Franken oder 4% auf 41,9 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus aufgelösten Rücklagen Sachaufwendungen von mehr als Fr. 50 000 vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag Fr.
2204 Straerverfolgung Erwachsene	Nicht budgetierte Projektkosten RIS2 (Rechtsinformationssystem)	625 000
2224 Staatsarchiv	Jubiläum "175 Jahre Staatsarchiv"	86 991
3200 Strassenverkehrsamt	Förderung des Fahrsicherheitsverhaltens	89 300
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	AWA-Mitarbeiteranlass vom 24. Mai 2012	135 360
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Firmenbroschüre KAZ	56 782
6400 Psychiatrische Versorgung	Mobiliarkauf PUK für Standort Rheinau	300 000
6400 Psychiatrische Versorgung	Personalanlässe PUK	219 210
8800 Amt für Landschaft und Natur	Teamentwicklung	102 651
9061 Kassationsgericht	Restliche Rücklagen zugunsten des Eigenkapitals aufgelöst.	69 170
9063 Verwaltungsgericht	Budgetkredit Investitionsrechnung um Fr. 62 268 überschritten. Deshalb Auflösung Rücklagen in gleicher Höhe.	62 268

Gewinnverwendung

Die selbstständigen Anstalten legen dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor (vgl. § 50 Abs. 3 FCV). Die Verwendung der Gewinne 2012 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht. Die folgende Tabelle zeigt die Anträge der selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

Leistungsgruppe	Antrag auf Gewinnverwendung (in Fr.)
9510 Universitätsspital Zürich	1 190 242.00
9520 Kantonsspital Winterthur	22 176 634.00
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	1 111 352.51
9720 Zürcher Hochschule der Künste	4 841 706.28
9740 Pädagogische Hochschule	758 715.00
Total Gewinnverwendung	30 078 649.79

Leistungsgruppe	Antrag auf Verlustdeckung (in Fr.)
9600 Universität Zürich	-3 549 659.94
Total Verlustdeckung	-3 549 659.94



Beilagen zum Finanzbericht

Kreditübertragungen	670
Bewilligte Kreditüberschreitungen	674
Entwicklung der letzten acht Jahre	676
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	679
Tabellen zu 2012	684
Mehrjahresvergleiche	692
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	701

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe "Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung" gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.
- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher ist als Fr. 100 000 (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2013 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 95 Kreditübertragungen (Vorjahr: 80) bewilligt, davon 39 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 14,7 Mio. Franken (Vorjahr: 43 Kreditübertragungen über 21,2 Mio. Franken) und 56 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 147,7 Mio. Franken (Vorjahr: 37 Kreditübertragungen über 30,6 Mio. Franken).

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
Erfolgsrechnung		
1000 Staatskanzlei	E-Government-Projekte	+250 000
2201 Generalsekretariat JI	Umsetzung HR-Strategie	+190 000
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Klosterkirche Rheinau, Sanierung Deckengewölbe	+73 000
4100 Finanzverwaltung	Organisationsentwicklung CC SAP	+50 000
	GRC dipsIN / Mammut	+50 000
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	Cluster Management	+290 000
7000 Bildungsverwaltung	Schulärztlicher Dienst (Optimierung und Reorganisation)	+62 000
	„Chance Sek“ (Kompetenzorientiertes Unterrichten und Beurteilen, Vorarbeiten Einführung Lehrplan 21)	+75 000
	Englisch ST Neuausrichtung, Lehrmittel und Lehrmitteleinführung Voices (NQES)	+120 000
	Beurteilungsinstrumente KiDiT, wortgwandt und SSI Daz, Weiterentwicklung Spielgruppe +	+50 000

Beilagen zum Finanzbericht

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
	Projekt Lehrmittelpolitik	+70 000
	Fremdsprachenlernen, neue Lehrmittel, Beiträge an LMV	+150 000
	WB-Angebote Neugestaltung 3. Sek	+123 000
	Kantonale CI/CD für Schulen der Sekundarstufe II	+59 000
7301 Mittelschulen	Zentrale Koordinationsstelle: Einführung der Fachmaturität Pädagogik	+100 000
	Kantonsschule Wiedikon: Vorabklärungen zur Instandsetzung Schrennengasse	+500 000
	Kantonsschule Limmattal: Vorabklärungen zu Neubau Aula mit Turnhallen	+400 000
7306 Berufsbildung	Zentrale Koordinationsstelle: Evaluation der statistischen Daten zu Lehrvertragsauflösungen	+80 000
	Zentrale Koordinationsstelle: Umsetzung eidgenössischen Rahmenlehrplan Berufsmaturität in kantonalen Schullehrplan Berufsmaturität	+90 000
	Zentrale Koordinationsstelle: Zweisprachiger Unterricht an Berufsfachschulen	+100 000
	Berufsschule Mode und Gestaltung: Vorabklärung zur Gesamtsanierung	+150 000
	Berufsbildungsmeile: Vorabklärung für Folgenutzung	+230 000
	Berufsbildungsmeile: Vorabklärung für Nachfolgenutzung	+500 000
	Gewerbliche Berufsschule Wetzikon: Vorabklärungen zur Gesamtsanierung	+300 000
	Berufsschule Rüti: Vorabklärungen Erweiterung Mehrzweckraum/Aula	+50 000
	Berufsschule Dietikon: Vorabklärungen zur Gesamtsanierung	+180 000
	Allgemeine Berufsschule Zürich: Erneuerung der Informatikinfrastruktur	+68 000
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	F&E	+155 000
	Lehre	+840 000
	Zentrums-, Kompetenzaufbau / Führungsausbildung	+315 000
	Strategie / Kunden DL	+1 262 000
	Infrastruktur & Systeme	+4 939 000
8300 Amt für Raumentwicklung	Langfristige Raumentwicklungsstrategie	+426 000
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Evaluation Verwertungsregel 2005	+100 000
	Gefahrenkarte	+200 000
	Umsetzung Gewässerschutzgesetz (GSchG)	+400 000
	Chriesbach, Dübendorf, Aufwertung	+300 000
8700 Immobilienamt	Überprüfung Immobilienmanagement	+745 000
	Erdbebensicherheit (RRB 240/2012)	+645 000
Summe Erfolgsrechnung		+14 687 000

Leistungsgruppe		Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
Investitionsrechnung			
2206	Amt für Justizvollzug	Umbau und Erweiterung Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon	+950 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Sanierung Türme Grossmünster	+334 000
3100	Kantonspolizei	Ausbildungsgebäude Waffenplatz Zürich-Reppischtal (Polar 2)	+900 000
		Kripo-Gebäude, Zeughausstr. 11/21, Zürich, Bauliche Brandschutzmassnahmen	+314 000
		Militärkasernen 49, Zürich, Studiensaal Zürcher Polizeischule (ZHPS)	+463 000
		Militärkasernen 49, Zürich, Lagezentrum	+374 000
		Polizeikasernen 29, Zürich, Sanierung Elektro-Installationen	+103 000
		Seepolizei, Ersatz Patrouillenschiff	+150 000
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum, Andelfingen	+2 540 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Sanierung Trinkwassernetz	+1 386 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Gebäude E, Erstellung Personalgarderobe	+246 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Flachdachsanierung	+200 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Neubau Schlafräum Wache	+72 000
		Zeughaus, Zürich, Gebäude B, Fassadensanierung EG, Südwest	+276 000
		Zeughaus, Zürich, Gebäude B, Umnutzung Liftschacht Warenlift	+200 000
		Zeughaus, Zürich, Gebäude B, Sanierung technische Infrastruktur	+192 000
		Ausbildungszentrum Andelfingen, Schulungsgebäude, Erneuerung WC-Anlagen	+90 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Sanierung Berg-/Stierlibergstrasse	+877 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Fussgängerbrücke Reppisch	+450 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Sanierung Hangrutsche/Drainage	+100 000
		<i>Pauschale Korrektur:</i>	<i>-2 776 000</i>
3500	Kantonales Sozialamt	Embrach, Römerweg 5 und 21, Asylwesen, Gebäudesanierung	+599 000
4100	Finanzverwaltung	SAP-Systemoptimierung	+600 000
7000	Bildungsverwaltung	Informatik: Client-Ersatzbeschaffungen	+200 000
7301	Mittelschulen	Kantonsschule Freudenberg/Enge: Fassadensanierung	+1 500 000
		Kantonsschule Freudenberg/Enge: Behindertengerechte Umbauten	+1 400 000
		Kantonsschule Im Lee: Massnahmenpaket Instandsetzung Gesamtanlage	+1 000 000

Beilagen zum Finanzbericht

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
	Kantonsschule Büelrain: Ersatz- und Ergänzungsbau	+2 200 000
	Kantonsschule Uster /Bildungszentrum Uster: Neubau und Sanierung Altbauten	+12 000 000
	Kantonsschule Limmattal: Neubau Aula mit Turnhallen	+300 000
	Kantonsschule Zürich Nord: Sanierung Unterniveaugarage	+800 000
	Kantonsschule Zürich Nord: Gesamt-sanierung	+500 000
7306 Berufsbildung	Berufsbildungsschule Winterthur: Aufstockung Turnhallen	+1 000 000
	Berufsbildungszentrum Zürichsee: Gesamt-sanierung Altbau und Erweiterung	+1 900 000
	Berufsschule für Detailhandel: Flachdachsanierung 7. Etage	+1 100 000
	Berufsbildungsmeile: Sanierung für Folgenutzung Berufsfachschulen	+500 000
	Berufsfachschule Dietikon: Anschaffung und Installation von Digital Presentern	+200 000
	Allgemeine Berufsschule Zürich: Erneuerung der Informatik-Infrastruktur	+220 000
8000 Generalsekretariat BD	DMS/ECM in der BD	+550 000
	Weiterentwicklung Uplus im AWEL	+200 000
8700 Immobilienamt	PJZ-Landkauf (KRB 3941/2003)	+100 000 000
	Rheinau, Instandsetzung Kanalisation (BD Verfügung 28.02.2012)	+400 000
8800 Amt für Landschaft und Natur	Strickhof: IT-Projekt Intranet (TAM) und Moodle	+50 000
	Strickhof: IT-Projekt Beschaffung Stundenplan- und Mitteilungsbildschirme	+50 000
9510 Universitätsspital Zürich	Ersatz Fluidmanagementsysteme	+1 810 000
	Ersatz Mieterausbau im Zusammenhang mit Zwischensanierung Pathologie	+1 212 000
	Geräteersatz Zentralsterilisation	+1 350 000
	Beschaffung Intraoperative Bildgebung Kieferchirurgie	+450 000
	Ersatz Skelett-Röntgenanlage	+250 000
	Ersatz Serverräume	+3 800 000
9520 Kantonsspital Winterthur	Beschaffung Patient Data Management System (PDMS) für Zentrum für Intensivmedizin (ZIM)	+400 000
	Beschaffung Magnetresonanztomograph (MRI) 1.5T Ingenia	+1 800 000
	Beschaffung Upgrade SPECT-Computertomograph (SPECT-CT)	+478 000
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	Laboranlagen Dept. Life Sciences: AquaponicLab 2012	+50 000
	Laboranlagen Dept. Life Sciences: Test- und Versuchsanlage Solaranlage	+220 000
	ICT Applikationen	+630 000
	Mobiliar Standort Winterthur/Wädenswil	+500 000
Summe Investitionsrechnung		+147 660 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im 2012 vier Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 67,3 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden zwei Kreditüberschreitungen von 32,1 Mio. Franken bewilligt.

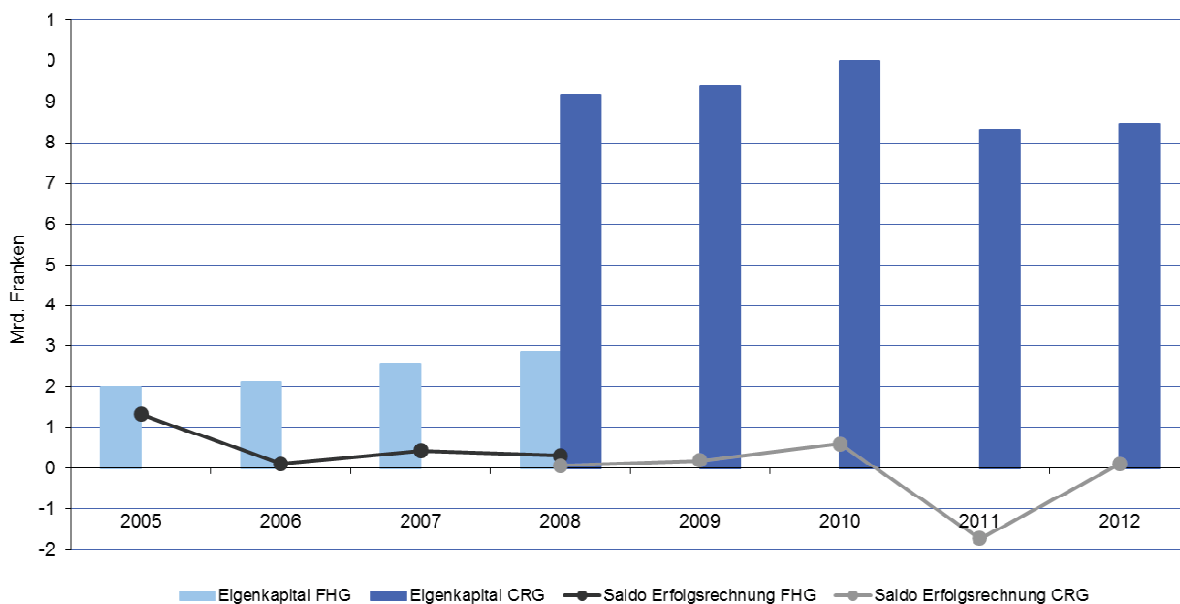
Bewilligte Kreditüberschreitungen (in Franken)

Erfolgsrechnung			Bewilligte Kreditüber- schreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2012
4960	Interkantonaler Finanzausgleich	Rückwirkende Fehlerkorrektur bei der Berechnung des Ressourcenausgleichs (Korrektur des Alpha-Faktors von 0,7 auf 0,8 erhöht das massgebliche Vermögen der natürlichen Personen), dadurch um 4,9 Mio. Franken höhere Zahlung in den Ressourcenausgleich 2012.	4 853 432	-4 566 233
5925	Strassenfonds	Korrektur der 2011 erfolgten Fehlbuchungen im Rahmen der Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen (-10,5 Mio.) sowie höhere Beiträge an den Strassenunterhalt der Städte Zürich und Winterthur (-3,0 Mio.). Teilweise Kompensation durch Mehreinnahmen bei den Verkehrsabgaben (+7,8 Mio.).	5 700 000	+957 430
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Aus der Umwandlung der bisherigen Investitionsbeiträge in Darlehen gemäss Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz ergeben sich Darlehen in Umfang von rund 700 Mio. Franken. Die Differenz zum Buchwert der bisherigen Investitionsbeiträge ist über eine Wertberichtigung auszubuchen.	53 000 000	-52 150 863

7501	Kinder- und Jugendhilfe	Mehraufwand für Stipendien infolge höherer Gesuchszahlen und Elternfreibeiträge.	3 734 532	-3 158 388
Total Erfolgsrechnung			67 287 964	
Investitionsrechnung				
8300	Amt für Raumentwicklung	Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Vermessungswerke der Gemeinden aufgrund von mehr und höheren Operatsabschlüssen im letzten Quartal 2012.	160 710	-160 710
8500	AWEL	Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gebäudehüllen im Rahmen des nationalen Förderprogramms im Bereich Energie.	31 900 000	-9 573 729
Total Investitionsrechnung			32 060 710	
Bewilligte Kreditüberschreitungen total			99 348 674	

1. Entwicklung der letzten acht Jahre

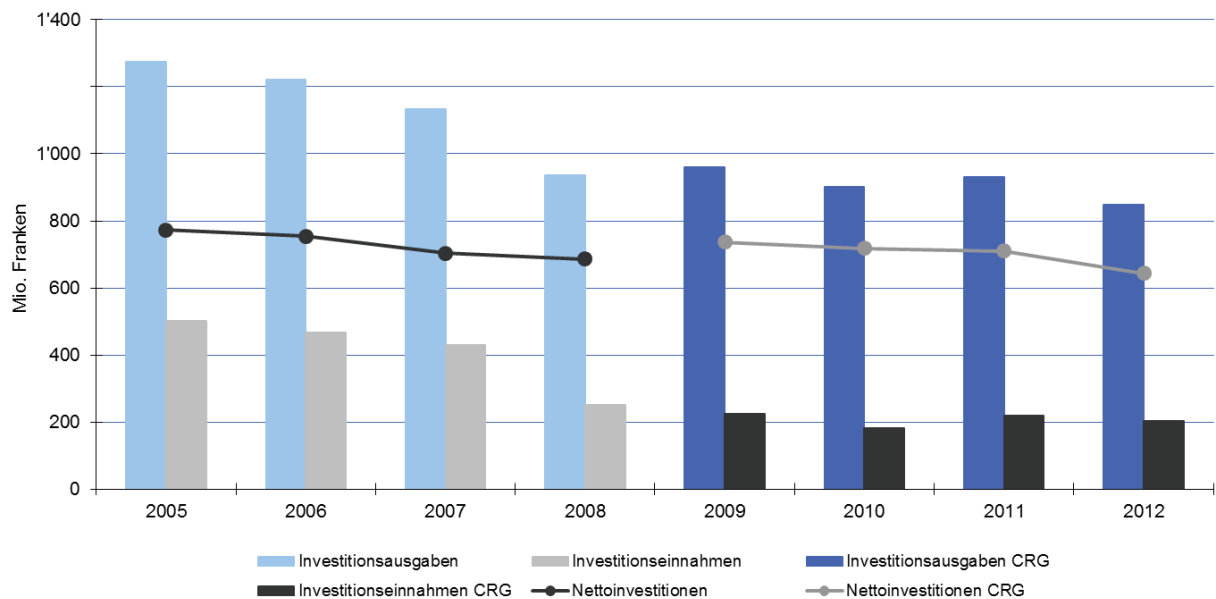
1.1. Saldo Erfolgsrechnung



Der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung 2005 bis 2012 beträgt 1368 Mio. Franken oder durchschnittlich rund 170 Mio. Franken pro Jahr. In diesem Wert ist für 2008 die vom Kantonsrat genehmigte Rechnung gemäss FHG (HRM) mit einem Ertragsüberschuss von 315 Mio. Franken berücksichtigt. Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im Umfang von 2,6 Mrd. Franken im 2011 nicht in den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung 2005 bis 2012 eingerechnet. Er fällt deshalb deutlich besser aus als der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung.

Der Bestand an Eigenkapital konnte von 2005 bis 2008 fortwährend erhöht werden. Die neue Rechnungslegung gemäss CRG (IPSAS) hatte zur Folge, dass der Eigenkapitalbestand sprunghaft zunahm: Das Restatement der Bilanz 2008 führte zu einem Neubestand des Eigenkapitals von knapp 9,2 Mrd. Franken anstelle von rund 2,9 Mrd. Franken gemäss FHG. 2009 und 2010 nahm das Eigenkapital um weitere 850 Mio. Franken zu. Im 2011 kam es als Folge der Rückstellung für die Sanierung der BVK zu einer deutlichen Abnahme um rund 1,7 Mrd. Franken. Dank des positiven Rechnungsabschlusses im 2012 konnte der Trend des steigenden Eigenkapitalbestands wieder fortgesetzt werden, das Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 133 Mio. Franken auf 8,4 Mrd. Franken.

1.2. Nettoinvestitionen (ohne Darlehen und Beteiligungen)

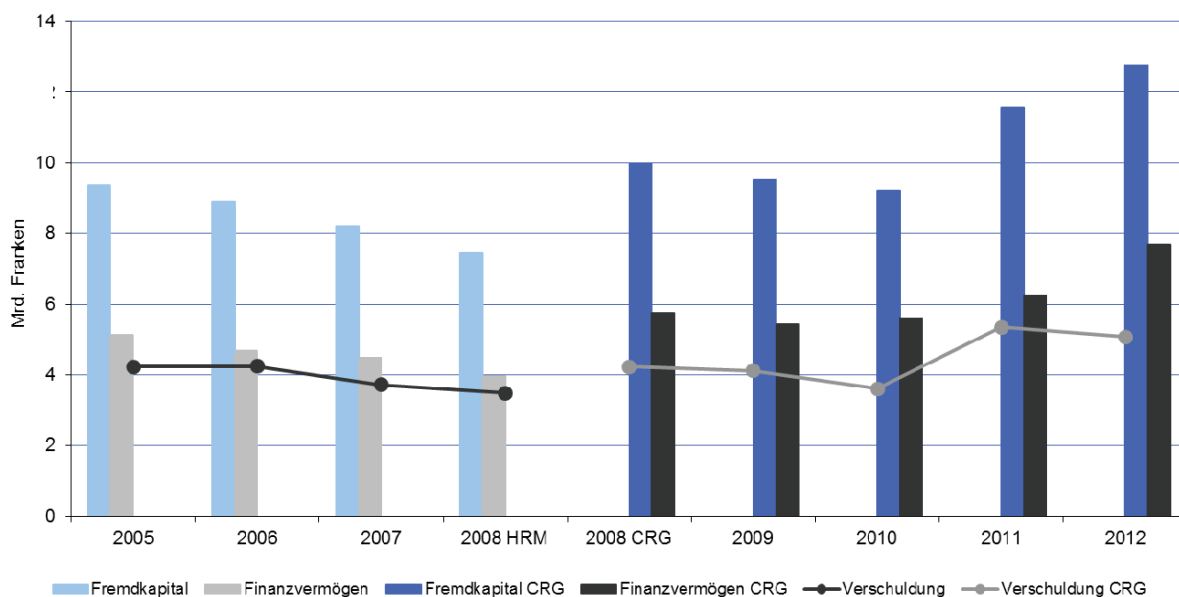


Im Diagramm sind die Investitionsausgaben ohne Darlehen und Beteiligungen, die Investitionseinnahmen ohne Rückzahlung von Darlehen und Übertragung von Beteiligungen dargestellt. Für 2005-2008 sind die Investitionen gemäss FHG, ab 2009 gemäss CRG dargestellt. Im Gegensatz zu den Investitionen gemäss FHG beinhalten die Investitionen gemäss CRG zusätzlich die Nettoinvestitionen der Anstalten von jährlich rund 100 Mio. Franken.

Den höchsten Wert in den letzten acht Jahren erreichten die Nettoinvestitionen im Jahr 2005 mit rund 770 Mio. Franken. Durchschnittlich betragen die Nettoinvestitionen zwischen 2005 und 2012 rund 715 Mio. Franken. Im Berichtsjahr 2012 belaufen sich die Nettoinvestitionen ohne Darlehen und Beteiligungen auf 643 Mio. Franken: Investitionsausgaben von 847 Mio. Franken stehen Investitionseinnahmen von 204 Mio. Franken gegenüber. Im Achtjahresvergleich befinden sich sowohl die Nettoinvestitionen als auch die Investitionsausgaben des laufenden Jahres (jeweils ohne Darlehen und Beteiligungen) auf einem Tiefststand.

Legt man den Nettoinvestitionen sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen zugrunde (also einschliesslich Darlehen und Beteiligungen), ergibt sich aus dem Rechnungsergebnis 2012 ein Selbstfinanzierungsgrad von 137%. Das bedeutet, dass die Nettoinvestitionen vollständig über den Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung und die Abschreibungen finanziert und darüber hinaus die Verschuldung leicht abgebaut werden konnte.

1.3. Verschuldung der letzten acht Jahre



Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung sind vom Fremdkapital die passivierten Investitionsbeiträge und das Finanzvermögen abzuziehen. Das Finanzvermögen setzt sich aus jenen Vermögenswerten zusammen, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Das Restatement der Bilanz 2008 hatte eine Erhöhung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung zur Folge. Die Verschuldung erhöhte sich dadurch von 3,5 Mrd. Franken (gemäss FHG) auf 4,2 Mrd. Franken (gemäss CRG). Von 2005 bis 2010 verringerte sich – von der Anpassung an die neue Rechnungslegung im 2008 abgesehen – die Verschuldung, stieg aber 2011 wegen der Rückstellungen für die BVK-Sanierung deutlich von 3,6 auf 5,3 Mrd. Franken. Im laufenden Jahr kann die Verschuldung wiederum um 268 Mio. Franken auf 5,1 Mrd. Franken gesenkt werden. Dieser Effekt ergibt sich aus dem Umstand, dass im 2012 gegenüber dem Vorjahr das Finanzvermögen (+1,5 Mrd. Franken) stärker gewachsen ist als das Fremdkapital (+1,2 Mrd. Franken).

Für die Herleitung einer „angemessenen Verschuldung“ kann nicht auf objektive Kriterien abgestellt werden. Während eine tiefe Verschuldung finanzpolitisch wenig Fragen aufwirft, belastet eine hohe Verschuldung die heutigen Steuerzahler, birgt aufgrund der Zinssatzschwankungen ein Risiko und schränkt den Handlungsspielraum kommender Generationen ein. Deshalb darf die Verschuldung unsere Nachkommen nur in dem Mass belasten, in dem ihnen mit Investitionen ein entsprechender Nutzen weiter gegeben wird. Der Kanton lässt seine Qualität als Schuldner von Standard & Poor's prüfen und hat bisher stets die Bestnote AAA erhalten. Im Ratingbericht 2012 wird die Verschuldung trotz BVK-Sanierung als weiterhin bescheiden bezeichnet.

Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

Im Rahmen der aktuellen Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wurde auch die Methodik der Kennzahlenberechnung angepasst. Die im HRM2 empfohlenen Kennzahlen sind auch für den Kanton Zürich berechnet und im Geschäftsbericht dargestellt.

Zur Beurteilung der Finanzlage sollen folgende Finanzkennzahlen (1. Priorität) herangezogen werden (alphabetische Reihenfolge):

- Nettoverschuldungsquotient,
- Selbstfinanzierungsgrad,
- Zinsbelastungsanteil.

In 2. Priorität oder für einzelne Teilbereichs-Analysen sollen auch die folgenden Finanzkennzahlen herangezogen werden (alphabetische Reihenfolge):

- Bruttoverschuldungsanteil,
- Investitionsanteil,
- Kapitaldienstanteil,
- Nettoschuld in Franken pro Einwohner,
- Selbstfinanzierungsanteil.

Unter der Leitung des Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS) ist die Methodik der Kennzahlenberechnung im Jahr 2012 angepasst worden. Die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) hat der überarbeiteten Fachempfehlung 18 „Finanzkennzahlen“ am 25. Januar 2013 zugestimmt. Die Berechnung der Kennzahlen erfolgt im Geschäftsbericht 2012 nach den neuen Definitionen. Die Kennzahlen sind auch rückwirkend für die Jahre 2009-2011 nach der neueren Methodik berechnet worden, weshalb sie nur bedingt mit den Kennzahlen in den Geschäftsberichten 2009 bis 2011 verglichen werden können.

Nebst diesen im HRM2 empfohlenen Kennzahlen werden wichtige Finanzgrössen des Kantons Zürich als prozentuale Entwicklung zum Startwert 2009 ausgewiesen. Damit können die wesentlichen Entwicklungen über die Zeit verfolgt werden.

In der folgenden Tabelle sind die Kennzahlen des Kantons Zürich dargestellt.

Tabelle: Kennzahlen 2009-2012 des Kantons Zürich

		2009	2010	2011	2012
Entwicklung Aufwand*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.7	126.6	114.3
Entwicklung Ertrag	(in %, 2009 = 100%)	100.0	105.9	110.9	113.4
Entwicklung Staatssteuern	(in %, 2009 = 100%)	100.0	108.9	116.5	112.6
Entwicklung Investitionsausgaben	(in %, 2009 = 100%)	100.0	94.4	94.2	82.3
Entwicklung Konsolidierte Gesamtausgaben*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	101.4	125.8	112.1
Entwicklung Eigenkapital*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	106.7	88.5	89.9
Entwicklung Verschuldung*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	87.7	129.8	123.3
Entwicklung BIP CH (nominal), Stand März 2013	(in %, 2009 = 100%)	100.0	103.6	105.8	107.0
Entwicklung BIP ZH (nominal, BAK), Stand Januar 2013	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.1	104.1	104.8
Entwicklung ständige Wohnbevölkerung**	(in %, 2009 = 100%)	100.0	101.9	103.4	104.6

* Die ausgewiesenen Kennzahlen 2011 werden durch die Rückstellung 2011 für Massnahmen zur Sanierung der BVK im Umfang von 2,617 Mrd. Franken stark beeinflusst.

** kantonale Bevölkerungserhebung des statistischen Amtes des Kantons Zürich, nach zivilrechtlichem Wohnsitzbegriff, am 31. Dezember

In der folgenden Tabelle sind die Kennzahlen gemäss HRM2 ausgewiesen.

Tabelle: Kennzahlen 2009-2012 gemäss Harmonisierte Rechnungslegung HRM2

		2009	2010	2011	2012
Nettoverschuldungsquotient*	(in %)	73.2	59.3	82.6	80.8
Selbstfinanzierungsgrad*	(in %)	120.4	171.8	-149.0	137.3
Zinsbelastungsanteil	(in %)	0.8	0.6	0.6	0.6
Bruttoverschuldungsanteil	(in %)	51.0	45.2	38.4	46.0
Investitionsanteil	(in %)	8.6	7.9	6.3	6.1
Kapitaldienstanteil	(in %)	6.5	5.8	5.5	5.4
Nettoschuld I pro Einwohner*	(in Franken)	3 061	2 633	3 844	3 609
Nettoschuld II pro Einwohner*	(in Franken)	555	140	1 407	813
Selbstfinanzierungsanteil*	(in %)	7.9	10.4	-7.6	5.2

* Die ausgewiesenen Kennzahlen 2011 werden durch die Rückstellung 2011 für Massnahmen zur Sanierung der BVK im Umfang von 2,617 Mrd. Franken stark beeinflusst.

Die folgenden Definitionen, Bemerkungen, Richtwerte und Aussagen je Kennzahl sind aus dem „Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ der FDK, Ausgabe Januar 2013, entnommen. Für die detailliertere Berechnungsmethodik der Kennzahlen wird auf die Internetseite des SRS (www.srs-csppc.ch) verwiesen. Dort ist im Handbuch zum HRM2 die Fachempfehlung 18 „Finanzkennzahlen“ einsehbar.

Kennzahlen 1. Priorität (alphabetische Reihenfolge)

Nettoverschuldungsquotient							
Berechnung	$\frac{\text{Nettoschulden I}}{40 \text{ Fiskalertrag}}$						
Bemerkungen	Als Bezugsgrösse wären auch nur die direkten Steuern der natürlichen Personen (400) und die direkten Steuern der juristischen Personen (401) denkbar. Aussergewöhnliche einmalige Steuererträge (Erbchafts- und Liegenschaftsteuern u.a.) können die Aussagekraft der Kennzahl beeinträchtigen.						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 100%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>100% – 150%</td> <td>genügend</td> </tr> <tr> <td>> 150%</td> <td>schlecht</td> </tr> </table>	< 100%	gut	100% – 150%	genügend	> 150%	schlecht
< 100%	gut						
100% – 150%	genügend						
> 150%	schlecht						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber; Finanzstatistik						
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wieviel Jahrest tranchen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen.						

Selbstfinanzierungsgrad							
Berechnung	$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestitionen}}$						
Bemerkungen	Je kleiner das Gemeinwesen ist, desto grössere Schwankungen müssen bei dieser Kennzahl hingenommen werden.						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<p>Mittelfristig sollte der Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt gegen 100% sein, wobei auch der Stand der aktuellen Verschuldung eine Rolle spielt. Je nach Konjunkturlage sollte der Selbstfinanzierungsgrad betragen:</p> <table> <tr> <td>Hochkonjunktur</td> <td>> 100%</td> </tr> <tr> <td>Normalfall</td> <td>80% – 100%</td> </tr> <tr> <td>Abschwung</td> <td>50% – 80%</td> </tr> </table>	Hochkonjunktur	> 100%	Normalfall	80% – 100%	Abschwung	50% – 80%
Hochkonjunktur	> 100%						
Normalfall	80% – 100%						
Abschwung	50% – 80%						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber						
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mitteln finanzieren kann.						

Zinsbelastungsanteil							
Berechnung	$\frac{\text{Nettozinsaufwand} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$						
Bemerkungen	–						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table> <tr> <td>0% – 4%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>4% – 9%</td> <td>genügend</td> </tr> <tr> <td>> 9%</td> <td>schlecht</td> </tr> </table>	0% – 4%	gut	4% – 9%	genügend	> 9%	schlecht
0% – 4%	gut						
4% – 9%	genügend						
> 9%	schlecht						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik, Kapitalgeber						
Aussage	Die Kennzahl sagt aus, welcher Anteil des „verfügbaren Einkommens“ durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.						

Kennzahlen 2. Priorität (alphabetische Reihenfolge)

Bruttoverschuldungsanteil											
Berechnung	$\frac{\text{Bruttoschulden} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$										
Bemerkungen	–										
Einheiten	Prozent										
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 50%</td> <td>sehr gut</td> </tr> <tr> <td>50% – 100%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>100% – 150%</td> <td>mittel</td> </tr> <tr> <td>150% – 200%</td> <td>schlecht</td> </tr> <tr> <td>> 200%</td> <td>kritisch</td> </tr> </table>	< 50%	sehr gut	50% – 100%	gut	100% – 150%	mittel	150% – 200%	schlecht	> 200%	kritisch
< 50%	sehr gut										
50% – 100%	gut										
100% – 150%	mittel										
150% – 200%	schlecht										
> 200%	kritisch										
Adressat	Öffentlichkeit und Politik, Kapitalgeber										
Aussage	Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. der Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.										

Investitionsanteil									
Berechnung	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Gesamtausgaben}}$								
Bemerkungen	–								
Einheiten	Prozent								
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 10%</td> <td>schwache Investitionstätigkeit,</td> </tr> <tr> <td>10% – 20%</td> <td>mittlere Investitionstätigkeit,</td> </tr> <tr> <td>20% – 30%</td> <td>starke Investitionstätigkeit,</td> </tr> <tr> <td>> 30%</td> <td>sehr starke Investitionstätigkeit</td> </tr> </table>	< 10%	schwache Investitionstätigkeit,	10% – 20%	mittlere Investitionstätigkeit,	20% – 30%	starke Investitionstätigkeit,	> 30%	sehr starke Investitionstätigkeit
< 10%	schwache Investitionstätigkeit,								
10% – 20%	mittlere Investitionstätigkeit,								
20% – 30%	starke Investitionstätigkeit,								
> 30%	sehr starke Investitionstätigkeit								
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber								
Aussage	Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen								

Kapitaldienstanteil							
Berechnung	$\frac{\text{Kapitaldienst} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$						
Bemerkungen	–						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 5%</td> <td>geringe Belastung,</td> </tr> <tr> <td>5% – 15%</td> <td>tragbare Belastung,</td> </tr> <tr> <td>> 15%</td> <td>hohe Belastung.</td> </tr> </table>	< 5%	geringe Belastung,	5% – 15%	tragbare Belastung,	> 15%	hohe Belastung.
< 5%	geringe Belastung,						
5% – 15%	tragbare Belastung,						
> 15%	hohe Belastung.						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik, Kapitalgeber; Finanzstatistik						
Aussage	Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.						

Nettoschuld I oder II in Franken pro Einwohner											
Berechnung	I. $\frac{\text{Nettoschulden I}}{\text{Ständige Wohnbevölkerung}}$ Oder II. $\frac{\text{Nettoschulden II}}{\text{Ständige Wohnbevölkerung}}$										
Einheiten	Franken pro Einwohner										
Richtwerte*	<table border="0"> <tr> <td>< 0 CHF</td> <td>Nettovermögen</td> </tr> <tr> <td>0 – 1'000 CHF</td> <td>geringe Verschuldung</td> </tr> <tr> <td>1'001 – 2'500 CHF</td> <td>mittlere Verschuldung</td> </tr> <tr> <td>2'501 – 5'000 CHF</td> <td>hohe Verschuldung</td> </tr> <tr> <td>> 5'000 CHF</td> <td>sehr hohe Verschuldung</td> </tr> </table>	< 0 CHF	Nettovermögen	0 – 1'000 CHF	geringe Verschuldung	1'001 – 2'500 CHF	mittlere Verschuldung	2'501 – 5'000 CHF	hohe Verschuldung	> 5'000 CHF	sehr hohe Verschuldung
< 0 CHF	Nettovermögen										
0 – 1'000 CHF	geringe Verschuldung										
1'001 – 2'500 CHF	mittlere Verschuldung										
2'501 – 5'000 CHF	hohe Verschuldung										
> 5'000 CHF	sehr hohe Verschuldung										
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber; Finanzstatistik										
Aussagekraft	Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.										

* Diese Richtwerte gelten für die Nettoschulden I pro Einwohner. Sie gelten sowohl für Kantone wie auch Gemeinden, aber nur dann, wenn die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden ungefähr im Verhältnis 50% / 50% aufgeteilt sind. Ist die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden anders, verschieben sich die Richtwerte entsprechend.

Selbstfinanzierungsanteil							
Berechnung	$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$						
Bemerkungen	–						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table border="0"> <tr> <td>> 20%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>10% – 20%</td> <td>mittel</td> </tr> <tr> <td>< 10%</td> <td>schlecht</td> </tr> </table>	> 20%	gut	10% – 20%	mittel	< 10%	schlecht
> 20%	gut						
10% – 20%	mittel						
< 10%	schlecht						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber						
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihres Ertrages die öffentliche Körperschaft zur Finanzierung ihrer Investitionen aufwenden kann.						

Tabellen zu 2012

Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung 2012	Budget 2012	Rechnung 2011	Differenz R 11/12 Abs.	%
Ertrag	14 263 321 639.81	13 649 712 940.00	13 950 045 313.66	313 276 326.15	2.25
Aufwand	- 14 157 695 222.10	- 13 731 495 466.00	- 15 673 338 478.57	1 515 643 256.47	9.67
Saldo	105 626 417.71	- 81 782 526.00	- 1 723 293 164.91	1 828 919 582.62	> 100.00
Erfolgsrechnung					
3 Aufwand	- 14 157 695 222.10	- 13 731 495 466.00	- 15 673 338 478.57	1 515 643 256.47	9.67
30 Personalaufwand	- 4 782 409 413.51	- 4 663 146 945.00	- 7 369 400 905.21	2 586 991 491.70	35.10
300 Behörden, Kommissionen, Richter	- 56 985 129.06	- 58 225 290.00	- 56 040 716.09	- 944 412.97	- 1.69
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	- 2 515 745 111.96	- 2 765 298 510.00	- 2 452 626 821.64	- 63 118 290.32	- 2.57
302 Löhne Lehrkräfte	- 1 383 693 479.41	- 1 116 593 600.00	- 1 450 904 757.39	67 211 277.98	4.63
303 Temporäre Arbeitskräfte	- 16 567 858.57	- 9 168 100.00	- 15 769 009.19	- 798 849.38	- 5.07
304 Zulagen	- 29 972 271.75	- 19 906 850.00	- 19 090 598.22	- 10 881 673.53	- 57.00
305 Arbeitgeberbeiträge	- 681 203 735.24	- 531 956 513.00	- 3 300 473 970.91	2 619 270 235.67	79.36
306 Arbeitgeberleistungen	- 55 941 603.24	- 27 371 800.00	- 33 264 547.21	- 22 677 056.03	- 68.17
309 Übriger Personalaufwand	- 42 300 224.28	- 134 626 282.00	- 41 230 484.56	- 1 069 739.72	- 2.59
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 742 025 908.30	- 2 513 591 768.00	- 2 693 614 836.41	- 48 411 071.89	- 1.80
310 Material- und Warenaufwand	- 523 569 226.00	- 610 821 497.00	- 507 741 520.94	- 15 827 705.06	- 3.12
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	- 84 300 066.01	- 84 428 130.00	- 85 692 355.98	1 392 289.97	1.62
312 Ver- und Entsorgung	- 63 592 930.69	- 61 666 350.00	- 59 108 247.29	- 4 484 683.40	- 7.59
313 Dienstleistungen und Honorare	- 1 467 582 624.96	- 1 462 818 382.00	- 1 426 207 807.16	- 41 374 817.80	- 2.90
314 Baulicher Unterhalt (VV)	- 194 592 138.58	- 202 022 299.00	- 192 707 445.91	- 1 884 692.67	- 0.98
315 Unterhalt von Anlagen	- 104 543 080.30	- 95 380 150.00	- 94 436 508.09	- 10 106 572.21	- 10.70
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 162 584 070.51	- 167 802 280.00	- 156 491 932.83	- 6 092 137.68	- 3.89
317 Spesenentschädigung	- 35 322 154.56	- 26 804 000.00	- 33 647 403.22	- 1 674 751.34	- 4.98
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	- 88 218 360.92	- 99 720 500.00	- 107 273 868.65	19 055 507.73	17.76
319 Übriger Betriebsaufwand	- 17 721 255.77	297 871 820.00	- 30 307 746.34	12 586 490.57	41.53
33 Abschreibungen VV	- 482 420 591.74	- 462 796 042.00	- 501 069 372.86	18 648 781.12	3.72
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	- 454 103 659.02	- 437 221 140.00	- 477 900 899.26	23 797 240.24	4.98
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 28 316 932.72	- 25 574 902.00	- 23 168 473.60	- 5 148 459.12	- 22.22
34 Finanzaufwand	- 217 511 493.26	- 157 223 746.00	- 212 614 191.43	- 4 897 301.83	- 2.30
340 Zinsaufwand	- 138 000 285.62	- 148 569 646.00	- 138 921 347.86	921 062.24	0.66
341 Realisierte Kursverluste	- 4 697 351.28	- 616 100.00	- 23 735 954.27	19 038 602.99	80.21
342 Kapitalbeschaffungskosten	- 459 588.41	- 705 000.00	- 456 254.76	- 3 333.65	- 0.73
343 Liegenschaftsaufwand FV	- 3 870 710.10	- 5 165 000.00	- 3 797 051.29	- 73 658.81	- 1.94
344 Wertberichtigungen Finanzanlagen	- 67 743 153.92	-	- 43 191 955.82	- 24 551 198.10	- 56.84
349 Übriger Finanzaufwand	- 2 740 403.93	- 2 168 000.00	- 2 511 627.43	- 228 776.50	- 9.11
35 Einlagen in Fonds	- 65 756 731.36	- 20 483 200.00	- 71 126 126.59	5 369 395.23	7.55
350 Einlagen in Fonds des FK	- 38 305 534.00	- 3 854 200.00	- 55 473 714.99	17 168 180.99	30.95
351 Einlagen in Fonds des EK	- 27 451 197.36	- 16 629 000.00	- 15 652 411.60	- 11 798 785.76	- 75.38
36 Transferaufwand	- 5 213 950 725.00	- 5 286 441 765.00	- 4 197 364 684.72	- 1 016 586 040.28	- 24.22
360 Ertragsanteile an Dritte	- 2 462 507.00	- 2 430 000.00	- 32 431 716.05	29 969 209.05	92.41
361 Entschädigung an Gemeinwesen	- 91 357 724.22	- 86 330 000.00	- 89 434 600.86	- 1 923 123.36	- 2.15
362 Finanz- und Lastenausgleich	- 1 677 848 055.00	- 1 669 825 991.00	- 1 053 869 606.00	- 623 978 449.00	- 59.21
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	- 3 209 369 576.34	- 3 359 196 452.00	- 2 786 378 877.57	- 422 990 698.77	- 15.18
364 Wertberichtigung Darlehen VV	- 147 453.15	- 100 000.00	99 792.90	- 247 246.05	> 100.00
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	- 8 160.00	-	-	- 8 160.00	n.a.
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	- 232 757 237.29	- 168 559 322.00	- 235 349 667.14	2 592 429.85	1.10
369 Verschiedener Transferaufwand	- 12.00	-	- 10.00	- 2.00	- 20.00
37 Durchlaufende Beiträge	- 653 620 358.93	- 627 812 000.00	- 628 148 361.35	- 25 471 997.58	- 4.06
370 Durchlaufende Beiträge	- 653 620 358.93	- 627 812 000.00	- 628 148 361.35	- 25 471 997.58	- 4.06

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
4 Ertrag	14 263 321 639.81	13 649 712 940.00	13 950 045 313.66	313 276 326.15	2.25
40 Fiskalertrag	6 280 612 883.15	6 035 748 000.00	6 471 376 443.70	- 190 763 560.55	- 2.95
400 Direkte Steuern natürliche Personen	4 640 219 511.44	4 394 108 000.00	4 714 297 430.13	- 74 077 918.69	- 1.57
401 Direkte Steuern juristische Personen	1 130 845 831.57	1 141 800 000.00	1 256 897 999.88	- 126 052 168.31	- 10.03
402 Übrige direkte Steuern	204 627 474.20	200 600 000.00	197 814 950.00	6 812 524.20	3.44
403 Besitz- und Aufwandssteuern	304 920 065.94	299 240 000.00	302 366 063.69	2 554 002.25	0.84
41 Regalien und Konzessionen	201 024 725.17	81 778 000.00	373 468 065.27	- 172 443 340.10	- 46.17
410 Regalien	2 789 491.35	2 590 000.00	2 747 612.00	41 879.35	1.52
411 Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	117 097 093.00	-	292 007 925.00	- 174 910 832.00	- 59.90
412 Konzessionen und Patente	3 398 196.82	3 188 000.00	4 345 716.27	- 947 519.45	- 21.80
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	77 739 944.00	76 000 000.00	74 366 812.00	3 373 132.00	4.54
42 Entgelte	2 723 747 233.59	2 685 321 602.00	2 614 914 873.89	108 832 359.70	4.16
421 Gebühren für Amtshandlungen	315 242 291.69	298 569 700.00	341 599 083.47	- 26 356 791.78	- 7.72
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	1 105 188 006.83	1 129 165 052.00	985 261 770.56	119 926 236.27	12.17
423 Schul- und Kursgelder	138 985 044.74	133 405 400.00	132 476 543.18	6 508 501.56	4.91
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	884 072 836.04	867 156 550.00	868 351 767.72	15 721 068.32	1.81
425 Erlös aus Verkäufen	125 778 645.25	114 361 800.00	127 154 795.82	- 1 376 150.57	- 1.08
426 Rückerstattungen	73 425 472.94	51 459 000.00	75 314 620.79	- 1 889 147.85	- 2.51
427 Bussen	62 120 282.24	60 959 700.00	61 050 091.05	1 070 191.19	1.75
429 Übrige Entgelte	18 934 653.86	30 244 400.00	23 706 201.30	- 4 771 547.44	- 20.13
43 Verschiedene Erträge	310 296 770.34	261 372 563.00	294 132 010.11	16 164 760.23	5.50
430 Verschiedene betriebliche Erträge	235 444 643.06	179 072 000.00	220 824 236.61	14 620 406.45	6.62
431 Aktivierung Eigenleistung	9 581 571.45	12 321 800.00	12 266 269.28	- 2 684 697.83	- 21.89
432 Bestandesveränderung	1 167 943.76	-	1 520 636.75	- 352 692.99	- 23.19
439 Übrige Erträge	64 102 612.07	69 978 763.00	59 520 867.47	4 581 744.60	7.70
44 Finanzertrag FV + VV	550 921 068.34	425 859 400.00	543 185 181.02	7 735 887.32	1.42
440 Zinsertrag FV	54 837 324.89	61 854 000.00	58 520 282.83	- 3 682 957.94	- 6.29
441 Realisierte Gewinne FV	8 024 792.44	131 200.00	37 984 702.12	- 29 959 909.68	- 78.87
442 Beteiligungsertrag FV	468 766.49	17 000.00	217 817.97	250 948.52	> 100.00
443 Liegenschaftenertrag FV	23 332 160.67	21 213 200.00	20 872 583.43	2 459 577.24	11.78
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	101 119 425.30	2 000 000.00	77 765 376.96	23 354 048.34	30.03
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	41 990 190.52	35 257 000.00	16 288 388.18	25 701 802.34	> 100.00
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	281 330 407.20	276 735 000.00	285 482 665.52	- 4 152 258.32	- 1.45
447 Liegenschaftenertrag VV	31 066 513.00	25 750 400.00	31 397 172.80	- 330 659.80	- 1.05
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	3 527 004.34	2 701 600.00	3 687 186.30	- 160 181.96	- 4.34
449 Übriger Finanzertrag	5 224 483.49	200 000.00	10 969 004.91	- 5 744 521.42	- 52.37
45 Entnahmen aus Fonds	110 439 397.84	191 987 363.00	2 557 455.97	107 881 941.87	> 100.00
450 Entnahme aus Fonds des FK	110 439 397.84	191 987 363.00	2 557 455.97	107 881 941.87	> 100.00
46 Transferertrag	3 432 659 202.45	3 339 834 012.00	3 022 311 991.35	410 347 211.10	13.58
460 Anteile an Erträgen Dritter	805 280 403.36	798 226 000.00	801 357 652.46	3 922 750.90	0.49
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	374 580 930.66	317 881 100.00	318 212 043.06	56 368 887.60	17.71
462 Finanz- und Lastenausgleich	747 993 600.00	740 669 600.00	422 500 738.00	325 492 862.00	77.04
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 443 276 762.73	1 430 017 912.00	1 395 390 913.23	47 885 849.50	3.43
466 Auflösung passivierte Invest. Beiträge	59 225 368.75	50 358 400.00	81 945 633.75	- 22 720 265.00	- 27.73
469 Verschiedener Transferertrag	2 302 136.95	2 681 000.00	2 905 010.85	- 602 873.90	- 20.75
47 Durchlaufende Beiträge	653 620 358.93	627 812 000.00	628 099 292.35	25 521 066.58	4.06
470 Durchlaufende Beiträge	653 620 358.93	627 812 000.00	628 099 292.35	25 521 066.58	4.06

Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung 2012	Budget 2012	Rechnung 2011	Differenz R 11/12 Abs.	%
Investitionseinnahmen	340 407 013.35	96 574 000.00	306 082 379.60	34 324 633.75	11.21
Investitionsausgaben	- 859 015 890.14	- 1 043 746 470.00	- 983 091 995.09	124 076 104.95	12.62
Saldo	- 518 608 876.79	- 947 172 470.00	- 677 009 615.49	158 400 738.70	23.40
Investitionsrechnung					
5 Investitionsausgaben	- 859 015 890.14	- 1 043 746 470.00	- 983 091 995.09	124 076 104.95	12.62
50 Sachanlagen	- 552 905 635.96	- 552 685 170.00	- 536 578 252.76	- 16 327 383.20	- 3.04
500 Grundstücke	- 2 713 476.10	- 104 000 000.00	- 1 731 392.45	- 982 083.65	- 56.72
501 Strassen	- 97 709 819.23	- 113 910 000.00	- 120 683 398.23	22 973 579.00	19.04
502 Wasserbau	- 4 657 086.98	- 20 262 000.00	- 7 467 605.97	2 810 518.99	37.64
503 Übriger Tiefbau	- 414 571.14	- 340 000.00	- 1 237 912.44	823 341.30	66.51
504 Hochbauten	- 283 831 361.23	- 388 798 170.00	- 256 941 384.26	- 26 889 976.97	- 10.47
505 Waldungen	-	- 40 000.00	- 2 281 148.00	2 281 148.00	100.00
506 Mobilien	- 163 579 321.28	- 181 535 000.00	- 146 235 411.41	- 17 343 909.87	- 11.86
509 Übrige Sachanlagen	-	256 200 000.00	-	-	n.a.
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	- 720 804.20	- 400 000.00	- 797 014.00	76 209.80	9.56
512 Wasserbau auf Rechnung Dritter	- 297 441.00	-	-	- 297 441.00	n.a.
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	- 50 031.60	-	- 185 798.00	135 766.40	73.07
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	- 373 331.60	- 400 000.00	- 611 216.00	237 884.40	38.92
52 Immaterielle Anlagen	- 22 315 430.58	- 36 493 600.00	- 36 020 226.28	13 704 795.70	38.05
520 Software	- 22 304 544.18	- 35 293 600.00	- 36 020 226.28	13 715 682.10	38.08
521 Lizenzen, Patente, Nutzungs-, Markenrechte	- 10 886.40	- 1 200 000.00	-	- 10 886.40	n.a.
54 Darlehen	- 14 123 734.45	- 171 950 000.00	- 51 350 020.90	37 226 286.45	72.50
540 Darlehen an den Bund	-	- 109 400 000.00	-	-	n.a.
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	-	- 2 000 000.00	-	-	n.a.
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	- 6 977 935.45	- 28 700 000.00	- 48 214 355.40	41 236 419.95	85.53
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	- 5 938 600.00	- 26 150 000.00	- 2 057 000.00	- 3 881 600.00	> 100.00
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	- 500 000.00	- 5 000 000.00	- 100 000.00	- 400 000.00	> 100.00
547 Darlehen an priv. Haushalte	- 707 199.00	- 700 000.00	- 978 665.50	271 466.50	27.74
55 Beteiligungen	- 2 000.00	-	- 1 602 600.00	1 600 600.00	99.88
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	- 2 000.00	-	-	- 2 000.00	n.a.
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	-	-	- 1 602 600.00	1 602 600.00	100.00
56 Eigene Investitionsbeiträge	- 226 384 283.10	- 268 401 700.00	- 322 048 419.84	95 664 136.74	29.70
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	- 4 082 795.45	- 862 000.00	- 1 687 000.00	- 2 395 795.45	> 100.00
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	- 60 641 774.82	- 75 390 700.00	- 46 326 317.53	- 14 315 457.29	- 30.90
563 Invest.-Beiträge öff. Sozialversicherung	- 4 025.14	-	-	- 4 025.14	n.a.
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	- 120 841 532.71	- 140 669 000.00	- 201 120 141.89	80 278 609.18	39.92
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	- 5 968 507.31	- 10 300 000.00	- 8 200 897.67	2 232 390.36	27.22
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	- 31 353 218.72	- 37 880 000.00	- 60 554 933.17	29 201 714.45	48.22
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	- 3 492 428.95	- 3 300 000.00	- 4 159 129.58	666 700.63	16.03
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 42 564 001.85	- 13 816 000.00	- 34 695 461.31	- 7 868 540.54	- 22.68
570 Durchl. I. B. an den Bund	-	-	- 17 756 271.00	17 756 271.00	100.00
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	- 3 627 857.08	- 3 016 000.00	- 3 904 013.62	276 156.54	7.07
573 Durchl. I. B. öff. Sozialversicherung	- 3 924.86	-	-	- 3 924.86	n.a.
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	- 6 265 220.79	- 2 500 000.00	- 4 194 595.01	- 2 070 625.78	- 49.36
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	- 1 870 222.24	- 6 400 000.00	- 3 406 465.58	1 536 243.34	45.10
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	- 1 533 909.18	- 1 900 000.00	- 3 373 759.33	1 839 850.15	54.53
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	- 29 262 867.70	-	- 2 060 356.77	- 27 202 510.93	> 100.00

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 11/12	
	2012	2012	2011	Abs.	%
6 Investitionseinnahmen	340 407 013.35	96 574 000.00	306 082 379.60	34 324 633.75	11.21
60 Übertragung von Sachanlagen	69 933 899.38	100 000.00	25 214 152.76	44 719 746.62	> 100.00
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	60 923 240.01	–	12 599 076.00	48 324 164.01	> 100.00
601 Übertragung VV in FV Strassen	267 670.00	–	152 069.52	115 600.48	76.02
603 Übertragung VV in FV Tiefbau	356 215.80	–	–	356 215.80	n.a.
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	8 181 747.99	–	12 222 023.00	- 4 040 275.01	- 33.06
606 Übertragung VV in FV Mobilien	205 025.58	100 000.00	240 984.24	- 35 958.66	- 14.92
61 Rückerstattungen	18 926 439.63	8 000 000.00	9 116 304.39	9 810 135.24	> 100.00
610 Rückerstattungen Grundstücke	2 250.00	–	–	2 250.00	n.a.
611 Rückerstattungen Strassen	18 046 422.18	–	6 775 327.54	11 271 094.64	> 100.00
612 Rückerstattungen Wasserbau	297 441.00	–	45 000.00	252 441.00	> 100.00
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	–	8 000 000.00	–	–	n.a.
614 Rückerstattungen Hochbau	206 994.85	–	232 258.90	- 25 264.05	- 10.88
615 Rückerstattungen Waldungen	–	–	1 452 501.95	- 1 452 501.95	- 100.00
616 Rückerstattungen Mobilien	373 331.60	–	611 216.00	- 237 884.40	- 38.92
62 Abgang immaterielle Anlagen	476 840.00	–	–	476 840.00	n.a.
620 Abgang Software	476 840.00	–	–	476 840.00	n.a.
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	56 403 837.33	52 996 000.00	79 123 941.13	- 22 720 103.80	- 28.71
630 I.B. vom Bund	39 594 539.76	48 679 000.00	64 081 846.72	- 24 487 306.96	- 38.21
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	3 737 536.08	917 000.00	2 101 934.18	1 635 601.90	77.81
634 I.B. von öff. Unternehmungen	516 522.54	2 100 000.00	–	516 522.54	n.a.
635 I.B. von priv. Unternehmungen	6 471 073.85	1 100 000.00	12 502 262.48	- 6 031 188.63	- 48.24
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	5 852 783.20	–	197 809.35	5 654 973.85	> 100.00
637 I.B. von priv. Haushalten	231 381.90	200 000.00	240 088.40	- 8 706.50	- 3.63
64 Rückzahlung von Darlehen	138 641 249.40	19 706 000.00	85 932 227.01	52 709 022.39	61.34
640 Rückz. Darl. Bund	8 136 260.00	–	–	8 136 260.00	n.a.
642 Rückz. Darl. Gemeinden	1 853 282.00	2 000 000.00	1 732 647.00	120 635.00	6.96
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	90 604 708.00	1 300 000.00	71 769 834.60	18 834 873.40	26.24
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	12 055 914.00	15 700 000.00	10 496 576.85	1 559 337.15	14.86
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	24 978 598.05	–	702 100.55	24 276 497.50	> 100.00
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	1 012 487.35	706 000.00	1 231 068.01	- 218 580.66	- 17.76
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	374 700.00	–	–	374 700.00	n.a.
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	374 700.00	–	–	374 700.00	n.a.
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	13 086 045.76	1 956 000.00	72 000 293.00	- 58 914 247.24	- 81.83
662 Rückzlg. I.B. Gemeinde	16 656.35	983 000.00	–	16 656.35	n.a.
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	11 210 336.41	773 000.00	71 660 000.00	- 60 449 663.59	- 84.36
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	27 991.00	150 000.00	335 765.00	- 307 774.00	- 91.66
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	1 831 062.00	50 000.00	4 528.00	1 826 534.00	> 100.00
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	42 564 001.85	13 816 000.00	34 695 461.31	7 868 540.54	22.68
670 Durchl. I.B. Bund	41 748 338.35	13 316 000.00	34 350 199.14	7 398 139.21	21.54
672 Durchl. I.B. Gemeinde	815 663.50	500 000.00	345 262.17	470 401.33	> 100.00

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
Aktiven	21 925 666 026.18	20 604 313 532.08	1 321 352 494.10	6.41
Passiven	- 21 925 666 026.18	- 20 604 313 532.08	- 1 321 352 494.10	- 6.41
Bilanz				
1 Aktiven	21 925 666 026.18	20 604 313 532.08	1 321 352 494.10	6.41
10 Finanzvermögen	7 703 314 170.60	6 242 170 202.89	1 461 143 967.71	23.41
100 Flüssige Mittel und Geldanlagen FV	2 337 111 517.79	1 676 390 750.58	660 720 767.21	39.41
1000 Kasse	3 518 722.70	3 296 724.77	221 997.93	6.73
1001 Post	84 245 169.68	55 817 423.59	28 427 746.09	50.93
1002 Bank	1 999 106 324.50	917 104 185.28	1 082 002 139.22	> 100.00
1003 Geldmarktanlagen bis 90 Tage	250 000 000.00	700 000 000.00	- 450 000 000.00	- 64.29
1004 Debit- und Kreditkarten-Erlöse	130 183.81	94 857.14	35 326.67	37.24
1009 Übrige flüssige Mittel	111 117.10	77 559.80	33 557.30	43.27
101 Forderungen FV	3 158 380 016.78	2 671 666 917.12	486 713 099.66	18.22
1010 Ford. aus Lief. und Leist. Dritter	573 927 931.95	557 893 404.29	16 034 527.66	2.87
1011 Kontokorrente mit Dritten	119 075 788.15	89 686 209.40	29 389 578.75	32.77
1012 Fiskalforderungen	2 429 552 032.08	1 987 006 188.52	442 545 843.56	22.27
1013 Anzahlungen an Dritte	1 664 795.70	1 015 366.61	649 429.09	63.96
1014 Transferforderungen	13 467 651.34	12 995 520.39	472 130.95	3.63
1015 Interne Kontokorrente	2 126 347.17	178 605.37	1 947 741.80	> 100.00
1016 Vorschüsse für vorl. Verwaltungsausgaben	465 561.61	394 639.80	70 921.81	17.97
1019 Übrige Forderungen	18 099 908.78	22 496 982.74	- 4 397 073.96	- 19.55
102 Kurzfristige Finanzanlagen FV	228 381 044.03	296 202 155.60	- 67 821 111.57	- 22.90
1020 Kurzfristige Darlehen	130 866 718.70	130 597 879.01	268 839.69	0.21
1022 Verzinsliche Anlagen	22 762 506.33	18 857 439.59	3 905 066.74	20.71
1023 Festgelder	74 200 000.00	146 200 000.00	- 72 000 000.00	- 49.25
1029 Übrige kurzfristigen Finanzanlagen	551 819.00	546 837.00	4 982.00	0.91
104 Aktive Rechnungsabgrenzungen	654 889 799.53	501 761 104.82	153 128 694.71	30.52
1040 Aktive Abgr. Personalaufwand	383 159.75	215 432.80	167 726.95	77.86
1041 Aktive Abgr. Sach-, DL-, ü. Betriebsaufw.	17 567 734.97	17 553 879.46	13 855.51	0.08
1043 Aktive Abgr. Transfers der ER	226 085 309.01	210 111 099.69	15 974 209.32	7.60
1044 Aktive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	20 555 512.76	23 161 183.60	- 2 605 670.84	- 11.25
1045 Aktive Abgr. ü. betriebl. Aufwand/Ertrag	343 995 010.61	180 760 391.98	163 234 618.63	90.30
1046 Aktive Abgr. Investitionsrechnung	9 118 285.47	25 180 549.73	- 16 062 264.26	- 63.79
1049 Aktive Abgr. Erfolgsrechnung	37 184 786.96	44 778 567.56	- 7 593 780.60	- 16.96
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	65 493 047.59	61 778 344.11	3 714 703.48	6.01
1060 Handelswaren	35 956 991.40	41 417 263.29	- 5 460 271.89	- 13.18
1061 Roh- und Hilfsmaterial	22 328 500.81	14 885 906.88	7 442 593.93	50.00
1062 Halb- und Fertigfabrikate	3 929 004.86	2 805 113.89	1 123 890.97	40.07
1063 Angefangene Arbeiten	2 998 367.47	2 329 877.00	668 490.47	28.69
1068 Geleistete Anzahlungen	280 183.05	340 183.05	- 60 000.00	- 17.64
107 Finanzanlagen FV	227 186 792.08	145 208 514.51	81 978 277.57	56.46
1070 Beteiligungen FV	9 931 394.60	9 835 072.22	96 322.38	0.98
1071 Verzinsliche Anlagen	105 785 259.45	119 849 968.33	- 14 064 708.88	- 11.74
1072 Langfristige Forderungen	16 419 309.13	14 797 057.96	1 622 251.17	10.96
1079 Übrige langfristige Finanzanlagen	95 050 828.90	726 416.00	94 324 412.90	> 100.00
108 Sachanlagen FV	1 031 871 952.80	889 162 416.15	142 709 536.65	16.05
1080 Grundstücke FV	444 858 103.40	452 053 952.03	- 7 195 848.63	- 1.59
1084 Gebäude FV	586 960 658.40	436 872 681.82	150 087 976.58	34.36
1086 Mobilien FV	53 191.00	49 107.00	4 084.00	8.32
1087 Anlagen im Bau FV	-	186 675.30	- 186 675.30	- 100.00
14 Verwaltungsvermögen	14 222 351 855.58	14 362 143 329.19	- 139 791 473.61	- 0.97
140 Sachanlagen VV	7 563 305 609.58	7 550 518 862.50	12 786 747.08	0.17
1400 Grundstücke VV	1 216 003 704.10	1 275 829 183.51	- 59 825 479.41	- 4.69
1401 Strassen	946 544 642.20	923 101 740.97	23 442 901.23	2.54
1402 Wasserbau	233 618 198.44	223 437 886.07	10 180 312.37	4.56
1403 Übrige Tiefbauten	2 031 738.63	1 976 883.50	54 855.13	2.77
1404 Hochbauten	4 217 369 093.35	4 134 080 209.88	83 288 883.47	2.01
1405 Waldungen	13 720 033.65	13 625 589.05	94 444.60	0.69
1406 Mobilien	515 348 630.69	480 995 895.61	34 352 735.08	7.14
1407 Anlagen im Bau	418 669 567.52	497 471 472.91	- 78 801 905.39	- 15.84
1409 Übrige Sachanlagen	1.00	1.00	-	-
142 Immaterielle Anlagen VV	76 635 632.75	83 620 313.17	- 6 984 680.42	- 8.35
1420 Software	59 314 825.72	74 164 233.35	- 14 849 407.63	- 20.02
1427 Immaterielle Anlagen in Realisierung	17 320 807.03	9 456 079.82	7 864 727.21	83.17
143 Kurzfristige Darlehen VV	67 132 385.79	10 733 597.28	56 398 788.51	> 100.00
1430 Kurzfristige Darlehen VV	67 132 385.79	10 733 597.28	56 398 788.51	> 100.00
144 Darlehen VV	1 409 666 549.65	865 031 916.26	544 634 633.39	62.96
1442 Darlehen an Gemeinde	65 476 972.00	18 843 859.00	46 633 113.00	> 100.00
1444 Darlehen an öffentliche Unternehmen	732 325 413.00	418 651 771.55	313 673 641.45	74.92
1445 Darlehen an private Unternehmen	420 382 770.15	425 016 839.15	- 4 634 069.00	- 1.09
1446 Darlehen an priv. Organisationen	190 501 437.15	1 156 890.17	189 344 546.98	> 100.00
1447 Darlehen an private Haushalte	979 957.35	1 362 556.39	- 382 599.04	- 28.08
145 Beteiligungen	2 522 663 973.71	2 523 032 619.71	- 368 646.00	- 0.01
1454 Beteiligung an öff. Unternehmen	1 926 775 000.00	1 926 775 000.00	-	-
1455 Beteiligung an priv. Unternehmen	595 713 767.30	596 082 413.30	- 368 646.00	- 0.06
1456 Beteiligung an priv. Org. ohne Erwerb	100 000.00	100 000.00	-	-
1458 Beteiligung im Ausland	75 206.41	75 206.41	-	-
146 Investitionsbeiträge	2 582 947 704.10	3 329 206 020.27	- 746 258 316.17	- 22.42
1461 I.B. an Kantone	843 523.00	899 448.00	- 55 925.00	- 6.22
1462 I.B. an Gemeinden	957 887 030.35	974 291 815.42	- 16 404 785.07	- 1.68
1464 I.B. an öff. Unternehmen	413 864 316.98	533 933 537.94	- 120 069 220.96	- 22.49
1465 I.B. an priv. Unternehmen	29 947 544.00	93 901 605.87	- 63 954 061.87	- 68.11
1466 I.B. an priv. Organisationen	110 996 550.49	113 287 576.53	- 2 291 026.04	- 2.02
1469 I.B. Altbestand und AiB	1 069 408 739.28	1 612 892 036.51	- 543 483 297.23	- 33.70

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	per		Differenz R 11/12	
	31.12.2012	31.12.2011	Abs.	%
2 Passiven	- 21 925 666 026.18	- 20 604 313 532.08	- 1 321 352 494.10	- 6.41
20 Fremdkapital	- 13 483 912 388.19	- 12 295 727 669.00	- 1 188 184 719.19	- 9.66
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 1 722 016 762.79	- 1 558 614 377.03	- 163 402 385.76	- 10.48
2000 Verb. aus Lief. und Leist. von Dritten	- 532 285 586.40	- 588 075 945.13	55 790 358.73	9.49
2001 Kontokorrente mit Dritten	- 246 888 440.36	- 232 390 388.48	- 14 498 051.88	- 6.24
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 284 744 785.70	- 273 332 880.71	- 11 411 904.99	- 4.18
2004 Transfer-Verbindlichkeiten	- 39 395 347.29	- 90 906 819.04	51 511 471.75	56.66
2005 Interne Kontokorrente	- 142 790 561.27	- 89 582 368.00	- 53 208 193.27	- 59.40
2006 Depotgelder und Kauttionen	- 266 848 656.55	- 121 149 778.98	- 145 698 877.57	> 100.00
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	- 209 063 385.22	- 163 176 196.69	- 45 887 188.53	- 28.12
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 710 859 080.63	- 54 157 108.60	- 656 701 972.03	> 100.00
2014 Kurzfr. Anteil langfr. Verbindlichkeiten	- 699 949 801.00	- 50 000 000.00	- 649 949 801.00	> 100.00
2015 Kurzfr. Anteil langfr. Leasingverb.	- 5 571 038.67	- 4 157 108.60	- 1 413 930.07	- 34.01
2019 Übrige kurzfr. Finanzverb. geg. Dritten	- 5 338 240.96	-	- 5 338 240.96	n.a.
204 Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 999 378 708.97	- 1 922 604 022.62	- 76 774 686.35	- 3.99
2040 Passive Abgr. Personalaufwand	- 16 067 349.95	- 15 847 393.15	- 219 956.80	- 1.39
2041 Passive Abgr. Sach-, DL-, ü. Betriebsaufw.	- 30 174 667.96	- 31 763 287.37	1 588 619.41	5.00
2042 Passive Abgr. Fiskalertrag	- 294 996 494.50	- 290 305 459.00	- 4 691 035.50	- 1.62
2043 Passive Abgr. Transfers der ER	- 776 783 833.05	- 690 779 936.66	- 86 003 896.39	- 12.45
2044 Passive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	- 69 768 932.47	- 69 216 465.15	- 552 467.32	- 0.80
2045 Passive Abgr. ü. betrieblicher Ertrag	- 258 555 701.24	- 245 748 896.39	- 12 806 804.85	- 5.21
2046 Passive Abgr. Investitionsrechnung	- 63 588 339.21	- 124 738 934.78	61 150 595.57	49.02
2049 Passive Abgr. Erfolgsrechnung	- 489 443 390.59	- 454 203 650.12	- 35 239 740.47	- 7.76
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 2 461 867 401.10	- 2 72 421 506.52	- 2 189 445 894.58	> 100.00
2050 Kurzfr. Rückst. aus Mehrl. des Personals	- 152 284 987.23	- 136 108 014.31	- 16 176 972.92	- 11.89
2051 Kurzfr. Rückst. f.a. Ansp. des Personals	- 28 555 410.12	- 12 977 135.47	- 15 578 274.65	> 100.00
2052 Kurzfr. Rückst. für Prozesse	- 1 874 000.00	- 2 864 851.05	990 851.05	34.59
2053 Rückst. für nicht versicherte Schäden	- 660 000.00	- 279 000.00	- 381 000.00	> 100.00
2055 Rückst. ü. betriebliche Tätigkeiten	- 16 329 000.00	-	- 16 329 000.00	n.a.
2056 Kurzfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 2 156 381 204.85	- 68 169 201.95	- 2 088 212 002.90	> 100.00
2059 Übrige kurzfr. Rückstellungen	- 105 782 798.90	- 52 023 303.74	- 53 759 495.16	> 100.00
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 532 292 988.72	- 4 215 775 401.54	- 316 517 587.18	- 7.51
2062 Kassascheine	- 399 700 442.00	- 499 683 066.00	99 982 624.00	20.01
2063 Staatsanleihen	- 2 978 486 024.00	- 2 484 040 640.00	- 494 445 384.00	- 19.90
2064 Darlehen	- 371 918 313.05	- 466 038 377.60	94 120 064.55	20.20
2067 Leasingverträge	- 61 842 551.89	- 25 673 850.63	- 36 168 701.26	> 100.00
2068 Passivierte Investitionsbeiträge	- 705 475 550.77	- 709 989 947.19	4 514 396.42	0.64
2069 Übrige langfr. Finanzverbindlichkeiten	- 14 870 107.01	- 30 349 520.12	15 479 413.11	51.00
208 Langfristige Rückstellungen	- 1 507 069 407.34	- 3 649 668 447.06	2 142 599 039.72	58.71
2081 Rückst. langfr. Ansprüche des Personals	- 91 114 397.89	- 90 881 732.32	- 232 665.57	- 0.26
2082 Langfr. Rückstellungen für Prozesse	- 30 978 000.00	- 29 858 000.00	- 1 120 000.00	- 3.75
2083 Langfr. Rückst. n. versicherte Schäden	- 10 223 000.00	- 9 264 000.00	- 959 000.00	- 10.35
2084 Langfr. Rückst. Bürgschaften, Garantiel.	- 306 941 379.15	- 310 168 498.15	3 227 119.00	1.04
2085 Langfr. Rückst. ü. btr. Tätigkeiten	- 25 596 147.00	- 22 920 000.00	- 2 676 147.00	- 11.68
2086 Langfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 740 396 933.05	- 2 966 303 163.45	2 225 906 230.40	75.04
2089 Ü. langfr. Rückst. der Erfolgsrechnung	- 301 819 550.25	- 220 273 053.14	- 81 546 497.11	- 37.02
209 Fonds im Fremdkapital	- 550 428 038.64	- 622 486 805.63	72 058 766.99	11.58
2091 Verbindlichkeiten gegenüber Fonds im FK	- 550 228 038.64	- 622 486 805.63	72 258 766.99	11.61
2093 Verbindl. gegenüber Drittmitteln im FK	- 200 000.00	-	- 200 000.00	n.a.
29 Eigenkapital	- 8 441 753 637.99	- 8 308 585 863.08	- 133 167 774.91	- 1.60
291 Fonds im Eigenkapital	- 2 078 284 501.36	- 1 965 810 743.42	- 112 473 757.94	- 5.72
2910 Fonds im Eigenkapital	- 2 039 273 184.46	- 1 927 301 271.28	- 111 971 913.18	- 5.81
2911 Legate und Stiftungen ohne R.P. EK	- 39 011 316.90	- 38 509 472.14	- 501 844.76	- 1.30
292 Rücklagen	- 35 979 233.46	- 37 078 024.35	1 098 790.89	2.96
2920 Rücklagen der Globalbudgetbereiche	- 35 979 233.46	- 37 078 024.35	1 098 790.89	2.96
298 Übriges Eigenkapital	- 175 231 214.05	- 143 655 504.76	- 31 575 709.29	- 21.98
2980 Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	- 173 955 122.44	- 142 379 413.15	- 31 575 709.29	- 22.18
2989 Übriges Eigenkapital	- 1 276 091.61	- 1 276 091.61	-	-
299 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	- 6 152 258 689.12	- 6 162 041 590.55	9 782 901.43	0.16
2990 Jahresergebnis	- 19 642 081.86	1 827 823 384.68	- 1 847 465 466.54	> 100.00
2999 Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	- 6 132 616 607.26	- 7 989 864 975.23	1 857 248 367.97	23.25

Funktionale Gliederung

Erfolgsrechnung 2012 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand Total	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Laufende Beiträge		Verrech- nungen und übriger Aufwand	Netto- belastung (-) Netto- ertrag (+)
				öffentliche Haushalte	Private		
Allgemeine Verwaltung	515 082	220 682	150 033	1 512	65 026	77 828	- 276 757
Öffentliche Ordnung und Sicherheit,							
Verteidigung	1 382 289	899 202	315 948	4 988	1 278	160 872	- 478 396
Rechtsprechung	404 185	230 374	125 554	–	–	48 257	- 264 736
Strafvollzug	216 589	100 230	63 340	1 851	1 222	49 945	- 169 830
Allgemeines Rechtswesen	125 669	92 695	21 976	1 730	26	9 243	16 210
Polizei	535 469	421 548	76 102	150	–	37 668	- 366 747
Strassenverkehrsamt	63 890	38 871	17 358	–	–	7 662	322 448
Militärische Verteidigung	22 704	8 985	7 609	21	31	6 058	- 8 453
Zivile Verteidigung	12 203	5 659	3 598	1 237	–	1 709	- 7 781
Übrige Sicherheit	1 581	840	410	–	–	331	493
Bildung	4 087 346	2 139 672	556 754	571 542	229 936	589 442	- 2 198 474
Obligatorische Schule	450 459	276 142	19 476	85 906	60 055	8 880	- 417 575
Berufliche Grundbildung	733 980	249 203	72 450	201 725	138 713	71 890	- 372 887
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	404 194	304 142	37 832	1 193	5 126	55 901	- 352 102
Übriges Bildungswesen	119 853	67 526	17 561	20	1 606	33 139	- 67 186
Universität	1 529 859	767 744	273 477	129 234	12 881	346 523	- 605 108
Fachhochschulen	849 000	474 915	135 958	153 464	11 554	73 109	- 383 616
Kultur und Freizeit	245 716	31 940	22 077	12 920	165 132	13 647	- 200 884
Gesundheit	3 025 245	1 137 901	568 741	553 849	338 026	426 728	- 1 379 076
Soziale Wohlfahrt	2 032 260	207 070	49 923	638 177	1 082 890	54 201	- 1 097 811
Krankheit und Unfall	694 916	–	–	5 725	687 297	1 895	- 315 337
AHV / IV	743 259	72 618	3 927	370 180	290 000	6 535	- 520 407
Übrige	594 084	134 451	45 996	262 273	105 593	45 771	- 262 067
Verkehr	1 492 270	64 583	998 717	216 405	6 117	206 447	- 579 319
Kantonsstrassen	336 068	40 446	109 756	65 276	–	120 590	- 280 273
Nationalstrassen	45 449	10 823	30 572	–	–	4 054	- 614
Übrige Strassen	16 288	–	–	16 175	113	–	- 16 288
Öffentlicher Verkehr	1 060 474	5 342	848 965	134 639	6 000	65 528	- 261 022
Übrige Verkehr	33 992	7 972	9 424	316	4	16 276	- 21 122
Umweltschutz und Raumordnung	174 485	45 104	29 969	41 602	13 990	43 819	- 121 002
Volkswirtschaft	268 020	34 515	21 250	23 408	176 359	12 487	- 73 577
Land- und Forstwirtschaft	236 011	24 150	11 543	15 261	175 168	9 889	- 51 504
Übrige	32 009	10 365	9 707	8 147	1 192	2 598	- 22 073
Finanzen und Steuern	4 462 454	1 746	31 073	3 230 795	178	1 198 662	6 510 922
Steuern und Einnahmenanteile	106 976	–	25 064	81 912	–	1	6 797 233
Finanzausgleich	1 686 939	–	–	1 685 576	–	1 363	- 850 434
Vermögens- und Schuldenverwaltung	240 863	–	5 569	–	–	235 294	251 009
Nicht aufgeteilte Posten	2 427 676	1 746	440	1 463 307	178	962 004	313 113
Total	17 685 165	4 782 416	2 744 486	5 295 198	2 078 933	2 784 133	105 626

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.

Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.

Funktionale Gliederung

Investitionsrechnung 2012 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben	Sachgüter	Darlehen, Beteiligungen	Investitionsbeiträge		Nettoinvestitionen(-)
				öffentliche Haushalte	Private	
Allgemeine Verwaltung	22 687	22 687	–	–	–	- 20 078
Öffentliche Ordnung und Sicherheit,						
Verteidigung	53 634	51 988	1 000	557	90	- 44 756
Rechtsprechung	10 858	10 858	–	–	–	- 10 858
Strafvollzug	13 551	13 551	–	–	–	- 10 687
Allgemeines Rechtswesen	2 857	2 857	–	–	–	- 2 857
Polizei	17 555	16 555	1 000	–	–	- 17 474
Strassenverkehrsamt	844	844	–	–	–	- 844
Militärische Verteidigung	1 441	1 441	–	–	–	- 1 373
Zivile Verteidigung	6 529	5 882	–	557	90	- 664
Übrige Sicherheit	–	–	–	–	–	–
Bildung	220 255	200 884	707	13 655	5 008	- 174 279
Obligatorische Schule	10 984	413	21	6 047	4 502	- 10 954
Berufliche Grundbildung	4 097	3 281	311	–	505	- 3 654
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	16 366	16 274	92	–	–	- 16 337
Übriges Bildungswesen	498	498	–	–	–	- 498
Universität	89 210	81 432	170	7 608	–	- 68 003
Fachhochschulen	99 099	98 986	113	–	–	- 74 832
Kultur und Freizeit	13 501	5 942	–	346	7 213	- 11 465
Gesundheit	186 364	171 732	–	12 276	2 356	- 93 184
Soziale Wohlfahrt	27 010	2 743	6 537	100	17 630	- 16 444
AHV / IV	15 617	–	–	100	15 517	- 15 574
Übrige	11 393	2 743	6 537	–	2 113	- 870
Verkehr	266 399	107 593	2	158 804	–	- 127 138
Kantonsstrassen	79 320	79 320	–	–	–	- 55 480
Nationalstrassen	32 245	28 162	–	4 083	–	- 15 138
Übrige Strassen	40 594	–	–	40 594	–	- 40 594
Öffentlicher Verkehr	114 241	111	2	114 128	–	- 19 153
Übrige Verkehr	–	–	–	–	–	3 227
Umweltschutz und Raumordnung	17 356	8 615	–	8 741	–	- 12 233
Volkswirtschaft	52 030	3 757	5 880	5 025	37 368	- 18 389
Land- und Forstwirtschaft	15 406	3 148	5 880	–	6 378	- 13 508
Übrige	36 624	609	–	5 025	30 990	- 4 881
Finanzen und Steuern	1 331	–	–	1 331	–	- 643
Finanzausgleich	1 331	–	–	1 331	–	- 1 331
Vermögens- und Schuldenverwaltung	–	–	–	–	–	688
Nicht aufgeteilte Posten	–	–	–	–	–	–
Total	860 569	575 942	14 126	200 836	69 665	- 518 609

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.

Mehrjahresvergleiche

Verwaltungsrechnung seit 1960
in 1000 Franken

Jahr	Erfolgsrechnung			Investitionsrechnung		
	Aufwand	Ertrag	Saldo ¹⁾	Ausgaben	Einnahmen	Nettoinvestitionen
1960	456 640	482 321	25 681	51 850	9 204	42 646
1965	827 001	811 928	- 15 073	135 164	84 827	50 337
1970	1 473 265	1 510 396	37 131	178 027	85 576	92 451
1971	1 749 634	1 635 718	- 113 916	281 492	115 208	166 284
1972	1 956 375	1 919 606	- 36 769	319 359	139 009	180 350
1973	2 413 408	2 413 663	255	376 903	177 851	199 052
1974	2 727 639	2 729 060	1 421	402 556	204 113	198 443
1975	2 888 555	2 890 419	1 864	413 893	199 791	214 102
1976	3 114 276	2 993 865	- 120 411	468 287	254 613	213 674
1977	3 158 761	3 058 808	- 99 953	332 627	188 250	144 377
1978	3 205 977	3 103 824	- 102 153	321 861	176 489	145 372
1979	3 356 002	3 362 377	6 375	312 651	200 606	112 045
1980	3 552 883	3 555 209	2 326	290 712	155 807	134 905
1981	3 769 765	3 812 863	43 098	311 577	154 071	157 506
1982	4 703 932	4 851 806	147 874	840 150	253 918	586 232
1983	5 095 905	5 058 855	- 37 050	914 392	234 606	679 776
1984	5 336 826	5 348 843	12 017	867 260	214 690	652 570
1985	5 637 322	5 645 823	8 501	848 698	193 173	655 525
1986	6 186 455	6 486 192	299 737	898 008	139 130	758 878
1987	6 635 270	6 626 024	- 9 246	907 335	124 528	782 807
1988	6 832 436	6 962 440	130 004	947 701	173 393	774 308
1989	7 331 607	7 395 307	63 700	925 926	152 620	773 306
1990	7 740 315	7 778 175	37 860	1 058 628	145 593	913 035
1991	8 647 518	8 230 936	- 416 582	1 046 246	161 580	884 666
1992	9 150 848	8 632 169	- 518 679	1 006 955	202 775	804 180
1993	9 211 273	8 993 050	- 218 223	1 455 812	204 891	1 250 921
1994	9 265 473	9 174 370	- 91 103	1 433 058	198 395	1 234 663
1995	9 521 673	9 409 510	- 112 163	931 173	296 801	634 372
1996	10 022 494	9 648 417	- 374 077	908 276	232 931	675 345
1997	9 842 900	9 678 850	- 164 050	993 143	232 082	761 060
1998	9 742 584	9 824 375	81 791	1 122 577	481 497	641 080
1999	10 158 053	10 612 472	454 419	901 853	381 029	520 824
2000	10 944 895	11 287 169	342 274	1 158 072	822 940	335 132
2001	11 451 672	11 611 841	160 169	942 898	780 385	162 513
2002	11 603 566	11 845 944	242 378	1 288 332	678 802	609 529
2003	11 648 407	11 029 366	- 619 041	1 015 113	461 058	554 055
2004	11 568 415	11 155 491	- 412 924	1 171 635	517 814	653 821
2005	11 734 479	13 058 347	1 323 868	1 284 845	568 525	716 320
2006	11 791 214	11 906 029	114 815	1 322 955	478 310	844 645
2007	11 140 099	11 578 390	438 292	1 145 772	440 778	704 994
2008	12 224 008	12 538 660	314 652	1 052 917	260 926	791 991
2008 ²⁾	12 033 177	12 104 644	71 467	1 186 284	70 308	1 115 976
2009	12 382 004	12 578 052	196 049	1 043 866	252 642	791 224
2010	12 716 210	13 314 084	597 874	985 825	214 119	771 706
2011	15 673 338	13 950 045	- 1 723 293	983 092	306 082	677 010
2012	14 157 695	14 263 322	105 626	859 016	340 407	518 609

¹⁾ + Ertragsüberschuss/ - Aufwandsüberschuss

²⁾ Rechnung 2008 restated

Bemerkungen:

1982-2008 gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG, harmonisiertes Rechnungsmodell HRM)

Ab 2009 gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, IPSAS)

Beilagen zum Finanzbericht

Aufwand der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
3 Aufwand	- 12 033 177	- 12 382 004	- 12 716 210	- 15 673 338	- 14 157 695
30 Personalaufwand	- 4 322 413	- 4 513 467	- 4 605 152	- 7 369 401	- 4 782 409
300 Behörden, Kommissionen, Richter	- 56 013	- 57 893	- 56 528	- 56 041	- 56 985
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	- 2 247 420	- 2 338 316	- 2 389 678	- 2 452 627	- 2 515 745
302 Löhne Lehrkräfte	- 1 295 455	- 1 367 315	- 1 389 844	- 1 450 905	- 1 383 693
303 Temporäre Arbeitskräfte	- 8 848	- 19 432	- 19 774	- 15 769	- 16 568
304 Zulagen	- 15 556	- 19 057	- 18 068	- 19 091	- 29 972
305 Arbeitgeberbeiträge	- 598 241	- 641 037	- 650 005	- 3 300 474	- 681 204
306 Arbeitgeberleistungen	- 63 243	- 32 070	- 42 927	- 33 265	- 55 942
309 Übriger Personalaufwand	- 37 637	- 38 348	- 38 326	- 41 230	- 42 300
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 465 363	- 2 588 440	- 2 608 960	- 2 693 615	- 2 742 026
310 Material- und Warenaufwand	- 478 369	- 492 397	- 494 969	- 507 742	- 523 569
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	- 91 324	- 84 863	- 91 939	- 85 692	- 84 300
312 Ver- und Entsorgung	- 65 369	- 62 705	- 61 974	- 59 108	- 63 593
313 Dienstleistungen und Honorare	- 1 257 406	- 1 322 118	- 1 336 523	- 1 426 208	- 1 467 583
314 Baulicher Unterhalt (VV)	- 193 036	- 216 444	- 196 644	- 192 707	- 194 592
315 Unterhalt von Anlagen	- 77 198	- 84 486	- 85 774	- 94 437	- 104 543
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 140 059	- 147 559	- 154 274	- 156 492	- 162 584
317 Spesenentschädigung	- 32 959	- 33 203	- 32 130	- 33 647	- 35 322
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	- 94 067	- 107 558	- 112 333	- 107 274	- 88 218
319 Übriger Betriebsaufwand	- 35 577	- 37 107	- 42 401	- 30 308	- 17 721
33 Abschreibungen VV	- 456 168	- 485 725	- 545 973	- 501 069	- 482 421
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	- 427 683	- 467 620	- 527 980	- 477 901	- 454 104
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 28 485	- 18 106	- 17 993	- 23 168	- 28 317
34 Finanzaufwand	- 233 341	- 179 409	- 164 869	- 212 614	- 217 511
340 Zinsaufwand	- 211 714	- 169 924	- 143 947	- 138 921	- 138 000
341 Realisierte Kursverluste	- 8 379	- 355	- 5 656	- 23 736	- 4 697
342 Kapitalbeschaffungskosten	- 1 360	- 591	- 491	- 456	- 460
343 Liegenschaftsaufwand FV	- 4 554	- 5 605	- 4 528	- 3 797	- 3 871
344 Werberichtigungen Finanzanlagen	- 7 234	- 9	- 7 072	- 43 192	- 67 743
349 Übriger Finanzaufwand	- 99	- 2 926	- 3 175	- 2 512	- 2 740
35 Einlagen in Fonds	- 77 662	- 81 167	- 85 972	- 71 126	- 65 757
350 Einlagen in Fonds des FK	- 48 752	- 64 586	- 66 883	- 55 474	- 38 306
351 Einlagen in Fonds des EK	- 28 910	- 16 582	- 19 090	- 15 652	- 27 451
36 Transferaufwand	- 3 896 784	- 3 939 821	- 4 099 009	- 4 197 365	- 5 213 951
360 Ertragsanteile an Dritte	- 6 462	- 36 875	- 38 081	- 32 432	- 2 463
361 Entschädigung an Gemeinwesen	- 89 520	- 85 729	- 89 669	- 89 435	- 91 358
362 Finanz- und Lastenausgleich	- 1 000 666	- 1 099 923	- 1 110 160	- 1 053 870	- 1 677 848
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	- 2 557 276	- 2 496 262	- 2 633 885	- 2 786 379	- 3 209 370
364 Wertberechtigung Darlehen VV	- 200	- 176	60	100	- 147
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	-	-	-	-	- 8
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	- 242 660	- 220 856	- 227 275	- 235 350	- 232 757
369 Verschiedener Transferaufwand	-	-	-	- 0	- 0
37 Durchlaufende Beiträge	- 581 447	- 593 974	- 606 276	- 628 148	- 653 620
370 Durchlaufende Beiträge	- 581 447	- 593 974	- 606 276	- 628 148	- 653 620

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Ertrag der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
4 Ertrag	12 104 644	12 578 052	13 314 084	13 950 045	14 263 322
40 Fiskalertrag	5 286 539	5 626 708	6 090 808	6 471 376	6 280 613
400 Direkte Steuern natürliche Personen	3 872 044	4 172 259	4 557 159	4 714 297	4 640 220
401 Direkte Steuern juristische Personen	929 841	954 587	1 023 587	1 256 898	1 130 846
402 Übrige direkte Steuern	192 139	204 578	212 026	197 815	204 627
403 Besitz- und Aufwandssteuern	292 515	295 283	298 035	302 366	304 920
41 Regalien und Konzessionen	369 371	371 581	373 622	373 468	201 025
410 Regalien	3 065	2 749	2 736	2 748	2 789
411 Schweiz, Nationalbank, Gewinnanteil	288 143	289 389	291 216	292 008	117 097
412 Konzessionen und Patente	3 867	3 891	3 300	4 346	3 398
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	74 296	75 552	76 371	74 367	77 740
42 Entgelte	2 237 081	2 467 493	2 482 491	2 614 915	2 723 747
421 Gebühren für Amtshandlungen	317 282	319 868	303 117	341 599	315 242
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	880 366	910 217	942 769	985 262	1 105 188
423 Schul- und Kursgelder	118 848	123 240	129 564	132 477	138 985
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	665 578	868 228	841 617	868 352	884 073
425 Erlös aus Verkäufen	118 512	118 316	124 855	127 155	125 779
426 Rückerstattungen	78 363	70 727	60 303	75 315	73 425
427 Bussen	54 461	53 659	58 186	61 050	62 120
429 Übrige Entgelte	3 672	3 238	22 079	23 706	18 935
43 Verschiedene Erträge	193 027	238 368	266 523	294 132	310 297
430 Verschiedene betriebliche Erträge	163 956	194 720	211 877	220 824	235 445
431 Aktivierung Eigenleistung	17 090	21 859	17 175	12 266	9 582
432 Bestandesveränderung	444	- 116	- 361	1 521	1 168
439 Übrige Erträge	11 537	21 905	37 832	59 521	64 103
44 Finanzertrag FV + VV	553 012	431 951	480 043	543 185	550 921
440 Zinsertrag FV	121 112	71 850	62 399	58 520	54 837
441 Realisierte Gewinne FV	47 448	10 040	28 156	37 985	8 025
442 Beteiligungsertrag FV	109	136	164	218	469
443 Liegenschaftenertrag FV	17 962	17 988	19 729	20 873	23 332
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	3 859	3 267	5 456	77 765	101 119
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	42 798	12 147	17 246	16 288	41 990
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	283 407	283 079	303 474	285 483	281 330
447 Liegenschaftenertrag VV	29 558	30 058	30 423	31 397	31 067
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	2 816	2 753	2 874	3 687	3 527
449 Übriger Finanzertrag	3 944	634	10 122	10 969	5 224
45 Entnahmen aus Fonds	1 464	364	417	2 557	110 439
450 Entnahme aus Fonds des FK	1 410	353	417	2 557	110 439
451 Entnahme aus Fonds des EK	54	10	-	-	-
46 Transferertrag	2 884 096	2 847 614	3 013 904	3 022 312	3 432 659
460 Anteile an Erträgen Dritter	795 199	742 702	766 352	801 358	805 280
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	245 575	283 631	309 614	318 212	374 581
462 Finanz- und Lastenausgleich	93 087	483 510	462 401	422 501	747 994
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 729 241	1 307 284	1 350 248	1 395 391	1 443 277
466 Auflösung passivierte Invest. Beiträge	20 617	30 465	120 346	81 946	59 225
469 Verschiedener Transferertrag	378	22	4 944	2 905	2 302
47 Durchlaufende Beiträge	580 053	593 974	606 276	628 099	653 620
470 Durchlaufende Beiträge	580 053	593 974	606 276	628 099	653 620

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Ausgaben der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
5 Investitionsausgaben	- 1 186 284	- 1 043 866	- 985 825	- 983 092	- 859 016
50 Sachanlagen	- 404 147	- 618 352	- 545 624	- 536 578	- 552 906
500 Grundstücke	- 904	- 1 963	- 4 432	- 1 731	- 2 713
501 Strassen	- 69 065	- 258 888	- 175 208	- 120 683	- 97 710
502 Wasserbau	- 11 453	- 10 034	- 8 670	- 7 468	- 4 657
503 Übriger Tiefbau	- 446	- 711	- 265	- 1 238	- 415
504 Hochbauten	- 178 073	- 209 735	- 207 247	- 256 941	- 283 831
505 Waldungen	- 14	- 1	-	- 2 281	-
506 Mobilien	- 143 616	- 136 626	- 148 870	- 146 235	- 163 579
509 Übrige Sachanlagen	- 577	- 394	- 931	-	-
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	-	- 1 514	- 866	- 797	- 721
512 Wasserbau auf Rechnung Dritter	-	-	-	-	- 297
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	-	- 304	- 138	- 186	- 50
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	-	- 1 210	- 728	- 611	- 373
52 Immaterielle Anlagen	- 13 762	- 23 679	- 36 769	- 36 020	- 22 315
520 Software	- 13 762	- 23 679	- 36 769	- 36 020	- 22 305
521 Lizenzen, Patente, Nutzungs-, Markenrechte	-	-	-	-	- 11
54 Darlehen	- 435 066	- 76 597	- 80 364	- 51 350	- 14 124
540 Darlehen an den Bund	- 104 100	- 68 300	- 74 600	-	-
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	-	-	- 1 942	-	-
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	- 323 500	- 7 009	- 2 507	- 48 214	- 6 978
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	- 7 150	- 559	7	- 2 057	- 5 939
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	-	- 170	- 557	- 100	- 500
547 Darlehen an priv. Haushalte	- 316	- 559	- 765	- 979	- 707
55 Beteiligungen	-	- 6 210	- 5 175	- 1 603	- 2
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	-	-	- 5 175	-	- 2
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	-	- 6 210	-	- 1 603	-
56 Eigene Investitionsbeiträge	- 319 023	- 305 553	- 300 049	- 322 048	- 226 384
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	-	-	-	- 1 687	- 4 083
561 Invest.-Beiträge Kantone	- 1 118	-	-	-	-
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	- 46 810	- 54 241	- 55 954	- 46 326	- 60 642
563 Invest.-Beiträge öff. Sozialversicherung	-	-	-	-	- 4
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	- 187 951	- 194 699	- 186 905	- 201 120	- 120 842
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	- 11 954	- 7 958	- 7 824	- 8 201	- 5 969
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	- 71 189	- 45 843	- 42 575	- 60 555	- 31 353
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	-	- 2 812	- 6 791	- 4 159	- 3 492
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 14 286	- 11 962	- 16 977	- 34 695	- 42 564
570 Durchl. I. B. an den Bund	-	-	-	- 17 756	-
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	- 6 301	- 3 187	- 4 034	- 3 904	- 3 628
573 Durchl. I. B. öff. Sozialversicherung	-	-	-	-	- 4
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	- 6 242	- 5 263	- 6 453	- 4 195	- 6 265
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	- 230	- 425	- 803	- 3 406	- 1 870
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	- 1 513	- 1 999	- 1 791	- 3 374	- 1 534
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	-	- 1 088	- 3 896	- 2 060	- 29 263

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Einnahmen der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2008 *	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012
6 Investitionseinnahmen	70 308	252 642	214 119	306 082	340 407
60 Übertragung von Sachanlagen	1 150	17 804	29 817	25 214	69 934
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	0	7 051	10 690	12 599	60 923
601 Übertragung VV in FV Strassen	535	–	1 291	152	268
603 Übertragung VV in FV Tiefbau	600	–	–	–	356
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	–	10 609	12 199	12 222	8 182
606 Übertragung VV in FV Mobilien	15	145	5 637	241	205
61 Rückerstattungen	12 270	11 244	8 108	9 116	18 926
610 Rückerstattungen Grundstücke	–	–	–	–	2
611 Rückerstattungen Strassen	–	–	–	6 775	18 046
612 Rückerstattungen Wasserbau	–	28	9	45	297
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	10 439	9 355	6 742	–	–
614 Rückerstattungen Hochbau	913	537	629	232	207
615 Rückerstattungen Waldungen	–	114	–	1 453	–
616 Rückerstattungen Mobilien	917	1 210	728	611	373
62 Abgang immaterielle Anlagen	–	–	–	–	477
620 Abgang Software	–	–	–	–	477
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	31 258	183 561	127 231	79 124	56 404
630 I.B. vom Bund	26 306	177 519	115 535	64 082	39 595
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	164	452	1 046	2 102	3 738
634 I.B. von öff. Unternehmungen	–	1 094	60	–	517
635 I.B. von priv. Unternehmungen	3 896	3 104	10 415	12 502	6 471
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	–	1 291	–	198	5 853
637 I.B. von priv. Haushalten	892	101	175	240	231
64 Rückzahlung von Darlehen	10 999	27 827	31 771	85 932	138 641
640 Rückz. Darl. Bund	–	–	–	–	8 136
642 Rückz. Darl. Gemeinden	2 538	2 310	2 052	1 733	1 853
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	1 619	11 560	17 226	71 770	90 605
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	5 894	12 383	10 615	10 497	12 056
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	–	600	700	702	24 979
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	948	974	1 178	1 231	1 012
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	0	60	100	–	375
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	0	60	100	–	375
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	345	186	114	72 000	13 086
662 Rückzlg. I.B. Gemeinde	–	–	–	–	17
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	86	–	–	71 660	11 210
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	214	130	101	336	28
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	45	56	13	5	1 831
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	14 286	11 962	16 977	34 695	42 564
670 Durchl. I.B. Bund	14 286	11 907	16 672	34 350	41 748
672 Durchl. I.B. Gemeinde	–	55	305	345	816

* Rechnung 2008 restated nach CRG

Beilagen zum Finanzbericht

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	per 31.12.2008 *	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2012
1 Aktiven	19 847 451	19 635 566	19 950 927	20 604 314	21 925 666
10 Finanzvermögen	5 759 037	5 424 626	5 613 828	6 242 170	7 703 314
100 Flüssige Mittel und Geldanlagen FV	1 671 139	1 457 681	1 463 098	1 676 391	2 337 112
101 Forderungen FV	2 434 315	2 288 676	2 340 888	2 671 667	3 158 380
102 Kurzfristige Finanzanlagen FV	234 555	270 410	280 053	296 202	228 381
104 Aktive Rechnungsabgrenzungen	368 530	362 232	472 496	501 761	654 890
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	67 357	61 117	52 337	61 778	65 493
107 Finanzanlagen FV	109 295	97 901	131 139	145 209	227 187
108 Sachanlagen FV	873 848	886 609	873 817	889 162	1 031 872
14 Verwaltungsvermögen	14 088 413	14 210 940	14 337 099	14 362 143	14 222 352
140 Sachanlagen VV	7 555 581	7 536 096	7 516 553	7 550 519	7 563 306
142 Immaterielle Anlagen VV	55 974	58 749	75 125	83 620	76 636
143 Kurzfristige Darlehen VV	10 053	11 351	13 401	10 734	67 132
144 Darlehen VV	778 946	835 243	896 847	865 032	1 409 667
145 Beteiligungen	2 537 999	2 535 145	2 521 143	2 523 033	2 522 664
146 Investitionsbeiträge	3 149 859	3 234 356	3 314 030	3 329 206	2 582 948
2 Passiven	- 19 847 451	- 19 635 566	- 19 950 927	- 20 604 314	- 21 925 666
20 Fremdkapital	- 10 681 960	- 10 245 733	- 9 935 836	- 12 295 728	- 13 483 912
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 1 828 628	- 2 164 692	- 2 152 905	- 1 558 614	- 1 722 017
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 949 300	- 585 756	- 55 689	- 54 157	- 710 859
204 Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 481 463	- 1 616 518	- 1 613 834	- 1 922 604	- 1 999 379
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 226 628	- 243 263	- 253 853	- 272 422	- 2 461 867
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 639 817	- 4 072 736	- 4 243 747	- 4 215 775	- 4 532 293
208 Langfristige Rückstellungen	- 1 117 015	- 1 059 547	- 1 046 043	- 3 649 668	- 1 507 069
209 Fonds im Fremdkapital	- 439 110	- 503 221	- 569 765	- 622 487	- 550 428
29 Eigenkapital	- 9 165 491	- 9 389 833	- 10 015 091	- 8 308 586	- 8 441 754
291 Fonds im Eigenkapital	- 1 727 422	- 1 781 190	- 1 845 775	- 1 965 811	- 2 078 285
292 Rücklagen	- 38 855	- 37 967	- 41 539	- 37 078	- 35 979
296 Neubewertungsreserven	20 789	8 743	-	-	-
298 Übriges Eigenkapital	- 54 346	- 51 543	- 104 019	- 143 656	- 175 231
299 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	- 7 365 656	- 7 527 875	- 8 023 758	- 6 162 042	- 6 152 259

* Bilanz 2008 restated nach CRG

**Funktionale Gliederung
Erfolgsrechnung 2009 - 2012 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)**

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand				Nettobelastung (-) / Nettoertrag (+)			
	2012	2011	2010	2009	2012	2011	2010	2009
Allgemeine Verwaltung	515 082	518 286	530 854	517 969	- 276 757	- 308 138	- 315 728	- 303 806
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1 382 289	1 350 681	1 366 864	1 283 875	- 478 396	- 419 170	- 483 791	- 391 995
Rechtsprechung	404 185	398 566	398 290	385 289	- 264 736	- 268 451	- 266 947	- 250 389
Strafvollzug	216 589	206 949	199 934	192 714	- 169 830	- 150 214	- 140 872	- 135 317
Allgemeines Rechtswesen	125 669	128 556	115 524	112 957	16 210	46 023	21 220	38 377
Polizei	535 469	521 228	511 458	503 160	- 366 747	- 353 188	- 347 305	- 342 873
Strassenverkehrsamt	63 890	62 410	60 379	60 538	322 448	321 126	318 547	314 424
Militärische Verteidigung	22 704	21 635	19 347	19 282	- 8 453	- 7 834	- 9 164	- 8 729
Zivile Verteidigung	12 203	11 336	10 916	9 935	- 7 781	- 6 632	- 8 255	- 7 488
Übrige Sicherheit	1 581	-	51 015	-	493	-	- 51 015	-
Bildung	4 087 346	4 077 615	3 874 763	3 882 191	- 2 198 474	- 2 336 471	- 2 191 340	- 2 239 479
Obligatorische Schule	450 459	602 652	573 513	588 593	- 417 575	- 569 235	- 541 229	- 556 841
Berufliche Grundbildung	733 980	705 442	665 827	686 790	- 372 887	- 365 284	- 358 999	- 368 013
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	404 194	394 323	379 979	390 354	- 352 102	- 380 352	- 327 452	- 340 543
Übriges Bildungswesen	119 853	111 950	107 215	101 689	- 67 186	- 82 211	- 71 258	- 70 920
Universität	1 529 859	1 452 722	1 389 704	1 371 793	- 605 108	- 575 556	- 555 651	- 557 981
Fachhochschulen	849 000	810 527	758 525	742 971	- 383 616	- 363 833	- 336 751	- 345 181
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	245 716	236 588	182 177	225 147	- 200 884	- 199 389	- 138 735	- 190 045
Gesundheit	3 025 245	2 527 091	2 425 056	2 432 431	- 1 379 076	- 1 055 646	- 930 496	- 963 236
Soziale Wohlfahrt	2 032 260	2 005 324	1 921 598	1 771 419	- 1 097 811	- 1 142 945	- 1 070 788	- 989 972
Krankheit und Unfall	694 916	730 180	714 421	625 110	- 315 337	- 359 834	- 369 351	- 310 196
AHV / IV	743 259	696 807	653 304	617 005	- 520 407	- 474 696	- 440 408	- 418 208
Übrige	594 084	578 337	553 873	529 304	- 262 067	- 308 415	- 261 029	- 261 568
Verkehr	1 492 270	1 502 559	1 521 783	1 450 601	- 579 319	- 595 953	- 601 444	- 604 867
Kantonsstrassen	336 068	398 002	434 780	370 644	- 280 273	- 313 968	- 314 970	- 327 578
Nationalstrassen	45 449	39 072	44 705	67 323	- 614	4 324	2 513	1 530
Übrige Strassen	16 288	15 033	14 616	11 280	- 16 288	- 15 033	- 14 616	- 11 280
Öffentlicher Verkehr	1 060 474	1 019 777	995 308	967 138	- 261 022	- 253 150	- 256 534	- 248 958
Übrige Verkehr	33 992	30 675	32 374	34 215	- 21 122	- 18 126	- 17 837	- 18 581
Umweltschutz und Raumordnung	174 485	173 180	190 857	169 918	- 121 002	- 129 715	- 140 440	- 125 183
Volkswirtschaft	268 020	259 648	255 024	260 092	- 73 577	- 60 305	- 66 226	- 74 344
Land- und Forstwirtschaft	236 011	232 676	230 615	237 572	- 51 504	- 43 321	- 50 238	- 60 479
Übrige	32 009	26 972	24 409	22 520	- 22 073	- 16 984	- 15 988	- 13 865
Finanzen und Steuern	4 462 454	6 407 680	3 783 369	3 746 949	6 510 922	4 524 439	6 536 861	6 078 974
Steuern und Einnahmenanteile	106 976	124 021	124 006	125 046	6 797 233	7 145 686	6 719 141	6 231 348
Finanzausgleich	1 686 939	1 095 091	1 152 039	1 143 081	- 850 434	- 551 950	- 688 358	- 658 060
Vermögens- und Schuldenverwaltung	240 863	228 389	188 058	198 034	251 009	270 087	1 678 729	1 612 065
Nicht aufgeteilte Posten	2 427 676	4 960 178	2 319 266	2 280 788	313 113	- 2 339 384	- 1 172 651	- 1 106 378
Total	17 685 165	19 058 651	16 052 345	15 740 591	105 626	- 1 723 293	597 874	196 049

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.
Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.
Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

**Funktionale Gliederung
Investitionsrechnung 2009 - 2012 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)**

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben				Nettoausgaben (-) / Nettoeinnahmen (+)			
	2012	2011	2010	2009	2012	2011	2010	2009
Allgemeine Verwaltung	22 687	29 688	56 245	38 028	- 20 078	- 29 139	- 56 091	- 36 759
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	53 634	98 970	55 879	60 793	- 44 756	- 94 960	- 50 963	- 48 398
Rechtsprechung	10 858	64 988	21 042	13 781	- 10 858	- 64 844	- 21 042	- 13 781
Strafvollzug	13 551	7 686	8 563	10 244	- 10 687	- 6 436	- 6 312	- 9 244
Allgemeines Rechtswesen	2 857	3 474	8 202	2 836	- 2 857	- 3 474	- 8 202	- 2 836
Polizei	17 555	16 828	13 074	26 717	- 17 474	- 16 628	- 12 642	- 17 150
Strassenverkehrsamt	844	460	417	2 060	- 844	- 460	- 417	- 2 060
Militärische Verteidigung	1 441	1 387	983	1 928	- 1 373	- 1 387	- 975	- 1 928
Zivile Verteidigung	6 529	4 148	3 526	3 226	- 664	- 1 731	- 1 302	- 1 398
Übrige Sicherheit	-	-	71	-	-	-	- 71	-
Bildung	220 255	184 897	192 188	180 149	- 174 279	- 144 186	- 164 557	- 155 979
Obligatorische Schule	10 984	12 769	10 733	10 511	- 10 954	- 11 919	- 10 698	- 9 735
Berufliche Grundbildung	4 097	35 596	22 562	14 361	- 3 654	- 21 408	- 20 363	- 13 936
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	16 366	16 472	44 094	36 123	- 16 337	- 16 306	- 43 282	- 35 895
Übriges Bildungswesen	498	639	280	310	- 498	- 639	- 280	- 310
Universität	89 210	82 598	94 562	94 397	- 68 003	- 59 639	- 71 833	- 76 535
Fachhochschulen	99 099	36 822	19 957	24 447	- 74 832	- 34 275	- 18 101	- 19 568
Kultur und Freizeit	13 501	13 710	12 514	9 139	- 11 465	- 11 817	- 11 162	- 8 539
Gesundheit	186 364	248 236	192 279	150 574	- 93 184	- 233 027	- 161 295	- 129 449
Soziale Wohlfahrt	27 010	26 092	20 122	25 892	- 16 444	- 14 510	- 9 729	- 13 024
AHV / IV	15 617	15 501	10 308	15 450	- 15 574	- 15 501	- 10 308	- 15 450
Übrige	11 393	10 591	9 813	10 442	- 870	991	579	2 425
Verkehr	266 399	316 205	408 144	526 265	- 127 138	- 115 812	- 294 345	- 364 210
Kantonsstrassen	79 320	73 455	67 997	65 298	- 55 480	- 57 282	- 40 926	- 57 621
Nationalstrassen	32 245	58 402	110 773	198 950	- 15 138	- 18 263	- 28 397	- 49 460
Übrige Strassen	40 594	29 951	26 806	28 883	- 40 594	- 29 951	- 26 626	- 28 757
Öffentlicher Verkehr	114 241	154 397	202 568	233 134	- 19 153	- 12 065	- 201 643	- 232 208
Übrige Verkehr	-	-	-	-	3 227	1 748	3 248	3 835
Umweltschutz und Raumordnung	17 356	19 339	21 433	21 704	- 12 233	- 13 287	- 18 844	- 18 186
Volkswirtschaft	52 030	46 898	27 462	31 069	- 18 389	- 19 353	- 4 179	- 16 425
Land- und Forstwirtschaft	15 406	14 869	12 632	17 477	- 13 508	- 10 705	- 10 673	- 14 951
Übrige	36 624	32 029	14 830	13 592	- 4 881	- 8 648	6 494	- 1 474
Finanzen und Steuern	1 331	918	642	254	- 643	- 918	- 542	- 254
Finanzausgleich	1 331	918	242	254	- 1 331	- 918	- 242	- 254
Vermögens- und Schuldenverwaltung	-	-	-	-	688	-	100	-
Nicht aufgeteilte Posten	-	-	400	-	-	-	- 400	-
Total	860 569	984 953	986 907	1 043 866	- 518 609	- 677 010	- 771 706	- 791 224

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.
Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Zusammenhang zwischen Erfolgs-, Investitions- und Geldflussrechnung

+ Zunahme, - Abnahme flüssige Mittel

Mio. Franken	Rechnung 2012	Rechnung 2011
Fiskalertrag	6 281	6 471
Regalien, Konzessionen, SNB	201	373
Entgelte	2 724	2 615
Verschiedene Erträge	310	294
Transferzahlungen (netto)	-1 781	-1 175
Personalaufwand	-4 782	-7 369
Sach- und Betriebsaufwand	-2 742	-2 693
Korrektur Geldflusswirksamkeit ¹⁾	- 174	2 030
Finanzergebnis	333	331
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	370	877
Geldfluss aus Investitionstätigkeit ¹⁾	- 645	- 636
Abnahme kurzfristige Verbindlichkeiten	657	- 2
Zunahme Staatsanleihen	494	5
Veränderung langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 215	- 31
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	936	- 28
Veränderung flüssige Mittel	661	213

¹⁾ Betragskorrektur im 2011 aufgrund Berechnungskorrektur

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2012	Bilanz		Veränderung		
					31.12.2012	31.12.2011	Absolut
Totalisierung aller Legate und Stiftungen							
	Zuwendungen und betriebliche Erträge	17 465 289	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	25 618 125	13 380 986	12 237 139	91,5
	Finanzerträge	3 180 308	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	81 274 663	76 740 077	4 534 586	5,9
	Total Erträge	20 645 597	Sachanlagen	1 057 400	1 130 100	-72 700	-6,4
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 850 099	Übrige Aktiven	797 441	908 929	-111 488	-12,3
	Finanzaufwand	-181 522	Total Aktiven	108 747 629	92 160 092	16 587 537	18,0
	Total Aufwand	-4 031 620	Übrige Passiven	-86 997	-188 793	101 797	53,9
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	16 613 977	Fondsbestand	-108 660 633	-91 971 299	-16 689 334	-18,1
	– davon Finanzerfolg	2 998 787	Total Passiven	-108 747 629	-92 160 092	-16 587 537	-18,0
Direktion der Justiz und des Innern							
9803 Fonds für einen wohltätigen Zweck							
Akten-Nr. 8200 Vermächtnis von Karl	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	68 255	151 947	-83 692	-55,1
Theodor Fierz-Zollinger in Zürich und weitere	Finanzerträge	27 285	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	839 634	730 280	109 354	15,0
Zuwendungen zur Hilfe an Straffällige und	Total Erträge	27 285	Sachanlagen				
ihre Familien, welche sich in wirtschaftlicher	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-452	Übrige Aktiven	9 439	8 893	546	6,1
Not befinden.	Finanzaufwand	-625	Total Aktiven	917 327	891 120	26 208	2,9
RRB Nrn. 1209/1905 und 3117/1972	Total Aufwand	-1 077	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	26 208	Fondsbestand	-917 327	-891 120	-26 208	-2,9
	– davon Finanzerfolg	26 660	Total Passiven	-917 327	-891 120	-26 208	-2,9
9804 Hilfskasse der Angestellten der kantonalen Strafanstalt							
Akten-Nr. 8211 Verordnung über die	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	51 477	115 936	-64 460	-55,6
kantonale Strafanstalt vom 12. Februar 1975,	Finanzerträge	3 757	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	206 730	139 273	67 457	48,4
§§ 80 und 81	Total Erträge	3 757	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-129	Übrige Aktiven	1 959	1 749	210	12,0
	Finanzaufwand	-421	Total Aktiven	260 166	256 959	3 207	1,2
	Total Aufwand	-550	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 207	Fondsbestand	-260 166	-256 959	-3 207	-1,2
	– davon Finanzerfolg	3 336	Total Passiven	-260 166	-256 959	-3 207	-1,2
9896 Fonds zur Unterstützung der bildenden Künste							
Akten-Nr. 8992 Legat von H.W. Schelldorfer	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	0	1 710	-1 710	-100,0
in Zürich.	Finanzerträge	-73	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	10 585	-10 585	-100,0
KRB vom 1. November 1920 (ZG 4, S. 465);	Total Erträge	-73	Sachanlagen				
Regulativ des Regierungsrates vom	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 444	Übrige Aktiven	0	294	-294	-100,0
4. Dezember 1944 (ZG 4, S. 465)	Finanzaufwand	-72	Total Aktiven	0	12 589	-12 589	-100,0
	Total Aufwand	-12 516	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-12 589	Fondsbestand	0	-12 589	12 589	100,0
	– davon Finanzerfolg	-145	Total Passiven	0	-12 589	12 589	100,0

Erfolgsrechnung

R 2012

Sicherheitsdirektion

9805 Hilfsfonds für Angehörige der Kantonspolizei Zürich

Akten-Nr. 8300 Vergabung von ungenannter Seite zur Unterstützung bedürftiger Angehöriger der Kantonspolizei Zürich und ihrer Hinterlassenen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nm. 5619/1969 und 1901/1977	Finanzerträge	50 025
	Total Erträge	50 025
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-693
	Finanzaufwand	-1 498
	Total Aufwand	-2 191
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	47 834
	– davon Finanzerfolg	48 527

9806 Fonds zur Unterstützung schweizerischer Wehrmänner

Akten-Nr. 8400 Schenkung des zürcherischen Hilfsvereins schweizerischer Wehrmänner zur Unterstützung der Familien von Wehrmännern, der militärischen Weiterausbildung und der Orientierung der Stellungspflichtigen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	10 000
RRB Nm. 3673/1920 und 3504/1980	Finanzerträge	5 954
	Total Erträge	15 954
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-12 142
	Finanzaufwand	-10 107
	Total Aufwand	-22 249
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-6 295
	– davon Finanzerfolg	-4 153

9807 Fonds zur Förderung der bewaffneten Kadettenkorps im Kanton Zürich

Akten-Nr. 8410 Vermögen der am 1. Februar 1962 aufgelösten Stiftung «Fonds des Freiwilligen Militärischen Vorunterrichtes» der Kantonsschule Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	3
	Total Erträge	3
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-50
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-47
	– davon Finanzerfolg	3

Finanzdirektion

9810 Eva Maria Ehrlich-Fonds

Akten-Nr. 8500 Vermächtnis von Frau Maria Ehrlich-Bugl, von Zürich, zur Unterstützung von Institutionen, die bestimmte gemeinnützige und wohltätige Zwecke verfolgen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 4681/1972	Finanzerträge	229 595
	Total Erträge	229 595
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 100
	Finanzaufwand	-11 485
	Total Aufwand	-14 585
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	215 010
	– davon Finanzerfolg	218 110

9811 Hilfsfonds für das Staatspersonal

Akten-Nr. 8510 Liquidationserlös der Sparkasse für das kriegswirtschaftliche Personal.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
KRB vom 11. Dezember 1950	Finanzerträge	9 716
	Total Erträge	9 716
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-127
	Finanzaufwand	-191
	Total Aufwand	-318
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	9 398
	– davon Finanzerfolg	9 525

Bilanz

31.12.2012

31.12.2011

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	63 302	77 291	-13 989	-18,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 327 864	1 264 461	63 403	5,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	12 028	13 608	-1 580	-11,6
Total Aktiven	1 403 195	1 355 361	47 834	3,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-1 403 195	-1 355 361	-47 834	-3,5
Total Passiven	-1 403 195	-1 355 361	-47 834	-3,5

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	54 233	39 593	14 640	37,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	229 532	249 708	-20 176	-8,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 456	2 215	-759	-34,3
Total Aktiven	285 222	291 516	-6 295	-2,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-285 222	-291 516	6 295	2,2
Total Passiven	-285 222	-291 516	6 295	2,2

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	11 095	11 142	-47	-0,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	11 095	11 142	-47	-0,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-11 095	-11 142	47	0,4
Total Passiven	-11 095	-11 142	47	0,4

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	249 110	602 601	-353 490	-58,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	5 979 495	5 407 450	572 045	10,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	59 893	63 437	-3 544	-5,6
Total Aktiven	6 288 498	6 073 487	215 010	3,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-6 288 498	-6 073 487	-215 010	-3,5
Total Passiven	-6 288 498	-6 073 487	-215 010	-3,5

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	22 553	81 853	-59 300	-72,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	230 891	162 136	68 755	42,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 146	2 203	-57	-2,6
Total Aktiven	255 590	246 191	9 398	3,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-255 590	-246 191	-9 398	-3,8
Total Passiven	-255 590	-246 191	-9 398	-3,8

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2012
9812 Schmid-Wörner-Stiftung	
Akten-Nr. 8520 Vermächtnis von Jakob Albert	Zuwendungen und betriebliche Erträge
Schmid-Wörner in Zürich zugunsten von	Finanzerträge
Gebrechlichen und Unbemittelten.	Total Erträge
RRB Nr. 238/1919	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	23 640	86 865	-63 226	-72,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	502 732	432 262	70 470	16,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	5 647	6 169	-521	-8,5
Total Aktiven	532 019	525 296	6 723	1,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-532 019	-525 296	-6 723	-1,3
Total Passiven	-532 019	-525 296	-6 723	-1,3

9813 Fonds Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten

Akten-Nr. 8530 Zur Durchführung einer	Zuwendungen und betriebliche Erträge
Gemäldeausstellung «Zürcher Bildnisse	Finanzerträge
aus sechs Jahrhunderten» anlässlich der	Total Erträge
700-Jahr-Feier des Standes Zürich 2051.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
RRB Nr. 3774/1962	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	15 050	52 689	-37 639	-71,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	125 556	78 913	46 643	59,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 158	1 205	-47	-3,9
Total Aktiven	141 764	132 806	8 958	6,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-141 764	-132 806	-8 958	-6,7
Total Passiven	-141 764	-132 806	-8 958	-6,7

Gesundheitsdirektion

9816 Fonds zugunsten bedürftiger Kranker

Akten-Nr. 8700 Zusammenlegung der	Zuwendungen und betriebliche Erträge
Gollischen Stiftung für unheilbare Kranke	Finanzerträge
und des Lina Aepli-Fonds.	Total Erträge
RRB Nr. 4982/1979	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	62 454	134 599	-72 146	-53,6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	767 664	660 916	106 748	16,2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	9 819	10 728	-909	-8,5
Total Aktiven	839 937	806 244	33 693	4,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-839 937	-806 244	-33 693	-4,2
Total Passiven	-839 937	-806 244	-33 693	-4,2

9817 Fonds für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten

Akten-Nr. 8702 Geschenk eines nicht genannt	Zuwendungen und betriebliche Erträge
sein wollenden Spenders und Vermächtnis	Finanzerträge
von Hermann Otto Rücker-Emboden für	Total Erträge
wissenschaftliche Zwecke im Interesse der	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
Heilung von Geisteskrankheiten.	Finanzaufwand
RRB Nrn. 4131/1962 und 4406/1982	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	59 325	104 291	-44 967	-43,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	708 436	640 666	67 770	10,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	5 841	7 635	-1 794	-23,5
Total Aktiven	773 602	752 592	21 009	2,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-773 602	-752 592	-21 009	-2,8
Total Passiven	-773 602	-752 592	-21 009	-2,8

Erfolgsrechnung

9818 Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich

	R 2012
Akten-Nr. 8710 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderwärtig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von:	
– Vereinigte Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich. RRB Nr. 1211/1932	
– Eduard Alexander Schneeli-Stiftung	
– August Abegg-Fonds für die Unterstützung von Patienten der Universitäts-Augenklinik	
– Oberrichter Dr. Hans Kem-Fonds für ein Freibett im Universitätsspital Zürich. RRB Nm. 4982/1979 und 3159/1980	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	138 226
Total Erträge	138 226
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–2 012
Finanzaufwand	–6 715
Total Aufwand	–8 727
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	129 499
– davon Finanzerfolg	131 511

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	231 097	132 779	98 318	74,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 815 510	3 782 395	33 115	0,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	41 873	43 807	–1 934	–4,4
Total Aktiven	4 088 480	3 958 981	129 499	3,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–4 088 480	–3 958 981	–129 499	–3,3
Total Passiven	–4 088 480	–3 958 981	–129 499	–3,3

9819 Fonds für das Personal des Universitätsspitals Zürich

Akten-Nr. 8711 Für hilfsbedürftiges, gegenwärtiges und ehemaliges Personal und hilfsbedürftige Familienangehörige solchen Personals; für die Förderung, insbesondere die Fortbildung des Personals, für die Finanzierung von Personalanlässen, für die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. Zusammenlegung des Fonds für das Pflegepersonal des Universitätsspitals Zürich und des Wilhelm Friedrich Weilenmann-Fonds. RRB Nm. 4982/1979, 3159/1980 und 226/1986	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	82 395
Total Erträge	82 395
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–1 198
Finanzaufwand	–5 610
Total Aufwand	–6 808
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	75 587
– davon Finanzerfolg	76 785

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	59 663	203 970	–144 307	–70,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	2 345 931	2 124 340	221 591	10,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	26 622	28 319	–1 697	–6,0
Total Aktiven	2 432 216	2 356 629	75 587	3,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–2 432 216	–2 356 629	–75 587	–3,2
Total Passiven	–2 432 216	–2 356 629	–75 587	–3,2

9820 Dr. Max und Marie Alpiger-Fonds

Akten-Nr. 8712 Vermächtnis von Fräulein Marie Alpiger zugunsten des Universitätsspitals Zürich für gemeinnützige Zwecke, unter anderem zur Beschaffung von Büchern für die Patientenbibliothek. RRB Nm. 1410/1942 und 3159/1980	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	2 513
Total Erträge	2 513
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–59
Finanzaufwand	–96
Total Aufwand	–155
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 359
– davon Finanzerfolg	2 418

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	54 249	67 935	–13 686	–20,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	62 577	46 519	16 059	34,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	887	901	–14	–1,6
Total Aktiven	117 713	115 354	2 359	2,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–117 713	–115 354	–2 359	–2,0
Total Passiven	–117 713	–115 354	–2 359	–2,0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2012
9821 Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur	
Akten-Nr. 8720 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von: – Vereinigte Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur, RRB Nr. 1211/1932 – Carl Roth-Stiftung, RRB Nrn. 4982/1979 und 1359/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg
	447 140 652 141 099 –68 065 –6 650 –74 715 66 384 134 002

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
9821 Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	121 153	196 553	–75 401	–38,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 722 651	3 578 555	144 096	4,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	40 730	43 041	–2 311	–5,4
Total Aktiven	3 884 534	3 818 149	66 384	1,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–3 884 534	–3 818 149	–66 384	–1,7
Total Passiven	–3 884 534	–3 818 149	–66 384	–1,7

9822 Fonds für das Pflegepersonal des Kantonsspitals Winterthur (Marta-Weiss-Fonds)

Akten-Nr. 8721 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfsbedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	3 836 3 836 –105 –245 –350 3 486 3 591
---	---	--

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	61 061	108 768	–47 706	–43,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	148 713	97 683	51 030	52,2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 569	1 406	163	11,6
Total Aktiven	211 342	207 856	3 486	1,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–211 342	–207 856	–3 486	–1,7
Total Passiven	–211 342	–207 856	–3 486	–1,7

9823 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich

Akten-Nr. 8730 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Patienten sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von anderen zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	70 065 70 065 –40 304 –4 046 –44 350 25 714 66 019
---	---	--

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	60 714	160 365	–99 650	–62,1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 858 724	1 365 930	492 794	36,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	19 324	16 455	2 868	17,4
Total Aktiven	1 938 762	1 542 750	396 012	25,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–1 938 762	–1 542 750	–396 012	–25,7
Total Passiven	–1 938 762	–1 542 750	–396 012	–25,7

9824 Fonds für das Personal der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich

Akten-Nr. 8731 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfsbedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	10 832 10 832 –262 –141 –403 10 429 10 691
---	---	--

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	56 238	141 217	–84 979	–60,2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	415 376	320 631	94 745	29,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	4 587	3 924	663	16,9
Total Aktiven	476 201	465 772	10 429	2,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–476 201	–465 772	–10 429	–2,2
Total Passiven	–476 201	–465 772	–10 429	–2,2

9825 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Klinik Rheinau

Akten-Nr. 8735 Für hilfs- und betreuungs- bedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	0 0 0 0 –141 0 0 0
--	---	---

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	0	96 996	–96 996	–100,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	0	270 166	–270 166	–100,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	0	3 135	–3 135	–100,0
Total Aktiven	0	370 297	–370 297	–100,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	0	–370 297	370 297	100,0
Total Passiven	0	–370 297	370 297	100,0

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %	
9826 Fonds für Kranke der IPW Klinik Schlosstal							
Akten-Nr. 8740 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	54 609	121 932	-67 324	-55,2
	Finanzerträge	18 129	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	614 685	530 036	84 649	16,0
	Total Erträge	18 129	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-333	Übrige Aktiven	5 689	5 639	51	0,9
	Finanzaufwand	-420	Total Aktiven	674 983	657 607	17 376	2,6
	Total Aufwand	-753	Übrige Passiven				
RRB Nr. 3159/1980	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	17 376	Fondsbestand	-674 983	-657 607	-17 376	-2,6
	- davon Finanzerfolg	17 709	Total Passiven	-674 983	-657 607	-17 376	-2,6

9828 Fonds für das Kinderheim Brüschalde, Männedorf

Akten-Nr. 8750 Vermächtnis von Robert Ernst, von Winterthur, für Zwecke des Kinderheims.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	59 406	67 361	-7 955	-11,8
	Finanzerträge	4 535	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	186 213	175 353	10 860	6,2
	Total Erträge	4 535	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-123	Übrige Aktiven	1 883	2 431	-548	-22,5
	Finanzaufwand	-2 055	Total Aktiven	247 501	245 144	2 357	1,0
	Total Aufwand	-2 178	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 357	Fondsbestand	-247 501	-245 144	-2 357	-1,0
	- davon Finanzerfolg	2 480	Total Passiven	-247 501	-245 144	-2 357	-1,0

9839 Eugen Bleuler-Fonds

Akten-Nr. 8913 Schenkung von Dr.med. A.A. Brill in New York zur Anschaffung von Büchern und Zeitschriften für die wissenschaftliche Bibliothek der Psychiatrischen Klinik der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	18 319	18 364	-45	-0,2
	Finanzerträge	6	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	6	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand	-50	Total Aktiven	18 319	18 364	-45	-0,2
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
RRB Nr. 1829/1938	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-45	Fondsbestand	-18 319	-18 364	45	0,2
	- davon Finanzerfolg	6	Total Passiven	-18 319	-18 364	45	0,2

9898 Stiftung ZInEP

Akten-Nr. 9898 Schenkung zur Realisierung des Zürcher Impulsprogramms zur nachhaltigen Entwicklung in der Psychiatrie. Annahmeerklärung der Gesundheitsdirektion vom 4. November 2008	Zuwendungen und betriebliche Erträge	2 000 000	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	2 000 240	2 339 188	-338 948	-14,5
	Finanzerträge	8 383	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	2 008 383	Sachanlagen	218 100	290 800	-72 700	-25,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 325 124	Übrige Aktiven	7 634	10 060	-2 426	-24,1
	Finanzaufwand	-7 637	Total Aktiven	2 225 974	2 640 047	-414 074	-15,7
	Total Aufwand	-2 332 761	Übrige Passiven	-84 860	-174 556	89 696	51,4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-324 378	Fondsbestand	-2 141 113	-2 465 491	324 378	13,2
	- davon Finanzerfolg	746	Total Passiven	-2 225 974	-2 640 047	414 074	15,7

Bildungsdirektion

9829 Hochschulstiftung

Akten-Nr. 8900 Zusammenlegung von drei Fonds:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	281 097	287 032	-5 935	-2,1
- Hochschulfonds	Finanzerträge	242 263	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	6 187 335	6 082 855	104 480	1,7
	Total Erträge	242 263	Sachanlagen				
- Dotationsfonds der Universität	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-138 400	Übrige Aktiven	64 393	72 840	-8 447	-11,6
- Cari Friedrich Naef-Fonds.	Finanzaufwand	-13 765	Total Aktiven	6 532 825	6 442 726	90 099	1,4
	Total Aufwand	-152 165	Übrige Passiven				
RRB Nr. 375/1980; Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons vom 2. September 1979 (GS 611, § 48h)	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	90 099	Fondsbestand	-6 532 825	-6 442 726	-90 099	-1,4
	- davon Finanzerfolg	228 498	Total Passiven	-6 532 825	-6 442 726	-90 099	-1,4

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2012
9830 Dr. Hermann Stoll-Fonds zugunsten der Universität Zürich	
Akten-Nr. 8902 Vermächtnis von Dr. Hermann Stoll, Zürich, für Zulagen an einzelne als Forscher oder Lehrer besonders hervorragende Professoren. RRB Nr. 1508/1948	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg
	70 306 –13 764 –10 790 70 306 –24 554 45 752 59 516

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
9830 Dr. Hermann Stoll-Fonds zugunsten der Universität Zürich				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	178 019	71 811	106 208	147,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 704 915	1 774 587	–69 673	–3,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	10 725	14 311	–3 586	–25,1
Total Aktiven	1 893 659	1 860 709	32 949	1,8
Übrige Passiven	–944	–13 747	12 803	93,1
Fondsbestand	–1 892 714	–1 846 962	–45 752	–2,5
Total Passiven	–1 893 659	–1 860 709	–32 949	–1,8

9831 Helene Bieber-Fonds

Akten-Nr. 8903 Vermächtnis von Frau Helene Bieber, von Castagnola, zugunsten der Universität Zürich, insbesondere zur Förderung besonderer Forschungen. RRB Nr. 2579/1971	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	20 882 20 882 –10 350 –163 20 882 10 369 20 719
--	---	--

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	46 894	122 704	–75 810	–61,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	655 692	568 538	87 154	15,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	6 074	7 049	–975	–13,8
Total Aktiven	708 660	698 291	10 369	1,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–708 660	–698 291	–10 369	–1,5
Total Passiven	–708 660	–698 291	–10 369	–1,5

9832 Fonds für ein Dozenten-Gästehaus der Universität Zürich

Akten-Nr. 8904 Vermächtnis von alt Oberstdivisionär Dr. Karl Brunner für Beiträge an Angehörige der Universität oder Institutionen der Studentenschaft in Härtefällen. RRB Nr. 4220/1974	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	7 302 7 302 –207 –426 7 302 6 669 6 876
---	---	--

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	47 009	103 861	–56 852	–54,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	176 917	113 271	63 646	56,2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 341	1 465	–124	–8,5
Total Aktiven	225 266	218 597	6 669	3,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–225 266	–218 597	–6 669	–3,1
Total Passiven	–225 266	–218 597	–6 669	–3,1

9833 Fonds für ein Studentenheim an der Universität Zürich

Akten-Nr. 8905 Vereinigung der für die Gründung eines Studentenheims an der Universität Zürich zur Verfügung stehenden Beträge. Verfügung der Erziehungsdirektion vom 11. Dezember 1922	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	972 972 –72 –252 972 648 720
--	---	---

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	52 287	70 167	–17 880	–25,5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	90 672	71 757	18 915	26,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	614	1 002	–388	–38,7
Total Aktiven	143 573	142 925	648	0,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–143 573	–142 925	–648	–0,5
Total Passiven	–143 573	–142 925	–648	–0,5

9834 Frieda Magdalena Cattaruzza-Fonds

Akten-Nr. 8908 Vermächtnis von Frau Frieda Magdalena Cattaruzza an die Augenklinik des Universitätsspitals Zürich zur Unterstützung von Auszubildenden auf dem Gebiet der Augenheilkunde und Augen Chirurgie. RRB Nr. 1673/1997	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	9 034 9 034 –166 –74 9 034 8 794 8 960
--	---	---

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	41 942	67 064	–25 122	–37,5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	290 663	256 411	34 252	13,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 321	2 658	–336	–12,7
Total Aktiven	334 926	326 132	8 794	2,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–334 926	–326 132	–8 794	–2,7
Total Passiven	–334 926	–326 132	–8 794	–2,7

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %
9835 Nelly Solz-Legat						
Akten-Nr. 8909 Vermächtnis von Frau Nelly Stob-Nocker für Forschungszwecke der Neurologischen Klinik der Universität Zürich. RRB Nr. 3065/1988	Zuwendungen und betriebliche Erträge		39 907	102 421	-62 514	-61,0
	Finanzerträge	16 919	451 287	372 052	79 235	21,3
	Total Erträge	16 919				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-245	4 702	4 805	-102	-2,1
	Finanzaufwand	-56				
	Total Aufwand	-301	495 896	479 278	16 618	3,5
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	16 618	-495 896	-479 278	-16 618	-3,5
	- davon Finanzerfolg	16 863	-495 896	-479 278	-16 618	-3,5

9836 Fonds für medizinische Forschungen

Akten-Nr. 8910 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 1211/1932:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		168 477	238 145	-69 668	-29,3	
- Karl Rieser- und Heinrich Paur-Fonds zur Förderung medizinwissenschaftlicher Forschung und Vermächtnisse von Dr. med. H. und Frau D. Hürlimann-Perini, Otto Josef Hirschmann, Martha Klara Grossmann und Hans Otto Schorn-Furrer	Finanzerträge	124 644	3 152 109	2 969 170	182 939	6,2	
	Total Erträge	124 644					
- Fonds für die Krebsforschung an der Universität Zürich, gestiftet durch Daniel Jenny in Ennenda, und Vermächtnisse von A. Hürlimann-Hirzel, Adolf Alexander, Luise Dilger, Emil Otto Berthele, Edith Kusch-Neumann und Renée Weil-Schlesinger	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-9 651	28 932	35 340	-6 408	-18,1	
- Dr. Stierlin-Preis, RRB Nr. 1151/1956	Finanzaufwand	-8 130	3 349 518	3 242 655	106 863	3,3	
- Zuwendung von Edith Kusch-Neumann für die Forschung auf dem Gebiet der Augenheilkunde.	Total Aufwand	-17 781	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	106 863	Fondsbestand	-3 349 518	-3 242 655	-106 863	-3,3
	- davon Finanzerfolg	116 514	Total Passiven	-3 349 518	-3 242 655	-106 863	-3,3

9837 Fonds für das Pharmakologische Institut der Universität Zürich

Akten-Nr. 8911 Schenkung von Prof. Dr. Max Cloetta zur Anschaffung wissenschaftlicher Zeitschriften. RRB Nr. 1915/1937	Zuwendungen und betriebliche Erträge		64 245	73 187	-8 942	-12,2	
	Finanzerträge	6 723	251 114	239 353	11 761	4,9	
	Total Erträge	6 723					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-4 291	2 676	3 355	-679	-20,2	
	Finanzaufwand	-292	318 035	315 895	2 139	0,7	
	Total Aufwand	-4 583	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 139	Fondsbestand	-318 035	-315 895	-2 139	-0,7
	- davon Finanzerfolg	6 431	Total Passiven	-318 035	-315 895	-2 139	-0,7

9838 Fonds für wissenschaftliche Untersuchungen am Gerichtsmedizinischen Institut (Heinrich Zangger-Legat)

Akten-Nr. 8912 Schenkung von zwei Versicherungsgesellschaften zum Ausbau des Gerichtsmedizinischen Instituts sowie Legat von Fräulein Gina Zangger für denselben Zweck. RRB Nm. 3408/1936 und 1181/1982	Zuwendungen und betriebliche Erträge		14 882	14 927	-46	-0,3	
	Finanzerträge	5	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	5	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	14 882	14 927	-46	-0,3
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-46	Fondsbestand	-14 882	-14 927	46	0,3
	- davon Finanzerfolg	5	Total Passiven	-14 882	-14 927	46	0,3

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2012
9840 Dr. med. Eugen Schurter-Fonds	
Akten-Nr. 8914 Vermächtnis von Dr. med. Eugen Schurter in Pfäffikon zur Förderung der Bibliothek des Universitätsspitals. RRB Nr. 3493/1959	Zuwendungen und betriebliche Erträge
	Finanzerträge
	Total Erträge
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	46 673	75 664	-28 990	-38,3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	251 951	217 242	34 709	16,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 193	2 549	-356	-14,0
Total Aktiven	300 817	295 454	5 363	1,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-300 817	-295 454	-5 363	-1,8
Total Passiven	-300 817	-295 454	-5 363	-1,8

9841 Marguerita Edith Bitterlin-Legat

Akten-Nr. 8915 Vermächtnis von Frau Marguerita Edith Bitterlin-Wydler in Zumikon zugunsten verschiedener Institute und Kliniken der Universität Zürich für Forschungen auf dem Gebiet der Parkinson'schen Krankheit und der Krebskrankheiten. RRB Nr. 3214/1987	Zuwendungen und betriebliche Erträge
	Finanzerträge
	Total Erträge
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	121 418	89 318	32 100	35,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 642 935	1 635 750	7 185	0,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	16 874	18 652	-1 778	-9,5
Total Aktiven	1 781 227	1 743 720	37 507	2,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-1 781 227	-1 743 720	-37 507	-2,2
Total Passiven	-1 781 227	-1 743 720	-37 507	-2,2

9842 Stehr-Boldt-Fonds der Universität Zürich

Akten-Nr. 8916 Schenkung von Sanitätsrat Dr. Alfred Stehr zur Veröffentlichung der hinterlassenen wissenschaftlichen Arbeit des Donators und zur Durchführung von Preisausschreiben durch die Universität auf dem vom Donator gepflegten Forschungsgebiet.	Zuwendungen und betriebliche Erträge
	Finanzerträge
	Total Erträge
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	118 687	51 917	66 770	128,6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	894 677	928 174	-33 497	-3,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 122	9 484	-2 362	-24,9
Total Aktiven	1 020 487	989 575	30 912	3,1
Übrige Passiven	-504	-490	-14	-2,8
Fondsbestand	-1 019 983	-989 084	-30 898	-3,1
Total Passiven	-1 020 487	-989 575	-30 912	-3,1

9843 Rosalia-Legat

Akten-Nr. 8917 Sammlung italienischer Staatsangehöriger für die Behandlung von unbemittelten italienischen Staatsangehörigen, vorzugsweise Kindern, in der Abteilung Kieferkrankheiten und Kieferchirurgie des Zahnärztlichen Institutes der Universität Zürich. RRB Nr. 3278/1988	Zuwendungen und betriebliche Erträge
	Finanzerträge
	Total Erträge
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	48 068	87 369	-39 301	-45,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	61 611	22 045	39 566	179,5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	443	421	22	5,2
Total Aktiven	110 122	109 835	286	0,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-110 122	-109 835	-286	-0,3
Total Passiven	-110 122	-109 835	-286	-0,3

9844 Ida de Pottère-Leupold und Dr. jur. Erik de Pottère-Stiftung

Akten-Nr. 8918 Schenkung von Dr. jur. Erik de Pottère zur Förderung der Krebsforschung an der Universität Zürich. RRB Nr. 244/1964	Zuwendungen und betriebliche Erträge
	Finanzerträge
	Total Erträge
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
	Finanzaufwand
	Total Aufwand
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)
	– davon Finanzerfolg

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	48 570	5 784	42 786	739,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	247 154	259 093	-11 940	-4,6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 290	2 088	-798	-38,2
Total Aktiven	297 013	266 965	30 049	11,3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-297 013	-266 965	-30 049	-11,3
Total Passiven	-297 013	-266 965	-30 049	-11,3

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %
9845 Schenkung Artan-Stiftung						
Akten-Nr. 8919 Schenkung der Artan-Stiftung	Zuwendungen und betriebliche Erträge		48 435	68 552	-20 117	-29,3
in Vaduz zwecks Ausrichtung von Stipendien	Finanzerträge	1 159	43 727	22 515	21 212	94,2
an Absolventen der Medizinischen Fakultät.	Total Erträge	1 159				
RRB Nr. 2327/1996	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50			14	109,4
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 109	-92 189	-91 080	-1 109	-1,2
	- davon Finanzerfolg	1 159	-92 189	-91 080	-1 109	-1,2

9846 Rousseau-Preis der Universität Zürich

Akten-Nr. 8920 Gegründet durch	Zuwendungen und betriebliche Erträge		52 654	52 937	-283	-0,5
Prof. Dr. Ernst Bovet für Semesterpreise	Finanzerträge	813	12 986	11 940	1 046	8,8
an sich besonders auszeichnende ordentliche	Total Erträge	813				
Mitglieder des Romanischen Seminars	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
der Universität Zürich.	Finanzaufwand					
RRB Nr. 3149/1922	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	763	-65 640	-64 877	-763	-1,2
	- davon Finanzerfolg	813	-65 640	-64 877	-763	-1,2

9847 Dr. Oscar Reinhart-Fonds

Akten-Nr. 8921 Schenkung von	Zuwendungen und betriebliche Erträge		58 330	96 533	-38 203	-39,6
Dr. h. c. Oscar Reinhart in Winterthur	Finanzerträge	1 938	106 848	66 713	40 135	60,2
zugunsten des Kunsthistorischen Seminars	Total Erträge	1 938				
für Anschaffungen und Beiträge an	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-83			-64	-6,5
Exkursionen.	Finanzaufwand	13				
RRB Nm. 1204/1952 und 4009/1966	Total Aufwand	-70				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 868	-166 099	-164 231	-1 868	-1,1
	- davon Finanzerfolg	1 951	-166 099	-164 231	-1 868	-1,1

9848 Hans Süssle-Fonds

Akten-Nr. 8922 Vermächtnis von Johann	Zuwendungen und betriebliche Erträge		65 184	90 492	-25 308	-28,0
Christian Süssle zur Unterstützung	Finanzerträge	5 017	225 892	195 170	30 722	15,7
parapsychologischer Forschung.	Total Erträge	5 017				
RRB Nr. 3219/1974	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-146			-764	-29,9
	Finanzaufwand	-220				
	Total Aufwand	-366				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	4 651	-292 868	-288 217	-4 651	-1,6
	- davon Finanzerfolg	4 797	-292 868	-288 217	-4 651	-1,6

9849 Wettstein-Fonds

Akten-Nr. 8923 Gesammelt und der	Zuwendungen und betriebliche Erträge		45 117	105 079	-59 962	-57,1
Universität geschenkt von alt Regierungsrat	Finanzerträge	638	60 356	0	60 356	0,0
Dr. h. c. O. Wettstein zur Förderung des	Total Erträge	638				
Journalistischen Seminars der Universität	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-53			191	0,0
Zürich.	Finanzaufwand					
RRB Nr. 1382/1941	Total Aufwand	-53				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	585	-105 664	-105 079	-585	-0,6
	- davon Finanzerfolg	638	-105 664	-105 079	-585	-0,6

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2012
9850 Legat Dr. h. c. Georges Bloch	
Akten-Nr. 8924 Schenkung von Georges Bloch für Beiträge an Publikationen sowie die Durchführung von Seminarien, Kolloquien und Tagungen, hauptsächlich zugunsten des Kunstgeschichtlichen Seminars der Universität Zürich.	
RRB Nr. 3554/1984	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	4 445
Total Erträge	4 445
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-30 102
Finanzaufwand	-920
Total Aufwand	-31 022
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-26 577
- davon Finanzerfolg	3 525

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	39 334	35 503	3 831	10,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	164 096	193 140	-29 044	-15,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	528	1 892	-1 364	-72,1
Total Aktiven	203 958	230 535	-26 577	-11,5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-203 958	-230 535	26 577	11,5
Total Passiven	-203 958	-230 535	26 577	11,5

9851 Meyer-Keyser-Legat

Akten-Nr. 8925 Vermächtnis von Prof. Dr. Arnold Meyer-Keyser für wissenschaftliche Zwecke an der Universität.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Regulativ vom 16. November 1916 (ZG 4, S. 397) und RRB Nr. 2720/1916	Finanzerträge	922
	Total Erträge	922
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-61
	Finanzaufwand	-5
	Total Aufwand	-66
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	857
	- davon Finanzerfolg	918

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	48 590	87 586	-38 997	-44,5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	71 859	31 875	39 985	125,4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	412	543	-131	-24,1
Total Aktiven	120 860	120 003	857	0,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-120 860	-120 003	-857	-0,7
Total Passiven	-120 860	-120 003	-857	-0,7

9852 Tocquart-Fonds

Akten-Nr. 8926 Vermächtnis von Frau Redda Marguerite Tocquart in Paris zur Ausrichtung eines «Prix Jacques de Bedriaga» an Studierende der Zoologie und der Botanik an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 3875/1966	Finanzerträge	1 402
	Total Erträge	1 402
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-76
	Finanzaufwand	-229
	Total Aufwand	-305
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 097
	- davon Finanzerfolg	1 173

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	64 411	72 405	-7 994	-11,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	87 206	77 887	9 319	12,0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	921	1 149	-228	-19,9
Total Aktiven	152 537	151 441	1 097	0,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-152 537	-151 441	-1 097	-0,7
Total Passiven	-152 537	-151 441	-1 097	-0,7

9853 Dr. Carl Fiedler-Stiftung

-Akten-Nr. 8927 Vermächtnis von Dr. Carl Fiedler für Beiträge an junge Gelehrte zur Erleichterung des Besuches zoologischer Meeresstationen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 815/1894	Finanzerträge	12
	Total Erträge	12
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-334
	Finanzaufwand	
	Total Aufwand	-334
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-322
	- davon Finanzerfolg	12

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	39 806	40 128	-322	-0,8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	39 806	40 128	-322	-0,8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-39 806	-40 128	322	0,8
Total Passiven	-39 806	-40 128	322	0,8

9854 Karl Hescheler-Stiftung

Akten-Nr. 8928 Vermächtnis von Prof. Dr. Karl Hescheler. Die Erträge sind zur Hälfte zugunsten des Zoologischen Instituts und je zu einem Viertel zugunsten des Paläontologischen Instituts und Museums sowie des Zoologischen Museums der Universität Zürich zu verwenden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	29 555
RRB Nrn. 3853/1948, 1734/1949 und 496/1986	Finanzerträge	
	Total Erträge	29 555
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-243 871
	Finanzaufwand	-1 136
	Total Aufwand	-245 007
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-215 452
	- davon Finanzerfolg	28 419

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	31 301	64 418	-33 117	-51,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	708 913	887 486	-178 573	-20,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 837	11 599	-3 762	-32,4
Total Aktiven	748 051	963 503	-215 452	-22,4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-748 051	-963 503	215 452	22,4
Total Passiven	-748 051	-963 503	215 452	22,4

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %	
9855 Alfred Werner-Legat							
Akten-Nr. 8929 Vermächtnis von Fräulein Charlotte Werner zum Andenken an Professor Alfred Werner für chemische Forschungszwecke und Stipendien an schweizerische Chemiestudenten. RRB Nr. 3992/1981	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	-139 339	65 302	-204 641	-313,4
	Finanzerträge	751 204	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	8 461 673	7 770 355	691 318	8,9
	Total Erträge	751 204	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-264 833	Übrige Aktiven	53 535	56 706	-3 171	-5,6
	Finanzaufwand	-2 865	Total Aktiven	8 375 868	7 892 362	483 506	6,1
	Total Aufwand	-267 698	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	483 506	Fondsbestand	-8 375 868	-7 892 362	-483 506	-6,1
	- davon Finanzerfolg	748 339	Total Passiven	-8 375 868	-7 892 362	-483 506	-6,1

9856 Orelli-Stiftung für die Universität

Akten-Nr. 8930 Vermächtnis von Prof. Dr. Alois v. Orelli in Zürich zur Förderung und Ausstattung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät insbesondere des Juristischen Seminars. RRB Nr. 313/1892	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	65 318	74 454	-9 136	-12,3
	Finanzerträge	10 242	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	343 605	331 389	12 216	3,7
	Total Erträge	10 242	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-7 804	Übrige Aktiven	3 090	3 924	-834	-21,3
	Finanzaufwand	-192	Total Aktiven	412 012	409 767	2 246	0,5
	Total Aufwand	-7 996	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 246	Fondsbestand	-412 012	-409 767	-2 246	-0,5
	- davon Finanzerfolg	10 050	Total Passiven	-412 012	-409 767	-2 246	-0,5

9857 Maria Lang-Heussi-Legat

Akten-Nr. 8931 Vermächtnis von Frau Maria Lang-Heussi in Embrach zugunsten des Botanischen Gartens, Institut für systematische Botanik der Universität Zürich, für die botanische Forschung. RRB Nr. 2925/1989	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	95 873	98 401	-2 529	-2,6
	Finanzerträge	20 706	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	798 050	776 063	21 987	2,8
	Total Erträge	20 706	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-671	Übrige Aktiven	8 088	8 399	-311	-3,7
	Finanzaufwand	-888	Total Aktiven	902 010	882 864	19 147	2,2
	Total Aufwand	-1 559	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	19 147	Fondsbestand	-902 010	-882 864	-19 147	-2,2
	- davon Finanzerfolg	19 818	Total Passiven	-902 010	-882 864	-19 147	-2,2

9858 Dr. Edwin Frey-Fonds

Akten-Nr. 8932 Vermächtnis von Frau Eugenie Frey-Schäfer in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Dr. Edwin Frey zur Förderung betriebswirtschaftlicher Studien des Handelswissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich. RRB Nr. 2827/1965	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	52 169	71 734	-19 565	-27,3
	Finanzerträge	13 647	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	487 532	464 418	23 114	5,0
	Total Erträge	13 647	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-9 938	Übrige Aktiven	2 467	3 624	-1 158	-31,9
	Finanzaufwand	-1 318	Total Aktiven	542 167	539 776	2 391	0,4
	Total Aufwand	-11 256	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 391	Fondsbestand	-542 167	-539 776	-2 391	-0,4
	- davon Finanzerfolg	12 329	Total Passiven	-542 167	-539 776	-2 391	-0,4

9859 Karr-Legat

Akten-Nr. 8933 Schenkung der Firma Karr & Cie. AG, Getreide und Ölsaaten, Zürich, zugunsten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Volkswirtschaftliche Ausbildung afrikanischer Studenten. RRB Nr. 2305/1986	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	54 655	53 991	664	1,2
	Finanzerträge	1 891	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	45 257	44 080	1 177	2,7
	Total Erträge	1 891	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven	248	248	0	0,0
	Finanzaufwand		Total Aktiven	100 160	98 319	1 841	1,9
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 841	Fondsbestand	-100 160	-98 319	-1 841	-1,9
	- davon Finanzerfolg	1 891	Total Passiven	-100 160	-98 319	-1 841	-1,9

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2012	Bilanz		Veränderung		
					Absolut	in %	
			31.12.2012	31.12.2011			
9860 Marie Louise Splinter-Legat							
Akten-Nr. 8934 Vermächtnis von Marie Louise Splinter-Hensel in Greifensee zugunsten der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Ausrichtung von Stipendien an junge Studenten auf dem Gebiet der Botanik.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	45 214	81 144	-35 930	-44,3
RRB Nr. 737/1989	Finanzerträge	4 243	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	204 100	164 488	39 612	24,1
	Total Erträge	4 243	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-125	Übrige Aktiven	1 265	1 403	-138	-9,8
	Finanzaufwand	-573	Total Aktiven	250 580	247 035	3 545	1,4
	Total Aufwand	-698	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 545	Fondsbestand	-250 580	-247 035	-3 545	-1,4
	- davon Finanzerfolg	3 670	Total Passiven	-250 580	-247 035	-3 545	-1,4
9861 Vereinigte Fonds für die Veterinärchirurgische Klinik (Legate Bühler und Krauer)							
Akten-Nr. 8935 Vereinigung früher selbstständiger Fonds zur Förderung von Forschungen an der Veterinärchirurgischen Klinik.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	73 114	73 142	-28	0,0
RRB Nr. 5928/1972	Finanzerträge	22	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	22	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand	-50	Total Aktiven	73 114	73 142	-28	0,0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-28	Fondsbestand	-73 114	-73 142	28	0,0
	- davon Finanzerfolg	22	Total Passiven	-73 114	-73 142	28	0,0
9862 Edith P. Fischer-Walking-Legat							
Akten-Nr. 8936 Vermächtnis von Frau Edith P. Fischer-Walking für die Verbesserung der diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen des kantonalen Tierspitals	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	108 662	93 263	15 399	16,5
RRB Nr. 2936/1981	Finanzerträge	14 052	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	492 453	592 086	-99 633	-16,8
	Total Erträge	14 052	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-100 350	Übrige Aktiven	5 816	8 380	-2 564	-30,6
	Finanzaufwand	-501	Total Aktiven	606 930	693 729	-86 799	-12,5
	Total Aufwand	-100 851	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-86 799	Fondsbestand	-606 930	-693 729	86 799	12,5
	- davon Finanzerfolg	13 551	Total Passiven	-606 930	-693 729	86 799	12,5
9863 Betty Sassella-Keller-Legat							
Akten-Nr. 8937 Vermächtnis von Frau Betty Sassella-Keller zugunsten des Organisch-chemischen Institutes für Forschung, Förderung von Mitarbeitern jeder Stufe und Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb des OCI.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	53 372	114 386	-61 013	-53,3
RRB Nr. 4352/1985	Finanzerträge	8 877	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	363 724	301 716	62 008	20,6
	Total Erträge	8 877	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-7 693	Übrige Aktiven	5 149	4 894	255	5,2
	Finanzaufwand	66	Total Aktiven	422 245	420 995	1 250	0,3
	Total Aufwand	-7 627	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 250	Fondsbestand	-422 245	-420 995	-1 250	-0,3
	- davon Finanzerfolg	8 943	Total Passiven	-422 245	-420 995	-1 250	-0,3
9864 Dr. Wilhelm Jerg-Legat							
Akten-Nr. 8938 Vermächtnis von Frau Ida Jerg zur Förderung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, der musikwissenschaftlichen Forschung und von interdisziplinären Veranstaltungen an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	25 834	10 420	15 414	147,9
RRB Nr. 930/1986	Finanzerträge	1 307	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	58 470	78 698	-20 227	-25,7
	Total Erträge	1 307	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-6 050	Übrige Aktiven	730	913	-183	-20,0
	Finanzaufwand	-253	Total Aktiven	85 034	90 030	-4 996	-5,5
	Total Aufwand	-6 303	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-4 996	Fondsbestand	-85 034	-90 030	4 996	5,5
	- davon Finanzerfolg	1 054	Total Passiven	-85 034	-90 030	4 996	5,5

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %
9865 Fonds zur Förderung der Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8940 Schenkung des Schweizerischen Chemie-Syndikates für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		54 235	89 783	-35 548	-39,6
	Finanzerträge	3 977	214 711	175 031	39 680	22,7
	Total Erträge	3 977				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-134	2 101	2 618	-517	-19,7
	Finanzaufwand	-228	271 047	267 432	3 615	1,4
	Total Aufwand	-362				
RRB Nr. 263/1948	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 615	-271 047	-267 432	-3 615	-1,4
	- davon Finanzerfolg	3 749	-271 047	-267 432	-3 615	-1,4

9866 Walter Imhof-Fonds

Akten-Nr. 9866 Vermächtnis von Walter Imhof zugunsten der Kantonsschule Küsnacht für die Unterstützung von minderbemittelten Schülerinnen und Schülern sowie der Ausstattung des Neubaus.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		914 332	1 694 357	-780 025	-46,0
	Finanzerträge	6 536	703 930		703 930	0,0
	Total Erträge	6 536				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-81 290	1 341		1 341	0,0
	Finanzaufwand		1 619 603	1 694 357	-74 754	-4,4
	Total Aufwand	-81 290				
Verfügung der Bildungsdirektion und der Finanzdirektion vom 6. April 2011	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-74 754	-1 619 603	-1 694 357	74 754	4,4
	- davon Finanzerfolg	6 536	-1 619 603	-1 694 357	74 754	4,4

9867 Fritz Rohrer-Fonds

Akten-Nr. 8941 Stiftung von Fräulein Alice Rohrer zugunsten der Medizinischen Fakultät sowie des Kunstgeschichtlichen und des Musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		42 285	82 425	-40 140	-48,7
	Finanzerträge	7 246	147 160	103 121	44 039	42,7
	Total Erträge	7 246				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 103	1 006	1 203	-197	-16,3
	Finanzaufwand	-441	190 451	186 748	3 703	2,0
	Total Aufwand	-3 544				
RRB Nr. 4703/1967	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 703	-190 451	-186 748	-3 703	-2,0
	- davon Finanzerfolg	6 805	-190 451	-186 748	-3 703	-2,0

9868 Anna Feddersen-Wagner-Fonds

Akten-Nr. 8942 Vermächtnis von Frau Dr. Anna Feddersen-Wagner für Forschungen auf dem Gebiet der Medizin und der Chemie an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		66 091	50 969	15 121	29,7
	Finanzerträge	9 577	221 416	226 583	-5 167	-2,3
	Total Erträge	9 577				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-144	2 202	2 754	-552	-20,0
	Finanzaufwand	-30	289 709	280 306	9 403	3,4
	Total Aufwand	-174				
RRB Nr. 2093/1952	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	9 403	-289 709	-280 306	-9 403	-3,4
	- davon Finanzerfolg	9 547	-289 709	-280 306	-9 403	-3,4

9869 Dr. Martha Pfister-Legat

Akten-Nr. 8943 Vermächtnis von Fräulein Dr. Martha Pfister in Zürich für Anschaffungen und zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten von Dozenten und Studierenden der Theologischen und der Philosophischen Fakultät II der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	30	48 670	48 706	-35	-0,1
	Finanzerträge		0		0	0,0
	Total Erträge	30				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	2 202	2 754	-552	-20,0
	Finanzaufwand	-15	48 670	48 706	-35	-0,1
	Total Aufwand	-65				
RRB Nr. 3788/1967	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-35	-48 670	-48 706	35	0,1
	- davon Finanzerfolg	15	-48 670	-48 706	35	0,1

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2012	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %	
9870 Schenkung EPA / Neue Warenhaus AG							
Akten-Nr. 8944 Schenkung der EPA / Neue Warenhaus AG an das Archäologische Institut der Universität Zürich zum Andenken an Herrn Julius Weber-Locher. RRB Nr. 563/1990	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	16 789	16 834	-45	-0,3
	Finanzerträge	5	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	5	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	16 789	16 834	-45	-0,3
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-45	Fondsbestand	-16 789	-16 834	45	0,3
	- davon Finanzerfolg	5	Total Passiven	-16 789	-16 834	45	0,3
9871 Issekutz-Fonds							
Akten-Nr. 8945 Schenkung von ungenannt sein wollenden Donatoren zum Andenken an den ungarischen Wirtschaftsrechtler Dr. Stefan Issekutz zwecks Preisvergaben für hervorragende Arbeiten im Bereich des Wirtschaftsrechts. RRB Nr. 323/1998	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	60 044	54 080	5 964	11,0
	Finanzerträge	37 933	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	528 341	504 111	24 230	4,8
	Total Erträge	37 933	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-8 293	Übrige Aktiven	4 595	5 163	-569	-11,0
	Finanzaufwand	-15	Total Aktiven	592 979	563 355	29 625	5,3
	Total Aufwand	-8 308	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	29 625	Fondsbestand	-592 979	-563 355	-29 625	-5,3
	- davon Finanzerfolg	37 918	Total Passiven	-592 979	-563 355	-29 625	-5,3
9872 Emma Louise Kessler-Fonds							
Akten-Nr. 8946 Vermächtnis von Frau Dr. med. Emma Louise Kessler an das Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Verwendungszweck: Anschaffung von Betriebseinrichtungen für Lehre und Forschung, Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen zur Förderung von Forschungs-Projekten des Institutes für Rechtsmedizin sowie Unterhalt der im Vermächtnis enthaltenen Liegenschaft. RRB Nr. 584/1998	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	224 092	383 041	-158 949	-41,5
	Finanzerträge	544 053	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	20 076 199	19 412 160	664 039	3,4
	Total Erträge	544 053	Sachanlagen	839 300	839 300	0	0,0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-56 717	Übrige Aktiven	229 733	266 100	-36 367	-13,7
	Finanzaufwand	-18 613	Total Aktiven	21 369 324	20 900 601	468 723	2,2
	Total Aufwand	-75 331	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	468 723	Fondsbestand	-21 369 324	-20 900 601	-468 723	-2,2
	- davon Finanzerfolg	525 440	Total Passiven	-21 369 324	-20 900 601	-468 723	-2,2
9873 Legat zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II							
Akten-Nr. 8948 Schenkung einer liechtensteinischen Stiftung zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II. RRB Nr. 1215/1996	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	86 044	102 321	-16 277	-15,9
	Finanzerträge	20 984	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	659 914	622 533	37 381	6,0
	Total Erträge	20 984	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-372	Übrige Aktiven	7 090	7 499	-409	-5,5
	Finanzaufwand	82	Total Aktiven	753 047	732 353	20 694	2,8
	Total Aufwand	-290	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	20 694	Fondsbestand	-753 047	-732 353	-20 694	-2,8
	- davon Finanzerfolg	21 066	Total Passiven	-753 047	-732 353	-20 694	-2,8

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %	
9874 Stipendienfonds der höheren Lehranstalten							
Akten-Nr. 8950 Vereinigte Fonds gemäss	Zuwendungen und betriebliche Erträge		379 038	29 193	349 845	1198,4	
RRB Nr. 2725/1920 und ergänzt durch	Finanzerträge	29 810	1 774 096	2 096 488	-322 392	-15,4	
RRB Nrn. 2720/1951 und 552/1956:	Total Erträge	29 810					
- Stipendienfonds für höhere Lehranstalten	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 075	15 563	18 569	-3 006	-16,2	
- Jubiläumsstipendienfonds der Universität	Finanzaufwand	-4 288	2 168 697	2 144 250	24 447	1,1	
- Luchsinger-Fonds	Total Aufwand	-5 363					
- Reichenbach-Stipendienfonds	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	24 447	-2 168 697	-2 144 250	-24 447	-1,1	
- Unterstützungsfonds für Chemiestudierende	- davon Finanzerfolg	25 522	Total Passiven	-2 168 697	-2 144 250	-24 447	-1,1
- Dr. Emil Bindschedler-Fonds zum Andenken an Prof. Dr. Alfred Werner							
- Stipendienkasse der Universität Zürich.							
Verordnung über die Ausrichtung von Studienbeiträgen an Schüler und Studierende höherer Lehranstalten vom 6. Februar 1974							

9875 Von Schweizer'scher Stipendienfonds

Akten-Nr. 8951 Vermächtnis des russischen Staatsrates G. von Schweizer zur Unterstützung eines hilfsbedürftigen Studierenden aus Stadt und Kanton Zürich. Reglement des Regierungsrates vom 11. Oktober 1873 / 7. Januar 1891	Zuwendungen und betriebliche Erträge		65 425	65 455	-30	0,0	
	Finanzerträge	20					
	Total Erträge	20					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50					
	Finanzaufwand		65 425	65 455	-30	0,0	
	Total Aufwand	-50					
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-30	-65 425	-65 455	30	0,0	
	- davon Finanzerfolg	20	Total Passiven	-65 425	-65 455	30	0,0

9876 Jacques Huber-Fonds

Akten-Nr. 8952 Vermächtnis von Frau Edith Margaretha Huber in Zürich für Beiträge an den Druck vorzüglicher Dissertationen von unbemittelten Studierenden der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		26 785	26 827	-42	-0,2	
RRB Nr. 3063/1950	Finanzerträge	8					
	Total Erträge	8					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50					
	Finanzaufwand		26 785	26 827	-42	-0,2	
	Total Aufwand	-50					
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-42	-26 785	-26 827	42	0,2	
	- davon Finanzerfolg	8	Total Passiven	-26 785	-26 827	42	0,2

9877 Auslandschweizer-Studentenfonds des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte

Akten-Nr. 8953 Schenkung des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte aus Anlass seines hundertjährigen Bestehens für Stipendien an Auslandschweizer, die in Zürich die Rechte studieren.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		24 658	24 700	-43	-0,2	
RRB Nr. 2897/1976	Finanzerträge	7					
	Total Erträge	7					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50					
	Finanzaufwand		24 658	24 700	-43	-0,2	
	Total Aufwand	-50					
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-43	-24 658	-24 700	43	0,2	
	- davon Finanzerfolg	7	Total Passiven	-24 658	-24 700	43	0,2

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2012	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %	
9878 Sächsische Stiftung «Providentiae memor»							
Akten-Nr. 8954 Gegründet durch	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	63 658	63 688	-31	0,0
Dr. Peter Maximilian Krenkel in Dresden für Studierende der Theologischen Fakultät der Universität Zürich.	Finanzerträge	19	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
RRB Nrn. 1416/1899 und 3807/1961	Total Erträge	19	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	63 658	63 688	-31	0,0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-31	Fondsbestand	-63 658	-63 688	31	0,0
	- davon Finanzerfolg	19	Total Passiven	-63 658	-63 688	31	0,0
9879 Scheller-Kunz-Stipendienfonds							
Akten-Nr. 8956 Vermächtnis von Frau Anna Christine Scheller-Kunz für Stipendien an Studierende der protestantischen Theologie. Erziehungsratsbeschluss Nr. 716/1932	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	59 060	59 092	-32	-0,1
	Finanzerträge	18	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	18	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	59 060	59 092	-32	-0,1
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-32	Fondsbestand	-59 060	-59 092	32	0,1
	- davon Finanzerfolg	18	Total Passiven	-59 060	-59 092	32	0,1
9880 Dr. Otto Schnabel-Fonds							
Akten-Nr. 8957 Schenkung der Erben von Dr. Otto Schnabel in Zürich und von Dr. med. Ilse Berta Maria Schnabel alle	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	41 544	49 900	-8 356	-16,7
Otto Schnabel-Bertha Gassmann-Fonds für Auslandssemester, die Drucklegung von guten Dissertationen oder die Fortsetzung des Studiums nach Abschluss der Doktor-Prüfung zugunsten Studierender der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.	Finanzerträge	1 038	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	32 984	27 211	5 773	21,2
RRB Nrn. 1552/1943, 1742/1969 und 2908/1975	Total Erträge	1 038	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 550	Übrige Aktiven	188	212	-25	-11,6
	Finanzaufwand	-96	Total Aktiven	74 715	77 323	-2 608	-3,4
	Total Aufwand	-3 646	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 608	Fondsbestand	-74 715	-77 323	2 608	3,4
	- davon Finanzerfolg	942	Total Passiven	-74 715	-77 323	2 608	3,4
9881 Heini Suter-Fonds							
Akten-Nr. 8958 Schenkung der Eheleute K. Suter-Wehrli in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Heini Suter zur Unterstützung bedürftiger Studierender der Medizin.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	67 612	67 642	-30	0,0
RRB Nrn. 1799/1939 und 939/1943	Finanzerträge	20	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	20	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	67 612	67 642	-30	0,0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-30	Fondsbestand	-67 612	-67 642	30	0,0
	- davon Finanzerfolg	20	Total Passiven	-67 612	-67 642	30	0,0
9882 Fonds zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte							
Akten-Nr. 8959 Schenkungen zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	2 372	2 422	-49	-2,0
RRB Nr. 2635/1968	Finanzerträge	1	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	1	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	2 372	2 422	-49	-2,0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-49	Fondsbestand	-2 372	-2 422	49	2,0
	- davon Finanzerfolg	1	Total Passiven	-2 372	-2 422	49	2,0

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %
9883 Dr. Phil Eugen Baumann-Fonds						
Akten-Nr. 8960 Legat von Dr. Eugen Baumann	Zuwendungen und betriebliche Erträge		51 651	71 689	-20 039	-28,0
zur Unterstützung von unbemittelten tüchtigen	Finanzerträge	8	19 966		19 966	0,0
Studierenden der Botanik an der Universität	Total Erträge	-8				
Zürich und für botanische Exkursionen.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	14		14	0,0
RRB Nm. 2103/1935 und 471/1943	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-50	71 631	71 689	-58	-0,1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-58	-71 631	-71 689	58	0,1
	- davon Finanzerfolg	-8	Total Passiven	-71 631	58	0,1

9884 Ernst Strehler-Fonds

Akten-Nr. 8961 Gegründet durch Theodor	Zuwendungen und betriebliche Erträge		58 389	90 850	-32 462	-35,7	
Strehler in Uster zum Andenken an seinen	Finanzerträge	13 486	393 858	348 113	45 745	13,1	
verstorbenen Bruder Ernst Strehler für	Total Erträge	13 486					
schweizerische Schüler der kantonalen	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-226	4 444	4 774	-330	-6,9	
Handelsschule und Studierende der	Finanzaufwand	-306	Total Aktiven	456 691	443 737	12 954	2,9
handelswissenschaftlichen Abteilung an der	Total Aufwand	-532	Übrige Passiven				
Universität Zürich.	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	12 954	Fondsbestand	-456 691	-443 737	-12 954	-2,9
Reglement vom 17. September 1925	- davon Finanzerfolg	13 180	Total Passiven	-456 691	-443 737	-12 954	-2,9
(ZG 4, S. 295); RRB Nr. 2762/1924							

9885 Fonds für Höheraufenthalte von Kantonsschülern

Akten-Nr. 8962 Beitrag des Fonds für	Zuwendungen und betriebliche Erträge		46 863	92 018	-45 155	-49,1	
gemeinnützige Zwecke für Beiträge	Finanzerträge	4 730	245 228	197 102	48 126	24,4	
an Höheraufenthalte zürcherischer	Total Erträge	4 730					
Kantonsschüler an alpine Mittelschulen.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-146	2 569	2 617	-48	-1,9	
RRB Nr. 1445/1950	Finanzaufwand	-1 662	Total Aktiven	294 659	291 737	2 922	1,0
	Total Aufwand	-1 808	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 922	Fondsbestand	-294 659	-291 737	-2 922	-1,0
	- davon Finanzerfolg	3 068	Total Passiven	-294 659	-291 737	-2 922	-1,0

9886 Fonds für die Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8965 Vereinigte Fonds gemäss	Zuwendungen und betriebliche Erträge		44 860	111 827	-66 967	-59,9	
RRB Nm. 1211/1932 und 3270/1950:	Finanzerträge	15 924	571 567	488 019	83 548	17,1	
- Schulfestfonds	Total Erträge	15 924					
- Unfall- und Sachschadenkasse	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-307	8 238	9 202	-964	-10,5	
- Wilhelm Fiedler'scher Zeichenfonds	Finanzaufwand		Total Aktiven	624 665	609 048	15 617	2,6
- Karl Göhrli-Fonds	Total Aufwand	-307	Übrige Passiven				
- Fonds für die Oberrealschule Zürich	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	15 617	Fondsbestand	-624 665	-609 048	-15 617	-2,6
- Max Gröbli-Fonds	- davon Finanzerfolg	15 924	Total Passiven	-624 665	-609 048	-15 617	-2,6

9887 Schulreisefonds der Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8966 Gegründet durch ehemalige	Zuwendungen und betriebliche Erträge		48 907	75 605	-26 698	-35,3	
Angehörige der Gymnasialklasse 1865-71	Finanzerträge	3 408	174 362	145 139	29 223	20,1	
und geäufnet von ehemaligen Schülern und	Total Erträge	3 408					
weiteren Freunden der Kantonsschule für	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-112	1 974	2 127	-153	-7,2	
längere Schulreisen der oberen Klassen.	Finanzaufwand	-924	Total Aktiven	225 243	222 871	2 372	1,1
RRB Nr. 899/1902	Total Aufwand	-1 036	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 372	Fondsbestand	-225 243	-222 871	-2 372	-1,1
	- davon Finanzerfolg	2 484	Total Passiven	-225 243	-222 871	-2 372	-1,1

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2012	Bilanz		Veränderung		
					Absolut	in %	
9888 Kari Egli-Fonds für das Chemische Institut der Kantonsschule Zürich				31.12.2012	31.12.2011		
Akten-Nr. 8967 Schenkung von Frau	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	35 166	35 205	-39	-0,1
Prof. Hedwig Egli-Baumann zum Andenken	Finanzerträge	11	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
an Prof. Dr. Karl Egli für Anschaffungen des	Total Erträge	11	Sachanlagen				
Chemischen Instituts der Kantonsschule	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
Zürich.	Finanzaufwand		Total Aktiven	35 166	35 205	-39	-0,1
Verfügung der Erziehungsdirektion vom	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
15. Juli 1920	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-39	Fondsbestand	-35 166	-35 205	39	0,1
	- davon Finanzerfolg	11	Total Passiven	-35 166	-35 205	39	0,1
9889 Adolf Flunser-Fonds							
Akten-Nr. 8968 Legat von Direktor Adolf	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	42 975	43 013	-37	-0,1
Flunser zur Unterstützung von intelligenten	Finanzerträge	13	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
bedürftigen Schülern und zur Förderung des	Total Erträge	13	Sachanlagen				
Kunsthaut- und Kunstausstellungsbesuches	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
von Klassen der Oberrealschule Zürich.	Finanzaufwand		Total Aktiven	42 975	43 013	-37	-0,1
RRB Nr. 1239/1950	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-37	Fondsbestand	-42 975	-43 013	37	0,1
	- davon Finanzerfolg	13	Total Passiven	-42 975	-43 013	37	0,1
9890 Berta Reiser-Fonds für die Kantonsschule Zürich							
Akten-Nr. 8969 Schenkung aus dem Nachlass	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	33 950	33 990	-40	-0,1
von Fräulein Berta Reiser für Schüler in	Finanzerträge	10	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Fällen, in denen dem Staate keine oder nicht	Total Erträge	10	Sachanlagen				
ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
Verfügung der Erziehungsdirektion vom	Finanzaufwand		Total Aktiven	33 950	33 990	-40	-0,1
15. Januar 1935	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-40	Fondsbestand	-33 950	-33 990	40	0,1
	- davon Finanzerfolg	10	Total Passiven	-33 950	-33 990	40	0,1
9891 August Abegg-Fonds zur Förderung des Übungskontors der kantonalen Handelsschule Zürich							
Akten-Nr. 8975 Gegründet durch C. Abegg-	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	75 650	75 677	-27	0,0
Stockar und Frau Escher-Abegg zum	Finanzerträge	23	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Andenken an ihren Bruder August Abegg.	Total Erträge	23	Sachanlagen				
RRB Nr. 2751/1925	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	75 650	75 677	-27	0,0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-27	Fondsbestand	-75 650	-75 677	27	0,0
	- davon Finanzerfolg	23	Total Passiven	-75 650	-75 677	27	0,0
9892 Dr. Fritz Bek-Fonds zugunsten der kantonalen Handelsschule Zürich							
Akten-Nr. 8976 Schenkung von Dr.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	66 407	77 617	-11 210	-14,4
Friedrich Bek-Andreae in Bern für kulturelle	Finanzerträge	38 271	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	933 276	950 134	-16 858	-1,8
Veranstaltungen und die Anschaffung von	Total Erträge	38 271	Sachanlagen				
Unterrichtshilfen.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-6 231	Übrige Aktiven	2 683	2 792	-109	-3,9
RRB Nr. 3369/1971	Finanzaufwand	-60 217	Total Aktiven	1 002 366	1 030 543	-28 177	-2,7
	Total Aufwand	-66 448	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-28 177	Fondsbestand	-1 002 366	-1 030 543	28 177	2,7
	- davon Finanzerfolg	-21 946	Total Passiven	-1 002 366	-1 030 543	28 177	2,7

Erfolgsrechnung

		R 2012	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2012	31.12.2011	Absolut	in %	
9893 Huber-Fonds für die kantonalen Handelsschulen Zürich und Winterthur							
Akten-Nr. 8977 Vermächtnis von Johann Heinrich Huber an die beiden Lehranstalten. Die Erträge sind im Interesse der beiden Handelsschulen zu verwenden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	36 813	36 852	-39	-0,1
RRB Nr. 1211/1932	Finanzerträge	11	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	11	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	36 813	36 852	-39	-0,1
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-39	Fondsbestand	-36 813	-36 852	39	0,1
	- davon Finanzerfolg	11	Total Passiven	-36 813	-36 852	39	0,1

9894 Schulreisefonds der Pädagogischen Hochschule Zürich

Akten-Nr. 8985 Fonds für Beiträge an bedürftige Schüler, um diesen die Teilnahme an Exkursionen der Lehranstalt zu ermöglichen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	46 113	52 848	-6 734	-12,7
RRB Nr. 1524/1923	Finanzerträge	16	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	36 700	30 000	6 700	22,3
	Total Erträge	16	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	82 813	82 848	-34	0,0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-34	Fondsbestand	-82 813	-82 848	34	0,0
	- davon Finanzerfolg	16	Total Passiven	-82 813	-82 848	34	0,0

9895 Robert J. F. Schwarzenbach-Fonds

Akten-Nr. 8991 Vermächtnis von Generalkonsul Robert J. F. Schwarzenbach in New York für Sammlung, Erwerb und Erhaltung von Helvetica.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	47 640	93 157	-45 516	-48,9
RRB Nr. 297/1930	Finanzerträge	5 293	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	337 898	300 260	37 638	12,5
	Total Erträge	5 293	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-13 052	Übrige Aktiven	3 465	4 346	-881	-20,3
	Finanzaufwand	-1 000	Total Aktiven	389 004	397 762	-8 759	-2,2
	Total Aufwand	-14 052	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-8 759	Fondsbestand	-389 004	-397 762	8 759	2,2
	- davon Finanzerfolg	4 293	Total Passiven	-389 004	-397 762	8 759	2,2

9897 Ella Ganz-Murkowsky-Fonds

Akten-Nr. 8993 Legat von Frau Ella Ganz-Murkowsky für Unterstützungs- und Ausbildungsbeiträge an benachteiligte Kinder und Jugendliche.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	246 750	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	293 792	22 529	271 263	1204,1
RRB Nr. 2120/1998	Finanzerträge	1 059	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	40 115	70 667	-30 552	-43,2
	Total Erträge	247 809	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-7 272	Übrige Aktiven	455	1 191	-736	-61,8
	Finanzaufwand	-562	Total Aktiven	334 362	94 386	239 975	254,2
	Total Aufwand	-7 834	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	239 975	Fondsbestand	-334 362	-94 386	-239 975	-254,2
	- davon Finanzerfolg	497	Total Passiven	-334 362	-94 386	-239 975	-254,2

9901 Fonds ZHAW (ehemals Fonds V)

Akten-Nr. 9901 Legat des Rektorats und Departements Finanzen & Services der ZHAW; für die finanzielle Unterstützung von Studierenden der ZHAW, von Projekten mit fachlichem Bezug zur ZHAW sowie sozialen und kulturellen Veranstaltungen, die einen Bezug zur ZHAW aufweisen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	1 100	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	1 257 723	1 047 028	210 696	20,1
Reglement vom 30. September 2011 ersetzt alle vorhergehende Reglemente	Finanzerträge	8 443	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	938 088	1 217 036	-278 948	-22,9
	Total Erträge	9 543	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-108 914	Übrige Aktiven	4 372	14 846	-10 474	-70,6
	Finanzaufwand	19 957	Total Aktiven	2 200 183	2 278 910	-78 727	-3,5
	Total Aufwand	-88 958	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-79 415	Fondsbestand	-688	-688	-688	0,0
	- davon Finanzerfolg	28 399	Fondsbestand	-2 199 495	-2 278 910	79 415	3,5
			Total Passiven	-2 200 183	-2 278 910	78 727	3,5

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2012
9920 Fonds Stipendien Tanz ZHdK	
Akten-Nr. 9920 Legat der Tanz Akademie Zürich (taZ) für die Unterstützung von bedürftigen Studierenden an der taZ mit hervorragenden Leistungen und grossem Entwicklungspotenzial. Reglement vom 12. Oktober 2010	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	191 142
Finanzerträge	81
Total Erträge	191 224
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-173 020
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-173 020
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	18 203
– davon Finanzerfolg	81

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
9920 Fonds Stipendien Tanz ZHdK				
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	280 212	178 802	101 410	56,7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	280 212	178 802	101 410	56,7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-280 212	-178 802	-101 410	-56,7
Total Passiven	-280 212	-178 802	-101 410	-56,7

9921 Unterstützungsfonds ZHdK

Akten-Nr. 9921 Gewährung von zinslosen Darlehen für die Diplomstudiengänge und die Vorbildung (Propädeutikum) an der ZHdK. Reglement vom 9. September 2009, ergänzt am 20. Oktober 2009	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	15 850
Finanzerträge	13
Total Erträge	15 863
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-8 000
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-8 000
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	7 863
– davon Finanzerfolg	13

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	46 376	38 514	7 863	20,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	59 000	66 850	-7 850	-11,7
Sachanlagen		0	0	0,0
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	105 376	105 364	13	0,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-105 376	-105 364	-13	0,0
Total Passiven	-105 376	-105 364	-13	0,0

Baudirektion

9801 Fonds zur Förderung des Umweltschutzes

Akten-Nr. 8101 Schenkung von ungenannter Seite zur Unterstützung von Bestrebungen zur Wahrung der natürlichen Ressourcen sowie zum Schutze des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor schädlichen und lästigen Immissionen. RRB Nrn. 7144/1971, 430/1978 und 213/1985	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	2 479
Total Erträge	2 479
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-84
Finanzaufwand	-587
Total Aufwand	-671
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 809
– davon Finanzerfolg	1 893

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	63 910	92 429	-28 519	-30,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	103 721	73 389	30 332	41,3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 034	1 038	-5	-0,4
Total Aktiven	168 664	166 856	1 809	1,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-168 664	-166 856	-1 809	-1,1
Total Passiven	-168 664	-166 856	-1 809	-1,1

9814 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Strickhof, Lindau

Akten-Nr. 8600 Für Stipendien an bedürftige, fleissige, dem Kanton Zürich angehörige Schüler der Lehranstalt. Regulativ des Regierungsrates vom 21. März 1895 (ZG 3, S. 352)	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	1 675
Total Erträge	1 675
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-71
Finanzaufwand	-22
Total Aufwand	-93
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 582
– davon Finanzerfolg	1 653

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	44 326	93 132	-48 806	-52,4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	96 100	45 785	50 315	109,9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 043	971	73	7,5
Total Aktiven	141 469	139 887	1 582	1,1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-141 469	-139 887	-1 582	-1,1
Total Passiven	-141 469	-139 887	-1 582	-1,1

9815 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Wetzikon

Akten-Nr. 8610 Beitrag der Gemeinde Wetzikon und der Freunde der Schule zur Anschaffung von Lehrmitteln sowie zur Ausrichtung von Stipendien. RRB Nrn. 1244/1923 und 1887/1926	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	733
Total Erträge	733
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-66
Finanzaufwand	-441
Total Aufwand	-507
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	226
– davon Finanzerfolg	292

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	50 220	79 590	-29 370	-36,9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	81 349	51 775	29 574	57,1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	430	409	22	5,3
Total Aktiven	131 999	131 773	226	0,2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-131 999	-131 773	-226	-0,2
Total Passiven	-131 999	-131 773	-226	-0,2

Erfolgsrechnung

	R 2012
9911 Fonds zur Finanzierung der Baurechtszinsen für die Erweiterung des Kunsthauses	
Akten-Nr. 9911 Einlage des Barwertes der	Zuwendungen und betriebliche Erträge 15 000 000
Baurechtszinsen für die im Baurecht an das	Finanzerträge
Kunsthaus Zürich abgetretenen Grundstücke	Total Erträge 15 000 000
aus dem Lotteriefonds. Der Fonds	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung
finanziert während 80 Jahren die jährlichen	Finanzaufwand
Baurechtszinsen.	Total Aufwand
RRB Nr. 1224/2011	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) 15 000 000
Neu ab Geschäftsjahr 2012	– davon Finanzerfolg

Bilanz

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	15 000 000		15 000 000	0,0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	15 000 000		15 000 000	0,0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–15 000 000		–15 000 000	0,0
Total Passiven	–15 000 000		–15 000 000	0,0

Impressum

Herausgeber	Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich
Ausführung	Staatskanzlei des Kantons Zürich
Bildthema	Das Bildthema für diesen Geschäftsbericht heisst Mobilität. Die Mobilität von Personen und Gütern ist für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Lebens- und Wirtschaftsraums Zürich von entscheidender Bedeutung. Das wird durch folgende Zahlen in eindrücklicher Weise illustriert: Im Kanton Zürich legt jede Person pro Tag rund 38 km zurück und ist dabei 90 Minuten unterwegs. Das Verkehrsnetz des Kantons umfasst unter anderem 28 S-Bahn-Linien, 1450 km Kantonsstrassen, 2025 km Rad- und Skatingrouten und 3160 km Wanderwege.
Fotos	S. Blassnig; J. Gorges; M. Kunz; A. Schwyn; Akademischer Sportverband Zürich (ASVZ), K. Dätwyler; Schweizerische Bundesbahnen (SBB); Sihltal Zürich Uetliberg Bahn (SZU); Verkehrsbetriebe Glattal AG (VBG), T. Camenzind; Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland AG (VZO)
Druck	Offsetdruck Goetz AG
Auflage	600
Internet	www.rr.zh.ch -> Geschäftsbericht & Rechnung
Weitere Informationen	Dr. Thomas Bürgi Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich
Bezugsquelle	Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale KDMZ Räffelstrasse 32, Postfach, 8090 Zürich, Telefon 043 259 99 99
ISSN-Nummer	ISSN 1663-2885